3 1761 04395 6630

5311

Polit.
R IV/23/4004 M
Gta

Fi 1015

Aut.

Die

Polen-Not

im

Deutschen Osten

Studien zur Polenfrage

von

W. v. Massow

„Ich bin es der Arbeit Meiner Vorfahren schuldig, dafür zu sorgen, daß diese Provinz unauflöslich mit der preußischen Monarchie verknüpft, daß sie stets gut preußisch und gut deutsch bleibe."

Kaiser Wilhelm II. in Posen
am 4. September 1902.

Berlin ◦ Alexander Duncker Verlag ◦ 1903

DD
337
M37

932423

Vorwort.

Die vorliegende Schrift will den Versuch machen, das Wesentliche der Polenfrage im Zusammenhange so darzustellen, daß gebildete Leser, die der Sache etwas näher treten wollen, als es auf Grund von Agitationsschriften und Zeitungsartikeln in der Regel möglich ist, eine einigermaßen vollständige Orientierung und eine Anregung zu ruhigem, tieferem Nachdenken über die wichtige Frage finden. Ich glaube, daß ein solches Buch eine wünschenswerte und sogar notwendige Ergänzung zu den mancherlei verdienstvollen Veröffentlichungen der letzten Jahre über die Polenfrage bilden kann, da diese Schriften ja doch meist bestimmte Einzelfragen aus dem erwähnten Gebiete herausgreifen oder vorzugsweise solche Erscheinungen besprechen, die auf die patriotischen Empfindungen besonders zu wirken geeignet sind.

Die hier vertretenen Anschauungen decken sich in der Hauptsache mit dem Programm der preußischen Staatsregierung und des deutschen Ostmarkenvereins. Gerade der Augenblick, wo unsere Polenpolitik, wie wir hoffen, in eine feste Bahn geleitet und die eifrige Diskussion über die zweckmäßigsten Mittel zu einer solchen Politik nahezu als geschlossen zu betrachten ist, scheint mir geeignet, den Stand der Dinge in dem Sinne und zu dem Zwecke, den ich hier bezeichnet habe, zu fixieren. Es darf dabei auch nicht übersehen werden, daß die leider noch abseits stehenden Politiker unseres Volkes, darunter sogar nationalgesinnte Männer wie Professor Hans Delbrück, geneigt sind, alle möglichen irrlichtelierenden Ansichten nationaler Heißsporne auf das Konto der Regierung oder des Ostmarkenvereins zu setzen und dabei in weiten Kreisen Glauben finden. Es ist also kein überflüssiges Werk, wenn man hier nach Kräften zur Klärung beiträgt.

Statistik und Tabellenwerk aufzunehmen, habe ich absichtlich vermieden und bin bereit, den mir daraus wahrscheinlich erblühenden Vorwurf auf mich zu nehmen. Ich wollte für weitere Kreise lesbar schreiben und denke, daß, wer eine genügende Übersicht über den Zusammenhang der Frage gewonnen hat, bei vorhandener Neigung zu Spezialstudien genug statistisches Material über die Einzelfragen in den oben erwähnten Schriften finden wird. Kenner der Ostmark werden, wie ich meine, trotzdem den Eindruck gewinnen, daß meine Ausführungen auf einen sicheren Tatsachengrund ruhen und teils aus genauer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse, teils aus langjähriger Beschäftigung mit dieser Frage gewonnen sind.

Groß-Lichterfelde, im Oktober 1902.

W. v. Massow.

Erſter Teil.

Die polniſche Gefahr.

I. Abschnitt.

Die Entwickelung der Polenfrage.

Kapitel 1.

Das polnische Reich und die Ursachen seines Unterganges.

Daß die Polenfrage eine der wichtigsten Fragen in unserer politischen Entwickelung geworden ist, lehrt jede Tagung des deutschen Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses. Der Reichskanzler Graf Bülow ist sogar noch einen Schritt weiter gegangen und hält sie nach seiner großen Programmrede vom 13. Januar 1902 „geradezu für diejenige Frage, von deren Entwickelung die nächste Zukunft unseres Vaterlandes abhängt." Das wird manchem zu viel gesagt erscheinen, und doch ist es richtig. Der Polenfrage wird noch immer nicht die Teilnahme und Würdigung zu teil, die ihr nach ihrer Bedeutung gebührt, und das kommt daher, daß die Neigung, nur das Nächstliegende an politischen Interessen ins Auge zu fassen, unser öffentliches Leben allzusehr beherrscht. Diese verhängnisvolle Neigung zu durchbrechen, kann nicht oft und nicht kräftig genug versucht werden. Immer wieder muß die Sachlage in ihrem wahren Lichte gezeigt werden, bis die Erkenntnis in immer weitere Kreise dringt. Mit der vordringenden Erkenntnis werden dann auch die Gewissen getroffen werden, sodaß Aussicht vorhanden ist, Gleichgültigkeit ebenso zu überwinden, wie falsche Empfindsamkeit.

Soweit die öffentliche Meinung überhaupt für einen lebhafteren Anteil an der Polenpolitik gewonnen ist, läßt sie sich zu einem großen Teil noch von hergebrachten Empfindungen leiten. Man schwankt in eigentümlicher Weise zwischen Mitleid und Hochmut. Auf der einen Seite überwiegt das Mitleid mit einem Volk,

das durch der Väter Schuld sein Vaterland verloren hat, auf der andern der Hochmut, der die Polen von vornherein als ein minderwertiges, der Vernichtung anheimgefallenes Volk betrachtet. In dem hochmütigen Aburteilen über das polnische Volk begegnen sich verschiedene Richtungen; man kann daraus ebensowohl die Notwendigkeit einer Unterdrückungspolitik, wie die eines ruhigen Gehenlassens begründen. Ein Grundzug des deutschen Nationalcharakters aber ist Gutmütigkeit und Ruhebedürfnis, und so wird im allgemeinen, solange wir uns überhaupt auf dem Boden der Gefühlspolitik bewegen, der Gedanke der Versöhnung und des Gehenlassens immer ein natürliches Übergewicht haben. Kein Volk kann nationales Selbstgefühl entbehren; an dieser Überzeugung fehlt es jetzt auch dem deutschen Volk nicht. Aber der Trieb, es zu zeigen, ist doch in der Mehrheit nicht so stark entwickelt, um gewissen entgegengesetzten Neigungen zu widerstehen, wenn sie mit einem Schein der Großmut verbunden sind. Man freut sich dann der Möglichkeit, die eigene nationale Überlegenheit ohne Anstrengungen und Unbequemlichkeiten zu genießen und sich dabei noch auf diese bequeme Weise den Ruf der Humanität, Gerechtigkeit und Ritterlichkeit zu wahren. Zu bemerken aber ist, daß auch von denen gesündigt wird, die für ihre Person eine vollkommen richtige Schätzung der Polenfrage besitzen. Sie wenden sich, um für ihre Anschauungen zu werben, aus alter Gewohnheit vorzugsweise an das Gefühl, eine Methode, der ja die Wirkungen nicht fehlen, bei der es sich aber doch fragt, ob sie für die Bedürfnisse einer wirksamen Propaganda auf die Dauer ausreicht. Vor allem hat sie den Nachteil, daß sie den Eifer zu schnell erlahmen läßt, sobald die Wirkungen, die man erhofft hat, nicht mit genügender Schnelligkeit eintreten.

Wir müssen durchaus unsere Polenpolitik auf einer gründlichen Erforschung der Tatsachen aufbauen, und zwar nicht nur solcher Tatsachen, die auf unser patriotisches Gefühl zu wirken geeignet sind, sondern auch solcher, durch die uns die kühle, verstandesmäßige Erkenntnis der wirklichen Lage vermittelt wird. Wir werden daher zunächst die Entwickelung des polnischen Volkes uns so klar zu machen haben, daß wir eine wirklich objektive Anschauung davon gewinnen, was die Polen heute sind und was sie wollen, gleichviel ob wir als Deutsche dabei Entrüstung,

Besorgnis, Mitleid oder sonst etwas empfinden. Später wird sich denn auch die Stelle finden, wo das vaterländische Gefühl von selbst als wichtiger Faktor in die Rechnung eintritt; nur als Grundlage des Ganzen taugt es nicht, weil es zuviel Irrtümer und Meinungsverschiedenheiten verschuldet.

Der Gedankengang, der den meisten Betrachtungen über Polen und die Polenfrage zu Grunde liegt, muß dabei einer gründlichen Kritik unterworfen werden. Dieser Gedankengang läßt sich ungefähr in folgenden Sätzen wiedergeben:

„Die Polen haben sich im Verlauf ihrer Geschichte zur Behauptung und Entwickelung eines lebensfähigen Kulturstaats vollkommen unfähig erwiesen. Ihre Schwäche und Zuchtlosigkeit erreichte schließlich einen solchen Grad, daß sie widerstandslos eine Beute ihrer Nachbarn wurden. Das Unrecht der Teilung Polens mochte noch so groß sein, jedenfalls ist *jetzt* ein von allen Völkern der Erde anerkannter Rechtszustand vorhanden. Damit ist der Untergang Polens endgültig besiegelt. Ein solches Schicksal eines Volks ist undenkbar ohne eine schwere Schuld, die es sich durch Nichterfüllung seiner weltgeschichtlichen Aufgabe aufgebürdet hat. Die Polen sind gewogen und zu leicht befunden worden; sie müssen also aus der Reihe der Nationen verschwinden."

Diese Ansicht ist so allgemein verbreitet, daß es fast wie eine Vermessenheit erscheint, etwas dagegen einzuwenden. Sie stimmt auf den ersten Blick so sehr mit den geschichtlichen Tatsachen überein, daß sie im wesentlichen richtig erscheinen muß. Und doch drängen sich Einwände auf.

Eine Katastrophe, die den Untergang eines Staatsgebildes herbeiführt, deckt sich durchaus nicht immer mit dem Abschluß der geschichtlichen Rolle, die ein Volk zu spielen berufen ist. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß eine nationale Eigenart oft schon lange dem Untergange verfallen ist, wenn ihr Name in einem staatlichen Gebilde noch fortlebt, und daß umgekehrt nationale Lebenskraft sich immer wieder politische Geltung verschafft, wenn auch der Strom dieser Entwickelung streckenweise unterirdisch dahinfließt. Greifen wir aus dem reichen Schatz geschichtlicher Tatsachen ein beliebiges Beispiel heraus, etwa die Geschichte der pyrenäischen Halbinsel. Die gewöhnliche Darstellung lehrt uns zwar, daß dort bis zur Schlacht von Jerez de la Fron-

tera ein germanisches Reich, das der Westgoten, bestand, daß dieses Reich dann von den Muhammedanern über den Haufen geworfen wurde und daß dann die neue spanische Nation allmählich der sinkenden Maurenherrlichkeit ihre Unabhängigkeit abrang. Aber ist das richtig? Nein! Denn die genauere Betrachtung zeigt, daß jenes sogenannte Westgotenreich schon im letzten Jahrhundert seines Bestehens eine durchgreifende Wandlung erfahren hatte, daß unter den Formen dieses Germanenreiches bereits dem Wesen nach die spätere spanische Nation fertig war. Es war nur die germanische, längst morsch gewordene Form, die unter dem Ansturm des Islam zerbrach; der nationale Typus, der im Volke bereits unzerstörbar vorhanden war, lebte, obwohl politisch scheinbar verschwunden, ungebrochen fort und erkämpfte von kleinen Anfängen aus allmählich wieder politische Geltung und Gestaltung, obwohl die Araber in Spanien eine Kultur und Bildung geschaffen hatten, die der des christlichen Spaniens entschieden überlegen war. Das Aufhören eines politischen Gebildes beweist an sich gar nichts, solange eine Nation in bewußter Treue die Empfindung ihrer Sprache, ihrer Sitte, eigenen Geisteslebens und geschichtlicher Überlieferung bewahrt.

Ja, aber müssen wir denn nicht gewisse politische Wahrscheinlichkeiten in Betracht ziehen? Was bei andern Völkern und zu andern Zeiten möglich war, braucht doch darum noch keine Anwendung auf die Lage der heutigen Polen zu finden! Gewiß nicht! Aber wir müssen bedenken, daß das Prophezeien ein sehr mißliches Geschäft ist. Wir wissen ja gar nicht, wie sich einmal die politischen Verhältnisse gestalten können. Wenn man jemand etwa im Jahre 1770 gesagt hätte, daß innerhalb kurzer Zeit der Thron der Könige von Frankreich und Navarra umgestürzt sein werde und daß ein korsischer Advokatensohn, mit dem Purpur der französischen Herrscher bekleidet, als Imperator die Welt aus den Angeln heben werde, wäre das nicht als Ausgeburt einer Tollhausphantasie erschienen? Es ist falsch, eine Entwickelung als unmöglich abzuweisen, nur weil sie uns heute außerhalb des Bereichs einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu liegen scheint. Eine Nation, die ihre staatliche Form verloren hat, kann sich natürlich nicht von heute zu morgen eine neue Form selbständigen Daseins schaffen. Aber niemand vermag zu sagen, daß die Voraussetzungen dafür

niemals eintreten können; ein solches „Niemals" ist schon zu oft von der Geschichte Lügen gestraft worden.

Vollends unmöglich aber ist es, einem Volke die Fähigkeit zur Staatenbildung abzusprechen. Jedes Volk wird, solange es überhaupt besteht, einen seiner Art entsprechenden Ausdruck staatlichen Daseins finden können, auch wenn es lange geirrt hat und nicht immer imstande gewesen ist, sich neben Staaten von überlegener Macht und Kultur zu behaupten. Manches Volk vermag den Weg dazu aus eigener Kraft zu finden; andre bedürfen fremder Hilfe und der Aufnahme und Aneignung neuer Kulturelemente. Im Laufe der Geschichte hatten auch lebenskräftige Völker Zeiten des tiefsten Niedergangs zu durchleben und mußten erst durch Unglück wieder hart geschmiedet werden. Man denke nur daran, wie lange Deutschland an den Folgen des dreißigjährigen Krieges zu tragen gehabt hat und wie es im Zeitalter Napoleons erst durch das Joch der Fremdherrschaft hindurchgehen mußte, ehe das deutsche Nationalgefühl politische Lebenskraft gewann. Noch im neunzehnten Jahrhundert hat man tiefsinnige Theorien darüber aufgestellt und eine Art von geschichtsphilosophischem Gesetz erfunden, wonach Völker, die sich um die geistige Entwickelung der Menschheit und um die Kultur besonders verdient gemacht haben, die Fähigkeit verlieren sollen, politische Macht zu erwerben. So erklärte man sich die anscheinend hoffnungslose politische Lage Deutschlands und Italiens. Die Geschichte hat inzwischen die völlige Unrichtigkeit dieser Theorie dargetan. Ein so erfahrener Staatsmann wie Metternich wies den Gedanken, daß Italien ein nationaler Einheitsstaat werden könne, weit von sich; für ihn stand es fest, daß Italien nur ein „geographischer Begriff" sei. Er hatte noch nicht die Augen geschlossen, da hatten schon die Ereignisse begonnen, die zur Wirklichkeit machten, was er für unmöglich gehalten hatte. Acht Tage nach der Schlacht bei Magenta ist er bekanntlich gestorben. Wer also vorurteilsfrei die geschichtlichen Tatsachen prüft, wird sich unmöglich die Ansicht zu eigen machen können, daß es Völker gibt, die zur Staatenbildung unfähig sind. Überdies bestehen in der Gegenwart Staaten, deren politische Zustände uns insofern ein Rätsel sind, als sie in Wirklichkeit nach unsern deutschen Anschauungen nichts anderes bedeuten, als einen chronischen wirtschaftlichen, politischen und

moralischen Bankerott. Dennoch ist an einen Untergang dieser Staaten in absehbarer Zeit gar nicht zu denken; sie bestehen fort und erfüllen den Staatszweck tatsächlich für die Mehrheit ihrer Bürger in mindestens demselben Maße, wie es in unserm geordneteren und fortgeschritteneren Staatswesen geschieht.

Ziehen wir aus dieser allgemeinen Betrachtung die Nutzanwendung auf das polnische Volk, so werden wir zunächst das Eine erkennen, daß wir gut tun, alle Vorurteile fallen zu lassen und uns von gewissen Anschauungen, auch wenn sie durch Überlieferung und Verbreitung eine große Autorität erlangt haben, gründlich loszumachen. Vielleicht stellt sich später heraus, welches Korn Wahrheit auch in der landläufigen Meinung liegt, aber vorläufig wollen wir das auf sich beruhen lassen und unbefangen prüfen. Natürlich werden wir ebenso wenig von dem Glauben an eine bevorstehende Wiedererstehung des Polenreichs ausgehen dürfen, solange wir für diesen Glauben nicht eine ausreichende Begründung haben. Wir werden aber einsehen müssen, daß die gegenwärtige Nicht-Existenz eines Königreichs Polen für die Zukunft gar nichts beweist, daß ferner die Teilungen Polens nicht etwa eine Sterbeurkunde für die Nation bedeuten — denn Nationen sterben eben nicht so ohne weiteres, — und daß endlich die angebliche politische Minderwertigkeit des polnischen Volks uns nicht abhalten darf, die tatsächlichen Ursachen seines staatlichen Zusammenbruchs, sowie die Triebkräfte seines heutigen nationalen Lebens auf das sorgfältigste zu prüfen. Erst dann, wenn wir so die richtige Schätzung gewonnen haben, ist es unser Recht und unsere Pflicht, auf dem Gebiet, wo die Interessen der beiden Völker sich entgegenstehen, uns Deutsche als die Stärkeren und Besseren auszuweisen, dann aber nicht nur in Worten und Empfindungen, sondern in zielbewußtem Handeln.

Die Grundlage des Ganzen muß also eine Betrachtung der polnischen Geschichte sein. Da es aber natürlich nicht die Aufgabe dieser Darstellung sein kann, den Leser einen mühevollen Weg von solcher Ausdehnung mitgehen zu lassen, so mag der bestimmte Gesichtspunkt vorangestellt werden, von dem aus eine kurze Betrachtung der polnischen Geschichte unternommen werden soll. Es handelt sich hier um die Frage, woran denn eigentlich das polnische Reich zu Grunde gegangen ist und wie man am kürzesten die Ursache

dieses Sturzes kennzeichnen kann. Daran wird sich dann die eigentlich entscheidende Frage knüpfen, ob diese Ursache im Wesen des polnischen Volks begründet war oder ob sie in den geschichtlichen Umständen zu suchen ist, die die Entwickelung dieses Volkes begleiteten.

Man pflegt kurzweg das Ergebnis der polnischen Geschichte in dem Satze zusammenzufassen, das polnische Reich sei durch den Mangel staatlicher Disziplin zu Grunde gegangen. Damit ist aber nicht der Kern der Frage bloßgelegt, denn man müßte sich fragen, warum so viele Staaten fortbestehen, um deren Disziplin es mindestens ebenso schlecht bestellt ist. Wenn man gebildete Polen selbst darüber hört, gewinnt natürlich das harte Urteil, das die Geschichte über die Polen gefällt hat, durch die patriotische Färbung der Nächstbeteiligten ein anderes Aussehen. Da hört man nur die bezeichnende Erklärung, das polnische Volk habe sich eben früher als andere Völker einer großen politischen Freiheit erfreut; es sei das Opfer dieses herrlichen Gutes geworden, sowie man es auch im Privatleben erfahre, daß Menschen, die sich der Verwirklichung eines ihren Mitmenschen noch unverständlichen Ideals befleißigten, daran zu Grunde gingen.

Lassen wir einmal den Spott oder sonstige Empfindungen, die ein solches Maß uns unberechtigt scheinenden Nationaldünkels in uns erregen mag, ganz beiseite und prüfen wir dafür ruhig, was wir aus der Eigentümlichkeit dieser Auffassung vielleicht lernen und entnehmen können. Beachtenswert ist die Gleichsetzung dessen, was wir „Mangel an staatlicher Disziplin" genannt haben, mit dem Begriffe „politischer Freiheit". Daß sich beide Begriffe nicht decken, wird von allen Seiten zugegeben werden; darüber brauchen wir auch mit den Polen nicht zu streiten. Warum aber haben sie ihre staatliche Zuchtlosigkeit für Freiheit gehalten? Einfach deshalb, weil sie glaubten, daß es mit der Form und der Idee der Freiheit sein Bewenden haben könne, und dabei übersahen, daß notwendige Bedingungen für diese Freiheit zu schaffen waren, die ihnen die geschichtliche Entwickelung versagte. Gewiß tritt darin eine natürliche fehlerhafte Anlage dieses Volks zu Tage, aber es folgt daraus keineswegs, daß die Lehren, die in einer geschichtlichen Entwickelungsperiode nicht gewürdigt worden sind, für alle Zeit unbeachtet bleiben müßten.

Staatliche Disziplin ist insofern nicht etwa ein Gegensatz politischer Freiheit, als es durchaus nicht nötig ist, daß die Gebundenheit des Einzelwillens, die im Begriff der Disziplin liegt, durch Einwirkung eines fremden Willens von außen erreicht wird. Die Disziplin verträgt ein hohes Maß individueller Freiheit, aber es muß eine andere Voraussetzung dabei erfüllt sein. Es müssen dann die im geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben wirkenden Kräfte so beschaffen sein, daß sie ohne äußern Zwang, vielmehr unwillkürlich und aus einer innern Notwendigkeit heraus das Gesamtinteresse fördern, und in einer bestimmten Richtung tätig sind. Wir haben dafür ein bedeutsames Beispiel an dem englischen Volk, dessen freiheitliche Einrichtungen und äußerste Wertschätzung persönlichen Rechts ein natürliches Gegengewicht finden an dem stark entwickelten Instinkt für das Gemeinnützige, an einem so mächtigen Sinn für Gesetz und Überlieferung, daß der einzelne trotz aller Rechte in gewissen Dingen fast in einer Art von freiwilliger Sklaverei zu leben scheint.

Die Einrichtungen eines Volkes müssen sich also den vorhandenen Kräften, die als Grundlage der politischen Einheit und Organisation geeignet sind, anpassen, und nur danach bestimmt sich die Berechtigung der den einzelnen Volksgliedern zugemessenen Bewegungsfreiheit, nicht etwa nach dem absoluten Maß dieser Freiheit. Sobald da ein Mißverhältnis entsteht, ist auch die Gefahr für den staatlichen Bestand da. Aber die Gefahr kann überwunden werden, und es ist ein Unding, von einem Volk zu behaupten, daß einigende Kräfte überhaupt weder vorhanden seien, noch entwickelt werden könnten. Sie können von Hause aus nur in schwachen Ansätzen vorhanden und schwer zur Entwickelung zu bringen sein; dann muß eine straffe zusammenfassende Gewalt mindestens so lange da sein, bis Interesse und Gewöhnung die Elemente notwendigen Gemeinsinns genügend haben erstarken lassen. Alsdann kann die Zentralgewalt diese Ansätze politischen Lebens immer mehr wirken und sich entfalten lassen und sich von dem Eingreifen in diesen Entwickelungsprozeß in dem Maße zurückhalten, als er natürlich und regelrecht fortschreitet. Das ist gesundes politisches Leben; es ist das Prinzip gewesen, das eines der kräftigsten Gemeinwesen unserer Tage, den preußischen Staat, auf seine Höhe geführt hat.

Polens Verhängnis ist es nun aber gewesen, daß widrige Umstände ihm fast die entgegengesetzte Entwickelung aufgedrängt haben. Dieses Reich war in gewissem Sinne von Hause aus ein Zufallsprodukt; wirklich stark wirkende Einigungskräfte waren nicht tätig, und gerade da, als das polnische Volk anfing eine wirkliche Nation zu werden, fing die Zentralgewalt, die das Volk hätte zusammenschweißen sollen, an zu versagen. Gleichwohl war eine nationale Tradition bereits vorhanden, als der Zerfall drohte; dies und äußere Umstände hielten den Bestand des Reichs aufrecht. Nun hätten aber innerhalb des Volks wirtschaftliche Interessen und geistiges Leben sich kräftiger entwickeln müssen, und gerade das geschah nicht. Die schwache Staatsgewalt ließ diese Kräfte, die sie hätten retten können, verkümmern oder unterdrückte sie sogar in unbegreiflicher Verblendung. Die Entwickelung nahm also genau den entgegengesetzten Verlauf, den sie im Interesse der Erhaltung des Staats hätte nehmen sollen. Eine schwache Zentralgewalt, als die Nation noch unfertig war, und eine Unterbindung der Lebenskräfte der Nation, als diese trotzdem anfing sich aus sich selbst zu entwickeln!

Was hier in kurzen Worten vorausgeschickt ist, bedarf natürlich noch der näheren Begründung. Es wird sich da nebenbei noch manches ergeben, was für die Beurteilung des Polentums von Wert ist.

Ich habe vorhin gesagt, der polnische Staat sei von Hause aus ein Zufallsprodukt gewesen; es ist hier näher zu erläutern, wie das zu verstehen ist. Ältere und meist auch neuere Geschichtsbücher unterscheiden bei der Darstellung der Verhältnisse im zehnten Jahrhundert unserer Zeitrechnung sorgfältig zwischen „Wenden" und „Polen". Daraus entsteht die Vorstellung, als ob die Polen schon damals eine abgegrenzte Nationalität dargestellt hätten, die von der der westlich angrenzenden Slavenstämme merkbar verschieden gewesen sei. Diese Vorstellung bedarf der Berichtigung. Der Name „Wenden" bedeutet die Bezeichnung, die den Slaven, soweit wir ihre Existenz geschichtlich zurückverfolgen können, von den benachbarten Germanen beigelegt worden ist. Sie galt ebenso von Ostslaven, als von Westslaven. Daß er *später* auf den slavischen Stämmen haften blieb, die den Deutschen zunächst wohnten, ergibt sich aus sehr natürlichen Gründen,

ebenso wie der Name „Wälsche" sich ursprünglich auf alle Romanen bezieht, heute aber im Elsaß nur von Franzosen, in Tirol nur von Italienern gebraucht wird. In Wirklichkeit war von einer deutlich erkennbaren Verschiedenheit innerhalb der slavischen Volksmasse, die nach Beendigung der sogenannten Völkerwanderung östlich von Saale und Elbe bis über die Weichsel hinaus wohnte, wohl kaum die Rede. Man muß sich vielmehr darunter eine ziemlich homogene Masse von Ansiedlern vorstellen, die in dem Maße, als das Land infolge des Abzugs der Germanen entvölkert wurde, langsam nachrückte, sich zunächst in einzelnen Siedlungen ziemlich unvollkommen organisierte und erst später nach einer Periode längerer Seßhaftigkeit allmählich innerhalb einzelner Gebietsteile, deren Grenzen durch natürliche landschaftliche Verhältnisse gegeben waren und innerhalb deren sich bald vielleicht auch mundartliche Verschiedenheiten ausgebildet hatten, in größeren Gruppen zusammentrat. Diese Gruppen charakterisieren sich dann als Stämme oder Völkerschaften, die sich gelegentlich oder dauernd einer einheitlichen Leitung unterwerfen. Doch haben wir uns sicher diese Fürstengewalt sowohl räumlich als ihren Befugnissen nach als recht beschränkt vorzustellen, als ein Richter- und Ehrenamt innerhalb einer größeren Zahl bäuerlicher Gemeinden.

Wenn wir uns diese Verhältnisse vergegenwärtigen, so finden wir darin nebenbei zugleich eine Erklärung für eine unter den Polen herrschende Anschauung, die uns auf Grund unserer gewohnten Geschichtsbetrachtung in der Regel unverständlich ist. Der Pole seinerseits kennt nämlich keinen Unterschied zwischen „Polen" und „Wenden". Für ihn sind die letzteren gleichfalls Polen gewesen und deshalb sieht er folgerichtig das gesamte ostelbische Gebiet als ein solches an, das seinen eigenen Vorfahren im Laufe der Jahrhunderte widerrechtlich von den Deutschen abgenommen worden ist.

Im zehnten Jahrhundert änderten sich die Verhältnisse der ostelbischen Slavenbevölkerung wesentlich. Durch die Not der Zeit — nämlich durch den Einbruch der Avaren und später der Magyaren — waren Serben, Mähren und Tschechen nach einander veranlaßt worden, Reiche von größerem Umfang zu bilden, sich straffer zu organisieren und sich einem Fürsten von räumlich und rechtlich umfassenderer Gewalt zu unterwerfen. Die Mähren-

und Tschechenfürsten hatten ferner durch freiwillige Annahme des Christentums für sich und ihr Volk der ihnen von Westen drohenden Gefahr klug vorzubeugen gesucht. Freilich hatte ihnen das nicht viel genutzt. Der Versuch des Mährenfürsten Rostislaw, durch Berufung griechischer Mönche (Methodius und Cyrillus) die junge mährische Nationalkirche an Byzanz anzugliedern, scheiterte kläglich an der Wachsamkeit des römischen Papstes, und das nach dem Zerfall des Mährenreichs emporkommende Fürstentum der Przemysliden in Böhmen geriet ohne weiteres in kirchliche Abhängigkeit von Rom und politische Abhängigkeit von Deutschland. Diese Verhältnisse lagen bereits vor, als Otto der Große sich anschickte, das von seinem Vater — freilich aus ganz anderen Beweggründen — eingeleitete Programm durchzuführen und Christentum und Germanentum über Saale und Elbe hinaus nach Osten zu tragen. Unaufhaltsam drang der gewaltige Slavenbekämpfer, Markgraf und Herzog Gero, mit eiserner Kraft alles niederzwingend und auch grausame Hinterlist nicht verschmähend, nach Osten vor. Unter solchen Umständen erwachte bei den zwischen Oder und Weichsel wohnenden Slaven das Bewußtsein der drohenden Gefahr, und sie schlossen sich unter dem angesehensten Fürsten dieses Gebiets, dem Mściślaw aus dem in der Gegend von Gnesen ansässigen Geschlechte Piast, enger zusammen. Die polnische Überlieferung behauptet, daß das Piastengeschlecht schon länger einen größeren Machtbereich innegehabt habe und daß schon früher durch Zuwanderung eines vor den Avaren weichenden (chorwatischen) Slavenstammes die Anfänge einer staatlichen Einigung geschaffen seien. Indessen diese ziemlich dunklen Vorgänge kommen hier nicht in Betracht. Jedenfalls beruhte die Macht, die Mściślaw um diese Zeit als Fürst der „Polanen" (d. h. Ebenenbewohner) in die Hand bekam, nicht auf einem abgegrenzten Nationalfürstentum, sondern sie war durch die Gelegenheit und das praktische Bedürfnis bestimmt. Aber Mściślaw verstand seine Stellung mit bewundernswerter Klugheit wahrzunehmen und zu befestigen, sodaß die unter seiner Herrschaft stehenden Polanen oder Polaken, woraus die heutigen Bezeichnungen entstanden sind, nun als wirkliches Volk in die Geschichte eintreten. Mściślaw verschaffte sich augenscheinlich dadurch, daß er mit Böhmen in Verbindung trat, eine genaue Kenntnis der Lage und erfaßte sofort das richtige Mittel, um der

Gefahr für die tatsächliche Unabhängigkeit der Slaven vorzubeugen: er führte das Christentum ein und unterwarf sich formell der Oberhoheit des deutschen Königs, wodurch er sich die Anerkennung als Herzog der Polen sicherte, also zunächst als Gleichberechtigter neben den Eroberern, von denen ihm zunächst Gefahr drohte.

Was Mściſlaw angebahnt hatte, vollendete sein großer Sohn, Boleslaw der Kühne. Unter ihm wurde Polen ein wirkliches Reich, das nun den Raum zwischen dem Deutschen Reich, dem Lande der heidnischen Preußen an der Ostsee, den Litauern und den russischen Fürstentümern ausfüllte und de facto unabhängig war. Boleslaw erlangte vom Kaiser Otto III. die Unabhängigkeit Polens vom Deutschen Reich, wenn er auch Vasall des römischen Kaisers blieb. Solange Otto III. lebte, hielt er klug daran fest, den Anspruch des Kaisers auf die Oberherrlichkeit der Form nach anzuerkennen. Die Versuche Kaiser Heinrichs II., dieser Form praktische Folgen zu geben, endeten unzweifelhaft mit einem entschiedenen Mißerfolg. Noch bei Otto III. war dem Herzog Boleslaw, der es später sogar wagen durfte, sich „König" zu nennen, ein zweiter folgenschwerer Schachzug geglückt, die Errichtung des Erzstifts Gnesen. Erstaunen erregen muß der politische Scharfblick und die Geriebenheit, mit der Boleslaw dabei die unreife Schwärmerei des jungen Kaisers Otto III. ausnutzte. Was das Erzstift Mainz für die Karolinger bei der geistigen Angliederung des heutigen Deutschland an das Frankenreich gewesen war, das sollte nach dem Plan Ottos des Großen Magdeburg für den slavischen Osten werden. Diesen Plan durchkreuzte Boleslaw geschickt; er erlangte die kaiserliche Genehmigung zur Gründung des Erzstifts Gnesen, wohin er die irdischen Reste des von den Preußen erschlagenen heiligen Adalbert hatte bringen lassen, durch die gewandte Benutzung der religiösen Zeitstimmung und der persönlichen Verehrung des Kaisers für diesen Märtyrer. Dadurch schuf er für sein Reich einen eigenen nationalen geistigen Mittelpunkt und löste die polnischen Bistümer von jedem deutschen Einfluß los.

Ich bin auf die Umstände der Gründung des polnischen Reichs etwas ausführlicher eingegangen, um nun zusammenfassend folgende Feststellungen als begründet erscheinen zu lassen:

1. Die Gründung des polnischen Reichs beruhte nicht auf

dem innern Bedürfnis eines abgeschlossenen Volksstammes, sondern war durch die äußere Lage eines Bruchteils einer zwar stammverwandten, aber durchaus unorganisierten Volksmasse gegeben.

2. Die Bildung dieses Staats geschah grundverschieden von der der meisten europäischen Reiche; sie erinnert vielmehr an die Entstehung asiatischer Reiche, die gleichfalls durch Zusammenraffung einer trägen Volksmasse unter einer durch äußere Verhältnisse emporgehobenen Herrschergewalt entstanden. Dergleichen Staaten pflegen nur durch eine despotische Regierungsform erhalten zu werden.

3. Für die Zukunft dieses Reiches kam somit alles darauf an, daß es durch die Macht und das Ansehen bedeutender Persönlichkeiten mindestens so lange zusammen gehalten wurde, bis die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung stark genug geworden waren, um eine nationale Kultur und ein Gemeingefühl zu erzeugen. Einstweilen war hier durch die beiden großen Begründer des Reichs in allzu kurzer Zeit eine politische Macht geschaffen, die in offenbarem Mißverhältnis stand zu der wirtschaftlichen Grundlage, aus der sonst politische Macht emporzuwachsen pflegt.

Das polnische Volk hat sich nun zu dieser Entwickelung keineswegs so unfähig gezeigt, wie man gewöhnlich annimmt. Die starken Hindernisse, an denen es dennoch schließlich scheiterte, lassen zwar erkennen, daß die politische Leistungsfähigkeit dieses Volks für die Verhältnisse, in die es hineingestellt war, in einer bestimmten Zeitperiode nicht genügte, aber sie lassen ihr absolutes Maß durchaus nicht allzu gering erscheinen.

Zunächst kann man das polnische Volk nicht dafür verantwortlich machen, daß seine ersten Herrscher ihren Staat nicht rücksichtslos nach den Bedürfnissen der von ihnen erlangten Gewalt ordneten, sondern den in der germanischen und romanischen Welt herrschenden Anschauungen von Erb- und Lehnsrecht, die von den Warägern teilweise auch auf die Ostslaven übertragen waren, Eingang gewährten. Die Unklarheiten im Thronfolgerecht, die in ähnlich entstandenen asiatischen Staaten durch Gewalt und Mord korrigiert zu werden pflegten und dadurch wenigstens in der Regel dem Tatkräftigsten und Schlauesten unter den Mitbewerbern zum Thron verhalfen, konnten in einem christlichen Gemeinwesen nicht auf solche Art überwunden werden. Die

Teilungen und Zwistigkeiten, die daraus entstanden, wirkten aber in Polen ganz anders als in dem benachbarten Deutschland. Sie fanden kein Gegengewicht in einer starken Überlieferung, einer allmählich aus dem Volk herausgewachsenen Gliederung der Gesellschaft, die den Rechtsanschauungen einen festen Rückhalt gab. Sie wirkten daher viel mehr hemmend und zersetzend, obgleich vorerst der Mangel einer bestimmten sozialen Struktur äußerlich die durch Sprache und Sitte verbundene polnische Volksmasse stärker zusammenhielt, als es das Lehenswesen in Deutschland vermochte.

Diese Verhältnisse bedingten schon eine ganz andere Stellung des Adels, als in dem deutschen Lehensstaate. Der deutsche Adel, wie immer er teilweise auch später ausartete, verdankte doch ursprünglich seine Rechte und seine Stellung dem Ansehen, das Einzelne durch Besitz und Tüchtigkeit sich innerhalb des Volkes zu erwerben wußten. Er ist von unten emporgewachsen und erst nach einem langen komplizierten Entwickelungsgang zum einen Teil Inhaber einer landesfürstlichen Gewalt, zum andern Teil bevorrechtetes Organ und Stütze dieser Gewalt geworden und erst auf diesem Wege später in Gegensatz zu Bürgern und Bauern getreten. Der polnische Adel ist von Anfang an ein Werkzeug der Zentralgewalt des Reichs gewesen. Bei der plötzlichen Entstehung und schnellen Ausbreitung des Reichs und der Notwendigkeit, sich gegen die starke Gewalt des Kaisertums und des drohenden Deutschtums durchzusetzen, brauchte der Polenherzog tüchtige Unterführer und Vertrauensmänner, während doch das Volk Leute in eigentlich führender oder gar bevorrechteter Stellung bis dahin kaum gekannt hatte. So setzte der Herzog nach der Wahl seines Vertrauens seine Wojwoden und Kastellane über das Land, und diese waren von vornherein auf Beherrschung und Unterdrückung der breiten Volksmasse angewiesen, um ihre Stellung behaupten zu können. Aus dieser Wurzel ist der polnische Adel entsprossen. Von vornherein ein entschieden herrschender Stand, war er doch zugleich von der allerdings echt slavischen Gleichmacherei und Abneigung gegen organisatorische Gliederung erfüllt, weshalb er neben Wahrung der eigenen Stellung eifersüchtig darüber wachte, daß kein Gleichgestellter etwa dem Könige oder Herzog gegenüber irgend ein Mehr an Rechten geltend machen könne.

Man wird sich vorstellen können, wie fortgesetzte Thronstreitigkeiten und Teilungen die Stellung eines solchen Adels auch den Herzögen gegenüber immer mehr befestigen und seine Macht erhöhen mußten. Polen gestaltete sich schon in der Zeit der Teilfürstentümer mehr und mehr in eine Adelsrepublik um. Es ist aber doch nicht unwichtig zu beobachten, wie diese so stark zersetzend und auflösend wirkende Entwickelung trotzdem das Fortbestehen einer starken Gegenströmung nicht hindern konnte, die in diesem äußerlich zerrissenen Volk das Bewußtsein, zusammenzugehören und aufeinander angewiesen zu sein, beständig wach erhielt. Dieses Bewußtsein fand am Ende des dreizehnten Jahrhunderts einen entschiedenen Ausdruck in der durch die damalige Weltlage und die Verhältnisse der Nachbarstaaten begünstigten Erhebung Wladislaws I. des Zwerges (Lokietek) zum Oberhaupt des Reichs. Während die Vorgänger dieses Wladislaw den Königstitel nur zeitweise usurpiert und keinen eigentlich im Bewußtsein der damaligen Zeit gültigen Rechtstitel für die Bezeichnung rex besessen hatten, ist Wladislaw selbst der erste mit Zustimmung des Papstes feierlich gekrönte König von Polen. Daß diese Kräftigung der Zentralgewalt des Reichs möglich war, nachdem bereits die innere Entwickelung längst eine Richtung genommen hatte, die notwendig auf eine allmähliche Auflösung hinsteuerte, verdient wohl beachtet zu werden und sollte davor warnen, die einigenden Kräfte in dem polnischen Volk zu unterschätzen. Aber das alte Mißverhältnis blieb bestehen. Polen hat unter den letzten Piasten und unter den Jagellonen kraftvolle und kluge Persönlichkeiten als Könige gehabt, deren internationale Machtstellung durch eine ganze Reihe günstiger Umstände erweitert und gehoben wurde, sodaß Polen zeitweise die bedeutendste Macht in Osteuropa war. Dennoch hat keiner dieser Herrscher vermocht, die einmal angebahnte, unselige Entwickelung im Innern aufzuhalten, die allmählich das Volk in eine träge, stumpfe, kulturlose Masse und einen unruhigen, machtgierigen Stand kleiner und großer Herren schied. Die Macht des Adels, dessen einzelne Glieder schließlich in förmlich anerkannter Gleichberechtigung ihren Anteil an der Staatsgewalt begehrten und erhielten und der durch die Einrichtung eines immer mehr beschränkten Wahlkönigtums Gelegenheit erhielt, eine Schranke der staatlichen Ordnung nach der

andern niederzureißen, mußte schließlich das Gefüge des Reichs so weit lockern und auseinander treiben, daß das Königtum nur durch eine entschlossene Umgestaltung des Reichs mit Hilfe eines ganz neuen sozialen Elements die Rettung hätte versuchen können. Ein solches rettendes Element konnte nur ein lebenskräftiger Bürgerstand sein, und der war nicht vorhanden.

Wie kam es, daß das polnische Reich einen solchen Bürgerstand nicht hervorgebracht hat? Wir müssen auch hier fragen, ob wir es mit dem Mangel einer bestimmten Fähigkeit des Volks oder mit ungünstigen Umständen zu tun haben. Das Entstehen eines tüchtigen Bürgerstandes ist nur der natürliche Ausdruck einer vielseitigen Gestaltung der wirtschaftlichen Interessen eines Volkes; die Möglichkeit eines solches Entstehens ist also wesentlich abhängig von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen. Es ist ja nun unverkennbar, daß in einem schlichten, mit wenig Initiative begabten Bauernvolk, wie es die Slaven zur Zeit der Entstehung des polnischen Reichs waren, die Antriebe zu einer reicheren Ausgestaltung ihrer Lebensverhältnisse von Anfang an recht schwach waren. Zweifellos liegt es auch in der slavischen Veranlagung, daß das Bedürfnis nach Arbeitsteilung sich nur schwach und spät geltend machte. Dennoch haben die tüchtigen polnischen Herrscher — ob bewußt, ob instinktiv, ist wohl recht schwer zu entscheiden — darauf hingewirkt, kulturfördernde Antriebe zu schaffen. Aber die Polen sind darin von einem merkwürdigen Unglück verfolgt worden. Daß ihre tüchtigsten Herrscher offenbar das Bewußtsein von den Bedingungen wirtschaftlichen Gedeihens hatten, beweisen ihre Bestrebungen zur Gewinnung der Seeküste und zur Beherrschung der schiffbaren Stromläufe des Landes. Es war gewiß keine ziellose Sucht nach irgend einer Machterweiterung, als ein so besonnener, geistig vorgeschrittener und politisch erfahrener Mann wie Boleslaw III. Schiefmund (Krzywousty), im ersten Drittel des zwölften Jahrhunderts einen sorgfältig erwogenen Plan in Angriff nahm, um die Weichsel- und Odermündungen und die dazwischen liegende Ostseeküste, also mit andern Worten das Land Pommern zu gewinnen. Es ist hier nicht der Ort nachzuweisen, mit welcher Energie und Zähigkeit Boleslaw sein Ziel verfolgte und wie sich in diesen Feldzügen der damalige polnische Adel noch im Glanz seiner ritterlichen Vorzüge zeigte. In der Tat

setzte Boleslaw seine Absicht so weit durch, daß nur die Christianisierung Pommerns noch fehlte, um das Land dauernd an Polen zu knüpfen. Aber eben das, was Boleslaw in dieser Richtung tat, bereitete den späteren Verlust Pommerns vor. Er fand für das Missionswerk nur eine geeignete Persönlichkeit, und das war ein Deutscher. Bischof Otto von Bamberg, der Apostel der Pommern, der ihnen als Abgesandter und unter dem Schutz des Polenkönigs das Evangelium predigte, war den Anschauungen seiner Zeit gemäß gewiß ganz von der Absicht frei, Pommern dem polnischen Einfluß zu entfremden. Aber das Ergebnis seiner ganzen Arbeit blieb doch die Tatsache, daß dem damals recht rohen Volke in dem schwachbevölkerten Lande die ersten Anfänge der Gesittung und höheren geistigen Kultur nicht von den Polen, die ihnen nur als Eroberer genaht waren, sondern von Deutschen gebracht wurden, die sich ihnen in jeder Beziehung freundlich erwiesen, politisch aber nichts von ihnen begehrten. Die Polen unterließen es, diesen Vorsprung des deutschen Einflusses ihrerseits einzuholen, weil nach Boleslaws Tode die inneren Verhältnisse ihre Aufmerksamkeit ablenkten. Es begann dann auch bald die Periode der polnischen Teilfürstentümer, und eben während dieser Zeit befestigte sich der deutsche Einfluß im ganzen Odergebiet und gewann seine Stätte im Bereich des polnischen Fürstenhauses selbst. Um die Mitte des zwölften Jahrhunderts wurde durch die Tätigkeit Albrechts des Bären das Gebiet westlich von der mittleren Oder endgültig germanisiert und christianisiert. Um dieselbe Zeit fing die deutsche Hansa an, den Ostseehandel zur höchsten Blüte zu erheben, während die Kaisergewalt in der Hand des deutschen Königs ihren größten Glanz erreichte. Kein Wunder, daß in diesem Zusammenhang der Dinge auch das Gebiet der oberen Oder durch Kolonisation und Verkehr schnell und sicher in den Bereich deutscher Kultur gezogen wurde. Die schlesischen Piasten, ursprünglich ebenso polnische Teilfürsten wie die Herzöge von Masovien und andere, wurden von dieser Zeit an nicht nur völlig germanisiert, sondern sie verloren auch politisch jeden Zusammenhang mit dem Polenreich, so daß die schlesischen Herzogtümer dem durch Wladislaw Lokietek wieder hergestellten polnischen Königreich nie wieder angehört haben. Und gegen Ende des zwölften Jahrhunderts gingen auch die Odermündungen dem

Polentum endgültig verloren. Durch den Einfluß Heinrichs des Löwen wurden die westpommerschen Fürsten Herzöge und Lehnsträger des heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Die Ohnmacht der polnischen Teilfürstentümer verhinderte jedes tatkräftige Eingreifen innerhalb der weiteren polnischen Interessensphäre.

Was im zwölften Jahrhundert angebahnt wurde, vollendete sich im dreizehnten. Was schon Boleslaw III. mit Pommern nicht vollständig gelungen war, konnte einem polnischen Teilfürsten mit den heidnischen Nachbarn in Preußen erst recht nicht glücken. Es ist bekannt, wie Herzog Konrad von Masovien sich den unruhigen Nachbarn gegenüber vollständig im Stande der Notwehr befand und schließlich keinen andern Ausweg wußte, als daß er den Kampf gegen die Preußen unter den Gesichtspunkt eines „Kreuzzugs" stellte, um wenigstens Bundesgenossen zu gewinnen. Der Bundesgenosse aber, der sich ihm bot, war für Polen sehr gefährlicher Natur. Der deutsche Orden focht den Kampf allein aus, und die Folge war, daß sich ein festgeordneter deutscher Staat zwischen Polen und die Ostseeküste schob. Nun war überhaupt nur noch die Weichselmündung und das östliche Pommern für Polen erreichbar. Gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts schien diese Aussicht sich verwirklichen zu sollen, als der letzte Fürst von Pommerellen, Mestwin II., das Recht Polens auf seine Nachfolge anerkannte. Aber Polen hat wiederum infolge der schwachen, nur dem Namen nach vorhandenen Zentralgewalt diesen Anspruch nicht durchführen können. Die pommerschen Herzöge und der deutsche Orden verständigten sich über den Besitz von Pommerellen; auch die brandenburgischen Askanier haben um diese Zeit Teile des pommerellischen Erbes in ihrem Besitz gehabt. Jedenfalls war das Küstenland nun den Polen vollständig verschlossen. Als Wladislaw Lokietek das polnische Königtum neu aufrichtete, war nicht nur der Verlust Schlesiens endgültig besiegelt, sondern auch jede Aussicht auf vollständige Gewinnung der großen Stromläufe und der Meeresküste vorläufig abgeschnitten.

Nun haben sich freilich die polnischen Könige niemals dabei beruhigt. Sie haben jede Gelegenheit benutzt, um die Grenzen des Reichs so zu erweitern, daß ihm ein Anteil an dem Reichtum und Handelsverkehr anderer Länder gesichert werde. Aber diese

Bemühungen hätten durch eine regsame Bevölkerung unterstützt werden müssen, und das wurde durch die innere Verfassung Polens erschwert und verhindert. Der Adel hatte schon zu große Macht erlangt, und seine Befugnisse litten es nicht, daß eine freie wirtschaftliche Tätigkeit festen Fuß faßte. Die Städte blieben in unmittelbarer Abhängigkeit von den ländlichen Grundherren, die aus der Vergebung und Beschützung städtischer Rechte an gar nicht lebensfähige kleine Gemeinwesen sich eine Einnahmequelle schufen. Diese städtischen Rechte waren zwar deutschem Muster entlehnt, weil die Könige die Blüte des deutschen Städtewesens vor Augen hatten und durch Übertragung der Form das nämliche Ziel erreichen zu können glaubten; aber diese Rechtsformen blieben ohne Wirkung, weil die Voraussetzungen dazu fehlten. Deshalb verharrte die Bewohnerschaft der Städte auf dem Standpunkt eines unfreien Ackerbürgertums, das von umfassenden Interessen und lebhafterer gewerblicher Tätigkeit abgeschnitten blieb. Wohl wurde gelegentlich auch versucht, deutsche Gewerbtreibende in das Land zu ziehen, aber diese Versuche glichen der Verpflanzung eines Gewächses in einen Boden, in dem es nicht Wurzel fassen konnte. Die Gewerbe entwickelten sich nicht, weil die damals notwendige feste Ordnung der Arbeitsteilung fehlte; die Vornehmen des Landes blieben in der Befriedigung ihrer wachsenden Bedürfnisse auf einen Handel angewiesen, dem die Lebensbedingung freier Entfaltung, sozialen Ansehens und weiten Blicks fehlte. Daher blieben die Anfänge dieses Handels in den Händen rechtloser Fremden, meistens Juden, und unter diesen Juden waren es, namentlich später, nicht die besseren, gebildeteren und tüchtigeren Elemente, sondern der Abschaum, der aus dem Westen verjagt oder aus noch unkultivierteren Ländern des Orients eingewandert war. Diese entarteten Vertreter einer minderwertigen Kultur breiteten sich in großen Scharen über das Land aus und befriedigten schachernd und wuchernd das Geldbedürfnis der vornehmen Herren. So blieben auch diejenigen Kräfte vollständig unfruchtbar, die sonst wohl imstande gewesen wären, das Volk ungeachtet einer unzweckmäßigen Verfassung und Politik zusammenzufassen und widerstandsfähig zu erhalten, wie ja anderswo ein gesund entwickelter Gewerbfleiß und ein blühender Handel schon manche Krisen überwunden hat. Als trotzdem die aufsteigende äußere

Macht Polens, zumal nach der Verbindung mit Litauen, dem Reich neue Hilfskräfte zuzuführen schien, war es bereits zu spät. Als es glückte, die Macht des deutschen Ordens zu brechen, als die Krone Polen die Oberhoheit über Livland, Kurland und Ostpreußen gewann und Westpreußen mit Danzig dem Reiche angliederte, kennzeichnete sich dieses Neugewonnene nur als vollständiger Fremdkörper. Die Polen haben es daher nicht vermocht, aus dem Besitz von Danzig und Westpreußen Nutzen zu ziehen; sie verzettelten ihre Kraft in einer von törichter Eifersucht eingegebenen, fanatisch betriebenen Polonisierungsarbeit. Was ein bedeutender wirtschaftlicher Vorteil für das Reich hätte werden können, wurde eine Schule der nationalen Eitelkeit und Unduldsamkeit. Vielleicht wäre die wirtschaftliche Kräftigung dennoch geglückt, wenn die zähen, verschlagenen und weitblickenden Jagellonen den Plan, ein Polen „von Meer zu Meer" zu schaffen, hätten ausführen können. Aber auch dieser Versuch, die Herrschaft Polens an das Schwarze Meer auszudehnen, kam zu spät und blieb stecken, weil die ostslavische Macht damals bereits innerlich zu stark geworden war und auf der Grundlage der Selbstherrschaft der moskowitischen Großfürsten und des Übergewichts des griechischen Katholizismus in jenen Gegenden einen zu großen Vorsprung erlangt hatte. Unter den Wasas wurde das große Duell zwischen Polen und Rußland um den Einfluß am Schwarzen Meere endgültig zu Gunsten Rußlands entschieden. Die Kleinrussen entzogen sich unter dem Kosakenführer Bogdan Chmelnitzki ganz und gar dem Einfluß Polens und der lateinischen Kirche; das moskowitische Reich konsolidierte sich unter der einheimischen Dynastie der Romanows.

Während so Polen die erhoffte Stellung als osteuropäische Vormacht verscherzte, verlor es auch die für das Reich so notwendige freundschaftliche Anlehnung an den Westen. Durch die schroffe Vergewaltigungspolitik in Westpreußen und Ermland war der Gegensatz zwischen Deutschen und Polen, der beiden Völkern im Blute liegt, erheblich verschärft. Die Zerrissenheit und Schwäche des Deutschen Reichs in den Kriegswirren des Dreißigjährigen Krieges steigerte das Selbstgefühl der Polen gewaltig, obwohl keine rechte Unterlage dafür vorhanden war. Um so unangenehmer überraschte sie das Emporsteigen der straffen und kernigen branden-

burgischen Macht, die sogar die polnische Oberhoheit im Herzogtum Preußen abzuschütteln und vor den Toren von Warschau das kriegerische Prestige der Deutschen gegenüber den Slaven wiederherzustellen wußte. Seitdem lebte sich das polnische Reich zu seinem eigenen Schaden und namentlich zu seinem ungeheuren wirtschaftlichen Nachteil immer mehr in einen auf Haß und Mißtrauen beruhenden Gegensatz zu seinen westlichen Nachbarn ein.

Es waltete also ein Unstern über allen den Beziehungen Polens, aus denen sich auf natürlichem Wege eine wirksame Befruchtung der vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte hätte ergeben können. Die Folge war das Ausbleiben einer Entwickelung, mit deren Hilfe vielleicht die nachteiligen Folgen der unglücklichen Gestaltung der Verfassung und der sozialen Verhältnisse hätten ausgeglichen werden können. Auch unter solchen Umständen aber war eine Rettung noch keineswegs ganz ausgeschlossen. Intelligenz, Bildung und sittliche Festigkeit haben schon manchem Volk über schwere Zeiten und scheinbar unlösbare Aufgaben hinweggeholfen und Mißgriffe und Verfehlungen der Vergangenheit wieder gutgemacht. Bei allen Fehlern, die man dem polnischen Volke mit Recht nachsagt, waren doch sittliche Eigenschaften genug in ihm vorhanden, die imstande gewesen wären, ihm für Zeiten des Mißgeschicks die Möglichkeit der Einsicht und Umkehr und einen eisernen Bestand innerer Tüchtigkeit zu bewahren. Daß dieser Hinweis berechtigt ist, zeigt die Zeit der letzten Jagellonen, namentlich Sigismunds I. Damals fand die Reformation Eingang und weckte in beiden Bekenntnissen den Eifer, das Volk aus dem geistigen Schlaf zu wecken und eine nationale Bildung zu schaffen. Aber wie ein Reif in der Frühlingsnacht fiel in dieses Aufwärtsstreben die Wirksamkeit des Jesuitenordens. Schon frühzeitig scheint der nationale Eifer, der Deutschenhaß dabei eine Rolle gespielt zu haben. Der neue Glaube kam aus Deutschland, und mit ihm unterdrückte man den deutschen Einfluß. Es scheint wenigstens, als ob bei der Persönlichkeit, die vorzugsweise den Jesuiten den Weg in Polen geebnet hat, dem Bischof Hosius von Ermland, der kirchliche Eifer vorzugsweise auf nationalen Beweggründen beruhte; Hosius war jedenfalls ein Todfeind des Deutschtums und der rücksichtsloseste Polonisator seines Sprengels.

Recht in Gang kam freilich die Gegenreformation und die

Jesuitenherrschaft erst unter den Wasas. Der schwedische Prinz, der als Sigismund III. die polnische Krone erhielt und später auch die schwedische erbte, scheiterte bekanntlich mit dem Versuch, beide Reiche in Vereinigung zu erhalten. Dieser Streit zwischen Polen und Schweden schürte nicht nur den Gegensatz zwischen den Germanen und Slaven, sondern auch den zwischen Protestanten und Katholiken; es hat sich wohl schon damals die Anschauung gebildet, daß der Protestantismus seinem Wesen nach germanisch sei und folglich das Polentum durchaus katholisch sein müsse. Unter solchen Umständen begegnete sich der Wunsch der Polen, den nationalen und kirchlichen Gegensatz gegen Schweden entschieden zu behaupten, mit dem Bedürfnis des Königs, sich im Interesse seiner Macht und seiner Ansprüche, die durch den unzuverlässigen Adel nicht genügend gewahrt waren, auf den Klerus zu stützen. Die ohnehin anscheinend etwas erblich belastete polnische Linie der Wasas kam so ganz in das Fahrwasser der Bigotterie. Im siebzehnten Jahrhundert wurden die Jesuiten allmächtig in Polen und schlugen jede geistige Regung in Ketten und Banden. Der Slave hat ohnehin wenig Anlage zum Verständnis für einen paritätischen Staat, und was etwa an Streben nach geistiger Selbständigkeit vorhanden war, konnte und durfte nicht aufkommen gegenüber den selbstsüchtigen Interessen der herrschenden Klassen. Die Folge war, daß das Volk unter diesem Regiment immer mehr geistig verkam und schließlich auch die Herrschenden jeden Halt verloren. Damit war dem unglücklichen Volke die letzte Fähigkeit genommen, sich aufzuraffen. Als durch die Bestrebungen der übermächtigen Nachbarn schwere Stürme über Polen hereinbrachen, besaß es weder in seinen politischen Einrichtungen, noch in seinen wirtschaftlichen Hilfsquellen, noch in seiner geistigen und sittlichen Verfassung die erforderliche Widerstandsfähigkeit, um sich vom Untergang zu retten.

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, die Umstände und den Verlauf der Tatsachen bei den sogenannten Teilungen Polens näher darzulegen. Sie waren ja nur der notwendige Schlußakt des Trauerspiels, der niemand überraschen konnte. Für die Beurteilung des Polentums kommen sie weniger in Betracht, als die vorangegangene polnische Geschichte, in der die Beantwortung der Frage zu suchen ist, warum und woran Polen als Staat

zu Grunde gegangen ist. Dieselbe geschichtliche Betrachtung gibt uns aber auch die Unterlage für die Erkenntnis, daß das polnische Volk nicht nur mit seinem Staate nicht gestorben ist, sondern gerade in dem schimpflichen Untergange seiner staatlichen Existenz ein Mittel zur Gesundung finden konnte. Davon wird im nächsten Kapitel zu handeln sein.

Kapitel 2.

Das polnische Volkstum unter preußischer Herrschaft.

Durch die Teilungen Polens sind die Polen russische, österreichische und preußische Untertanen geworden. Sie sind also zu drei recht verschiedenen Staaten in das allernächste Verhältnis getreten. Für die Beurteilung, wie die Polen selbst ihre Lage auffassen, wird es von der höchsten Wichtigkeit sein, zu beobachten, wie sie sich zu den einzelnen Teilungsmächten stellen. Da fällt zunächst der eigentümliche Umstand auf, daß unter diesen Teilungsmächten Preußen diejenige ist, die von den Polen mit dem unversöhnlichsten Hasse beehrt wird.

Das könnte seinen Grund vielleicht darin haben, daß die Polen dem Königreich Preußen die Hauptschuld an der Vergewaltigung Polens beimessen. Die Geschichte lehrt aber ganz zweifellos das Gegenteil. Die Idee der ersten Teilung Polens ist von Rußland ausgegangen. Für König Friedrich den Großen war es nur eine einfache politische Pflicht, in dem Augenblick, wo Polen als wehrlose Beute dem russischen Einfluß preisgegeben war, die Hand auf Westpreußen zu legen. Dieses Land war schon einmal deutsch gewesen; es hatte zu dem Besitz des deutschen Ordens gehört, dessen unbestrittener Rechtsnachfolger der König von Preußen war. Das Land war von den Polen dem deutschen Orden gewaltsam entrissen worden, und wenn auch durch vertragsmäßige Anerkennung dieser Eroberung ein politisches Besitzrecht geschaffen war, so brauchte doch die Politik dieses Recht nicht zu respektieren, sobald ihr Gelegenheit und Macht dazu gegeben war. Endlich durfte Friedrich der Große ein notwendiges Verbindungsglied zwischen Ostpreußen und seinen deutschen Be-

sitzungen nicht einer Entwickelung überlassen, die es ohne sein Eingreifen in russischen Besitz gebracht hätte. Der Anteil Preußens an der ersten Teilung Polens beschränkte sich also auf das durch die politischen Verhältnisse gebotene geringste Maß.

Etwas anders war die Stellung Preußens zur zweiten und dritten Teilung Polens. Hier ging Preußen allerdings von der Ansicht aus, daß es die durch den ersten Teilungsvertrag mit Rußland und Österreich gegebenen Vorteile auch in den weiteren Folgerungen nicht aus der Hand geben dürfe. Der Nachfolger des großen Königs tat anscheinend dasselbe, was sein Vorgänger im Jahre 1772 getan hatte, und doch war es nicht dasselbe. Man kann diese Politik in Anbetracht der eigentümlichen Umstände und der politischen Grundsätze jener Zeit nicht allzuhart verdammen, zumal es leicht ist, nach hundert Jahren auf die Irrtümer der Vergangenheit Steine zu werfen. Immerhin kann man heute ruhig zugeben, daß im Jahre 1792 und den folgenden Jahren Preußen der Mitschuldige einer Gewaltpolitik wurde, der es — ohne Rücksicht auf die wahren Interessen und Aufgaben des Staats — nur auf Landbesitz ankam. Der gefährliche Irrtum, den Preußen damals beging, als es sich seinem politischen Beruf zuwider einen völlig fremden Länderkomplex aufhalste, gehört jedoch längst vollständig der Vergangenheit an. Preußen hat diesen Irrtum schwer gebüßt; es ist diesen fremden Besitz losgeworden und hat ihn nicht wieder begehrt.

Wie steht es nun aber mit der Provinz Posen? Ist sie nicht ein Teil jenes Besitzes aus der Teilung von 1793? Das ist scheinbar richtig und doch falsch. Die Provinz Posen ist dem preußischen Staat durch den Wiener Kongreß auf Grund eines vollständig neuen Rechtstitels zugesprochen worden. Es wäre töricht gewesen, dieses weit in das deutsche Land hinausgeschobene westlichste Stück des ehemaligen Königreichs Polen, die natürliche und notwendige Verbindung zwischen Schlesien und Westpreußen, Rußland zu überlassen. Denn nur um diese Wahl handelte es sich damals. Unmöglich konnte Preußen in einer Zeit großer staatlicher Umwälzungen dieses wirklich in seine Interessensphäre fallende, verhältnismäßig kleine Stück Land aus der Hand lassen, etwa weil es Gewissensskrupel empfand über die Rechtmäßigkeit der zweiten Teilung Polens. Weil die Provinz Posen nur ein

wichtiges Unterpfand ist für die Sicherheit unseres Besitzes, kann man heute eigentlich Preußen kaum noch zu den „Teilungsmächten" rechnen. An anderer Stelle wird dies noch näher auszuführen sein. Hier sei nur vorläufig folgendes festgestellt: Gerade vom Standpunkt des formellen Rechts aus ist nach dem ganzen Zusammenhang der Dinge nichts lächerlicher, als für dieses Stück altpolnischen Landes, das den Rest eines größeren eroberten Gebiets darstellt und in dessen Besitz Preußen aus praktischen Gründen von den europäischen Mächten vertragsmäßig bestätigt worden ist, irgend welche Verpflichtungen des Staats gegen das polnische Volkstum abzuleiten.

Tatsächlich aber hat der preußische Staat für die Polen mehr getan, als jemals ein andrer Staat, — das alte polnische Königreich selbst nicht ausgenommen. In dem national-vielgestaltigen Österreich blieb zwar das polnische Volkstum als solches unbehelligt; Galizien blieb eine vielleicht äußerlich etwas straffer als früher zusammengehaltene, innerlich aber ihrem alten Wesen treugebliebene Fortsetzung des alten Polenreichs. Etwas Wesentliches ist dort für die Gesundung und Hebung des Polentums nicht geschehen. Das russische Polen, an dem noch der Scheinname des Königreichs haftete, wurde durch ein schlimmes Verhängnis das Versuchsfeld für die liberalen Schwärmereien Alexanders I. Das taugte für das unglückliche Land gar nicht, und unter dem starren Selbstherrscher Nikolaus I. nahm die Sache denn auch ein Ende mit Schrecken. Der Auflehnung gegen die russische Herrschaft folgte die schroffste Knechtung. Die Entwickelung des Landes wurde dauernd niedergehalten, wenn auch dem hartgeprüften Volke aus dieser bittern Schule brutaler Unterdrückung einige heilsame Erfahrungen erwuchsen. Preußen jedoch war die einzige unter den herrschenden Mächten, die ihren polnischen Untertanen nicht nur volle Rechte gewährt hat, sondern auch ernste Arbeit daran gesetzt hat, das polnische Volk von seiner politischen Krankheit zu heilen.

Wir wiederholen: Preußen hat erstens den geringsten Schuldanteil an der Unterdrückung der staatlichen Selbständigkeit Polens und zweitens das höchste Verdienst an der Wiedergeburt des polnischen Volkes. Die Antwort der Polen ist, daß sie Preußen kräftiger hassen, als jeden andern Staat. Diese Tatsache allein

müßte die landläufigen Beurteiler des Polentums stutzig machen. Nicht in dem Sinne, daß sie unsere Entrüstung weckt über den schwarzen Undank der Polen; dergleichen führt uns keinen Schritt weiter. Was beweist denn dieser Undank? Er beweist, daß die Polen noch heute nicht polnisch sprechende Einzelmenschen, sondern ein Volk sind. Undank ist eine häßliche Sache für den einzelnen Menschen, für ein Volk eine politische Tugend. Ein Volk, das einem andern für erwiesene Wohltaten in der Weise Dank abstatten kann, daß es sein Geschick in die Hände des Wohltäters legt, hat aufgehört, ein Volk zu sein; wenn es das aber nicht vermag, so beweist es damit, daß es noch politisch empfindet. Ein Volk als Ganzes muß eben das höchste Moralgesetz in der Pflicht der Selbsterhaltung sehen, und wie auch der einzelne Volksangehörige seinen Pflichtenkreis gegenüber der Gesamtheit seiner Mitmenschen bestimmen mag, der Volksgemeinschaft gegenüber kann dies doch nur soweit gelten, als jenes höchste Gesetz erfüllt ist. Es kann also geradezu als Kennzeichen der Lebenskraft eines Volks gelten, wenn in seinen Gliedern das Gefühl für die Erhaltung des Volkstums so stark ist, daß es sogar anscheinend näher liegende moralische Erwägungen, sowie den Wunsch nach materiellem Wohlbefinden vollständig zu überwinden vermag.

Wenn schon die Betrachtung der früheren polnischen Geschichte ernste Bedenken erwecken muß, ob die herkömmliche Meinung von der angeborenen, rettungslosen politischen Unfähigkeit der Polen richtig ist, so muß die weitere Entwickelung des Polentums unter preußischer Herrschaft diesen Glauben noch stärker erschüttern, ja geradezu umstürzen. Es sieht beinahe aus, als ob Preußen den geschichtlichen Beruf gehabt hätte, den Polen auf den richtigen Weg zu helfen, auf dem sie ihr Volkstum politisch entwickeln konnten. Die Tätigkeit des preußischen Staats für seine Polen hat fürwahr darin bestanden, daß alle die Übelstände hinweggeräumt wurden, die den Untergang des polnischen Reiches herbeigeführt hatten, und siehe da! dieselben Polen, die in allen Schulstuben, Hörsälen und Versammlungslokalen als verkommenes, unfähiges, kurz und gut totes Volk längst gründlich abgetan waren, standen alsbald als eine lebendige Gemeinschaft voll kräftigen Eigenlebens da, die politisches Empfinden besaß und gar nicht daran dachte, auf ihre Zukunft zu verzichten. Diese

offenkundige Bestätigung unserer im vorigen Kapitel niedergelegten Auffassung der polnischen Geschichte durch die unbefangene Betrachtung der Gegenwart bedarf noch einer näheren Beleuchtung.

Wir hatten den Untergang Polens in der Hauptsache auf drei Ursachen zurückgeführt: 1) die unglückliche Verfassung, 2) das Fehlen genügender Impulse zur Entwickelung eines vielseitigeren wirtschaftlichen Lebens, aus dem ein kräftiger Bürgerstand hervorgehen konnte, 3) die künstliche Niederhaltung jedes geistigen Aufschwungs. Was den ersten Punkt anbetrifft, so haben die Polen zwar ihre Selbständigkeit eingebüßt, aber sie haben innerhalb des preußischen Staats das volle, unverkürzte Bürgerrecht erhalten und sind dadurch ganz von selber, mochten sie von ihren Rechten bewußten Gebrauch machen oder nicht, in die gesetzliche und soziale Ordnung des Staats hineingewachsen. Der Adel wurde dadurch ganz von selbst der für das Gemeinwesen schädlichen Vorrechte beraubt; der Bauernstand wurde aus dem Hörigkeitsverhältnis zu einer regierenden Kaste befreit und als freier Erwerbsstand geschützt; für einen wirklichen Bürgerstand war nun überhaupt erst der Raum geschaffen. Alles, was an den preußischen Staatseinrichtungen gesund und erprobt war, wurde ohne weiteres auf die Gemeinschaft der preußischen Polen übertragen, und zwar gründlicher und ausgiebiger, als es je eine Reform in einem selbständigen polnischen Staatswesen vermocht hätte. Es traten daher auch die natürlichen Wirkungen ein. Indem die preußischen Polen die Wohltaten der preußischen Staatsordnung rein passiv auf sich wirken ließen, gelangten sie zunächst zu einer sozialen Neuordnung und Wiedergeburt. Gegenüber einem solchen ungeheuren Gewinn fiel zunächst der Mangel politischer Selbständigkeit gar nicht ins Gewicht. Die Polen hüteten sich überdies mit dem ihnen eigenen nationalen Instinkt, sich für die wirklichen Lebensinteressen des preußischen Staats irgendwie aktiv zu betätigen. Sie haben dies stets nur soweit getan, als sie es tun mußten oder ihrem eigenen Volkstum damit nützlich zu sein glaubten. Vereinzelte Ausnahmen hat es natürlich gegeben, aber sie werden seltener, je mehr die innerliche Wiedererstarkung des polnischen Volkstums vorschreitet.

Infolge der sozialen Wiedergeburt und der Angliederung an ein großes, zwar nicht sonderlich wohlhabendes, aber doch durch

Fleiß und Ordnung aufstrebendes Staatswesen wurden die preußischen Polen zugleich der wirtschaftlichen Vorteile teilhaftig, die ihnen früher verschlossen waren. Neue Straßen, Wasserwege, Häfen öffneten sich ihnen; mit den neuen Verbindungen zeigten sich neue Erwerbsmöglichkeiten. Und nun geschah das wirklich, was das alte polnische Reich niemals zustande gebracht hatte und was nach der Meinung der neunmal Klugen dem polnischen Volke angeblich überhaupt nicht möglich sein sollte: es entstand ein polnischer Bürgerstand. Und zwar nicht nur eine bestimmte Schicht, die äußerlich nach ihrer Tätigkeit als Handwerker und Kaufleute allenfalls so genannt werden konnte, sondern ein wirklicher, kräftiger, sich durch Erwerb und Bildung betätigender Mittelstand mit allen Kennzeichen eines solchen, wie in Deutschland. Daß infolge dieser Umbildung die preußischen Polen allmählich immer mehr die Untugenden abstreiften, die in dem bekannten Begriff der „polnischen Wirtschaft" bei uns einen sprichwörtlichen Ausdruck gefunden haben, kann nicht wundernehmen. Am meisten haben dazu die Einrichtungen beigetragen, die den Polen gerade durch Preußen als etwas ganz Neues und sehr zum Mißvergnügen Gereichendes gebracht wurden, nämlich die allgemeine Wehrpflicht und die allgemeine Schulpflicht.

Die allgemeine Wehrpflicht begünstigt die körperliche und moralische Entwickelung des Volkes; sie mußte also besonders einem Volke zugute kommen, das in seinen früheren traurigen sozialen Verhältnissen zu Trunk, Unreinlichkeit und Unordnung geradezu erzogen worden war. Neben diesem bessernden und stählenden Einfluß barg die Einrichtung freilich, vom polnischen Standpunkt aus gesehen, eine gewisse Gefahr für das polnische Volkstum. Nichts hat von dem polnischen Volkstum so viele tüchtige Elemente abgesprengt, sie ihren polnischen Idealen entfremdet und zu guten preußischen Staatsbürgern gemacht, als eben das Heer. Man kann sagen: Was in Deutschland polnische Namen trägt und doch heute im deutschen Lager steht, ist zum größten Teil durch das Heer gewonnen worden. Wir haben an dieser Stelle noch nicht die Frage aufzuwerfen, warum man das auf deutscher Seite nicht besser ausgenützt hat; wir wollen hier nur untersuchen, welche Wirkungen der Heerdienst auf die Masse des polnischen Volkes ausgeübt hat, soweit diese aus später zu

erörternden Gründen dem germanisierenden oder vielmehr zunächst „borussifizierenden" Einfluß des Dienstes nicht unterlag. Hier wird man sich vor allem den allgemeinen disziplinierenden Einfluß vergegenwärtigen müssen. Freilich wird von mancher Seite eingewendet werden, das falle wenig ins Gewicht, weil die untern Klassen des polnischen Volks von jeher an Gehorsam und Unterwürfigkeit gewöhnt seien, also die Disziplin als Rekruten schon mitbrächten. Diese Beobachtung ist äußerlich richtig, trifft aber doch nicht den Kern der Sache. Der polnische Bauer und Arbeiter war allerdings an Gehorsam gewöhnt. Er kannte diese Pflicht als etwas einseitig ihm Auferlegtes, als eine Tatsache, der sich der Schwache beugen müsse; er sah es als zufällige Gnade an, wenn ein gütiger Herr ihm seine Pflicht leicht machte. Nicht gewöhnt aber war er an die Anschauung, daß das Verhältnis der Unterordnung für Vorgesetzte und Untergebene gegenseitige Pflichten in sich schloß, daß das Ganze einer sittlich begründeten Ordnung diente, deren Glieder bei dem strengsten Gehorsam doch nichts von einem menschlich berechtigten Selbstbewußtsein zu opfern brauchten. Diese ganz andere ethische Auffassung des Gehorsams als einer freiwilligen Einfügung in eine notwendige Ordnung, diese Auffassung, so völlig verschieden von dem sklavischen Beugen unter Willkür und Rechtsübermacht, hat das polnische Volk erst durch den preußischen Heerdienst kennen gelernt. Die Einimpfung dieser allein wirksamen Disziplin hat sich in der ganzen Entwickelung der Polen unter preußischer Herrschaft ganz unverkennbar geltend gemacht.

Ganz ähnlich hat die allgemeine Schulpflicht gewirkt, indem sie dem polnischen Volke die geistige Befreiung brachte, ohne die eine regere Entwickelung des ganzen materiellen und sittlichen Lebens nicht denkbar gewesen wäre. Es war natürlich schwer, sofort eine durchgreifende Wirkung in dem zwar geistig begabten, aber Jahrhunderte hindurch geistig geknechteten Volke zu erzielen. Noch mehrere Menschenalter hindurch konnte es nicht ausbleiben, daß die Zahl der Analphabeten in diesen Landesteilen größer blieb, als irgendwo anders in Deutschland. Aber diese Zahl sinkt doch immer mehr, und es ist bereits erreicht, daß das geistige und sittliche Niveau der untern Klassen unter den preußischen Polen ganz außerordentlich erhöht worden ist. Jedenfalls

hat der preußische Staat mit seiner Schule auch die dritte der Ursachen unwirksam gemacht, auf die wir den Untergang des polnischen Reichs zurückgeführt haben.

Erwähnt wurde schon der lediglich durch die natürliche Wirkung der preußischen Gesetze und Einrichtungen entstandene polnische Mittelstand. Er ist schon jetzt der wahre Träger des polnischen Nationalgeistes geworden und wird es immer mehr. Auch ein sehr bedeutender Teil der ehemals bevorrechteten „szlachta", des zahlreichen niederen Adels, hat sich ihm schon zugewendet. Die Geistlichkeit rekrutiert sich zum größten Teil aus dem Mittelstande und lehnt sich jetzt an ihn an, nicht mehr ausschließlich an den grundbesitzenden Adel. So ist an die Stelle des unruhigen, herrschsüchtigen und dabei leichtsinnigen Szlachcic vom alten Schlage, der zielbewußte, verschlagene, fleißige und energische, dabei womöglich noch fanatischere Geschäftsmann, Fabrikant, Arzt, Rechtsanwalt, Apotheker, Lehrer u. s. w. getreten. Es ist nicht nötig, die weittragenden Folgen einer solchen sozialen Neuschöpfung näher auseinanderzusetzen; es liegt auf der Hand, daß damit das erreicht worden ist, wovon man früher zu behaupten pflegte, das polnische Volk könne es infolge natürlicher Unfähigkeit niemals erreichen.

Es wäre aber doch ebenso unrichtig als ungerecht, den sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung des Polentums in Preußen ganz *ausschließlich* auf das Konto des preußischen Staats zu setzen. Auch die russischen und österreichischen Polen, von denen die ersteren brutal unterdrückt, die letzteren ziemlich sich selbst überlassen waren, sind ganz andere Leute geworden, als ihre Vorfahren, die ihr Vaterland in Schimpf und Schande brachten. Man darf nicht übersehen, daß das Polentum auch von innen heraus und durch eigene Kraft einen bemerkenswerten *sittlichen und geistigen Aufschwung* genommen hat. Ein so schwerer Schicksalsschlag, wie ihn das polnische Volk mit dem Untergang seiner Freiheit erlitt, ist an sich wohl geeignet, auch den Leichtfertigen und Leidenschaftlichen zur Besinnung zu bringen. Und ein solches Besinnen auf sich selbst kann dann auch bei dem polnischen Volke festgestellt werden. Was noch in diesem Volke an edler, ehrenhafter Gesinnung erhalten war, wurde durch das nationale Unglück an die Oberfläche getrieben und zur Betätigung gedrängt. Nach-

dem die erste lähmende Wirkung der furchtbaren Niederlage und der Auslöschung des polnischen Reichs von der Karte Europas überwunden war, gaben die Umwälzungen der napoleonischen Zeit den ersten Hoffnungsstrahl. Während die Besten der Nation unter den napoleonischen Adlern ihr Rachegefühl an den Zwingherrn Polens zu kühlen versuchten, berauschten sie sich zugleich an dem Kriegsruhm des großen Eroberers und an den Hoffnungen auf die künftige Freiheit ihres Vaterlandes. Ein großer Schwung kam in dieses eben noch so tief gesunkene Geschlecht. Er verschaffte zuerst dem lange künstlich niedergehaltenen geistigen Leben freie Bahn. Auch die Kirche legte ihm nun nichts mehr in den Weg. Erstens fehlte es ihr in dieser Zeitperiode an der Macht dazu, und zweitens erkannte sie, daß von diesem patriotischen Aufflammen zur religiösen Begeisterung und zum inbrünstigen Anschluß an die mächtigen Anregungen der Phantasie, die gerade die kirchlichen Vorstellungen gewährten, leicht die Brücke geschlagen war. Es war die Gelegenheit, Waffen zu schmieden gegen das ketzerische Preußen und die russischen Schismatiker.

So erwachte der polnische Nationalgeist schnell zu unvermuteter Kraft. Man fand wieder Ideale, für die man sich opferbereit fühlte, und daraus erwuchs der mächtigste Antrieb, den es für die Entwickelung nationalen Lebens geben konnte, eine Blütezeit der Nationalliteratur. Was das sagen will, haben wir Deutschen selbst in der Zeit politischer Zerrissenheit erfahren. Wir müssen auch den Polen darin gerecht werden. Wenn sie auch nur einen Mickiewicz hervorgebracht hätten und dieser weiter nichts geschrieben hätte, als seinen „Pan Tadeusz", so würde das Beachtung verdienen. Die Unreife, ja teilweise Lächerlichkeit der damaligen polnischen Bewegung mit ihrer etwas theatralischen Färbung, ihrem naiven Glauben an die Uneigennützigkeit Napoleons und ihrer tränenseligen Empfindsamkeit darf uns nicht blind machen gegen die Tatsache, daß das vaterländische Empfinden der Polen alle ihre Lebenskreise durchdrang und eine große Fruchtbarkeit bewies. Mit großem Eifer studierte nun die polnische Jugend Geschichte und gewöhnte sich daran, die verschiedensten Wissensgebiete unter nationalen Gesichtspunkten zu betrachten. Man erhitzte sich die Köpfe um die Frage, ob Kopernikus ein Deutscher oder ein Pole gewesen sei, und suchte der polnischen

Wissenschaft, Kunst und Literatur einen Platz in der Achtung der Völker zu erwerben. Diesem Streben kam die Richtung des Zeitalters nach den Befreiungskriegen zu Hilfe. Die Romantik war dem polnischen Volksgeist jener Tage durchaus kongenial. Auf dem Boden und im Geiste der Romantik ist das Bedeutendste der polnischen Literatur erwachsen. Etwas von dem Geiste Lord Byrons kam über diese heißblütigen, unsteten und erregbaren Naturen, die damals die polnische Jugend zu opfermutigen Freiheitsträumen mit sich fortrissen. Selbst für weitherzige, mit universaler Bildung gesättigte Naturen, wie Mickiewicz, der in Goethe seinen poetischen Leitstern verehrte, wurde der Dichterberuf zu einer nationalen Prophetenrolle. Mickiewicz fühlte sich dadurch fast zur Höhe mystischer Verzückungen emporgetragen; jedes Leid seines Volkes empfand er als selbsterlebtes. In einer Sprache von fast biblischer Gewalt und einer Schönheit, die bis dahin kaum jemand in dem als barbarisch verschrieenen Polnisch gesucht hatte, gestaltete er in seinen Vorlesungen, in seinen tief empfundenen Liedern, in seinen „Büchern vom polnischen Volk und der polnischen Pilgerschaft" und andern Schriften alles, was sein Volk im tiefsten Innern bewegte. Vor allem aber gab er in seinem „Pan Tadeusz" (Herr Thaddäus) ein Meisterwerk von ganz eigenartiger Bedeutung. Mit tiefem und liebevollem Verständnis zeichnete er hier ein farbenfrisches Bild nationaler Art und Sitte und hielt dem stumpf gewordenen Sinn seiner Landsleute und ihren getäuschten Hoffnungen vor, was in ihrem Leben noch wurzelecht, gesund und keimfähig war. Der Däne Georg Brandes, der in seinem Buche über Polen viel Verkehrtes geschrieben hat, trifft doch auf diesem literarischen Gebiet, auf dem er zu Hause ist, durchaus das Richtige, wenn er den „Pan Tadeusz" „die einzige Epopöe des Jahrhunderts" nennt. Er führt folgendes aus: „Die Zahl epischer Dichterwerke von bleibendem Werte ist bekanntlich sehr gering. — — — Sie gehören meist fernen Zeiten an. Es beruht darauf, daß sich in dem eigentlichen Epos in der Regel zum ersten Male das naive Selbstbewußtsein eines Volks ausspricht. Es entsteht, wenn das Volk so klar über sich geworden ist, daß es sich über einen verklärten Widerschein seiner Zustände in der Kunst freuen kann, und doch noch nicht so zivilisiert geworden ist, daß seine Religion zu Dogmen und seine

Gesellschaftsformen zum Polizei- oder Rechtsstaate erstarrt sind." Brandes führt dann vortrefflich aus, wie Mickiewicz verstand, das Heroische in seiner eigenen Zeit zu sehen. Er schilderte die Zustände in seinem Heimatlande Litauen, das er „nur mit den Augen des Kindes" gesehen hatte. So wuchsen diese eigenartigen Zustände, in denen es „weder Kommando noch Disziplin" gab, unter der Zauberhand des Dichters in das Heroische hinein, und eben dadurch konnte es sich ereignen, daß die vermeintlichen Symptome des Verfalls, die Ursachen der allgemeinen Verzagtheit nun in ganz anderm Lichte erschienen, nämlich als Quellen einer neuen, nur noch unentwickelten und ungebändigten Lebenskraft. Auch wer als Unbeteiligter das polnische Volk richtig beurteilen will, wird unmöglich an dem Entstehen und der Wirkung eines so eigenartigen Werks gleichgültig vorübergehen können. Eine solche Dichtung mußte in der Tat ein Unterpfand dafür werden, daß der Glaube an das Vorhandensein nationaler Lebenskraft im polnischen Volk keine Täuschung war. Und der Aufschwung der gesamten romantischen Dichtung der Polen muß diese Überzeugung bekräftigen.

Der Geist dieser Zeitperiode, in der der größte Dichter der Westslaven auf der Höhe seines Schaffens stand, hat freilich mit der Zeit eine Veränderung erlitten. Ein jüngeres Geschlecht kam auf, nicht mehr schwärmend und gläubig hoffend, sondern nüchtern, radikal, das überschnell Früchte zu pflücken suchte, wo kaum die Blüte vorüber war. Diesem Geschlecht blieb vor allem das neugestärkte nationale Selbstbewußtsein; mit diesem traten auch die alten Fehler der polnischen Nation wieder schärfer hervor. Man darf sich aber dadurch nicht täuschen lassen und etwa glauben, das Polentum habe seitdem aufs neue einen Rückschritt gemacht. Im Gegenteil hat diese Periode der verfrühten Erhebungen, Verschwörungen und darauffolgenden Enttäuschungen das polnische Volk, ohne seine natürliche Wiedererstarkung zu hindern, in eine besondere Schule genommen; sie hat ihm die wertvolle Kunst vermittelt, die Fehler des Gegners auszunutzen. Davon nachher noch ein Wort; hier mag noch ein wichtiger Umstand festgestellt sein. Auch in diesen nachromantischen Zeiten nämlich blieb Eins bestehen: die Würdigung der gemeinsamen geistigen Besitztümer in Literatur und Kunst. Leider darf man sich nicht verhehlen,

daß in unsern östlichen Provinzen die Polen in dieser Beziehung den Deutschen voran sind. Selbstverständlich bezieht sich dieses Urteil nicht auf den Umfang und Grad der nationalen Kultur und Bildung oder auf die Rangstufe, welche die polnische Literatur und Kunst innerhalb der Weltliteratur und der allgemeinen Kunstgeschichte behauptet. Aber darauf kommt es hier auch nicht an; von Wichtigkeit ist für uns nur folgende unleugbare Tatsache: Wo überhaupt Bildung im polnischen Volk zu finden ist, da ruht sie auf nationalem Grunde, und andrerseits — was polnische Literatur und Kunst irgend geleistet hat, ist wirkliches Gemeingut der Gebildeten. Es gibt bekanntlich vortreffliche, feingebildete Deutsche, die als solche auch ganz gute Patrioten sind, deren geistiges Wesen sich aber doch mit ihrem Volkstum recht wenig berührt. Nicht als ob ihre Bildungsideale nur aus fremden Quellen vermittelt sind —, auch die Nationalpolen besitzen meist klassische oder deutsche Bildung —, sondern sie wissen ihre geistigen Bestrebungen und Ideale außerhalb des spezifisch Nationalen und davon unabhängig zu pflegen. Sie meinen aus einer geistigen Höhe herabzusteigen, wenn sie sich um vaterländische und öffentliche Interessen kümmern, und setzen einen gewissen Stolz darein, auf das Getriebe der Politik als Unbeteiligte herabzusehen. Auf der andern Seite kann man zur Genüge beobachten, daß die Schätze unserer nationalen Bildung bei dem, was uns Deutsche eigentlich zusammenführt, eine höchstens mittelbare Rolle spielen. Bei den Polen ist meist das Gegenteil der Fall. Alles, was die Familien der gebildeten Kreise miteinander verbindet und über das Alltägliche hinaushebt, trägt nationales Gewand. Es ist in den führenden Kreisen der polnischen Nation seit einigen Menschenaltern ein neues geistiges Leben entstanden, das in seinem Wesen durch die deutsche Schulbildung nicht gestört, vielmehr infolge der dadurch bewirkten geistigen Erweckung nur gefördert worden ist und das seinen Brennpunkt ganz und gar in der nationalen Idee findet. Ich habe schon angedeutet, daß auch die Kirche keinen Anlaß mehr hatte, einem Aufschwung dieser Art Hindernisse zu bereiten. Früher freilich hatte die Kirche ein Interesse daran gehabt, mit Hilfe der Staatsgewalt über die Geister zu herrschen. Seit aber die Polen unter einer fremden Staatsgewalt standen, die allgemeine Duldung gewährte, lag der Vorteil der Kirche

nunmehr darin, das katholische Polentum gegen das unbequeme, im Osten überwiegend protestantische Deutschtum auszuspielen, und so half die Kirche, das geistige Rüstzeug für diesen Kampf zu stärken.

Je mehr man sich in diesen Entwickelungsgang vertieft und Beobachtungen sammelt, desto mehr muß man zu der Überzeugung kommen, daß die nationale Wiedergeburt der Polen ein natürlicher Prozeß ist, der aus geschichtlichen Gründen nicht zufällig kam, sondern kommen *mußte*; er ist die Folge der gesamten politischen, wirtschaftlichen und moralischen Einflüsse, denen das polnische Volk nach dem Verlust seiner staatlichen Selbständigkeit unterworfen war. Es zeigt sich vor allen Dingen, daß die Teilung das nationale Einheitsgefühl in keiner Weise berührt hat. Es wäre gefährliche Täuschung, anzunehmen, daß der russische Pole in irgend einer Lebensfrage, die sein Volk angeht, andrer Meinung sei, als der Galizier oder der preußische Pole. Die berüchtigte Lemberger Rede des Herrn v. Koscielski enthielt in der Stelle, die von den galizischen Blättern unbefangen wiedergegeben, von der Posener Polenpresse aber sorgfältig ausgemerzt und abgeleugnet wurde, die volle Wahrheit, insofern sie feststellte, daß farbige Linien auf der Landkarte den Körper eines Volkes nicht zerreißen könnten. Es ist notwendig, diese unbequeme Wahrheit mit voller Schärfe herauszuheben, weil man es neuerdings liebt, sich weit mehr mit *unserer „Behandlung"* der Polen zu beschäftigen, als mit ihrer *eigenen „Entwickelung"*. Der Streit wogt immer um die Frage, ob die Polen *zu gut* oder *zu schlecht* behandelt seien, und jeder sucht die Erscheinungen der Wirklichkeit von diesem Gesichtspunkt aus für seine Ansichten zu deuten. Es ist klar, daß diese Auffassung der Frage zu einer unerschöpflichen Fehlerquelle werden muß. Denn wenn das Polentum ebensowohl bei „guter", als bei „schlechter Behandlung" unbeirrt in der Aufwärts-Entwickelung bleibt, so ist die natürliche Folge, daß die Politiker, die nur auf diesen Punkt ihr Augenmerk gerichtet haben, sich beständig gegenseitig die Verkehrtheit und Nutzlosigkeit der Bestrebungen des andern vorwerfen werden, und das natürlich mit einem Schein des Rechts. Der eine tritt scharf gegen das Polentum auf, und scheinbar nützt es nichts; sofort ist der andere auf dem Plan, der es mit Versöhnlichkeit versucht

und natürlich erst recht nichts erreicht. Nun versucht man es wieder mit der früheren Weisheit u. s. f. mit Grazie in infinitum.

Tatsächlich ist die preußische Polenpolitik im neunzehnten Jahrhundert nichts anderes gewesen, als eine Reihe von Schwankungen. Diese Schwankungen sind nicht die Ursache der Erstarkung des Polentums gewesen, wie aus dem soeben Gesagten wohl hervorgehen dürfte, aber selbstverständlich sind sie von den Polen gut ausgenutzt worden. Die Polen haben sehr wohl erkannt, daß diese Schwankungen aus einer Verkennung oder mindestens oberflächlichen Betrachtung der ganzen Lage entsprangen, daß die Regierung einem Kurpfuscher glich, der auf nebensächliche Symptome kurierte, statt den Sitz der Krankheit zu bekämpfen, daß die beständigen Beobachtungen der augenblicklichen Wirkungen einer gerade beliebten Behandlungsweise der Polen die systematische Verstopfung der wahren Quellen des polnischen Wachstums geradezu verhinderte. Die Polen haben ausgezeichnet verstanden, ihre Gegner beständig bei diesem Fehler zu erhalten. Sie hatten es freilich auch leicht; sie brauchten ja nur durch die Art des Auftretens ihrer Presse die jedesmaligen Gegner der herrschenden Richtung mobil zu machen. In Zeiten der sogenannten „Unterdrückung" jammerten sie in den kläglichsten Tönen mit fürchterlichen Übertreibungen, dem größten Aufwand an sittlicher Entrüstung und der bündigsten Versicherung, daß sie sich gerade jetzt im Vollbesitz ihres guten Rechts besonders widerstandsfähig fühlten. Das war darauf berechnet, daß ihre radikalen und klerikalen Freunde in Deutschland über die Nutzlosigkeit und Brutalität der „verkehrten" Polenpolitik so lange zeterten, bis irgend eine neue Situation, das Eintreten eines neuen Ministers oder eine bequeme Parteikonstellation, der preußischen Regierung nahelegte, in die beliebten „Erwägungen" darüber einzutreten, ob die Leute nicht vielleicht recht hätten. War die Schwenkung vollzogen, dann erstieg die polnische Presse den Gipfel der dreistesten Agitation und erging sich in Verhöhnungen des preußischen Staats, die selbst die deutschen klerikalen Freunde mitunter ernstlich betrübten und zu sanften Vorhaltungen veranlaßten. Es galt aber jetzt das Eisen zu schmieden, so lange es heiß war, und bei der freundlichen Stimmung der Regierung den National-

haß nicht einschlafen zu lassen. Freilich wußte die polnische Presse, daß sie damit einmal wieder das Reißen des Geduldsfadens und die Erneuerung eines schärferen Kurses herbeiführte. Aber das fürchtete sie nicht; sie brauchte es sogar, weil sonst mit der Zeit ein wirksamer Bundesgenosse, die deutsche Sentimentalität, leicht verloren gehen könnte. Allzuviel darf man auch den besten Freunden und den dümmsten Gesellen nicht zumuten; es gehen ihnen doch einmal die Augen auf. Daher braucht das Polentum zwischendurch etwas „Martyrium" und „Unterdrückung" wie das tägliche Brot. Dieses Martyrium ist das denkbar leichteste und angenehmste, denn von einer ernsthaften Schädigung an materiellen Gütern oder geistiger Freiheit kann ja, sofern nicht grobe Gesetzesverletzungen vorliegen, bei den Einrichtungen des preußischen Staats gar nicht die Rede sein. Höchstens müssen für die wildesten Äußerungen in der Presse die armen Teufel von Redakteuren büßen, und das ist auch nicht weiter schlimm. Denn die Geldstrafen werden als allgemeine nationale Kriegskosten angesehen, und wird einer eingesperrt, nun — man stirbt nicht daran! Den nationalen Führern sowohl, als der Masse des Volkes geht es ausgezeichnet; ihnen tut ja niemand etwas zu leide. Sie stehen sich ebenso gut dabei, wenn sie über Unterdrückung schreien und die Leidenschaften erregen können, als wenn sie in Zeiten der Versöhnung jeden nur möglichen Vorteil eiligst erraffen, sich für schlechtere Zeiten politisch verproviantieren und sich dabei unter sich über die dummen Deutschen weidlich lustig machen; in dem einen wie in dem andern Falle schüren sie den Nationalhaß.

Daß dabei das Polentum recht gut gedeiht, die Polen also aus den Schwankungen der preußischen Politik auch einen ganz unmittelbaren Vorteil ziehen, liegt auf der Hand. Größer aber ist der schon angedeutete mittelbare Vorteil, der daraus erwächst, daß die Sucht, zu experimentieren und in die Augen fallende Erfolge zu erreichen, einen durchdachten und systematischen Plan verhindert, um dem Deutschtum innerhalb des preußischen Gebiets die Oberhand zu sichern und das Wachstum der polnischen Nationalität in diesem Gebiet unmöglich zu machen. Verhindert wird dadurch ebenso, das Wesen des Polentums zu erkennen, indem man für Folgen einer bestimmten Behandlungsweise hält, was in Wahrheit die Folge einer selbstverständlichen natürlichen Entwickelung ist.

Es würde über den Zweck dieser Schrift hinausgehen, hier eine Geschichte der preußischen Polenpolitik im neunzehnten Jahrhundert zu schreiben. Das ist umsoweniger notwendig, als bereits gute Bücher darüber erschienen sind und diesen Teil der Polenfrage zur Genüge beleuchten. Einiges davon wird noch an andrer Stelle erwähnt werden. Hier sollte nur gezeigt werden, aus welchen Gründen und in welchem Umfange die Verhältnisse ganz ohne bewußtes Zutun der Beteiligten sich so gestalten mußten, daß das polnische Volkstum seit dem Untergange des polnischen Reichs eine Wiedergeburt und Aufwärtsbewegung durchmachte, die das allgemeine deutsche Vorurteil, die Polen seien ein untergegangenes Volk, völlig Lügen straft. Wir schaden uns nur selbst, wenn wir uns nicht eingestehen, daß kein einziges Symptom wahrnehmbar ist, woraus auch nur im geringsten auf ein Absterben oder Verschwinden der polnischen Nationalität geschlossen werden könnte. Darum tun wir gut, uns an die Wirklichkeit zu gewöhnen und das polnische Volk so zu nehmen, wie es ist, nicht wie es uns eine auf falschen Theorien beruhende Überlieferung oder eingewurzelte Gedankenlosigkeit schildert.

Kapitel 3.

Die Hoffnungen der Polen.

Auf der gewonnenen Grundlage erst läßt sich die Frage stellen, was die Polen eigentlich von der Zukunft für sich erhoffen. Nur wenn wir wissen, was sie *sind*, können wir wissen, was sie *wollen*. Sind sie, wie noch immer viele auf Grund eingewurzelter Vorurteile glauben, der Rest eines dem Untergange geweihten Volkstums, nur noch zufällig verbunden durch den Gebrauch einer fälschlich als barbarisch verschrieenen Sprache und durch einige unerfüllbare Illusionen, so brauchen wir uns allerdings nicht zu beunruhigen. Aber jede gewissenhafte Beobachtung der Polen und ihrer Geschichte zeigt uns, wie in den vorigen Kapiteln ausgeführt, daß sie noch ein wirkliches Volk sind, ein Volk, das in der Vorwärtsentwickelung begriffen ist. Sind sie aber ein *Volk*, so müssen sie einen *Staat* wollen. Das ist eigentlich etwas so Selbstverständliches, daß einfach unbegreiflich ist,

wie man etwas anderes annehmen kann. Wenn man nicht im Zustande unglaublicher Naivetät verharrt oder selbst eine Täuschung damit beabsichtigt, muß doch jede einfache Überlegung sagen, daß für die Beurteilung der Ziele des Polentums nicht die Aussage einzelner Polen, sondern nur der Zustand und die natürliche Entwickelung des Polentums auf Grund objektiver Beobachtung maßgebend sein kann. Das Ergebnis dieser Beobachtung kann nur die Überzeugung sein, daß ein Volk, das seine Sprache und Art, sowie den vollen Glauben an sich mit Bewußtsein und voller Kraft bewahrt, das eine selbständige Literatur und Kunst erzeugt hat und pflegt, das in sozialer Beziehung die Struktur der großen Kulturvölker Westeuropas angenommen hat, das in seinem Erwerbsleben selbständig und auf nationaler Grundlage unablässig vorwärts schreitet, das sich der Zahl nach beständig vermehrt und von seinem Zuwachs wenig oder nichts an fremde Nationalitäten abgibt, — daß ein solches Volk ganz unmöglich dabei stehen bleiben kann, sich als Bestandteil verschiedener fremder Staaten zu betrachten. Man braucht dabei gar nicht zu leugnen, daß es Polen gibt, die sich zur Zeit vollständig mit der Gegenwart abgefunden haben und denen es vorläufig genügt, die polnische Nationalität innerhalb der jetzigen staatlichen Verhältnisse nach Möglichkeit zu wahren und zu entwickeln.

Ganz absehen muß man natürlich von vereinzelten Polen, die sich überhaupt von ihrem ursprünglichen Volkstum losgemacht haben. Sowie es in Frankreich und England Nachkommen von deutschen Familien gibt, die wirkliche Franzosen und Engländer geworden sind und nur noch durch ihre Namen an deutsche Abstammung erinnern, — sowie es in gleicher Weise bei uns gut deutsche Familien gibt, die aus Frankreich oder England stammen, so sind viele polnische Familien ganz und gar deutsch geworden. Von ihnen ist ebensowenig die Rede, wie wir unmöglich heute in *jedem* Manne deutschen Namens, der sich als Pole betrachtet, einen Renegaten sehen können. Wir sprechen nur von den Polen, die sich wirklich zu den Polen rechnen, und von dem *heutigen* Stand der Dinge.

Denn nicht allen Polen ist nach dem Untergang ihres Reichs von Anfang an klar gewesen, welche Wirkungen sich aus der neuen Lage ihres Volks ergeben würden. In den ersten Menschenaltern

nach den Teilungen Polens verharrten die unteren Schichten noch in einer Art von Erſtarrung, und wenn ſie etwas fühlten, ſo waren es zunächſt nur die Wohltaten des preußiſchen Regiments. Der polniſche Bauer von damals hatte noch die alte Szlachcicen-Wirtſchaft am eigenen Leibe erfahren; darum wurde er unter den neuen Verhältniſſen ein loyaler Preuße. Und ebenſo gab es unter den verſtändigen und gebildeten Edelleuten der ehemals polniſchen Landesteile Preußens eine Anzahl, die das klar erkannte und aus Liebe zu ihrem Volk dieſes nicht dem Schickſal ausſetzen wollte, das die ruſſiſchen Polen infolge ihrer unüberlegten Erhebung gegen die Fremdherrſchaft getroffen hatte. Dieſe Edelleute — als Beiſpiel ſeien hier nur die Grafen Raczynski angeführt — verzweifelten wohl in der Tat an der Zukunft ihres Volks und glaubten nichts Beſſeres tun zu können, als in aufrichtiger Ergebung in die Schickungen des Himmels die Pflicht gegen die jeweilige Staatsgewalt als ernſthafte, endgültig zu erfüllende Aufgabe anzuſehen.

Konnte aber dieſe Meinung unter den Polen, die ihr Volk liebten, erhalten bleiben, als ſie aufmerkſame Zeugen der weiteren Entwickelung der Dinge wurden? Man muß dieſe Frage, wenn man ſie unbefangen an der Hand der Geſchichte zu beantworten ſucht, entſchieden verneinen. Wenn es noch vor fünfzig oder ſechzig Jahren einen Grafen Eduard Raczynski und ähnliche Perſönlichkeiten geben konnte, heute — das kann man getroſt ſagen, ohne jemand Unrecht zu tun, — gibt es ſolche Polen nicht mehr, auch nicht unter denen, die ihre Staatsbürgerpflichten zur Zeit gewiſſenhaft erfüllen. Natürlich darf man ſich nicht nach den üblichen Verſicherungen in Parlamentsreden, wie ſie zur Abwehr gegneriſcher Beſchuldigungen gegeben werden, oder nach den Ergebenheitsadreſſen und ähnlichen Kundgebungen, die gelegentlich den Herrſchern perſönlich dargebracht werden, richten. Heute rechnen alle Polen mit der Hoffnung auf die Wiederherſtellung eines ſelbſtändigen, alle Bruchſtücke ihres Volks umfaſſenden Nationalſtaats und handeln in dieſem Sinne, ſoweit ihnen Spielraum gegeben iſt. Das hat eben ſeine natürlichen Gründe in der vor Augen liegenden Entwickelung des Polentums. Man gebe ſich keinen Illuſionen hin und frage ſich lieber ehrlich: Würde man es als Pole anders machen, ſobald man den Glauben an die

Lebenskraft seines Volks zurückgewonnen hat? Und das haben sie alle; man verlasse sich darauf!

Es fragt sich, ob das bezeichnete natürliche Ziel des Polentums überhaupt erreichbar ist. Das erste Erfordernis dazu wäre die innere Fähigkeit des Polentums, sein Ziel zu erreichen. Sie ist ihm bekanntlich abgestritten worden, aber, wie wir gezeigt haben, ohne wirkliche Berechtigung. Es braucht darauf nicht nochmals eingegangen zu werden. Die weitere Frage ist die, ob auch die äußeren Voraussetzungen für die Wiederherstellung Polens einmal gegeben sein können. Dabei kann es sich natürlich nicht um die Kunst des Prophezeiens handeln, sondern nur um die Erkenntnis, wie und auf welchem Wege die Polen die Verwirklichung ihrer Hoffnungen zu erlangen glauben. Wir müssen wissen, nach welchem Plan die Polen handeln; erst dann können wir kritisieren.

Wollen wir bei der Erforschung der Gedanken und Meinungen der Polen nicht in die Irre gehen, so müssen wir daran denken, daß auch Temperament und nationale Eigenart des Volks hier ins Spiel kommen. Es ist ja im Alltagsleben des Einzelnen nicht anders. Ein Wanderer hat einen Weg vor sich. Ist das Ziel weit, der Weg dahin schwer zu erkennen und mit Hindernissen umgeben, so bleibt der vorsichtige Wanderer lieber noch in der Herberge; der kühne und temperamentvolle macht sich vielleicht doch noch auf den Weg und sucht ein Stück hinter sich zu bekommen, so gut es eben geht, und auf die Gefahr hin, daß er im Freien kampiert. So werden auch die Völker verschieden verfahren. Ein Volk, das bei aller Liebe zu Heimat, Sprache und Sitte doch vor allem nach ersprießlicher Betätigung und Entwickelung der einzelnen Persönlichkeit und ihrer Kräfte verlangt und sich bei seinen praktischen Entschlüssen überwiegend vom Verstand leiten läßt, wird viel weniger geneigt sein, für ein in weiter Ferne liegendes Ziel Opfer zu bringen, als ein Volk, das ganz und gar in dem Banne von gemeinsamen Stimmungen und Empfindungen steht und gerade in der Gemeinsamkeit der Anschauungen und Empfindungen die wesentlichste Bedingung seines Wohlbefindens und seiner Tatenlust sieht. Wir Deutschen haben z. B. den Franzosen gegenüber mit genügender Deutlichkeit das Nutzlose gelegentlicher Versuche empfunden, sie mit deutschem Ernst und deutscher Gründlichkeit davon zu überzeugen, daß die rück-

haltlose Anerkennung der durch den Frankfurter Frieden geschaffenen Tatsachen nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch ihrem eigenen Interesse entspricht. Schließlich hat die Einwirkung der Persönlichkeit unseres Kaisers auf die Phantasie der Franzosen noch das Beste getan, um das Verhältnis leidlich zu gestalten, und erst auf diesem Umwege hat dann auch die Logik der Tatsachen wirken können. Enthält diese Erfahrung nicht auch eine Lehre für die Verhältnisse an unserer Ostgrenze?

Wir wollen da einem nervösen und leidenschaftlichen Volke klar machen, wie alles das, was ein Deutscher unter gleichen Umständen etwa tun würde, auch für sie als das einzig Mögliche und Vernünftige gelten müsse. Ja, es wird sogar mitunter ohne weiteres angenommen, daß die Polen wirklich so denken und handeln müssen, wie Deutsche an ihrer Stelle. Da bekamen wir z. B. seinerzeit die Meinung zu hören, in den Landwirtschaftskammern könne man ganz gut polnische Mehrheiten dulden, da auch sie doch nur im Interesse der Landwirtschaft wirken könnten. Ebenso haben Deutsche gemeint, man könne ganz ruhig polnische Landräte ernennen, da diese doch ihre Pflichten ohne Ansehung der Nationalität ausüben müßten, u. dergl. m. Solche Naivetäten können bei den Polen selbst und bei allen, die die polnische Art kennen, nur Heiterkeit oder Befremden hervorrufen; denn sie wissen ganz genau, daß der Pole seiner Natur nach niemals fremde Interessen neben den polnischen anerkennen kann, daß er alles auf das nationale Gebiet hinüberspielt und lieber sein Haus anzündet und Kopf und Kragen daransetzt, als daß er auf die nationale Propaganda verzichtet. Wir müssen nun einmal Polen nicht nach unserer, sondern nach ihrer Art verstehen und demgemäß davon ausgehen, daß die Polen ihrer Nationalität jedes Opfer bringen, — auch unter solchen Umständen, wo ähnliches den wenigsten Deutschen auch nur einfallen würde. Das heißblütige Temperament, das Überwiegen der Stimmungen und Empfindungen über verstandesmäßige Erwägungen, endlich das stark hervortretende Bedürfnis, sich im Tun und Lassen an eine gleichgestimmte Masse anzulehnen, — das alles sind Momente, die dabei in Rechnung gestellt werden müssen.

Dabei darf man die heutigen Zukunftspläne der Polen nicht an denen der Vergangenheit messen. Sie haben zuerst wiederholt

Aufstände zur Wiedererlangung ihrer staatlichen Selbständigkeit unternommen, und zwar unter Verhältnissen, wo ein nach nüchternen Berechnungen handelndes Volk sich die Notwendigkeit des Mißlingens hätte vorhersagen müssen. Diese Torheit freilich haben die Polen zu schwer büßen müssen, als daß sie geneigt sein könnten, sie zu wiederholen. Die Polen, die noch jetzt nach dem Muster ihrer Väter an Aufstandsversuche und direkte gewaltsame Losreißung denken, sind zu zählen. In dieser Beziehung ist auch die polnische Leidenschaft durch die bittere Schule des nationalen Unglücks diszipliniert worden. Jetzt richtet vielmehr das polnische Nationalgefühl seine ganze Glut auf das Werk sorgfältiger Vorbereitung und erwartet, unablässig daran arbeitend, den Tag, wo auch die äußeren Bedingungen zur Erfüllung der Träume gegeben sein werden.

Welches sind nun diese Bedingungen? Können sie überhaupt jemals vorhanden sein? Die Frage ist natürlich sehr schwierig zu beantworten; die Antwort kann sich nur aus sorgfältiger Betrachtung der Eigenheiten und Beziehungen der Teilungsmächte ergeben.

In Preußen und Rußland stehen die Polen direkt unter der Herrschaft eines fremden Volkstums. Preußen übt seine Macht in einem Sinne, aus dem das Polentum bei einiger Klugheit neue Lebenskraft und große Vorteile ziehen kann, aber Preußen ist ein *deutscher* Staat, und das Deutschtum wird von dem Polentum als Todfeind angesehen. In Rußland umgekehrt ist das Herrenrecht in den Händen eines stammverwandten Volks, aber das Polentum wird dort rücksichtslos geknechtet. In beiden Fällen liegen die Aussichten für eine direkte Auflehnung ungünstig, in Preußen, weil man damit zu viele Vorteile aus der Hand gibt, in Rußland, weil die Sammlung der Kräfte zu schwierig ist, in beiden Fällen aber hauptsächlich deshalb, weil man sich einer gewaltigen Übermacht gegenüber befindet.

Österreich aber steht dem Polentum grundsätzlich anders gegenüber. Auch hier ist das polnische Gebiet zwar der Bestandteil eines fremden Staats geworden, aber die Zusammengehörigkeit aller Bestandteile dieses Staats beruht überhaupt nicht auf nationalen Interessen, sondern ist rein *dynastischer* Natur. Erst durch die dynastischen Bestrebungen der Habsburger und Lothringer

ist auch eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft geschaffen worden. Die einzelnen Nationalitäten, die in diesem Staat zusammengefaßt wurden, brauchten also hier nichts aufzugeben. Sie konnten ihre geschichtlichen Rechte in den einzelnen Kronländern selbständig wahren, sogar nach ihrer Erweiterung streben, und die galizischen Polen sind darin wahrlich nicht zurückhaltend gewesen. Bei alledem konnte freilich die Zentralgewalt des Gesamtstaats Österreich einer gewissen nationalen Stütze nicht entbehren; absolute Farblosigkeit ist in einem monarchischen Einheitsstaat unmöglich. Eine Nationalität mußte also auch in Österreich die Führung übernehmen, gewissermaßen Vertreterin der gemeinsamen dynastischen Interessen werden. Da das österreichische Kaiserhaus deutschen Ursprungs und aus der Zentralgewalt des alten deutschen Reichs hervorgegangen war, so konnte nach geschichtlicher Überlieferung die führende Nation in Österreich nur die deutsche sein. Sie ist es auch gewesen — bis auf die neueste Zeit. Eine Untersuchung, wie und warum den Deutschen in Österreich die alte historische Stellung immer mehr verloren geht, gehört nicht hierher. Wir stellen hier nur die Tatsache fest. Gegenwärtig hat das Deutschtum in Österreich an Selbstbewußtsein und innerer Kraft augenscheinlich viel gewonnen. Aber es ist trotzdem nicht mehr der eigentliche Träger der Macht und der Überlieferungen des Gesamtstaats, sondern nur eine der vielen theoretisch gleichberechtigten Nationalitäten, die durch gemeinsame Dynastie und Verfassung verbunden sind. Freilich ist es noch immer die erste und tüchtigste unter ihnen, aber die alte Stellung hat es trotz seines kulturellen Übergewichts eingebüßt. Aber ganz entbehren kann auch das heutige Österreich eine solche führende Nationalität nicht, wenn auch nicht in dem alten Sinne. Die Dynastie kann nicht ganz und gar zwischen den Nationalitäten schweben; es muß wenigstens zu einer unter ihnen ein Verhältnis angebahnt sein, das im Notfall eine Stütze bietet, — auch gegen die Deutschen, seit diese aus einem allzeit gefügigen Werkzeug der Dynastie im Interesse ihrer Selbsterhaltung zu unbequemen Forderern geworden sind. Der Staat Österreich — von Ungarn als einem ganz seine eigenen Wege gehenden Staat ist hier ganz abzusehen — ist auf dem Wege, wieder ein solches Verhältnis zu einer unter seinen Nationalitäten zu finden, nämlich zu den — Polen. Sie haben

es verstanden, weniger durch moralisches Übergewicht, als durch kluge Gewandtheit ganz geräuschlos an die Oberfläche zu kommen, so daß ihre Leute bei allen Schwierigkeiten der Politik die gesuchten und unentbehrlichen Macher sind. Sie leben sich immer mehr in die vermittelnde und führende Rolle ein. Daß es freilich nicht uneigennützig im Interesse des Gesamtstaats gemeint ist, zeigt am deutlichsten die Geschichte der ehemaligen Ministerpräsidentschaft des Grafen Badeni. Die Politik dieses ungeschicktesten und rücksichtslosesten unter den polnischen Staatsmännern ließ klar erkennen, daß die vermittelnde Betonung der sogenannten „Gleichberechtigung" der Nationalitäten für die Polen den Wert hat, daß sie bestimmenden Einfluß auf die Slavisierung Österreichs und die Lockerung des historischen Gefüges des Gesamtstaats gewinnen. Glückt ihnen das, so haben sie freie Hand, die Macht und die Mittel einer europäischen Großmacht für den Neuaufbau ihres Nationalstaats verfügbar zu machen.

Man denke sich das Ziel dieser Politik erreicht, d. h. Südtirol und Istrien ganz italienisch, Kärnthen und Steiermark slovenisch, Böhmen, Mähren und einen Teil des Erzherzogtums Österreich tschechisch und zugleich die tschechischen Lande unter der Wenzelskrone in eine ähnliche Sonderstellung gerückt, wie Ungarn, so würde Galizien ganz von selbst die Bedeutung eines selbständigen polnischen Nationalstaats erhalten, der an dem übrigen, alsdann so gut wie vollständig slavischen Österreich einen kräftigen politischen Rückhalt haben würde. Diese slavische Solidarität würde nur noch enger werden, wenn die jetzige Form des Kaiserstaats vollends zerfiele; sie würde die Selbständigkeit dieses neuen Polens noch deutlicher zum Ausdruck bringen und den letzten Schein einer Abhängigkeit von einem fremden Staatswesen beseitigen.

Dann stände freilich noch die schwere Aufgabe bevor, die alten Gebietsteile Polens wieder anzugliedern und sich womöglich bis zu den Meeren auszudehnen. Das Mittel dazu wäre die Herstellung eines Interessengegensatzes zwischen Deutschland und Rußland, die nur das Ergebnis einer langen und geschickten Vorarbeit der Minister Österreichs sein könnte. Das ist natürlich nicht so zu verstehen, als ob die heutige österreichische Politik gesonnen sein könnte, Deutschland und Rußland direkt gegeneinanderzuhetzen. Das wäre nicht nur bei dem gegenwärtigen

Stande der Dinge in Österreich unmöglich, sondern es wäre auch vom Standpunkt der polnischen Interessen eine Dummheit ersten Ranges. Die höchste politische Kunst besteht darin, daß man warten kann, und das haben die Polen nachgerade gelernt. Sie werden einen Konflikt nicht in einem Augenblick heraufbeschwören, der ihnen ganz ungenügende Aussichten bietet. Sie werden vorläufig weiter nichts tun, als ihren Einfluß auf die Leitung der österreichischen Politik verstärken, in dieser Leitung das internationale Vertrauen gewinnen und eine politische Konstellation aufrechterhalten, die das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland nicht zu intim werden läßt. Anders wird auch Graf Goluchowski, der auch Pole und gewiß für seine Person kein Freund des Deutschen Reichs, geschweige denn des Deutschtums, aber ein seiner Verantwortung bewußter Staatsmann und besonnener Politiker ist, seine Aufgabe nicht auffassen. Aber wenn die österreichische Politik allmählich mehr in das polnische Fahrwasser gerät, so ist es für die ferne Zukunft nicht undenkbar, daß schließlich dort das Bestreben glückt, irgend eine Frage auf das Tapet zu bringen, die eine Spannung zwischen Deutschland und Rußland herbeiführt und eine geschickt vorbereitete Meinungsverschiedenheit akut werden läßt.

Man wird einwenden, unsere Diplomatie müsse notwendig so etwas beizeiten erkennen und verhüten. Aber demgegenüber ist folgendes hervorzuheben: Eine antirussische Tendenz unserer Politik findet leider leicht in angesehenen Kreisen unseres Volks einen gewissen Rückhalt. Zu einer großen Unkenntnis des russischen Volkscharakters und der russischen Zustände gesellt sich in diesen Kreisen eine etwas nebelhafte Vorstellung von dem Wachstum des russischen Kolosses, von seinem angeblichen Bestreben, die Erbschaft der Germanen anzutreten, wie diese einst die Erbschaft der Römer übernahmen, und somit von einer großen Gefahr, die uns gerade von Rußland droht. Daran reiht sich die weitere auf luftigen Theorien aufgebaute Meinung, daß bei einem sicher bevorstehenden Konflikt der Weltmächte Rußland und England unser Platz an der Seite des stammverwandten, protestantischen, freiheitlich regierten und vorgeschrittenen Englands gegen das fremde, griechisch-orthodoxe, despotisch regierte und kulturrückständige Rußland sei. Derartige Anschauungen sind sonst politisch hochgebildeten

Leuten so sehr zum Dogma geworden, daß die Gefahr keineswegs ausgeschlossen ist, sie könnten sich gelegentlich auch in die zünftige Diplomatie verirren. Wer steht uns also dafür, daß sich das nicht in Zukunft einmal ereignet und unsrer Staatskunst den Blick trübt, daß sie eine von scheinbar befreundeter Seite gestellte Falle nicht erkennt?

Fürst Bismarck freilich hatte auf die von den Polen ausgehenden Ränke in der europäischen Politik stets ein scharfes Auge. Und ebenso kannte er Charakter und Ziele der russischen Politik sehr genau; er kannte vor allem die die Politik im letzten Grunde bestimmenden Lebensinteressen der Völker, und aus alledem ergab sich seine immer wiederholte Warnung und Mahnung, den Draht zwischen Berlin und Petersburg nicht abreißen zu lassen. Er verstand es, selbst in Zeiten nationaler Verstimmungen, deren er nicht Herr werden konnte, die Beziehungen zu Rußland so zu regeln, daß keinesfalls Österreich die Fäden dieser Beziehungen in seiner Hand hielt. So scharf durchschaute er offenbar die Eigenheit der Lage und den Zusammenhang mit der den Bestand des preußischen Staats so eng berührenden Polenfrage. Auch die heutige Leitung unserer auswärtigen Politik läßt uns das Vertrauen hegen, daß die bewährten Grundsätze der Bismarckschen Politik volle Würdigung und Beachtung finden. Niemand behauptet auch, daß *heute* eine Gefahr in dieser Richtung besteht. Aber da die Polen in ihrer Lage mit Möglichkeiten rechnen müssen, die *vielleicht erst nach Generationen* Wirklichkeiten werden können, und dabei doch nicht unterlassen, schon heute sich auf die Möglichkeit hin zu rüsten, so müssen auch wir schon heute daran denken, was etwa demgemäß ins Auge gefaßt werden kann. Und da ist zu bedenken, daß die Gefahr, auf die wir hingewiesen haben, keine bloße Einbildung ist, denn — sie ist bereits einmal dagewesen! Man denke an die Kanzlerschaft des Grafen Caprivi! Als Fürst Bismarck, um den Gefahren der damals von panslavistischen Strömungen abhängigen russischen Politik zu begegnen, das österreichische Bündnis abschloß, das später mit Rücksicht auf die französische Politik zum Dreibund erweitert wurde, war und blieb er durchaus Herr der Situation. Er wußte, wie der Zauber seines Namens und der Ruf seiner staatsmännischen Meisterschaft wirkte, und er wußte ebenso, daß

das Deutsche Reich nach dem Verhältnis der realen Machtmittel innerhalb des Dreibundes der eigentlich gebende Teil war. Außerdem verpflichtete ihn das Bündnis in keiner Weise zu irgendwelcher Hilfeleistung für Österreich-Ungarn, wenn dieses etwa eine aggressive Politik gegen Rußland in seinem Interesse gehalten hätte. Es bedurfte also für Bismarck keiner besonderen Anstrengungen, um die Führung des Dreibundes im Sinne der deutschen Interessen ganz in der Hand zu behalten. Dennoch begnügte sich der weitschauende Staatsmann nicht damit. Er hielt es für nötig, obgleich oder vielmehr weil das Verhältnis zu St. Petersburg keineswegs das eines herzlichen Einverständnisses war, Rußland ein ausdrückliches, sichtbares Unterpfand dafür zu geben, daß das Deutsche Reich trotz des Dreibundes nicht gesonnen sei, Österreich irgend einen aktiven Einfluß auf die deutsch-russischen Beziehungen zu gestatten. So schloß er den berühmten „Rückversicherungsvertrag" mit Rußland. Sein Nachfolger aber erkannte Sinn und Zweck dieser Abmachung offenbar nicht; er sah nur das Äußerliche und unmittelbar Gegebene der Lage. Daher fand er die Bismarcksche Rückversicherungspolitik nach dem köstlichen Ausdruck, den ein offiziöses Blatt zur Zeit des Bekanntwerdens des Vertrages gebrauchte, zu „kompliziert" und ließ ihn fallen. Die Dreibundpolitik war nun nicht mehr, was sie unter Bismarck gewesen war, nämlich eine wertvolle Verstärkung der Mittel, mit denen die drei beteiligten Staaten ihre eigenen Interessen verfolgten, ein Mittel zum Zweck, insofern sie den eigentlichen Staatszweck, nämlich die Volkswohlfahrt, möglichst auf friedlichem Wege zu erreichen strebte; — vielmehr war jetzt die Dreibundpolitik, da man „die Erhaltung des Friedens" nicht als accidens, sondern als Ziel einer guten Politik hinstellte, Selbstzweck geworden, und daraus ergab sich die Gefahr einer Interessenverquickung der verschiedenen Staaten. Daß die eigenen Interessen offen den Dreibundinteressen untergeordnet wurden, ist nicht etwa eine leere Behauptung; zum Beweis lese man die Reden des Grafen Caprivi zur Begründung des österreichischen Handelsvertrages. Während bei einem normalen Bundesverhältnis, das die realen Interessen der Mitglieder reinlich auseinanderhält, die Machtverhältnisse für die Bedeutung der

Glieder entscheidend sind, ist es bei einer Verquickung der gegenseitigen Interessen immer der Ehrlichste, der die Kosten zu tragen hat. Im Falle des Dreibunds unter Caprivi war es Berlin. Der Schwerpunkt des Bundes glitt unmerklich nach Wien hinüber — dank der „Vereinfachung" der zu komplizierten Politik. Während wir uns an die österreichische Politik mehr ketteten, als gut und nützlich war, entfremdeten wir uns Rußland. Die Isolierung des Dreibundes als einer in sich ruhenden Interessengemeinschaft, sogar mit einer gewissen Annäherung an England, führte Rußland und Frankreich endgültig zusammen. Kurz, es war eben bereits die europäische Lage gegeben, welche die Polen einmal in Zukunft brauchen werden, wenn sie die Früchte ihrer Arbeit zu pflücken gedenken.

Die scheinbare Abschweifung war nötig, um die Berechtigung der Betrachtungen nachzuweisen, die sich an die Erörterung der polnischen Pläne knüpfen. Wenn sogar noch bei Lebzeiten des Fürsten Bismarck ein Kurs wie der des Grafen Caprivi möglich war, dürfen wir es den Polen verargen, wenn sie auf die gelegentliche Wiederkehr von politischen Konstellationen hoffen, die ihren Wünschen günstig sind? Sie wissen aber auch, daß eine solche Gunst der politischen Lage für sie nicht genügt, daß vielmehr gewisse Voraussetzungen erfüllt sein müssen, wenn die Ausnutzung dieser Lage möglich sein soll. Um diese Möglichkeit herbeizuführen, dazu ist eine positive Arbeit nötig, die über die Vorteile, die das Polentum schon passiv aus seiner natürlichen Entwickelung innerhalb geordneter Staaten zieht, weit hinausgeht.

Worin besteht diese Arbeit? Die Polen sagen sich: Wenn einmal der Tag kommt, wo die Gelegenheit zur Befreiung der preußischen und russischen Polen durch die politichen Umstände gegeben ist, dann wird die polnische Nation diese Gelegenheit nur dann mit Erfolg ergreifen können, wenn sie ein zusammenhängendes, genügend großes und wirtschaftlich selbständiges Gebiet ihr eigen nennt, worin sie schon vorher trotz scheinbarer politischer Abhängigkeit die herrschende und bestimmende gewesen ist, sodaß die Abschüttelung des fremden Jochs nur die Krönung des Gebäudes, sozusagen, eine Formsache ist. Das ist die eigentliche Arbeit, die das Polentum heute zu leisten hat und ohne deren Vollendung jeder Traum von künftiger Selbständigkeit unnütz

ist. Das wissen die Polen sehr wohl, und sie wissen ebenso, daß ihre Arbeit eine Arbeit von Generationen ist. Darum sagen die heutigen Polen die Wahrheit, wenn sie bestreiten, daß das lebende Geschlecht sich direkt mit Aufstands- und Loßreißungsgedanken trägt; sie sagen aber die Unwahrheit, wenn sie glauben machen wollen, daß ihre nationalen Bestrebungen nicht auf die dermaleinstige Loßreißung vom preußischen Staat hinarbeiten.

Das nächste Ziel also, die Schaffung eines möglichst großen, zusammenhängenden Gebiets, in dem das Polentum herrscht und ganz und gar unabhängig von der etwa noch vorhandenen deutschen Minderheit ist, — dieses Ziel ist es, welches das preußische Polentum zunächst ins Auge gefaßt hat. Ihm genügt nicht die Nutzbarmachung der preußischen Staatseinrichtungen für ihr materielles und soziales Wachstum; es muß und will vielmehr einen entschiedenen Kampf zur Zurückdrängung des Deutschtums führen. Dazu verfügt das Polentum schon jetzt über sehr viel wirksamere Mittel als früher. Wir müssen hier wiederum auf die Bedeutung des neuerstandenen polnischen Mittelstandes zurückkommen. Als der alte polnische Adel noch die alleinige Führung hatte, begnügte er sich damit, sein Nationalbewußtsein innerhalb seines Standes zu pflegen und zu betätigen; seine geschichtliche Autorität genügte nach seiner Meinung, um zu bewirken, daß im gegebenen Augenblick die Volksmasse hinter ihm stand. Die Zeiten haben sich geändert, und die Führer des polnischen Volkes erkennen jetzt die Notwendigkeit, selbst dafür zu sorgen, daß auch die Masse mit nationalem Bewußtsein erfüllt werde. Dazu taugt naturgemäß der historische Adel, in dem zum Teil noch der alte Leichtsinn und die alte Unwirtschaftlichkeit fortlebt, viel weniger, als der jetzige Mittelstand. Die Geistlichen, Lehrer, Rechtsanwälte, Ärzte können eine solche Aufgabe mit ganz anderer Kraft und weit größerem Erfolge übernehmen. Sie besitzen mehr Geschick, persönlichen Einfluß und Energie. Da es meist Leute sind, die sich ihre Existenz selbst mit modernen Hilfsmitteln gegründet haben, wissen sie auch die im modernen Leben wirkenden Kräfte richtiger abzuschätzen. Sie verstehen nicht nur zu kommandieren, sondern auch zu organisieren, zu freiwilligem Zusammenschluß und zu rühriger Mitarbeit zu ermuntern; sie wissen es zu schätzen, daß die Grundlage festen nationalen Zusammenhaltens vor allem durch

wirtschaftliche Erfolge zu erhalten ist. Die Bedeutung dieser polnischen „Intelligenz", wie sich die betreffenden Kreise gern nennen lassen, wird noch in anderm Zusammenhange zu würdigen sein. Hier mag nur noch ein Wort gesagt werden über die Mittel, mit denen die oben bezeichnete nationale Arbeit des Polentums geleistet und dem Ziel entgegengestrebt wird.

Es handelt sich dabei um zwei Dinge: die nationale Propaganda und die Erreichung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Polentums. Die polnische Propaganda hat natürlich in erster Linie die Aufgabe, unter den Polen das Nationalbewußtsein zu pflegen und dafür zu sorgen, daß alles, was die polnische Bevölkerung an Bildung, geistigen und künstlerischen Interessen in sich aufnimmt, in polnischem Gewande erscheint. Das Zusammenhalten der polnischen Bevölkerung hat aber auch den weiteren Zweck, zu verhüten, daß irgendwelche Glieder des Volks unter fremden Einflüssen verloren gehen. Diese Seite der polnischen nationalen Arbeit wird in wahrhaft bewundernswerter Weise ausgeführt. Immer mehr wird es zur Gewohnheit, daß die Polen Arbeit und Erwerb überall im deutschen Reich und auch in andern Ländern suchen und es dadurch zu einem früher nicht gekannten Wohlstand bringen. Aber wo sie auch erscheinen mögen, überall finden sie eine Art von nationaler Organisation und moralischer Überwachung, wenn sie auch nur durch einzelne Volksgenossen ausgeübt wird. Überall tönt es ihnen ins Ohr: „Ihr seid Polen und habt Pflichten gegen Euer Volk! Erinnert Euch dessen auch in der Fremde und setzt Euch durch! Gebraucht und pflegt Eure Muttersprache und laßt sie auch Eure Kinder nicht vergessen! Gedenket, auch wenn es Euch unter den Fremden gut geht, daß Ihr nicht zu ihnen, sondern in Eure Heimat gehört!" Man wird zugeben müssen, daß die Wirkungen eines solchen geschickt, planmäßig und folgerichtig durchgeführten Systems außerordentlich sind. Wenn mit solcher Sorgfalt der nationale Bestand gepflegt und Verluste verhütet werden, also, wenn man so sagen darf, das auf natürlichem Wege erzeugte Quantum an nationalem Kapital so wirtschaftlich genau verwaltet wird, so kann es nicht überraschen, daß auch das Dritte gelingt: die Vermehrung des Polentums durch Polonisierung von Bestandteilen der deutschen Bevölkerung. Mit welchen Mitteln das gelingt, soll hier noch

nicht näher untersucht werden. Das Polentum läßt sich aber diese Aufgabe sehr angelegen sein; denn es wird dadurch wirksam der Plan unterstützt, die polnische Nationalität immer mehr in deutsches Gebiet vorzuschieben und in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung weiterhin allmählich die Mehrheit und wieder in einer weiteren Etappe ein erdrückendes Übergewicht zu gewinnen. Die räumliche Erweiterung des zusammenhängenden Gebiets, in dem die polnische Nationalität eine sich entschieden kundgebende Übermacht besitzt, ist eben der wichtigste Schritt zur Verwirklichung der polnischen Hoffnungen. Nicht nur Posen und ein Teil von Westpreußen nebst Masuren und Oberschlesien soll dabei in Betracht kommen, sondern ganz Westpreußen, ganz Ostpreußen, ganz Schlesien, womöglich Hinterpommern und Teile von Brandenburg sollen einmal Länder werden, von denen es heißt, sie haben polnische Bevölkerung, hier und da vielleicht mit einer geduldeten, verschwindend geringen deutschen Minderheit. Die Vorsicht und Zähigkeit, mit der das Polentum in diesem ganzen Gebiet sich behauptet und vorwärts schiebt, Lücken ausfüllt und deutsche Minderheiten schon jetzt an die Wand zu drücken versteht, läßt über die Ziele und leider auch die Erfolge dieser Propaganda keinen Zweifel.

Zu dieser zielbewußten Propaganda kommt die Herstellung der Unabhängigkeit des polnischen Bevölkerungselements von dem Deutschtum. Die Polen haben es infolge der nationalen Disziplin, die sie sich allmählich angeeignet haben, verstanden, sich wirtschaftlich immer mehr vom Deutschtum zu emanzipieren. Sie haben das nicht nur dadurch erreicht, daß sie sich selbst in der vielseitigsten Weise allen möglichen Erwerbstätigkeiten gewidmet haben und darin etwas leisten, sondern sie verdanken den Haupterfolg vor allem einem mit beispielloser Energie und Rücksichtslosigkeit durchgeführten Boykott des Deutschtums und der deutschen Geschäfte. Von allen Dreistigkeiten und Unwahrheiten, die den Polen in dem Nationalitätenkampf vorgeworfen werden, ist vielleicht die stärkste die Behauptung, die Deutschen hätten mit dieser Boykottierung den Anfang gemacht. Lange bevor von deutscher Seite auch nur an dergleichen gedacht wurde, hat kein Pole einem deutschen Geschäftsmann etwas zu verdienen gegeben, wenn er es vermeiden konnte. Früher freilich konnte er es nicht immer ver-

meiden; in dem Maße aber, als das Polentum Fortschritte macht, wird die Boykottierung der Deutschen immer energischer und allgemeiner. Es findet also nicht nur eine Zurückdrängung, sondern auch eine wirtschaftliche Loslösung des Polentums vom Deutschtum statt.

Falls nun diese Entwickelung nicht verhindert wird, ist mit ziemlicher Sicherheit der Zeitpunkt zu berechnen, wo in den Gegenden, in denen jetzt eine national gemischte und sogar überwiegend deutsche Bevölkerung wohnt, eine vollständig polnische Bevölkerung wohnen wird. Dabei müssen wir wohl festhalten, daß unter polnischer Bevölkerung in diesem Sinne nicht nur eine polnisch redende zu verstehen ist, sondern eine solche, die in ihrer ganzen Gesinnung dem politischen, geistigen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands und dem deutschen Empfinden bewußt fremd, ja feindlich gegenübersteht, die aber unter sich eng zusammenhält und, ohne durch das geringste Gefühl von Treue und Dankbarkeit mit unserm Staatswesen verbunden zu sein, eigene geschichtliche Erinnerungen pflegt, wobei sie diese Vergangenheit in dem Lichte einer Verklärung sieht, wie sie ein nationales Unglück selbst über Schuld und Mißwirtschaft breitet. Die Gefahr, ein solches polnisches Land zu werden, das trotz politischer Zugehörigkeit zu Preußen dennoch durch seine Bevölkerung vollständig vom Organismus des Staats losgelöst erschiene, droht unserm ganzen Osten, und die Folgen davon liegen auf der Hand.

Noch mit einer anderen Untersuchung müssen wir uns beschäftigen. Besonders gewitzigte Polen sagen sich nämlich ganz richtig, daß ein aufmerksamer und unbefangener Beobachter bei einigem Nachdenken ihnen die Versicherung, daß die Polen auf ein künftiges Polenreich verzichtet hätten, niemals glauben kann. Sie geben deshalb das Ziel ihrer Bestrebungen teilweise zu, nämlich bezüglich der österreichischen und russischen Polen; dann aber legen sie die Hand aufs Herz und beteuern, daß sie so durchdrungen sind von der preußischen Macht und so dankbar für die preußischen Wohltaten, daß es ihnen niemals einfallen würde, sich von Preußen und der Hohenzollerndynastie zu trennen. Sie seien gute Polen und doch gute Preußen. Auch das künftige Königreich Polen werde gern auf diesen Bestandteil verzichten, ebenso wie Deutschland auf die Deutschen Österreichs verzichtet habe. Ich

weiß nicht, ob diese theoretisch schön ausgedachte Lösung eine eigene Erfindung des Herrn Josef von Koscielski ist; jedenfalls hat er sich um ihre Verbreitung verdient gemacht und leider bei einem sonst hochverdienten deutschen Historiker, Professor Dr. Hans Delbrück, unbegreiflicherweise Glauben und Unterstützung gefunden. Der Gedanke muß also ernst genommen werden, obwohl das eigentlich für jemand, der die polnische Art kennt, von vornherein so gut wie unmöglich ist. Ein Volk von dem Temperament wie die Polen soll verstandesmäßige Erwägungen über die Vorteile seiner Verbindung mit dem deutschen Reich und das Gefühl der Treue gegen die Hohenzollern höher einschätzen, als die lange gehegten Überlieferungen und Hoffnungen der Nation! Wer soll das glauben? Gibt es denn überhaupt ein Volk, das das kann, was hier behauptet wird? Vielleicht das deutsche Volk, das allein auf der Welt imstande ist, die dynastische Treue und das materielle Interesse über das Nationalgefühl zu stellen. Aber auch die Deutschen würden nicht acceptieren, was Prof. Delbrück gutgläubig als nationales Ziel der preußischen Polen hinstellt.

Man weist nun auf die Deutschen in Österreich und in den russischen Ostseeprovinzen hin. Es lohnt sich, diesen Hinweis näher anzusehen.

Was zunächst das Deutschtum in Österreich betrifft, so ist seine ursprüngliche geschichtliche Stellung schon in anderem Zusammenhange beleuchtet worden. Aus dieser Stellung konnte es, als der deutsche Nationalstaat notgedrungen ohne Österreich geschaffen wurde, nicht plötzlich herausgelöst werden. Nachdem die österreichische Dynastie solange die deutsche Kaiserkrone getragen und die Vormacht in Deutschland behauptet hatte, konnte die deutsche Nationalität, auf die sie sich gestützt hatte und immer noch stützte, nicht ohne zwingende Notwendigkeit in ein anderes Verhältnis zu ihr treten. Schon diese allereinfachste geschichtliche Betrachtung zeigt, wie schief und unmöglich von vornherein der Vergleich zwischen den durch feste historische Bande an ihre angestammte Dynastie geknüpften Deutsch-Österreichern und den vor hundert Jahren durch einen internationalen Gewaltakt wider Willen zu preußischen Untertanen gemachten Polen ist. Aber weiter! Ist es nicht auffallend, daß seit 1866 der Donaustaat eine Entwickelung genommen hat, in der sich in der Tat eine allmähliche

Loslösung des Deutschtums aus der früheren innigeren Vermischung mit den andern Nationalitäten Österreichs ganz von selbst vollzieht? Wie der Magnet die Eisenfeilspäne aus einem Gemenge mit beliebigen fremden Körpern heraus- und an sich zieht, so hebt sich seit der Errichtung eines wirklichen, selbstbewußten deutschen Nationalstaats das deutsche Element in Österreich immer schärfer von Slaven und Wälschen ab und fängt an, wenn auch unter schweren Kämpfen und Verlusten, das Bedürfnis territorialer Abgrenzung immer mehr zur Geltung zu bringen. Wohin die Entwickelung des Deutschtums in Österreich geht, ist zwar heute noch schwer mit Bestimmtheit zu sagen; so viel aber dürfte wohl feststehen, daß schon heute eine starke Strömung in der deutschen Bevölkerung Österreichs dem Gedanken des politischen Anschlusses an das Deutsche Reich nicht mehr fernsteht. Man braucht deshalb heute noch nicht an der dynastischen Loyalität der Mehrheit der Deutsch-Österreicher zu zweifeln; es handelt sich hier um eine aus den Verhältnissen naturgemäß erwachsende Entwickelungsrichtung, die stärker ist als die Überlieferung. Der alte Kaiserstaat ist nun einmal auf dem Wege, sich zu einer losen Vereinigung abgesonderter Kronländer zu entwickeln, und auch das Band der wirtschaftlichen Interessen wird immer schwächer, da Österreich-Ungarn nicht in dem Maße fortschreitet, wie es notwendig wäre, wenn der politische Zusammenhang der Donauländer eine reale Bedeutung behalten soll. Unter solchen Umständen kann die Frage, ob die rein deutschen Länder Österreichs im staatlichen Verband mit Slaven und Magyaren bleiben oder sich dem deutschen Nationalstaat anschließen sollen, in Zukunft einmal eine Bedeutung erhalten, der gegenüber die loyalsten Gesinnungen Einzelner machtlos werden. Wie man aber darüber auch denken mag, das Eine lehrt eine Betrachtung der heutigen Zustände Österreichs mit Sicherheit: als Beispiel dafür, daß eine Bevölkerung wunschlos und loyal auch dann *dauernd* unter fremdem Szepter leben könne, wenn sie einen selbständigen Staat ihrer eigenen Nationalität zum Nachbarn hat, können wir die Deutschen Österreichs *nicht* anführen.

Nun wird auch auf die baltischen Provinzen Rußlands hingewiesen. Wie steht es nun damit? Hier liegen die Verhältnisse wieder ganz anders. Die Deutschen dort haben mit Deutschland niemals in einem wirklichen staatlichen Zusammenhange gestanden.

Es war nur eine nach verhältnismäßig kurzer Zeit vom Mutterlande aufgegebene deutsche Kolonie. Allerdings haben diese deutschen Kolonisten an entlegener Küste deutsche Kultur, Sitte und Sprache, sowie den geistigen Zusammenhang mit der alten Heimat bewahrt. Sie erkannten darin ein Mittel, ihre Herrenstellung im fremden Lande zu behaupten. Die Masse der Bewohner dieses Landes haben sie nicht deutsch gemacht, weil das über ihren Zweck hinausging, ja ihm sogar zuwiderlief; sie haben die Unterworfenen und Hörigen sogar gehindert, Deutsche zu werden. Stets ist den Deutschen in den baltischen Provinzen jedes Mittel recht gewesen, um ihre Stellung nach allen Seiten zu behaupten; das letzte dieser Mittel war die freiwillige Unterwerfung unter das russische Szepter, durch die es den Balten glückte, die ohnedies drohende Abhängigkeit von Rußland durch eine auf vertragsmäßiger Grundlage ruhende Sonderstellung zu ersetzen. Da die russischen Herrscher selbst lange Zeit in diesem Vertragsverhältnis auf Leistung und Gegenleistung ihren und ihres Volkes Vorteil fanden, so entwickelte sich naturgemäß bei den Balten trotz Festhaltung ihrer Nationalität ein ungetrübtes Loyalitätsverhältnis zu den Dynastien Romanow und Gottorp, in denen ja überdies das deutsche Blut das slavische überwog. So wurde allerdings für den Fernstehenden und Unkundigen der Anschein erzeugt, als ob hier ein deutsches Land und ein deutscher Stamm durch sein Beispiel die Möglichkeit bewiesen habe, daß ein Volk trotz der Nachbarschaft eines selbständigen Nationalstaats gleichen Stammes ruhig unter fremder Herrschaft leben könne. Man vergißt dabei ganz, daß die baltischen Provinzen Rußlands nicht einmal in dem Sinne deutsch genannt werden können, wie man vielleicht die Provinz Posen „polnisch" nennen könnte, und daß in jenen Provinzen für einen politischen Anschluß an Deutschland von vornherein jede Voraussetzung fehlt. Abgesehen davon, daß in dem Lande nicht einmal das Volk oder ein alle Stände umfassender Teil des Volks, sondern nur die herrschende Klasse deutsch ist, hat auch das Deutschtum der Balten einen ganz andern Charakter, als die Durchschnittsmeinung in Deutschland glaubt. Wohl ist dieses baltische Deutschtum voll Wärme der Empfindung und vollkommen echt in seiner durch Abstammung und Bildung gegebenen Eigentümlichkeit, aber es ist ganz und gar nicht politischen Charakters. Das

Bewußtsein kultureller Überlegenheit gegenüber Russen, Letten und Finnen und die Vorteile einer politischen Sonderstellung innerhalb Rußlands überwiegen ganz erheblich das Interesse an den Schicksalen des Deutschtums außerhalb der baltischen Grenzen; dem politischen Deutschland steht die große Mehrheit der deutschen Balten nach Art und Lebensgewohnheiten so fern, daß ihnen eine engere Gemeinschaft mit deutschen Staatseinrichtungen und sozialen Verhältnissen geradezu unerträglich sein würde. Es ist also ganz unmöglich, aus der historisch so eigenartigen Stellung der russischen Ostseeprovinzen irgendwelche Schlüsse ziehen zu wollen auf das Verhältnis der preußisch-polnischen Bevölkerung zu einem außerhalb der deutschen Grenzen etwa wieder aufgerichteten Polenreich. Im Gegenteil, diese Betrachtung weist uns auf etwas ganz anderes hin. Obwohl die deutschen Balten dem russischen Kaiserhause wirklich in aufrichtiger Treue ergeben sind und dem russischen Reich und Volk sich stets nützlich erwiesen haben, haben die Russen doch dieses Verhältnis immer als etwas Unnatürliches und Regelwidriges empfunden und demzufolge mit Mißtrauen betrachtet. Schon Katharina II., sicherlich doch eine aufgeklärte und nüchtern urteilende Herrscherin, aber gerade wegen ihrer deutschen Geburt dem Stockrussentum gegenüber nicht ganz frei, hat die ersten Russifizierungsversuche gemacht, und ganz aufgehört haben diese Bestrebungen seitdem niemals. Es ist vielleicht gut, das hervorzuheben, weil neuerdings in ultramontanen Blättern mit Vorliebe behauptet wird, erst die Germanisierungsbestrebungen der preußischen Regierung in Posen und Westpreußen hätten die Russen auf den Gedanken gebracht, ihre „deutschen" Provinzen zu russifizieren. Das ist, wie geschichtlich nachzuweisen, ein vollständiger Unsinn. Was aber allerdings die Russen veranlaßt hat, das ihnen stets unheimliche Deutschtum in den Ostseeprovinzen mit größerem Ernst anzufassen und ganz systematisch zu unterdrücken, ist nicht irgend eine Maßnahme der preußischen Regierung gegen ihre fremdsprachigen Untertanen, sondern die einfache Tatsache der Neugründung des Deutschen Reichs. Von dem Augenblick an, wo die deutsche Nation sich politisch konsolidierte und zur wirklichen nationalen Macht wurde, konnte selbst ein so humaner, von westeuropäischer Bildung erfüllter und dabei mit selbstherrlicher Gewalt ausgestatteter Monarch wie Alexander II. nicht mehr

gegen den Strom schwimmen, um das Deutschtum innerhalb der russischen Grenzen auch nur als nützlichen Kulturfaktor zu halten, und sein ganz in stockrussischen Anschauungen befangener Nachfolger Alexander III. hat wirklich den Glauben gehabt und ihn mit ins Grab genommen, daß es eine „baltische Frage" gebe, d. h. daß er auf der Hut sein müsse gegen Bestrebungen, welche die baltischen Provinzen von Rußland loslösen und sie an Deutschland angliedern wollten. Alle Versicherungen, daß das ein Phantasiebild sei, ein Traum, dem in den baltischen Provinzen selbst ernsthaft niemand, in Deutschland höchstens politische Kinder nachhängen können, halfen bei den starren Russen gar nichts. Was aber bedeutet das alles? Was sagt es uns in Bezug auf die Frage, die uns hier beschäftigt? Nun, die Sache ist eigentlich einfach genug. Die Russen sagen: „Wir Russen können von unserm Standpunkt unmöglich daran glauben, daß Deutsche als Nachbarn eines mächtigen deutschen Großstaats nicht den Wunsch haben sollten, sich diesem Nachbarn anzuschließen; wir halten es für ganz ausgeschlossen, daß sie aufrichtige Untertanen des russischen Kaisers sind." Diese Meinung schließt aber zugleich das Bekenntnis in sich, wie sich Russen in gleicher Lage verhalten würden. Nun ist jedoch die Denkweise, die gegebenenfalls die Russen zu solchem Verhalten veranlassen würde, durchaus nicht russische Eigentümlichkeit allein; sie ist vielmehr ein Grundzug des Slaventums.

In der Tat ist auch das Polentum seiner Natur nach irredentistisch. Nur einen geschichtlichen Beleg für diese Behauptung! Im Jahre 1831 rüstete sich das Königreich Polen, als es mit dem Warschauer Aufstand den Weg zur gewaltsamen Losreißung von Rußland betreten hatte, zum schweren Entscheidungskampf um Sein und Nichtsein. Alles hing davon ab, das politisch Erreichbare zu finden. Das Königreich hatte noch seine gesonderte Verfassung und Verwaltung und sein eigenes organisiertes Heer, während die Russen damals der Situation entschieden nicht gewachsen waren. Setzten die Polen damals ihre Kräfte ein für ein vernünftiges Ziel, kämpften sie auf ihrem Rechtsboden mit realen Mitteln, so war ein gewisser Erfolg nicht ausgeschlossen, und kluge Benutzung des einmal errungenen Erfolgs konnte weitere herbeiführen und die Sache des Polentums zu weiter gesteckten

Zielen führen. Was geschah aber? Einer der ersten Beschlüsse, die die polnische Volksvertretung in diesem schwierigen Augenblick faßte, befolgte den Grundsatz: „Alles oder nichts". Man dekretierte den Anschluß aller Gebietsteile, die jemals zur Krone Polen gehört hatten, an das neue Reich, dessen Grundstein noch gar nicht einmal gelegt war. Der Vorgang zeigt die Richtung der nationalen Anschauungen. Vielleicht würde heute eine polnische Nationalversammlung vorsichtiger in der Methode sein, aber der Gedanke des Verzichts auf ein Land, das sie für polnisch hält, würde ihr ebenso fern und unverständlich sein, wie einst 1831 einem Lelewel und Xaver Bronikowski.

Der Operationsplan der Polen dürfte nach allem, was hier erörtert worden ist, klar genug zu Tage liegen. Freilich wird es immer noch Leute geben, die die Beweiskraft aller solcher Tatsachen leugnen. Wenn jemand in einer fremden Wohnung zur Nachtzeit vor dem Geldschrank mit einem Brecheisen und Dietrichen versehen betroffen wird, so wird der Verteidiger vor Gericht trotzdem vielleicht nachzuweisen versuchen, daß der Mann nicht mit der Absicht, einzubrechen, sondern aus irgend einem Irrtum oder aus wissenschaftlichem Interesse an der Konstruktion des Geldschranks sich dort aufgehalten hat. Genau so verfahren gewisse Leute in der Polenfrage; sie sind nicht zu überzeugen, weil sie nicht überzeugt sein *wollen*. Für diejenigen, die ohne vorgefaßte Meinungen beobachten und darüber ohne Nebenabsichten nachdenken, ergibt sich auf dem Wege, der hier in den Hauptzügen bezeichnet ist, mit vollkommener Sicherheit, daß die Entwickelung des Polentums nichts anderes bedeuten kann, als eine Gefahr für den Besitzstand des preußischen Staats, daß wir daher mit der „Polenfrage" als einer politischen Lebensfrage Preußens und damit auch Deutschlands zu rechnen haben.

Kapitel 4.

Die polnischen Parteien.

Einem Bedenken wird trotz alledem noch Rechnung zu tragen sein, ob man nämlich ein Recht hat, das polnische Volk in Bezug auf seine Stellung zum Deutschtum so ganz und gar als eine einheitliche Masse anzusehen. Sollten nicht doch unter den Polen über die Mittel und Wege zum Ziel verschiedene Ansichten bestehen, und sollten wir nicht aus dieser Verschiedenheit Nutzen ziehen können? So in sich einig ist doch kein Volk, daß es nicht Parteien gäbe, und in der Tat gibt es doch auch unter den Polen Parteien. Die Frage ist wichtig, und so wird es notwendig sein, auch das Wesen dieser Parteien zu untersuchen, sei es auch nur mit dem Ergebnis, weiteren Aufschluß über Wesen und Eigentümlichkeiten des Polentums zu erhalten.

Gerade bei der Parteibildung spielt die Eigenart des Volks eine große Rolle. Bei uns in Deutschland wurzeln die Parteiunterschiede sehr tief; sie sind eigentlich Unterschiede der Weltanschauung. Jeder Meinungsstreit um die alltäglichsten Fragen bringt das mitunter in der merkwürdigsten Weise zum Ausdruck. Nicht als ob jeder, der sich einer Partei anschließt, mit Bewußtsein von einer Weltanschauung ausginge; wohl aber zeigt unser politisches Leben, daß die meisten bestrebt sind, immer den ganzen Zusammenhang der Grundsätze und Meinungen, in denen sich eine Weltanschauung politisch niederschlägt, in sich aufzunehmen und so wenigstens unbewußt in der politischen Gesinnung eine Weltanschauung zu bekunden, die ihrer persönlichen Geistesrichtung und den Ansichten und Überlieferungen ihrer besonderen sozialen Atmosphäre zusagt. So erklärt es sich, daß so häufig Leute, die in einer praktischen Frage fast der gleichen Ansicht sind, sich mit einer wahren Leidenschaft dennoch bekämpfen. In manchen andern Ländern dagegen weiß man von solcher tiefgehenden Verschiedenheit der Grundsätze nichts; dort bedeutet die Partei mitunter nichts anderes als die persönliche Gefolgschaft eines als begabt und hervorragend anerkannten Politikers. Es gibt dann also genau so viele Parteien im Lande als es führende Politiker gibt; wenn es nach Grundsätzen ginge, könnten die Anhänger des Herrn X ebensogut auch die Anhänger des Herrn Y sein.

So ist es z. B. in Griechenland. Auch im alten polnischen Reich war es ähnlich. Familienfeindschaften und materielle Interessen brachten einmal diese, einmal jene auseinander und wieder zusammen. Während des ganzen Bestehens der polnischen Verfassung kann von einem Parteiwesen im vernünftigen politischen Sinne nicht gesprochen werden; es war ein Chaos, das sich nur um eines Augenblicksvorteils willen vorübergehend ordnete.

Wenn schon im selbständigen Polen ein geordnetes Parteiwesen nicht vorhanden gewesen war, so konnte der Eintritt des polnischen Volks in fremde Staatsverbände zunächst noch weniger eine geeignete Grundlage dafür schaffen. Als aber die preußischen Polen nach Verlauf mehrerer Jahrzehnte Bürger eines konstitutionellen Staats geworden waren, mußten natürlich die Verhältnisse des preußischen Gesamtstaats allmählich einen gewissen Einfluß üben. Dieser Einfluß wird jedoch von deutscher Seite meist stark überschätzt. Man hält sich an gewisse Äußerlichkeiten und übersieht dabei, daß Wesen und Ziele der Polen mit den unsrigen ganz und gar inkommensurabel sind.

Da ist z. B. der polnische Großgrundbesitzer. Er gehört meist einer alten Adelsfamilie an, hat infolgedessen auch den entsprechenden Familienstolz und die damit zusammenhängenden Anschauungen. Bis zu einem gewissen Grade wird er sich also naturgemäß mit dem deutschen Adel der Gegend durch Anschauungen und Lebensformen verbunden fühlen. Er sagt sich: „Wenn man nun einmal diesen verdammten Deutschen nicht ganz aus dem Wege gehen kann, dann will ich wenigstens „standesgemäß" verkehren und mir die „canaille" vom Leibe halten." Die Umgangsformen der Polen sind bekanntlich überaus gewinnend, und die Gastfreundschaft gilt bei allen Slaven als eine der ersten Tugenden. Kein Wunder, daß sich solch ein Umgang, wo er eben nicht zu vermeiden ist, der Form nach angenehm und herzlich gestaltet. Die Folge ist, daß der Deutsche sich einbildet, in dem Polen in allen wesentlichen Stücken einen Gesinnungsgenossen gefunden zu haben. Mit andern Worten: Der polnische Edelmann gilt für konservativ, und das gibt ihm auch ein gewisses Ansehen bei den Behörden, namentlich bei dem Landrat. Das ganze Verhältnis wird noch unterstützt durch die natürliche Ehrfurcht, die der Deutsche stets vor vornehm klingenden ausländischen Namen bekundet. Die

Weihe dieses ausländischen Nimbus, der der gewöhnlichen Vornehmheit noch ein gewisses Etwas, etwas ungeheuer „Interessantes" hinzufügt, verfehlt namentlich selten ihren Eindruck auf die von fernher in die Provinz kommenden Elemente. Ist nun aber ein solcher polnischer Edelmann wirklich „konservativ" in unserm Sinne? Er ist es nur so weit, als er für sich und seine nationale Stellung Vorteile davon erhofft. Die nationalen Ziele sind auch ihm die Hauptsache; er haßt und verachtet den Deutschen von Grund aus, und jeder seiner Landsleute, auch der Geringste, kann in Bezug auf die Gesinnung auf ihn zählen. Sein Motto ist im Grunde dasselbe, das vor einem Menschenalter ein Graf Czarnecki als Inschrift einer Fahne vom Turm seines Schlosses wehen ließ: „Smierć Niemcom!" (Tod den Deutschen!) Vor diesem Wunsch verschwindet und versinkt jeder Standesunterschied, jede andre Erwägung.

Sowie der deutsche Edelmann in dem polnischen seinen Standesgenossen und daher leicht auch seinen Gesinnungsgenossen zu erblicken glaubt und darum einer starken Täuschung zugänglich wird, so glaubt auch der deutsche Bürger in den entsprechenden Schichten der polnischen Bevölkerung leicht politische Anknüpfungspunkte zu finden. Diese Polen geben sich scheinbar sehr freisinnig, und manches in ihren politischen Ansichten klingt auch dem deutschen Bürger angenehm in die Ohren. Prüft man die Sache näher, so erweist sich auch die Wertlosigkeit der angeblichen Gesinnungsgemeinschaft. Die freiheitsdurstigen Polen des Mittelstandes denken zunächst gar nicht an die Wegräumung der Schranken, die vielleicht auch dem liberalen deutschen Bürger unbequem sind; was sie bedrückt, ist die politische und geschäftliche Verbindung mit dem Deutschtum überhaupt, und sie bieten getrost den reaktionärsten Mächten die Hand, wenn sie dadurch die Aussicht gewinnen, innerlich und äußerlich vom Deutschtum loszukommen. Das ist das A und O ihres Denkens und Strebens; alles andre ist ihnen vollkommen Nebensache oder wenigstens cura posterior. In einem selbständigen Polenstaat würde vielleicht auch ihr bürgerliches Freiheitsbedürfnis erwachen; vorläufig stehen ihnen ganz andere Ziele vor Augen, und was sie an politischem Liberalismus zur Schau tragen, ist nur Mittel zu dem einzigen nationalen Zweck. So lange der deutsche Bürger darauf hineinfällt und sich dazu her-

gibt, reicht man ihm freilich zeitweise die Bruderhand, wobei man sich vorbehält, bei der ersten Gelegenheit sich durch reichlich ausgeteilte Fußtritte schadlos zu halten; wenn der Deutsche verblendet genug ist, sein Helfershelfer zu sein, benutzt ihn der Pole natürlich ebenso gern, wie er gelegentlich auch andre Hilfskräfte in seinen Dienst stellt: die römische Kirche, Rußland, sogar die preußische Staatsregierung, wenn sie sich einfangen läßt.

Also auch beim polnischen Bürger ist niemals auf das Zusammengehen mit einer der deutschen politischen Parteien zu rechnen, es sei denn mit dem Zentrum. Das Zentrum ist allerdings die einzige Partei der deutschen Volksvertretungen, die sich aus später noch näher zu erörternden Gründen der polnischen Sache angenommen hat. Diese Bundesgenossenschaft im Parlament ist für das Polentum so wertvoll und wichtig, daß es sogar gelegentlich zu örtlichen Opfern bereit ist. Das geschieht freilich nur dann, wenn die Aussichten der Polen bei einer Wahl ohnehin nicht besonders günstig sind, sie also die Wahl haben zwischen einem größeren Verlust und der Gewinnung eines zuverlässigen Bundesgenossen. Die Polen können sich auf die Zentrumsleute ziemlich sicher verlassen. Trotzdem behalten sie die Augen offen und unterstützen auch das Zentrum genau nur in dem Maße, wie es sich den nationalen Ansprüchen der Polen dienstbar macht. Da dies meistens rückhaltlos geschieht, so ist das Zentrum diejenige deutsche Partei, an die sich alle Stände des Polentums nicht aus politischen oder kirchlichen, sondern aus nationalen Gründen anlehnen. Durch diese Bundesgenossenschaft und die Mithilfe der Geistlichkeit ist auch der polnische Bauernstand, der früher politisch loyal war, ganz und gar in das nationale Lager hinübergeführt worden. Auch der polnische Bauer läßt sich nun nicht mehr in das deutsche Parteisystem eingliedern; die Loslösung des Polentums vom Deutschtum ist auch in dieser Bevölkerungsschicht vollzogen.

Bleibt also noch der Arbeiterstand! Er gehört in den meisten europäischen Ländern einer Partei an, die sich mit besonderer Betonung als „international" bezeichnet, der Sozialdemokratie. Nun ist ja freilich bekannt, daß diese Internationalität nirgends ernst genommen wird, außer in einem Teile der deutschen Sozialdemokratie, in der die alten Führer des norddeutschen Parteiflügels den traurigen Ruhm der vollendeten Vaterlandslosigkeit bis zur

äußersten Grenze des Verrats und der Schamlosigkeit festzuhalten suchen. So wie der französische und englische Arbeiter trotz seines Bekenntnisses zu sozialistischen Theorien in erster Linie immer Franzose und Engländer bleibt, so ist auch der polnische Arbeiter ganz und gar Pole und höchstens nebenbei Sozialdemokrat. Er hat mit Adel, Geistlichkeit und Bürgertum gebrochen, aber nicht mit der Zukunft des polnischen Volks. Bekanntlich ist auf den letzten Parteitagen und in Versammlungen der deutschen Sozialdemokratie auch die Polenfrage aufs Tapet gebracht worden. Es wurde den polnischen Genossen nahegelegt, sich enger an die deutsche Organisation anzuschließen, ihre spezifisch nationalen Ansprüche fallen zu lassen und sich den Deutschen brüderlich zu nähern, um mit ihnen an der Verwirklichung des Zukunftsstaats, der allen Völkern die wahre Freiheit bringen werde, gemeinsam zu arbeiten. Die Antwort war verschieden, bald mehr, bald minder leidenschaftlich, aber sie hatte stets nur den einen Sinn: „Wir sind vor allem Polen, und die Zukunft des polnischen Volkes ist es, die uns am Herzen liegt. Euch Deutsche hassen wir und wollen los von euch, mögt ihr offen als Zwingherrn oder im Gewande der internationalen Brüderlichkeit zu uns kommen!" Die eigentliche Sozialdemokratie macht auch unter den Polen wenig Fortschritte, obwohl der Pole, wie alle Slaven, sehr zur radikalen Gesinnung veranlagt ist. Man erinnere sich einer bemerkenswerten Tatsache: Als eine revolutionäre Bewegung durch ganz Europa ging, waren auf den Barrikaden aller Länder Polen zu finden; sie waren Spezialisten für Putsche und Straßenkämpfe. Ein Mieroslawski war ebenso in Warschau und Posen, wie in Berlin und Sizilien zu finden. Jetzt haben wir wieder sozialrevolutionäre Bestrebungen internationalen Charakters, und da fehlen die Polen fast ganz. Was hat das zu bedeuten? Nun, die revolutionären Bewegungen früherer Zeit verfolgten das Ziel, innerhalb der einzelnen Länder und Völker die Grundsätze politischer Freiheit aufzurichten. *Glückte das, so mußte auch die politische Freiheit Polens anerkannt werden.* Darum waren die Polen überall dabei. Jetzt aber will die soziale Revolution wenigstens der Theorie nach die Schranken zwischen den Völkern fallen lassen; der Zukunftsstaat will nichts von Sonderansprüchen der Nationen wissen. Da macht der Pole nicht mit. Man sage nicht, daß die polnischen

Arbeiterschaft noch zu wenig zahlreich ist. Die oberschlesischen Polen sind zum größten Teil Industriearbeiter; in Westfalen arbeiten seit Jahren viele Tausende polnischer Industriearbeiter unter den Deutschen. Die deutschen Arbeiter sind meist Sozialdemokraten, die polnischen nicht. Letztere arbeiten nur für ihr Volkstum; haben sie etwas verdient, so sparen sie es und gehen damit in ihre alte Heimat zurück. Nein, man suche nicht künstliche Erklärungen, sondern sehe nur hin, was unter unsern Augen vorgeht; man wird dann erkennen, daß der Pole für „internationale" Bestrebungen überhaupt nicht zu haben ist, weil er nach seiner ganzen Veranlagung nur im nationalen Dunstkreise atmen kann. Bei der letzten Reichstagsersatzwahl in Posen stellten auch die Sozialdemokraten einen polnischen Kandidaten auf, den Herrn Martin Kasprzak. Der Wahlaufruf wurde in zwei Sprachen verbreitet. Aber wie! Der deutsche Aufruf erwähnte nicht einmal, daß Kasprzak Pole sei; er feierte nur den Sozialdemokraten, den Arbeiterkandidaten, und von der nationalen Frage hörte man überhaupt nichts. Der polnische Aufruf dagegen wandte sich nur an die polnischen Landsleute. Er behandelte die sozialistischen Bestrebungen ganz nebensächlich, legte das Hauptgewicht auf die polnischen Volksrechte und klagte Adel und Geistlichkeit an, daß sie sich dieser Rechte nicht annähmen. Während in dem deutschen Aufruf nicht einmal von der Gleichberechtigung der Nationalitäten, sondern nur von „Brotwucher" und dergleichen Schlagwörtern die Rede war, stand an der Spitze des polnischen Aufrufs „Schutz der Sprache und Nationalität" (obrona języka i narodowości).

Aus alledem dürfte zur Genüge ersichtlich sein, daß eine Anpassung des Polentums an das deutsche Parteiwesen vollständig ausgeschlossen ist und daß der Gedanke an die Zukunft des polnischen Volks auch bei den Polen, die sich äußerlich dem international gefärbten Ultramontanismus und der grundsätzlich internationalen Sozialdemokratie angeschlossen haben, so sehr die treibende Kraft ist und alle übrigen Vorstellungen beherrscht, daß gegebenen Falls die Polen dem Deutschtum gegenüber immer eine geschlossene Masse bilden. Wenn sie nebenbei unter sich Parteien bilden, so haben diese nur für die innere Entwickelung des Polentums Bedeutung; sobald es gilt, nach außen hin Stellung zu nehmen, schließen sich

die Reihen. Von den polnischen Parteien gilt der berühmte Grundsatz der modernen Strategie: „Getrennt marschieren, vereint schlagen!“

Wie hat sich nun das Polentum selbst in Bezug auf die Frage der Parteibildung entwickelt? In den ersten Jahrzehnten der preußischen Herrschaft wirkten noch die Zustände nach, wie sie im Polenreich bestanden hatten. Ein lebenskräftiger Bürgerstand war noch nicht vorhanden; die Masse der Bauern und Arbeiter fühlte die Wohltat einer festen Staatsordnung, die ihre Rechte und Existenz schützte, und war infolgedessen loyal. In der gesamten katholischen Kirche herrschte damals bekanntlich eine freiere Richtung, ein frischerer Luftzug, der dem Prinzip des eigentlichen Ultramontanismus nicht günstig war. Da sich die Erneuerung des kirchlichen Fanatismus erst vorbereitete, so hielt sich auch der nationale Fanatismus der Geistlichkeit vorerst noch in gewissen Schranken. Der Schwerpunkt der polnischen Bewegung lag also fast ausschließlich beim Adel. Da aber die alte Interessenwirtschaft, die früher zu Zeiten der polnischen Republik den Adel in wild wuchernde Parteigruppen gespalten hatte, nicht mehr fortbestand, sondern die feste Ordnung des preußischen Staats einen natürlichen Richtungspunkt abgab, so mußte sich unter dem Adel selbst eine deutliche Scheidung der Geister nach zwei Richtungen hin vollziehen.

Die einen sahen die Lage, wie sie eben zur Zeit war, und machten ihren vollen Frieden mit der preußischen Herrschaft; die andern fuhren fort, zu widerstreben, wobei ihnen ein Staatsideal vorschwebte, das, wenn auch in reformierter und lebensfähiger Gestalt, dem alten Polenreich entsprach. Dieses neue Polen dachte man sich als einen freien Verfassungsstaat, in dem nach dem ganzen Charakter des Landes und seiner Bevölkerung die Interessen des ländlichen Grundbesitzes, also des Adels, ein Übergewicht hatten, ohne daß man deshalb in die frühere Zuchtlosigkeit zu verfallen brauchte. Dieses Übergewicht zu erhalten, sollte die Kirche behilflich sein. Deshalb legte man Wert auf die Erhaltung der Autorität der Kirche und des katholischen Charakters der Nation. Dies sowohl als auch der Charakter der Bildung und Kultur, die Polen bereits angenommen hatte, ergaben die Anlehnung eines solchen Polenstaates an den euro-

päischen Westen und den Gegensatz gegen Rußland. Alle diese Erwägungen wirkten mildernd auf die Abneigung, die man sonst aus natürlicher Rassenfeindschaft und aus religiösen Gründen gegen das wenigstens in der Nachbarschaft fast rein protestantische Preußen empfand. Der polnische Adel und die damals mit ihm gehende Geistlichkeit hielt sich von Staat und Deutschtum fern und war auf ihrer Hut; aber trotz aller Gegnerschaft rechnete sie mit der Möglichkeit, daß nach Austrag des Kampfes, den Polen um seiner Selbständigkeit willen führen müsse, ein friedliches Verhältnis des neuen Polens mit dem westlichen Nachbar herzustellen sei. Noch heute hat diese Überzeugung eine gewisse Geltung. „Wir Polen sind Söhne des Westens", sagte seiner Zeit auf dem Polentage zu Thorn der damalige Propst v. Stablewski, der jetzige Erzbischof von Posen.

Allmählich bewirkte nun aber die Entwickelung des Polentums eine Veränderung in diesen Verhältnissen. Die natürliche Erstarkung der Nation, die wir bereits geschildert haben, bewirkte das Verschwinden des im eigentlichen Sinne „loyalen" Adels von der Bildfläche, abgesehen von den wenigen polnischen Edelleuten, die sich nun vollständig von den nationalen Bestrebungen lossagten und mit Preußen „ralliierten". Alle Polen fingen jetzt an, mit der Zukunft des Polentums ernsthaft zu rechnen. Noch lag der Schwerpunkt beim Adel, aber schon hatte die Bildung des Mittelstandes begonnen, und ein Teil der Geistlichkeit fing an, sich den Interessen des letzteren zuzuneigen und sich vom Adel zu emanzipieren. Infolgedessen war der Adel, der auf die Wiederherstellung Polens hinarbeitete, genötigt, seine Taktik zu ändern. Er sah voraus, daß ihm die unbestrittene Führung und die Möglichkeit, die Dinge nach seinem Sinn und Bedürfnis einzurichten, allmählich entging und er die Wege zum Ziel dementsprechend wählen müsse. Da boten sich nun aber zwei verschiedene Wege, woraus sich die weitere Folge ergab, daß innerhalb des Adels zwei neue verschiedene Richtungen entstanden. Die Einen behielten ihr altes Staatsideal im Auge und sahen daher mit einem gewissen Unbehagen, wie das Emporkommen des Bürgerstandes und der wachsende Einfluß der Geistlichkeit die Aussichten auf eine Entwickelung des Polentums, wie sie es sich wünschen, allmählich verringerte. Sie glaubten deshalb ihr

Ziel am besten zu erreichen, indem sie zur Erhaltung ihrer führenden Stellung die preußische Staatsregierung selbst benutzten. Indem sie sich zu dieser letzteren scheinbar freundlich stellten, wahrten sie ihre alte Stellung und konnten, wenn sie einen Erfolg erreichten, ihren unbequem drängenden Volksgenossen sagen: „Seht, das haben wir durch unsere diplomatische Klugheit erreicht, während ihr die Zukunft der Nation gefährdet! Folgt auch weiterhin unserer Führung!" Die Betätigung dieser Auffassung setzte freilich voraus, daß die preußische Regierung sich willig zeigte, mit diesem Teil des polnischen Adels in gewissem Sinne zu paktieren; das konnte aber nicht die Regel sein, da das unehrliche Spiel dieser ganzen Richtung für jeden einigermaßen genauer unterrichteten Politiker klar zu Tage lag. Die Mehrheit des polnischen Adels wollte daher von dieser Taktik nichts wissen, nicht etwa weil man an der Unehrlichkeit Anstoß nahm — denn man fühlte sich in einer Art von Kriegszustand, in dem der Zweck die Mittel heiligt —, sondern weil man die Schwäche jener Richtung, aus der sich später die sogenannte „Hofpartei" entwickelt hat, wohl erkannte. Diese andere Richtung der polnischen Adelspartei — man hat sie später „Nationalpartei" (narodowcy) genannt, und wir wollen sie der Kürze wegen schon jetzt so nennen —, trug Bedenken, überhaupt die etwaige Gutwilligkeit der preußischen Regierung, sich täuschen zu lassen, als Faktor in ihre Rechnung einzustellen; sie wollte die polnische Nation wenigstens grundsätzlich aus sich selbst an das Ziel gelangen lassen. Die Nationalpartei verfolgte aufmerksam die Entwickelung des polnischen Volkes und erkannte deutlich, daß sie mit dem aufstrebenden Mittelstand und der Volksmasse zu rechnen habe. Sie befreundete sich also mit dieser Entwickelung und bemühte sich nur, ihre Leitung in der Hand zu behalten. Mit der Hofpartei hatte sie das Ziel gemeinsam, einen Polenstaat, dessen Schwerpunkt bei dem Adel und der Geistlichkeit ruhen sollte; sie teilte daher den Wunsch, sich auf die römische Kirche zu stützen, ebenso wie den Haß gegen Rußland, als Folge dieser Stellung weiter die Absicht der Anlehnung an den Westen, sobald die erfolgte Auseinandersetzung mit den Deutschen dies gestatte. Von der Hofpartei geschieden wurde die Nationalpartei durch die verschiedene Taktik, durch die entschiedene Oppositions-

stellung gegen den preußischen Staat, durch die Tendenz, ihr Ziel lediglich mit Hilfe des wachsenden Selbstbewußtseins der polnischen Nation zu erreichen.

Die Verhältnisse, die soeben hier schon bis zu einem gewissen Endpunkt ihrer Entwickelung geschildert worden sind, blieben eine recht lange Zeit hindurch gewissermaßen in „gebundenem" Zustande. Sie traten fast gar nicht in die Erscheinung; nur langsam und in der Stille vollzog sich die Scheidung der alten historischen führenden Kreise des polnischen Volks in die geschilderten zwei Richtungen. Die Geister wurden durch mancherlei abgelenkt. Zuerst die Gärung in Russisch-Polen, die 1863 zur Katastrophe führte; dann die deutsche Einheitsbewegung und die Zeit der großen Kriege, die das deutsche Volk ganz von der Polenfrage ablenkte und auch den Polen wenig Veranlassung gab, über die Verschiedenheit der eigenen Ansichten hinsichtlich ihrer Zukunftspläne nachzudenken. Um so schärfer freilich setzte der Kampf nach der Begründung des Deutschen Reichs ein, und dazu gesellte sich nun noch der Kulturkampf. Jetzt vollendete sich die verhängnisvolle Verquickung der nationalpolitischen Frage mit der kirchlichen. *Die politische Führung des Polentums glitt aus der Hand des Adels in die der Geistlichkeit hinüber.* Seitdem sind die hervorragendsten parlamentarischen Vertreter des Polentums Geistliche gewesen; durch sie wurde auch das Band mit dem deutschen Zentrum immer enger geknüpft. Bis zum Ende der Regierung Wilhelms I. stand die gesamte Vertretung des Polentums in Reichstag und Landtag in so scharfer Opposition, daß ihre Gegner kaum Gelegenheit hatten, sich mit der Frage zu befassen, wie es im eignen Hause der Polen eigentlich aussah.

Und doch hatte sich gerade in dieser Zeit eine innere Scheidung vollzogen, gegen die jene erwähnte Verschiedenheit der Richtungen innerhalb des polnischen Adels kaum erwähnenswert erscheint. Der polnische Mittelstand war nicht mehr im Werden begriffen; er war *fertig* und hatte nicht nur das *Recht*, sondern auch den *Willen*, mitzureden. Der Kulturkampf aber, mit der daran sich knüpfenden lebhafteren, nun auch von der Geistlichkeit mit verstärkter Energie geführten Agitation, hatte noch ein Weiteres gebracht, nämlich die Erweckung des nationalen Fanatismus in

der Masse der polnischen Bevölkerung. Der polnische Bauer und Arbeiter war ein anderer geworden, als es seine Väter gewesen waren. Diese Leute scharten sich jetzt um den größten Teil der niederen Geistlichkeit, die sich mit der aufstrebenden polnischen Bürgerschaft solidarisch fühlte. Man muß sich, um diese Tatsache zu würdigen, klar machen, wie verschieden geartet von den bisher maßgebenden Kreisen des Polentums diese neu aufstrebenden Schichten waren, nicht nur nach Lebensstellung und Überlieferung, sondern auch nach dem Inhalt ihrer geistigen Vorstellungen. Der polnische Adel bewahrt natürlich die Überlieferung einer geschichtlichen Rolle, die er einst gespielt hat; er lebt in ganz bestimmten Idealen der Vergangenheit, die er in dem Lichte einer gewissen Verklärung sieht und die er, wenn auch in zeitgemäßer Umgestaltung, wieder zu verwirklichen hofft. Gewöhnt, weniger zu arbeiten, als zu herrschen und zu genießen, tut er nur das Nötigste, um seine wirtschaftliche Stellung zu behaupten; für ihn sind die gegebenen Führer diejenigen Standesgenossen, die durch Reichtum vorzugsweise in ihrem Besitz gesichert erscheinen. Er bleibt darum dem Deutschtum auch äußerlich ferner als andere Schichten der polnischen Bevölkerung. Von alters her mit mehrerlei fremdem Blut gemischt, zeigt sich der Adel auch nach Temperament und Art etwas verschieden von der Masse des Polentums. Sein geistiges Zentrum ist Paris; in dem kongenialen Franzosentum findet er die hauptsächlichsten Quellen seiner Bildung und seines Geschmacks. Wenn es möglich ist, hält der polnische Landedelmann seinen Söhnen französische Hauslehrer oder schickt sie nach Frankreich; studieren läßt er sie in Paris oder Krakau. Die Töchter werden in französischen oder belgischen Jesuitenschulen erzogen; das will sagen, daß der in diesen Anstalten vom heiligen Herzen Jesu und andern anerzogene Geist dem polnischen vornehmen Hause überhaupt die Signatur gibt. Ganz anders der polnische Mittelstand! Er haftet nicht an geschichtlichen Erinnerungen. Wohl studiert er die Geschichte seines Volkes mit Vorliebe, aber er entnimmt daraus nur die Verpflichtung, für die zukünftige Freiheit des Volkes mitzuarbeiten. Darin weiß er sich mit dem Adel einig, aber nicht in dem Staatsideal, das ihm als Frucht der Arbeit vorschwebt. Der Mittelstand hat sich selbst seine Existenz gegründet mit den Mitteln, die das moderne Wirtschaftsleben

gewährt. Er ist zähe, umsichtig und verschlagen, temperamentvoll, aber nicht leichtsinnig, gewohnt, die Augen offen zu halten und jede Schwäche des Konkurrenten und Gegners zu erspähen, aber auch mit seinen starken Seiten zu rechnen und von ihnen zu lernen. Seine Söhne sind auf deutschen Schulen ausgebildet und studieren auf deutschen Universitäten. Diese Leute kennen das Deutschtum genau, haben von ihm gelernt und nutzen es aus, und doch stehen sie ihm in bitterem Haß gegenüber. Dieser Haß ist nicht die hochfahrende Abneigung des polnischen Edelmanns, der es nicht verwinden kann, in der Verfolgung eigensüchtiger Wünsche behindert zu sein, der aber, vor die Wahl gestellt, doch die Deutschen immer noch den verhaßten Russen vorziehen würde; nein! es ist der uralte, urwüchsige, instinktive Rassenhaß des Slaven gegen den Germanen, ein Haß, der auch, der Vergangenheit zum Trotz, sich gegebenenfalls lieber den stammverwandten Russen unterwirft, der ihn brutal knechtet, als dem „niemiec" verbrüdert, dem man doch alles verdankt.

Das ist ein so tiefgreifender Unterschied in der Auffassung des nationalen Problems, daß es gar nicht anders gehen konnte: er mußte in der Parteigestaltung seinen Ausdruck finden. Die Vertreter des Bürgerstandes begannen sich um ein bestimmtes politisches Bekenntnis zu sammeln; so entstand die polnische „Volkspartei" (ludowcy). Sie verlangte mit Entschiedenheit den Bruch mit allen den besondern Vorurteilen und Methoden, denen die alten Führer noch anhingen; sie verlangte vor allem auch von der Geistlichkeit völlige Unterordnung unter das nationale Programm. Die Kirche sollte Dienerin der nationalen Idee sein, ja eigentlich mehr: sie sollte nur Werkzeug sein, nicht Bundesgenossin und Stütze, wie es die Nationalpartei sich dachte. Das Deutschtum sollte zwar insofern bekämpft werden, als in den Volksgenossen der nationale Geist stets in eifriger Arbeit aufrecht erhalten werden sollte; aber man wollte die Deutschen nicht unnötig reizen. Im Gegenteil ging das Bestreben dahin, die Vorteile, die aus deutscher Kultur, Bildung und Wirtschaftlichkeit gewonnen werden konnten, recht gründlich für das Polentum zu verwenden, sich an dem Deutschtum zu bilden und aufzurichten, um dann einmal zu gegebener Stunde gerüstet zu sein, den unversöhnlichen, glühenden Haß zu kühlen und die große

geschichtliche Zukunftsrolle des Slaventums, an die man fest glaubte, aufzunehmen.

Überschaut man das Verhältnis der polnischen Parteien zueinander, so ergibt sich leicht, daß das Programm der Volkspartei das stärkere und aussichtsvollere ist und daß diese Partei insofern die Zukunft vor sich hat, als sie aus natürlichen Gründen die Masse des Volkes immer mehr gewinnen muß und zugleich die Partei der wirtschaftlich Aufstrebenden ist. Die natürliche Entwickelung der Dinge mußte es mit sich bringen, daß die Volkspartei die eigentlich herrschende Mehrheit wurde und die alten Adelsparteien allmählich immer mehr an die Wand drückte. Vorerst freilich hielt die Mehrheit der Geistlichkeit noch zu den Adelsparteien, weil sie den im letzten Grunde kirchenfeindlichen, auf eine freiheitliche politische Entwickelung hindrängenden, nationalen Radikalismus der Volkspartei klar durchschaute und die ihr in vielen Stücken unbequeme Bewegung aufhalten zu können glaubte.

Die Zeitverhältnisse waren so geartet, daß die Volkspartei sich vorläufig noch in ihren Fortschritten gehemmt sah. Es bereitete sich aber schon eine Änderung vor. Schon beim Tode Kaiser Wilhelms I. hatte der polnische Adel Morgenluft gewittert; er spekulierte auf die Hochherzigkeit Kaiser Friedrichs und hoffte im stillen darauf, daß unter einem neuen Regimente Fürst Bismarck sich nicht lange am Ruder halten werde. Als die Kaiserin im Frühjahr 1888 nach Posen kam, um die Überschwemmungsnot auf Grund eignen Augenscheins lindern zu helfen, wurde sie von einer Abordnung des polnischen Adels mit einer französischen Ansprache begrüßt, — eine Frechheit, die sich wohl auf die Annahme gründete, man könne die hohe Frau, die als englische Prinzessin in den liberalen Anschauungen ihres Vaters erzogen war und in dem Rufe stand, dem Fürsten Bismarck und dem spezifischen Preußentum nicht sonderlich gewogen zu sein, auf diese plumpe Weise für antinationale Interessen einfangen und dadurch auch den kranken Kaiser beeinflussen. Das Schicksal fügte es, daß diese Episode schnell vorüberging. Kaiser Wilhelm II. sollte auf andere Weise gewonnen werden. Es folgte nun die Blütezeit der „Hofpartei", als deren Führer Herr Josef von Kosciol-Koscielski sein keckes Spiel nach dem Plane begann, den

wir bei Schilderung der Entstehung dieser Parteirichtung des polnischen Adels schon dargelegt haben. Dieser glatteste und skrupelloseste aller polnischen Magnaten verstand es, in der preußischen Hofgesellschaft mit seiner Gattin eine glänzende Rolle zu spielen und sich dem Kaiser persönlich zu nähern, dem er die Überzeugung von seiner vollständigen Loyalität beizubringen wußte und dessen Lieblingsideen er gründlich zu erforschen und mit Andacht und Bewunderung in sich aufzunehmen suchte. Der stockpolnische Landedelmann zeigte plötzlich ein brennendes Interesse für die Förderung der deutschen Seemacht, ungeachtet des Spotts der polnischen Presse über den „Vizeadmiral vom Goplosee"*) und des Spottes der Deutschen über die neue Erscheinung des „Admiralski". Unleugbar bewies Herr von Koscielski damit ein großes diplomatisches Geschick. Er hatte die Frage erfaßt, die dem Kaiser am meisten am Herzen lag und die zugleich dem Polentum am wenigsten kostete, ja ihm indirekt gewisse wirtschaftliche Vorteile mit verschaffen konnte. Jedenfalls erreichte er seinen Zweck; denn der Kaiser, der in der Polenfrage noch keine persönlichen Erfahrungen hatte sammeln können und in seiner Hochherzigkeit den Trieb fühlte, sich auch den Polen gegenüber als gnädiger Landesherr zu betätigen, vermochte an eine Täuschung nicht zu glauben und wagte mit redlichem Herzen den Versuch mit dem angeblich loyalen Polentum. Infolgedessen blühte der Weizen der polnischen Hofpartei so herrlich, daß auch die polnische Nationalpartei nicht umhin konnte, sich diese Führung einstweilen gefallen zu lassen. Der neue Reichskanzler Graf Caprivi, dessen politischer Veranlagung überhaupt das Organ fehlte, um die Polenfrage von der richtigen Seite anzusehen, begann die unheilvolle „Versöhnungspolitik", die den preußischen Staat in den Dienst der polnischen Bestrebungen stellte. Das Ärgste, was in dieser Beziehung geleistet worden ist, war das Handelsgeschäft, das Graf Caprivi im Jahre 1893 mit den Führern der Hofpartei einging. Es handelte sich damals um die Durchbringung der Militärvorlage. Caprivi erkaufte die Zustimmung der Polen dazu durch Zugeständnisse auf dem Gebiete des polnischen Sprachunterrichts in

*) Der Goplosee ist der größte Landsee der Provinz Posen, durch allerlei Volkssagen berühmt.

der Volksschule; er schrieb an den Führer der Polenfraktion einen Brief, in dem er gewissermaßen anerkannte, daß den Polen bis dahin Unrecht geschehen sei. Die Sache wurde erst nach Jahren, bei den nächsten Neuwahlen im Jahre 1898, enthüllt. Es herrschte damals unter den polnischen Wählern große Unzufriedenheit mit ihren Abgeordneten, wegen eben dieser Abstimmung über die Militärvorlage. Auf einer am 8. Januar 1898 zu Schroda abgehaltenen Wählerversammlung glaubte der Abgeordnete Kubicki, der über die Tätigkeit der Polenfraktion im Reichstage Bericht erstattete, die angefochtene Haltung in der Militärfrage rechtfertigen zu müssen, und plauderte aus, was im Jahre 1893 geschehen, bis dahin aber in eingeweihten Kreisen nur als Vermutung bekannt war. Der mitanwesende Abgeordnete v. Jazdzewski, Propst von Schroda, einer der bedeutendsten Führer der Nationalpartei, empfand den von Kubicki gemachten Fehler sehr peinlich; er war bestrebt, nachzuweisen, daß die Polenfraktion keineswegs die Grundsätze der Hofpartei geteilt habe; sie habe sich aber damals dieser Taktik nicht ganz entziehen können, ohne dem Volk zu schaden. „Nicht etwa ein Abkommen mit der Regierung, nicht das Versprechen der Einführung des polnischen Sprachunterrichts in der Volksschule seien die Veranlassung gewesen, daß die Polenfraktion für die Militärvorlage stimmte, sondern lediglich das Wohl des Volks, das, im Falle einer plötzlichen Änderung der Stellungnahme der Polenfraktion zu den Regierungsvorlagen, einen gewaltigen materiellen und moralischen Schaden davontragen könnte." In denselben Tagen verband das Organ der Nationalpartei, der „Dziennik Poznanski", mit einem derben Wischer für den Abgeordneten Kubicki wegen seiner Indiskretion eine sehr charakteristische Bemerkung. Auf das Verlangen eines deutschen Blatts*), die Angelegenheit müsse im preußischen Landtag besprochen werden, weil das deutsche Publikum ein Recht habe, zu verlangen, daß derartige Handelsgeschäfte ein für allemal einer traurigen Vergangenheit überwiesen würden, schrieb der „Dziennik": „Nicht zum ersten Male ergibt es sich, daß die innere polnische Opposition in ihren Wünschen sich mit den nationalgesinnten deutschen Parteien zusammenfindet."**)

*) Des Graudenzer „Geselligen".

**) Im Original: „Nie po raz pierwszy się zdarza, że wewnętrzna

Diese offene Mißbilligung der Handelsgeschäfte der Hofpartei mit der Regierung war keineswegs das Ergebnis der im Jahre 1898 veränderten Lage, oder des Ärgers über die begangene Indiskretion, sondern Herr v. Jazdzewski sprach ganz und gar die Wahrheit, als er auseinandersetzte, warum er schon im Jahre 1893 der Hofpartei nur mit Widerstreben folgte. Er konnte die dem polnischen Volk gebotenen Vorteile nicht ausschlagen, aber er hielt mit der ganzen Nationalpartei den eingeschlagenen Weg vom polnischen Standpunkt aus für unrichtig, und zwar deshalb, weil er die Schwäche der Hofpartei klar durchschaute und auf Grund der genauen Kenntnis seines eigenen Volks wußte, daß sie keine Zukunft hatte. Wenn die Nationalpartei damals noch trotz ihres Unbehagens mit der Hofpartei ging, so geschah das teils aus Gründen der Opportunität mit Rücksicht auf die damalige Versöhnungspolitik, teils auch aus grundsätzlichen Bedenken gegen die Stellung der Volkspartei, die namentlich die Autorität der Kirche zu gefährden und der Entwickelung des Polentums eine Richtung zu geben drohte, aus der nach Überzeugung der Nationalparteiler nichts Gutes erwachsen konnte.

Das starke Hervortreten der Hofpartei in dem Anfang der neunziger Jahre hatte zugleich die Unzufriedenheit der Volkspartei aufs äußerste gesteigert. Diese letztere Partei hatte jedoch durchaus keine Neigung und Veranlassung, dem Beispiel der Nationalpartei zu folgen; sie bestand zum erstenmal auf dem Recht, mit ihrer besonderen Meinung gehört zu werden. Der Gegensatz gedieh bis zu einem offnen Protest gegen die Bestrebungen Koscielskis, und die Volkspartei fing an, ihre eigenen Wege zu gehen. Das Hauptorgan dieser Partei war der „Orendownik", der nun eine sehr lebhafte Agitation entfaltete. In der heftigen Polemik gegen die Hofpartei, zu der jetzt die Nationalpartei einfach hinzugerechnet wurde, erreichte man schon damals den Erfolg, daß die Stellung der alten Führer des Adels stark erschüttert wurde. In Posen stellte die Volkspartei schon bei den Wahlen von 1893 in der Person des Redakteurs Dr. Szymanski einen eigenen Kandidaten auf, um den Kandidaten der Hofpartei, Herrn Cegielski, aus dem Sattel zu heben. Cegielski kam damals

opozycya polska schodzi się w życzeniach swych z „narodowo usposobionemi" stronictwami niemieckiemi."

in die Stichwahl mit dem Deutschen Hofmeyer, und nun erst schlossen sich wieder die Reihen der Polen, um die Wahl des Deutschen zu verhindern, ein Erfolg, der denn auch erreicht wurde.

Merkwürdigerweise sind die Erscheinungen des polnischen Parteilebens, die hier geschildert worden sind, von deutschen Politikern, die dem innern Zusammenhang der Dinge nicht näher gestanden haben, als ein Gewinn für das Deutschtum aufgefaßt worden. Und sie schieben das Verdienst an dieser für uns Deutsche angeblich vorteilhaften „Spaltung" der Polen dem klugen System der „Versöhnungspolitik" zu. Sie meinen, das Nachlassen des Drucks habe bewirkt, daß die Polen in ihren alten Fehler der Uneinigkeit zurückfielen. Eine Meinung, die vielleicht für den Fernstehenden und Unkundigen etwas sehr Bestechendes hat, aber vor einer ernsteren Prüfung nicht Stich hält. Von einem Vorteil, den wir aus der Spaltung der Polen ziehen könnten, würde doch nur dann die Rede sein können, wenn es sich dabei um dauernde Differenzen handelte, die schließlich auch den einen oder den anderen der streitenden Teile zum Bundesgenossen der Deutschen zu machen vermöchten. Daran ist aber gar nicht zu denken. Die Parteien der Polen sind sich über ihr Hauptziel den Deutschen gegenüber vollkommen einig, und sobald dies in Frage kommt, halten sie selbstverständlich zusammen. Es ist also vollkommen unerfindlich, worin da irgend ein Vorteil für uns Deutsche liegen soll. Was hier als Spaltung erscheint, ist nach allem, was wir bisher davon gesehen haben,nur ein Stadium eines Umbildungsprozesses, der durch die Verschiebung des Schwerpunkts innerhalb des Polentums entsteht. Früher war der Grundbesitz das tonangebende Element in der polnischen Bewegung, künftig wird es der von der Volksmasse gestützte Bürgerstand sein. Dazwischen liegt naturgemäß eine Episode, in der die sinkende und die aufsteigende Größe sich die Wage halten. Wir haben jetzt diese Episode vor uns, und oberflächliche Zuschauer glauben nun, diese Gegensätze, die sie da vor sich sehen, seien ungefähr dasselbe, was sie zu Hause als „Parteien" kennen, d. h. dauernde Unterschiede der Lebensanschauung, in der sich die verschiedenen Kreise einer selbständigen Nation bewegen. Es wäre vermessen, zu sagen, die polnische Nation werde niemals dahin gelangen, auch Parteien in diesem Sinne zu bilden. Wir können nicht in die Zukunft sehen. Nur

das können wir mit Bestimmtheit sagen, daß die jetzige Parteibildung lediglich dahin führen kann, der Volkspartei zu einer immer größeren Bedeutung zu verhelfen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil, so lange die Polen politisch unselbständig sind, naturgemäß nur diejenige Partei sich in aufsteigender Linie entwickeln kann, die in sich eine wirkliche nationale Widerstandskraft sammelt und vermehrt. Niemand wird behaupten können, daß dies auf die polnischen Adelsparteien zuträfe. Die Volkspartei aber birgt in der Tat in sich eine stetig zunehmende Kraft. Wenn nun die Parteientwickelung, die wir vor uns sehen, nichts anderes zu bedeuten hat, als eine allmähliche soziale Umbildung, die an dem Gegensatz des gesamten Polentums zum Deutschtum nichts ändert, — welchen Vorteil sollen wir eigentlich darin sehen? Ist nicht vielmehr alles, was diese Bewegung fördert, sogar ein Nachteil, wenn wir uns sagen müssen, daß die Volkspartei für uns der gefährlichere Teil des Polentums ist? Wenn also die Versöhnungspolitik sich rühmt, daß sie die Energie der Volkspartei gegenüber der Hofpartei zum Erwachen gebracht hat, so kann sie wahrhaftig auf diesen Erfolg nicht stolz sein; sie hat damit dem Deutschtum keinen Dienst erwiesen. Aber freilich, man muß gerecht sein: sie hat in Wirklichkeit die Entwickelung nur etwas beschleunigt, nicht etwa herbeigeführt. Denn gekommen wäre das, was geschehen ist, auch ohnedies, vielleicht nur später. Ich glaube gezeigt zu haben, daß viel mehr innere Gründe als äußere Anlässe dabei im Spiel gewesen sind. Es spukt nur auch hier wieder die unglückselige „Behandlungstheorie", von der ich schon gesprochen habe, die alles, was bei den Polen vorgeht, auf die Behandlung bezieht, die sie von der Regierung erfahren. Wenn diese schöne Hypothese richtig wäre, so müßte sie sich auch umgekehrt bewähren. Hat die freundliche Haltung der preußischen Regierung die Polen unter sich uneinig gemacht, so müßte doch wohl die Rückkehr zu einer schärferen Politik die Weiterentwickelung der polnischen Parteien gehindert haben. Wir werden sogleich sehen, daß das Gegenteil der Fall war.

Verfolgen wir also die Geschichte der polnischen Parteien weiter! Nach dem Pakt mit der Regierung bei Gelegenheit der Militärvorlage wurde auch der Nationalpartei der Boden unter den Füßen zu heiß. Die eigene Beobachtung der Volksstimmung

und die drohende Haltung der Volkspartei belehrte sie genugsam über die Schwäche der Hofpartei. Die Polenfraktion des Reichstages, in der die Nationalpartei überwog, beschloß dieser ihre Zukunftspläne gefährdenden Lage ein Ende zu machen. Im Frühjahr 1894 bewies überdies eine Erklärung des preußischen Kultusministers Dr. Bosse, daß die Regierung trotz der Zusage des Reichskanzlers in der Sprachenfrage durchaus nicht so weit zu gehen gesonnen war, wie die Polen gehofft hatten. Da der Reichskanzler zu jener Zeit nicht preußischer Ministerpräsident war und wohl schon damals ein gewisser Gegensatz zwischen Graf Caprivi und Graf Botho Eulenburg bestand, so war auch keine Aussicht auf Änderung. Die Polenfraktion war daher entschlossen, sich der Führung Koscielskis zu versagen. In einer Fraktionssitzung am 10. März 1894 wurde Koscielski in der Frage der Bewilligungen zum Marineetat überstimmt; statt der Bewilligung wurde Stimmenthaltung beschlossen. Koscielski wurde durch diesen Fraktionsbeschluß und wohl mehr durch die Formen und Umstände, unter denen er erfolgte und die einer Brüskierung verzweifelt ähnlich sahen, genötigt, va-banque zu spielen. Er legte sofort sein Mandat nieder, um sich der Regierung gegenüber nicht zu kompromittieren und Gelegenheit zu erhalten, an das Volk zu appellieren. Bei der Ersatzwahl ließ er sich in seinem Wahlkreise (Inowrazlaw-Mogilno-Strelno) wieder als Kandidat aufstellen und — fiel durch.

Herr v. Koscielski war sich natürlich darüber klar, daß die Hofpartei endgültig verspielt habe; aber es ist schwer zu entscheiden, ob er schon damals entschlossen war, die versprengten Reste der Seinen unter das schützende Obdach der triumphierenden Nationalpartei zu retten. Es scheint vielmehr, als ob erst allmählich der unbefriedigte Ehrgeiz und ein zufälliger Anstoß ihn auf eine neue Bahn geführt habe. Ich glaube wenigstens, daß Koscielski wohl zunächst nur von einer allgemeinen Stimmung gekränkten Ehrgeizes beherrscht im August 1894 auf dem allgemeinen Polenkongreß zu Lemberg erschien, und daß die Weinlaune des Festmahls diese Stimmung in einer vorher nicht berechneten Weise auslöste. Er hielt jene bekannte Rede, die das Tafeltuch zwischen ihm und der preußischen Regierung zerschnitt und den „loyalen" Polen plötzlich in einem ganz neuen Lichte zeigte. Während die Lemberger

Blätter die Rede harmlos abdruckten, wie ihre Berichterstatter sie gehört hatten, war die Posener Polenpresse klug und umsichtig genug, den Bericht einer Zensur zu unterwerfen. Herr v. Koscielski erhielt dadurch Gelegenheit, „Berichtigungen" zu versenden; sie gingen aber merkwürdigerweise nur an die deutsche Presse, nicht an die polnischen Blätter Galiziens. Mag also auch über dem authentischen Wortlaut der Rede ein gewisses Dunkel liegen, jedenfalls wünschte Herr v. Koscielski seine Landsleute jenseits der preußischen Grenze in der Meinung zu erhalten, daß er, wie es in dem ursprünglichen Bericht über die Rede hieß, „aus dem Lande der Tränen und des Jammers" nach Lemberg gekommen sei, und daß die Landesgrenzen Preußens, Rußlands und Österreichs nur „farbige Linien" auf dem Körper des polnischen Volks seien, die diesen Körper selbst nicht zu zerreißen vermöchten.

Während die Lemberger Rede den Bruch Koscielskis mit dem preußischen Hofe besiegelte, bereitete sich auch anderweitig das Ende der Versöhnungspolitik vor. Die Geduld der Deutschen in der Provinz Posen war erschöpft; sie fingen an, sich aufzuraffen. Die Fahrt der Posener zum Fürsten Bismarck nach Varzin im Herbst 1894 gab den Anstoß zur Gründung des Ostmarkenvereins; im Oktober 1894 brachte auch der Kanzlerwechsel das Wiedereinlenken in die Bahnen der Bismarckschen Politik. Damit war die Hofpartei vollends unmöglich geworden; auf diesem rechten Flügel der Polen beherrschte jetzt die Nationalpartei allein das Feld. Sie hatte aber gegen die Volkspartei — von der sie jetzt höhnisch als „Hofpartei" bezeichnet wurde, weil die Trümmer der alten Hofpartei bei ihr Zuflucht gesucht hatten —, fortgesetzt einen erbitterten Kampf zu führen. Gegenüber der unbequemen Strömung im Bürgerstande suchte jetzt die Nationalpartei mit Vorliebe ein gewisses diplomatisches Gebahren zur Schau zu tragen. Sie behielt die frühere Taktik der entschiedenen Opposition bei, aber hüllte sie in gemäßigte und milde Formen. Dadurch war Herrn v. Koscielski die Brücke gebaut, um sich nun mit den Seinen rückhaltlos der Nationalpartei anzuschließen. Gegen Ende des Jahres 1896 trat er selbst in den Aufsichtsrat des Hauptorgans der Partei, des „Dziennik Poznanski", während ein den neuen Verhältnissen des Blattes mehr entsprechender Chefredakteur in der Person des Herrn v. Lebinski bestellt wurde. Lebinski hatte sich von einem radikalen

zu einem mehr rechts stehenden und vor allem streng kirchlichen Politiker entwickelt, von dem man hoffte, er werde den nationalen, auf die Bundesgenossenschaft der Kirche gestützten Standpunkt mit Entschiedenheit, doch ohne unnötige Schärfe vertreten.

Der „Dziennik" fand bald Gelegenheit, sich über seine politischen Grundsätze unter der neuen Leitung auszusprechen. Der „Kuryer Poznanski", das Organ der höheren polnischen Geistlichkeit, die noch immer zwischen Regierung und Polen zu vermitteln suchte, glaubte damals gelegentlich noch die Taktik der alten Hofpartei empfehlen zu sollen. Darauf erwiderte der „Dziennik" in einer Art von programmatischen Erklärung scharf:

„Wenn der Kuryer eine auf die Erscheinungen im fremden Lager sich stützende diplomatische Aktion befürwortet, so beweist er damit lediglich, daß er von der Diplomatie eine merkwürdige Auffassung hat. Die Geschichte der polnischen Nation während der letzten hundert Jahre bezeugt, was die diplomatischen Aktionen den Polen eingebracht haben. Ehe nicht bei den Gewalthabern der gute Wille vorhanden ist, den Polen freiwillig zuzugestehen, um was diese jetzt kämpfen müssen, ist jetzt „hohe Politik" der Polen fruchtlos; denn ihr fehlen die Grundlagen. Der Gang der Geschichte und die Logik der Tatsachen können aber eines Tages im Lager der Gegner jenen guten Willen hervorrufen, wie das nach Sadowa in Galizien geschehen ist." In der weiteren Auseinandersetzung heißt es dann: „Die Polen sind preußische Untertanen und bereit, die daraus sich ergebenden Konsequenzen auf sich zu nehmen. Mit Energie und Ausdauer aber müssen die Polen an der Erhaltung ihrer Nationalität, ihres einzigen Eigentums, arbeiten. Die Mittel hierzu sind: gesetzliche Vertretung ihrer Rechte und Bedürfnisse auf nationalem und wirtschaftlichem Gebiet und einträchtige und ausdauernde organische Arbeit in der Richtung der Erhaltung und Förderung ihrer nationalen Existenz, sowie in der Richtung der nationalen Erziehung der Volksgemeinschaft hin. Dieses Programm ist einfach und erprobt; es muß, wenn auch langsam, zum Ziele führen. Ist daneben einmal die Hilfe der hohen Politik nötig, so wird diese auch das eigentliche Programm nicht ausschließen. Diese hohe Politik ist: Gottes Gerechtigkeit und sein Walten in der Geschichte."

Was hier in vorsichtigen Worten ausgedrückt wird, ist im Grunde ja nichts anderes als das Programm, das wir an anderer Stelle schon als Grundlage aller heutigen polnischen Bestrebungen kennen gelernt haben, nämlich geduldige und energische Arbeit an der Erhaltung und Stärkung der polnischen Nationalität und des nationalen Bewußtseins, und in dieser Arbeit geduldiges Abwarten des Augenblicks, wo eine günstige Konstellation, womöglich eine Niederlage des Deutschen Reichs, die Erfüllung weiterer Wünsche bringt. Es ist nun bemerkenswert, wie der „Orendownik", das Organ der Volkspartei, in diesen Meinungsaustausch zwischen „Kuryer" und „Dziennik" eingriff. Das Blatt schrieb damals:

„Der polnische Adel hat in politischen Dingen kapituliert. Mit der Wahlniederlage in Kujavien hatte Koscielski aufgehört, politisch etwas zu bedeuten. Infolgedessen hat er als Politiker den Boden unter den Füßen und — wie die Lemberger Rede bewiesen — damit das Gleichgewicht verloren. . . . Dadurch, daß der Adel Koscielski in den Aufsichtsrat des einflußreichsten polnischen Blattes befördert hat, ist diesem Manne wieder das Relief verliehen worden, dessen er als Politiker in Berlin bedarf."

Der „Orendownik" hat also auf das sachliche Programm des „Dziennik" nichts zu sagen. Er hat tatsächlich dasselbe Arbeitsprogramm; was er bekämpft, ist nur die soziale Schicht, in der der Schwerpunkt der nationalen Arbeit liegen soll. Deutlicher kann kaum gezeigt werden, daß der Parteiunterschied innerhalb des Polentums für das Deutschtum eigentlich gar nicht in Betracht kommt. Das Vorwärtsdrängen der Volkspartei geschah unbeirrt, obwohl inzwischen die Versöhnungspolitik aufgehört und das Deutschtum sich aufzuraffen und zu einigen angefangen hatte. Bei den nächsten allgemeinen Wahlen standen sich Nationalpartei und Volkspartei schroffer und erbitterter gegenüber als je zuvor, und jetzt behauptete die erstgenannte Partei an wichtigen Stellen nur mit Mühe noch das Übergewicht. Es ist nicht nötig, die Einzelheiten dieses Parteigezänks hier darzulegen. Schon aber fühlte man bei den grimmigen Fehden zwischen „Dziennik" und „Orendownik" heraus, daß der letztere sich sehr viel sicherer fühlte, als je vorher.

Seitdem hat auch innerhalb der Nationalpartei eine radikalere Richtung die Oberhand gewonnen. Während die ältere Generation bestrebt war, ihre eigentlichen Pläne und Ziele möglichst diplo-

matisch zu verhüllen, will ein neu entstandenes „Jungpolentum" ganz und gar mit offenem Visir kämpfen. Diese Richtung, die offen eingesteht, daß das Polentum nicht loyal ist und nicht loyal sein kann und will, schlägt die Brücke hinüber zur Volkspartei und zeigt, wie sich schon jetzt das Polentum wieder einigt im nationalen Radikalismus. Eine markante Persönlichkeit dieser Richtung ist der neuerdings in Posen gewählte Nachfolger des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Motty, der Rechtsanwalt v. Chrzanowski. Seine Kandidatur stieß anfangs auf starken Widerstand, aber sein Radikalismus befähigte ihn zum Kompromißkandidaten zwischen National- und Volkspartei. Die Entwickelung der polnischen Parteien erscheint in dem Aufkommen derartiger Persönlichkeiten deutlich vorgezeichnet. Man wird radikaler und in demselben Maße — offenherziger.

Diese Bewegung in den nationalen Bestrebungen hat sich schon jetzt so mächtig erwiesen, daß sich auch von der Volkspartei eine Strömung abgezweigt hat, die in nationalen Dingen einen größeren Radikalismus betätigen will, und zwar in der Weise, daß von der politischen Zugehörigkeit des polnischen Volks zu verschiedenen Staaten ganz und gar abgesehen wird und die Rechte des polnischen Volks als eines Ganzen auf Grund rein demokratischer Prinzipien verfochten werden. Bezeichnend ist, daß die Gründung dieser „national-demokratischen" Partei auf russischem Boden erfolgt ist. Von Warschau sind die Bestrebungen ausgegangen, und wenn sie sich auch in Posen durch Neubelebung des völlig verkrachten chauvinistischen „Goniec Wielkopolski" ein Organ geschaffen haben, so ist doch auf deutschem Boden ihr publizistischer Mittelpunkt Berlin, wo sie ihr Hauptorgan, den „Dziennik Berlinski" haben. Hier auf großstädtischem Boden, losgelöst von jeder provinziellen Eigenheit, lassen sich die internationalen Elemente am besten vereinigen, die aus den Worten des Herrn v. Koscielski, daß die Landesgrenzen nur farbige Linien auf dem Körper des polnischen Volks bedeuten, die volle Konsequenz ziehen wollen. Hier wenigstens ist über das letzte Ziel der Partei kein Zweifel möglich.

Für die Richtigkeit unserer Prognose spricht nicht nur die bisherige Entwickelung, sondern auch die Entwickelung, die wir bei einem anderen Slavenstamm, der den Polen am nächsten steht,

vor Augen sehen, nämlich bei den Tschechen. Wo ist heute das Alt-Tschechentum der Großgrundbesitzer und nationalen Professoren geblieben? Es besteht wohl noch, aber es ist in der nationalen Bewegung ganz zur Bedeutungslosigkeit verurteilt; es ist verschlungen von dem lärmenden, radikalen Jungtschechentum des Bürgerstandes und des heutigen Klerus. Herr Professor Delbrück hat mir bestritten, daß die Parallele zwischen Polentum und Tschechentum berechtigt sei. Die Polen unterschieden sich von den Tschechen durch ihre Stellung zu Rußland und zu der Kirche. Ich kann diese Behauptung nicht als richtig zugeben. Die Feindschaft der Polen gegen Rußland wird bei uns vielfach überschätzt. Die jüngere Generation des polnischen Bürgerstandes hat, wie schon erwähnt, ein geringes Bewußtsein von dem Übel, das ihren Vätern durch die politische Macht Rußlands zugefügt worden ist. Im Grunde des Herzens fühlen sie sich als Slaven den Russen näher als den Deutschen. Und diese Stimmung herrscht vornehmlich in den Schichten des Volks, denen die Zukunft gehört. Wohl scheuen die Gebildeten noch zurück vor dem Despotismus und dem griechisch-orthodoxen Glaubenseifer der Russen, aber die Volksmasse weiß wenig davon. Ein Nationalhaß von polnischer Seite besteht nicht. Wenn die russischen Staatseinrichtungen nicht wären, würde man sofort dem russischen „Brüderchen" in die Arme sinken. Der Deutsche aber ist nach polnischer volkstümlicher Anschauung nun einmal „Hundeblut" (psia krew), mag er persönlich tun oder lassen, was er will. Die gebildeten Polen der heutigen Nationalpartei stehen freilich dem Russentum mindestens mit gemischten Gefühlen gegenüber. Sie wollen den geistigen Zusammenhang mit dem Westen nicht aufgeben; sie verabscheuen das russische Regierungssystem; sie mißtrauen der russischen Orthodoxie. Aber dahinter steht die Überzeugung, daß die Macht der Rassengemeinschaft und geschichtliche Notwendigkeit doch zuletzt stärker sein könnten, ein dunkles Gefühl von der Solidarität des Slaventums. Diese beklommene Stimmung hat einmal im „Dziennik" einen höchst originellen Ausdruck gefunden. Die Gedanken über das Verhältnis der Polen, Deutschen und Russen zueinander waren in Form eines Gesprächs gebracht, das zwischen Angehörigen der drei Nationen im „Eisenbahnwagen 1. Klasse" geführt wird. Die Auswahl der drei Typen zeigt, daß es sich nicht um ein wirk-

liches Gespräch handelt, sondern daß darin eine Tendenz zum Ausdruck gebracht werden soll. Der Pole ist natürlich ein echter Pole von der Nationalpartei, der Deutsche ein „Rheinländer", also wohl gedacht als ein den Verhältnissen im Osten möglichst fernstehender Zentrumsmann, der mit dem „Gerechtigkeitssinn" der „Kölnischen Volkszeitung" gutgläubig auf alle Ideen des Polen eingeht; der Russe aber ist — und das ist das Charakteristische dabei — eigentlich kein richtiger Russe, sondern eine Personifikation der slavophilen Richtung im Polentum selbst, die infolge ihres Verhältnisses zum Russentum dem nationalen Polen von heute als eine fremde Bedrohung der Zukunft vor Augen steht. Der Verfasser des Gesprächs fühlt instinktiv, daß die Solidarität des Slaventums eine gewisse Wahrscheinlichkeit des Sieges über die heutigen polnischen Interessen für sich hat; er projiziert gewissermaßen seine Befürchtungen auf die Gestalt des Russen im Eisenbahnwagen und drückt sie aus, indem er diesen Russen das Gespräch mit den Worten an den Polen beenden läßt:

„Sie sind Idealist, wie Ihr ganzes Volk, aber es ist eine alte Erfahrung, daß, wenn man sich in der Politik vom Gefühl und nicht vom Verstande leiten läßt, man ohne Gnade zu Grunde gehen muß . . . Die Zukunft Europas gehört dem Slaventum, ihr mögt wollen oder nicht; mag man euch germanisieren oder nicht, schließlich muß doch alles, was einmal slavisch war, zum Slaventum zurückkehren. Es ist das eine elementare Gewalt von solcher Stärke, daß ihr schwachen Polen euch nicht widersetzen könnt; den Deutschen aber wird es nichts nützen, daß sie eure geschichtlichen Namen vertilgen und Kolonisten aus dem Westen ansiedeln; das alles wird die slavische Flut früher oder später zwischen Oder und Elbe hinwegspülen."

Wer sich etwas auf die Stileigenheiten versteht, wird in dieser Tirade, in die das „Gespräch" ausklingt, die polnische Mache erkennen.*) Das bestätigt aber die Auslegung, die ich der

*) Zur Prüfung sei hier der polnische Text der zitierten Stelle mitgeteilt: „Idealistą jesteś, panie Polaku, jak cały Twój naród, a znana to stara maksyma, że jeżeli w polityce kto uczuciem się rządzi, a nie rozumem, ten bez pardonu zginąć musi. Czem Rosya wielką się stała, jeżeli nie rozumną polityką! Przyszłość Europy do Słowiańszczyzny należy i czy chcecie, lub nie chcecie; czy was zgermanizują, lub nie, to wszystko co

Sache gegeben habe. Daraus sieht man, daß zwar die maßgebenden Kreise des heutigen Polentums gewiß nicht russenfreundlich sind, daß sie aber durchaus nicht auf die Russenfeindschaft der polnischen Volksmasse für alle Zeit rechnen.

Auch der Kirche steht das Polentum durchaus nicht wesentlich anders gegenüber, als das Tschechentum. Das Jungpolentum verlangt von der Kirche ebenso die Dienstbarkeit für die nationale Idee, wie es das Jungtschechentum tut. Die Kirche hat eben heute kein Interesse daran, sich diesem Wunsch zu entziehen. Wollte sie es aber tun, so würde das Polentum ebenso „hussitisch" werden, wie die Stammverwandten in Böhmen. Das Hussitentum ist keineswegs, wie Herr Professor Delbrück meint, eine Stammeseigentümlichkeit der Tschechen; es war nur die Reaktion des slavischen Nationalgeistes gegen die Macht, die seiner Betätigung zunächst im Wege war. Das war allerdings im 15. Jahrhundert die römische Kirche, mit deren Idee auch der Rechtsanspruch des Kaisers, dessen politische und militärische Macht wiederum im Deutschtum wurzelte, eng verknüpft war. Weil das Tschechentum sich gegen das Deutschtum durchsetzen wollte und die geistige Macht des Deutschtums hauptsächlich durch die Kirche vermittelt wurde, deshalb zündete bei den Tschechen damals der Gedanke einer eigenen Nationalkirche, die sich selbst von den Mißbräuchen der herrschenden Kirche reinigte. Auch daß die Tschechen der einzige Slavenstamm waren, bei denen eine derartige Bewegung so früh schon zur Entwickelung kam, ist keineswegs auf eine besondere Eigentümlichkeit dieses Stammes zurückzuführen. Die Tschechen waren das einzige von allen slavischen Völkern, das schon im 14. Jahrhundert in der Universität Prag einen wirklichen geistigen Mittelpunkt besaß und in seinen Rechtsformen und wirtschaftlichen Verhältnissen sich bereits einem modernen Staat näherte. Das war aber durchaus nicht die Frucht der besondern nationalen Eigenschaften, sondern das Verdienst seines Herrschers, des Luxemburgers Karl IV., der, in der Schule der französischen Legisten

kiedykolwiek było słowiańskiem, do słowiańszczyzny powrócić musi. Jest to prąd elementarny tak silny, że wy słaby Polacy jemu się oprzeć nie zdołacie, a Niemcom na nic się nie przyda przekręcanie nazw historycznych i sprowadzanie kolonistów ze zachodu; wszystko to morze słowiańskie prędzej, czy później po Odrę i Łabę zaleje."

und der italienischen Staatsmänner erzogen, die vorgeschrittenste Staatsweisheit seiner Zeit mit liebevoller Sorgfalt in seinen Erblanden zur Anwendung brachte. Daher das frühere Erwachen des Nationalbewußtseins bei den Tschechen. Aber aus der zeitlich früheren Erscheinung folgt noch nicht, daß sie anderer Art ist, als bei der stammverwandten Nation, wo erst die preußische Herrschaft die Bedingungen geschaffen hat, die das gleiche Ergebnis herbeiführen.

Wir können also nur daran festhalten, daß die innere Entwickelung des Polentums bei uns voraussichtlich denselben Gang nehmen wird, wie die des Tschechentums.

Kapitel 5.

Die polnische Propaganda.

Um das Bild der polnischen Bestrebungen gegenüber dem Deutschtum zu vervollständigen, erübrigt noch eine ergänzende Betrachtung jener polnischen Propaganda, deren allgemeines System bereits in einem früheren Kapitel gekennzeichnet worden ist. Denn es ist von Wichtigkeit, auch die Mittel näher kennen zu lernen, mit denen diese Propaganda arbeitet.

Schon das vorige Kapitel hat Gelegenheit gegeben, die Stellung einiger polnischen Zeitungen näher zu erläutern. Früher fiel diesen größeren Blättern zugleich die Aufgabe zu, einen Hauptanteil an der nationalen Agitationsarbeit zu tragen. Das brachte nun freilich gewisse Übelstände mit sich. Denn eine derartige Agitation hatte immer etwas Kompromittierendes. Die weitere Entfaltung der polnischen Nationalkraft und der zu Gebote stehenden Mittel hat da nun einen geeigneten und willkommenen Ausweg gezeigt. Man hat die Presse erheblich weiter ausgestaltet und so die Möglichkeit gewonnen, eine Art von Arbeitsteilung eintreten zu lassen. Man hat jetzt die führenden politischen Blätter der verschiedenen nationalen Richtungen zu unterscheiden von der für die Arbeit unter der Volksmasse bestimmten kleinen Lokalpresse. Die großen Blätter dienen als politisches Verständigungs- und Vereinigungsmittel für die gebildeten Kreise. Alle diese

Blätter, vor allem der nationale „Dziennik Poznanski", der klerikale „Kuryer Poznanski", der volksparteiliche „Orendownik" und der kleine antisemitische „Postemp" (Fortschritt), — sie können sich bei entschiedener Festhaltung ihres nationalen Standpunktes einer relativ maßvolleren, wenigstens vorsichtigeren Sprache befleißigen; denn sie wenden sich immerhin an ein politisch einigermaßen geschultes Publikum und sie wollen weniger werben, als wirklich im politischen Sinne führen und unterrichten. Sie wollen auch nach außen hin als eigentliche Vertretung der polnischen Presse gelten und wahren darum auch einen gewissen journalistischen und literarischen Ehrgeiz. Die eigentliche Werbe- oder, richtiger gesagt, Hetzarbeit in den weniger gebildeten Volksschichten besorgen die kleinen Lokalblätter, die jetzt in allen Provinzstädten mit polnischer Bevölkerung entstanden sind und von denen einige, die in größeren Städten erscheinen, sogar eine gewisse Bedeutung erlangt haben. Dahin gehören z. B. die in westpreußischen Städten, wie Danzig, Graudenz und Thorn erscheinenden polnischen Zeitungen, die „Gazeta Gdanska", „Gazeta Grudziądzka", „Gazeta Torunska", Hetzblätter der schlimmsten Art, die mit maßloser Leidenschaft den wütendsten Haß der polnischen Bevölkerung gegen alles Deutsche zu erwecken und zu nähren suchen. Der Vorteil der hier geschilderten Arbeitsteilung in der polnischen Presse liegt auf der Hand. Die kleinen Blätter, die nicht viel kosten und an den Bildungsgrad ihrer Leser keine besonderen Anforderungen stellen, sind natürlich viel besser geeignet, in der Volksmasse Stimmung zu machen; sie wirken bedeutend mehr, als die großen, ernsthaft politischen Blätter, die auf die Volksmeinung keinen so unmittelbaren Einfluß haben. Sobald nun aber von deutscher Seite darauf hingewiesen wird, welchen Haß diese Blätter gegen das Deutschtum atmen, welche Gesinnung sie unter der polnischen Bevölkerung verbreiten und mit welcher Dreistigkeit sie Ziele und Absichten der staatsfeindlichen polnischen Propaganda enthüllen, dann heißt es von seiten der Polen und ihrer Verteidiger: „Wie kann man auf das Geschwätz und Geschrei dieser Winkelblätter etwas geben! Man muß die große ernsthafte polnische Presse lesen, wenn man das Polentum beurteilen will." Man sollte es freilich nicht für möglich halten, daß auf diese unverschämte Spiegelfechterei ernsthafte Leute überhaupt eingehen können. Denn

es ist doch selbstverständlich, daß die großen polnischen Blätter einfach deshalb eine gemäßigtere Sprache führen können, weil sie nur in Kreisen gelesen werden, die sich ohnedies verstehen. Wer die Volksstimmung in einem fremden Lande erfahren will, der fragt doch natürlich, was das Volk spricht und liest, nicht nach dem, was in diplomatischen Noten steht. Man muß aber wohl bedenken, daß die führenden polnischen Blätter in dem Ausdruck der Volksmeinung sich nicht vollkommen frei fühlen, sondern nach außen hin gewisse Rücksichten zu nehmen haben, die bei der eigentümlichen Stellung des Polentums zur deutschen Staatsgewalt viel eher diplomatischen Rücksichten vergleichbar sind, als denen, die sonst in einem freien Lande der großen politischen Presse auferlegt sind. Wenn man uns glauben machen will, daß nur die großen Blätter für die Beurteilung des Polentums in Betracht kommen, dagegen die Hetz- und Wühlarbeit und die Offenherzigkeiten der kleinen Lokalpresse nichts zu sagen haben, so zeigt das entweder von einer geradezu kindlichen Leichtgläubigkeit, oder es entspringt aus der böswilligen Absicht, uns über den wahren Sachverhalt zu täuschen. Man wird im Gegenteil bei einigem Nachdenken sich sagen müssen, daß nicht nur die Stimmen der kleinen Presse außerordentlichen symptomatischen Wert haben, sondern daß man auch gut tut, sie durch die Stimmen der *ausländischen* Polenpresse zu ergänzen. Denn es versteht sich von selbst, daß die polnischen Blätter in Russisch-Polen und Galizien sich über die Verhältnisse der preußischen Polen offener und freier aussprechen können, als die Blätter in Posen, die immer an der Fiktion festhalten müssen, daß sie der Untertanenpflicht gegen den preußischen Staat treu bleiben wollen.

Die polnische Propaganda begnügt sich auch durchaus nicht damit, die Masse der polnischen Bevölkerung nur durch die kleine Presse politisch aufhetzen zu lassen; diese Waffe würde mit der Zeit stumpf werden, wenn nicht zugleich in positivem Sinne dafür gesorgt würde, daß die Leute das polnische Volkstum lieb gewinnen und sich mit ihren Volksgenossen geistig verbunden fühlen. Diese Fürsorge wird nun von polnischer Seite mit großem Eifer betrieben. Wer sich von Polen bewohnte Ortschaften näher ansieht, dem wird gewiß sehr bald auffallen, daß fast regelmäßig an einem Hause, womöglich im Mittelpunkt des Ortes oder wo

ein Laden oder Ausschank betrieben wird, die Inschrift zu lesen ist: „Bezpłatna czytelnia ludowa", d. h. „Unentgeltliche Volks-Leseanstalt". Diese Volksbibliotheken werden von einer Gesellschaft geleitet, die ihren Sitz in Posen hat (Towarzystwo Czytelni Ludowych). Sie entfaltet eine außerordentlich rührige Tätigkeit, um die weitesten Volkskreise geistig anzuregen und mit einem — in ihrem Sinne — geeigneten Lesestoff zu versehen. Unausgesetzt wirbt jede polnische Zeitung für diese wichtige Sache und sammelt Beiträge, die in der Regel im Laufe des Jahres eine ganz bedeutende Höhe erreichen. Die größeren Blätter, wie der „Dziennik Poznanski", quittieren fast täglich über Geldbeiträge, die im Lauf eines Monats schon eine Fürsorge für die geistige Nahrung des Volks darstellen, wie sie noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit, d. h. bis zur Eröffnung einer gleichen Tätigkeit durch den deutschen Ostmarkenverein, auf deutscher Seite leider gänzlich unbekannt war. Das Polentum hat dadurch einen ungeheuren Vorsprung erreicht, und man darf sich nicht durch die Klagen irreführen lassen, die gelegentlich von polnischer Seite angestimmt werden, daß auf diesem Gebiete viel zu wenig geschehe. Man setzt natürlich alles daran, daß der Eifer nicht erlahmt und daß womöglich immer noch mehr geschieht. Erreicht ist jedenfalls, daß in der polnischen Volksmasse nicht nur das geistige Niveau gegen früher beträchtlich gehoben erscheint, sondern auch das Nationalgefühl einen bewußten und entschiedenen, von Pflichtgefühl getragenen, nicht mehr, wie früher, nur von Äußerlichkeiten bestimmten und von Instinkten geleiteten Charakter angenommen hat. Der polnische Bauer hat von jeher den Deutschen gehaßt; früher haßte er ihn aus einem unbestimmten Gefühl der verschiedenen Art und Sprache heraus; heute weiß er, warum er ihn haßt und warum er mit den Seinen zusammenhalten soll. Einen großen Anteil an dieser Entwickelung hat eben der Umstand, daß auch dem geringen, ungebildeten Mann geistige Erzeugnisse vermittelt werden, die ihm das Bewußtsein geben, daß seine Sprache und Art ihn zum Gliede einer vom Deutschtum unabhängigen und verschiedenen Gemeinschaft macht und daß sein Geist und Gemüt hier frisch und unmittelbar etwas genießt, was ihm sonst nur durch einen lästig empfundenen Zwang geboten werden konnte.

Wie sich die Früchte dieser ganzen Tätigkeit in einer starken

Absonderung des polnischen Volkselements von den Deutschen zeigen, das ist bereits erwähnt worden. Die Polen suchen das auch äußerlich zu erreichen und festzuhalten, indem sie die Deutschen, die sie in ihren Bereich ziehen, in der Regel veranlassen, ihren Namen ein polnisches Gepräge zu geben, entweder durch Übersetzung oder mindestens durch polnische Schreibweise. Da die polnische Rechtschreibung streng „phonetisch" ist, d. h. für jeden Laut ein bestimmtes Zeichen hat und dieses Prinzip unabhängig von jeder „historischen" oder fremden Schreibweise streng durchführt, so ergibt es sich sehr leicht, daß Deutsche, sobald sie erst zum Gebrauch der polnischen Sprache übergehen, alsbald auch die Schreibweise ihrer Namen ändern und dadurch auch äußerlich ihre ganze Familie von dem Zusammenhang mit ihrer ursprünglichen deutschen Nationalität loslösen. So wird aus dem deutschen Schulz ein polnischer Szulc, aus Schumann ein Szuman, und bekannte Persönlichkeiten unter den Polen, die deutsche Namen tragen, schreiben sie stets in polnischer Orthographie, z. B. Wolszlegier (Wollschläger), Rydygier (Rüdiger) u. s. w. Auch der bekannte politische Agitator zur Zeit des polnischen Aufstandes im Jahre 1830/31, Lelewel, war ursprünglich ein deutscher Löhöffel. Daneben ist auch direkte Übersetzung deutscher Namen ins Polnische beliebt. Ein deutscher Schmidt erscheint plötzlich als Kowalski oder Kowalewski, ein Berg als Gora oder Gorek, ein Nicolai als Mikolajczak, ein Albert als Wojciechowski u. s. w. Begünstigt wurde die Anwendung dieses Mittels der Polonisierung lange Zeit durch die katholische Geistlichkeit. Vor der Einrichtung der Standesämter und der Beurkundung des Personenstandes durch Angestellte der weltlichen Obrigkeit bot die Führung der Kirchenbücher den Geistlichen ein bequemes Mittel, um durch Eintragung der Namen in polnischer Form die katholische Bevölkerung für das polnische Lager zu reklamieren. Wenn damals ein ehrlicher Deutscher, der seinen Namen bei der Trauung als Josef Schulz angegeben hatte, im Kirchenbuch als Jozef Szulc vermerkt wurde, wer wollte diese Fälschung kontrollieren? Ausgesprochen klingt der Name in dem einen Fall genau so wie in dem andern. Die Kinder galten dann bereits als waschechte Polen und sie konnten dem gewissenhaft nachforschenden Beamten nachweisen, daß schon ihr Vater „sich" Szulc

geschrieben habe. Merkwürdigerweise haben auch die Gerichte, die in vielen Fällen allerdings sich dieser Praxis gegenüber wehrlos fühlten, durch ihre Rechtsprechung manchen Mißbrauch durchschlüpfen lassen, der wohl zu beseitigen gewesen wäre. Erst neuerdings hat das Kammergericht den früher eingenommenen, nicht zu rechtfertigenden Standpunkt verlassen und als Grundsatz ausgesprochen, daß der Name eine Verdunkelung der Personen-Identität verhindern solle; dabei sei die Schreibweise des Namens ebenso von Wichtigkeit, wie der Klang. Mit Recht wird jetzt auch von den Behörden darauf gesehen, daß die willkürliche Änderung deutscher Namen aufhört. Manchem Deutschen, der den Sachverhalt nicht näher kennt, mag diese Sorge kleinlich erscheinen, weil wir in unserer Sprache ein ganz anderes Prinzip, das der historischen Rechtschreibung, haben. Französische, englische, italienische, ungarische Familien, die in Deutschland einheimisch werden, behalten Schreibweise und Aussprache ihres Namens bei, ohne daß es uns stört. Schreiben wir doch selbst deutsche Namen von gleichem Klang auf verschiedene Art, z. B. Schultz und Schulz, Meyer und Meier, u. s. w. Darum fällt es uns überhaupt nicht ein, aus Schreibweise, Klang oder Ableitung eines Namens allein auf die Nationalität zu schließen. Wir wissen, daß Träger der Namen Podbielski, Douglas, Courbière, Bentivegni, Kuylenstierna echte Deutsche sind, obgleich sie die Form ihrer ursprünglich polnischen, schottischen, französischen, italienischen, schwedischen Namen beibehalten haben. Anders die Polen, die an ein derartiges Prinzip der Rechtschreibung nicht gewöhnt sind. Es giebt auch hier Ausnahmen, Beispiele der Beibehaltung einer historischen Form. Man braucht sich z. B. nur an den polnischen Zweig der adligen Familie v. Kalckstein zu erinnern. Der gemeine Mann hat für solche historische Schreibweise kein Verständnis; er sieht nur den als Polen an, dessen Namen er nach den ihm bekannten Regeln der polnischen Lautlehre richtig aussprechen kann. Andere sind und bleiben ihm Fremde. Ein Deutscher, der die Orthographie seines Namens ändert, kann dies also nur in der Absicht tun, die entschiedene Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum zu bekunden. Und wenn er auch selbst diesen Schritt weniger in bewußter Absicht, als infolge von Überredung aus Gleichgültigkeit tut, so sorgen doch

diejenigen, die ihn dazu überredet haben, Geistliche, Lehrer, Brotherren oder gewerbsmäßige Agitatoren dafür, daß, wenn nicht er selbst, so doch seine Kinder die Namensänderung als bewußte Absicht auffassen, den Übergang aus dem deutschen in das polnische Lager zu vollziehen.

Alle diese Mittel können freilich nur wirken, wenn außerdem alles getan wird, um die Kluft zwischen Deutschen und Polen in jeder Beziehung zu erweitern und zu vertiefen. Um die Lage richtig zu beurteilen, ist es nötig, sich zu vergegenwärtigen, bis zu welchem fast unglaublichen Grade von polnischer Seite der Haß gegen das Deutschtum genährt wird. Die Grundlage dazu bietet die streng durchgeführte gesellschaftliche und geschäftliche Fernhaltung der Polen von den Deutschen. In Verbindung damit steht das polnische Vereinsleben, worauf gelegentlich noch in anderem Zusammenhange zurückzukommen sein wird. Vor allem wird uns der sogenannte Marcinkowski-Verein an anderer Stelle beschäftigen. Unter den Vereinen, die in erster Reihe bestimmt sind, in der gesamten Bevölkerung gutpolnische Gesinnung zu pflegen und zu erhalten, stehen die sogenannten „Sokol"-Vereine in erster Reihe. Das Wort „sokol" heißt „Falke" und ist in den meisten slavischen Sprachen in dieser Form gemeinsam. Man hat dieses Wort daher zum Sinnbild der von allen Slaven zu pflegenden Eigenschaften der Kühnheit, Gewandtheit, Wachsamkeit und Scharfsichtigkeit erwählt. Die Sokols sollen körperliche Tüchtigkeit und Gemeinsinn pflegen; sie sind daher vor allem Turnvereine, aber mit dem politischen Hintergrunde der Pflege des slavischen Bewußtseins. In ihren Statuten ist natürlich von dem nationalen Zweck nichts angedeutet; sie wehren sich dagegen, daß ihre Tätigkeit, die nur dem Turnen und der Geselligkeit dienen soll, von den Behörden als politisch betrachtet wird. Aber in Wahrheit dient jede ihrer Veranstaltungen der Pflege des Nationalgefühls. Durch Umzüge in charakteristischer Nationaltracht entflammen sie bei ihren Festen die Phantasie der Teilnehmer, und niemals geht es dabei ohne politische Brandreden ab, die ihre Spitzen gegen das Deutschtum kehren. Ein gewisses Gegengewicht gegen die Sokols boten bisher noch am ersten die Kriegervereine. Man ist deshalb auf polnischer Seite eifrig bemüht, die ehemaligen Soldaten polnischer Nationalität immer mehr von

diesen Beziehungen loszulösen, und leider sind diese Bemühungen vielfach von Erfolg gekrönt, namentlich da, wo die deutschen Elemente in den Kriegervereinen durchweg oder überwiegend Protestanten sind.

Eine wesentliche Rolle spielt auch dabei, in welchem Grade es den Polen gelungen ist, an einem Orte die geschäftliche Boykottierung der Deutschen durchzuführen. Seit der polnische Mittelstand einigermaßen lebensfähig geworden ist, haben die Polen versucht, diesen Boykott überall da ins Werk zu setzen, wo sich die Möglichkeit dazu bot, und diese Möglichkeiten gestalten sich natürlich immer ausgiebiger. In demselben Maße, als sich die Polen allmählich unabhängiger von deutschen Geschäftsleuten machen, gehen sie auch offener und dreister vor. Auch hier muß man die kleine Presse und die Auslandspresse studieren, wenn man die unverhüllten Aufforderungen zum Boykott und die Absichten der polnischen Geschäftsleute kennen lernen will. Die Polen behaupten, dieser Boykott sei erst eine Folge der polenfeindlichen deutschen Agitation, die von dem Ostmarkenverein ausgegangen sei. Das ist eine direkte Lüge. Erst im Jahre 1894 hat die deutsche Opposition gegen die dreiste polnische Propaganda angefangen sich zu regen. Vorher ist es niemand eingefallen, auch nur den Gedanken eines Boykotts der polnischen Geschäfte von deutscher Seite anzuregen, geschweige denn einen solchen Gedanken praktisch auszuführen. Die Deutschen in der Provinz Posen haben, ohne überhaupt darüber nachzudenken, einfach da gekauft, wo sie eine Ware am besten, billigsten und bequemsten erhielten. Sie sind deshalb unter Umständen auch ganz unbedenklich gute Kunden polnischer Geschäfte gewesen, sobald sie dort gut bedient wurden. Natürlich zogen sie ein deutsches Geschäft da vor, wo dieses die besseren Leistungen aufzuweisen hatte. Die Frage ist nun: „Verfuhren die Polen vor dem Jahre 1894 ebenso?“ — und die runde einfache Antwort muß lauten: „Nein!“ Allerdings muß man bedenken, daß die Entwickelung eines auf der Höhe der Zeit stehenden polnischen Geschäftslebens erst ein Ergebnis der jüngsten Zeit ist, daß die Polen daher erst allmählich in die Lage kommen, überall — auch an kleineren Orten — zwischen deutschen und polnischen Geschäftsleuten wählen zu können. Wo sie aber diese Wahl hatten, da haben sie schon vor dem Jahre

1894 unter allen Umständen dem Landsmann den Vorzug gegeben. In der Stadt Posen z. B. klagten schon im Jahre 1890 — es war die Blütezeit der Versöhnungsepoche; Herr v. Koscielski glänzte am preußischen Hofe, die Polen jubelten über die Entlassung Bismarcks und fingen an, in ihren Salons das Bild Kaiser Wilhelms II. aufzustellen, nicht weil er ihr Monarch war, sondern weil er sie von ihrem Todfeinde befreit hatte, — damals also klagten schon die deutschen Geschäftsleute auf das bitterste darüber, daß sie von den Polen gemieden wurden, obwohl sie polnisch sprechende Bedienung hatten und in den polnischen Blättern polnisch inserierten. Das waren die anerkannt besten und leistungsfähigsten Firmen der Stadt.*)

Der Unterschied der heutigen von der damaligen Lage besteht nur darin, daß einmal die Zahl der polnischen Geschäfte inzwischen zugenommen hat, also auch eine größere Möglichkeit besteht, den Boykott durchzuführen, und daß ferner die Tätigkeit

*) Ein kleines persönliches Erlebnis, das, so unbedeutend es sein mag, doch die damalige Lage beleuchtet, mag hier eingeschaltet werden. Eine polnische Dame zeigte mir einmal die Photographien ihrer Verwandtschaft; es waren Bildnisse von Mitgliedern verschiedener bekannter aristokratischer Familien, Leute, die einen Zweifel an ihrem gebildeten Geschmack und an ausreichenden Mitteln nicht zuließen. Alle diese Bildnisse waren bei einem Posener Photographen angefertigt, von dem mir bekannt war, daß er — obwohl nicht polnischer Herkunft — sich zu den Polen rechnete und in seinen Schaukästen die Bilder der bedeutendsten Vertreter des polnischen Adels der Provinz aufwies. Alle diese Bilder waren technisch so jammervoll ausgeführt, daß ich nicht umhin konnte, mein Erstaunen darüber zu äußern. „Ach ja!", rief die Dame lebhaft aus, „die Bilder sind sehr schlecht, aber wir haben in Posen keinen guten Photographen." Ich bemerkte, daß Herr E. doch als ganz ausgezeichneter Photograph bekannt sei. „Nun ja, aber — —", hier folgte etwas Unverständliches; die Dame wurde verlegen, stockte und brach schnell ab mit den Worten: „An den habe ich nicht gedacht!" Sie war im Begriff gewesen, im lebhaften, unbefangenen Gespräch mit einer Bemerkung herauszuplatzen, die sich die Polen damals noch hüteten, einem Deutschen gegenüber offen auszusprechen; sie wollte nämlich sagen: „Wenn ich den Ausdruck „wir" gebrauche, so meine ich: wir Polen; E. ist ein Deutscher, und wir können nicht zu ihm gehen, wenn er der beste Photograph der Welt wäre." Dieses kleine Stück ist typisch für den tatsächlich längst vorhandenen Boykott deutscher Geschäfte durch die Polen, ehe die Deutschen an Abwehr dachten; die Polen begnügten sich selbst mit schlechter Ware, nur um den Landsmann zu unterstützen und den Deutschen nichts zu gönnen.

des Ostmarkenvereins als Vorwand genommen wird, um jetzt offen auszusprechen, was früher ebenso wie jetzt geschah, aber möglichst verheimlicht und auf Grund lediglich stillschweigender Verabredung ausgeführt wurde. Diese Offenheit ist ein Notbehelf, ein Gegenzug, der den Polen im Grunde unangenehm ist; keinesfalls ist dies als eine Verschlimmerung der Lage für uns Deutsche anzusehen. Denn die Lage wäre heute auch ohnedies genau dieselbe.

Interessant ist aber die Sprache, welche die polnischen Hetzblätter bei Empfehlung ihres Boykotts führen. Nur ein Beispiel von vielen. Es ist einer Nummer der „Gazeta Grudziądzka" vom März 1898 entnommen. Da wird eine Geschichte aus der Stadt Löbau in Westpreußen erzählt, von einem Bäckermeister, der Mitglied des Ostmarkenvereins geworden war. Man höre nun folgendes:

„Ich war am 21. d. M. in Löbau zu Markte. Bei Herrn Biernacki, einem Polen, war eine Menge Leute; da tritt ein Mitglied des H.-K.-T.-Vereins, der Bäcker, Herr L., herein und reicht einem der polnischen Bürger die Hand. Dieser wies jedoch die Hand zurück und sagte: „Ich als Pole sollte einem Hakatisten die Hand reichen? Das kann ich nicht tun! Die Hand würde mich ewig brennen!" Bei diesen Worten riefen die versammelten Landsleute „Bravo!" Dann wird erzählt, wie ein polnischer Bürger einem Landsmann den Text gelesen habe, weil er gesehen hatte, daß er bei Herrn L. kaufte! Weiter heißt es: „Niemand nahm ihm etwas ab. Aus diesem Grunde ist es sogar zu häuslichen Szenen gekommen. — — Man sagte ihm, in Löbau gebe es vier katholische (!) Bäckereien; die Katholiken könnten sich also helfen. Herr Majewski hatte auch eine große Auseinandersetzung mit den Herren R. und J. Der erste ist Mützenmacher, der zweite Fleischer. Doch wir (d. h. wir Polen) haben hier ja auch einen Mützenmacher und viele polnische Fleischwarengeschäfte. Ich muß noch bemerken, daß von Herrn L. auch die Schwestern aus dem Löbauer Kloster alle Tage für 30 Mark Backwaren bezogen haben; jetzt beziehen sie dieselben von einem Polen." Mit großer Genugtuung wird dann bemerkt, daß der Bäckermeister einen ungeheuren Schaden gehabt habe und durch drohenden geschäftlichen Ruin gezwungen worden sei, aus dem Verein wieder auszutreten.

Der Boykott wird von seiten der Polen mit solchem Fanatismus betrieben, daß sie stets bereit sind, sich ins eigene Fleisch zu schneiden, weil sie auch materielle Nachteile gering achten im Vergleich zu dem Vorteil der nationalen Geschlossenheit und der immer fortschreitenden Loslösung vom Deutschtum. Mitunter geraten dabei freilich auch die polnischen Interessen untereinander in schwierige Konflikte, wie es z. B. vor einigen Jahren geschah, als nationale Heißsporne in Warschau vor dem Besuch des deutschen, bei den Polen sehr beliebten Ostseebades Zoppot warnten, weil dort der Ostmarkenverein seine Schutz- und Abwehrtätigkeit begonnen hatte. Dort in Zoppot wurde eine lebhafte polnische Agitation betrieben; einer der ärgsten polnischen Hetzapostel, Herr Viktor Kulerski, hatte dort ein eigenes Besitztum, ein polnisches Pensionat, aus dem er großen Gewinn zog, und mit Hilfe dieser Mittel wurde eben die „Gazeta Grudziądzka" begründet und erhalten. Dieses ganze Gebäude nationaler Agitation wurde nun durch den Übereifer der eigenen Genossen erschüttert. Es mußten sich gewichtige Stimmen ins Mittel legen, um die Sache wieder ins Gleiche zu bringen.

Von deutscher Seite ist immer wieder versucht worden, die Gegensätze zu mildern, die polnischen Vereinigungen von der harmlosen Seite zu nehmen und sie zu solchen Veranstaltungen, bei denen gewisse gemeinsame Interessen und Anschauungen vorausgesetzt werden durften, heranzuziehen. Das geschah z. B. zu Kriegerfesten und Denkmalsenthüllungen. Hören wir, was bei einer solchen Gelegenheit der „Orendownik" vor einiger Zeit zu schreiben für gut fand. Er führte aus:

„Derartige Einladungen werden immer zahlreicher, und es sind wiederum einige polnische Vereinigungen in einer Provinzialstadt vor die Frage gestellt worden, ob sie sich an der Enthüllungsfeier eines für die im Jahre 1870/71 gefallenen Krieger errichteten Denkmals beteiligen wollen; unter den zu Ehrenden befinden sich selbstverständlich sehr viele Polen, weil aus der Provinz Posen doch niemand anders (!) als die Polen ihr Blut auf den französischen Schlachtfeldern vergossen haben. — — — Die unter preußischem Szepter lebenden Polen sind auf Grund der Verfassung verpflichtet, die Steuern zu zahlen, im Heere zu dienen, im Notfall für die innere Ordnung mit Gut und Blut einzustehen und

in äußeren Wirren die Gesamtheit des preußischen Staats zu verteidigen. Darüber hinaus dürfen die Polen zu nichts weiter angehalten oder gezwungen werden, besonders aber dürfen sie nicht gezwungen werden, sich als Deutsche zu betrachten und sich mit den Deutschen zu freuen. Daß die Deutschen in der Provinz Posen Denkmäler setzen, um die Kriegstaten und die Größe *ihres* Vaterlandes zu verherrlichen, ist ja ganz in der Ordnung; das ist aber kein Anlaß für die Polen, ihr Scherflein dazu beizutragen. — — — Wenn sich irgend ein Pole als Privatperson, sei es durch Beiträge, sei es persönlich, an derartigen Kundgebungen beteiligt, so ist dies allerdings *traurig*, aber dadurch wird die gesamte Nation *nicht belastet* (!). Anders steht es aber mit polnischen Vereinen; wenn sie öffentlich auftreten, so tun sie dies im Namen der gesamten Nation. Ein solches Auftreten würde gleichbedeutend sein mit einer Pflichtverletzung gegenüber der eigenen Nationalität und würde eine Demoralisation des Mittelstandes bedeuten."

Die aus diesen Worten sprechende *Feindseligkeit gegen den Staat* tritt in den Kundgebungen der polnischen Presse allenthalben hervor. Die polnische Presse wird nicht müde, den Zustand des polnischen Volks als den des Leidens und der Unterdrückung zu schildern. „Unser polnisches Leben ist ein Dornenpfad nach Golgatha", schrieb einmal der „Orendownik" bei Schilderung der Feier eines polnischen Gesangvereins, und im Anschluß daran schildert er die Begeisterung, die der Gesang eines polnischen Liedes erweckt. Ein solches Volk könne nicht untergehen; es werde niemals den Reichen des Altertums gleichen, die wirklich untergegangen seien, denn Polen habe seinen Glauben nicht verloren. In Erinnerung an den Novemberaufstand von 1830 schrieb ein anderes Blatt, der „Przyjaciel" (Freund), einmal: „Die Novembertage pflegen in ganz Polen, sei es öffentlich, sei es im stillen, wie ein Feiertag unserer Helden begangen zu werden. Das Andenken dieser Männer wirst du, mein Volk, am besten ehren, wenn du alles daran setzest, daß es dem Feinde (!) nicht gelinge, uns weder den Glauben, noch die Sprache, noch die Sitten, noch das Land zu entreißen."

Der Vergleich mit der Vergangenheit muß auch sehr häufig dazu dienen, die größere Opferbereitschaft und Energie von damals

der Mutlosigkeit und Kleinheit der heutigen parlamentarischen Führer gegenüberzustellen. Zur Zeit der letzten allgemeinen Wahlen schrieb der Rechtsanwalt Karpinski aus Gnesen in einem in der Presse veröffentlichten Brief: „Schaut man auf den heutigen parlamentarischen Kampf in Berlin und auf das zwischen den Abgeordneten und den Wählern herrschende Verhältnis, so muß man sich sagen, daß diese Art Parlamentarismus fernerhin unmöglich ist, daß wir Wähler an diesem Dreschen leeren Strohs, an dieser unproduktiven Arbeit, an dieser auf beiden Seiten zu Tage tretenden Heuchelei vollständig genug haben. Es ist höchste Zeit, den Antrag auf Schluß der Diskussion zu stellen; das Thema ist erschöpft." Und weiter bemerkt der Briefschreiber: „Untertänigkeit und Dienstbereitschaft einer Teilungsmacht gegenüber kann uns nichts helfen." Seine Ausführungen gipfeln in dem Vorschlag: „Wir wollen möglichst viele polnische Abgeordnete wählen, damit der Feind unser Land nicht repräsentiere; wir wollen aber die Abgeordneten von der Pflicht, nach Berlin zu fahren, entbinden und die Diäten der polnischen Landtagsabgeordneten, die jährlich ungefähr 30 000 Mark ausmachen, nationalen Zwecken zuweisen." Wie aber die Polen die Langmut und Unentschlossenheit, mit der die preußische Staatsregierung solche starken Herausforderungen beantwortete, beurteilen, darüber ziehen wir am besten die außerpreußische Polenpresse zu Rate; denn diese sagt in diesem Falle die Wahrheit. „Die preußischen Minister", so hieß es vor zwei Jahren in der Krakauer „Nowa Reforma", „haben nicht den Mut, den Polen mit offenem Visier gegenüberzutreten, wie dies seinerzeit Bismarck tat — — —. Wie erbärmlich sehen die Ausführungen solch eines Ministers wie Miquel aus! — — Er leugnet, daß die preußische Regierung die Polen ausrotten und ihnen die Muttersprache nehmen wolle. Es hat größere und redlicher regierte Staaten als Preußen und Deutschland gegeben; sie sind zerstoben wie eine Seifenblase und haben kaum eine Spur von sich hinterlassen, während schwache Nationen Jahrhunderte überdauert haben und bis heute leben." Wir erwähnen hier übrigens von den zahllosen Äußerungen der Feindseligkeit nur diese wenigen aus der Zahl derer, die etwas zu bedeuten haben; wir übergehen dabei ganz die Ausbrüche einer direkt pöbelhaften Gesinnung, wie sie z. B. beim Tode

des Fürsten Bismarck reichlich zu Tage traten. Was in dieser Beziehung von der kleinen Hetzpresse an bodenloser Gemeinheit geleistet worden ist, ohne daß die anständigeren Blätter dafür ein Wort des Tadels hatten, das übersteigt alle Begriffe. Ein Abgrund von Haß tat sich da auf.

Über den Erfolg der polnischen Propaganda kann kein Zweifel sein. Wie es zunächst in der Provinz Posen aussieht, davon entwarf der „Dziennik Poznanski" vor nicht langer Zeit ein durchaus wahrheitsgetreues Bild, als er die Verhältnisse in folgender Weise schilderte:

„Die Städte im Posenschen sind keineswegs so deutsch, wie man meint. Auf 136 Städte in der Provinz entfallen etwa nur 60 solche, in denen die Deutschen die Mehrheit bilden; in mehr als 70 sind sie in der Minderheit. In 39 Städten sind mehr als 80 v. H. Polen. Das polnische Gewerbe und der polnische Handel heben sich unablässig; sie wachsen und halten mit immer größerem Erfolge den Wettbewerb des jüdisch-deutschen Handels und Gewerbes aus. In Inowrazlaw gab es im Jahre 1895 16 deutsche und 2 polnische Kolonialwarenhandlungen; jetzt gibt es dort neben 7 deutschen 10 polnische derartige Geschäfte und außerdem 3 Drogerien. Das Baugewerbe befand sich im Jahre 1885 ganz in deutschen Händen; heute gibt es dort mehrere polnische Baumeister. Unter den Bäckern gab es im Jahre 1885 keinen Polen, dagegen 12 Deutsche; heute sind unter 28 Bäckern 8 Polen. Friseure gab es 1885 3, darunter einen Polen; heute sind von 10 Friseuren 8 Polen."

Derartige Nachweise lassen sich in großer Zahl aufstellen. Die Erfolge des Polentums beschränken sich aber nicht auf die Provinz Posen, sondern sie greifen auch auf die Nachbarprovinzen über — aus Gründen, die in einem früheren Kapitel bereits auseinandergesetzt sind. Ein eigenartiges und wichtiges Arbeitsfeld der polnischen Propaganda, das die Ziele des Polentums besonders deutlich erkennen läßt, ist Oberschlesien. Schlesien ist allerdings im frühen Mittelalter insofern ein Bestandteil des polnischen Reiches gewesen, als es von einer slavischen Bevölkerung bewohnt war, die sich in der Sprache von der des eigentlichen Polens nur mundartlich unterschied, und schon von den Begründern des polnischen Reiches ihrer

Botmäßigkeit unterworfen wurde. Zur Zeit der Teilung des polnischen Reiches im 12. und 13. Jahrhundert bildeten sich die schlesischen Herzogtümer, die ebenso wie die Teilfürstentümer des eigentlichen Polens, von Herrschern aus dem Stamme der Piasten regiert wurden. Aber schon in dieser Zeit brachten es die Verhältnisse des fruchtbaren, von einem großen schiffbaren Strom durchströmten Landes mit sich, daß es frühzeitig in den Verkehrs- und Kulturbereich der westlichen und südlichen Nachbarschaft gezogen wurde. Als einmal die Germanisation an der unteren und mittleren Oder festen Fuß gefaßt hatte, drang sie unaufhaltsam auch an der oberen Oder vor, und die schlesischen Herzöge traten den Beherrschern Böhmens und damit dem Deutschen Reich so nahe, daß sie sich in gleichem Maße ihren Stammgenossen im Osten entfremdeten. Der polnischen Einheitsbewegung am Schluß des dreizehnten Jahrhunderts, die mit der Krönung des Wladislaw Lokietek ihren Abschluß fand, stand Schlesien bereits vollständig unbeteiligt gegenüber. Zu dem neubegründeten Königreich Polen hat Schlesien niemals gehört. Die Germanisierung schritt weiter vorwärts, und nur in Oberschlesien, bis wohin die deutschen Einflüsse nicht so schnell vordringen konnten, bewahrte das Polentum ein Übergewicht. Dieses Polentum trat aber nur im Gebrauch einer polnischen Mundart in die Erscheinung; von einer Gesinnung, die die Bewohner dieses Landes politisch zu Polen hinübergezogen hätte, konnte niemals die Rede sein. Die Leute waren Schlesier, zunächst nichts weiter, nur eben polnisch sprechende Schlesier. Dieses Bewußtsein ist den Oberschlesiern geblieben, als ihr Land unter habsburgische Herrschaft kam, und als dann Friedrich der Große Schlesien eroberte, bewirkte die großartige Fürsorge des Königs für die früher arg vernachlässigte Provinz, daß sich sehr bald auch ein Gefühl der Anhänglichkeit an die preußische Dynastie und den Gesamtstaat herausbildete. Dieses Gefühl war den deutsch- wie den polnisch-redenden Schlesiern ohne Unterschied gemeinsam; deshalb hatte der preußische Staat auch nicht die geringste Veranlassung, der polnischen Sprache in Schlesien irgendwie Gewalt anzutun. Diese polnische Mundart war überdies dem Einfluß der polnischen Schriftsprache ziemlich vollständig entzogen; sie nahm ihre eigene Entwickelung zu einem nur durch mündlichen Gebrauch fortgepflanzten und mit deutschen

Fremdwörtern reichlich durchsetzten Volksdialekt, dem sogenannten „Wasserpolnisch". So wenig nun freilich ein Grund vorlag, diese Volkssprache etwa zu unterdrücken oder gar auszurotten, so bestand doch andrerseits für Behörden und Schulen auch keine Veranlassung, künstliche Maßregeln zur Erhaltung und Pflege dieser fremden Mundart zu ergreifen oder sie durch Unterricht im Schriftpolnischen zu reinigen und diesem zu nähern.

Hier setzte nun die polnische Agitation ein, um die Oberschlesier als Polen und Oberschlesien als polnisches Land zu reklamieren. Man fing damit an, durch Agenten und namentlich in den Wahlzeiten Klagen zu verbreiten, als ob die Regierung gegen die polnische Sprache in Oberschlesien feindselig gesinnt sei und den polnisch-redenden Schlesiern die deutsche Sprache gewaltsam aufzwingen wolle. Die Beschuldigung hätte vielleicht wenig Wirkung gehabt, wenn man nicht den konfessionellen Gegensatz hätte zu Hilfe nehmen können. Den polnischen Oberschlesiern wurde begreiflich gemacht, daß es weniger auf ihre Sprache, als auf ihren katholischen Glauben abgesehen sei, zu dessen Verleugnung die Annahme der deutschen Sprache der erste Schritt sei. Das wirkte, weil nun auch die einheimische Pfarrgeistlichkeit, zum Teil zunächst wohl in gutem Glauben, der polnischen Agitation die Hand reichte. Bedenklich wurde freilich diese Bundesgenossenschaft erst, als der Kulturkampf die Leidenschaften erregt und das Mißtrauen aufs äußerste gesteigert hatte. Seitdem hat die polnische Agitation Anker geworfen und ihren eigentlichen Operationsplan in Oberschlesien in Angriff genommen.

Der erste Schritt war, daß eine in großpolnischem Sinne geleitete polnische Presse in Oberschlesien eingerichtet wurde. So wirkte in Oppeln die „Gazeta Opolska", in Ratibor die „Nowine Raciborskie", endlich in Beuthen das heute bedeutendste und gefährlichste der polnischen Blätter, der „Katolik". Letzterer dient ganz besonders als Hauptorgan der polnischen Propaganda in Schlesien. Zunächst wurde mit leidenschaftlichem Eifer geleugnet, daß zwischen dem überlieferten Wasserpolnisch der Oberschlesier und dem Schriftpolnisch der neuen Agitatoren ein wesentlicher Unterschied sei. Obwohl noch im Jahre 1896 der oberschlesische Abgeordnete Letocha im Abgeordnetenhause harmlos erklärte: „Meine Muttersprache ist das sogenannte Wasserpolnisch", erklärte

doch die großpolnische Presse, sekundiert von der deutschen ultramontanen, kategorisch: „Es gibt überhaupt kein Wasserpolnisch; die Oberschlesier sind reine, echte Polen." Nächstdem waren diese Blätter natürlich bemüht, ihre Sprache den besonderen Verhältnissen der Bevölkerung anzupassen. Wenn es in Schlesien auch Großgrundbesitzer polnischer Nationalität gibt, so gibt es doch keinen führenden Adel polnischer Nationalität mit nationalen Traditionen. Hier standen in erster Reihe die Interessen der unteren Stände als der eigentlichen Vertreter des Polentums im Lande. Darum wendete sich die polnische Agitation hier vor allem an die Industriearbeiter, die im oberschlesischen Kohlenrevier der polnischen Volksmasse ihre Signatur geben. Die sozialdemokratische Agitation hatte bis dahin in diesem treuen und genügsamen Volke wenig Wurzel gefaßt; jetzt aber traten allerlei aufreizende Ideen in kirchlich-katholischer Färbung und bis zu einem gewissen Grade unter Begünstigung von seiten der Kirche an sie heran. Diesen Mitteln war die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung nicht gewachsen, und sie fing an, die nationalpolnischen Vorstellungen und das Bewußtsein eines Gegensatzes zum Deutschtum in sich aufzunehmen. Nachdem die Sache so weit gediehen war, erschienen die berufsmäßigen Volksverführer mit Sokols und polnischen Gesangvereinen auf dem Plan, um das „nationale" Leben zu pflegen und den Leuten vollends den Kopf zu verdrehen. Welche hochtrabenden Ideen den harmlosen, ursprünglich loyalen Oberschlesiern auf diesem Wege beigebracht werden, das zeigt eine Probe aus einer Rede, die auf einem oberschlesischen Sokolfeste gehalten wurde. Da wurde die Zusammengehörigkeit mit den polnischen Brüdern in Krakau und Warschau gefeiert, und dann erklärte der Redner: „Dem polnischen Sokoltum werden stets die Ideale Kosciuszkos (!) vorschweben, und wenn die Stunde der Auferstehung kommt, so werden sich die Sokols bei dem Herzen Kosciuszkos*) sammeln, es auf den Schoß des Vaterlandes tragen und im Pantheon nationaler Heiligtümer niederlegen." Wenn den Leuten, die diese hochverräterischen, hirnverbrannten Phrasen zur Grundlage ihrer Festbegeisterung machen, vorgeworfen wird, daß sie mit ihren Vereinen eine politische,

*) vgl. S. 115.

staatsfeindliche Agitation treiben, so stellen sie sich höchst erstaunt, als ob sie nicht begriffen, daß der Staat nur seine Pflicht tut, wenn er diesen sonderbaren Turnvereinen auf die Finger paßt und mindestens verlangt, daß sie ihre Turnübungen an anderen Gegenständen anstellen, als an dem Herzen Kosciuszkos.

Auf Grund dieser umfangreichen und planmäßigen Agitation werden nun in Oberschlesien weitere politische Bestrebungen ernster Natur eingeleitet. Besonders wird ein Druck auf die Schule versucht, um durch Steigerung unerfüllbarer nationaler Ansprüche eine oppositionelle Stimmung der polnischen Familien gegen die Wirksamkeit der Schule hervorzubringen und so die Gesinnungen der heranwachsenden Jugend im Sinne des polnischen Fanatismus zu vergiften. Schon im Herbst 1897 bemerkte der Referent einer oberschlesischen Volksschullehrerversammlung zu Gleiwitz in seinem Vortrag Folgendes:

„Das durch die polnische Presse ausgestreute Gift wirkt leider nicht bloß auf Erwachsene. Wenn die vaterländische Gesinnung in den Eltern planmäßig niedergetreten wird, so muß dies auch auf die Kinder wirken. Ist es doch im verflossenen Frühjahr während der Geschichtsstunde in einer Schule vorgekommen, daß ein Schüler fragte: „Mein Vater sagte, unsere Könige hätten früher in Krakau gewohnt; ist das wahr, Herr Lehrer?" Welche Gespräche müssen in dieser Familie vorher geführt worden sein, daß eine solche Frage möglich war!"

Bei derselben Gelegenheit wurden die Bestrebungen der Polen gegen die oberschlesische Volksschule nach zwei Richtungen hin deutlich gekennzeichnet. „Erstens suchen sie" — so sagte der erwähnte Referent — „die unterrichtliche und erziehliche Tätigkeit der Schule, namentlich nach der religiösen Seite hin, im Volk herabzusetzen und zu verdächtigen. Zweitens sind sie bestrebt, der staatlichen deutschen Schule ein Gegengewicht durch privaten polnischen Unterricht entgegenzusetzen."

In welches eigentümliche Verhältnis diese dreiste polnische Agitation in Oberschlesien allmählich zu der katholischen Kirche und ihrer politischen Vertretung, dem Zentrum, geraten ist, das wird besser in einem andern Zusammenhange zu erörtern sein. Hier mag nur kurz erwähnt werden, daß es so ganz glatt und ohne Rückschläge mit dieser polnischen Agitation nicht vorwärts

gegangen ist. Es fehlt auch nicht an Blättern in polnischer Sprache, die zwar die Nationalität der Oberschlesier festhalten wollen, aber die staatsfeindliche großpolnische Propaganda ablehnen. Solche sind z. B. die „Gazeta Katolicka" und die „Nowine Katolickie". Wenn diesen Blättern ohne weiteres vorgeworfen wird, sie verfolgen ihre eigenen Landsleute, so wird man deutlich daraus sehen können, was man polnischerseits unter Verfolgung versteht; Verfolgung nennen sie bereits die einfache Zurückweisung staatsfeindlicher Bestrebungen. Aber wenn es der großpolnischen Propaganda auch nicht an Gegenwirkungen fehlt, so ist doch die Gefahr immer noch groß genug. Denn die Rührigkeit und Dreistigkeit dieser Bestrebungen kann kaum übertroffen werden. Der „Katolik" errichtete seiner Zeit ein eigenes Rechtsschutzbüreau für seine Abonnenten, das er mit den Worten empfahl: „Wir Polen in Schlesien bedürfen vor allen Dingen eines verständigen und guten Schutzes. Verteidigen wir uns daher alle ohne Ausnahme. Es geschieht zum Wohl des polnisch-katholischen Volks in Schlesien." Wie aufreizend, ganz im Tone der Sozialdemokratie, dieses Blatt schreibt, davon wenigstens eine Probe. Da heißt es: „Wenn wir alle Hand in Hand gingen, so wäre die Handvoll nicht da, für die wir arbeiten, und die auf Grund unserer schweren Arbeit viele Annehmlichkeiten hat, sich vergnügt und freut, Aufzüge macht, Theater spielt, Konzerte gibt, in die Bäder reist, in der ersten oder zweiten Klasse fährt, der alles erlaubt ist und der gegenüber die Polizei fleißig aufpaßt, daß sie nicht gestört werde. Uns armen Menschen aber, die wir im Schweiße unseres Angesichts Tag und Nacht arbeiten, ist nicht erlaubt, uns ein Vergnügen zu bereiten, denn die Deutschen würden dadurch beleidigt werden. Ihnen ist das gestattet —, Du, Pole, halte den Mund!" Das ist die Sprache des wütenden Klassenhasses, der nur aus Tendenz auf den Nationalhaß hinausgespielt wird. Sie kennzeichnet die Art des oberschlesischen Großpolentums auf das schlagendste.

Wenn die Polen schon auf Schlesien ein historisches Recht zu besitzen glauben, so gilt dies natürlich noch viel mehr von Ost- und Westpreußen. Sind doch wenigstens Westpreußen und Ermland bis zur ersten Teilung Polens 300 Jahre hindurch Bestandteile des polnischen Reichs gewesen. Daher unterscheidet sich

auch die Art der polnischen Agitation in nichts von der in der Provinz Posen. Nur liegen hier aus historischen Gründen die Verhältnisse ein wenig anders. Die beiden heutigen Provinzen Ost- und Westpreußen gehörten ja ursprünglich nicht zusammen. Während östlich von der Weichselmündung die Preußen saßen, war das Gebiet der untern Weichsel, ebenso wie die Gegend westlich davon bis zur Persante, von Slaven bewohnt, die zu den Küstenbewohnern (slavisch: pomorcy), den „Pommern", gerechnet wurden. Das Land wurde später, zum Unterschied von dem Pommern westlich von der Persante, Kleinpommern oder Pommerellen genannt. Die in Danzig residierenden Fürsten von Pommerellen waren durch Boleslav III. Krzywousty gezwungen, die Oberhoheit Polens anzuerkennen, aber dieses Verhältnis war durch den ohnmächtigen Zustand Polens zur Zeit der Teilungen unwirksam geworden. Die pommerellischen Fürsten folgten daher dem Beispiel ihrer pommerschen Vettern, wenn auch nicht ganz in demselben Maße; sie zogen in ihre Burgen und Ansiedelungen deutsche Einwanderer oder legten ihnen wenigstens nichts in den Weg, und den so entstandenen Städten verliehen sie deutsches Recht. Daher wurden die pommerellischen Städte verhältnismäßig schnell deutsch, während die Landbevölkerung — nach ihrem Stammnamen Kaschuben (oder latinisiert: Kassuben) genannt — slavisch blieb. Dagegen wurde in dem benachbarten Preußenlande durch die Eroberungen des deutschen Ordens die einheimische, den Littauern verwandte Bevölkerung teils völlig germanisiert, teils ausgerottet. Nach dem Aussterben der pommerellischen Fürsten kam der östliche Teil des Landes an den deutschen Orden; es ist das heutige Westpreußen im eigentlichen Sinne. Unter der Ordensherrschaft nahm die deutsche Einwanderung erheblich zu. Neben dem erstarkenden deutschen Bürgertum der Städte bildete sich auch ein Stand deutscher Grundherren. Es braucht hier nicht geschildert zu werden, wie die straffe, dem damaligen Deutschtum unbequeme und fremde Verwaltung der Ordensherren, einer durch kalten Regelzwang zusammengehaltenen Korporation, die sich ausschließlich durch Zuzug landfremder Elemente ergänzte, den Landadel und das Bürgertum allmählich in die Opposition trieb, wie aus dieser Opposition allmählich eine landesverräterische Verbindung wurde, die mit Polen konspirierte, und wie das Bistum Ermland allmählich in

diese Bewegung hineingezogen wurde. Die Entwickelung ist bekannt. Polen griff mit beiden Händen zu; die Niederlage von Tannenberg brach die Kraft des Ordens und nach langen Kämpfen wurden Westpreußen und Ermland im zweiten Thorner Frieden an Polen abgetreten. Die Polen haben es den Deutschen nicht gedankt, daß diese sich ihnen in die Arme geworfen hatten; sie haben 300 Jahre hindurch in den eroberten Ländern eine so energische Polonisierungsarbeit getrieben und alle deutschen Rechte so mit Füßen getreten, daß sie nicht einmal ihren eigenen Vorteil dabei genügend wahrten. Trotzdem sind in den westpreußischen Städten die Spuren des alten, festgewurzelten deutschen Bürgertums niemals verwischt worden, und dieser zwar nicht in äußeren Kämpfen sichtbar gewordene, aber innerlich zäh durchgeführte Widerstand gegen den Geist des Polentums hat sogar seine Blutzeugen aufzuweisen, wie die Erinnerung an das Thorner Blutbad am 7. Dezember 1724 zeigt. Aber das weitere Eindringen des Polentums war nicht ganz zu verhüten, und namentlich in dem früher ganz deutschen Ermlande wurde die Bevölkerung durch eine Kette schamloser Rechts- und Vertragsbrüche gewaltsam zu polonisieren versucht. So fand die neueste, zielbewußt auftretende Propaganda in diesen Ländern Anknüpfungspunkte genug. Wie die polnischen Oberschlesier, so wurden auch die Kassuben mit allen Mitteln bearbeitet, um sie als Stütze für das echte Polentum zu gewinnen und sie mit Haß gegen das Deutschtum zu erfüllen, und das Beispiel der schon mehrfach genannten westpreußischen Polenblätter zeigt, mit welcher Energie diese Arbeit betrieben wird. In den Hauptteilen der Provinz Ostpreußen muß sich die polnische Agitation freilich einstweilen noch zurückhalten. Die polnische Bevölkerung Ostpreußens, die evangelischen Masuren, sind einstweilen für diese Bewegung noch nicht zu haben. Es ist allerdings der Versuch gemacht worden, eine auf die breite Volksmasse berechnete freisinnige Bewegung gegen die Vorherrschaft der konservativen Partei ins Werk zu setzen. Dazu wurde eine in polnischer Sprache erscheinende Zeitung gegründet, deren erster Redakteur, eine ziemlich unterirdische, seitdem bereits ganz von der Bildfläche verschwundene Existenz, nur, um das für hochpolitische Fragen gänzlich uninteressierte Volk zu gewinnen, als Deutschenhasser und Retter der masurischen Volkssprache auftrat. Die wachsame groß-

polnische Agitation scheint diese Gelegenheit benutzt zu haben, um auch hier, wie überall, ihre Haken einzuschlagen. Wenigstens arbeitete die erwähnte Zeitung mit Mitteln, deren Herkunft bei Kennern der Verhältnisse allerlei begründete Vermutungen erweckte. Die ganze dunkle Aktion scheiterte indessen, weil sie bei den Masuren nicht Wurzeln fassen konnte. Deshalb bleibt der Versuch aber doch charakteristisch und darf bei Beleuchtung der polnischen Ziele und Wege nicht unbeachtet bleiben. Ebenso steht es mit der Agitation in Pommern und Brandenburg. Wenn schon die westpreußischen Kassuben durchaus nicht ohne weiteres zu den Polen zu rechnen sind, so haben sich die pommerschen Kassuben in Sprache und Art noch weit mehr von den Polen entfernt. Trotzdem genügt dieser schwache Rest der alten historischen slavischen Bevölkerung in Pommern, um die Polen auch hier das vermeintliche Recht verfechten zu lassen, das sie nach ihrem Glauben auf das ganze ostelbische Gebiet haben. Die pommerschen Kassuben sind bis auf wenige Reste ganz ausgestorben oder germanisiert; dafür sind aber vereinzelte polnische Arbeiter und Handwerker in das Land gekommen. Sie werden, hauptsächlich mit Hilfe der katholischen Geistlichkeit, die in dem sonst ganz evangelischen Lande dies zugleich als Mittel der kirchlichen Propaganda wahrnimmt, sorgfältig gezählt und überwacht. In Lauenburg i.P. suchte schon vor einigen Jahren ein junger Propst für das Polentum zu wirken, und man hat es bei den letzten Wahlen sogar so weit getrieben, daß für diese paar Menschen ein polnischer Kandidat aufgestellt wurde, auf den ersten Blick eine Donquixoterie, in Wahrheit aber eine Sache mit sehr ernsthaftem Hintergrunde. Wie bei der Agitation verfahren wird, mag folgende Stelle aus einem Bericht zeigen: „Der Herr Propst hat einige Familienväter zu sich berufen und sie nach ihrer Nationalität befragt. Die Leute sollen, wie das so zu sein pflegt, gesagt haben, sie verständen deutsch. Nun, ganz natürlich verstehen sie es, denn solche, die gar nicht deutsch verständen, gibt es wenige; aber ob Gottes Wort, wenn es in einer fremden Sprache gelehrt wird, einem Menschen, selbst wenn er gut deutsch versteht, das Herz erwärmen kann, ist eine andere Sache". So wird den Leuten das Bedürfnis polnischer Gottesdienste suggeriert; daran reiht sich dann das Weitere. Noch nie aber hat man gehört, daß ein

polnischer Geistlicher sich Sorgen gemacht hat, ob ein polnischer Gottesdienst einem deutschen Katholiken, selbst wenn er polnisch versteht, das Herz erwärmen kann.

Ähnliches wiederholt sich nun überall im Deutschen Reich, wo es Polen gibt. In Berlin haben die 70 000 Polen, die es dort gibt, eine eigene Zeitung, eigene Vereine und Versammlungen, eigene Gottesdienste und verlangen bei jeder Gelegenheit energisch, als Nationalität berücksichtigt zu werden. Besonders merkwürdig aber haben sich die Verhältnisse weiter im Westen entwickelt. Die besonderen landwirtschaftlichen Verhältnisse der Provinz Sachsen mit ihrem ausgedehnten Rübenbau ließen zuerst das Bedürfnis vorübergehend beschäftigter Saison-Arbeiter erwachsen. Die Agenten, die diese Arbeitsverträge vermittelten, sahen sich mit Vorliebe unter der polnischen Bevölkerung nach Arbeitern solcher Art um, da die Bedürfnislosigkeit dieser Leute sie dazu besonders geeignet machte. Diese sogenannte „Sachsengängerei" hat mit der Zeit einen immer größeren Umfang genommen und hat die Gewohnheit begründet, daß die polnische Bevölkerung in großen Scharen alljährlich nach dem Westen zieht und mit dem, was sie durch diese Arbeit verdienen, am Schluß des Jahres wieder die Heimat aufsucht. Daran knüpfte sich naturgemäß auch die seit Einführung der Freizügigkeit schnell sich entwickelnde Gewohnheit, in der westlichen Industrie Arbeit zu suchen. Sehr bald lenkte sich ein Strom polnischer Arbeiter namentlich in das rheinisch-westfälische Industrie-Revier. Anfangs war es noch eine mäßige Zahl von Arbeitern, die hier in eine deutsche Umgebung gerieten, zum Teil deutsche Mädchen heirateten und dann häufig von ihrer polnischen Vergangenheit weiter nichts behielten, als den Namen. Man hatte also dort im Lande zuerst wenig Veranlassung, auf dieses neue Element unter den Arbeitern besonders zu achten. Auf polnischer Seite aber erkannte man sofort deutlich die Gefahren und auch die Vorteile dieser Entwickelung für das Polentum. Die Gefahren bestanden in der natürlichen Wirkung der rein deutschen Umgebung auf die polnische Minderheit, aber dem stand der Vorteil gegenüber, daß durch den reichlichen Arbeitsverdienst und den Gewinn an Kenntnissen, Erfahrungen und Selbstbewußtsein der polnischen Nation ein großes Kapital zugeführt wurde, sobald es nur gelang, jenen Gefahren

zu begegnen und den Zusammenhang dieser Polen mit der alten Heimat aufrecht zu erhalten.

Dazu gehörte vor allem, daß man die Abwanderung nach Rheinland und Westfalen in keiner Weise zurückzudrängen suchte, sondern im Gegenteil begünstigte. Denn was im Westen einigen hundert Polen nicht gelingen konnte, das mußte vielen Tausenden von Polen unfehlbar glücken. So fand man Gelegenheit, die Polen auch in der Fremde zu organisieren. Sie traten nun in dem vollständig deutschen Lande in geschlossenen Massen auf, gründeten Vereine, deren Mitglieder sich in Bezug auf die Erfüllung der nationalen Pflichten gegenseitig überwachten, und verlangten die Berücksichtigung ihrer Nationalität in jeder Beziehung. Sie kauften nur in Geschäften, deren Inhaber für Bedienung der Kunden in polnischer Sprache sorgten, wobei den Polen vielfach die nationale Gesinnungslosigkeit der Deutschen entgegenkam; sie heuchelten auch sonst Unkenntnis der deutschen Sprache und hielten eng wie Kletten zusammen, alles Nichtpolnische dreist von sich abweisend. Den Lehrmeister und Führer machte auch hier ein polnisches Blatt, der „Wiarus Polski", begründet von einem polnischen Pfarrer Liß, der dort in Westfalen gegen seine kirchlichen Vorgesetzten in einer Weise aufzutreten sich erlaubte, die man wohl dort zu Lande noch nicht erlebt hatte. Auch in Westfalen verlangten die Polen, wie überall, Gottesdienst in ihrer Muttersprache. Diese Forderung konnte natürlich zunächst nur durch polnische Geistliche erfüllt werden. Da sich aber ein dauerndes Bedürfnis erwies, so beruhigten sich die deutschen Oberhirten dieser Diözesen nicht dabei. Der Erzbischof von Köln und der Bischof von Paderborn wünschten die Seelsorge in den Händen deutscher Geistlichen zu lassen; sie sorgten aber, da der Grundsatz der Pastorierung in der Muttersprache ihrerseits nicht aufgegeben werden konnte, dafür, daß eine Anzahl von Geistlichen in der polnischen Sprache ausgebildet wurde. Diese Maßregel erregte im polnischen Lager nicht Anerkennung, sondern leidenschaftlichen Protest und frechen Hohn. Nicht auf die Seelsorge kam es ja den polnischen Führern an, sondern auf die Möglichkeit, nationale Hetzarbeit ungestört in der Form geistlicher Fürsorge und mit Hilfe von Kanzel und Beichtstuhl treiben zu können. Sie verlangten direkt, daß ihnen nicht polnisch sprechende Geistliche, sondern wirkliche Polen in geistlichem Ge-

wande geschickt würden. Erbittert schrieb schon vor zwei Jahren ein gut katholisches deutsches Blatt, das Paderborner „Westfälische Volksblatt": „Jeder Katholik, der im polnischen Osten wohnt, muß mit den Polen durch dick und dünn gehen, denn nur was polnisch ist, ist richtig katholisch; wer ein Gegner der polnischen Aspirationen ist, ist auch kein richtiger Katholik mehr. Woher diese polnische Überhebung, die nur zu lange, auch im Westen, als bare Münze genommen wurde, bis man die Polen dort aus der Nähe kennen gelernt hat? Sie rührt daher, daß der richtige Pole die Nationalität über die Religion stellt, und zwar im öffentlichen, wie im gesellschaftlichen Leben. Wer hier die Polen aus eigener Anschauung kennt, bedarf keines Beweises für die Wahrheit des Satzes." Noch im Oktober 1900 rühmte sich Pfarrer Liß, der Begründer des „Wiarus Polski", in einem Briefe an einen polnischen Konfrater, der in der „Gazeta Torunska" veröffentlicht wurde, in einem geradezu unverschämten Tone seiner Widersetzlichkeit gegen den einstmaligen Paderborner Bischof Simar, den späteren Erzbischof von Köln, weil dieser die Übergriffe und Ansprüche der nationalen Agitation unter der Maske geistlicher Tätigkeit von seinem untergebenen Geistlichen nicht hatte dulden wollen. Mit der größten Unverfrorenheit klagt Liß über die „Verfolgung" der polnischen Fahnen, der polnischen Mützen und der schwarzen Mutter Gottes von Czenstochau; er erzählt, dem Bischof die Antwort gegeben zu haben, die Polen seien nicht nach Westfalen gekommen, um zu beten und andächtige Erzählungen zu lesen, sondern um Erwerb, Brot und Geld zu suchen. Deshalb müsse man ihnen ein politisches Blatt geben und die religiöse Beilage mit „als Nachtisch" (!)

Unter solchen Verhältnissen hat sich das Polentum im Westen zu einer vollständigen Landeskalamität ausgewachsen. Der Zusammenhang untereinander und mit der alten Heimat ist und bleibt gewahrt; darum kommt auch der wirtschaftliche Erwerb dieser Polen immer wieder in irgend einer Form dem heimatlichen Boden und der nationalen Sache zu gute. Wenn der Wohlstand der Polen allgemein sich hebt und der Mittelstand anwächst, so hat das Polentum im rheinisch-westfälischen Industriebezirk seinen reichen Anteil an diesem großen und noch beständig zunehmenden Erfolge.

Nur einem Punkte wird noch besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden sein, nämlich dem Zusammenhang der polnischen Propaganda in Deutschland mit dem Auslande. Es versteht sich, daß die Polen in dieser Beziehung im allgemeinen sehr vorsichtig sind. Trotzdem wird man einen solchen Zusammenhang nicht leugnen können, der sich aus der Lage des Polentums ganz von selber ergibt. Nicht nur daß der Zusammenhang des Polentums in andern Ländern und sogar in überseeischen Gebieten ebenso und mit denselben Mitteln gepflegt wird, wie bei uns, sondern es muß naturgemäß auch eine internationale Verständigung innerhalb des gesamten Polentums zur Förderung des gemeinsamen Zieles stattfinden. Dazu ist durchaus nicht etwa ein großer Apparat notwendig. Familien- und Verkehrsbeziehungen zwischen den führenden Persönlichkeiten in verschiedenen Landesteilen genügen dazu, und je weniger auffällig die Verständigung erfolgt, desto besser. Wenn es sich der Form nach dabei nicht um wirkliche Verschwörungen handelt, so liegt das daran, daß die zu verabredenden Aktionen nicht den akuten Charakter haben, wie ihn die Vorbereitung eines Aufstandes nötig macht: es handelt sich um Direktiven und Arbeitsprogramm für längere Zeit. An dem Wesen der Sache wird aber dadurch nichts geändert. Regierung und deutsche Bevölkerung haben freilich dieser Taktik der Polen gegenüber häufig und lange genug im Stande der Unschuld verharrt, obwohl z. B. Fürst Bismarck sich in dieser Beziehung niemals einer Täuschung hingegeben hat. Erst allmählich ist die Erkenntnis von dem staatsgefährlichen Charakter der Polenfrage in die deutsche Bevölkerung unserer Ostmarken tiefer eingedrungen. Das hat auch auf die Haltung der Polen einen gewissen Einfluß geübt. Sie haben die volle Sicherheit verloren, die aus dem Gefühl entspringt, den Gegner ganz und gar täuschen zu können. Daher tritt neuerdings das Bedürfnis hervor, der gemeinsamen Verständigung einen noch festeren Halt zu geben. In sehr bezeichnender Weise wurde vor nicht langer Zeit diese Idee von Warschau aus aufgenommen. Dort hatte sich ein Komitee gebildet, das eine polnische Liga zum Schutz des Polentums vornehmlich gegen das Deutschtum gründen wollte. Der Aufruf dazu, der natürlich eigentlich geheim bleiben sollte, wurde nicht aus feindlicher Absicht, sondern aus jenem

Gefühl der Unbefangenheit heraus, das einem sorglosen und leicht zu täuschenden Gegner gegenüber sich alles herausnehmen und durch Offenheit am leichtesten täuschen zu können glaubt, von einem galizischen Blatte veröffentlicht. Es kamen darin folgende Stellen vor:

„Wir werden für die Idee Propaganda machen, der das Polentum seit rund hundert Jahren seine Existenz verdankt. Wir werden polnische Vereine in den Grenzgebieten, in den von polnischen Auswanderern bewohnten Gegenden und in der Heimat gründen. Wir werden polnische Schulen ins Leben rufen und in den verschiedenen Ländern, auf der ganzen Welt, überall, wohin unser Einfluß reicht, Vereine von Freunden Polens organisieren. Wir werden alle Organisationen und Institutionen, die zu Gunsten des Polentums wirken, materiell und moralisch fördern. Wir werden die verschiedenartigsten Schriften verbreiten, welche mittel- oder unmittelbar die Hebung des Nationalbewußtseins anstreben. Wir werden die polnische Industrie unterstützen . . . . Wir werden unsern nationalen Bestrebungen außerhalb der Grenzen Polens Ausbreitung und Volkstümlichkeit verschaffen. Wir werden in den Blättern des Auslands und überall da, wo sich dazu Gelegenheit bietet, die an unserer Nationalität verübten Gewalttaten brandmarken. Wir werden die antipolnischen Elemente bekämpfen, die sich heute ungestraft in unseren Landen breit machen . . . . Die Feinde unserer Feinde werden unsere Bundesgenossen sein."

Dieser Aufruf sagte denen, die die Verhältnisse kannten und darüber nachgedacht hatten, nichts Neues; er war aber doch durch die offenherzige Entwickelung des längst in der Praxis befolgten Programms geeignet, manchem die Augen zu öffnen, und darum war es gut, daß diese Idee der polnischen Liga in der deutschen Presse bemerkt und dadurch im deutschen Publikum bekannt wurde. Unsere preußische Polenpresse war darum von der Veröffentlichung nicht sehr erbaut und bemühte sich, die Sache als ein bedeutungsloses Unternehmen einiger Warschauer Querköpfe hinzustellen, ein Vertuschungsversuch, der, wie aus unsrer Darstellung hervorgehen dürfte, den Kernpunkt der Sache gar nicht trifft. Daß trotzdem auch jetzt noch viele Deutsche sich durch plumpe Ableugnungsversuche täuschen lassen, ist ja leider richtig. Sie glauben aus der Bedeutungslosigkeit der „liga polska" auch die

Bedeutungslosigkeit ihres Programms folgern zu dürfen; aber darin eben liegt der Fehler.

Eine gewisse Ähnlichkeit mit dieser Angelegenheit hat eine andre Enthüllung polnischer Machenschaften aus jüngster Zeit. Der Hochverratsprozeß gegen den polnischen Buchhändler Witold Leitgeber aus Ostrowo, den Verleger der dortigen „Gazeta Ostrowska", lenkte die Aufmerksamkeit auf einen seit etwa anderthalb Jahrzehnten gesammelten „polnischen Nationalschatz", der in Rapperswyl in der Schweiz in dem Nationalmuseum, das einst vom Grafen Plater dort eingerichtet wurde, aufbewahrt wird.*) Die Sammlung knüpfte sich an die Idee dieses Nationalmuseums, das nach dem Plan seines Begründers eine Art von Zentralstelle auf neutralem Boden zur Förderung und innern Kräftigung des Polentums und Aufrechterhaltung seiner nationalen Hoffnungen werden sollte. Sammlungen, namentlich unter den in Amerika lebenden Polen, die durch Aufrufe dafür interessiert worden waren, ergaben einen nicht unbeträchtlichen Überschuß an barem Geld, und so wurde ein nationaler Fonds gegründet, der zunächst durch Zinsansammlung und weitere Beiträge auf eine gewisse Höhe gebracht werden sollte, um dann für die polnische Agitation verwendet zu werden. Leitgeber selbst hatte in einer geheim vertriebenen Broschüre „Rapperswyl" die Zwecke dieses Nationalschatzes dargelegt. Er schreibt darin:**)

„Die Bewegung dehnte sich aus und trägt heute in ihrem Schoße die geheimsten Bestrebungen der Nation, die stets lebensvollen, stets wiederauflebenden Bestrebungen, welche die Erreichung des vollen Lebens, die Unabhängigkeit bezwecken . . . Der tatsächliche Zweck der Existenz des Schatzes war schließlich, ein Sammelpunkt materieller Mittel zu sein und diese auf die Höhe zu bringen, daß sie ständige Zuschüsse für die Bedürfnisse der nationalen Arbeit liefern konnten. Einst, wenn sich die Opferfreudigkeit auf den Gipfelpunkt eines großen Zieles erheben wird, kann einzig der Nationalschatz die Eingänge konzentrieren, vor gefährlicher Verwirrung bewahren, indem er bei Zeiten die moralische und

*) In dem Nationalmuseum wird auch das Herz Kosciuszkos, des polnischen Freiheitshelden von 1794, aufbewahrt. (vgl. S. 104.)

**) Ich entnehme dieses Zitat dem Märzheft 1900 der Zeitschrift „Ostmark", Organ des deutschen Ostmarkenvereins.

materielle Garantie bietet, daß die Fonds im Einklang mit dem allgemeinen Plan der politischen Aktion verwendet werden, daß ihre Sicherheit eine absolute, die Verantwortung eine offenkundige ist . . . Von den Fonds des Nationalschatzes darf einzig die politische Organisation Gebrauch machen, die in sich die nationale Bewegung verkörpert und sie de facto leitet, d. h. diejenige Organisation, welche im politischen Leben der Nation eine ähnliche Stellung einnimmt, wie die des Zentralkomitees vom Jahre 1862 . . . . Die nationale Tätigkeit muß aus der Nation die entsprechenden Kräfte zur Besetzung aller Posten, zur Ausnutzung aller Mittel herausholen, wenn sie eine so schwierige, so riesige Aufgabe hat, wie dies die nationale Verteidigung, die Befreiung des Landes aus der Knechtschaft ist. . . Jeder Heller, der aus allen Winkeln Polens dem Nationalschatze zufließt, zeugt von Polen, von dem Wunsche, ihm die unabhängige Existenz wiederzugewinnen."

Die polnische Presse fühlte sich durch diese scharfe Beleuchtung eines Schlupfwinkels ihrer nationalen Tätigkeit im hellen Lichte der Öffentlichkeit sehr unangenehm berührt. Sie fand nur sehr klägliche Ausflüchte, um den Eindruck der Enthüllung abzuschwächen, und flüchtete sich hinter einen nur ihre Verlegenheit verratenden Spott über die Gespensterfurcht der Deutschen, die in einem wenig über 200 000 Francs betragenden Fonds einen großen Kriegsschatz der Polen witterten. Sie vergaß dabei ganz, daß die veröffentlichte Broschüre Leitgebers, wie auch aus der mitgeteilten Stelle hervorgeht, gerade die Gründe dargelegt hatte, die den Fonds *trotz* seiner augenblicklichen Kleinheit nützlich erscheinen ließen. Nichtsdestoweniger ließ sich auch deutsche Philisterweisheit, die sich bekanntlich immer dann am klügsten vorkommt, wenn sie unter allen möglichen Einwänden glücklich die kurzsichtigsten und trivialsten herausgefunden hat, zu einem großen Teil wieder einmal durch die polnische Unverfrorenheit einfangen. Einige deutsche Blätter stimmten in den Spott der Polen über die Kleinheit dieses Kriegsschatzes ein. Niemand aber hat ja auch behauptet, daß sich mit 200 000 Francs das Deutsche Reich aus den Angeln heben ließe. Die Hauptsache ist doch selbstverständlich, daß ein Agitationsfonds besteht, der nicht nur das Schicksal der Polen eines bestimmten Landesteils ins Auge faßt, sondern von neutralem Boden aus den Nutzen des gesamten Polentums im

Auge behält, der genügt, um vorläufig die Kosten gewisser Aktionen bei Wahlen, in der Presse und in Vereinen zu bestreiten und immer da helfend einzugreifen, wo der schwächste Punkt ist, unbekümmert um Staatsgrenzen, und der endlich die allgemeine Opferwilligkeit wach hält, die Phantasie beschäftigt und die Hoffnungen belebt. Auch möge man bedenken, daß auch die fanatischsten Polen die Wiederherstellung Polens nicht heute oder morgen erwarten, und daß, wenn ein solcher Zeitpunkt nach Ansicht der Polen erscheinen sollte, der Fonds sicher nicht mehr 200 000 Francs betragen, sondern diese Summe weit hinter sich lassen wird. Sollte er aber auch dann zu klein sein, um an und für sich einen „Kriegsschatz" zu repräsentieren, so macht es doch immer einen erheblichen Unterschied, ob im Augenblick eines Aufstandes erst noch darüber zu debattieren ist, wohin Opfergaben der Nation zu senden sind und wer sie verwalten soll, oder ob bereits eine Stelle und eine Organisation vorhanden ist, der sich die gemeinsamen Leistungen im Falle der Not angliedern. Auch im privaten Geschäftsleben lassen sich keine strikten Regeln darüber aufstellen, wann ein Geschäft zu unternehmen ist und wann nicht. Ein Unternehmen, das der eine aus Vorsicht ablehnt, wird von einem andern mit Glück durchgeführt. Es kommt eben die Eigenart des Unternehmens in Betracht. So auch im Völkerleben. Die Superklugheit einiger Deutschen, die auf die Nutzlosigkeit des Rapperswyler Unternehmens vom Standpunkt deutscher Anschauungen aus hinweisen, hat gar keinen Wert für die Beurteilung, welchen Nutzen die Polen daraus ziehen. Für ein sanguinisches Volk ohne politische Vertretung kann eine solche Sammelstelle einen erziehlichen und anspornenden Wert haben, den eine nüchterne und phlegmatischere Nation sich kaum vorstellen kann.

Wir können hier diese Darstellung schließen. Wenn wir ihr Ergebnis kurz zusammenfassen wollen, so kann es nur das eine sein, daß die Polenfrage sich heute so entwickelt hat, daß sie zu einer ernsten Gefahr für den heutigen Bestand des preußischen Staats herangewachsen ist. Das polnische Volk ist nicht tot, sondern es lebt und fordert, was ein lebendes Volk zu fordern pflegt, sogar noch etwas mehr. Aber diese Forderung kann nur auf Kosten des preußischen Staats erfüllt werden.

II. Abschnitt.

Deutsche und Polen.

Kapitel 6.

Das Verhältnis der Polen zum preußischen Staat.

Wenn im ersten Abschnitt die Entwickelung der Polenfrage zu zeigen versucht wurde, so ist damit zwar schon die Notwendigkeit einer Abwehr der Gefahr von deutscher Seite begründet, aber diese Gefahr keineswegs schon so nach allen Richtungen gekennzeichnet, um ein klares Urteil über die zweckmäßigste Art der Abwehr zu ermöglichen. Darum bedarf das bisher Gesagte noch einer Ergänzung, die im besonderen das Verhältnis der Deutschen und Polen zu einander und die Vor- und Nachteile der beiderseitigen Lage zu erörtern sucht. Das soll nun im folgenden versucht werden.

Eine Hauptschwierigkeit liegt darin, daß nach deutscher Denkweise die Polen in ihrer Eigenschaft als gleichberechtigte preußische Staatsbürger nicht unter Ausnahmegesetze gestellt werden können. Nach dem Gesetz haben sie denselben Anteil an den verfassungsmäßigen Rechten, wie wir, und können also nicht so leicht als Gesamtheit von den übrigen Staatsbürgern bekämpft werden. Es bedarf keines Hinweises, daß die Polen selbst natürlich diesen Vorteil ihrer Stellung sehr wohl wahrzunehmen verstehen. Wie scharf sie ihre Rechte und Stellung zu formulieren wissen, bezeugt die polnische Presse in unzähligen Beispielen. Hier nur eines von vielen. Als der Finanzminister v. Miquel vor zwei Jahren bei der Einbringung des Etats im Abgeordnetenhause die Verhältnisse im Osten des preußischen Staats besprochen hatte, polemisierte der „Oredownik" gegen ihn in folgenden Ausführungen:

„Vor allem gibt es in Preußen eine Verfassung, ein Recht, und wenn irgend jemand, so sind die Minister verpflichtet, auf der rechtlichen Grundlage zu verharren, wenn sie ihre Politik zu vertreten haben. Herr v. Miquel aber hat in seiner Rede diese rechtliche Grundlage verlassen und von den Polen in einer Weise gesprochen, als ob die letzteren dem deutschen Element im offenen Kampfe gegenüberständen und deshalb vom Gesetz ausgeschlossen werden müßten. Was berechtigt denn eigentlich den Finanzminister, in seinem amtlichen Charakter über das polnische Element in einer Weise zu urteilen, daß dadurch das gesamte rechtlich-politische Verhältnis der Polen zur Regierung und zum preußischen Staat in eine schiefe Lage gebracht wird? Die Polen erfüllen doch alle — aber auch wirklich alle — Pflichten gegenüber dem Throne, der Regierung und dem Staate. Ihre strikte Pflichterfüllung ist dadurch bedingt, daß sie sie erfüllen müssen, ohne Rücksicht darauf, ob es ihnen recht ist oder nicht. Mit welchem Gefühl sie dies tun, ist gleichgültig; es genügt vielmehr die Tatsache, daß wir dem Kaiser, was dem Kaiser gebührt, und dem Staate was dem Staate gebührt, geben. Damit sollten sich ebenso die Regierung, wie auch die Deutschen zufrieden geben. Wenn die polnische Bevölkerung auch an den Wohltaten der Gesetzgebung und der Staatseinrichtungen zu ihrer moralischen und materiellen Entwickelung teilnimmt, so erblickt sie darin keineswegs einen Akt der Gnade, die ihr durch die preußische Regierung zu Teil wird, — weil sie ihrerseits der Regierung für alles Gute ein Äquivalent bietet. Die polnische Bevölkerung versorgt die preußische Armee mit tüchtigen Soldaten, sie kämpft mit ihr in allen Feldzügen, sie zahlt Steuern und liefert für die verschiedensten Verwaltungszweige ein zahlreiches Kontingent von Unterbeamten; daneben beträgt sie sich als Untertanen musterhaft. Wo findet man die Merkmale, die den Minister zu seiner Behauptung berechtigen sollten, das polnische Element im Osten sei regierungs- und staatsfeindlich?“

Die Dreistigkeit dieser Behauptung zeugt davon, wie stark das Polentum von dem Bewußtsein durchdrungen ist, daß der moderne Rechts- und Verfassungsstaat eigentlich keine Mittel hat, der polnischen Agitation zu wehren, so lange diese äußerlich im Rahmen der Staatsgesetze bleibt. Die Polen bleiben aber bei

dieser Inanspruchnahme der preußischen Staatsbürgerrechte keineswegs stehen; sie verlangen vielmehr eine völkerrechtliche Sonderstellung. Sie berufen sich dabei auf Rechte, die ihnen angeblich in den Wiener Verträgen von 1815 zugesichert sein sollen.

Es wird nötig sein, auf diesen geschichtlichen Zusammenhang einzugehen und ihn in den Hauptzügen zu verfolgen. Bis zum Jahre 1807 konnte über die staatsrechtliche Stellung der zu Preußen gehörigen Gebietsteile des ehemaligen Königreichs Polen kein Zweifel bestehen. Teile dieses Reichs waren eben einfach durch das Recht der Eroberung dem preußischen Staate einverleibt. Durch den Tilsiter Frieden wurde aber der bei weitem größte Teil dieses Gebiets wieder von Preußen losgelöst, und Napoleon schuf, um die nationalen Hoffnungen der Polen bequemer für seine großen Pläne ausnutzen zu können, das Schein- und Schattenbild eines polnischen Nationalstaats unter dem Namen des Herzogtums Warschau. Der Beherrscher dieses Staats wurde bekanntlich König Friedrich August von Sachsen. Das sah wie eine Aufmerksamkeit gegen die Polen aus; denn das Haus Sachsen hatte Polen zwei Könige gegeben, und noch der Vater Friedrich Augusts hatte sich um die polnische Krone beworben. Auch Friedrich August selbst hatte kurz nach seinem Regierungsantritt daran gedacht, König von Polen zu werden, auch waren er und seine Brüder die einzigen noch lebenden Nachkommen des gefeierten Polenkönigs und Nationalhelden, Johanns III Sobieski. Denn nachdem der Mannsstamm dieses Königs ausgestorben war, lebte sein Blut noch fort in den Nachkommen seiner Tochter, der Mutter des Kaisers Karls VII Albert, Kurfürsten von Bayern, dessen Tochter wiederum die Mutter des ersten sächsischen Königs war. In Wirklichkeit dachte freilich Napoleon nicht hieran; er wünschte vielmehr die Personalunion zwischen Sachsen und dem Herzogtum Warschau, weil sie ihm bestimmte Zwecke fördern helfen sollte. Der König von Sachsen war unter den Rheinbundfürsten, über die Napoleon hierzu verfügen konnte — denn einen wirklich selbständigen neuen Staat wollte er eben nicht —, der einzige, der Napoleon aufrichtig ergeben war, und an die Hochherzigkeit seiner Absichten redlich glaubte. Diese gewissermaßen zufällig entstandene Personalunion hatte nun aber im

Verlauf der Ereignisse eine bedeutungsvolle Folge; es wurde dadurch bei den Verhandlungen des Wiener Kongresses zwischen der sächsischen und der polnischen Frage ein verhängnisvoller Zusammenhang hergestellt. Von der in Deutschland herrschenden Ansicht ausgehend, daß König Friedrich August durch sein langes Festhalten an dem Bündnis mit Napoleon seine Lande verwirkt habe, strebte die preußische Politik den Besitz von Sachsen als Entschädigung für die verlorenen polnischen Landesteile an. Das war ein einfacher und klarer Grundgedanke, der bei geeigneter Verständigung mit Rußland wohl durchzuführen gewesen wäre. Aber die Eifersucht Österreichs, die durch die arglistigen Bestrebungen der Westmächte unterstützt wurde, durchkreuzte diese Politik, indem es gelang, die preußischen Vertreter auf dem Wiener Kongreß, Hardenberg und Humboldt, zu täuschen und das rechtzeitige Zusammengehen Preußens und Rußlands zu verhindern. Als dann schließlich dieses Zusammengehen dennoch erfolgen mußte, konnte Preußen nur noch einen Teil dessen erreichen, worauf es ihm eigentlich ankam. Es erhielt zwar einen Teil von Sachsen, konnte aber in der polnischen Frage nicht mehr die klare und entschiedene Stellung einnehmen, die bei diesen Verhandlungen wünschenswert war und die auch möglich gewesen wäre, wenn Preußen nicht Österreich vertraut hätte, sondern von Anfang an auf der Grundlage bestimmter Interessen mit Rußland Hand in Hand gegangen wäre. Diese Interessen ließen sich leicht formulieren. Preußen bedurfte Westpreußens kraft alter geschichtlicher Rechte und im Interesse eines zusammenhängenden, wirtschaftlich leistungsfähigen Staatsgebiets; im übrigen aber konnte es gegenüber dem ehemals polnischen Gebiet auf die Politik, die es früher einmal als sogenannte „Teilungsmacht" beobachtet hatte, verzichten und nur so viel polnisches Land an der Warthe und westlich von der Prosna fordern, als zur sicheren und zweckmäßigen Gestaltung der Ostgrenze und zur Herstellung eines Zusammenhangs zwischen Schlesien und Westpreußen unbedingt nötig war. Hielt man diese Grundlage fest, so hätte Preußen den Zaren in seinen polnischen Plänen gewähren lassen und sich seine Unterstützung bei der Entscheidung über Sachsen sichern können. So aber kam es anders. Preußen hatte auf einen umfassenderen Anteil an dem polnischen Besitz nicht unzweideutig genug ver-

zichtet und sich von Metternich und Castlereagh zum Teil gegen die Wünsche des Zaren ins Schlepptau nehmen lassen. Die Folge davon war, daß es bei den Verhandlungen über Polen stets als „Teilungsmacht" im Sinne einer früheren, längst begrabenen Politik betrachtet wurde. So wurde Preußen von vornherein unter einem ganz falschen Gesichtspunkt in die Erörterungen hineingezogen, in denen die europäischen Mächte aus sehr verschiedenen Beweggründen die politischen Verhältnisse der polnischen Nation zu regeln suchten.

Daß auf dieser falschen Grundlage jedem Unfug und jeder Mißdeutung Tür und Tor geöffnet wurde, ist nicht eben wunderbar. Den ersten Anlaß dazu gab die Note Castlereaghs vom 12. Januar 1815, worin der englische Staatsmann den Polen ihre Rechte als Nation unter der Herrschaft der Teilungsmächte zu wahren suchte. Mit berechtigter Schärfe urteilt Heinrich von Treitschke über dieses diplomatische Aktenstück: „Die naive Unwissenheit des edlen Lords dachte die drei Teilungsmächte auf einen Fuß zu behandeln; wer hätte auch diesem Kopf beibringen sollen, daß Preußen zu dem kleinen, schon teilweise germanisierten Posen ganz anders stand, als Österreich zu dem polnisch-ruthenischen Galizien oder Rußland zu der Hauptmasse der alten Adelsrepublik?" Aber die Verhältnisse gestatteten Hardenberg nicht, die Note so zu beantworten, wie es eigentlich im Interesse der Sache notwendig gewesen wäre. Die diplomatische Sprache der Antwort brachte Wendungen mit sich, die verschiedener Deutung fähig waren. Preußen sei bereit — so erwiderte Hardenberg —, dem Posener Lande eine den Gewohnheiten und dem Geiste der Einwohner entsprechende Verwaltung zu geben und zu zeigen, daß das nationale Dasein der Völker unter jeder Regierung unangetastet bleiben könne.

Diese Note ist dasjenige Aktenstück, das unter allen Kundgebungen der preußischen Regierung sich noch am eingehendsten mit dem Gedanken einer besonderen Verpflichtung gegen das polnische Volk beschäftigt. Aber abgesehen von der Nichtverbindlichkeit dieser Note, die nur einen Akt in dem diplomatischen Meinungsaustausch darstellt, ist sie außerordentlich allgemein gehalten, und auch in ihr ist, wie ersichtlich, von einer eigentlichen staatsrechtlichen Sonderstellung Posens nicht die Rede gewesen.

Eine Verpflichtung solcher Art hat nicht einmal Österreich übernommen, obwohl es der damaligen österreichischen Staatskunst gewiß nichts verschlug, Versprechungen einzugehen, die sie ihren Völkern von vornherein nicht zu halten gewillt war. Unter den Herrschern der sogenannten Teilungsmächte war nur Kaiser Alexander damals ernsthaft gesonnen, die Idee eines polnischen Nationalstaats wirklich auszuführen. Er wollte diese Idee benutzen, um wenigstens in einem Teil seiner Staaten die von ihm mit unklarer Schwärmerei erfaßte Rolle eines konstitutionellen Fürsten zu spielen. Die ränkevolle Arglist seines polnischen Freundes, Fürsten Adam Czartoryski, hatte die phantastischen Pläne dieses weichen und eindrucksfähigen Charakters in eine solche Richtung gebracht. Czartoryski glaubte damit seinen Landleuten zu nützen; in Wahrheit beschwor er damit das Verhängnis herauf, das die notwendige Folge eines unnatürlichen Experiments werden mußte. Auch für die andern Mächte wurden die Pläne des Zaren verhängnisvoll, denn es wurde daraus der vollkommen unberechtigte Schluß gezogen, daß die freiwilligen Gewährungen des Zaren an die Polen auf gemeinsam übernommenen Verpflichtungen sämtlicher Teilungsmächte beruhten.

Von alledem enthielten aber die wirklichen Abmachungen des Wiener Kongresses nicht ein Wort. Der Vertrag vom 3. Mai 1815 bestimmte nur: „daß die polnischen Untertanen Institutionen erhalten sollten, welche die Bewahrung ihres Volkstums sichern, in Gemäßheit der Staatsformen, welche jede der beteiligten Regierungen ihnen zu gewähren für gut finden wird." Zu dieser Vereinbarung traten weitere Abmachungen eigentümlicher Natur, welche den Handel des ehemals polnischen Gebiets betrafen. Es wurden nämlich der Zollerhebung für eigene Erzeugnisse der ehemals polnischen Landesteile gewisse Grenzen gesetzt, und der Transport polnischer Waren auf den Flüssen bis zu den Seehäfen erhielt gewisse Vergünstigungen. Über das Schicksal dieser handelspolitischen Zusatzbestimmungen wird weiterhin noch zu berichten sein; hier soll nur zunächst erörtert werden, welche Deutung der soeben angeführten Abmachung über die staatsrechtliche Stellung der polnischen Landesteile gegeben werden muß. Offenbar besagt sie das gerade Gegenteil von einer staatsrechtlichen Ausnahmestellung; sie stellt vielmehr die Staatsformen,

unter denen die polnischen Untertanen regiert werden sollen, in das völlige Belieben des herrschenden Staats. Sie gestattet also die völlige Einverleibung in das Staatsganze und gesteht vor allem nicht etwa einem bestimmten Gebietsteil, sondern den polnischen Untertanen persönlich den Schutz ihrer Nationalität zu.

Wenn also die Wiener Verträge als Grundlage der staatsrechtlichen Stellung der preußischen Polen gelten sollen, so kann nur daraus gefolgert werden, daß der einzelne Pole nicht gezwungen werden soll, seine Nationalität aufzugeben. Dagegen folgt nicht daraus, daß der Staat etwa die Verpflichtung übernimmt, die ehemals polnischen Gebietsteile dauernd als polnisches Land anzusehen. Und selbst jener Schutz der Nationalität wird nach dem ganzen Sinn und Zusammenhang des Vertrages nur gewährt unter der Voraussetzung der vollen Anerkennung der preußischen Untertanschaft für die preußischen Polen und unter der Wahrung der vollen Freiheit des Staats, die Formen des Verhältnisses zu seinen polnischen Untertanen zu bestimmen. Endlich kommt noch ein wichtiger Umstand hinzu, der von den Polen geflissentlich bei Seite geschoben wird. Der Wiener Vertrag ist ja nicht eine Abmachung, die zwischen den Mächten einerseits und irgend einer anerkannten Vertretung des polnischen Volks andererseits abgeschlossen ist. *Die Kontrahenten sind vielmehr die Mächte unter sich.* Es soll also darin nur zum Ausdruck gebracht werden, daß die Mächte ein gegenseitiges Interesse daran haben, daß nicht etwa eine von ihnen durch ihre grundsätzliche Auffassung der geschichtlichen Rechte des polnischen Volks in die Rechte irgend einer andern beteiligten Macht verletzend eingreift. Es handelte sich um den förmlichen Abschluß der diplomatischen Verhandlungen über das Schicksal Polens, keineswegs aber um die Festlegung der inneren Politik der Teilungsmächte zu Gunsten polnischer Interessen. Wenn im Laufe der Verhandlungen allerdings solche Tendenzen ihren Ausdruck gefunden haben, so beweist eben das Ergebnis, daß diese Auffassungen nicht siegreich das Feld behauptet haben, sondern zurückgewiesen sind.

Die Polen selbst sind in allen diesen Punkten begreiflicherweise anderer Ansicht. Sie halten sich an die Tatsache, daß schon die bloße Existenz der Verhandlungen über Polen und ihr förmlicher

Abschluß die Anerkennung des polnischen Volks als eines Ganzen in sich schließt, und das genügt ihnen als Beweis für die Anerkennung historischer Rechte, nur mit dem Unterschiede, daß das polnische Volk — der echte Pole ergänzt hier in Gedanken: „vorläufig" — darauf verzichten muß, auch politisch einen Staat zu bilden. Die Teilungsmächte sind dann nach dieser Ansicht gewissermaßen nur Verwalter je eines Teils des ehemals polnischen Landes und übernehmen darin einfach die Pflichten der ehemaligen polnischen Regierung.

Bei dieser Frage ist der entscheidende Punkt nicht in der Untersuchung zu erblicken, ob eine solche Deutung mit dem Wortlaut des Wiener Traktats vereinbar und insofern überhaupt zulässig ist. Da es sich um eine Frage handelt, die die Lebensinteressen der beteiligten Staaten berührt und nicht ohne Beeinträchtigung ihrer Würde und ihres Rechts in dem von den Polen gewünschten Sinne behandelt werden kann, so würde die polnische Auffassung nur dann gelten können, wenn der Wortlaut des Vertrages sie geradezu forderte oder die Vorgeschichte des Vertrages Beweisgründe ergäbe, die als feste Unterlage für berechtigte Ansprüche der Polen dienen könnten. Aber nichts von alledem ist ernsthaft nachzuweisen. Der preußische Staat hat also weder die Pflicht, noch überhaupt auch nur die Möglichkeit, die polnische Auffassung des Wiener Vertrages sich zu eigen zu machen. Und wenn selbst der preußische Staat diese Wiener Abmachung als eine Art von Vertrag mit dem polnischen Volke auffassen wollte — was sie, wie erwähnt, durchaus nicht ist —, so würde doch der Wortlaut der Bestimmungen sie für eine magna charta der Polen in jeder Beziehung ungeeignet machen. Denn sie enthalten gar kein unzweifelhaftes Recht. Die Anerkennung dieser Rechtsurkunde von beiden Seiten würde gar nichts nutzen, da sie eben nichts Positives enthält und der verschiedensten Deutungen fähig ist. Im Privatleben würde ein solches Verhältnis unzweifelhaft einen Rechtsstreit herbeiführen. Ein solcher Rechtsstreit zwischen zwei Völkern, die keine entscheidende Instanz über sich haben, ist unmöglich; er wird von selbst zur Machtfrage. Die Polen selbst haben das anerkannt, indem sie von dem Rechtsverhältnis, in dem sie zum preußischen Staat standen, keinen Gebrauch machten, sich auf den Standpunkt eines selbständigen,

gleichberechtigten Volks stellten und an die Gewalt appellierten. Sie suchten ihre Rechte zu erzwingen und gaben dadurch nach völkerrechtlichem Gebrauch dem preußischen Staat das Recht, die Entscheidung auch seinerseits durch Geltendmachung seiner Macht herbeizuführen. Da die Polen ihre Bestrebungen nicht durchzusetzen vermocht haben, so ist der preußische Staat in der Lage des Siegers, d. h. er bringt seine, nicht des Unterworfenen Auffassung zur Geltung. Auch Rußland, das doch seinerseits aus dem polnischen Anteil ein eigenes Königreich mit besonderer Verfassung gemacht hatte, betrachtete diese Einrichtung von dem Augenblick an als verwirktes Recht, als die Polen 1830/31 die Entscheidung auf gewaltsamem Wege versucht hatten. Weshalb sollte Preußen den Polen mehr gewähren, als die Russen, zumal es für seinen Anteil niemals die Verpflichtungen übernommen hatte, die Kaiser Alexander I. den Polen durch Verleihung einer Verfassung freiwillig zugestanden hatte?

Die Polen behaupten nun freilich, Preußen habe bei gewissen Gelegenheiten ihre Auffassung sich tatsächlich zu eigen gemacht. Aber niemals ist von preußischer Seite aus dem Wiener Traktat amtlich eine Folgerung gezogen worden, die den polnischen Auslegungen zur Unterlage hätte dienen können. Was zunächst die Benennung des sogenannten „Großherzogtums Posen" betrifft, so sollte damit nicht im entferntesten irgend eine besondere Stellung dieses Landesteils angedeutet werden. Es ist bekanntlich üblich, das Besitzrecht der Krone auf einen Landesteil durch Aufnahme eines Herrschertitels in den sogenannten großen Titel des Königs auszudrücken. Posen hatte historisch nie eine besondere staatliche Einheit besessen; es war eben ein Teil von Polen. Hin und wieder ist von Herrschern der Brauch festgehalten worden, auch solche Titel weiter zu führen, auf die sie nur teilweise Berechtigung haben. Unmöglich aber konnten der König von Preußen und der Kaiser von Österreich in diesem Falle den Titel „König von Polen" annehmen. Auch sollte doch gerade Posen von dem Königreich Polen losgelöst werden. Daher erfand man für diese Provinz einen neuen Fürstentitel und wählte willkürlich die Bezeichnung eines „Großherzogtums", da dieser Titel in der napoleonischen Zeit Mode geworden war und die Provinz in der Tat einen größeren Flächenraum umfaßte, als die deutschen Herzogtümer.

Die Polen suchten nun aber geflissentlich in dieser Benennung den Wunsch, eine landschaftliche Besonderheit der Provinz auszudrücken und in ihr die Wiege des Großpolentums zu ehren.

Durch den neuen Titel hatte aber Posen nichts vor den übrigen Provinzen voraus; es huldigte genau wie alle andern dem König von Preußen. Um nun aber dennoch eine Besonderheit zu begründen, stützen sich die Polen auf zwei Tatsachen, die sie in ihrer Weise deuten: die Proklamation des Königs und die Einsetzung eines Statthalters.

Die Proklamation enthielt die Worte: „Auch Ihr habt ein Vaterland und mit ihm einen Beweis Meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasselbe erhalten. Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen." Aus diesen Worten will man die Anerkennung eines besonderen polnischen Vaterlandes herauslesen. Aber dazu liegt wiederum nicht die geringste Notwendigkeit vor. Im Gegenteil, der König bietet dem besiegten, gedemütigten, ihm gewissermaßen gefesselt überlieferten Volke ein neues Vaterland, die preußische Monarchie. Als wirkliches Vaterland will diese Monarchie angesehen werden, nicht nur als Zwingherr. Dieses Verhältnis wird den Besiegten von dem Eroberer angeboten in achtungsvoller Anerkennung der früher bewiesenen Vaterlandsliebe, und so wird ihnen auch der Schutz der Nationalität zugesichert, aber natürlich unter der Annahme, daß auch die Polen den preußischen Staat vorbehaltlos als ihr Vaterland ansehen. Die Polen aber wollen zwar den Schutz der Nationalität gern in Anspruch nehmen, indessen zum preußischen Staat ein Verhältnis behaupten, das wohl den Zwang zur Erfüllung gewisser gesetzlicher Verpflichtungen in sich schließt, aber, wie wir bereits nachgewiesen haben, von der Anerkennung dieses Staats als Vaterland weit entfernt ist und sich daher auch das Recht beilegt, gegen den Bestand des Gesamtstaats zu arbeiten. Das kann sich natürlich der preußische Staat nicht gefallen lassen, und am allerwenigsten hat König Friedrich Wilhelm III. in seiner Proklamation an dergleichen gedacht.

Auch die Statthalterschaft des Fürsten Radziwill ist von den Polen anders gedeutet worden, als sie vom Könige gemeint war. Letzterer glaubte der unterworfenen Nation einen Achtungsbeweis zu geben, wenn er einen Mann aus alt-

litauischem Fürstengeschlecht, das in der polnischen Geschichte eine Rolle gespielt und in dem sich Hohenzollern- und Jagellonenblut mehrfach gemischt hatte, in seinem Namen unter den polnischen Untertanen wohnen ließ. Es sollte dies nicht eine Anerkennung staatlicher Sonderexistenz, sondern eine Art Entschädigung für ihren Verlust sein. Die Polen aber übersahen geflissentlich, daß die Provinz Posen genau wie jede andere Provinz des Staates verwaltet wurde und daß dem Statthalter gar keine eigentlichen Verwaltungsbefugnisse zukamen, daß er nur ein Repräsentant neben dem Oberpräsidenten war. Sie deuteten unverfroren das Vorhandensein einer Statthalterschaft als die Einräumung einer staatsrechtlichen Besonderheit in dem Verhältnis des ehemals polnischen Landesteils zur preußischen Monarchie. Fürst Anton Radziwill selbst, dessen schöngeistige Natur den Reibungen politischer Gegensätze durchaus abhold und der von persönlicher Verehrung für den König und sein Haus erfüllt war, meinte seinen Treueid bei seiner eigenen vornehmen Denkweise und bei seiner genauen Kenntnis der wohlmeinenden Absichten des Königs durchaus ehrlich. Er warnte ausdrücklich seine Landsleute vor Täuschungen und falschen Hoffnungen, aber er wurde absichtlich mißverstanden, und seinen Worten wurde ein anderer Sinn untergelegt.

Die Berufung der Polen auf die Verträge von 1815 ist also in jeder Beziehung ein unehrliches Spiel. Was wirklich in diesen Verträgen steht, ist ihnen treu gehalten worden, aber sie haben widerrechtlich mehr gefordert, als der preußische Staat ihnen bewilligen konnte. Da die Wiener Verträge ohne jeden Vorbehalt die Einverleibung der ehemaligen polnischen Gebietsteile in das Gebiet der Teilungsmächte bestimmen, so waren die Polen gerade nach diesen Verträgen verpflichtet, ihre Sonderwünsche durchaus dem Gesamtinteresse ihres neuen Vaterlandes unterzuordnen. In diesem Zusammenhang erwiesen sich freilich die *handelspolitischen Abmachungen* über Polen von vornherein als *undurchführbar*. Fürst Czartoryski verfolgte einen sehr fein ersonnenen Plan, als er es verstand, diese handelspolitischen Ideen in die Verträge über Polen hineinzuschmuggeln. In einer Zeit, wo sich die Länder allgemein durch Zollschranken gegen einander absperrten, war es gewiß ein großartiger Gedanke, das alte Polen trotz seiner politischen Zerstückelung als ein einheit-

liches Wirtschaftsgebiet zu erhalten. Wenn dieser Plan glückte, so war damit eine Grundlage der nationalen Einheit erhalten, die die Herrschaft der Teilungsmächte den Polen gegenüber dauernd als ein Ausnahmeverhältnis erscheinen ließ und den Fortbestand Polens in einer außerordentlich wichtigen und weittragenden Beziehung sicherte, ohne daß eine politische Handhabe dagegen zu finden war. Und es schien wirklich, als sollte dieser Plan glücken. Czartorysski wußte nicht nur Kaiser Alexander, sondern auch Hardenberg für seine Ideen zu gewinnen. Das alte Polen — in den Grenzen von 1772! — sollte insofern als ein eigenes Wirtschaftsgebiet betrachtet werden, als es für seine eigenen Erzeugnisse eine gewisse Handelsfreiheit genießen sollte. Die Zölle für diese Erzeugnisse sollten einen mäßigen Satz nicht übersteigen; auch wurde ihnen dafür freie Schiffahrt auf den polnischen Flüssen nach den Seehäfen garantiert. Für Galizien hatten diese Bestimmungen überhaupt wenig oder gar keine Bedeutung; es kamen dabei nur Preußen und Rußland in Betracht. Ohne weiteres aber ist klar, daß Preußen dabei der leidtragende Teil war. Denn den Hauptnutzen hatte natürlich das russische Polen, dem der Weg zu den preußischen Ostseehäfen geöffnet war. Die buchstäbliche Ausführung des Vertrages mußte Preußen in große Verlegenheiten bringen; es hätte eigentlich innerhalb seines eigenen Gebiets eine Zollgrenze errichten müssen, natürlich zum Nutzen der nationalpolnischen Bestrebungen und zum Schaden der eigenen Staatsinteressen. Glücklicherweise wendete Rußlands Verhalten diese Gefahr von Preußen ab. Hätte Rußland seinerseits den Vertrag buchstäblich erfüllt, so hätte es immer noch Vorteil genug gehabt und Preußen in große Verlegenheit gebracht. Aber die russische Regierung dachte gar nicht daran, das Polen von 1772, so weit es innerhalb seines Machtbereichs lag, als ein einheitliches Zollgebiet wiederherzustellen. Es ließ die Zollgrenze zwischen dem neugeschaffenen Königreich Polen — „Kongreßpolen" — und dem östlich angrenzenden russischen Staatsgebiet bestehen, obwohl doch Litauen und Wolhynien in das polnische Zollgebiet hätten einbezogen werden müssen. Diese Nichtausführung des heiklen Vertrages von Seiten Rußlands entband auch Preußen von der Verpflichtung, Einrichtungen zu treffen, die gegen seine wichtigsten Interessen verstießen. Dazu kam, daß nicht nur Österreich den

Vertrag einfach als nicht vorhanden betrachtete, sondern auch die damalige polnische Regierung selbst durch ihre Ansprüche die preußische Regierung geradezu zwang, den Vorstoß gegen die wirtschaftliche Autonomie Preußens energisch abzuwehren. Preußen brach zwar die Verhandlungen noch nicht ab, wies aber die polnischen Forderungen, die unverfrorenerweise vom Zaren unterstützt wurden, entschieden zurück und zeigte sich zwar bereit, die Frage durch einen besonderen Handelsvertrag neu zu regeln, ließ sich aber mit Recht einstweilen nicht darauf ein, die handelspolitische Sonderstellung seiner östlichen Provinzen zuzugestehen. Es war dies die einzig richtige und mögliche Stellungnahme, und sehr bald hatten sich die Dinge so entwickelt, daß bei den Verhandlungen von der ursprünglichen Zusatzakte zum Wiener Vertrage nicht mehr die Rede war; es wurde eben ganz einfach zwischen Preußen einerseits, Rußland und Polen andrerseits über den Abschluß eines Handelsvertrags beraten. Die zwingende Macht der Tatsachen und der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Staaten als der wirklich vorhandenen politischen Größen hatte von selber eine Idee in den Hintergrund gedrängt, die die wirtschaftlichen Fragen für politische Hintergedanken und Zukunftsträume ausnutzen wollte. Der Handelsvertrag kam am 19. Dezember 1818 zu Stande. Er regelte in vernünftiger Weise die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Nachbarländer, allerdings zum Ärger der polnischen Patrioten so, daß eine Förderung der nationalpolnischen Bestrebungen daraus nicht erwachsen konnte. Auch dieses Verhältnis hat freilich nicht lange gedauert, aber es war wiederum nicht Preußen, das nun die letzten Spuren und Folgen der Wiener Abmachungen über das handelspolitische Verhältnis der ehemals polnischen Lande beseitigte. Im März 1822 schlug Rußland unter dem Einfluß Cancrins in seiner Handelspolitik neue Wege ein; es führte in der rücksichtslosesten Form ein strenges Prohibitivsystem für Rußland und Polen ein, sodaß Preußen, obwohl es wiederum in langwierigen Verhandlungen versuchte, die Wiener Verträge insoweit aufrecht zu erhalten, als es daraus eine Art von Recht auf einen Handelsvertrag mit Polen ableitete, doch nicht umhin konnte, den handelspolitischen Fehdehandschuh Rußlands aufzunehmen und den Wiener Vertrag endgültig zu begraben. In dem einzigen Punkte also, in dem die

Polen mit einem gewissen Recht von dem Bruch und der Nichtbeachtung der Wiener Verträge reden könnten, hat Preußen gar nicht die Macht und die Möglichkeit besessen, das zu ändern. Die Verhältnisse waren stärker als die Abmachungen.

Die Polen haben nun seitdem ihr Verhältnis zum preußischen Staat niemals vorbehaltlos anerkannt. Wiederholt haben sie es mit Verschwörungen und Ungesetzlichkeiten versucht und endlich 1848 auch an die Gewalt appelliert. Dabei sind sie unterlegen, und somit besteht für den preußischen Staat überhaupt keine Verpflichtung mehr, der polnischen Auffassung über ihr Verhältnis zum Staat irgendwelche Beachtung zu schenken. Inzwischen ist auch das Leben des preußischen Staats selbst auf eine ganz neue Grundlage gestellt worden. Wenn jetzt noch von besonderen Rechten der Polen die Rede sein könnte, so müßte in der Verfassungsurkunde des preußischen Staates etwas darüber zu finden sein. Aber das ist bekanntlich nicht der Fall, und somit sind die polnischen Bewohner unserer östlichen Provinzen einfach Preußen wie andere auch. Sie haben natürlich mancherlei Versuche gemacht, auch unter den neuen Verhältnissen des Verfassungsstaats sich wieder eine Sonderstellung zu erkämpfen und von Regierungsstelle irgend ein Wort zu provozieren, auf das sie sich berufen könnten. Im ersten Jahrzehnt des preußischen Verfassungslebens war dazu keine rechte Gelegenheit gegeben. Als aber infolge der Militär-Reorganisation der Verfassungskonflikt sich vorbereitete, hielten die Polen im preußischen Abgeordnetenhause ihre Zeit für gekommen. Am 22. April 1861 brachte der Abgeordnete v. Niegolewski folgenden Antrag ein:

„Die preußische Regierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß endlich wenigstens die nach dem positiven Völkerrecht garantierte territoriale Einheit des ehemaligen polnischen Gesamtstaats von 1772, sowie die den Polen innerhalb dieser Grenzen zustehenden nationalen und politischen Rechte zur vollen Geltung und Ausführung gelangen, und daß dieselben nicht fernerweit willkürlich von den verpflichteten Mächten verkümmert werden."

Dieser durch die Dreistigkeit der darin enthaltenen Ansprüche besonders ausgezeichnete Antrag, der gerade mit den Wiener

Verträgen in offenkundigem Widerspruch steht, war in folgender Weise begründet:

„Der Antrag will sich ausdrücklich nur auf das positive Völkerrecht stützen, d. h. auf die Verträge von 1815 (!!), und es wird aus diesen nachzuweisen versucht, daß man damals die polnische Nation unter drei Fürsten stellte, ohne das Land als vollständig geteilt anzusehen: vielmehr erkannte man zwischen den einzelnen Teilen eine Integrität, eine gewisse territoriale Einheit an, indem innerhalb der Grenzen des alten Polens von 1772, trotz der drei verschiedenen Szepter, nicht nur im Grenzverkehr, sondern auch in allen merkantilen Beziehungen die größten gegenseitigen Erleichterungen (und zwar nur für die Bewohner dieser polnischen Landesteile) ausbedungen wurden. Ferner haben sich die kontrahierenden Mächte gegenseitig zur Aufrechterhaltung der polnischen Nationalität vermittelst nationaler Institutionen und Verfassungen ausdrücklich verpflichtet. Die Antragsteller sind ihrerseits nicht gemeint, sich auf die Wiener Traktate als eine Basis unveräußerlicher Rechte der Polen zu berufen, da sie ohne ihre Zustimmung und Mitwirkung geschlossen sind; aber keinem, der durch diese Traktate Verpflichtungen gegen die Polen übernommen habe, stehe das Recht zu, dieselben einseitig zum Nachteil der Polen zu verkümmern oder aufzuheben."

In so dreister und entschiedener Weise wollten also die Polen unter der damals soeben begonnenen Regierung Wilhelms I. ihre Ansprüche zur Geltung bringen. Die damalige Regierung aber erkannte die Bedeutung dieses Vorstoßes und erteilte den Antragstellern eine Abfertigung, die in ihrer schroffen und bestimmten Form kein Mißverständnis aufkommen lassen konnte. Der Minister des Innern, Graf Schwerin, gab damals folgende Antwort:

„Ich kann, um den Standpunkt der Regierung zu bezeichnen, nur sagen, daß es nicht darauf ankommt, was in diesem oder jenem Vertrage steht, sondern nur darauf, daß die Provinz Posen von dem Könige von Preußen mit voller Souveränität in Besitz genommen ist und daß diese volle Souveränität eine territoriale Einheit des ehemaligen Polens nicht gestattet und eine Abscheidung von den anderen Provinzen des Staats ausschließt. Diese Souveränität bedingt, daß in jener Provinz kein anderes Gesetz gilt,

als nur preußisches Gesetz und Recht, und daß das preußische Gesetz dort fort und fort gehandhabt werden soll. Ich kann die Versicherung nur wiederholen. Dagegen wird aber die Regierung eine jede Übertretung des Gesetzes, möge sie mit Worten oder mit den Waffen in der Hand geschehen, mit aller Entschiedenheit zu jeder Zeit zurückzuweisen wissen."

Die Polen wurden hier also mit großer Bestimmtheit auf den Standpunkt verwiesen, der fortan von der preußischen Regierung als der einzig mögliche streng festgehalten wurde, daß sie nämlich vorbehaltlos Angehörige des preußischen Staats sind und auf sie kein anderes Grundgesetz Anwendung finden kann, als die preußische Verfassung. Diese gewährt den Polen Rechte genug und steht den Rechten, welche ihnen in den Wiener Verträgen wirklich zugesagt sind, nämlich der Aufrechterhaltung ihrer nationalen Sprache und Sitte, durchaus nicht im Wege. Aber allerdings setzt jede Gewährung von Rechten auch die Erfüllung von Pflichten voraus und zwar allermindestens der Pflicht, die Grundlage anzuerkennen, von der die Gewährung der Rechte ausgeht. Das ist nicht nur im Staatsleben so; das ist vielmehr der Grundgedanke aller menschlichen Rechtsverhältnisse, gleichviel wie sie im übrigen zustande kommen. Um nur ein naheliegendes Beispiel zu erwähnen, so kann nach bürgerlichen Rechtsbegriffen — von kirchlichen Satzungen wird dabei natürlich abgesehen — eine Ehe nur dann bestehen bleiben, wenn die bürgerliche Zweckbestimmung der Ehe von den Beteiligten anerkannt wird. Der gesetzliche Schutz für einzelne Rechte des Ehegatten hört auf, sobald nachgewiesenermaßen die Pflicht jener Anerkennung nicht erfüllt ist. Besondere Abmachungen über den Verzicht auf Rechte, die durch den rechtsgültigen Abschluß einer Ehe als selbstverständlich gegeben sind, werden vom Rechtsstandpunkte aus immer ungültig sein. So ist es bei allen Rechtsverhältnissen, die zwei Teile an einander binden; es muß eine allgemeine Voraussetzung da sein, die den Charakter dieses Verhältnisses bestimmt. Wenn ein Staat ein unterworfenes Land in Besitz nimmt, kann er die Rechtsverhältnisse dieses Landes auf die verschiedenste Weise ordnen, je nach der Grundanschauung, von der aus er seine Stellung zu dem neuen Besitz beurteilt. Wenn er aber ein solches Land vorbehaltlos an der seinen eigenen Bürgern gegebenen Verfassung

teilnehmen läßt, so ist damit die Grundanschauung in einer ganz bestimmten Weise festgelegt. Die Frage, wie die politische Vereinigung des unterworfenen Landes mit dem Gesamtstaat zu stande gekommen ist, spielt dann keine Rolle mehr, ebenso wie von dem Augenblick an, wo eine Ehe geschlossen ist, es für die Beurteilung der rechtlichen Seite der Sache völlig gleichgültig ist, ob die Ehe das Ergebnis einer Herzensneigung oder eines von dritten Personen ausgeübten Zwanges ist. Die unbeschränkte Gültigkeit der preußischen Verfassung für die Provinz Posen schließt die unlösbare Zugehörigkeit der preußischen Polen zum preußischen Staat, ihre wirkliche Eigenschaft als Preußen in sich, und sobald die Polen dies nicht anerkennen wollen, stellen sie sich selbst zugleich außerhalb der preußischen Verfassung. Eins ist ohne das andere nicht denkbar.

So einfach das in der Theorie festzustellen ist, so schwierig gestaltet sich die Sache in der Praxis. Wenn auch die Verfassung eine Anzahl von Rechten gibt, die nur durch die Voraussetzung eines unmittelbaren Interesses der Staatsbürger an dem Bestande des Staats und dem Gemeinwohl begründet sind, so gibt es doch keine genau zu bestimmenden Merkmale, um einen Bürger, der dieser Voraussetzung genügt, von andern unterscheiden zu können. Die Erfüllung gewisser Staatsbürgerpflichten kann ja durch die Bestimmungen des Strafgesetzes gesichert werden. Das können aber nur solche Pflichten sein, die schon durch das persönliche Interesse der Staatsbürger oder durch anerkannte Forderungen des Sittengesetzes als notwendig anerkannt sind. Gerade die Pflichten, deren Voraussetzungen das Interesse am Bestande des Staats und am Gedeihen der Allgemeinheit bildet, erfordern einen gewissen Spielraum, und deshalb gewährt der moderne Verfassungsstaat, weil er die Betätigung der Einzelpersönlichkeit und ihre Mitverantwortlichkeit für das Gemeinwohl anstrebt, mit Hilfe von Wahlrecht, Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht die im Interesse des Ganzen notwendigen Freiheiten. Der Staat muß den verschiedenen Mitteln und Wegen, durch die je nach Weltanschauung und Parteirichtung die Staatsbürger das Gemeinwohl fördern wollen, die Möglichkeit bieten, zu Gehör gebracht zu werden, und er muß dabei selbst eine Opposition dulden, die ihm in jeder Beziehung unbequem ist. Unter solchen Umständen

ist es natürlich immer möglich, daß sich jemand in allen gesetzlich faßbaren Beziehungen vollkommen tadellos hält und doch im Grunde auf eine Schädigung des Staats hinarbeitet, daß er die Rechte der Verfassung wahrnimmt und doch ihre Voraussetzung nicht erfüllt, indem er die unausgesprochenen, eben als selbstverständlich angenommenen sittlichen Pflichten gegenüber dem Vaterlande für sich selbst nicht als bindend oder mindestens nicht als auf die Dauer bestehend ansieht. Wie ausgezeichnet die Polen diese Stellung ihrerseits einzunehmen verstehen, ist schon bei der Schilderung der polnischen Propaganda gezeigt worden. Innerhalb weit, aber doch genau und vorsichtig abgesteckter Grenzen, die zu finden einer mit List und Verschlagenheit besonders begabten Nation nicht schwer fallen konnte, vermögen sie ziemlich offen und ungehindert für ihre nationalen Zwecke zu wirken und ihre Besonderheit zu pflegen. Befolgen sie ja doch die Gesetze und genießen dafür die verfassungsmäßigen Rechte der freien Meinungsäußerung! Wir haben schon am Anfang dieses Kapitels nach dem „Orendownik" dargelegt, wie sich die Polen den aus der Verfassung entspringenden Vorteil zurechtlegen.

Nicht immer freilich gelingt es ihnen, diese Rolle ganz ohne üble Erfahrungen durchzuführen. Aber sie wissen auch aus den Fällen, in denen unserer unendlich langmütigen Staatsgewalt einmal die Geduld reißt, einen gewissen Nutzen zu ziehen, den Nutzen des Märtyrertums. Sobald der Staat in richtiger Erkenntnis diesem gefährlichen Treiben entgegentritt, schreien sie mit voller Lungenkraft, man verfolge sie ungerecht und behandle sie als Staatsbürger zweiter Klasse. Diese Taktik ist natürlich und naheliegend; unbegreiflich ist nur, wie Deutsche sie unterstützen können, indem sie in die Beschuldigung, die preußische Regierung sehe in den Polen Staatsbürger zweiter Klasse, mit einstimmen. Denn es gehört eigentlich schon eine ungewöhnliche Kurzsichtigkeit dazu, um Sinn und Zweck des polnischen Vorgehens nicht zu durchschauen. Aber unter den Wortführern der öffentlichen Meinung gibt es noch gar zu viele, die, so sehr sie sonst wohl durch Kenntnis und Bildung hervorragen mögen, doch dem Wesen der Polenfrage noch nicht die rechte Aufmerksamkeit geschenkt haben und an gewissen vorgefaßten Meinungen hängen, die sie den Erfahrungen nicht des polnischen, sondern des

deutschen Lebens entlehnen. Ihnen folgt natürlich eine ganze Anzahl leicht bestimmbarer Gemüter, zumal da bei uns die friedlichen, ruheliebenden und leidenschaftslosen Charaktere ein großes Übergewicht haben. An diesem Charakterzug unseres Volks prallen auch die meisten Versuche, über das polnische Treiben Aufklärung zu verbreiten, wirkungslos ab, so lange nicht entweder die Erfahrung am eigenen Leibe oder eine anerkannte Autorität Abhilfe schafft. Auch entspricht es deutscher Denkweise, daß ein einziger Fall von wirklicher Ungerechtigkeit, ein einziger grober Mißgriff, dessen Opfer ein Pole wird, in den Augen einer großen Zahl unserer Landsleute hundert Fälle der ärgsten polnischen Anmaßung aufwiegt. Niemand weiß das besser, als eben die Polen, und darum arbeiten sie mit großer Schlauheit daran, Fälle solcher „Verfolgungen" zu konstruieren. Die Geschicklichkeit, verfassungsmäßige Rechte zur Agitation gegen den Staatsbestand zu benutzen, ist von den Polen zu einer wahren Virtuosität ausgebildet worden, sodaß sie jedes energische Vorgehen der Behörden gegen offenbare Übergriffe immer zu einem Attentat gegen die verfassungsmäßige Freiheit zu stempeln vermögen und dabei regelmäßig die deutschen Oppositionsparteien als Bundesgenossen gewinnen.

Hier zeigt sich also eine Hauptschwierigkeit der Polenfrage in ihrer ganzen Schärfe: Obwohl das Streben und die vermeintliche Rechtsgrundlage der Polen (d. h. der Wiener Vertrag nach polnischer Auffassung) über die preußische Verfassung offenbar hinausgeht und sich direkt gegen sie richtet, benutzen die Polen doch die Freiheiten der preußischen Verfassung als ihr wichtigstes Kampf- und Rechtsmittel, und der preußische Staat kann zu dem für manche Anschauungen vielleicht naheliegenden Ausweg, der Suspension der Verfassung für die Polen, nicht schreiten, da dies praktisch nicht durchführbar ist. Denn es müßte dann entweder ein Ausnahmegesetz für die Polen gegeben werden — und daß dieses leicht umgangen werden könnte, geheimen Organisationen der Polen Vorschub leisten, überdies auch der deutschen Opposition begegnen, alles in allem also völlig scheitern würde, liegt auf der Hand —, oder es müßte eine territoriale Abgrenzung des ehemals polnischen Gebiets mit besonderen Rechtsverhältnissen stattfinden, und das wäre erst recht verkehrt. Es kommt vorerst darauf an, sich dieser Schwierigkeit mit voller Klarheit bewußt zu werden.

Kapitel 7.

Der polnische Volkscharakter.

Es dürfte nach den bisherigen Auseinandersetzungen, in denen möglichst objektiv und an der Hand tatsächlicher Bekundungen das Schicksal des polnischen Volks, seine Auffassungen und Ziele dargestellt worden sind, jetzt die Gelegenheit gegeben sein, den psychologischen Unterschieden zwischen deutschem und polnischem Volkstum näher zu treten, da diese Unterschiede doch bei der weiteren Beurteilung der Polenfrage ungemein schwer ins Gewicht fallen. Eine Schilderung dieser Charaktereigentümlichkeiten hat freilich ihre großen Schwierigkeiten, auch denen gegenüber, die die Berechtigung solcher völkerpsychologischen Betrachtungen vollkommen anerkennen, gar nicht zu reden von denen, die alle derartigen Untersuchungen mit dem flachen Einwand abtun zu können glauben, daß einzelne Persönlichkeiten innerhalb eines Volkes die für die Gesamtheit festgestellten Charakterzüge nicht bestätigen. Die Torheit dieses Einwands hindert nicht seinen häufigen Gebrauch. Sobald man Fehler oder unsympathische Eigenschaften eines Volkes erwähnt, kann man ihn aus irgend einem Munde sicher hören. So z. B., wenn sonst ganz verständige Leute ein abfälliges Urteil über die Eigentümlichkeiten des Angelsachsentums und seiner Politik dadurch zu entwaffnen suchen, daß sie entweder Shakespeare und Carlyle aufmarschieren lassen, oder sich daran machen, die liebenswürdigen, feingebildeten und hochachtbaren Engländer ihrer persönlichen Bekanntschaft aufzuzählen, oder wenn der ganze Antisemitismus mit der ebenso nachdrucksvollen wie geistreichen Bemerkung niedergeschmettert werden soll: „Es gibt auch edle Juden, und andererseits kenne ich Christen, die viel schlimmer sind.“ Ich bekenne offen, daß ich vor den Adepten solcher tiefgründigen völkerpsychologischen Erkenntnis von vornherein die Waffen strecke, da gegen so überwältigende Wahrheiten nicht anzukämpfen ist. Ich würde dagegen sogar bereit sein, eine ganze Reihe von Persönlichkeiten polnischer Nationalität zu nennen, von denen ich selbst zugebe, daß sie nach ihren Charaktereigentümlichkeiten sich durchaus von der Gesamtheit ihres Volkes abheben, und ich unterlasse dies nur, weil Gründe menschlichen und schriftstellerischen Taktes die willkürliche und zufällige Nennung solcher

Namen in diesem Zusammenhange verbieten. Wenn nun aber festzustellen ist, daß auf der einen Seite die Berechtigung des Begriffs „Nationalcharakter" allgemein empfunden wird und daß auf der andern Seite die Mannigfaltigkeit der Individualitäten innerhalb eines Volkes manches gesunde Urteil vollständig verwirrt, so wird es in jedem Falle gut sein, sich darüber zu verständigen, was man unter Nationalcharakter zu verstehen hat und in welchem Umfange er sich zur Geltung bringt.

Man kann als Nationalcharakter zunächst die Summe derjenigen Charakterzüge bezeichnen, die sich bei den Angehörigen eines Volkes durchschnittlich am häufigsten zeigen. Aber das erschöpft den Begriff offenbar nicht. Jede Nation zeigt auch als Gesamtheit eine besondere Eigentümlichkeit, die nicht nur darauf zurückzuführen ist, daß der außerhalb stehende Beobachter zufällig die häufige Wiederkehr gewisser Eigenschaften in einer Anzahl von Individuen festzustellen Gelegenheit hat. Nicht die häufige Wiederholung dieser Charakterzüge macht das Bezeichnende dabei aus, sondern die Art der Wirkung, die davon ausgeht. Es finden ja doch Einwirkungen der verschiedenen Individuen auf einander statt, und diese unterliegen eben je nach der Art der häufiger vorhandenen gemeinsamen Eigenschaften verschiedenen psychologischen Gesetzen, sodaß die Gesamtbetätigung der mannichfachen Völkergemeinschaften dadurch eine ganz verschiedene wird. Für gewisse seelische Einwirkungen gebraucht die moderne Wissenschaft den Ausdruck „Suggestion". Es ist unbestreitbar, daß sich in dem Gemeinschaftsleben der Völker immer eine Art von Massensuggestion vollzieht. Sprache, Sitten, Erziehung, Verkehr, Literatur, Presse, Staatseinrichtungen wirken dabei mit und erzeugen eben trotz aller Mannigfaltigkeit der Einzelcharaktere eine gewisse gleiche Art zu empfinden und zu urteilen, ein Übergewicht der verwandten Seelenregungen, daß alles in allem der Eindruck eines Kollektivwesens von bestimmter Charaktereigentümlichkeit erzeugt wird, so sehr einzelne Erscheinungen dem gelegentlich zu widersprechen scheinen.

Und nicht bloß die Art dieser Massensuggestion unterscheidet die Völker, sondern auch ihre Stärke. Sowie bei einigen Völkern die erwähnte Suggestionswirkung im ganzen nur so wenig bemerkbar wird, daß der Trieb der einzelnen Persönlichkeit, sich von

der Masse zu unterscheiden, sogar meist stärker hervortritt, als die Eigenschaften dieser Masse selbst, so gibt es andre Völker, bei denen das durch gegenseitige Suggestion erzeugte Massenempfinden so sehr vorherrscht, daß es die einzelne Persönlichkeit vollkommen unter seine Herrschaft beugt. Es muß einleuchten, daß Völker, die gewissermaßen die entgegengesetzten Pole der soeben bezeichneten Eigentümlichkeiten darstellen, allein schon deswegen in einem Gegensatz zu einander stehen, der kaum eine Verständigung zuläßt. Bei Deutschen und Polen haben wir diesen Fall. Der Deutsche vertritt auf der Stufenleiter der erwähnten nationalen Massensuggestion die schwächste Form, die es vielleicht überhaupt gibt, der Pole dagegen eine der stärksten. Darum stehen gerade diese beiden Völker in dem schärfsten Gegensatz zu einander. Solche Gegensätze erzeugen in der Praxis der Regel nach das Gefühl starker gegenseitiger Abneigung, die sich naturgemäß zu heftigem Haß verstärkt, wenn das Schicksal beide Völker zu einander in das Verhältnis von Sieger und Besiegtem bringt. Es ist aber wichtig, sich klar zu machen, daß der Haß der Polen gegen die Deutschen nicht ausschließlich die Frucht ihres politischen Schicksals ist; in jedem Verhältnis wird das deutsche Wesen den Polen abstoßen. Der Pole findet eben in der deutschen Natur ein vollständiges Sichherausheben aus gewissen Wirkungen des „Milieus", an die er selbst sich stets gebunden fühlt. Er wird sich bei der Berührung mit dem Deutschen einer gewissen innern Unfreiheit bewußt, und dieses Bewußtsein, das er um keinen Preis eingesteht, lastet auf ihm. Das will mehr sagen, als die Feststellung einer bloßen Antipathie im gewöhnlichen Sinne. Diese beruht gewöhnlich auf Gegenseitigkeit, während der Deutsche dem Polen gegenüber von vornherein davon frei zu sein pflegt. Erst fortgesetzte Erfahrungen mit der ihm entgegengebrachten üblen Gesinnung erzeugen schließlich auch in dem Deutschen einen wirklichen Polenhaß. In diesem Sachverhalt liegt für die Polen ein kleiner Vorteil. Sie finden in den meisten Deutschen, die ihnen fremd gegenübertreten, eine, wenn nicht freundlich gesinnte, so doch wenigstens neutrale Persönlichkeit; der Deutsche aber kann sicher sein, daß er in jedem Polen, der ihm gegenübertritt, einen ausgesprochenen Feind zu sehen hat. Die wirkliche Ursache dieses eigenartigen Verhältnisses liegt nicht in der politischen Lage, in den Beziehungen zwischen

Sieger und Besiegtem, sondern in dem stärkeren Massengefühl des Polen gegenüber dem Persönlichkeitsgefühl des Deutschen.

Die Frage von Sympathie und Antipathie kann man hier als eine Frage des persönlichen Geschmacks ausscheiden. Bei längerer Berührung mit Polen endet zwar jeder Deutsche, falls er nicht direkt zum Renegaten wird, fast unfehlbar als Polenfeind, und die Erfahrung lehrt, daß die größten Schwärmer für die „ritterliche, edle, unglückliche Nation" der Polen gewöhnlich solche Leute sind, die selten oder nie mit ihr in Berührung gekommen sind. Ein boshaftes Wort meint sogar, daß die Vorliebe für die Polen im direkten Verhältnis zu dem Quadrat der Entfernung steht. Alle solche Beobachtungen aber sollen hier nicht in Betracht kommen. Wer für seine Person das Bedürfnis fühlt, die Polen um ihrer Eigenschaften willen zu lieben und zu bewundern, mag das ruhig tun. Zum Überfluß soll auch eine meines Erachtens ganz und gar selbstverständliche Bemerkung hier noch einmal wiederholt werden, daß es, wie in jedem Volke, so auch unter den Polen höchst achtungswerte Vertreter der Nation gibt. Wenn die charakteristischen Unterschiede deutscher und polnischer Eigenart hervorgehoben werden und die Vergleichung nach unserm Gefühl zu Ungunsten der Polen ausfällt, so geschieht das eben nicht, um gegen die einzelnen Angehörigen der fremden Nation ohne Unterschied Haß zu erwecken, sondern weil es notwendig ist, um ein blindes Herumtappen auf dem Gebiet der Polenpolitik zu vermeiden und um die Tragweite des einen oder des andern Verhaltens ermessen zu können.

Mit dem stärkeren Massenempfinden der Polen steht zunächst ein Charakterzug in einer gewissen Verbindung, der von den Deutschen in der Regel am unangenehmsten empfunden wird. Hört man Deutsche, die in unmittelbarer Berührung mit Polen stehen, über diese sprechen, so bleiben niemals die Klagen aus, die den Polen Unehrlichkeit, Unzuverlässigkeit, Tücke, Verlogenheit u. dergl. vorwerfen. Es ist sogar das schlimme Wort gesprochen worden, der Grundzug des polnischen Nationalcharakters sei die Lüge. Ein so allgemein erhobener und immer wiederholter Vorwurf muß wohl eine gewisse Unterlage haben. Andererseits aber kann man sich nicht einfach dabei beruhigen, daß man dieses häßliche Urteil über ein Volk, das doch immerhin seit bald einem Jahrtausend

die Richtschnur der christlichen Moral anerkennt, einfach als etwas Fertiges, nicht näher zu Untersuchendes hinstellt. Wir müssen also Motive und Zusammenhang für diesen uns so widerwärtig auffallenden Hang zur Unwahrheit zu ergründen suchen. Es sei gestattet, hier einmal einen kleinen Vorgang aus unserm eigenen alltäglichen gesellschaftlichen Leben zu betrachten, nicht etwa in dem Sinne, daß dies als Vergleich angesehen werden soll, sondern um daran eine Analyse zu knüpfen, die uns vielleicht den Schlüssel zu der hier zu erörternden Frage in die Hand gibt.

Eine geachtete Dame der „guten Gesellschaft" — nennen wir sie Frau X — will ungestört sein; sie klingelt ihrem Dienstmädchen und gibt ihr die Weisung: „Wenn Besuch kommt, so sagst du, ich sei ausgegangen." Das ist ein so einfacher Vorgang, daß er nur selten Anlaß zum Nachdenken gibt. Betrachtet man ihn aber ernsthaft unter dem Gesichtspunkt des Sittengesetzes, so läßt sich gar nichts daran ändern, daß es sich um eine höchst verwerfliche Handlungsweise handelt. Was jene Dame tut, ist schlimmer als eine Lüge; es ist vielmehr eine bestimmte Anweisung an eine abhängige Person, eine bewußte Lüge auszusprechen. Dementsprechend ist ein solches Verfahren von ernster denkenden Menschen oft gebrandmarkt worden, ein Teil unserer gebildeten Gesellschaft hat das auch eingesehen und weiß dergleichen zu vermeiden. Aber wir wollen doch nicht blind gegen die Tatsache sein, daß immer noch viele Tausende, die den Anspruch erheben, für achtbare und zuverlässige Leute gehalten zu werden, und die sonst ihr Tun und Lassen mit peinlicher Gewissenhaftigkeit prüfen, an solchen und ähnlichen Mißbräuchen festhalten. Dabei denken wir noch gar nicht einmal an die zahllosen kleinen konventionellen Lügen, die in den Verkehrsformen enthalten sind. Sind diese Menschen nun alle gewohnheitsmäßige Lügner, Leute ohne Treue und Glauben? Ein solches Urteil wäre doch wohl überaus hart und ungerecht. Wie reimt sich das aber zusammen? Das Sittengesetz ist doch unantastbar, und Lüge bleibt Lüge. Gewiß! nur sind diese Leute *nicht bewußt*, daß bei solchen Mißbräuchen Jemand den Widerspruch ihrer Rede mit den Tatsachen als solchen empfinden könnte. Jene Dame empfindet die Weisung an ihr Dienstmädchen nur als die übliche, angeblich „höfliche" Form, in der die Dienerschaft dem Besucher den Gedanken zu übermitteln hat: „Die Dame will niemand

empfangen." Sie denkt gar nicht daran, daß der schlichte Verstand des Mädchens auf den Gedankengang verfallen muß, daß die Herrschaft, in deren Interesse sie sonst verpflichtet ist die Wahrheit zu sagen, ihr um einer Nichtigkeit willen befiehlt, andre Menschen anzulügen. Was verhindert nun die Menschen, einen solchen einfachen Sachverhalt überhaupt unter moralischen Gesichtspunkten zu betrachten? Nichts anderes, als die Gewohnheit, bestimmte Beziehungen in ihrem Leben — z. B. den sogenannten geselligen Verkehr — *nach gewissen allgemein gebräuchlichen Regeln* zu gestalten. Die dadurch erweckten Vorstellungen und entsprechenden Gewohnheiten beherrschen sie dann so, daß sie in allen Dingen, die damit zusammenhängen, auf eigenes Nachdenken oder gar Abschätzen der sittlichen Wirkungen vollständig verzichten.

Erweitern wir nun diese Betrachtung etwas! Schon unser alltägliches Leben bietet uns also Beispiele, wie eine Gemeinschaft, der man sich verpflichtet glaubt und auf die man Wert legt, — z. B. eben die sogenannte „gute Gesellschaft" — mit ihren Formen, Sitten und Unsitten den Einzelnen beherrscht und unter Umständen sittliche Erwägungen über den Haufen wirft, die mancher peinlich beobachten würde, wo er sich wirklich als Herr seiner Worte und Handlungen fühlt und vermeintliche Pflichten und Rücksichten gegen seine Gesellschaftsklasse nicht ins Spiel kommen. Aber man wird auch in diesen alltäglichen Verhältnissen die Beobachtung machen, daß das erwähnte Verhalten weniger durch eine höhere oder tiefere Stufe der Moralität bestimmt wird, als durch Charakteranlagen anderer Art. Im großen und ganzen wird dabei z. B. auch die Eigenart der Geschlechter zum Ausdruck kommen, indem das weibliche Geschlecht im allgemeinen bereitwilliger, als das männliche, sich Moden und Formen unterwerfen und sich zu kleinen Notlügen und Verstellungen bequemen wird. Niemand wird deshalb das sittliche Empfinden des weiblichen Geschlechts geringer einschätzen, als das des männlichen; im Gegenteil, in andern Dingen gewinnt man eher den entgegengesetzten Eindruck. Wo die Charakteranlage es begünstigt, kann sich nun unter Umständen eine vollständige Beherrschung und Zurückdrängung der individuellen Sittlichkeitsbegriffe durch Rücksichten auf irgend eine Gemeinschaft herausbilden, und Erscheinungen solcher Art kommen auch in Volkscharakteren zum Ausdruck. Es gibt Völker, die im

allgemeinen bei Bestimmung der Richtschnuren ihrer Sittlichkeit sich unbewußt mehr als andre durch die Interessen der Gemeinschaft und weniger als andre durch strenge, unbefangene Abwägung von Recht und Unrecht leiten lassen; lebhafter in ihrem Empfinden und abhängiger von ihren Stimmungen, bleiben sie gern bei einer mühelos gewonnenen subjektiven Wahrheit stehen, während andre Völker, gewohnt, auch das Empfinden so viel als möglich dem Verstand unterzuordnen, stets das Verlangen nach Bekundung einer objektiven Wahrheit in sich tragen.

Unterschiede dieser Art bestehen auch zwischen den Deutschen und Polen. Fürst Bismarck pflegte bekanntlich bei Charakteristik der Völker von männlichen und weiblichen Volkscharakteren zu sprechen; er zählte die Deutschen zu den ersteren, die Polen zu den letzteren. Das ist eine außerordentlich treffende Bezeichnung. Wir können uns Ähnliches an dem Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen klar machen. An den Franzosen ist uns Deutschen die Wirkung der eigentümlichen Massensuggestion, die auf Grund einer der weiblichen Art entsprechenden Nervosität und Empfänglichkeit zu stande kommt, eine längst allgemein bekannte Erscheinung. Wir erstaunen kaum noch, wenn wir bei Franzosen, deren Intelligenz, Bildung und Lebensweisheit in jeder Beziehung unsrer höchsten Achtung wert ist, in Bezug auf die Gesamtheit des französischen Volks und seine Stellung zu andern Völkern, namentlich zu den Deutschen, sowie in Bezug auf das deutsche Volk selbst und deutsche Zustände Ansichten begegnen, die uns mindestens als kindisch, wenn nicht gar als verrückt erscheinen. Ebenso wenig aber sollte man sich der Tatsache verschließen, daß die Polen, die man in gewissem Sinne die Franzosen der Slavenwelt nennen kann, ganz ähnliche Erscheinungen zu Tage treten lassen. Es ist merkwürdig, wie oft die Polen einer ganz falschen Beurteilung unterliegen. Es gibt Leute, die alles, was von polnischer Seite geschieht, als bewußte Schlechtigkeit und Falschheit auslegen und über den Gefühlen, die dadurch erzeugt werden, das ruhige Urteil einbüßen. Manche verfallen aber auch in das entgegengesetzte Extrem; sie wollen recht human und christlich oder auch recht nüchtern sein und nehmen alles, was die Polen selbst über ihr Verhältnis zu uns Deutschen sagen, als bare Münze. Die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. Wir können durchaus würdigen, daß der einzelne Pole

in seiner Art kein schlechterer Mensch ist, als der Deutsche, und wir können ihm vollkommen unbefangen das Maß von Achtung entgegenbringen, das ihm nach seinen menschlichen Eigenschaften und nach unseren eigenen persönlichen Ansichten und Neigungen zukommt. Aber bei alledem können und müssen wir uns bewußt sein, daß in nationalen Fragen die Anschauungen der Deutschen und Polen grundverschieden sind, daß wir daher darauf verzichten müssen, unsern Maßstab von Wahrheit und Recht überhaupt nur anzulegen, und daß es für uns hierbei nur einen Standpunkt geben kann, den des absoluten Mißtrauens.

Schon die verschiedenen Verkehrsformen weisen darauf hin. Die polnische Sitte fordert z. B., daß ein Gast stets mit vollkommener Herzlichkeit und Liebenswürdigkeit aufgenommen wird. Die polnischen Umgangsformen sind überhaupt lebhaft, ungezwungen und außerordentlich gewinnend; man erweist sich gegenseitig Freundlichkeiten und Höflichkeiten, die der Deutsche nur wirklichen Freunden erweist, die dem Polen aber nur Formsache sind. Der Deutsche, der das zum erstenmale kennen lernt, fühlt sich in der Regel dadurch außerordentlich angenehm berührt, ja bezaubert, um so mehr, als er dergleichen gar nicht gewohnt ist und ganz etwas anderes erwartet hat. Unwillkürlich schließt er daraus auf eine freundliche Gesinnung, die dem Polen ganz fern liegt und die bekunden zu wollen ihm nicht im Traum eingefallen ist. Stellt sich nun bei einer Begegnung am dritten Orte heraus, daß wirkliche Freundschaft oder auch nur der Wunsch nach näheren Beziehungen auf polnischer Seite gar nicht vorhanden war, so begreift das der Deutsche meist nicht. Er fühlt sich natürlich von seiner Anschauungsweise aus verschnupft und enttäuscht und wirft dem Polen Heuchelei und Falschheit vor. Dieser Vorwurf ist ja zum Teil berechtigt, aber er muß auf ein richtiges Maß zurückgeführt werden. Denn schließlich darf man den Polen auch nicht allein dafür verantwortlich machen, daß seine Art und Umgangsformen von deutscher Seite einfach mißverstanden werden. Es sind eben andre Formen, eine andre Art, sich zu geben, wobei durchaus nicht immer das Bewußtsein der Unwahrheit, die Absicht der Täuschung vorhanden ist.

Der Zusammenhang dieser Erscheinungen mit dem, was wir „Massensuggestion" genannt haben, ist schon mehrfach angedeutet

worden. Es muß als Grundlage einer richtigen Beurteilung immer wieder eingeschärft werden, daß das Massenempfinden, der Trieb, den man bei Tieren als „Herdeninstinkt" bezeichnet, bei den Polen im stärksten Maße entwickelt ist. Es ist ein Irrtum, wenn man das Zusammenhalten der Polen allein darauf zurückführt, daß sie als unterworfenes, seiner Selbständigkeit beraubtes Volk unter einem gewissen Druck stehen. Ich habe schon einigemal darauf hingewiesen, wie dieser Kardinalirrtum, der alle Lebenserscheinungen des polnischen Volks als Folgen dieser oder jener „Behandlungsweise" hinstellt, ein Haupthindernis für eine vernünftige Polenpolitik bildet. Die Einheit der Empfindungsweise, die allerdings nicht unter allen Umständen in einer äußeren Einigkeit im Handeln zum Ausdruck zu gelangen braucht, beruht bei den Polen so sehr auf einer natürlichen Anlage, daß äußere Einwirkungen dabei eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle spielen. Der Pole befindet sich seiner ganzen Natur nach nur wohl, wo er sich als Mitglied einer Gemeinschaft von Volksgenossen fühlt; alles rein Menschliche, Individuelle und Persönliche steht bei ihm in zweiter Linie. Die Hoffnung, Polen, die in der Masse ihrer Volksgenossen leben, aus dieser Gemeinschaft durch irgend welche Freundlichkeiten oder Vorteile loslösen zu können, wird sich fast immer als trügerisch erweisen. Wo zwei Polen beisammen sind, da werden sie, auch wenn sie sonst Todfeinde sind, sich einem Nichtpolen gegenüber immer solidarisch fühlen, und zwar durchaus ohne bewußte Reflexion, lediglich aus Naturtrieb. Wenn zwei Deutsche, die sich auf irgend einem Gebiet als Gegner gegenüberstehen, dennoch gegen einen Dritten zusammenhalten, so pflegt dieses Ergebnis erst nach reiflichem Nachdenken und unter großem Kraftaufwand an Selbstüberwindung zu stande zu kommen.

Das starke Massenempfinden beeinflußt auch die moralische Haltung der einzelnen, indem es sie leicht in einer Richtung fortreißt, die ihnen wohl sonst nach ihren Sittlichkeitsbegriffen fern liegen würde. Der einzelne Pole zeigt z. B. in einem Abhängigkeitsverhältnis oft rührende Anhänglichkeit, Treue und Opfermut; aber unter dem Einfluß einer größeren Masse schlägt er mit Leichtigkeit in das Gegenteil um. Der polnische Diener wird sich für seinen Herrn, dem er mit seltener Hingebung dient, ohne Besinnen totschlagen und foltern lassen, seine Launen er-

tragen und ihm alles opfern; ebenso wird der polnische Soldat mit Heldenmut für seinen Offizier in den Tod gehen und den Verwundeten aus dem dichtesten Kugelregen herausholen, keine fremde Überredung wird ihn von seiner Pflicht abwendig machen. Aber diesen selben Mann stelle man in einen polnischen Insurgentenhaufen, lasse ihn sich nur einen Augenblick als Pole unter Polen fühlen, und er wird ohne jedes Besinnen seinem größten Wohltäter das Dach über dem Kopf anzünden und ihm kaltblütig den Schädel einschlagen; kein Eidschwur, kein sittliches Gefühl wird seinen Arm aufhalten. Wo seine Nation ihn in Anspruch nimmt, gibt es für ihn nur ein Gebot: zu tun, was alle tun; zu denken, was alle denken. Das Gefühl, zur Masse zu gehören, verdrängt förmlich sein individuelles sittliches Empfinden.

Hier liegt nun ein Einwand nahe, der sich besonders bei einer historischen Betrachtung des Polentums aufdrängen muß. Herr Professor Hans Delbrück hat diesen Einwand mir gegenüber gerade vom Standpunkt des Historikers aus in den „Preußischen Jahrbüchern" erhoben. Er erinnert nämlich an das uneinige, nicht selten geradezu landesverräterische Verhalten des polnischen Adels in der Geschichte des alten polnischen Reichs und meint, dieses Verhalten lasse nichts von engem Zusammenhalten spüren. Er wirft die Frage auf: „Wie kommt es denn, daß dieser jahrhundertelang führende Teil des Volks gerade das Gegenteil von dem angeblich allein regierenden Grundzug des polnischen Nationalcharakters zeigt?" Wie ich damals schon in einer Antwort im „Deutschen Wochenblatt" (Heft 13 vom 1. April 1899) zu zeigen versucht habe, fehlt es den Betätigungen eines Charakterzugs niemals an scheinbaren Widersprüchen, wenn man nicht tiefer auf die Quellen dieser Charaktereigenschaften und auch auf die Umstände, unter denen sie in Erscheinung treten, eingeht. Daß ein solcher scheinbarer Widerspruch nicht allzu schwer ins Gewicht fällt, wird man sich an einer einfachen Beobachtung, wie wir sie oft genug in unsrer nächsten Umgebung anstellen können, klar zu machen vermögen. Man nehme irgend einen Verein oder irgend eine Versammlung, wo Leute das Wort führen, die unselbständig in ihrem Urteil und besonders geneigt sind, sich nach dem zu richten, was „die Leute sagen" und was Mode ist. Glaubt man etwa, daß eine solche Versammlung sich durch besondere Einigkeit

auszeichnen wird? Gewiß nicht! Gerade dort wird es heißen: Soviel Köpfe, soviel Meinungen! Auch darin liegt auf den ersten Blick ein Widerspruch, aber der Psychologe wird diesen Widerspruch auflösen, indem er die Quelle erkennt, aus der unter verschiedenen Umständen das widerspruchsvolle Verhalten fließt, d. h. in dem Fall unseres Beispiels die Schwäche und die Unselbständigkeit des Urteils, die, wo es irgend möglich ist, Anlehnung an einem andern sucht, dort aber, wo diese Anlehnung fehlt, sich hinter Rechthaberei zu verstecken sucht.

Eines ähnlichen Zusammenhangs werden wir uns auch zu erinnern haben, wenn wir die Polen beurteilen wollen. Der Reizbarkeit und Lebhaftigkeit des Empfindungsvermögens, aus dem die Vorstellungen entstehen, entspricht nicht immer die Klarheit und Entschiedenheit des Willens. Die bekannte Unterscheidung von vier Grundtypen des Temperamentes kommt ja im wesentlichen auf dieselbe Erfahrung hinaus. Wir haben Menschen von starker Eindrucksfähigkeit ihres Vorstellungsvermögens, und unter ihnen wieder solche, deren Willenskraft im Einklang mit dem Reichtum dieser Vorstellungswelt oder sogar darüber steht („Choleriker"), und andrerseits solche, deren Willenskraft stets hinter den empfangenen Eindrücken zurückbleibt — „Sanguiniker". Wir haben ebenso unter den Menschen, die die Eindrücke der Außenwelt langsamer aufnehmen und sie entsprechend gründlicher verstandesmäßig verarbeiten, die beiden Kategorien zu unterscheiden, die durch den Grad der Stärke und Nachhaltigkeit des Willens gegeben sind; diejenigen, die ihre Willensregungen den verstandesmäßig gewonnenen Vorstellungen anzupassen vermögen — die „Phlegmatiker" —, und diejenigen, deren Willensbetätigung nicht ausreicht, um Herr über ihre schwerflüssige Vorstellungswelt zu werden, — die „Melancholiker". Es ist ja eine ganz bekannte Sache, daß diese Grundtypen, deren eigentliche Bedeutung überdies im täglichen Sprachgebrauch und in der volkstümlichen Auffassung gewöhnlich mißverstanden und in nebensächlichen Erscheinungen gesucht wird — wie man denn unter einem Phlegmatiker gewöhnlich fälschlich eine einfache Schlafmütze versteht —, im einzelnen sehr selten *rein* zu finden sind. Nun zeigt sich aber, daß gerade im sogenannten „Volkscharakter", bei dessen Beobachtung man alle unwesentlichen Eigenschaften unwillkürlich ausscheidet und nur

große gemeinsame Züge in Betracht ziehen kann, in der Regel einer der erwähnten Temperamentstypen weit stärker hervortritt, als jemals in einem Individuum. Es gibt eine Unzahl von cholerischen, sanguinischen, melancholischen Deutschen in allen möglichen Abstufungen, aber das deutsche Volk als Ganzes zeigt in seinem ganzen Wesen trotzdem die charakteristischen Merkmale des Phlegmatikers in der ausgesprochensten Weise. Und ebenso könnte man die Italiener in ihrem Gesamtcharakter als typische Beispiele für das cholerische, die Russen für das melancholische Temperament hinstellen. Noch mehr aber kann das polnische Volk als klassisches Beispiel für den echten Sanguiniker gelten. Bei ihm treffen die kennzeichnenden Merkmale in auffallender Reinheit zusammen, die größte Lebhaftigkeit und Reizbarkeit des Empfindens und auffallende Willensschwäche.

Wo aber Willensschwäche und leidenschaftliches Temperament vereinigt sind, ist der Betreffende, so zu sagen, niemals Herr der Situation; das Handeln der Persönlichkeit wird stets bestimmt durch die Verhältnisse, die von außen an sie herantreten. Liegen die Umstände so, daß Einzelne innerhalb eines so veranlagten Volkes eine größere Bewegungsfreiheit haben und durch Vorrechte und Reichtum aus der Masse herausgehoben werden, so äußert sich die geringe Fähigkeit, dem Willen ein bestimmtes und klares Ziel zu geben, in der allgemeinen Zucht- und Zügellosigkeit dieser bevorzugten Herren. Wo aber die Bedingungen zu solcher Zügellosigkeit durch äußere Umstände nicht gegeben sind, wo durch diese Verhältnisse vielmehr eine gewisse Begrenzung des Einzelnen erzwungen wird, da wird die geringe Willenskraft des Einzelnen zur Willenlosigkeit, während das leidenschaftliche Empfinden seinen Ausweg in einem Anlehnungsbedürfnis an die Masse sucht und so ein Kollektivgefühl erzeugt, das dieser Masse die Willensimpulse verleiht, die dem einzelnen versagt sind. So fließen die Zuchtlosigkeit und demzufolge auch Willkür und Uneinigkeit der Privilegierten in der alten polnischen Adelsrepublik und das Massenbewußtsein des heute in geordneten staatlichen Verhältnissen lebenden polnischen Volkes im letzten Grunde aus einer Quelle, aus einer ganz bestimmten Charakteranlage. Um dieses Massenbewußtsein wieder in Zügellosigkeit und Uneinigkeit aufzulösen, müßten wieder Verhält-

nisse geschaffen werden, in denen Einzelnen innerhalb dieser Masse schrankenlose Macht gelassen würde. Dieses Experiment aber könnte der preußische Staat natürlich in keinem Falle machen. Ein vollständiger Irrtum ist es dagegen, wenn man glaubt, der preußische Staat könne die Solidarität des Polentums dadurch brechen, daß er sie innerhalb seiner staatlichen Ordnung mehr gewähren läßt. Das würde gar nichts nutzen; das Bewußtsein der entschiedenen Zusammengehörigkeit dem Deutschtum gegenüber ist ein zu wesentlicher Bestandteil der polnischen Art geworden. Dieser Zug findet eben eine so starke Stütze in dem Nationalcharakter, daß das Deutschtum sich selbst vollständig ausscheiden müßte, wenn es darin allmählich eine Änderung herbeiführen wollte.

Man stellt bei uns mit Vorliebe den Satz auf, daß Druck naturgemäß Gegendruck erzeugt und daß deshalb die Stärke der polnischen Opposition nur durch die Stärke des Drucks zu erklären sei, der von der preußischen Herrschaft ausgehe. So sehr beurteilen wir die Polen nach uns selber, daß viele unter uns sich gar nicht einmal die Mühe nehmen, zu untersuchen, ob wirklich ein Druck ausgeübt wird. So ist man denn auch dazu gekommen, den Polen eine Energie zuzuschreiben, die sie gar nicht besitzen. Das landläufige Urteil darüber, was eigentlich unter Willenskraft zu verstehen sei, ist ohnehin recht unklar. Viele bemessen die Stärke der Willenskraft nach der Pose, die dabei angenommen wird, oder nach dem Effekt, nach der scheinbaren Größe der Wirkung. Sie halten z. B. einen Menschen für energischer als den andern, weil er unter Augenrollen, großen Bewegungen und großen Worten vollbringt, was der andere ebenso gut ohne Gliederverrenkungen und Geschrei in der Stille ohne viel Aufhebens erreicht. Daran kann aber der Grad der Energie ebenso wenig gemessen werden, wie an dem Effekt an und für sich. Es scheint eine ungeheure Aufgabe, einen Haufen von tausend Menschen, der in Bewegung ist, durch ein einziges Wort so zum Stehen zu bringen, daß jede willkürliche Bewegung aufhört. Und doch wird dieses Kunststück beständig von Menschen geleistet, die keineswegs immer über ein außergewöhnliches Maß von Energie zu verfügen haben; jeder Exerzierplatz zeigt es. Es wird eben von ihnen geleistet, weil die Macht des Staats und des Gesetzes hinter ihnen steht, weil sie die sichtbaren Abzeichen der Stellung führen, die ihnen das Recht

verleiht, und weil die Menschenmenge, auf die sie ihren Willen übertragen, von vornherein geschult und gewillt ist, dieses Recht anzuerkennen. Wenn aber ein Mann es fertig bringt, in einem Augenblick der Gefahr diese tausend Menschen, die vielleicht vom Schrecken übermannt sind und auf der Flucht begriffen nur noch unter dem Banne des Selbsterhaltungstriebes stehen, durch den überlegenen Eindruck seiner Persönlichkeit zur Besinnung zu bringen und zu neuem Widerstande zu vermögen, dann erst können wir von Energie sprechen. Die brutale Willkür eines Mannes, der blinde Launen und Gelüste an Sklaven ausläßt, ist niemals Energie; Tyrannen sind sogar in der Regel ihrem Charakter nach Schwächlinge. Auch die Großen dieser Erde können auf den ihnen von Schmeichlern gern und leicht zuerkannten Ruhm der Energie nur dann Anspruch machen, wenn ihre Taten nicht nur das Ergebnis der ihnen rechtmäßig zugefallenen und willig anerkannten Gewalt, sondern wirklich der Ausfluß einer natürlichen Überlegenheit ihrer Persönlichkeit sind. Energie kann sich immer nur im Überwinden von Widerständen betätigen. Die Nutzanwendung dieser Betrachtung auf die Beurteilung des Polentums ergibt sich leicht. Wir glauben einfach an die Energie des Polentums, weil wir ihr leidenschaftliches Wesen, ihre Neigung zu Übergriffen, ihr Großtun und ihr haßerfülltes Treiben dafür halten, weil wir die Wirkungen ihres festen Zusammenhaltens, das doch ebenso gut aus dem Gefühl der Schwäche hervorgehen kann, für Bekundungen eines starken Willens halten, ohne überhaupt geprüft zu haben, wie weit von unserer Seite den Polen Gelegenheit gegeben ist, ihre Fähigkeit zur Überwindung von Widerständen darzutun. In der Tat sind wir Deutschen bisher immer vor der geschlossenen Phalanx des Polentums scheu zurückgewichen, ohne jemals eine praktische Probe ihrer Festigkeit vorzunehmen. Wir sind immer in der theoretischen Erwägung stecken geblieben, die den Polen unsern eigenen Charakter unterschiebt und ungefähr so argumentiert: „Wir Deutschen sind immer uneinig gewesen; waren wir aber einmal einig, so war das immer ein sicheres Zeichen, daß es sich um eine Sache handelte, in der jeder ohnehin zum Äußersten entschlossen war; so wird es wahrscheinlich bei den Polen auch sein." Aber diese Voraussetzung ist falsch. Das enge Zusammenleben der Polen entspringt nicht dem bewußten

Entschluß, durch Zusammenfassung der in einer Richtung wirksamen Willensbetätigungen der Einzelnen die vorhandene Energie zu erhöhen, sondern es entspringt dem instinktiven Bedürfnis, das mit dem Schwächebewußtsein der Einzelnen zusammenhängt.

Jede Erfahrung der polnischen Geschichte, jede Erscheinung des jetzigen polnischen Lebens bestätigt die Überzeugung, daß die Willenskraft bei dem Polen durchschnittlich schwach entwickelt ist; nur in der Masse gedeiht sie, wie schon auseinandergesetzt, durch eine Art von gegenseitiger Suggestion. Der einzelne Pole erscheint uns in der Regel weich, sentimental und trotz des häufigen starken Aufflackerns seines Temperaments schlaff; seine Empfindungen erscheinen uns, weil man das Fehlen eines nachhaltigen Willens und einer gründlichen Selbstkontrolle durchfühlt, hohl und theatralisch. Und aus dieser Verbindung eines reizbaren Empfindungsvermögens mit ausgesprochener Willensschwäche entsteht auch jene Eigenschaft, die uns besonders im Verkehr mit Polen zu schaffen macht, ihre Verschlagenheit und Unwahrhaftigkeit. Denn einerseits gewinnen bei reizbarem Empfinden allerhand Stimmungen und das Spiel der Phantasie leicht die Oberhand und machen den Menschen zum Spielball von Eindrücken und Einbildungen, die mit der Wahrheit nicht übereinstimmen, andrerseits glaubt der von solchen Eindrücken beherrschte Mensch bei der Unzulänglichkeit seines Willens die Widerstände der mit seinen Vorstellungen niemals in Einklang stehenden Wirklichkeit nicht anders überwinden zu können, als durch Winkelzüge und Verstellung. Man darf übrigens niemals vergessen, daß Menschen dieser Art mit derselben Virtuosität, mit der sie andere belügen, vor allem auch sich selber belügen.

Die Frage, wie man mit solchen Charakteren am besten fertig wird, kann man auch ohne jede Beziehung auf das Polentum aufwerfen. Denn einzelne Beispiele derart trifft man auch sonst im Leben an. Ich glaube aber, daß in solchen Fällen die meisten Menschenkenner den Rat geben werden, man solle dem reizbaren Empfinden gegenüber Ruhe und Klugheit walten lassen, aber ihm niemals den Willen lassen, sondern die eigene Überlegenheit des Willens mit ruhiger, aber unbeugsamer Entschiedenheit geltend machen. Wir verfahren im allgemeinen den Polen gegenüber leider gerade umgekehrt. Wir regen uns über ihre

Empfindungs- und Denkweise gewöhnlich sehr stark auf, aber wenn es darauf ankommt, ihnen entgegenzutreten und ihnen gegenüber einen entschiedenen Willen zu zeigen, so bleiben wir in tausend Bedenken und Erwägungen stecken. Die wenigen, die in einem kleineren Wirkungskreise nach dem allein vernünftigen, umgekehrten Rezept verfahren, werden erfahrungsgemäß mit den Polen stets sehr gut fertig. Nur Leute, die selbst nie mit Polen zu tun gehabt haben, sind es, die durch ihr Zeter- und Mordio-Geschrei, wenn einmal von einer energischen Willensbetätigung gegenüber den Unbotmäßigkeiten und aufgeregten Deklamationen der Polen die Rede ist, diese erst recht darauf aufmerksam machen, wo die schwache Seite der Deutschen ist. Da das Geheul der polnischen Presse und der Parlamentsredner von hervorragenden Deutschen für bare Münze genommen wird, so müßten die Polen ja wirklich dumm sein, wenn sie nicht auf den Gedanken kämen, ihre Bestrebungen als notgedrungenen energischen Widerstand gegen unerhörten Druck darzustellen. Wir Deutschen selbst bringen ihnen den Gedanken bei, daß ihr nervöses Gezeter eine ungeheuer ernste Willensbetätigung sei. Natürlich sind die Polen gern bereit, dieses ihrer Anschauung ursprünglich ganz fremde Argument anzunehmen, und sie haben bei uns Glück damit, obwohl jeder unbefangene Kenner der Verhältnisse weiß, daß das alles Schwindel ist.

Diese Art einzelner Deutschen, die Polensache zu führen, bringt uns auf die oft gehörte Klage über die gegen die Polen geübte „Ungerechtigkeit". Deutsche Polenfreunde hantieren so gern mit dem Schlagwort „*Gerechtigkeit*". Ich spreche in diesem Falle mit Bedacht von einem „Schlagwort", d. h. von einem Wort, das man anwendet, weil man weiß, daß der ursprünglich damit verbundene Begriff eine gute Wirkung ausübt, und weil man doch zugleich darauf rechnet, daß der Hörer nicht näher untersucht, ob dieser Begriff auf den vorliegenden Fall überhaupt anwendbar ist und auch hier das bedeutet, was seine Wirkung ausmacht. Wir aber wollen gerade darum vor allem untersuchen, was Gerechtigkeit bedeutet und *ob Deutsche und Polen wirklich dasselbe darunter verstehen*. Es bedarf nur geringen Nachdenkens, um zu erkennen, daß, wenn jedem sein Recht werden soll, — und das ist doch das Wesen der Ge-

rechtigkeit —, vor allem auch jedem Einzelnen die Schranken gesetzt werden müssen, über die er nicht hinausgehen darf, ohne die Rechte anderer zu verletzen. Darum wird es immer Rechte geben, die zu Gunsten der Rechte anderer und der Gesamtheit geopfert werden müssen. Es wird immer sorgfältig zu unterscheiden sein, zwischen Rechten, die in einer auf Gerechtigkeit ruhenden Ordnung unter allen Umständen dem einzelnen gewahrt bleiben müssen, und anderen Rechten, die im Interesse der Gesamtheit allenfalls beschnitten oder geopfert werden können, weil sie jedenfalls höheren Rücksichten unterzuordnen sind. Diese Unterscheidung ist aber keine feststehende, nach allgemeinen Regeln zu bestimmende; die Abgrenzung der Rechtssphäre des einzelnen ist für jede besondere Lage, jeden besonderen Fall verschieden zu bestimmen. Leben, Eigentum, persönliche Freiheit sind Güter, deren grundsätzlicher Schutz von jeder Rechtsordnung gefordert werden muß, und doch hat die Gesamtheit ein Recht auch über diese Rechtsgüter des einzelnen zu verfügen, wenn der Schutz der Gesamtinteressen dieses Opfer fordert. Den Maßstab aber dafür, was der einzelne unter Umständen an Rechtsgütern zu opfern hat, kann immer nur das Gesamtinteresse und das Recht des Nächsten geben, niemals aber der persönliche Wunsch und das Empfinden des Einzelnen. Es ist z. B. gar keine Frage, daß Sklaverei, Leibeigenschaft und ähnliche Abhängigkeitsverhältnisse für Menschen, die kein anderes Bedürfnis haben, als ein gewisses materielles Wohlbefinden und eine verhältnismäßig sorglose Existenz, unter Umständen eine durchaus annehmbare Lebenslage bedeuten. Aber das persönlich nicht als Übelstand empfundene Verhältnis eines zufriedenen Sklaven zu einem verständigen und wohlwollenden Herrn kommt überhaupt nicht in Betracht. Denn der heutige Staat kann im Interesse der allgemeinen Kulturentwickelung aus sittlichen und wirtschaftlichen Gründen die Sklaverei *grundsätzlich* nicht dulden, und darum darf auch bei gegenseitigem Einverständnis das Verhältnis zwischen Herr und Diener niemals dahin erweitert werden, daß der Herr die jedermann gewährleisteten gesetzlichen Rechte des Dieners beeinträchtigt und für sich in Anspruch nimmt. Also persönliche Ansprüche und Wünsche können wohl beachtet werden, soweit sie das Gesamtinteresse nicht

berühren, aber sie können niemals bestimmund sein für die Rechtsbeschränkungen, die im Interesse der Gesamtheit eintreten müssen. Darum ist es Ungerechtigkeit, jedem unbedacht zu geben, was er beansprucht; Gerechtigkeit ist es, jedem von den Rechten, die er beansprucht, das Maß zuzuweisen, das er genießen kann, ohne die Lebensinteressen des Nächsten und der Gesamtheit zu schädigen.

Wenden wir das auf die hier in Betracht kommenden Verhältnisse an, so ist klar, daß von Gerechtigkeit nur dann die Rede sein kann, wenn den Polen nur solche Rechte gegeben werden, welche mit dem Gesamtinteresse des preußischen Staats vereinbar sind und den Deutschen ebenfalls zu teil werden. Was die Polen beanspruchen, kann dabei um so weniger maßgebend sein, als sie tatsächlich nicht dasselbe, sondern mehr beanspruchen, als die Deutschen.

Auch hier müssen wir wieder auf die Frage zurückgehen, ob überhaupt Deutsche und Polen fähig sind, ihr Verhältnis zu einander und zum Staat unter gleichen Gesichtspunkten zu betrachten. Wir müssen uns wiederum klar machen, daß der Pole sich durch seinen eigentümlichen Masseninstinkt und durch sein reizbares Empfindungsvermögen in seiner ganzen Veranlagung vom Deutschen unterscheidet. Der Deutsche ist in ganz ausgesprochener Weise individualistisch veranlagt, und daraus ergibt es sich von selbst, daß jedes Lebensziel von ihm daraufhin abgesteckt wird, daß er sich persönliche Geltung verschafft, daß er also nicht nur für sich selbst, sondern auch im Urteil der Mitmenschen als Persönlichkeit dasteht. Dazu gehört eine möglichst klare Umschreibung und Umgrenzung dessen, was er ist und was er will, und natürlich auch dessen, was er wollen darf; denn selbstverständlich wird es nur Ausnahmenaturen unter Ausnahmeverhältnissen möglich sein, das Gesetz ihrer Persönlichkeit nur aus sich selbst heraus zu bestimmen. Je mehr Menschen sich zusammenfinden, denen es Bedürfnis ist, ihre Persönlichkeit zu wahren, desto klarer müssen auch die Rechtsgrenzen für den einzelnen bestimmt sein. Wo die Persönlichkeit etwas gilt und wirkliches individuelles Freiheitsbedürfnis besteht, ist auch fremdes Recht der größten Achtung sicher. Die schlagendsten Beispiele für diese Wahrheit finden wir vielleicht in den charakteristischen sozialen

und Rechtsverhältnissen des angelsächsischen Stammes. Bei uns Deutschen findet sich aber der gleiche Grundzug germanischen Wesens, er scheint nur durch unsere politische Entwickelung etwas abgeblaßt. Dadurch ist bei uns vielfach eine Anschauung groß gezogen worden, die unter dem Begriff der Gerechtigkeit fast ausschließlich die Achtung fremden Rechts versteht und die Wahrung des eigenen Rechts vernachlässigt, obwohl doch beides zusammen erst die wirkliche Gerechtigkeit ausmacht und erst durch das Bewußtsein des eignen Wertes und der eigenen Freiheit die Achtung des Nächsten einen moralischen Inhalt gewinnt. Wir sollten uns klar machen, daß die Torheit der Selbstwegwerfung, die so häufig als Tugend gepriesen wird, nicht einmal irgend welchen moralischen Wert hat.

Wie steht es nun mit den ganz anders gearteten Polen? Der Pole hat von vornherein gar nicht ein so ausgesprochenes Bedürfnis, seine Persönlichkeit zur Geltung zu bringen. Er geht trotz ehrgeiziger Regungen mit seinem Innenleben im allgemeinen gern in der Masse auf. Er hängt mit allen Fasern an der Gemeinschaft seiner Volksgenossen, und keine noch so weite Ausdehnung seiner persönlichen Geltung kann ihm die Befriedigung ersetzen, die ihm das Bewußtsein verursacht, von Gleichgestimmten und Gleichempfindenden umgeben zu sein. Er sieht sich gern durch dieses Empfinden getragen und legt auf Sympathien mehr Wert, als auf verstandesmäßige Zustimmung. Da ihm nur dieser Impuls und das Wirken in einem ihm zusagenden Medium Energie verleiht, während er allein gelassen mehr das Gehenlassen vorzieht, so fühlt er sich bei der Anforderung, unter anderen Verhältnissen Willenskraft und Anstrengung zu zeigen, ganz und gar unbehaglich. Für den Polen, wie für den Slaven überhaupt, ist es daher Bedürfnis, ja geradezu Bedingung für die Möglichkeit, sich auszuleben, daß eine allzu strenge Abgrenzung eines Rechtsbereichs für seine Person nicht vorhanden ist. Dafür muß er aber unter Seinesgleichen leben können, unter Leuten, die ihn verstehen, vor allem fühlen, wie er, es so machen wie er, die ihn lieben, vielleicht auch hassen, in keinem Falle aber ihn pedantisch mit dem Verstande richten. Das ist der innere Grund, warum der Pole das leidenschaftliche Bedürfnis fühlt, seine Umgebung zu polonisieren, warum ihm das Vorhandensein

eines Deutschen in seinem Bereich schon an sich als Eingriff in seine eigentlichen Rechte erscheint, als ein Unrecht in des Wortes vollster Bedeutung.

Fragt man also, was das polnische Volk nach der ihm eigenen Anschauung als sein eigentliches nationales Recht betrachtet und in Anspruch nimmt, so kann man getrost als Antwort daneben setzen: es ist die Ausrottung und Unterdrückung alles Nichtpolnischen auf dem Gebiet, auf dem das Polentum sich heimatsberechtigt glaubt. Die Gewährung dieses Rechts heißt ihm Gerechtigkeit; alles andere gilt ihm als eine Beeinträchtigung seines nationalen Wesens. Diese Erkenntnis kann nur aus dem eingehenden Studium polnischen Wesens gewonnen werden; wer die Polen einfach nach deutscher Anschauung beurteilt, wird sich diese Wahrheit nie vorstellen können. So kommt es, daß viele sonst bedeutende und urteilsfähige Leute in Deutschland sich in Bezug auf die „Gerechtigkeit" den Polen gegenüber vollständig irreführen lassen und dadurch in der richtigen Behandlung der Polenfrage eine große Schwierigkeit schaffen. Eben die Eigenart polnischen Wesens hindert den Staat, wenn er auch die beiden Nationen vollkommen paritätisch behandeln wollte, dem Polen das zu geben, was dieser als sein Recht in Anspruch nimmt. Der Staat müßte sonst direkt gestatten, daß Rechte, die die deutsche Bevölkerung für sich beanspruchen kann und muß, wenn sie nicht geradezu ihre Nationalität preisgeben will, von den Polen beeinträchtigt und verletzt werden. Ein Zwang zur Preisgabe der Nationalität wird aber gerade von unseren Polenfreunden als himmelschreiendes Unrecht verdammt. Sie werden also damit einverstanden sein müssen, daß auch die deutsche Nationalität geschützt wird, und schon dadurch geschieht den Polen in ihrem Sinne Unrecht. Da dies nun also doch gar nicht zu vermeiden ist, so muß der Staat den Ansprüchen der Polen mindestens so weit entgegentreten, daß ein Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen möglich ist. Aber das wird ein Pole niemals als „Gerechtigkeit" anerkennen.

Es wird darum auch niemals gelingen, einen unbefangenen Verkehr zwischen Deutschen und Polen herzustellen. Es widerspricht dieser Behauptung nur scheinbar, daß ein solcher Verkehr in den Jahren 1815—30 tatsächlich bestanden hat. Man er-

innere sich aber an den bereits geschilderten Stand der Dinge in jener Zeit. Damals stand der polnische Bauer noch unter der frischen Erinnerung an den Druck der alten polnischen Wirtschaft, er atmete auf unter der preußischen Regierung und war infolgedessen vollkommen staatstreu. Die Geistlichkeit war damals noch wenig auf den Kampf geschult und nicht in dem Maße wie heute bewußt national; es herrschte damals in der ganzen katholischen Kirche ein freierer Geist, und die ultramontan-jesuitische Hochflut hatte noch nicht begonnen. Unter solchen Verhältnissen hielt es der polnische Adel — ein Bürgerstand existierte ja damals nicht — für nützlich und geraten, sich äußerlich freundlich zu den Deutschen zu stellen. Unter der Statthalterschaft Radziwills konnte vielleicht auf diesem Wege am leichtesten die Wachsamkeit eingeschläfert und eine nationale Sonderexistenz des Großherzogtums Posen angebahnt werden. Sobald sich diese Hoffnung als irrig erwiesen hatte, änderte sich das Bild. Seitdem haben sich die Polen immer nur dann den Deutschen gesellschaftlich genähert, wenn sie bestimmte Zwecke damit verbanden, namentlich wenn sie irgend eine nationale Aktion vorhatten, die sie in Dunkel hüllen wollten. Als z. B. zu Anfang der sechziger Jahre in Russisch-Polen der Aufstand vorbereitet wurde, der auch von den preußischen Polen nach Möglichkeit materiell unterstützt werden sollte, wurden diese letzteren, die die Aufmerksamkeit der Behörden in der Provinz Posen möglichst ablenken mußten, plötzlich auffallend liebenswürdig und suchten gesellschaftliche Annäherung an die Kreise des deutschen Adels, der Offiziere und Beamten. Derartige Beziehungen waren natürlich nie von Dauer. Die Regel ist, daß sich Polen nur unter Polen wohl fühlen, deutschen Umgang, wo sie es können, ängstlich meiden und selbst in gemeinsamen Angelegenheiten nur notdürftig Fühlung mit ihren deutschen Mitbürgern suchen.

Hieraus geht hervor, daß Annäherungs- und Versöhnungsversuche von deutscher Seite ganz ihren Zweck verfehlen. In solchem Falle läßt sich der Pole wohl gern vom Deutschen aufsuchen, aber er kommt ihm innerlich nicht einen Schritt entgegen und bleibt in seiner Welt für sich. Wer in der Provinz Posen ein polnisches Haus betritt, empfindet das selbst durch die größte gastfreundliche Liebenswürdigkeit hindurch. Besonders

auffallend wird man dessen gewahr werden, wenn einmal das Gespräch, ohne politisch zu werden, zufällig Vertreter von Behörden und öffentliche Interessen berührt. Genau in der Art, wie ein Pole von dem preußischen Oberpräsidenten oder Landrat spricht, kann man einen Franzosen, den man in Frankreich besucht, von dem deutschen Botschafter in Paris oder einem deutschen Konsul sprechen hören. Es liegt durchaus nichts Unhöfliches darin. Im Gegenteil. Man legt jene charakteristische Form des Interesses an den Tag, mit dem ein gesellschaftlich gut erzogener und formgewandter Mensch Mitteilungen aus ihm ganz fremden und unbekannten Gebieten entgegenzunehmen pflegt. Aber aus der ganzen Art, zu sprechen, geht hervor, daß der Redende sich nur aus Höflichkeit auf ein Gebiet begiebt, das ihn sonst gar nicht beschäftigt. Nicht um ein Haarbreit anders, wie von dem preußischen Oberpräsidenten, spricht man auch von dem russischen Generalgouverneur in Warschau, der auch für den preußischen Polen genau dasselbe bedeutet. Dagegen schlägt der ganze Gesprächston sofort in feurige Lebhaftigkeit um, wenn Personen und Verhältnisse berührt werden, die der polnischen Welt angehören. Und hier fühlt man wiederum deutlich, daß die Landesgrenzen in der Vorstellung der Sprechenden gar nicht bestehen. Das „Königreich" (d. h. Russisch-Polen), das „Großherzogtum" (d. h. die Provinz Posen) und Galizien fließen vollständig zusammen, und alles, was darin vorgeht, ist „nasza sprawa" — „unsre Angelegenheit". Man tut Unrecht, das in allen Fällen auf demonstrative Absicht zurückzuführen. Es sind dies vielmehr sehr oft nur spontane Äußerungen eines tiefbegründeten Absonderungs-Bedürfnisses in der eigenen Volksart, das dem Deutschtum völlig fremd und nahezu unverständlich ist. Mit solchen Charaktergegensätzen muß man eben sorgfältig rechnen.

Zum Schluß sei nur noch auf eine Erscheinung hingewiesen, die hier nur unter dem einen Gesichtspunkt der Verschiedenheit der Volksart kurz gestreift werden soll. Es ist die Tatsache, daß Ehen zwischen Polen und Deutschen in der Regel dem Polentum einen Zuwachs bringen. Die deutsche Frau unterwirft sich in der Regel den Wünschen des Mannes und erzieht die Kinder in seinen Anschauungen; in der polnischen Frau aber lebt die eigentümliche Anlage ihres Volks in verstärktem Maße, darum sieht sie sich

in ihrem Empfinden nicht eher befriedigt, als bis ihr Haus und ihre Kinder polnisches Gepräge haben. Auch das bestätigt, was wir von dem verschiedenen Begriff deutscher und polnischer Gerechtigkeit gesagt haben.

Es ist deshalb unmöglich, Deutsche und Polen ganz unter gleichen Gesichtspunkten zu behandeln. Die Verschiedenheit der Volkscharaktere muß berücksichtigt werden, und nur solche politischen Maßnahmen, die das tun, haben Aussicht auf Erfolg.

Kapitel 8.

Die wirtschaftlichen und kulturellen Gegensätze.

Es ist nun eine sehr wichtige Frage, mit welchem Einsatz wirtschaftlicher und kultureller Kräfte man auf beiden Seiten zu rechnen hat. Wir haben schon gesehen, wie die preußische Herrschaft den Polen zu einem tüchtigen Mittelstand verholfen und ihnen Gesundung gebracht hat. Diese historische Entwickelung, aus der einstweilen das Polentum den größten, wenn nicht alleinigen Nutzen gezogen hat, gibt indessen durchaus noch keinen Maßstab für die Stärke und Dauer der Impulse, die das polnische Volk dadurch erhalten hat. Wir erfahren daraus noch nichts für den relativen Wert der polnischen Kultur im Vergleich zur deutschen. Das ist doch aber gerade das, was wir wissen wollen und wissen müssen, welche Kultur bei völlig gleichen Entwickelungsbedingungen die stärkere ist, und dann in zweiter Linie, — was für uns Deutsche wichtig ist —, unter welchen Bedingungen das Deutschtum seine starken Seiten gegen das Polentum am wirksamsten geltend machen kann.

In der Beurteilung der Beziehungen zwischen Deutschtum und Polentum macht sich mehr und mehr ein gewisser Pessimismus geltend, der sich auf den Lehrsatz gründet, daß das bedürfnislosere Volk in der Regel das anspruchsvollere zu verdrängen pflegt. Ein bedürfnisloses Volk mit seiner niedern Lebenshaltung ist härter und den Schwierigkeiten des Lebens mehr gewachsen; es vermehrt

sich stärker, weil keine wirtschaftlichen Rücksichten dem natürlichen Triebe Schranken setzen und weil es in seiner Lebensweise der Natur näher steht. Schon die einfache brutale Wirkung der Zahl macht sich geltend. Dagegen bringt die höhere Kultur stets einen gewissen Grad von Verweichlichung mit sich; sie macht den Kampf um geeignete Existenzbedingungen verwickelter und darum schwieriger, sie beeinträchtigt die allgemeine Widerstandsfähigkeit. Das, so sagen die Anhänger dieser Theorie, ist auch der innere Grund, warum das Deutschtum bisher so geringe Erfolge gegenüber dem Polentum erzielt hat und langsam, aber sicher im Osten zurückweicht. Es ist offenbar nötig, dieser Lehrmeinung sehr genau in das Gesicht zu sehen.

Ganz ohne Einschränkung kann der Satz wohl nicht gelten. Sonst müßte ja in jedem Falle die höhere Kultur vor der niederen weichen, so daß ein allgemeiner Rückgang stattfände. Die Weltgeschichte lehrt aber doch im Gegenteil den Sieg des Kulturfortschritts. Die Sache liegt also wohl vielmehr so, daß noch etwas anderes zu berücksichtigen ist, wenn man das Gesetz der Entscheidung finden will, ob das kulturell vorgeschrittenere oder das bedürfnisloſere Volk in dem Wettstreit Sieger bleiben soll. Der Pessimismus, der den Kampf von vornherein im Sinne der zweiten Möglichkeit entschieden glaubt, irrt darin ebenso wie der Optimismus, der sich häufig gerade in Kreisen des deutschen polenfreundlichen Liberalismus zeigt und sich berechtigt hält, mit erhabenem Kulturstolz auf die Polen herabzusehen. Die pessimistische Anschauung zieht aus einer richtigen Beobachtung und Erfahrung eine übereilte Folgerung, die optimistische aber macht von einem richtigen Instinkt eine falsche Anwendung. Wie die richtige Mitte zwischen den beiden entgegengesetzten Irrtümern zu finden ist, das kann sich nur aus den Lehren der Weltgeschichte ergeben, und diese geben uns allerdings Anhalt genug dafür. Was die Völker lebensfähig macht, ist das Quantum Arbeit, das sie für ihre Existenz und Entwickelung einsetzen. Der Grad der Kultur spielt dabei überhaupt keine oder doch nur eine mittelbare Rolle. Allerdings schließt ein gewisser Entwickelungsgrad der Kultur die Gefahr in sich, die Kräfte oder doch einen Teil der Kräfte ruhen zu lassen. Es entspricht dann der erreichten Stufe nicht mehr die volle Arbeitsenergie, die erforderlich ist, um das Gleichgewicht herzu-

stellen und dadurch die volle Entwickelungsfähigkeit zu erhalten. Auf das Verhältnis zwischen Kulturbedürfnis und Arbeitsenergie kommt es an, nicht auf die absolute Stärke des einen oder des anderen.

Die Kulturtätigkeit entsteht aus dem inneren Drang, vorwärts zu kommen, die eigenen Kräfte zu entwickeln und die Verhältnisse zu beherrschen. Dieser Drang erzeugt Bedürfnisse, und die Befriedigung dieser Bedürfnisse feuert zu größeren Leistungen an. Durch die Erreichung einer weiteren Kulturstufe wird bei einem gesunden Volke, das seine Kraft noch nicht erschöpft hat, die Arbeitsenergie nur um so vielseitiger und lebhafter entwickelt. Schließlich freilich nähert sich jedes Volk einmal einer Grenze, wo es nicht mehr imstande ist, das Erreichte durch eigene Arbeit weiter zu fördern, wo es einen Teil seiner Kräfte ruhen läßt und von dem Arbeitskapital der Vergangenheit oder neuauftauchender fremder Kräfte zehrt. Diese Kulturgrenze bezeichnet den Wendepunkt, wo der Verfall beginnt. Wo aber die Grenze zu suchen ist, das hängt von der Individualität des Volkes ab. Es gibt begabte und minder begabte Völker. So lange aber ein Volk unterhalb der ihm erreichbaren höchsten Kulturgrenze steht, hat es die Gewähr des Fortschritts und des Aufsteigens nach Maßgabe seiner Arbeitsfähigkeit. So kann ein wenig kultiviertes Volk einem kulturgesättigten überlegen sein, wenn es die Kultur, die ihm geboten wird, durch die aufgewandte Energie eigener Arbeit in sein innerstes Wesen aufnimmt; dagegen wird es geschädigt, wenn ihm fremde Kultur nur äußerlich aufgepfropft wird; es schwindet dahin, wenn eine ihm gebrachte höhere Kultur in den eigenen Fähigkeiten nichts Entsprechendes findet. Wenn also ein bedürfnisloses Volk ein auf der Kulturhöhe stehendes wirklich verdrängt, so ist das nur dann denkbar, wenn das kulturell überlegene Volk sich nicht genügend regt, seine Arbeitsleistungen nicht den vorhandenen Kulturaufgaben anpaßt, womöglich gar einen Teil dieser Arbeit den Fremden selbst überläßt, um die entsprechende Arbeitsenergie im Genuß ruhen zu lassen. Es entspricht nur einem historischen Gesetz, wenn dann freilich das weniger fortgeschrittene, aber für sich und an sich arbeitende Volk entsprechend vorwärts kommt. Nur bei gleicher Arbeitsenergie kann das Kulturniveau in dem Wettstreit zweier sich berührender Völker entscheidend sein; dann

aber es iſt ganz undenkbar, daß das niedere Kulturniveau das höhere verdrängen könnte. Es wird immer umgekehrt ſein: die höhere Kultur muß Sieger bleiben.

Geſchichtliche Beiſpiele bieten ſich zur Genüge. Keines der begabten und kräftigen Barbarenvölker, mit denen das alte Rom bei ſeiner Entwickelung zum Weltreich in Berührung kam, hat es vermocht, ſich zu behaupten oder gar Roms Entwickelung aufzuhalten. Auch Germanen, die doch ſpäter das römiſche Weltreich ſtürzten, haben es anfangs nicht vermocht. Als Rom aber den Punkt erreicht hatte, wo der äußere Umfang und die innere Entwickelung des Reiches das Erlöſchen der nationalen Energie des Römertums und ſeiner eigenartigen Kultur herbeiführten, da trat die ſtärkere Energie des Germanenvolkes alsbald in ihr Recht. Nicht die germaniſche Bedürfnisloſigkeit und Widerſtandsfähigkeit verdrängte ohne weiteres die römiſche Überfeinerung, ſondern die Fähigkeit des jugendfriſchen Germanentums, von ſeiner Unberührtheit aus allmählich aus dem römiſchen Vorbild Stoff und Anregung zu eigener Kulturarbeit zu finden. Und je nach den Umſtänden und dem verſchiedenen Grade der Energie der einzelnen Stämme behauptete ſich das Germanentum entweder trotzdem in ſeiner urſprünglichen Derbheit und Eigenwüchſigkeit, oder es machte hier ſchneller, dort langſamer den Übergang zum ſogenannten Romanentum durch. Beſiegt haben alſo die Germanen Rom nicht durch ihre Bedürfnisloſigkeit und Urwüchſigkeit allein, ſondern ſie ſetzten den Überſchuß an Energie ihrer Raſſe — ein Überſchuß, der im Vergleich zu ihrer beſcheidenen Kultur ſehr bedeutend war — gegen den Fehlbetrag an Energie ein, der bei der römiſchen Weltmacht im Mißverhältnis zu ihrer verfeinerten Kultur allmählich immer deutlicher hervortrat.

So müſſen wir auch in andern Fällen, wo wir mit einander ſtreitende Formen der Kultur gegenſeitig abzuwägen haben, die irreführenden Zufälligkeiten beiſeite laſſen und den Maßſtab der Stärkeverhältniſſe nicht in der größeren oder geringeren Einfachheit und Urſprünglichkeit der Bedürfniſſe ſehen, ſondern nur in der Arbeitsenergie, die von den einzelnen Völkern entwickelt wird.

Wir ſtehen ja nun allerdings der Tatſache gegenüber, daß die Polen anfangen die Deutſchen zu verdrängen. Demnach ſcheint

diese Beobachtung nicht ganz im Einklange mit dem soeben Behaupteten zu stehen. Denn man wird vielleicht Folgendes einwenden: Gewiß erweisen sich die Polen als eine zähe Rasse, die eng zusammenhält, aber ihr Kulturleben weist keineswegs die Eigenschaften auf, aus denen man eine besondere wirtschaftliche Energie im allgemeinen folgern könnte. Unsere Theorie scheint also nicht zu stimmen; es scheint doch wirklich, als ob die größere Bedürfnislosigkeit hier das Entscheidende ist. Näheres Nachdenken aber zeigt uns, daß wir hier im Begriffe stehen, einen Trugschluß zu machen. Unzweifelhaft setzt hier das polnische Volk seine ganze Energie ein. Woher aber wissen wir, daß das deutsche Volk in seiner Berührung mit den Polen das Gleiche tut? Bleibt nicht die Möglichkeit, daß infolge irgendwelcher Umstände das Deutschtum noch gar nicht dazu gekommen ist, seine volle Kraft in diesem Kampfe einzusetzen? Wir sind ja doch, nach andern Anzeichen zu schließen, ein in der Vorwärtsentwickelung begriffenes Volk, und selbst der ärgste Neider wird uns ein hohes Maß wirtschaftlicher Energie nicht absprechen können. Wir werden also zu der Deutung gedrängt, daß besondere Verhältnisse obwalten, die die auf deutscher Seite vorhandene kulturelle Energie im Osten unseres Vaterlandes nicht recht zur Geltung kommen lassen.

So ist es in der Tat. Jede nähere Betrachtung der Verhältnisse in den östlichen Provinzen muß uns das bestätigen. Im allgemeinen hat ja überhaupt die deutsche Energie einen mehr individualistischen Charakter; von Hause aus fehlt es ihr immer etwas an Zusammenhalt und nationaler Farbe. Man kann diese Bemerkung überall machen. Der deutsche Kaufmann und Kolonist kommt für seine Person in den meisten Fällen unter Fremden gut vorwärts und schlägt in der Regel fremde Konkurrenz aus dem Felde, wo sein persönlicher Ehrgeiz, seine Tatkraft und sein Unternehmungsgeist angeregt wird und er von vornherein weiß, daß er unabänderlich auf diese Eigenschaften angewiesen ist. Meist hat er ja auch sein Schicksal selbst gewählt, und die Unternehmungslust hat ihn mit vollem Bewußtsein unter Fremde getrieben. Unter den tüchtigen, charaktervollen Leuten dieser Art züchtet der errungene Erfolg und das erkämpfte Ansehen dann auch einen bewußten Nationalstolz, der zu Anfang vielleicht wenig entwickelt war, mit der Zeit aber doch sich verstärkt, weil in einer echt deut-

ſchen Perſönlichkeit zugleich mit dem perſönlichen Selbſtgefühl in fremder Umgebung auch das Heimatgefühl zu wachſen pflegt. Erſt auf dieſer Grundlage und in letzter Linie entſteht dann auch durch die Gemeinſamkeit der Geſinnung ein äußeres Zuſammenhalten der Deutſchen im Auslande. Das iſt der Gang der Dinge, wie man ihn faſt überall beobachten kann. Von Anfang an und aus innerem Inſtinkte halten die Deutſchen ſelten zuſammen, es müßte denn ſein, daß ſie bereits in eine fertige Organiſation hineintreten; ſonſt gehört immer ein gewiſſer Druck der Verhältniſſe, oder wenigſtens eine Erziehung durch die Verhältniſſe dazu, um die Deutſchen auf dem geſchilderten Wege zuſammenzuführen.

Wenn wir uns aber klar gemacht haben, unter welchen Bedingungen und auf welchem Wege die wirtſchaftliche Energie des Deutſchtums erſt zur wahrhaft nationalen Entfaltung gelangt, erſt wirklich dem Volkstum zu gute kommt, dann werden wir uns durchaus nicht mehr wundern können, daß dem Polentum gegenüber ſo gut wie nichts davon zum Vorſchein kommt. Die Deutſchen in den Oſtmarken ſind ebenſo Pioniere des Deutſchtums, wie die Deutſchen im Auslande, *aber ſie fühlen ſich nicht als ſolche*. Der Schauplatz dieſes Nationalitätenkampfes liegt in unſerm eigenen Lande, und das iſt ein ſehr ſchwer ins Gewicht fallender Umſtand. Alles, was der Deutſche im Auslande ſich durch eigene Energie ſchaffen muß und auch wirklich ſchafft, will er im Inlande aus der Hand der Regierung entgegennehmen; ſo iſt er es nun einmal gewohnt und ſo will er es haben. Der Schade wäre vielleicht nicht ſo groß, wenn die Regierung zu jeder Zeit den Beruf zu der von ihr erwarteten Pionierarbeit für das Deutſchtum voll empfunden hätte. In Wirklichkeit aber hat ſich die Regierung, verhältnismäßig kurze Perioden abgerechnet, — z. B. die Zeit der Oberpräſidentſchaft des Herrn v. Flottwell, — durchaus nicht in der angedeuteten Rolle bewegt. Meiſt iſt ſie die kühl unparteiiſch waltende Macht geweſen, deren Sonne aufgeht über Gerechte und Ungerechte. Die meiſten der alten preußiſchen Büreaukraten hielten es für genügend, die Staatsautorität gegenüber den polniſchen Aſpirationen zu wahren; eine Förderung des Deutſchtums in irgendwelcher Art wäre ihnen nach ihrer Amtsauffaſſung als eine Art von Pflichtverletzung erſchienen. Bei aller Anerkennung der gewiſſenhaften Fürſorge

und soliden Tätigkeit dieses Beamtentums für das Land im allgemeinen kann man doch an der Tatsache nicht vorbeikommen, daß bis vor kurzem die Regierung nur vorübergehend ernsthafte Anstrengungen gemacht hat, um die deutsche Bevölkerung des Ostens auf die Bedingungen hinzuweisen und sie ihr schaffen zu helfen, die dem Deutschen notwendig sind, wenn er nationale Energie betätigen soll.

So haben sich die Deutschen in den Ostmarken immer in einer eigenen Zwitterstellung befunden. Sie sehen sich einer geschlossenen, fremdnationalen Macht gegenüber, der sie in derselben Weise gegenüberstehen müßten, wie es deutsche Kaufleute und Kolonisten in fremden Ländern tun. Und doch sind sie im Inlande, und eine sehr gewissenhafte, alles bevormundende, sich überall einmischende und dabei in nationaler Hinsicht früher meist bis zum Gefrierpunkt kühle Regierung hält sie stets am gewohnten Gängelbande. Die Deutschen haben also keine nationale Vertretung und sind dennoch unter Fremden. Notwendig wäre diesen Deutschen, an die täglich fremdes Wesen mit starkem Selbstbewußtsein herantritt, die deutliche Empfindung, daß sie im Grunde in derselben Lage sind, wie ihre Landsleute unter Russen, Kleinasiaten, Yankees, Brasilianern und Chinesen. Aber zu diesem Bewußtsein kommen sie nicht, denn sie fühlen sich mit Recht im Heimatlande unter der Hand einer strammen, sorgenden Regierung und in Verhältnissen, die sich im gewohnten Geleise heimischer Ordnung halten. So entwickelt sich aus dem Zusammenleben mit den Fremden eine abgestumpfte Gewohnheit, richtiger gesagt ein Schlendrian, der eine gewisse nationale Empfindungslosigkeit im Gefolge hat. Ist aber einmal die nationale Energie lahmgelegt, so tritt eine der gefährlichsten Eigenschaften des deutschen Charakters in sehr bedenklicher Weise hervor, die Kompromißsucht und Nachahmungssucht, die er dem fremden Wesen gegenüber zeigt. Von dem ursprünglich vorhandenen, berechtigten deutschen Selbstbewußtsein bleibt schließlich nur ein kleiner Rest, und dieser nimmt nicht selten einen Charakter an, der ebenso schlimm wirkt, wie die nationale Gleichgültigkeit. Es entwickelt sich zuweilen ein unfruchtbares und törichtes Herabsehen auf die Polen, dem kein eigener Wert und keine eigene Leistung entspricht und das nur die Wirkung haben kann, die nationale Wachsamkeit und Tüchtigkeit einzuschläfern.

Sehr viele Deutsche finden aber auch die polnische Art „interessant" und nehmen bewußt oder unbewußt vieles davon an. Natürlich sind es vor allem die Äußerlichkeiten und Fehler, die ansteckend wirken; alles was diese Fehler mildert, diesen Äußerlichkeiten Sinn verleiht, bleibt dabei zurück. Die Leichtlebigkeit, die bei den Polen in Zusammenhang mit der ganzen Charakteranlage steht und zwar die Grundlage vieler Fehler, aber auch ein Haupthebel des polnischen Gemeingefühls und seiner Hoffnungsfreudigkeit ist, wird bei dem sie nachahmenden Deutschen zur wirtschaftlichen Indolenz, die in Widerspruch zu den besten Grundlagen seines Wesens steht und ihm einen großen Teil seiner Widerstandsfähigkeit gegen das Polentum raubt. Wenn ein so hartes Urteil auch nur über einen kleinen Teil der deutschen Bevölkerung in den Ostmarken gefällt werden kann, so hat doch bei der eigentümlichen Gesamtlage des Deutschtums von dem polnischen Wesen immerhin soviel abgefärbt, daß bei den unter Polen wohnenden Deutschen im ganzen ein merkwürdiger Mangel an Unternehmungsgeist und Entwickelungstrieb, eine auffallende Verständnislosigkeit für neue Bedürfnisse und Neues bringende Tätigkeit zu beobachten ist. Das gilt natürlich nur im großen und ganzen, für den Durchschnitt, und um die ehrenvollen Ausnahmen nicht zu kränken, scheuen sich die meisten, es offen auszusprechen; aber wenn man die wirtschaftliche Signatur der Deutschen des Landes bezeichnen will, muß es einmal gesagt werden. Diese Erscheinung zeigt sich unglücklicherweise noch dazu in einer Zeit, wo das Polentum seinerseits von alten wirtschaftlichen Fehlern einigermaßen gesundet ist und einen entschiedenen Aufschwung nimmt. Mitten in ihrem Schlendrian sehen sich die deutschen Geschäftsleute im Osten durch den wirtschaftlichen Erfolg der Polen und ihr strammes nationales Boykottsystem unliebsam aus der Ruhe aufgescheucht; aber sie haben sich zum teil so in ihre alten Anschauungen eingesponnen, daß die neue Einsicht nicht so schnell durchdringt. Sie suchen sich immer noch gegen die unbequeme Tatsache zu wehren, daß die alten Zustände nicht mehr aufrechtzuerhalten sind, sie klagen die Leute an, die eine klare Erkenntnis von den Zeichen der Zeit gewonnen haben und sich auf den nationalen Kampf einrichten, sie sehen in ihnen Friedensstörer und schenken lieber polnischen Tendenzlügen Glauben, als daß sie sich entschließen, der wirt-

schaftlichen und nationalen Absonderung der Polen mit einem Zusammenschluß aller Deutschen zu antworten. Solche Persönlichkeiten, die immer noch glauben, es ließe sich das Zusammenleben der Deutschen und Polen in den alten Geleisen, wie zur Väter Zeit, ohne Schaden für den Staat einfach fortsetzen, gibt es bis in die Kreise des konservativen Großgrundbesitzes hinein; einen bemerkenswerten Typus dieser Art stellte z. B. der unlängst verstorbene Herr v. Treskow auf Radojewo dar, der vor nicht langer Zeit durch seine öffentlichen Erklärungen von sich reden machte und dadurch, so gut sie gemeint waren, den Polen eine außerordentliche Freude, seinen Landsleuten schweren Verdruß bereitete.

Die unglückliche Entwickelung, die das Deutschtum vielfach in den Ostmarken genommen hat und die sich als eine Art von Versumpfung bezeichnen läßt, hat eine Folge, die beinahe schlimmer ist, als der an Ort und Stelle dadurch angerichtete Schade. Sie wirkt nämlich direkt wie ein Abschreckungsmittel auf die im deutschen Mutterlande vorhandene Unternehmungslust. Der Tatendrang der Bevölkerung in den rein deutschen Teilen des Reichs richtet sich lieber auf andere Ziele, weil er im Osten überhaupt nicht ein fruchtbares Kolonisationsfeld für das Deutschtum, sondern nur einen kulturell zurückgebliebenen, von der Natur stiefmütterlich bedachten Teil des eigenen Vaterlandes sieht. In Wirklichkeit fehlt es den Ostmarken weder an landschaftlichen Reizen, noch an wirtschaftlicher Ertragfähigkeit, aber die ganzen Zustände tragen den Stempel einer gewissen Zurückgebliebenheit, gewisser Zugeständnisse an undeutsche Auffassungsart. Man hat das Gefühl, als ob Geist und Gemüt sich überall, in Erwerbsleben, Geselligkeit, Naturgenuß und geistigen Bedürfnissen, Entbehrungen auferlegen müssen, und zwar — wohl verstanden — nicht, weil etwa ein Mangel an den Mitteln zur Erhebung von Geist und Gemüt solche Entbehrungen notwendig macht, sondern weil das Bedürfnis der deutschen Bevölkerung in dieser Richtung durch die lange Berührung mit polnischem Wesen teilweise verkümmert ist und nun einen Teil der ursprünglichen Schwungkraft eingebüßt hat. Überall eine Einseitigkeit, Nüchternheit und Indolenz, die aus dem Lande nicht das herauszuholen versteht, was deutscher Geist sonst aus dem Fleckchen Erde zu machen pflegt, das er Heimat nennt.

Die verhängnisvolle Folge dieser Verhältnisse war zunächst,

daß sich nur diejenigen Deutschen in den Ostmarken wohl fühlen konnten, die dort geboren und groß geworden waren und nie etwas anderes so recht kennen gelernt hatten. Sonst treibt es jeden, der in diese Verhältnisse von außen hineintritt, immer wieder zum Lande hinaus. Daher wird der deutschen Bevölkerung kein frisches Blut zugeführt, und die Einheimischen werden niemals recht aus ihrer nationalen Lethargie aufgerüttelt. Dadurch erklärt sich schon auf sehr einfache Weise eine allmähliche Abnahme der deutschen Bevölkerung im Osten. Während die Polen alles tun, um auch die Ziffer der polnischen Bevölkerung zu verstärken, bleiben die Deutschen nicht im Lande; sie müssen also nach und nach in Rückstand geraten. Schlimmer noch ist eine andere Folge des Umstandes, daß die Ostmarken keinen nennenswerten Zuzug deutscher Bevölkerung aus dem Reich haben. Es wird dadurch nämlich die ohnehin vorhandene geistige Isolierung des Landes verstärkt. Es besteht keine rechte Beziehung und Verbindung zwischen den gefährdeten Grenzprovinzen und dem Innern des Reichs. Woher soll den Mittel-, West- und Süddeutschen das lebendige Bewußtsein kommen, daß dort im Osten um den Bestand des Deutschtums, um die Ehre des gesamten deutschen Namens gekämpft wird? Sie haben nur dunkle Vorstellungen von den Verhältnissen und meinen ganz harmlos, die unmittelbare Berührung mit solchen Polaken müsse unangenehm sein, aber die Leutchen da im Osten würden sich schon durchschlagen. Sie danken Gott, daß sie nicht im Osten leben; wer aber bringt ihnen den rechten Begriff bei von der großen Gefahr, in der unsre östlichen Grenzgebiete schweben und von der Beeinträchtigung der Interessen unseres gesamten deutschen Vaterlandes, die damit verbunden ist? Das ist der schlimme Fluch der Isolierung unserer Ostprovinzen. Deshalb liegt die nationale Energie des deutschen Volkes in dieser Frage vollständig brach; der Kampf wird von einem kleinen Bruchteil ohne Reserven und Hilfstruppen geführt. Und da wundert man sich noch, daß die Polen die Oberhand gewinnen, und führt die unliebsame Erfahrung auf künstliche Theorien zurück, von dem bedürfnislosen Volk, das das kulturell vorgeschrittene verdrängt. Für diese Theorie wird die Zeit erst kommen, wenn das deutsche Volk als Ganzes mit allen Mitteln seiner Kultur in den Rassenkampf eingetreten sein wird, ohne

trotzdem des Polentums Herr zu werden. Daß aber das Deutschtum trotz des vollen Einsatzes seiner Kraft dem Polentum erliegen könnte, vermögen wir nicht zu glauben. Wir haben wenigstens ein Recht, wenn nicht sogar die Pflicht, es nicht zu glauben, solange nicht die Probe gemacht ist und untrügliche Beweise vorliegen.

Wir haben also eine sehr einfache Erklärung für den Umstand, daß das Deutschtum im Osten durch Abwanderung geschwächt wird, während das Polentum Zufluß erhält. Man ist aber mit einer gewissen Scheu der Notwendigkeit, den Verhältnissen ins Gesicht zu sehen, aus dem Wege gegangen und hat sogar eine Art von Mystik zu Hilfe gerufen, um die unbequeme Erscheinung zu erklären. Man spricht von einem geheimnisvollen „Zug nach dem Westen", der die Völker treibt und der angeblich stets in der Geschichte bemerkbar gewesen sein soll. Man will damit eine gewisse Resignation begründen, die uns über die Erfolglosigkeit einiger neuerer Versuche, einen „Zug nach dem Osten" zu organisieren, hinweghelfen soll.

Unsere bisherigen geschichtlichen Kenntnisse bieten keine Unterlage für die Annahme eines solchen mystischen Zuges nach dem Westen. Es geht mit physikalischen Erscheinungen genau ebenso. Auch vom Wind wissen wir nicht genau, „von wannen er kommt und wohin er fährt". Aber das wissen wir, daß, wenn Ostwind weht, im Westen dünnere Luftschichten vorhanden sind, als im Osten und dies die Ursache ist, warum die ausgleichende Luftströmung in der bezeichneten Richtung — von Osten nach Westen — stattfindet. Wenn in den uns bekannten Perioden der Geschichte die meisten Völkerwanderungen sich von Osten nach Westen bewegt haben, so liegt dem nicht der faustische Drang zugrunde, der sinkenden Sonne „nach und immer nach zu streben", sondern der einfache Umstand, daß viele Jahrhunderte, oder sogar Jahrtausende hindurch ein großes Produktionszentrum menschlicher Bevölkerung — um es einmal so auszudrücken —, eine officina gentium, wie die Alten sagten, im Osten in einem Lande mit beschränkter Kulturfähigkeit vorhanden war. Eine solche officina gentium, eine Völkerwerkstätte, waren die Randgebiete des innerasiatischen Hochlandes, das ja wahrscheinlich einstmals von einem großen Binnenmeere ausgefüllt war. Als das Innere dieses Hochlandes zur

Wüste geworden, das Klima Nordasiens zugleich immer unwirtlicher geworden war, begann der Überschuß der kräftigen, urwüchsigen und intelligenten, aber in der Kultur zurückgebliebenen Bevölkerung nomadischer und halbnomadischer Lebensweise am Nordrande Innerasiens aus der alten Heimat auszuwandern und nach kulturfähigeren und günstigeren Gebieten hinzustreben. Daß die Richtung dieser Wanderungen nur nach Westen und Südwesten gehen konnte, war selbstverständlich, und ebenso selbstverständlich war es, daß sich diese Bewegungen von Zeit zu Zeit wiederholten und von den Wandernden immer wieder ein gewisser Druck auf ihre westlichen Nachbarn ausgeübt wurde, dem diese sich gelegentlich durch Weiterwanderung und Aufsuchung günstigerer und gesicherterer Gegenden zu entziehen suchten. Es bedarf also zur Erklärung dieser Wanderungen durchaus keiner absonderlichen und geheimnisvollen Annahmen. Wenn ein fruchtbares und reiches Land einerseits und ein ärmliches und ungünstig gelegenes andrerseits neben einander liegen, wenn das letztere dann noch außerdem übervölkert ist, so wird eben die Bevölkerung des letzteren Landes teilweise in das erstere abwandern. Liegt das erstere Land zufällig im Westen, so wird sich diese Wanderung natürlich als ein Zug nach dem Westen darstellen.

Es kann dann aber auch eines Tages anders kommen. Allmählich muß die fortgesetzte Zuwanderung die Verhältnisse in einem Lande so verändern, daß seine Aufnahmefähigkeit schließlich ihre höchste Grenze erreicht. Eine weitere Steigerung führt eine Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse herbei und macht sich der ansässigen Bevölkerung immer mehr als ein Druck fühlbar, gegen den eine Reaktion zum Bedürfnis wird. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß die Anzeichen einer beginnenden Übervölkerung sich sehr bald in einem Ausdehnungsbedürfnis geltend machen. Nun nimmt die Unternehmungslust einen ganz anderen Charakter an. Sie drängt sich nicht mehr dahin, wo sie schlechthin günstigere Lebensbedingungen fertig vorfindet, sondern dahin, wo sich die beste Gelegenheit findet, etwas zu schaffen und aufzubauen. Darum wendet sich der Wandertrieb aus den höher kultivierten, aber an beginnender Übervölkerung leidenden Gegenden zurück nach den allmählich entvölkerten, früher verlassenen Gegenden mit dem lebhaften Drange, aus diesem kulturell vernachlässigten Gebiet

nun aufs neue etwas zu machen. Ein solches Zurückfluten im großen Stil haben wir in der deutschen Geschichte schon einmal zu verzeichnen. In den Zeiten der sogenannten Völkerwanderung war die germanische Bevölkerung nach Westen bis hinter Böhmerwald, Saale und Elbe zurückgewichen. Dafür hatte sie im Westen den atlantischen Ozean und die äußerste Südwestecke Europas erreicht. Die Ausdehnung des gallo-romanischen Elements in Frankreich hat dann das zwischen Rhein und Elbe zurückgebliebene Germanentum in eine rückläufige Bewegung von großer Stärke gebracht, die eine sehr erfolgreiche Germanisierung eines bedeutenden Gebiets im Osten des deutschen Kernlandes zur Folge hatte. Darauf antwortet das Slaventum in unserer Zeit wieder mit einem stärkeren Druck nach Westen. Das ist für uns außerordentlich gefahrvoll, aber wir verstärken diese Gefahr ganz ohne zwingenden Grund, wenn wir statt einsichtsvoller Abwehr uns fälschlich einreden lassen, der Zug nach dem Westen sei eine geheimnisvolle dauernde Eigentümlichkeit der germanischen Rasse. Wir müssen wenigstens wissen, daß das geschichtlich unhaltbar und vollkommen falsch ist. Mystischen Vorstellungen nachzuhängen ist immer noch Zeit, wenn der ernsthafte Versuch, einen Zug nach dem Osten hervorzurufen, einmal wirklich unternommen und fehlgeschlagen ist. Bisher ist noch nichts derart versucht worden.

Nun wird freilich behauptet, das Slaventum habe trotz alledem ein natürliches Übergewicht infolge seiner stärkeren natürlichen Vermehrung. Wie schon bemerkt, findet man es ganz selbstverständlich, daß der kulturell niedriger stehende, ökonomisch anspruchslosere und bedürfnislosere Volksstamm den größeren Kinderreichtum hat. Dadurch allein müssen die Polen, so sagt man, die Deutschen erdrücken und verdrängen. Das klingt sehr einleuchtend; es ist aber ein sehr sonderbarer Umstand dabei. Wenn der behauptete größere Kinderreichtum der Polen nur im Zusammenhang mit ihrer wirtschaftlichen Bedürfnislosigkeit steht, so müssen sie früher sehr viel anspruchsvoller und wohlhabender gewesen sein, als jetzt. Denn bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts haben sich die Polen unter preußischer Herrschaft nicht wesentlich vermehrt; sie waren sogar zeitweise im Rückgang begriffen. Wir haben also, wenn die obige Behauptung richtig ist, die merkwürdige Erscheinung, daß das polnische Volk von

einem gegebenen Zeitpunkte ab plötzlich fruchtbarer wird, und zwar so fruchtbar, daß ihr Verhältnis zu den Deutschen mit einem Schlage verschoben erscheint.

Es ist außerordentlich schwer, diesen Erscheinungen mit völliger Sicherheit auf den Grund zu gehen, weil nämlich eine zuverlässige Statistik über die Verhältnisse der Nationalitäten in den Ostmarken leider fehlt. Man kann nur auf Umwegen zu gewissen Schlüssen gelangen, die über die Bevölkerungsstatistik Auskunft geben. Bis zur Einrichtung der Standesämter im Jahre 1875 waren es die Kirchenbücher, aus denen das Material für eine Geburtenstatistik zu entnehmen war. Daraus ergibt sich von selbst, daß die ältere Geburtenstatistik zugleich eine sehr bequeme Auskunft über die konfessionellen Verhältnisse gibt. Nun ist die katholische Bevölkerung der Ostmarken überwiegend polnisch, die protestantische überwiegend deutsch. Allerdings deckt sich die Konfession durchaus nicht mit der Nationalität; das Verhältnis ist indessen so, daß in den Provinzen Posen und Westpreußen, sowie in Oberschlesien die protestantischen Polen nur einen geringfügigen Prozentsatz der protestantischen Gesamtbevölkerung ausmachen. Nach den Berechnungen des Freiherrn v. Fircks gibt es in den genannten Landesteilen unter den Polen etwa 9% Evangelische. Man kann annehmen, daß sich die Lebensverhältnisse dieser verhältnismäßig wenigen evangelischen Polen nicht allzu sehr von denen der Deutschen unterscheiden. Daher gibt die Geburtenstatistik der Evangelischen zugleich ein annähernd richtiges Bild von der Geburtenstatistik der deutschen Bevölkerung. Dadurch gewinnen wir nun auch einen Anhalt, um die Verhältnisse der katholischen Bevölkerung zu beurteilen. Unter den Katholiken befindet sich ein bedeutenderer Prozentsatz Deutscher. Wenn wir nun, wie wir mit Recht tun können, für die deutschen Katholiken ungefähr dieselben Verhältnisse annehmen, wie für die evangelischen Deutschen, so können wir aus der Statistik der katholischen Bevölkerung auch annähernd berechnen, wie sich die Geburtenstatistik insbesondere der polnischen Bevölkerung stellt. So weit diese allerdings schwierige und nicht ganz zuverlässige Berechnung nicht trügt, scheint sie gleichfalls zu bestätigen, daß die Polen im Vergleich zu den Deutschen einen Überschuß an Geburten auf-

zuweisen haben. Die Polen scheinen also wirklich das fruchtbarere der beiden Völker zu sein.

Um so wichtiger wird es sein, die Ursachen festzustellen, warum diese Fruchtbarkeit der Polen in früheren Zeiten nicht zur Geltung gekommen ist, sondern erst seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts allmählich bemerkbar wird. Es können dabei natürliche oder künstliche Einwirkungen oder beides im Spiele sein. Eine natürliche Gegenwirkung gegen die Fruchtbarkeit einer Bevölkerung ist die größere Sterblichkeit. Daher ist auch die statistische Untersuchung der Sterblichkeitsverhältnisse von Wichtigkeit. Für diese Untersuchungen gilt das Gleiche, was wir über die Geburtenstatistik bemerkt haben. Es sind nur annähernde Feststellungen auf dem Wege der Schlußfolgerungen möglich. Aber wir können daraus wenigstens so viel entnehmen, daß in der polnischen Bevölkerung eine allmähliche Abnahme der Sterblichkeitsziffer eingetreten ist. Daraus erklärt sich dann sehr einfach, warum die polnische Bevölkerung allmählich in stärkerer Progression zunimmt. Die Abnahme der Sterblichkeitsziffer, gerade das entscheidende Moment für die allgemeine Bevölkerungsziffer, erklärt sich aber gerade nicht aus der Bedürfnislosigkeit und Anspruchslosigkeit des Volks, sondern ganz im Gegenteil aus der immer mehr hervortretenden Erhöhung des Niveaus der allgemeinen Lebenshaltung. Es ist die einzig mögliche Erklärung für die erhöhte Lebenskraft des polnischen Volkes.

Aber ganz erklärt ist damit noch nicht das verhältnismäßig plötzliche Hinaufschnellen der polnischen Bevölkerung seit den fünfziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts. Es müssen noch besondere Ursachen hinzukommen, die auf die Zunahme des Polentums von einem bestimmten Zeitpunkte an günstig gewirkt haben. Zunächst könnte man dabei an einen Zuzug denken, den das Polentum aus dem Auslande erhalten hat. Ein solcher Zuzug hat allerdings stattgefunden, aber nicht entfernt in dem Maße, um dadurch die starke Zunahme der polnischen Bevölkerung zu erklären. Dann bleiben aber nur zwei Möglichkeiten übrig, um diese Erklärung zu geben. Erstens kann das Polentum im Inlande selbst Zuzug erhalten durch Polonisierung deutscher Elemente, und zweitens kann die schnelle Zunahme des polnischen Übergewichts weniger auf einem absolut stärkeren Wachsen der Bevölkerungsziffer, als

vielmehr darauf beruhen, daß die deutſche Bevölkerung, die ſich ohnehin ſchwächer vermehrt, noch weiterhin infolge Abwanderung ſich vermindert. Eine Vergleichung der tatſächlichen Verhältniſſe mit dieſen Annahmen beſtätigt leider, daß letztere richtig ſind. Daß ſowohl die Poloniſierung deutſcher Elemente, als auch die Abwanderung der Deutſchen bei der allmählichen Erſtarkung des Polentums eine bedeutende Rolle ſpielen, zeigt auch der Zeitpunkt, von dem an dieſe Erſcheinungen beſonders bemerkbar werden. Seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hat ſich das Verfaſſungsleben in Preußen entwickelt; ſeitdem iſt auch das Nationalgefühl bewußter und geſchulter geworden. Hier war der unpolitiſche, ruheliebende Charakter der Deutſchen von vornherein im Nachteil. Ein großer Teil der deutſchen Bevölkerung entzog ſich den Unbequemlichkeiten des Nationalitätenkampfs entweder durch Übertritt zum Polentum oder durch Auswanderung. Das Polentum dagegen gewann durch das Verfaſſungsleben neue Handhaben für energiſche nationale Propaganda. Späterhin hat das Freizügigkeitsgeſetz die Abwanderung der deutſchen Bevölkerung gefördert. Vom platten Lande hatte ſchon vorher die Auswanderung nach Amerika einen großen Umfang angenommen; jetzt ging der Strom der Wanderer in die großen Städte des Deutſchen Reichs oder in die Induſtriebezirke des Weſtens. Während aber die Polen, nachdem ſie dort wohlhabend geworden, immer wieder in ihre Heimat zurückkehren, jedenfalls niemals die Verbindung mit ihrer Heimat ganz aufgeben, bleiben die Deutſchen im Weſten und geben jede Beziehung zu der Oſtmark auf. Das Sinken der Preiſe für landwirtſchaftliche Erzeugniſſe verſchlechterte überdies die Lage der ländlichen Arbeiter und ſchuf auf dem Lande Verhältniſſe, die der Pole allenfalls erträgt, denen ſich aber der Deutſche zu entziehen ſucht. Die Verſchärfung dieſer ländlichen Kriſis brachte das Deutſchtum immer mehr und immer ſchneller in die Minderzahl. Die mit guten Erſparniſſen aus dem Weſten zurückkehrenden polniſchen Arbeiter fanden mit Hilfe der Rentengutgeſetzgebung und dank der noch ſpäter näher zu beleuchtenden unerhörten Kurzſichtigkeit und büreaukratiſchen Torheit der Bromberger Generalkommiſſion die vortreffliche Gelegenheit, ſelbſt kleine Grundbeſitzer zu werden, während die deut-

schen Grundbesitzer in dem Kampf um ihre Existenz allein gelassen wurden.

Dazu kommt nun noch der Zuwachs, den das Polentum durch deutsche Renegaten erhält. Es ist bereits erwähnt worden, daß ein Teil der deutschen Bevölkerung in einseitiger und eigennütziger Wahrnehmung der Augenblicksinteressen die Bedeutung des Nationalitätenkampfes nie begriffen hat und in seiner Isolierung vom deutschen Mutterlande auch nicht recht begreifen konnte. Der nationale Stumpfsinn, der eine besondere Eigentümlichkeit des deutschen Philistergeistes ist, war zufrieden, wenn er sich das Leben in seinem engsten Kreise erträglich gestalten konnte, ohne gegen die zehn Gebote und das Strafgesetz zu verstoßen. Das Zusammenleben mit den Polen brachte es mit sich, daß die deutschen Kinder schon in ihren ersten Lebensjahren den praktischen Gebrauch der polnischen Sprache lernten, ebenso wie auch die polnischen Kinder beim Spiel Deutsch lernten. Aber die bei den Kinderspielen herrschende Parität der Sprachen blieb nicht aufrecht erhalten, wenn die Kinder groß wurden. Da wurde den Polen von ihren Angehörigen und vor allem vom Herrn Propst und unter Umständen auch vom Lehrer der Nacken gesteift; sie sollten ihre Muttersprache hochhalten, sie sollten polnisch sprechen, und sie sprachen auch polnisch. Noch mehr aber, sie lernten allmählich die Kenntnis der deutschen Sprache verleugnen und verlangten von den Deutschen, die unter ihnen lebten, sie sollten auch mit ihnen polnisch sprechen. Die Deutschen hatten niemand, der ihnen in derselben Weise klar gemacht hätte, welche Pflichten sie gegen ihre eigene Muttersprache zu beobachten hatten; Bequemlichkeit und Eitelkeit wirkten zusammen, um sie die polnische Sprache bevorzugen zu lassen. Bequemlichkeit, weil sie so im Verkehr mit den hartnäckig jede Kenntnis des Deutschen verleugnenden Polen allen Weitläufigkeiten aus dem Wege gingen; Eitelkeit, weil sie mit ihrer Geläufigkeit in einer fremden Sprache gelegentlich glaubten glänzen zu können. So tat man den Polen gern den Gefallen, mehr polnisch zu sprechen, als deutsch. Was man aber erst aus Gedankenlosigkeit zur Gewohnheit werden ließ, wurde, namentlich für die Feigen und Charakterlosen, zum Grundsatz, sobald dieses Halbpolentum in eine neue Generation übergegangen, das reine Polentum aber immer fanatischer und selbstbewußter

geworden war und angefangen hatte, die Deutschen zu drangsalieren und zu boykottieren. So ist in neuerer Zeit eine ganze Anzahl solcher national versumpften Deutschen, zunächst unter dem Druck der Geschäftsinteressen, dazu gebracht worden, von der Doppelsprachigkeit und vollkommenen nationalen Gleichgültigkeit noch eine Station weiter zu rücken und sich unter Verleugnung ihres Deutschtums den Polen anzuschließen. Ce n'est que le premier pas qui coûte, sagt ein französisches Sprichwort. Der Renegat sieht bald mit dem Haß des schlechten Gewissens nach denjenigen seiner ehemaligen Landsleute hinüber, die ihm auf seinem Wege nicht gefolgt sind. Er beschönigt sein Tun mit seiner Geschäfts- und Lebensklugheit und redet sich zuletzt ein, daß die Deutschen, die nicht desgleichen tun wie er, eigentlich die Störer des friedlichen Zusammenlebens der Nationalitäten sind. So kommt es denn sehr bald, daß diese Renegaten oder ihre Kinder dem Polentum ein besonders fanatisches Element zuführen, in dem der Deutschenhaß zu gefährlicher Höhe getrieben wird.

Der seit zwei Menschenaltern immer mehr verstärkte Eifer der polnischen Propaganda, der in der polnischen Geistlichkeit namentlich durch den Kulturkampf zur Siedehitze gebracht wurde, hat besonders die Mischehen sich zunutze gemacht, um dem Polentum frische Kräfte zuzuführen. Es ist an anderer Stelle schon kurz auf die Erscheinung hingewiesen worden, daß die polnische Frau es fast immer durchzusetzen versteht, daß ihre Kinder in ihrer mütterlichen Konfession und Nationalität erzogen werden, während die deutsche Frau sich im allgemeinen den Wünschen ihres Mannes zu fügen pflegt. Daraus folgt, daß Mischehen zwischen Polen und Deutschen so gut wie regelmäßig dem Polentum einen Zuwachs bringen. Da die Mischehen überdies der Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der nationalen Agitatoren sind, so läßt sich denken, daß dem Polentum die Vorteile, die sich ihnen infolge der verschiedenen Volkscharaktere bieten, niemals entgehen.

Es wird hiernach verständlich sein, warum die Polen aus dem deutschen Lager noch einen Zuzug erhalten, der vorläufig noch durch keine entsprechende Germanisierungsarbeit aufgewogen, geschweige denn überholt wird. Diese Tatsache in Verbindung mit der natürlichen Vermehrung der polnischen Bevölkerung und der Abwanderung der Deutschen erklärt vollständig, weshalb das

numerische Übergewicht des Polentums beständig steigt. Seit der letzten Volkszählung hat man sich entschlossen, auch der Nationalitätenstatistik größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Ergebnisse der Zählung sind für den Stand des Deutschtums recht betrübend, aber sie sind trotz der von den Behörden angewandten Sorgfalt nicht ganz einwandfrei. Bei der Angabe der Muttersprache ist sicherlich in vielen Fällen nach der einen oder nach der anderen Seite hin ein Druck ausgeübt worden. Immerhin wird man von jetzt an bessere Anhaltspunkte für die Schätzung des Verhältnisses der Nationalitäten gewinnen, als bisher. Noch auf lange hinaus wird man dabei recht betrübende Erfahrungen machen, denn die Ursachen, die den jetzigen Rückgang des Deutschtums herbeigeführt haben, lassen sich nicht so schnell beseitigen. Aber was wir hier darüber festgestellt haben, zeigt, daß es sich durchaus nicht um ein unabänderliches Verhängnis handelt, das über die Deutschen im Osten hereingebrochen ist, sondern um Erscheinungen, die das Deutschtum sehr wohl abzuwehren in der Lage ist, wenn es nur seine nationale Kraft wirklich einsetzt. Es sind bis jetzt nicht die gleichen Entwickelungsbedingungen für Deutsche und Polen vorhanden, aber sie können geschaffen werden, und diese Gewißheit muß der traurigen Beobachtung, die wir an der Entwickelung des Deutschtums im Osten machen, alles Entmutigende nehmen. Die Polen sind wirtschaftlich und kulturell vorwärts gekommen und augenblicklich im Osten gefährliche Wettbewerber. Aber sie sind es nur dank dem Vorspann, den ihnen die Deutschen geleistet haben, und dank dem Umstande, daß die Deutschen, wo sie den Polen nicht geholfen haben, durch Mangel an Selbstbewußtsein und Regsamkeit selbst schuld an ihrem Rückgange geworden sind. Auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik hat bisher noch kein Pole bahnbrechend gewirkt; deshalb haben wir nicht den geringsten Grund zu der Annahme, daß die polnische Nation an sich eine größere kulturelle Kraft besitzt, als die deutsche. Die bisherigen geschichtlichen Erfahrungen lassen vielmehr auf das Gegenteil schließen. Wir müssen nur dafür sorgen, daß die Vollkraft unserer Nation sich auch im Osten kundtut, daß die dortige deutsche Bevölkerung aus ihrer Isolierung und Erstarrung erlöst und mit den im Gesamtvolk wirkenden Kräften in lebendige Beziehung gebracht wird.

Hier und da erheben sich freilich auch wohl Zweifel, ob es wirklich nur der Zustand der deutschen Bevölkerung in den Ostmarken ist, der den Rückgang des Deutschtums zu Wege bringt, oder ob nicht doch schon das deutsche Volk in seiner Gesamtheit von Erscheinungen des Greisenalters angekränkelt ist. Dieser sehr ernste Hinweis ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Jene Erscheinungen der Überkultur, die, wie wir früher auseinandergesetzt haben, bei einem Volke die Erreichung der Kulturgrenze bezeichnen und den Verfall einleiten, die darauf ausgehen, Kulturmittel und Kräfte, die zur weiteren Ausnutzung bestimmt sind, im Genuß ruhen zu lassen, und zwar nicht in jenem anregenden und fördernden Genuß, der zum vollen Ausleben dem Menschen je nach seiner Eigenart notwendig ist, sondern im erschlaffenden, lähmenden Genuß, — alle diese Erscheinungen beginnen sich allerdings bei uns in bedenklicher Weise zu zeigen. Die etwas plötzliche Steigerung aller Lebensansprüche, die Bevorzugung der Geldmacht auf Kosten der geistigen Bedeutung und der Vornehmheit, das dadurch bewirkte stärkere Hasten nach materiellem Gewinn, die daraus entstehende Ehescheu beim männlichen Geschlecht und dem entsprechend beim weiblichen Geschlecht die Scheu vor Übernahme der Mutterpflichten und der wirtschaftlichen Pflichten einer Hausfrau, weiterhin das verhängnisvolle Eindringen der verderblichen und zerrüttenden Theorien des Neu-Malthusianismus, die um so gefährlicher sind, je mehr sie dem ungeschulten und engbegrenzten Verstande einleuchten, die Beschränkung der Kinderzahl und die gewollte Unfruchtbarkeit in Verhältnissen, die dazu kein ausreichendes Motiv geben, eine Erscheinung, die das Niveau des Wohlstandes und des wirtschaftlichen standard of life scheinbar erhalten helfen, in Wirklichkeit aber, abgesehen von ihren physisch und moralisch zerrüttenden Folgen, für jedes Volk den Anfang vom Ende bedeuten, — solche Symptome des beginnenden Verfalls beeinträchtigen allerdings die Fähigkeit, den Kampf mit dem Polentum aufzunehmen. Deshalb wird der einsichtige Politiker sich vor allem der Bevölkerungskreise erinnern müssen, die von diesen bedenklichen Erscheinungen nicht angekränkelt sind. Freilich können wir zum Kampf gegen das Polentum nur körperlich kräftige, arbeitsfreudige Elemente in erste Reihe stellen, Leute, die sorgen, aber nicht grübeln, die heute das Morgen bedenken,

aber nicht heute ihre Pflicht nur halb tun aus Furcht vor morgen, die in einem reichen Kindersegen einen Gottessegen, einen Wechsel auf die Zukunft, nicht ein Zukunftsgespenst sehen. Gott sei Dank haben wir solche Kräfte im Volk; wir müssen sie nur erhalten und ermutigen, nicht aber, wie es häufig geschieht, sie mit dem eigenen Pessimismus anstecken.

Damit kommen wir auf das schon mehrfach Angedeutete zurück. Die Lage des Deutschtums in den Ostmarken bringt es mit sich, daß in seinem Kampfe gegen das Polentum nicht die kulturelle und wirtschaftliche Vollkraft des deutschen Volkes eingesetzt wird; darum gewinnt das Polentum die Oberhand, denn es arbeitet mit seiner ganzen Kraft. Dagegen muß sich das Verhältnis sofort umkehren, wenn die gesamte deutsche Nation Ernst macht und an der Wiedergewinnung und Befestigung ihrer Ostgrenze Interesse gewinnt. Mit welchen Mitteln und in welcher Art das geschehen kann, wird in einem späteren Abschnitt zu erörtern sein.

Kapitel 9.

Die kirchlichen Verhältnisse.

In den bisherigen Erörterungen ist schon mehrfach die Tätigkeit der polnischen Geistlichkeit für ihre nationale Sache gestreift worden. Es bleibt noch übrig, auf diesen Punkt näher einzugehen, der für die Erörterung des Verhältnisses zwischen Deutschtum und Polentum zu den bedeutungsvollsten gehört. Die Bedeutung der Sache liegt darin, daß in der Bundesgenossenschaft des Polentums mit der Weltmacht der römisch-katholischen Kirche die größte Schwierigkeit der ganzen Polenfrage enthalten ist.

Bekanntlich wird von polnischer Seite mit großer Beharrlichkeit die Meinung im Volke verbreitet, daß polnisch gleichbedeutend mit katholisch, deutsch gleichbedeutend mit protestantisch sei. Im polnischen Volk, das ja überwiegend katholisch ist, — von den staatstreuen, für die Polenfrage überhaupt nicht in Betracht kommenden Masuren sehen wir hierbei ab, — ist jene Meinung bereits so festgewurzelt, daß auch die deutsche Bevölkerung teilweise davon beeinflußt worden ist. Auch mancher deutsche Pro-

testant aus der Provinz Posen fügt sich mitunter dem landesüblichen Sprachgebrauch und erklärt auf die Frage nach seinem Bekenntnis: „Ich bin deutscher Religion". Umgekehrt hört man von Polen gelegentlich auch wohl Äußerungen, wie sie ein Richter aus seiner Praxis erzählt, der mehrfach die Antwort erhielt: „Ich spreche katholisch".

Daß die Polen ein Interesse daran haben, diese Verwirrung der Begriffe, durch die die große Zahl deutscher Katholiken in den Ostmarken einfach als nicht vorhanden betrachtet wird, aufrecht zu erhalten, ist wohl begreiflich. Sie können nur gewinnen, wenn der Gegensatz der Nationalitäten auf das gefährliche Gebiet der religiösen Gegensätze hinübergespielt und die Bekämpfung ihres Volkstums als eine Bedrohung religiöser Güter hingestellt wird. Für die deutschen Katholiken aber ist diese Verwechselung so verletzend wie nur möglich. Denn es wird ihnen trotz treuer Anhänglichkeit an ihre Kirche damit der Vorwurf gemacht, daß sie keine rechten Katholiken seien, und das wird ihnen von derselben Seite gesagt, die immer in hochtönenden Worten den Grundsatz der Kirche, überall die Muttersprache zu schützen, zu verkünden pflegt. Es ist kein Wunder, wenn ungebildete, beschränkte und ängstliche Leute unter den deutschen Katholiken im Osten schließlich wirklich das Rechte zu tun glauben, indem sie ihre Muttersprache aufgeben und sich als Polen betrachten. Die charakterfesten und patriotischen deutschen Katholiken aber werden von der polnischen Anmaßung um so härter getroffen. Der Fanatismus ihrer polnischen Glaubensbrüder verletzt sie ja nicht nur in ihren vaterländischen Gefühlen, sondern tastet auch ihre Glaubenstreue an. Wie stark dieser Fanatismus auch unter der polnischen Bevölkerung ist, davon kann man merkwürdige Beispiele erleben.*)

Die vornehmste Pflicht der gesamten Katholiken Deutschlands wäre es, gegen diese grundlosen Verdächtigungen und ruchlosen

*) Nur ein kleines Beispiel aus persönlichen Erlebnissen sei hier einzufügen gestattet. Eine deutsche Katholikin, die in meinem Hause in Posen gelegentlich als Wäscherin und Aufwärterin Dienste leistete, kam an einem Sonntag voll Aufregung aus der St. Adalbertskirche zurück und erzählte, sie sei durch einige mit ihrer Begleiterin gewechselte Worte als Deutsche erkannt worden. Darauf hätten sich die polnischen Bäuerinnen von der Bank, auf der sie saß,

Beleidigungen ihrer Landsleute Front zu machen. Die katholische Presse Deutschlands müßte darin eine Ehrensache sehen, da sie ja stets betont, daß die katholische Kirche in dem Wettbewerb der Nationalitäten neutral bleiben und jeden in seiner Muttersprache schützen müsse. Wer anders als die deutsche katholische Presse wäre denn in erster Linie berufen, diesen Grundsatz vor allem den deutschen Katholiken gegenüber zur Anwendung zu bringen, wenn sie von den Polen in ihrem Recht, die Muttersprache zu gebrauchen, gekränkt werden? Es geschieht aber gerade das Gegenteil. Die katholische Presse schweigt die Not der deutschen Katholiken in den Ostmarken systematisch tot und ermuntert kalten Bluts die katholische Bevölkerung rein deutscher Gegenden, sich den Ansprüchen der Polen zu fügen und polnische Nationalinteressen eifrig zu vertreten. Sie täuscht bewußt und planmäßig ihre Leser über die Tatsache, daß sie mit ihrer Praxis den von ihr selbst verkündeten Grundsätzen der katholischen Kirche in das Gesicht schlägt. Bei jedem Streit zwischen polnischen und deutschen Katholiken steht die deutsche klerikale Presse, vor allem das führende Blatt im Westen, die „Kölnische Volkszeitung", auf der Seite der Polen. Eine schüchterne Opposition in Gestalt väterlicher Ermahnungen wird den hartköpfig und schroff ihr nationales Interesse vertretenden Polen nur dann zu teil, wenn sie bei Wahlkämpfen die befreundete, alle polnischen Interessen durch dick und dünn vertretende Zentrumspartei so schlecht wie möglich behandeln und in der Kandidatenfrage unter rücksichtslosen Beleidigungen die bedingungslose Unterwerfung der Parteileitung des deutschen Zentrums unter das Machtgebot der polnischen Führer fordern. Dann allerdings wallt vorübergehend auch in einem Teil der Zentrumspresse so etwas wie deutsches Selbstbewußtsein auf; auch dem hartgesottensten Geschäftspolitiker ‚der sich, um ein gutes Geschäft zu machen, auch einmal die Tür weisen läßt, fällt es doch mitunter nicht gerade leicht, sogar Fußtritte und Ohrfeigen einzuheimsen, und so gute Christen die Zentrumsleute auch sind, es kostet doch Überwindung, die linke Backe hinzuhalten, nachdem

weggesetzt und hätten auch Ankommende darauf aufmerksam gemacht, daß auf der Bank eine „Ketzerin" säße. Sie wurde also in der Kirche selbst wie eine Pestkranke gemieden, obwohl sie gläubige Katholikin war. Der Deutsche ist eben als solcher in den Augen des ungebildeten Polen ein Ketzer.

man auf die rechte einen so kräftigen Streich erhalten hat, wie ihn die Polen für ihre guten Freunde gern in Bereitschaft haben. Aber schließlich kommen auch die Führer der Partei einmal über das störende Gefühl verletzten Selbstbewußtseins hinweg; sie unterwerfen sich löblich den polnischen Ansprüchen und suchen mit brennendem Eifer nach Entschuldigungen für die polnischen Ungezogenheiten, die in ihren Augen natürlich weiter nichts sind, als vollkommen berechtigte Ausbrüche der Nervosität infolge der von der Regierung und den deutschen Protestanten ausgehenden angeblichen Verfolgungen.

Es zeigt sich also, daß die öffentlich verkündeten Lehren von der Neutralität der katholischen Kirche im Nationalitätenkampf von den politischen Vertretern des Katholizismus in Deutschland nicht befolgt werden. Handelte es sich dabei um religiöse Interessen, so würde ein solches Verhalten vollkommen unbegreiflich sein. Denn die Universalität der christlichen Kirche ist in der Tat ein allen Bekenntnisformen gemeinsamer Begriff, und die rein religiösen Interessen können nur gewahrt werden, wenn die Kirche den weltlichen Interessen gegenüber Neutralität wahrt und jede sittliche Überzeugung, also auch die Liebe zur angeborenen Nationalität achtet. Das politische Verhalten der Zentrumspartei gegenüber den deutschen Katholiken in den Ostmarken beweist, daß die Religion in diesem Falle nur der Deckmantel für politische Bestrebungen besondrer Art ist. Es handelt sich um die internationalen Machtbestrebungen der Papstkirche, die mit der katholischen Lehre an sich nichts zu tun haben und die man als „Ultramontanismus" zu bezeichnen pflegt. Der Ultramontanismus ist es, der, weit entfernt den status quo der Nationalitäten zu wahren, vielmehr auf die Seite des Polentums tritt und eifrig bestrebt ist, die Machtmittel der katholischen Kirche für die Polonisierung unserer Ostmarken einzusetzen.

Welche Gründe hat nun der Ultramontanismus, so und nicht anders zu handeln? Die Frage wird oft dahin beantwortet, daß der Ultramontanismus bei seinem Bestreben, der römischen Kirche als Weltmacht eine herrschende Stellung zwischen und über den Staatsgewalten zu erringen und zu sichern, ein natürliches Interesse daran habe, sich der nationalen Minderheiten anzunehmen. Das ist nicht unrichtig, trifft aber auch die Sache nicht ganz. Wenn

man nämlich meint, der Ultramontanismus würde im umgekehrten Falle auch das Deutschtum gegen ein herrschendes Polentum in Schutz nehmen, so irrt man sich gründlich. In dem Deutschtum an sich sieht der Ultramontanismus seinen geschworenen Feind, da im Sinne seiner besonderen Machtbestrebungen jeder Deutsche gewissermaßen eine ketzerische Ader hat. Man weiß ganz genau, daß keine unserer europäischen Völkerfamilien das Wesen von Religion und Kirche so tief und innerlich erfaßt, wie die germanische, und daß das deutsche Volk in dieser Beziehung der bedeutendste Vertreter des Germanentums ist. Ihm gegenüber muß der Ultramontanismus seine wahren Ziele stets mehr oder weniger verhüllen. Wenngleich er dank der ungeheuren Macht und Disziplin der Kirche sicher annehmen kann nicht allzuviel Abbruch zu erleiden, weil eben der Ernst und die Treue der deutschen Katholiken meist auch soviel Ehrfurcht vor der Kirche bedingen, daß die Kritik zurückgedrängt oder gar ausgeschlossen wird, so ist es doch auf alle Fälle bequemer und sicherer, mit einem Volke zu tun zu haben, dessen Frömmigkeit mehr auf blindem, unterschiedslosem Gehorsam beruht, das alles annimmt, was ihm im Namen der Kirche geboten wird, und das weltlichen Gelüsten und unlauteren Bestrebungen nicht mit so heiligem, tiefem Ernst auf den Grund sieht. Das Deutschtum ist dem Ultramontanismus stets unbequem, das Polentum dagegen unter allen Nationalitäten eine der bequemsten. Dazu kommt dann noch der Argwohn, daß der Sieg des Deutschtums im Osten vielleicht nur die Vorstufe für den Sieg des Protestantismus sein könnte, weil die deutschen Nachbarprovinzen im Osten überwiegend evangelisch sind.

Der Bund des Ultramontanismus mit dem Polentum ist die größte aller Schwierigkeiten, die mit der Polenfrage verknüpft sind. Und es ist dabei leider wenig Aussicht auf Verständigung. Denn bei der außerordentlichen Hartnäckigkeit, mit der die ultramontane Presse dem Polentum in jedem, aber auch in jedem Falle Vorschub leistet und mit ihm durch Wasser und Feuer geht, ist es auch den Vorkämpfern des Deutschtums selbst beim redlichsten Willen vollständig unmöglich gemacht, im Kampfe Polentum und katholische Kirche so entschieden zu trennen, wie es wünschenswert wäre. Die Zentrumsleute werden aber nie zugeben, daß diese unerfreuliche Erscheinung erst die Folge ihres eigenen Ver-

haltens ist und daß sie selbst es in der Hand haben, durch mindestens neutrale Haltung die Interessen ihrer Kirche, wo sie scheinbar verletzt werden, wieder zur Geltung zu bringen. Vielmehr stellen sie jene Folgeerscheinung als Ursache voran, kehren also den Sachverhalt vollständig um. Sie behaupten, daß man mit der Bekämpfung des Polentums nur die katholische Kirche treffen wolle und daß sie eben deshalb Bundesgenossen der Polen sein müßten. Die Folge davon ist in erster Linie, daß der Kampf der Nationalitäten auf religiöses Gebiet übertragen und dadurch verschärft und vergiftet wird. Weiter aber werden dem Polentum durch die Bundesgenossenschaft der Kirche wirksame Waffen zugeführt, über die die Nation allein niemals verfügen könnte. Der Agitation durch die Kirche ist es schwer etwas gleich Wirksames entgegenzusetzen.

Die Propaganda der Geistlichkeit mit Hilfe der kirchlichen Machtmittel wird überall auf das eifrigste betrieben, und diese Machtmittel sind bekanntlich reichhaltig genug. Vor allem wird der Beichtstuhl benutzt, um das polnische Nationalbewußtsein zu einer religiösen Gewissenspflicht zu stempeln und es zu praktischer, zweckmäßiger Betätigung anzuleiten. Der Religionsunterricht, der bis in die neueste Zeit öffentlich auch an Deutsche möglichst in polnischer Sprache erteilt wurde und bei dem auch jetzt noch das kürzlich erlassene Verbot der Regierung insgeheim so weit als möglich umgangen wird, dient zugleich als Lehrkursus für polnische Ansprüche und für den Widerstand gegen das Deutschtum. Um diese Verhältnisse zu beleuchten, ist es am besten, sich den Fall anzusehen, von dem vor nicht langer Zeit in aller Welt gesprochen worden ist und der von den Polenfreunden aller Nationen als typisch für die Behandlung der Polen in Preußen hingestellt wird. Gemeint ist der Wreschener Schulkrawall vom 20. Mai 1901. Aus der amtlichen Darstellung sei hier zunächst folgendes wiedergegeben:

„Die katholische Stadtschule in Wreschen zählt in 11 Klassen 641 Kinder, von denen 110 der Oberstufe angehören. Sie fördert die Kinder bis zum vollen Verständnis der deutschen Sprache, und der Stand des Unterrichts ließ der Regierung in Posen keinen Zweifel darüber, daß die Voraussetzungen der Oberpräsidialbestimmung vom 27. Oktober 1873 für die in diesem Falle vor-

geschriebene Einführung deutschen Religionsunterrichts gegeben waren. Trotzdem beschränkte die Regierung diese Maßnahme auf die Kinder der Oberstufe, nachdem sie noch einmal durch eine besondere Revision festgestellt hatte, daß die Kinder der drei Klassen der Oberstufe der deutschen Sprache durchaus mächtig waren. Der deutsche Religionsunterricht begann nach den Osterferien 1901, und es zeigte sich aus den Antworten der Kinder, die willig gegeben wurden, daß die Kinder dem Unterricht volles Verständnis entgegenbrachten. Nach etwa vierzehn Tagen änderte sich das Bild. Zunächst weigerten sich einzelne Kinder, die deutschen Religionsbücher mit nach Hause zu nehmen; andere brachten sie zurück. In steigender Zahl lehnten die Kinder ab, im Religionsunterricht auf deutsche Fragen zu antworten oder die gestellten Aufgaben, z. B. das Auswendiglernen eines Kirchenliedes, zu lösen."

Nun wird weiter geschildert, welche Maßregeln gegen diesen Widerstand der Kinder ergriffen wurden, wie der Kreisschulinspektor am 20. Mai selbst in der Schule erschien und schließlich die 14 renitentesten Kinder mäßige körperliche Strafen erhielten. Darauf folgten dann Ausschreitungen der aufgeregten polnischen Bevölkerung, die zuletzt in dem bekannten Prozeß wegen Landfriedensbruch vor dem Gnesener Landgericht ihre Sühne fanden. Es soll hier nicht auf die Frage des deutschen Religionsunterrichts eingegangen werden, vielmehr gilt es nur die Antwort auf eine andere Frage zu finden: Wie kamen diese Kinder zu ihrem Widerstand? Selbstverständlich nur durch äußere Einwirkung; das ergibt sich schon aus der Kenntnis der Natur des Kindes, und es wird überdies noch bestätigt durch die oben angegebenen Tatsachen. Woher aber kam die äußere Einwirkung? Wären die Eltern der Kinder aus sich selbst darauf gekommen, so hätte sich der Widerstand jedenfalls früher und von Anfang an gezeigt. Die Eltern selbst waren also erst aufgehetzt worden, und da erhebt sich die weitere Frage: von wem? Dafür gewinnen wir wiederum Anhaltspunkte in der Begründung, die vor Gericht von den Eltern selbst für ihr Verhalten gegeben wurde. Hier tritt überall der kirchliche Gesichtspunkt so scharf hervor, daß der Gedanke, eine rein politische Organisation habe durch ihre Agitation die Eltern auf den Gedanken des Widerstandes gebracht, gar nicht aufkommen kann. Ein Knabe

brachte sogar in seiner Zeugenaussage direkt vor, der Vikar habe im Beichtstuhl zum Festhalten an der polnischen Muttersprache ermahnt. Diese Aussage wurde freilich nicht aufrechterhalten, als dem Knaben durch äußere Einflüsse zum Bewußtsein gebracht worden war, daß er sich verplappert hatte. Aber wie konnte ein Kind überhaupt auf den Gedanken kommen, daß dergleichen sich im Beichtstuhl abgespielt habe, wenn es nicht wirklich erfahren hatte, daß die Eltern vom Herrn Pfarrer auf die Verhältnisse im Schulunterricht hingewiesen worden seien. Weiter ergab sich in der Gerichtsverhandlung, daß der polnische Seelsorger, Vikar Laskowski, von den Kindern in ihrer Gewissensnot, ob sie den Eltern oder dem Lehrer gehorchen sollten, um Rat gefragt, diese Frage zunächst überhaupt nicht beantwortet hatte; erst als die Kinder zum zweiten Male von ihm Rat und Hilfe erbaten, gab er die zweideutige Antwort, er könne ihnen nicht raten, da sie ihn falsch verstehen und fälschlich beschuldigen könnten. So ist der von Herrn Laskowski erteilte Rat in den Urteilsgründen des Gnesener Landgerichts fixiert worden. In dem Urteil heißt es: „Es mag dahingestellt bleiben, ob der Rat genau so gelautet hat, so hat er (Laskowski) jedoch unter seinem Eide ausgesagt, und an seiner eidlichen Aussage darf nicht gezweifelt werden." Weiter heißt es zu derselben Sache in den Urteilsgründen: „Der Herr Vikar ist nicht eingedenk gewesen des Wortes der Heiligen Schrift: Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über Euch hat!, sondern er hat zu den Kindern gesagt: Ich gebe Euch in dieser Sache keinen Rat! Damit hat er den Widerstand, den die Kinder ihren Lehrern leisteten oder leisten sollten, gewissermaßen sanktioniert, er hat die Kinder in ihrer Auflehnung gegen die Gesetze und die eingesetzte Schulbehörde befestigt. Und er stärkte mit dieser Auflehnung der Kinder, die er gutgeheißen hatte, zugleich auch den Widerstand der Eltern gegen die Einführung und die weitere Erteilung des deutschen Religionsunterrichts." So weit die Feststellungen des Gerichts selbst. Das Wesentliche ist dabei nicht etwa die persönliche Gegnerschaft des Geistlichen gegen den deutschen Religionsunterricht. Wenn er hiergegen innerhalb der gesetzlichen Schranken in Betätigung einer religiösen oder politischen Überzeugung auftrat, von seinem Beschwerde- oder Petitionsrecht Gebrauch machte und für seine Ideen Propaganda machte, so war

das etwas ganz anderes. Hier handelt es sich aber um offenen, tatsächlichen Widerstand gegen ein zu Recht bestehendes Staatsgesetz; von einem Priester muß man genügende Bildung erwarten, um diesen Unterschied zu erkennen. Ein Wort der Ermahnung zum Gehorsam gegen das Gesetz an die Eltern hätte den Kindern den Gewissenskonflikt erspart; er hat dieses Wort nicht gesprochen. Er konnte es auch wohl nicht, wenn, wie es wahrscheinlich ist, er selbst den Konflikt verursacht hatte. Das ganze Verhalten des Vikars war also eine über seine Priesterpflicht hinausgehende und gegen sie verstoßende Parteinahme für die polnische Sache gegen das preußische Staatsgesetz. Eine solche Parteinahme wird ein katholischer Geistlicher niemals wagen auf Grund einer bloß persönlichen Überzeugung oder seiner nationalen Zugehörigkeit; er kann dies nur tun in der absoluten Gewißheit, daß das Interesse seiner Kirche hinter ihm steht. Und da dieser besonders bekannt gewordene, typische Fall keineswegs vereinzelt dasteht, so mag man daraus ermessen, wie stark sich die katholische Kirche mit ihrer Macht über die Gemüter für das Polentum gegen den preußischen Staat ins Zeug legt.

Charakteristisch ist auch das Eingreifen des Erzbischofs von Posen in diese Frage. Als der Wreschener Prozeß in Gnesen verhandelt wurde, war in Zeitungen behauptet worden, der Landgerichtsdirektor sowohl als der Erste Staatsanwalt hätten in einer Verhandlung gegen das in Gnesen erscheinende Blatt „Lech" das „Imprimatur", womit die erzbischöfliche Behörde den deutschen Katechismus versehen habe, als eine Zustimmung des Erzbischofs zur Erteilung von deutschem Religionsunterricht an polnische Kinder bezeichnet. Diese Behauptung konnte natürlich unmöglich richtig sein; sie war so offenkundig falsch, daß es keinesfalls lohnte, darauf öffentlich zurückzukommen. Wenn die beiden Herren das Imprimatur überhaupt erwähnt hatten, so konnte es nur in dem Sinne geschehen sein, daß daraus hervorging, dieses Religionsbuch könne in keinem Falle an sich als ketzerisch gelten, wie es der religiöse Wahn der Polen wohl glauben mochte. Dieser Hinweis aber, daß der deutsche Katechismus, wie das Imprimatur bewies, an und für sich ebenso gut katholisch sei, wie der polnische, mußte der kirchlichen Oberbehörde, wenn sie es mit ihren irregeleiteten und wahnumfangenen Diözesanen ehrlich meinte, sogar willkommen

sein. Der Erzbischof aber konnte es weder über sich gewinnen, jenen mißverständlichen Bericht zu ignorieren, noch begnügte er sich mit einer einfachen Klarstellung der Bedeutung des Imprimatur. Er hielt vielmehr dies für den gegebenen Anlaß, um im besonderen Hinblick auf den Wreschener Fall die dem preußischen Staatsgesetz entgegenstehende Ansicht der Kirche über den Religionsunterricht öffentlich zu bekunden. In einem Briefe an den Landgerichtsdirektor Kah vom 12. November 1901 erklärte er: „Das einem polnischen, für polnische Kinder bestimmten Katechismus erteilte Imprimatur, sowie das dem deutschen, für Kinder deutscher Muttersprache bestimmten Katechismus erteilte, berechtigt durchaus nicht zu der Annahme, als ob darin eine Anerkenntnis oder Empfehlung liegen würde, daß diese Katechismen entgegen ihrer Bestimmung, die ihnen von der Kirche vorgezeichnet wurde, und entgegen den Bestrebungen der Kirche Verwendung finden sollten."*)

Der Herr Erzbischof hütete sich also, auch nur mit einem Wörtchen anzudeuten, daß beide Katechismen, selbst wenn sie entgegen ihrer von der Kirche gedachten Bestimmung gebraucht würden, doch in Bezug auf ihren Glaubensinhalt gleichwertig seien. Ein vorhergehender Satz über die allgemeine Bedeutung des Imprimatur genügt wenigstens in seiner negativen Fassung nicht, den fanatisierten Polen zum Bewußtsein zu bringen, daß auch der deutsche Katechismus ein gut katholisches Buch ist. Das tritt völlig zurück hinter der Betonung, daß die Verwendung des deutschen Katechismus für polnische Kinder nicht nur seiner von der Kirche ins Auge gefaßten Bestimmung widerspreche, sondern auch den „Bestrebungen" der Kirche entgegenlaufe.

Harmlose Gemüter könnten sich nun zwar darüber freuen,

*) Der Brief ist im deutschen Original nicht veröffentlicht worden, daher möge hier der angeführte Passus in dem von polnischen Blättern gebrachten polnischen Wortlaut folgen: „Imprimatur więc na katechizmie polskim, przeznaczonym dla dzieci z językiem ojczystym polskim, jako też „imprimatur" udzielone Katechizmom niemieckim, przeznaczonym dla dzieci z językiem ojczystym niemieckim, nie uprawnia do wniosków, jakoby w tem leżało uznanie lub polecenie, ażeby katechizmów tych używano wbrew przeznaczeniu, jakie im Kościół daje, i wbrew pragnieniom Kościoła". Die hier gesperrt gedruckten Stellen erschienen in den polnischen Blättern fett gedruckt.

daß die Kirche in so furchtloser Weise scheinbar den Grundsatz der Parität verficht. Aber so ist die Sache doch nicht. Wenn polnische Geistliche deutschen Kindern im Religionsunterricht die polnische Sprache und den polnischen Katechismus aufzwingen, so handeln sie nicht nur gegen das Staatsgesetz, sondern auch gegen den vom Erzbischof betonten Grundsatz der Kirche. Trotzdem drückt hier die erzbischöfliche Behörde stets ein Auge zu. Einmal hat der Erzbischof Veranlassung genommen, in einem allgemeinen Erlaß ein solches Verhalten polnischer Geistlichen als unzulässig scharf zu tadeln, aber ein wirkliches Einschreiten ist nie erfolgt. Jetzt aber, wo der Staat den deutschen Religionsunterricht für polnische Kinder fordert, läßt sich der Erzbischof weder durch den unbedeutenden Charakter jener offenbar falschen Zeitungsnotizen, noch durch den bösen Schein einer Parteinahme für die Wreschener Landfriedensbrecher abhalten, den Gegensatz der kirchlichen gegen die staatlichen Bestrebungen öffentlich scharf hervorzuheben. Wenn den polnischen Geistlichen vorgehalten wird, daß sie deutsche Kinder zu polnischem Religionsunterricht zwingen, so entschuldigen sie sich damit, diese deutschen Kinder kämen freiwillig oder auf Wunsch ihrer Eltern zu den Polen. Wenn aber, wie es doch geschehen ist, polnische Kinder ebenso willig dem deutschen Religionsunterricht mit Verständnis folgen, dann wird ihnen dies als Sünde bezeichnet, und sie und ihre Eltern werden so lange aufgehetzt, bis sie gegen das Staatsgesetz Front machen. Mit andern Worten: die Kirche läßt es geschehen und unterstützt es, wenn deutsche Kinder gegen das Staatsgesetz Polen werden und ihre Muttersprache verleugnen; sie schreit über Verleugnung der Muttersprache, wenn polnische Kinder das Staatsgesetz respektieren. Sie übt also nicht Parität, sondern steht in jedem Falle auf Seite des Polentums gegen die Staatsautorität.

Eine weitere Handhabe zur Begünstigung des Polentums gegen das Deutschtum findet die klerikale Praxis in den nationalgemischten Ehen. Wenigstens gelingt es in den Fällen, wo beide Eheleute katholisch sind, dem geistlichen Einfluß fast regelmäßig, dem polnischen Teil die Oberhand zu verschaffen. In den nationalgemischten Ehen ist ja ohnehin die Neigung zum Polentum vorhanden, wie wir früher schon begründet haben. Wenn nun die zielbewußte Aufsicht des Geistlichen über das Familienleben

in dem gleichen Sinn wirkt, so ist der Triumph des Polentums so gut wie sicher entschieden. Die hauptsächlich durch den Beichtstuhl geübte Macht der Geistlichkeit über die Gewissen ist noch dazu nur in seltenen Fällen faßbar. Hin und wieder aber gibt sich die nationale Wühlarbeit des polnischen Klerus, die in der Hauptsache ganz in der Stille betrieben wird, durch die Leidenschaftlichkeit einzelner Vertreter doch eine Blöße. Mehrere solcher Fälle sind besonders bekannt geworden; sie bilden freilich nur einen geringen Bruchteil der wirklichen Vorkommnisse dieser Art. Einzelne Geistliche begnügten sich z. B. nicht, den deutschen Kindern in der Schule das polnische Gebet aufzuzwingen, sondern sie erklärten sogar direkt das deutsche Gebet für Sünde, sodaß unter den ungebildeten Polen auf geistliche Veranlassung hin vielfach der Glaube verbreitet wird, der liebe Gott verstehe nur polnisch. Der Propst Szadzinski, der vor einigen Jahren die Pfarre in Witaschütz hatte, führte durch sein Bestreben, den deutschen Kindern das polnische Vaterunser aufzuzwingen, einen öffentlichen Skandal herbei; Pfarrer Andersz in Slupia geriet mit dem Lehrer in Streit, weil dieser nicht zu Polonisierungsbestrebungen die Hand bieten wollte. In beiden Fällen erledigte die geistliche Oberbehörde die Sache dadurch, daß sie die schuldigen Geistlichen in besser dotierte Stellen versetzte, in denen das Polentum die Oberhand hatte. Sie bestrafte sie also nur zum Schein, indem sie ihnen eine Maßregelung zu teil werden ließ, die in Wirklichkeit eine Annehmlichkeit und eine Belohnung enthielt. Als die Regierung Miene machte, solchen Fällen der Renitenz etwas energischer entgegenzutreten, klagte der „Orendownik" in einer Jahresbetrachtung: „Alle arbeiten daran, daß baldmöglichst der polnische Pfarrer ausgerottet werde, der noch bis in die letzte Zeit hinein namentlich hinsichtlich des Mittelstandes und der unteren Klassen die Seele unserer bürgerlichen Tätigkeit gewesen ist. . . . Wir fühlen uns selbst als ein Teil dessen, was unsere Pfarrer für das Polentum leiden müssen und was noch über ihnen schwebt."

Es gibt kaum eine Kleinigkeit, die von den fanatischen Geistlichen unbenutzt gelassen wird, um die ganze katholische Bevölkerung dem Polentum zuzuführen. Aus dem Kreise Neustadt in Westpreußen erzählte die „Danziger Allgemeine Zeitung" vor

etwa zwei Jahren einen Fall, wo ein deutscher Katholik, der auf dem Grabe seiner Tochter einen Kranz mit deutscher Inschrift niedergelegt hatte, von dem Geistlichen zur Rede gestellt und zur sofortigen Entfernung des Kranzes veranlaßt wurde. Auch hier heißt es in einer daran geknüpften Betrachtung: „Zur Förderung des Polonismus sucht man überall Katholizismus und Polonismus zu verquicken, und das ist bei unserem ungebildeten Volke auch durch die Hetzkapläne in bedenklicher Weise gelungen. Diesen Bestrebungen verdanken wir die fortwährend vorkommenden Ausschreitungen des niederen polnischen Volkes gegen die Deutschen, die stets nur von polnischer Seite ausgehen und die zum größten Teil gar nicht alle zur Kenntnis der Behörde kommen. Es ist traurig, daß so viele katholische Geistliche ihre Stellung mißbrauchen; wir würden sonst verschont bleiben von vielen Reibereien. In früheren Zeiten, bei den alten katholischen Geistlichen, lebten Deutsche und Polen friedlich nebeneinander. Das ist jetzt vorbei, seitdem der ultramontane Geist die jungen Geistlichen meist beherrscht."

Welche Erfolge die eifrige Polonisierungstätigkeit der Geistlichen gelegentlich hat, das zeigte zu Beginn des Jahres 1899 recht deutlich ein Prozeß, den der Propst Renkawitz in Usch gegen ein deutsches Blatt angestrengt hatte. Die Zeitung hatte das Polonisierungssystem des Geistlichen, dessen Vater sich noch zu den Deutschen gezählt hatte, sehr scharf kritisiert, und Herr Renkawitz fühlte sich infolgedessen beleidigt. Der Prozeß ergab, daß die Zeitung in fast allen Punkten die Wahrheit geschildert hatte; nur ein einziger Punkt, in dem der Wahrheitsbeweis nicht ganz überzeugend zu führen war, hatte die Verurteilung des Blattes zu einer geringfügigen Geldstrafe zur Folge. Die Verhandlung war also insofern wertvoll, als die Tätigkeit des Propstes eine gerichtliche Feststellung erfuhr, die durchaus genügte, um zu zeigen, daß das Polentum seine Erstarkung in der früher ganz deutschen Stadt nur dem Geistlichen verdankte, der trotz einer großen deutschen Mehrheit in der Gemeinde die deutschen Gottesdienste in den Hintergrund schob, einen polnischen Kirchenchor einführte und auch außerhalb des kirchlichen Lebens das Polentum begünstigte und jedem seiner Ansprüche zur Geltung verhalf. Herr Renkawitz hatte, als dieses Treiben in der Presse aufgedeckt wurde, sogar die Kühnheit, den Staatsanwalt anzurufen; er schien wirklich zu

hoffen, die Staatsanwaltschaft werde auf seinen Wunsch eingehen und sich einschüchtern lassen. Das glückte nun freilich nicht; der Propst wurde auf den Weg der Privatklage verwiesen, und der Erfolg war für ihn sehr betrübend.

Auch dieser Prozeß zeigte die bewährte Praxis des katholischen Klerus im Osten. Sind die Deutschen in einer katholischen Gemeinde in der Mehrheit, so heißt es: diese Mehrheit darf nicht den Anlaß geben, die Minderheit in ihren religiösen Bedürfnissen zu vergewaltigen; ergo müssen wir neben den deutschen auch polnische Gottesdienste einrichten. Sind aber die Polen in der Mehrheit und wollen nun die Deutschen nach demselben Grundsatz deutsche Gottesdienste haben, so heißt es: die Minderheit kann das nicht verlangen; die Deutschen können so viel polnisch lernen, daß sie dem polnischen Gottesdienst zu folgen vermögen, sie sollen nicht so viel Querelen machen. In vielen Fällen haben die Deutschen auf ihr Gesuch überhaupt keine Antwort erhalten, und wenn dann die Sache in der Öffentlichkeit zur Sprache kam, so verschanzten sich die geistlichen Behörden gelegentlich hinter einer falschen Statistik; es wurde dann einfach im Widerspruch zu den Tatsachen behauptet, die Zahl der Deutschen sei gar zu gering, um eigenen Gottesdienst zu rechtfertigen. Das ganze Verfahren zeigt eine beispiellose Unverfrorenheit, aber die polnische Geistlichkeit glaubt den deutschen Katholiken eben alles bieten zu können, weil sie auf die unbedingte Bundesgenossenschaft der Ultramontanen im Reich zählen kann. Wenn sich die deutschen Katholiken öffentlich darüber beklagen, so erklärt die „Kölnische Volkszeitung" einfach alles für Lüge, und der Fall ist erledigt.

Sehr bezeichnend ist auch die Abneigung der geistlichen Behörden, den deutschen katholischen Ansiedlern deutsche Geistliche aus ihrer Heimat zu geben. Das kirchliche Interesse würde doch in keiner Weise darunter leiden, wenn z. B. westfälische Ansiedler in der Provinz Posen westfälischen Geistlichen unterstellt würden. Gute Katholiken sind doch diese Westfalen mindestens ebenso. Aber die kirchliche Behörde in Posen wußte wohl, warum sie gegen diese Wünsche taub war und durchaus keine „Importgeistlichen" haben wollte. Die Kirche, die sonst sofort Lärm schlägt, wenn eine Gemeinde eine Zeitlang ohne Pfarrer bleibt, kümmerte sich um die Not einer Ansiedlungsgemeinde der erwähnten Art — es war

die Gemeinde Lawau in Posen — nicht im geringsten. Sie duldete, daß Lawau ohne Seelsorge blieb, nur weil sie keinen westfälischen Pfarrer dort einsetzen wollte, und erst als die Ansiedlungskommission nachgab und einen Geistlichen aus der Posener Diözese zuließ, weil ihr die Wahrung der religiösen Rechte dieser treuen Katholiken mehr am Herzen lag, als der berufenen katholischen Kirchenbehörde, kam die Sache in Ordnung. Daß die Zentrumsleute in diesem Falle für die kirchliche Bedrängnis ihrer Glaubensgenossen kein Wort der Fürsprache übrig hatten, braucht kaum besonders erwähnt zu werden.

Mit dieser feindseligen Haltung der katholischen Kirche gegen die deutschen Katholiken im Osten vergleiche man nun ihre zarte Fürsorge für die unter Deutschen wohnenden Polen. Die polnischen Geistlichen sind überall bemüht, die Polen zu sammeln und für die Erhaltung ihrer Nationalität zu wirken. Einen sehr charakteristischen Bericht, der diese Tatsache beleuchtet, brachte einmal ein polnisches Provinzialblatt aus Dresden. Die plumpe Naivetät, mit der eine eigens unternommene Inspektions- und Agitationsreise eines polnischen Geistlichen als etwas Zufälliges geschildert wird, ist zu köstlich, als daß man es sich versagen könnte, diesen Bericht wiederzugeben. Der Dresdener Berichterstatter des polnischen Blattes schrieb damals:

„Pfarrer Johann Langier kam zufällig nach Dresden, um die Gemäldegalerie (!) zu besehen. Durch reinen Zufall mit dem Vorsitzenden des polnischen Industrievereins zusammengekommen, beteiligte er sich sofort an einer Sitzung des Vereins. Dank der durch das Pflichtgefühl hervorgerufenen eifrigen Teilnahme am Vereinsleben kamen von uns so viele zusammen, daß der Saal vollständig gefüllt war. Pfarrer Langier übernahm den Ehrenvorsitz, begrüßte uns, las das Evangelium und hielt in zu Herzen gehenden Worten eine Ansprache, in der er zum Zusammenschluß, zur Eintracht und Ausdauer aufforderte. Seinen Worten wurde wie einer Predigt Gehör geschenkt. Viele im Kampf mit Widerwärtigkeiten Erlahmte wurden dem Polentum wiedergewonnen. Wenn das doch öfter geschähe! Am nächsten Tage besuchte der Pfarrer einige Polen in der Wohnung und sprach abends wieder im Verein, Dienstag hörte er Beichte, las eine Messe und fuhr dann nach Posen zurück, wo er dem Erzbischof eine Petition der Dresdener

Polen behufs Erwirkung polnischen Gottesdienstes in Dresden überreichen wird."

Wie es auch in Westfalen diese geistlichen Sendboten es sich angelegen sein lassen, das Polentum zu stärken, mag hier gleichfalls in einem Beispiel erläutert werden. Ein in Allenstein in Ostpreußen erscheinendes polnisches Blatt brachte im Januar 1898 einen Bericht aus Bochum, worin ein Pole das Wirken der dorthin gesandten polnischen Geistlichen in folgender Weise schildert:

„Während des Verweilens des Pfarrers Szotowski in Bochum fand jede zweite Woche im Monat ein polnischer Gottesdienst in der Kirche der Redemptoristen statt, in den auch die Deutschen gingen, und wir mußten immer auf diese warten. So kamen denn immer so viel Landsleute zusammen, daß man sie auf der Straße oder dem Kirchplatz kaum überschauen konnte, und Pfarrer Szotowski stand da und sah dem Treiben durchs Fenster zu oder er sprach draußen mit uns. Alltäglich ging er in den Dörfern umher, suchte polnische Leute auf und fragte diese, wo sie wohnten, ob sie in gemischten Ehen lebten, und ob sie zur Beichte gingen oder in der Kirche gewesen wären. Er empfahl auch jedem eine Zeitung, und wer keine bestellt hatte, dem verschrieb er eine solche. Ich selbst kannte die Zeitung noch nicht, denn sie sollte erst zu erscheinen beginnen. So ging ich denn zu ihm, und er sagte mir, daß in meiner Heimat eine Zeitung herausgegeben werden würde, ich sollte sie mir verschreiben. Da ich nicht wußte, wie ich dies anfangen soll, schrieb er mir einen Zettel und sagte mir, ich solle ihn auf die Post tragen. So habe ich es denn auch getan. Nach ihm kam Pfarrer Liß, der ebenso gut wie jener war und uns auch aufrichtig liebte und uns zugetan war. Er ging in die Vereine, lud zur Teilnahme am Vereinsleben ein und erkundigte sich, wieviel und was für Zeitungen die Leute lesen."

Die geschickte Art, wie die nationale Agitation mit der berechtigten Seelsorgetätigkeit verbunden wird, dürfte schon aus diesen Proben zur Genüge ersichtlich sein. Einem Unbefangenen wird es freilich unfaßlich erscheinen, wie eine solche nationale Propaganda von der klerikalen Presse auch dann gutgeheißen und verteidigt werden kann, wenn sie die Bahn der Vorsicht und Behutsamkeit verläßt und den offenen Kampf gegen das Deutschtum in Gestalt von Übergriffen und gehässigen Anfeindungen auf-

nimmt. Die Sache ist aber in Wirklichkeit einfacher und leichter, als harmlose Gemüter sich vorstellen. Die Tatsachen werden einfach abgeleugnet oder als Ausnahmen hingestellt. Als unlängst der polnischen Presse alle die Fälle vorgehalten wurden, in denen polnische Geistliche den Gebrauch der deutschen Sprache durch Katholiken — NB. nicht etwa nur durch Polen! — als sündhaft bezeichnet hatten, da erwiderte ein polnisches Blatt gereizt: „Das sind alles Ausnahmefälle, und wenn man uns hundert solcher Fälle nachweist, so sind es eben hundert Ausnahmen." (!) Es hieße einer solchen Beweisführung zu viel Ehre antun, wenn man sie ernst nehmen und an ihr Kritik üben wollte; es genügt, auf sie hinzuweisen. Bei einer Presse, die die Urteilsfähigkeit ihrer Leser so gering einschätzt, muß man immer schon zufrieden sein, wenn sie eine nicht wegzuleugnende Tatsache überhaupt erwähnt; gewöhnlich arbeitet sie mit dem einfacheren Mittel des Totschweigens unbequemer Tatsachen.

Unter solchen Umständen wird es den Ultramontanen leicht, alle die kirchlichen Differenzen zwischen Deutschen und Polen, die sich trotz alledem nicht völlig totschweigen lassen, dadurch zu erklären, daß sie den Sachverhalt kurzweg umkehren und die Polen als die in der Notwehr Befindlichen gegenüber der Propaganda und Verfolgungssucht der Deutschen hinstellen. In der Geschicklichkeit, den Spieß umzudrehen, hat die polnische Presse sehr bald eine unerreichbare Meisterschaft erreicht. Die herzbewegliche Schilderung, die im August 1897 einmal die „Gazeta Grudziądzka" von der germanisierenden Wirkung der Mischehen entwarf, könnte wohl eine Sammlung von Blüten unfreiwilligen Humors bereichern, wenn die Sache nicht für uns Deutsche so bitter ernst wäre. Selbst in diesem Aufsatz übrigens, der die angeblich dem katholischen Glauben aus den Mischehen drohenden Gefahren mit bewußter Entstellung bekannter Tatsachen schildert, um in Wahrheit auf die Handhaben hinzuweisen, die die Mischehe der polnischen Propaganda bietet, findet sich das Zugeständnis, daß, wenn die Ehe nur mit Bezug auf die Nationalität gemischt ist, die polnische Seite gewöhnlich nicht germanisiert wird. Hier hat eben die Kirche beiden Eheleuten gegenüber freies Spiel, und wenn als die Folge bezeichnet wird, daß die polnische Seite nicht germanisiert

wird, so ist das nur eine zarte Umschreibung für die Feststellung, daß dann eben die deutsche Seite polonisiert wird.

Der Zweck der von polnischer Seite verbreiteten falschen Schilderungen über eine angebliche kirchliche Propaganda der Deutschen ist in erster Linie die Verschleierung des bestehenden innigen Bundesverhältnisses zwischen der katholischen Kirche und dem Polentum, in zweiter Linie die Anspornung der polnischen Bevölkerung, den Zusammenhang zwischen ihrem kirchlichen Eifer und ihrer nationalen Sache nicht locker werden zu lassen. Drittens aber beschleicht die Polen mitunter auch die Furcht, die katholische Kirche könnte es doch vielleicht eines Tages für richtig halten, zur Neutralität überzugehen oder gar für deutsche Interessen einzutreten, und sie erkennen sehr wohl, daß dann allerdings die Gefahr der Germanisierung ihnen in der drohendsten Weise näher rücken würde. Darum hält es die polnische Presse für gut, hin und wieder ihren Landsleuten diese in Wirklichkeit sehr unwahrscheinliche, aber immerhin nicht außer dem Bereich jeder Möglichkeit liegende Gefahr als etwas Wirkliches zu schildern, um die Wachsamkeit zu erhöhen. Es ist lehrreich, sich auch einmal eine Auseinandersetzung solcher Art anzusehen. So schrieb einmal der „Goniec Wielkopolski" (in der Nummer vom 13. Januar 1898):

„Von allen Mitteln zur Verdeutschung der Polen ist die Germanisierung durch den Katholizismus das gefährlichste. Man braucht nicht weit zu gehen, um sich zu überzeugen, daß der Priester und der sogenannte deutsch-katholische Lehrer für das Polentum besonders gefährlich sind. Wir gehen immer den offenen und geraden Weg, wir täuschen weder die Regierung noch uns, müssen aber mit Schaudern zugeben, daß die Lage im preußischen Anteil wirklich gefährlich würde, wenn die Regierung alle Beamtenstellen mit Katholiken, die aber Preußen aus Überzeugung sind, besetzen wollte. Viele derselben beteiligen sich bereits an polnischen Festmahlen. Die Religion bildet kein Merkmal der Nationen, und vor der Reformation, als ganz Deutschland katholisch war, war ein Heinrich, Barbarossa, Maximilian, die Ordensritter gefährlicher als die Protestanten; denn was diese Katholiken einmal genommen hatten, das war für Polen ewig verloren."

Bei dieser Auseinandersetzung ist es gegenüber den Behauptungen des deutschen Zentrums zunächst schon nicht uninteressant,

daß hier ein deutliches Zeugnis abgelegt wird, wie sehr den Polen das nationale Interesse in erster Reihe steht, das konfessionelle Interesse aber überhaupt nur so weit in Betracht kommt, als es der nationalen Sache dient. Der wirklich deutsch fühlende Katholik, der „Preuße aus Überzeugung ist", ist in den Augen des Polen noch schlimmer als der Protestant. Hier ist es also eine polnische Stimme selbst, die den Vorwand unsrer Zentrumspolitiker, daß sie sich der Polen nur um der katholischen Idee willen annehmen, in seiner ganzen Nichtigkeit zeigt. Es geht aber auch weiter daraus hervor, daß die Polen selbst es keineswegs für selbstverständlich und notwendig halten, daß der Katholizismus die polnische Sache vertritt. Es ist eben eine Spiegelfechterei des politischen Katholizismus, des Ultramontanismus, daß die Katholiken aus reinem religiös-kirchlichen Interesse genötigt sein sollen, sich der Polen anzunehmen. Die Unterstützung der polnischen Sache durch die römische Kirche hat mit den Vorschriften und Interessen der Religion und des Glaubens schlechterdings nichts zu tun; sie ist das Produkt einer rein politischen Erwägung, die den weltlichen Machtzwecken des Ultramontanismus dient und den Lebensinteressen des deutschen Vaterlandes direkt entgegengesetzt ist. Der Ultramontanismus ist es, der nicht nur den nationalen Fanatismus des polnischen Klerus frei schalten läßt, sondern auch den deutschen niederen Klerus in den Dienst dieser Bestrebungen zwingt. Auf eine interessante Parallele mag hier hingewiesen sein. In den „Preußischen Jahrbüchern" hat Professor Zimmer nachgewiesen, daß das Verschwinden der irischen Sprache in Irland zum großen Teil auf die Wirksamkeit des katholischen Klerus zurückzuführen ist. Hier war von der „Muttersprache" gar nicht die Rede, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Kirche glaubte, die Anglisierung Irlands könnte die Zwecke der Katholisierung Englands fördern.

Die Macht des Ultramontanismus ist so groß, daß auch der entgegengesetzte Wille einzelner kirchlichen Oberhirten nichts dagegen ausrichten kann. Der verstorbene Bischof von Culm, Dr. Redner, ein vortrefflicher deutscher Mann, dem Kirche und Glaube wirklich am Herzen, jede Erniedrigung dieser höchsten Zwecke durch weltliche Gelüste aber fern lag, befand sich im steten Kampf mit dem unbotmäßigen polnischen Klerus, der ihm — nach den

eigenen Worten des Bischofs — nach Kräften das Leben sauer machte. Für die unverschämten Angriffe der von polnischen Geistlichen geleiteten oder inspirierten polnischen Hetzpresse gegen den ehrwürdigen Bischof hatte die deutsche Zentrumspresse nie ein Wort des Tadels, sowie sie auch den verstorbenen Erzbischof Simar von Köln im Stich gelassen hat, als dieser, wie früher schon erwähnt, von dem polnischen Pfarrer Liß eine vom Standpunkt der kirchlichen Disziplin geradezu unerhörte Behandlung erfuhr. Nach dem Tode des Bischofs Redner schwang sich die Zentrumspresse nur zu der kühlen Bemerkung auf, der Nachfolger werde es hoffentlich verstehen, mit allen Diözesanen in ein gutes Einvernehmen zu kommen. Es wurde also die Schuld an den Angriffen der polnischen Hetzer auf den Bischof gewälzt und dem Nachfolger zugemutet, daß er sich den polnischen Ansprüchen nachgiebiger zeige. Bei der Wahl des Nachfolgers war wiederum die Zentrumspresse eifrig tätig, um den Wünschen der Polen Geltung zu verschaffen. Sie verschanzte sich dabei natürlich hinter allgemeine kirchliche Gesichtspunkte und geberdete sich, als ob es sich nur darum handele, die Freiheit des Domkapitels zu schützen. Die „Kölnische Volkszeitung" tadelte heftig die Vorsicht der Regierung, weil sie eine sorgfältige Prüfung der vom Domkapitel präsentierten Liste vornahm und die Namen verschiedener Kandidaten strich. Jetzt wurde von ultramontaner Seite kühn behauptet, die Frage der Bischofswahl habe mit der Polenfrage gar nichts zu tun, und es wurde der Regierung vorgerechnet, daß sie es immer und überall so mache, auch wo keine Polenfrage vorliege. Das war nun freilich kein Beweis, daß die Vorsicht der preußischen Regierung bei der Entscheidung der Personenfrage für die Diözese Culm ungerechtfertigt sei. Die Regierung bewahrte wenigstens in dieser Frage ihre Festigkeit, und es gelang, auf den Bischofsstuhl der Culmer Diözese zu Pelplin wiederum einen Deutschen, den Dr. Rosentreter, zu bringen. In Westpreußen wird dadurch allerdings ein gewisses Gegengewicht gegen die ärgsten Übergriffe des polnischen Klerus geschaffen. Hin und wieder erfolgt hier auch ein entschiedener Eingriff der bischöflichen Autorität. Vor mehreren Jahren war es in polnischen Gemeinden Gebrauch geworden, ein an die Mutter Gottes gerichtetes geistliches Lied, das mit den Worten „Serdeczna Matko" begann, nach der Melodie

eines bekannten polnischen Nationalliedes revolutionären Inhalts zu singen. Die bischöfliche Behörde in Pelplin verbot diesen Unfug. Es ist bezeichnend, in welcher Weise die polnische Presse dieses bischöfliche Verbot erläuterte. „Das müssen wir doch wissen und dessen eingedenk bleiben," — so schrieb am 7. April 1898 die „Gazeta Torunska" — „daß heute ein Kulturkampf im stillen tobt, daß unsere Bischöfe in der Tat in vinculis sind; man kann sich also leicht vorstellen, daß auch der gerechteste und ehrenwerteste Bischof oft nicht imstande ist, aufzutreten, wie sein Herz es wünscht, und durchzuführen, was er als ersprießlich ansieht. Selbst wenn heute ein Pole den bischöflichen Thron in Pelplin bestiege, so bezweifle ich, daß er in der Lage wäre, uns Polen zufriedenzustellen."

So findet sich das Polentum geschickt auch mit dem Wirken derjenigen katholischen Oberhirten ab, die sich nicht dazu verstehen können, ihre kirchliche Amtsgewalt in den Dienst der Politik und der polnischen Sache zu stellen. Ähnlich wie in Kulm liegen die Verhältnisse in der anderen preußischen Diözese, dem Bistum Ermland. Obgleich sich der Frauenburger Bischof Thiel von dem politischen Kampf durchaus zurückgehalten hat, ist er den Anfeindungen des Polentums nicht entgangen. Die ärgsten Erfahrungen aber in dieser Beziehung macht der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Kopp. Der Kardinal hält es allerdings, nach seinem ganzen Wirken zu schließen, offenbar nicht für richtig, den Standpunkt einer zaghaften Neutralität innezuhalten, um unter dieser Flagge in Wahrheit die Feinde des Deutschtums frei schalten zu lassen. Andrerseits gehört der Kardinal, obwohl ein guter Deutscher, ganz gewiß nicht zu denen, die aus Patriotismus ein Recht der Kirche oder einen kirchenpolitischen Grundsatz aufzuopfern geneigt sein könnten. Er erkennt aber als kluger Politiker sehr wohl die Stärkung, welche in einem so solide aufgebauten paritätischen Staatswesen wie Preußen die Wirksamkeit der kirchlichen Vertretung gerade dadurch erfährt, daß sie dem Kaiser gibt, was des Kaisers ist, und daß sie, unabhängig von politischen Nebeninteressen und Winkelzügen, den Gehorsam gegen die zu Recht bestehende Obrigkeit rückhaltlos als christliche Pflicht und demnach auch kirchliches Gebot anerkennt. In der vollen Erkenntnis, daß die polnische Agitation, so wie sie wirklich ist, mit

der christlichen Pflicht der Staatstreue nicht vereinbar ist, steht Kardinal Kopp nicht an, diese Agitation entschieden und offen abzulehnen. Während er der polnischen Muttersprache seiner Diözesanen in Oberschlesien in der Seelsorge jedes mit den Rechten und Geboten des Staats verträgliche Recht läßt, sucht er nach Kräften zu verhindern, daß die ihm unterstellte Geistlichkeit sich in den Dienst der politischen Hetzarbeit stellt, deren Ziel nicht Schutz der Muttersprache, sondern Angliederung an eine landesverrätische Propaganda ist. Aber welche Schwierigkeiten und Anfeindungen werden ihm bei diesem gegen Kirche und Staat gleich loyalen Streben bereitet! Die polnischen Agitatoren greifen ihn dabei in der maßlosesten Weise an, wiederum natürlich ohne daß die führende deutsche Zentrumspresse zum Schutz seiner kirchlichen Autorität auch nur einen Finger rührt. Welcher Ton in der polnischen Presse angeschlagen wird, möge an einem Beispiel gezeigt werden. Der „Goniec Wielkopolski" schrieb unlängst in einer Auseinandersetzung über das Verhältnis von Zentrum und Polen in Schlesien:

„Dieser Würdenträger der Kirche (Fürstbischof Kopp) ist ein erpichter Germanisator. Ich gebe an dieser Stelle die Ansprache wieder, welche der Domherr Heubig an die Breslauer Kleriker vor deren Abreise zu den Osterferien gehalten hat, um darzutun, welcher Geist in den höheren geistlichen Sphären der Diözese Breslau herrscht. Der Domherr riet seinen Untergebenen, sie sollten in den Ferien sich an Versammlungen, besonders an polnischen, nicht beteiligen. Der Herr Kardinal wünsche nämlich nicht, daß die Geistlichkeit sich in die Volksbewegung mische. Um den Frieden zu erhalten, fordere er von jedem Kleriker und Pfarrer rücksichtslosen Gehorsam, nicht nur in kirchlichen, sondern auch in weltlichen Angelegenheiten. Es gebe unter den Geistlichen viele fähige Leute, die gerade wegen der freundlichen Gesinnung, die sie der polnischen Sache gegenüber hegten, niemals höhere Stellungen in der kirchlichen Hierarchie erlangen könnten. Darum rate der Domherr, niemand solle wagen, die Pläne des Herrn Kardinals zu durchkreuzen. Jetzt fehle es in der Diözese Breslau noch an Geistlichen, darum würden auch Leute ausgeweiht, die man als überzeugte Polen kenne. Nach etwa zwei Jahren werde diesem Mangel abgeholfen sein. Von da an würden der Herr

Kardinal und seine Gehilfen bei der Erziehung der jungen Geistlichkeit solche Kleriker zu der Priesterweihe nicht zulassen, die nicht versprächen, daß sie sich nach den Befehlen ihres Fürstbischofs in jeder Hinsicht richten würden."

Welche gehässige Absicht sich in dieser Schilderung der Bestrebungen des Fürstbischofs durch das polnische Blatt kundgibt, ist aus der Fassung leicht zu ersehen. Es gilt, die Stimmung der Polen gegen den Kardinal aufs äußerste aufzuregen und ihm sein Wirken zu erschweren.

Eine sehr viel leichtere Stellung hat natürlich unter den geschilderten Verhältnissen in den Ostmarken ein polnischer Bischof, wie ihn zur Zeit die Diözesen Posen und Gnesen in der Person des Erzbischofs Florian v. Stablewski haben. Ein polnischer Bischof, der seinen Landsleuten nützen will, findet durch die polenfreundliche Haltung der deutschen klerikalen Presse den Deutschen gegenüber immer den Rücken gedeckt. Was aber die Polen anbetrifft, so braucht er sich niemals besonders zu exponieren; er braucht vielmehr nur selten und mit aller Vorsicht anzudeuten, daß er sich in allen seinen weltlichen Beziehungen als Pole fühlt, und im übrigen die Dinge gehen zu lassen. Er wird von seinen untergebenen Geistlichen sicher verstanden, und sie besorgen dann alles weitere. Sie müssen nur einigermaßen wissen, woran sie sind und daß sie kein Einschreiten zu befürchten haben. Der Erzbischof kann dabei ruhig den Schein der Nichtbeteiligung und Neutralität im Nationalitätenkrieg wahren, und er kann für seine Person durchaus die Pflichten des preußischen Untertanen in vorwurfsfreier Weise erfüllen. Seine Stellung ist ihm gegeben, ohne daß er viel dazu zu tun braucht. Im allgemeinen hat auch Erzbischof v. Stablewski die durch die Klugheit gebotene Richtung innegehalten und ist eigentlich nur in einem Falle, auf den wir noch zurückkommen werden, wirklich aus der Rolle gefallen. Es muß ihm natürlich klar sein, daß er in seiner Stellung zu seinen Volksgenossen durch äußerste Vorsicht und Korrektheit viel mehr nützt, als durch Hervorkehren seiner Parteistellung im Nationalitätenkampfe. Dafür entschädigen ihn die vielen Gelegenheiten, bei denen er sich in unauffälliger Weise als Pole bekennen und vor allem etwas im Namen des Polentums geschehen lassen kann. Daraus Herrn v. Stablewski einen persönlichen Vorwurf zu machen,

wäre ungerechtfertigt. Er ist Pole von Geburt und Erziehung; wenn er mit seinen menschlichen Empfindungen an seinem Volke hängt, so wird man ihn darum nicht tadeln dürfen. Man kann von ihm verlangen, daß er seine Amts- und Untertanenpflichten nach Kräften erfüllt; im übrigen aber muß man ihm die Freiheit zugestehen, daß er in jeder erlaubten Weise dem Volke, dem er angehört, seine Liebe beweist. Aber ob den Erzbischof v. Stablewski persönlich ein Vorwurf trifft oder nicht, ist nicht die Frage, auf die es ankommt. Es handelt sich nicht um die Berechtigung dieser oder jener menschlichen Empfindung, sondern um Nutzen oder Schaden der Tatsachen. Auch die persönliche Hochschätzung des Erzbischofs darf nicht über Charakter und Ergebnisse seiner Amtstätigkeit hinwegtäuschen. Wir haben uns an die Tatsache zu halten, daß er ein Förderer des Polentums ist, und diese Tatsache ist, je mehr sie in menschlich berechtigten Beziehungen wurzelt, um so gefährlicher.

Es ist viel darüber gescholten worden, daß die preußische Regierung überhaupt einen Polen auf den Stuhl des heiligen Adalbert hat gelangen lassen. Häufig wird dem aber entgegengehalten, daß das Beispiel des Erzbischofs Dinder, des Vorgängers von Herrn v. Stablewski, deutlich gezeigt habe, wie sehr ein Deutscher an dieser Stelle jedes Ansehens entbehre. Dieser Einwand stimmt nun nicht ganz. Erzbischof Dinder war ein vortrefflicher, schlichter und würdiger Mann, aber aus geringem Stande und kleinen Lebensverhältnissen hervorgegangen und weder durch Lebensgewohnheiten noch Charakteranlage solchen Verhältnissen gewachsen, die eine überlegene, weltmännisch gebildete und mit diplomatischen Fähigkeiten ausgestattete Persönlichkeit erfordern. Nicht als Deutscher, sondern als die Persönlichkeit, die er war, konnte Dinder in seiner Diözese keinen festen Fuß fassen. Es wird natürlich immer sehr schwer sein, einen deutschen Mann zu finden, der auf diesem Posten mit Erfolg zu wirken imstande ist, zumal die Polen gerade an den Stuhl des heiligen Adalbert besondere Vorstellungen und Erinnerungen knüpfen, die natürlich in dieser Weise nur von einem Polen wahrgenommen werden können.

Mit dem Erzbistum Gnesen war einst der Primat des Königreichs Polen verbunden, und diese Vorstellung blieb, als das Königreich von der Landkarte verschwand, trotzdem an

dem Amte haften. Dazu trug noch ein anderer Umstand bei. Das alte Königreich Polen war bekanntlich ein Wahlreich, und so entstand jedesmal nach dem Tode eines Königs ein Interregnum, bis die neue Wahl vollzogen war, und das dauerte nicht selten längere Zeit. Während dieser Periode war es nach altem Recht jedesmal der Primas von Polen, der dem Reichstage präsidierte und die Befugnisse des Königs wahrnahm. Durch einen Jahrhunderte lang bestehenden Brauch hatte sich also im polnischen Volk die Vorstellung gebildet, daß in den Zeiten, wo es keinen König gab, der Erzbischof von Gnesen der Repräsentant der nationalen Herrlichkeit, gewissermaßen der „heimliche König" von Polen sei. Nach dem Untergange Polens mußte es daher der jeweilige Erzbischof von Gnesen nach polnischer Überlieferung als seine besondere Mission ansehen, den Mittelpunkt der polnischen Hoffnungen und Träume zu bilden und als berufenes Haupt der polnischen Nation ihre Zusammengehörigkeit und ihre Heiligtümer zu bewahren und zu pflegen.

Formell hat freilich diese Vorstellung keine Berechtigung mehr. Als im Jahre 1807 ein Teil des ehemaligen Königreichs als Herzogtum Warschau wieder zu einem politischen Scheindasein erweckt wurde, verlieh Pius VII. auf Wunsch Napoleons die formell erloschene Würde eines Primas von Polen dem Erzbischof von Warschau, während der Erzbischof von Gnesen und Posen sich mit dem Ehrentitel eines sogenannten legatus natus des päpstlichen Stuhles begnügen mußte und nur als solcher noch den hergebrachten Purpur weiter trug. Jedoch im polnischen Volk weiß man sehr wohl, daß diese neue Primatenwürde des Warschauer Erzbischofs eine gänzlich unhistorische Anpassung an die von den Polen nie anerkannten neuzeitlichen Machtverhältnisse bedeutet und daher einen ganz andern Sinn hat. Als der Erzbischof v. Stablewski einst einem Interviewer unter Berufung auf das Breve Pius' VII. auseinandergesetzt hatte, er sei gar nicht Primas von Polen, widersprach die polnische Presse ganz energisch. Das Polen, in dem der Erzbischof von Warschau laut päpstlicher Vollmacht allerdings die erste Stelle innerhalb der Landesgeistlichkeit inne hat, ist nicht das alte geschichtliche Königreich, wie es in den Träumen des Volkes lebt. Gnesen ist und bleibt nun einmal das erste und älteste Nationalheiligtum der

Polen. Und von den drei weltlichen Zentren altpolniſcher Herrlichkeit, Poſen, Krakau, Warſchau, iſt Poſen das älteſte. Im Poſener Dom, wenige Schritte vom Palaſt des Erzbiſchofs, befinden ſich die Grabſtätten der älteſten polniſchen Könige Miſciſlaw und Boleſlaw Chrobry, und auf dem Hügel gegenüber, jenſeits der Warthe, ſtehen noch heute die Grundmauern der älteſten Königsburg. Im Gneſener Dom ruhten längere Zeit die Gebeine des gefeiertſten ſlaviſchen Nationalhelden und Märtyrers, des Tſchechen Wojciech, der als Biſchof von Prag den Namen Adalbert annahm; zu ſeinem Grabe wallfahrtete einſt an der Wende des erſten Jahrtauſends unſrer Zeitrechnung der höchſte Herrſcher der Chriſtenheit, Kaiſer Otto. Nicht allzuweit davon ſtand die ſagenberühmte Wiege des älteſten polniſchen Herrſchergeſchlechts. Von den Ufern des Goploſees ließ die Sage den Ahnherrn der Piaſten ausgehen, und den alten Namen der Stadt Gneſen deutet man als das Neſt (gniazdo) des weißen Adlers. Die alte Sagenherrlichkeit und die Weihe geſchichtlichen Ruhms läßt ſich im Volksbewußtſein nicht durch ein Dekret moderner Staatskunſt auslöſchen, und hier handelt es ſich überdies auch wirklich um etwas anderes, als das Volk meint. Es iſt deshalb nicht zu viel behauptet, wenn man ſagt, daß auch heute noch im Bewußtſein des polniſchen Volks als primas et interrex im alten geſchichtlichen Sinne nur der Erzbiſchof von Poſen und Gneſen angeſehen wird.

So wird es verſtändlich, daß ein Deutſcher an dieſem Platz allerdings nur dann zu wirken vermöchte, wenn er eine Perſönlichkeit von außergewöhnlicher Bedeutung und Klugheit wäre. Aber von der Anerkennung dieſer Schwierigkeit bis zum Aufgeben jeder Möglichkeit iſt doch immer noch ein weiter Weg. Es iſt falſch, in einer ſo wichtigen Frage etwas Schwieriges einfach als etwas Undenkbares zu behandeln. Leider wird der Satz, daß als Erzbiſchof von Poſen nur ein Pole möglich ſei, als angebliche Weisheit Sachverſtändiger oft ganz gedankenlos nachgeſprochen. Im Gegenteil, es wäre gerade mit Rückſicht auf die geſchilderten Vorſtellungen der Polen von der weltlichen Bedeutung gerade dieſes Oberhirten außerordentlich wertvoll, wenn man den erzbiſchöflichen Stuhl mit einem Deutſchen beſetzen könnte. Zur Zeit liegt ja eine Vakanz dieſes Biſchofsſtuhles in ganz unberechenbarer Zukunft. Aber wenn ſie einmal eintritt, — ſollte dann wirklich

im ganzen deutschen Klerus nicht eine einzige Persönlichkeit zu finden sein, die neben ihrer geistlichen Qualifikation so viel Energie und Vaterlandsliebe besitzt, um ohne Beeinträchtigung ihrer kirchlichen Pflichten die staatsfeindlichen Machenschaften der polnischen Pröpste im Zaum zu halten? — eine Persönlichkeit, die dem polnischen Adel durch persönliche Würde, sowie Feinheit des Geistes und der Umgangsformen imponiert und doch die Träume vom polnischen Interrex unerbittlich zerstört? Schwer, sehr schwer wird es sein, aber unmöglich ist es nicht. Als Erzbischof Dinder im Jahre 1890 gestorben war, hatte gerade die unselige Caprivische Versöhnungsepoche begonnen; man sah damals die ganze Polenfrage unter falschen Gesichtspunkten an und hatte sich gänzlich einschüchtern lassen durch den Mißerfolg, den Dinder in seiner Amtsführung — scheinbar a conto seines Deutschtums — gehabt hatte. Daraus erklärte es sich, daß man schließlich das Suchen nach einem deutschen Kandidaten aufgab und froh war, einen Polen zu finden, in dessen Klugheit man eine Übereinstimmung mit den die Regierung beherrschenden Versöhnungstendenzen zu erkennen glaubte. Ob es wirklich damals ganz unmöglich war, einen geeigneten deutschen Kandidaten zu finden, läßt sich heute schwer feststellen; möglich ist es ja, daß selbst eine in der Polenfrage festere Regierung damals gescheitert wäre und sich zur Duldung eines Polen hätte entschließen müssen. Aus diesem Grunde nutzt es wohl wenig, wenn manche glauben, der Regierung noch heute beständig vorwerfen zu sollen, daß sie damals die Wahl des Herrn v. Stablewski gestattete. Entschieden widersprechen muß man aber denen, die aus der Not direkt eine Tugend machen wollen und diese Wahl prinzipiell für richtig und dem Standpunkt der Regierung für entsprechend erklären. Wir wollen vielmehr hoffen, daß man wenigstens für die Zukunft etwas gelernt hat und gegebenenfalls etwas ernsthaftere Anstrengungen machen wird, den Bischofsstuhl mit einem Deutschen zu besetzen.

Man darf vor allem sich nicht mit der arglistigen Forderung einfangen lassen, daß ein Erzbischof von Posen die Kenntnis von Sprache und Art seiner Diözesanen schon mitbringen müsse. Ein sonst für diesen Posten geeigneter Mann wird sich diese Kenntnis, soweit er sie braucht, in verhältnismäßig kurzer Zeit erwerben können. Die seelsorgerische Tätigkeit eines Erzbischofs ist keine so

unmittelbare, daß er mit der Sprache und den Eigenheiten des Volkes dieselbe Vertrautheit zu beweisen hätte, wie der Pfarrer im Verkehr mit seinen Beichtkindern. Nirgends sonst behauptet die katholische Kirche, daß der Oberhirt einer Diözese mit gemischter Bevölkerung gerade einer bestimmten Nationalität unter den in seinem Sprengel vertretenen angehören müsse; sonst müßte ja die katholische Kirche sich folgerichtigerweise in ein System von Landeskirchen auflösen, während sie doch gerade ihre Universalität behauptet und an ihre Spitze fast ausnahmslos einen Italiener stellt, ohne daß die Katholiken anderer Länder an diesem allmählich durch Tradition hergestellten Vorrecht einer Nationalität Anstoß nehmen. Wenn sich deutsche, französische, spanische und ungarische Katholiken ständig einem italienischen Oberhaupt der Kirche unterordnen, so werden sich auch polnische Katholiken, die mit Deutschen zusammen einer Erzdiözese angehören, einem deutschen Bischof fügen können. Möglich ist das sehr wohl, wenn nur der gute Wille ohne Hintergedanken da ist.

Es wurde bereits erwähnt, daß ein polnischer Bischof wenig aus sich herauszutreten braucht, um gleichwohl für seine Nationalität wirken zu können. Das ist ein sehr wesentlicher Umstand, wenn man die Leichtigkeit bedenkt, mit der sich das Publikum in Deutschland täuschen läßt. Trotz allem, was vor Augen liegt, gibt es genug sonst recht verständige Leute, die darauf schwören, Herr v. Stablewski sei wirklich ganz neutral und meine es ebenso gut mit den Deutschen, wie mit den Polen; er könne nur nicht immer so, wie er wolle. Da ist es denn doch ein Glück, daß selbst bei solchen klugen Herren das polnische Temperament sich nicht immer ganz verleugnen kann. In kritischen Augenblicken wirft einmal doch die Sorge um die nationale Sache jede Vorsicht über den Haufen. Eine interessante Entgleisung dieser Art widerfuhr schon vor vierzig Jahren dem zweiten Vorgänger des Erzbischofs Dinder und unmittelbaren Vorgänger des Grafen Ledochowski, dem Erzbischof Przyluski. Im November 1861 standen die Wahlen zum preußischen Landtage bevor. Da glaubte der Erzbischof die Gelegenheit günstig, am 6. des erwähnten Monats die polnischen Wähler seiner Diözese mit folgendem Rundschreiben zu beglücken:

„— — — In der Tat, Geliebte, unterliegt es keinem Zweifel,

daß, wie es einerseits unsere Pflicht ist, festzuhalten an dem Worte des Erlösers: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist", sowie an der Lehre des Apostel Paulus von der Achtung gegen die Obrigkeit, es andererseits ebenso unzweifelhaft ist, daß es uns ziemt, treue Erinnerung und herzliche Anhänglichkeit an die alten Überbleibsel unserer Nationalität zu bewahren. Durch Gottes Barmherzigkeit auf den Stuhl des heiligen Adalbert berufen, um den unsere Nation sich von jeher im entscheidenden Augenblick scharte, können wir es unmöglich unterlassen, Euch daran zu mahnen, daß es unsere Pflicht ist, die Sitte, die Sprache und die historischen Überlieferungen zu verteidigen. Ist Euch doch durch internationale Verpflichtungen und durch feierliche königliche Verheißungen in dieser Beziehung jede Freiheit für Herz und Gewissen garantiert."

Das war nicht mehr eine kirchliche Mahnung, das war ein ausgesprochener Eingriff in den politischen Wahlkampf, das Eintreten einer nationalen Autorität für die Sache des Polentums auf Grund der Anschauungen, die für das politische Glaubensbekenntnis der Polen kennzeichnend sind. Der Schritt wurde denn auch von der Staatsbehörde entsprechend aufgefaßt. Ein Erlaß des Oberpräsidenten vom 26. November forderte Rechenschaft über diesen Übergriff, und der Erzbischof mußte sich bereits am 1. Dezember dazu verstehen, eine abschwächende Erklärung zu geben. Freilich enthielt auch diese im Grunde nur eine Bestätigung des Standpunkts, den der streitbare Kirchenfürst in so unvorsichtiger Weise bekundet hatte.

In unsern Tagen ist auch sogar dem klugen Erzbischof von Stablewski einmal das heiße polnische Blut gehörig übergekocht, mit der Wirkung, daß manchem Optimisten dadurch die Augen geöffnet wurden. Bei der letzten Ersatzwahl im Reichstagswahlkreise Meseritz-Bomst hatten die deutschen Katholiken, um nicht für den radikalen polnischen Rechtsanwalt v. Chrzanowski stimmen zu müssen, einen eigenen Kandidaten, den Pfarrer Krzesinski, aufgestellt, einen Mann, der, obwohl Pole von Geburt, doch vollkommen deutschfreundlich und staatstreu gesinnt war. Als katholischer Geistlicher, der von Nationalität Pole und seiner politischen Parteistellung nach Zentrumsmann war, erfüllte dieser Mann doch eigentlich alle Bedingungen, die das Zentrum nur wünschen

konnte. Aber er hatte eben den erwähnten kleinen Fehler; er war ſtaatstreu, kein Anhänger der nationalpolniſchen Zukunftsträume, und ſtand im Begriff, einem radikalen Nationalpolen den Sieg im Wahlkampf unmöglich zu machen. Daher erregte dieſe Kandidatur den höchſten Zorn der Poſener biſchöflichen Behörde. Man fand vorläufig nur ein Mittel, die Kandidatur zu verhindern, indem man nämlich vorgeben konnte, daß durch die Annahme eines Mandats die Seelſorge in der umfangreichen Parochie des Pfarrers Krzeſinski Schaden leiden könne. Man wagte es aber nicht, mit dieſem Vorwand hervorzutreten, und ließ die Dinge gehen. Pfarrer Krzeſinski beging nun ſeinerſeits den Fehler, im Vertrauen auf ſein gutes Staatsbürgerrecht die Erlaubnis des Erzbiſchofs zur Übernahme der Kandidatur nicht ausdrücklich nachzuſuchen. Er rechnete wohl ganz richtig, daß es dazu Zeit ſein werde, wenn er wirklich gewählt würde, und daß die Kirchenbehörde, wenn ſie von ſeiner Kandidatur erführe, ihm irgendwie in üblicher Weiſe zu verſtehen geben werde, ob ſie eintretendenfalls ihm die Annahme des Mandats geſtatten könne oder nicht. Immerhin wäre es korrekter geweſen, wenn der Pfarrer ſich von vornherein der Zuſtimmung ſeiner Vorgeſetzten verſichert hätte. Es hätte ſich daher nichts dagegen ſagen laſſen, wenn der Erzbiſchof bei Bekanntwerden der Kandidatur dem Pfarrer einen Verweis wegen ſeines Verhaltens erteilt und ſich dazu des üblichen Verfahrens bedient hätte. Das geſchah aber nicht, wobei wir unentſchieden ſein laſſen wollen, ob es aus Zaghaftigkeit unterblieb oder deshalb, um dem Pfarrer ſpäter eine um ſo ſchärfere Kränkung zu bereiten. Pfarrer Krzeſinski glaubte vorläufig ſeiner Sache ſicher zu ſein und hielt ſich — unter den angegebenen Umſtänden mit Recht — für befugt, nun in einer ſeiner nächſten Wahlreden auf einen von polniſcher Seite angeregten Zweifel hin bezüglich des Einverſtändniſſes der vorgeſetzten Kirchenbehörde harmlos zu bemerken, daß der Erzbiſchof ſeiner Kandidatur bisher nicht widerſprochen habe. Das war die volle Wahrheit, aber der Pfarrer ſtürzte damit in die ihm argliſtig bereitete Falle. Die Sache wurde nun ſo gewendet, als ob Krzeſinski ſich ohne gegebene Veranlaſſung ausdrücklich gerühmt habe, daß der Erzbiſchof auf ſeiner Seite ſei und ſeine Kandidatur billige. Und jetzt ging der polniſche Patriotismus

des Erzbischofs mit seiner diplomatischen Zurückhaltung vollständig durch. Pfarrer Krzesinski erhielt nicht nur einen von maßloser Leidenschaftlichkeit, wie sie sich nur durch das verletzte polnische Nationalgefühl erklärt, diktierten Rüffel, sondern dieser Rüffel wurde, noch ehe er offiziell in die Hände des Pfarrers gelangte, direkt aus der bischöflichen Kanzlei heraus in einer polnischen politischen Zeitung veröffentlicht. Damit erwies sich vollends die klare Absicht, nicht den Verstoß gegen die Kirchendisziplin damit zu ahnden, sondern im politischen Interesse gegen den verhaßten abtrünnigen Landsmann aufzutreten, der einem Polen die politischen Zirkel gestört hatte. In dem Brief des Erzbischofs selbst, kam denn auch die ganze, lange zurückgehaltene Wut des leidenschaftlichen Nationalpolen darüber zum Ausdruck, daß es in der ihm unterstellten Geistlichkeit eine Persönlichkeit gebe, die es wagen konnte, in politischer Beziehung deutsche Interessen zu vertreten. Der Brief beleuchtete endlich einmal wie ein Blitz die wahre Gesinnung des Erzbischofs, und diese Bedeutung konnte nicht dadurch abgeschwächt werden, daß der Erzbischof in einem neuen salbungsvollen Erlaß seine Worte zu umschreiben und zu verschleiern bestrebt war, um ihnen eine allgemeinere Bedeutung im Sinne der bloßen Kirchendisziplin zu geben.

Kenner waren freilich niemals auch vorher über die Gesinnungen des Erzbischofs in Zweifel. Es war sehr bezeichnend, wie stets Gesuche um Einrichtung von deutschen Gottesdiensten behandelt wurden. Die Bittsteller erhielten entweder eine abschlägige oder aber — gar keine Antwort. So konnte es bei dem allmählichen Heranreifen des deutschen Selbstbewußtseins nicht ausbleiben, daß den deutschen Katholiken ihre Lage klar zu werden begann. Es entstand eine Bewegung, die in der Gründung von „Vereinen deutscher Katholiken" ihren Ausdruck fand. Es waren Abwehrvereine gegen die Polonisierungsbestrebungen der polnischen Geistlichkeit; sie wollten auch den deutschen Mitgliedern katholischer Gemeinden die Rechte ihrer Nationalität wahren und den Beweis liefern, daß man ein guter Katholik sein könne, ohne den Pflichten der Nationalität und der vaterländischen Interessen untreu zu werden. Die Bewegung erregte großes Unbehagen. Mehr als die Bekämpfung des Polentums von protestantischer Seite deckte dieser Zusammenschluß der deut-

schen Katholiken zum Schutz ihres Deutschtums die Hohlheit der Behauptung auf, daß der Kampf gegen das Polentum nur der Vorwand für den Kampf gegen die Kirche sei; er bedrohte direkt das alte Bündnis zwischen Zentrum und Polen. Daher erging sich die polnische Geistlichkeit in Klagen über die Uneinigkeit, die dadurch in das katholische Lager gebracht werde. In Wirklichkeit fühlte man sehr wohl, daß nicht die katholische, sondern die polnische Sache dadurch in Gefahr gebracht und ihrer besten Waffe beraubt wurde. Aber man suchte in der Begründung der Solidarität zwischen Polentum und Katholizismus nach Möglichkeit den Sachverhalt umzukehren. Der „Dziennik" schrieb damals: „Die Entnationalisierung eines Polen hat stets zunächst eine Schwächung, später aber den völligen Verlust des katholischen Glaubens zur Folge." Das Blatt erklärt es dann geradezu für einen Erfahrungssatz, daß die Verteidigung der katholischen Kirche zugleich eine Verteidigung des Polentums sein müsse.

Infolgedessen wurden den Vereinen deutscher Katholiken alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt. Geistliche erschienen in Posen in einer Vereinsversammlung, um Protest dagegen einzulegen, daß die Vereine die Wahrung der kirchlichen Interessen der deutschen Katholiken in ihren Statuten als Vereinszweck bezeichneten. Das sei ein Eingriff in die Rechte der kirchlichen Behörden. Ja man verstand es sogar, ein Bedenken dagegen herauszufinden, daß die Vereine sich die Pflege deutscher Gesinnung angelegen sein lassen wollten. Diese nationale Absonderung sei unkatholisch und passe nicht zu dem kirchlichen Charakter der Vereine. Trotz dieses Widerstandes der polnischen Geistlichkeit hat die Bewegung unter den deutschen Katholiken weitere Fortschritte gemacht, und auf dem letzten Vereinstage in Posen wurde erfreulicherweise auch die „Pflege der deutschen Gesinnung" als Vereinszweck in den Statuten ausdrücklich bestätigt. Dadurch wird auch die deutsche katholische Bevölkerung des Ostens immer unabhängiger von den Direktiven der Zentrumspartei, und es steht zu hoffen, daß allmählich auch auf kirchlichem Gebiet das Deutschtum sich vom Polentum scheiden und, wenn auch zunächst nicht eine direkte Besserung, so doch wenigstens eine Klärung der Verhältnisse eintreten wird.

Zweiter Teil.

Die Abwehr der polnischen Gefahr.

III. Abschnitt.

Die allgemeinen Grundsätze der Polenpolitik.

Kapitel 10.

Wege und Ziele.

An Vorschlägen, wie man der polnischen Gefahr begegnen könne, hat es nie gefehlt. Selbstverständlich bildet sich jeder, der mit Polen zu tun gehabt hat, und dem über die drohende Gefahr die Augen aufgegangen sind, eine bestimmte Meinung über das, was dagegen geschehen muß. Zunächst stellt jeder das Feld der eigenen Wirksamkeit allen andern voran. Der Landwirt ist von der Überzeugung durchdrungen, daß nur auf dem Wege der ländlichen Ansiedlung das Polentum zu überwinden ist; er lächelt über alle auf anderem Gebiete unternommenen Versuche. Der Lehrer wiederum vermag durchaus nicht einzusehen, was man mit den paar deutschen Kolonisten, die man ins Land zieht, eigentlich erreichen will; er ist der Meinung, daß man die Polen germanisieren müsse, und zwar mit Hilfe der Schule. Ein dritter hält beide Wege für ganz ungangbar; er verlangt Hebung des städtischen Lebens und Verkehrs, mehr Luft und Licht zur siegreichen Entfaltung der Kräfte des deutschen Bürgertums. Daneben kommen die vielen andern Vorschläge von Theoretikern, die zum Teil die Verhältnisse im Osten und die polnische Eigenart nur aus Büchern oder vom Hörensagen kennen und die natürlich fest überzeugt sind, jeder Pole müsse genau die Gedanken und Ansichten haben, die sie sich zu Hause als die allein richtigen und vernünftigen ausgedacht haben.

So wirbelt Richtiges und Falsches bunt durcheinander. Das würde an sich noch nicht viel schaden. Leider aber ruft jeder von seiner Stelle aus dem andern zu: „Was Du tust, ist falsch; mache es so, wie ich vorschlage, dann wirst Du Erfolg haben.“ Und da jeder den größten Teil seiner Kraft und Einsicht darauf verwendet, nicht etwa durch die Tat die Richtigkeit des eigenen Weges zu beweisen, sondern den andern zu kritisieren und sich über seine angebliche Verkehrtheit zu ärgern, so kommt bei dem ganzen Handel natürlich herzlich wenig heraus. Es ist schon früher darauf hingewiesen worden, daß die Polen in ihrem Unglück allmählich gelernt haben, auf den verschiedensten Gebieten zusammen zu wirken, und daß sie jede kleine und kleinste Wirkung, die ihrem Volkstum zu Gute kommt, geschickt und dankbar mitnehmen. Das gibt ihnen eine natürliche Überlegenheit über die Deutschen, die beständig kostbare Zeit damit vertun, daß einer dem andern seine Torheit nachweist, wenn dieser andere sich wirklich einmal erlauben will, irgend etwas Positives zu leisten.

„Und da keiner von den beiden
Wollte, daß der andere zahle,
Zahlte keiner von den beiden!“

so möchte man in Erinnerung an die bekannte humoristische Dichtung auch die Methode der unter einander streitenden Deutschen gegenüber dem Polentum bezeichnen.

Ein nicht minder schlimmer Umstand ist, daß viele diese schwierige Frage als eine gute Gelegenheit betrachten, durch neue und eigenartige Ideen zu glänzen. Darauf kommt es aber am wenigsten an. Ideen und Erfahrungen sind genug da, und Sachverständige genug sind gehört worden. Was aber — wenigstens in der öffentlichen Meinung — noch vollständig fehlt, das ist die Bewertung der einzelnen Ideen in ihrem Zusammenhange unter genauer Berechnung der Ziele, die dadurch zu erreichen sind, oder, wie man es ausdrücken könnte, die Verteilung der Rollen in dem großen Drama, wie es das Ringen der Deutschen und Polen um ihre Existenz in unseren Ostprovinzen darstellt. Das wirkt auch immer etwas auf die Haltung der maßgebenden Stellen, der Regierung selbst, zurück, in der trotz des Vorhandenseins sachverständiger, über die Mittel und Wege der Polenpolitik vollkommen klarer Männer und trotz der allgemein an dieser Stelle

gewonnenen Einsicht in das Wesen der Polengefahr dennoch jeder Personenwechsel und jede Veränderung der politischen Gesamtlage gewisse Schwankungen in der Wahl des Weges erkennen läßt.

Die klare Erkenntnis des Charakters der polnischen Frage muß natürlich die Grundlage aller Erörterungen über Polenpolitik bilden. Es mag hier zunächst aus den im ersten Teil dieser Schrift geschilderten Erscheinungen das Facit gezogen werden.

Nützlich ist es, sich dabei auch klar zu machen, wie die polnische Frage *nicht* aufzufassen ist. Schon im ersten Teil ist wiederholt auf den Grundfehler hingewiesen worden, der in so vielen deutschen Betrachtungen über die Polenfrage wiederkehrt, nämlich die ausschließliche Erklärung der polnischen Erfolge durch besondere Verkehrtheiten, die von deutscher Seite begangen sein sollen. Nun sind ja zweifellos solche Fehler gemacht worden, und namentlich sind es die Schwankungen in der preußischen Polenpolitik, die von den Polen selbst sehr geschickt zum Vorwärtskommen benutzt worden sind. Es wäre eine geradezu verzweifelte Lage für die preußische Politik, wenn es in der Tat *gar keine* Mittel gäbe, dem Wachstum des Polonismus entgegenzutreten. Wenn die Polen bisher in der Hauptsache stets Erfolge aufzuweisen haben, so ist das zum mindesten ein sicherer Beweis, daß die richtigen Mittel zur Verhinderung jener Erfolge entweder überhaupt noch nicht ergriffen oder nicht ausgiebig, beharrlich und sicher genug zur Anwendung gebracht worden sind. Also eine gewisse Rolle spielen natürlich auch Fehler in der „Behandlung" der Polen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Erfolg des Polonismus nichts anderes ist, als ein natürlicher geschichtlicher Prozeß.

Wir haben uns nun lange genug in dem großen Irrtum bewegt, eine Nation mit offenbarem Eigenleben könne dadurch getötet werden, daß ihr Land durch ein paar Federzüge der Kabinette von der Karte gestrichen wird. Weil Polen infolge einer unglücklichen Entwickelung vor hundert Jahren den Eroberern wehrlos zu Füßen lag, haben wir schon auf der Schulbank gelernt, es als einen des Beweises gar nicht erst bedürftigen Grundsatz anzusehen, daß damit nun auch die polnische Nation als solche aufgehört habe zu existieren. In weiterer Folge halten

wir es für eine Selbstverständlichkeit, daß der preußische Staat seit jener Zeit polnisches Land als sein Eigentum verwaltet, während wir die Hände in den Schoß legen und nichts dazu tun, daß die notwendigen Konsequenzen des einstigen Eroberungswerkes gezogen werden. Wir haben ja dafür das beruhigende Bewußtsein in Bereitschaft, daß die Polen, wenn ihre Nation nach dem furchtbaren Schlage sich allmählich wieder zu neuem Leben emporreckt, nach staatsrechtlicher Betrachtung einfach „Rebellen" sind! Statt nun aber diese Lage wenigstens folgerichtig auszunutzen und die Notwendigkeit von Vorkehrungen gegen die doch in irgend einer Form unumgänglich bevorstehende Rebellion einzusehen, stellen wir den deutschen Doktrinarismus in den Vordergrund nach dem Muster des juristischen Formalismus, der gegen den Dieb erst einschreiten kann, wenn der Kerl wirklich gestohlen hat. Und doch bestreitet niemand, daß der Staatsanwalt wahrscheinlich weniger zu tun haben würde, wenn der Volkswirt und Sozialpolitiker vorher mehr zur Geltung gekommen wäre. Der Doktrinarismus verlangt dementsprechend auch in unserem Falle, so zu sagen, den juristischen Nachweis, daß der dolus des versuchten Aufruhrs und Landesverrats bei jedem einzelnen Polen vorhanden sei, und da dies selbstverständlich unmöglich ist, so hüllt sich Herr Doktrinarius stolz in seine Toga und verkündet seinen Spruch, daß der Polonismus von aller Schuld freizusprechen ist. Nach seiner Meinung haben wir unter uns lauter gleichberechtigte Mitbürger polnischer Zunge, alle unschuldig wie die Lämmer und nichts weiter im Sinne führend als die milde Trauer um das ewig verlorene Vaterland. Und wir Deutschen sollen dabei weiter nichts zu tun haben, als ihnen mitfühlend die Hand zu drücken und sie so schonend zu behandeln, daß sie ja in der Lage bleiben, uns bei gegebener Gelegenheit an die Kehle zu springen. Herr Doktrinarius ist übrigens nicht nur ein ungeheuer gerechter Richter, sondern auch ein geborener Schulmeister, der es nicht unterlassen kann, gegen die Ankläger mahnend den Finger aufzuheben und ihnen ihr schweres Unrecht strafend vorzuhalten. Er versteht es, uns Deutschen klar zu machen, daß wir allein die Schuld tragen, wenn den armen Polen, die ohnehin schwer genug an ihrem Unglück zu tragen haben, infolge unseres Mangels an Zartgefühl zuletzt die Geduld reißt und sie vermöge

ihres heißblütigen Temperaments ungebärdig werden. Das muß man, so meint Herr Doktrinarius, den armen Narren zu gute halten und mit milder Versöhnlichkeit und christlicher Bruderliebe darüber hinweggehen. Unterdessen lebt der Organismus der polnischen Nation sein einstmals schwer gefährdetes, seitdem aber neu erwachtes und sich beständig kräftigendes Leben weiter und spottet der vielen Ärzte, die an sein Lager treten und ihn „wissenschaftlich" für tot erklären.

Ja, das ist eben die erste Grundlage jeder weiteren Erörterung über die Polenfrage, die Erkenntnis, daß die Polen ein lebendes, in eine neue Entwickelungsphase getretenes Volk sind, dessen Ziel unter allen Umständen, mag es sich erfüllen oder nicht, mag es von jedem einzelnen Gliede des Volkes verstanden werden oder nicht, mag es bewußt oder unbewußt angestrebt werden, mit mathematischer Notwendigkeit darin zu suchen ist, daß es sich die Form schafft, ohne die eine lebende Nation auf die Dauer nicht sein kann, nämlich die Form irgend einer selbständigen staatlichen Vertretung. In welcher Art und in wie ferner Zukunft dieses Ziel zu erreichen ist, braucht uns hier nicht zu kümmern; denn es ist nicht Aufgabe der Politik, zu prophezeien, sondern den Weg zu erkennen, den eine Entwickelung einschlägt, und daraus die Folgerungen für die Gegenwart zu ziehen. So genügt es, daß wir erkennen, welches Ziel die Polen notwendig verfolgen müssen und tatsächlich verfolgen, und weiter, daß wir erkennen, dieses Ziel bedeutet eine unmittelbare Gefahr für den preußischen Staat.

Daraus folgt aber weiter mit unerbittlicher Notwendigkeit, daß wir diese Gefahr bekämpfen und abwenden müssen, auch dann, wenn wir überzeugt sind, daß diejenigen, die uns damit bedrohen, ihr eigenes letztes Ziel, um dessentwillen sie das alles unternehmen, vielleicht erst sehr spät oder auch gar nicht erreichen werden. Auf diesen letzten Punkt ist einiges Gewicht zu legen, denn man hört sehr oft die Ansicht, die Bekämpfung des Polentums sei unnötig, weil ja die Polen niemals in der Lage sein würden, ihre Träume zu verwirklichen. Das ist aber doch nicht richtig in Anbetracht der Energie, mit der die Polen den Weg zur Verwirklichung ihrer Träume einschlagen. Werden sie darin niemals gehindert, weil die dadurch Bedrohten sich auf den Stand-

punkt stellen: „Ihr kommt ja doch niemals dahin!", dann ist wirklich nicht einzusehen, warum jene nicht doch zuletzt ihr Ziel erreichen sollen. Gefahr genug liegt eben schon in den polnischen Bestrebungen, weil sie die Unantastbarkeit des Staatsgebiets überhaupt in Frage stellen.

Wir haben auch an andern Stellen unseres Reichskörpers Gebietsteile, deren rechtmäßiger Besitz uns in verschiedener Art bestritten wird. So verschieden auch die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen und in Nordschleswig liegen mögen und so verschieden auch namentlich die Ansichten über die in diesen Landesteilen zu beobachtende Politik sind, so sind doch in dem einen Punkte alle Parteien einig, daß wir das Recht haben, Einmischungen und Einwirkungen hier Frankreichs auf die Reichslande, dort Dänemarks auf die preußische Provinz Schleswig-Holstein unter allen Umständen zurückzuweisen. Wir haben es wenigstens in der einen Beziehung mit einer einfachen Sachlage zu tun, daß Frankreich und Dänemark wirkliche Staaten sind, die als solche für die Nichtanerkennung oder Nicht-mehr-Anerkennung der von ihnen abgeschlossenen Staatsverträge einzustehen haben und daraus dem völkerrechtlichen Brauch entsprechend die Konsequenzen ziehen können.

An der Ostgrenze des preußischen Staats werden aber die Verhältnisse dadurch höchst eigenartig und verwickelt, daß eine eigene staatliche Vertretung des polnischen Volks nicht besteht, also die Anerkennung des Verhältnisses der preußischen Polen zum Staat niemals in die Form eines Staatsvertrages gebracht werden kann. Wir müssen staatsrechtlich daran festhalten, daß es kein polnisches Volk gibt. Und doch steht die Wirklichkeit diesem staatsrechtlichen Gebot entgegen. Das polnische Volk ist da, ist lebendig und strebt mit Macht nach dem einzigen, was ihm andern Völkern gegenüber fehlt, nämlich nach einer selbständigen staatlichen Vertretung. Darum muß auch das Streben der preußischen Polen, innerhalb des preußischen Staats sich auszubreiten und durchzusetzen, viel intensiver und aktiver sein, als wenn es sich nur um einen abgesprengten Teil eines sonst selbständigen Volkes handelte. Um so größer ist die Gefahr, die uns von den polnischen Bestrebungen droht. Wir können den Polen nicht sagen, wie wir es zur Not den Elsaß-Lothringern sagen können, wenn sie durchaus Franzosen

bleiben wollen, oder den dänischen Nordschleswigern, wenn sie von der Wiedervereinigung mit Dänemark träumen: „Wenn Ihr Euch durchaus nicht als Bürger eines deutschen Staates fühlen wollt und könnt, so geht doch über die Grenze!" Wir müssen eben mit den Polen auf unserm eigenen Gebiet fertig werden, und deshalb stellt die Polenfrage eine viel dringendere Gefahr für den Bestand des Staats vor, als sie etwa in Nordschleswig durch die dänischen Bestrebungen gegeben ist oder als sie dem Reich durch das Franzosentum in Elsaß-Lothringen droht.

Unter solchen Umständen kann man wohl verstehen, wie der Gedanke auftauchen konnte, die Polenfrage für uns Deutsche dadurch zu erleichtern, daß wir das Hinarbeiten auf einen polnischen Nationalstaat begünstigen und erleichtern gegen die Bedingung, daß die Polen das Besitzrecht des preußischen Staats auf Posen und Westpreußen unangetastet lassen. Dann wäre ja zwar nicht jede Schwierigkeit beseitigt, aber es wäre wenigstens dieselbe Lage geschaffen, wie im Westen und im Norden, und man wäre um das schlimmste Dilemma herum. Der Gedanke dieser Art von Fixierung der Polenfrage ist besonders von Herrn v. Koscielski vertreten worden, der auf diese Weise den höchsten Triumph seines politischen Wirkens gefeiert hätte, wenn es ihm gelungen wäre, von der deutschen Politik gewisse Vorspanndienste für den ersten Teil der Erfüllung des polnischen Zukunftstraums zu erlangen. Glücklicherweise ist dieser Gedanke niemals ernst genommen worden. Denn man weiß, — es kann hier auf früher Gesagtes verwiesen werden, — daß das Verhältnis der preußischen Polen innerhalb der jetzigen Grenzen des Staats zu einem etwaigen selbständigen polnischen Nachbarreich derart sein würde, daß die Hoffnung auf eine Verringerung der Gefahr für den Bestand des preußischen Staats eine grimmige Enttäuschung erfahren müßte.

Nein, es ist schon nicht anders! Wir müssen die Polenfrage nehmen, wie sie ist. Wir befinden uns einem Nachbarvolk gegenüber, das ein vollständig entwickeltes und sich immer weiter entwickelndes Eigenleben führt, wie jede andere europäische Nation, das aber keine selbständige staatliche Organisation hat und daher mit Naturnotwendigkeit darauf hinarbeiten muß, eine solche zu besitzen. Es ist dabei vollständig gleichgültig, welchen Anteil das einzelne Mitglied eines solchen Volks bewußt oder unbewußt an

diesem Streben nimmt. Jedenfalls kommt das Streben nach dem bezeichneten Ziel in dem Ganzen unzweifelhaft zum Ausdruck. Seine Erfüllung kann es nur finden, wenn der Bestand des preußischen Staats gemindert, zahlreiche Errungenschaften, für die der preußische Gesamtstaat Opfer gebracht und von denen das ganze deutsche Volk Vorteile genießt, preisgegeben und das Deutschtum an einer für die nationale Entwickelung und Sicherheit höchst wichtigen Stelle gehemmt und zurückgedrängt wird, d. h. mit andern Worten, wenn wichtige Lebensinteressen des deutschen Reichs und Volks auf das schwerste verletzt werden. Das deutsche Volk sieht sich daher dem polnischen gegenüber in ein Verhältnis gesetzt, bei dem eine Auseinandersetzung über absolut entgegenstehende Interessen notwendig ist und das in so weit den Charakter eines „Krieges" in weiterem Sinne — so wie man von „Zollkrieg" spricht — hat, als auf eine gegenseitige Anerkennung und einen Ausgleich der Interessen der Natur der Sache nach nicht zu rechnen ist. Die Entscheidung ist nur dadurch möglich, daß die überlegene Macht ihren Willen durchsetzt. Wir Deutschen haben bisher geglaubt, daß die überlegene Macht uns allein schon durch den Besitz unserer staatlichen Organisation gegeben sei, die ja die für uns in Betracht kommenden Polen mitumfaßt, während diese selbst der staatlichen Selbständigkeit entbehren. Die Erfahrung hat uns nachgerade gelehrt, daß wir uns in einem schweren Irrtum befunden haben. Für den nationalen Krieg, den wir mit den Polen seit hundert Jahren zu führen haben, genügt nicht das Bewußtsein, die Mittel zu haben, mit denen man wohl einen wirklichen Krieg mit Flinten und Kanonen siegreich hinausführen könnte, sondern man muß Mittel besitzen und anzuwenden verstehen, die auch auf friedlichem Wege eine nationale Machtfrage zu entscheiden geeignet sind.

Das führt uns schon zu der Frage hinüber, welches Ziel wir in dem Kampf gegen die Polen erreichen wollen. Worin soll die erwähnte Entscheidung bestehen?

Die einen sagen: man muß die Polen *versöhnen, gewinnen*. Das können freilich nur Leute aussprechen, denen die ganze Eigenart und Entwickelung des Polentums ein Buch mit sieben Siegeln ist. Ich hoffe durch die Darstellung im ersten Teil dieser Schrift einigermaßen die Überzeugung begründet zu

haben, daß die ganze Natur der Polenfrage die Verwirklichung dieses Wunsches vollkommen ausschließt. Wir müssen die unselige Leichtgläubigkeit und Vertrauensseligkeit ablegen, mit der viele an die Polenfrage herantreten. Es kommt wirklich gar nicht darauf an, was uns ein liebenswürdiger Pole einmal irgendwo beim Glase Ungarwein erzählt oder was wir privatim von irgend einer Persönlichkeit polnischer Nationalität halten, die wir aus irgend einer Veranlassung achten und schätzen gelernt haben. Es ist vollkommen gleichgiltig, ob wir Grund haben einzelne Polen auszunehmen, wenn wir von den Machenschaften ihrer Landsleute reden. Die Polenfrage als eine aus der Entwickelung zweier Völker entspringende Aufgabe bleibt darum doch, was sie kraft geschichtlicher Notwendigkeit ist. Sie kann ebenso wenig durch Versöhnung gelöst werden, wie etwa der Zar den Sultan freundlich bitten kann, ihm doch gütigst Konstantinopel zu überlassen.

Andere sagen: man muß die Polen überhaupt möglichst in Frieden lassen, *sich gar nicht um sie kümmern*, sie als gleichberechtigte Mitbürger mit Gerechtigkeit behandeln, im übrigen aber sie ruhig schimpfen und uns hassen lassen und nur, wenn sie zu offener Verletzung der Gesetze schreiten, ihnen energisch mit entsprechenden Mitteln entgegentreten. Das könnte als ein sehr vernünftiger Rat erscheinen, wenn wir leider nicht in den jetzigen Zuständen bereits die Erfahrung vor uns hätten, wie weit wir mit einer solchen Politik kommen. Es ist eben der alte, schon mehrfach berührte Irrtum, als ob die Polen nur deshalb gegen uns aufträten, weil sie sich unterdrückt und ungerecht behandelt fühlten. Nein! sie verfolgen eben ein selbständiges, positives Ziel in aktiver Arbeit, und es wäre Torheit ohne gleichen, wenn wir diese aktive Arbeit dadurch aufhalten wollten, daß wir uns selbst passiv verhalten. Eben dadurch ist uns ja das Polentum bereits so weit über den Kopf gewachsen.

Alle, die die Verhältnisse wirklich kennen, befürworten deshalb auch eine durchaus *aktive* Polenpolitik. Aber auch hierbei gibt es verschiedene Ansichten. Die einen wollen die Polen *germanisieren*. Soweit das möglich ist, wäre es nun freilich die angenehmste und beste Lösung, aber um dieses Ziel so vollständig zu erreichen, wie es notwendig wäre, ist es schon viel zu spät. Zu Zeiten Flottwells wäre es vielleicht noch möglich ge-

wesen, dahin zu gelangen; heute tut man besser, solche Illusionen nicht erst aufkommen zu lassen, soweit sie sich darauf beziehen, durch direkte Maßregeln die polnische Bevölkerung in ihrer Mehrheit in das deutsche Lager hinüberzuführen. Was in dieser Beziehung getan werden kann, ist nur auf indirektem Wege und teilweise möglich. Es kann dann nur das natürliche Ergebnis anderer wirksamer Maßnahmen sein, die der polnischen Bevölkerung die Überzeugung beibringen, daß eine Verfolgung ihrer Zukunftspläne auf preußischem Boden aussichtlos ist.

Wir müssen also viel schärfer das auf dem Boden der Wirklichkeit Erreichbare ins Auge fassen. Wir haben das Programm der Polen in folgenden Gedanken erkannt: Sie wollen

1) unter ihren jetzigen Volksgenossen in jeder Weise das Bewußtsein erhalten, daß es nach wie vor eine polnische Nation gibt, die ein Recht auf Sonderexistenz und mit den Deutschen nichts gemein hat, und daß sie nur zufällig und infolge der obwaltenden geschichtlichen Verhältnisse, aber nicht dauernd Angehörige des preußischen Staats sind, daß sie daher zwar die Rechte preußischer Staatsbürger in Anspruch nehmen dürfen, aber ihren deutschen Mitbürgern in dem Verhältnis von Ausländern gegenüberstehen. Sie wollen

2) durch Ausbreitung des Polentums und durch Polonisierung deutscher Elemente im Osten der preußischen Monarchie ein zusammenhängendes Gebiet schaffen, in dem polnische Gesinnung und polnische Interessen das Übergewicht haben und das allmählich zu einer Sonderstellung innerhalb des preußischen Staats gelangt. Das Gelingen dieser Arbeit bildet dann die Grundlage, auf der

3) abgewartet wird, bis die internationale Lage eine Gelegenheit ergibt, um alles polnische Gebiet wieder zu einem selbständigen Polenreiche zusammenzuschließen.

Hieraus ergibt sich also folgende Aufgabe der deutschen Polenpolitik: Die Voraussetzung ist große Stetigkeit und Beharrlichkeit in der Bekundung, daß die Ausübung der preußischen Staatsbürgerrechte die absolute Pflicht in sich schließt, das dauernde Interesse des preußischen Staats wahrzunehmen. Ein Mittel dazu besitzt der Staat in der Einwirkung auf die Erziehung, der Einwirkung auf die wirtschaftliche Tätigkeit und der Handhabung

der Gesetze; auf allen diesen Gebieten kann er genügend zum Ausdruck bringen, daß das Polentum innerhalb des Staatskörpers kein Recht auf irgendwelche Sonderexistenz hat. Noch wichtiger aber ist die Forderung, daß der polnischen Propaganda entgegengetreten werden muß. Das kann nur geschehen durch eine direkte Arbeit zur Ausbreitung des Deutschtums im Osten. Die bloße Abwehr der polnischen Tätigkeit nutzt hier gar nichts; es muß der uns entgegenwirkenden Kraft eine überlegene aktive Kraft entgegengestellt werden. Wir müssen selbst bei den Polen in die Schule gehen, das Geheimnis ihrer Erfolge erkennen und dann die gleichen Mittel für das Deutschtum einsetzen. Dann können wir dahin gelangen, daß die Polen die Ohnmacht und Nutzlosigkeit ihrer nationalen Bestrebungen einsehen.

Welche Folgerungen die Polen dann selbst daraus ziehen, läßt sich natürlich nicht sagen. Ob sie sich der Macht der Verhältnisse schweigend und tatenlos unterwerfen, ob sie von dem Boden auswandern werden, der ihnen nun niemals wieder Heimat im Sinne ihrer Wünsche sein wird, oder ob sie nun notgedrungen den Deutschen sich anschließen und ihre Nationalität allmählich aufgeben werden, das können wir nicht wissen, brauchen uns auch nicht den Kopf darüber zu zerbrechen. Wir sehen nur das Eine, daß es wohl eine Möglichkeit gibt, ohne Verletzung der Verfassung und ohne Unterdrückung des Rechts dahin zu gelangen, daß das Polentum eine unschädliche Erscheinung in unserem staatlichen Leben wird.

Damit ist das Ziel der Polenpolitik freilich nur erst in ganz allgemeinen Umrissen bezeichnet. Es wird Sache der folgenden Untersuchungen sein, das Angedeutete näher auszuführen und in seinen praktischen Beziehungen zu zeigen. Hier mag nur noch auf den Unterschied hingewiesen sein, der diese Auffassungsweise von der Versöhnungstheorie, der Theorie des Gehenlassens und der Germanisierungsidee scheidet. Alle diese anderen Anschauungen gehen immer von der Frage aus: Was machen wir mit den Polen? Was wird aus den Polen? Darnach haben wir aber gar nicht oder doch erst in zweiter Linie zu fragen. Wir müssen unser eigenes Bedürfnis, die Pflicht unseres Staats in den Mittelpunkt rücken. Wir selbst sind die

Bedrohten; was haben wir also zu tun, um unser Eigentum zu hüten? Wir müssen die Natur des Gegners, der drohenden Gefahr kennen, um richtige Maßregeln zu ergreifen, aber wir brauchen nicht davon auszugehen, welches das Schicksal unseres Gegners sein wird. Es ist Krieg und Kampf, auch wenn er nicht mit Blut und Eisen ausgefochten wird; wir haben also weiter nichts zu tun, als die richtigen Waffen zu wählen und mit Klugheit und Kraft dem Gegner seine Schwächen abzugewinnen.

Wir weisen also alle die Lösungen der Polenfrage ab, die es sich zur Aufgabe stellen, die Zukunft des polnischen Volkes bestimmen zu wollen. Unser Ziel ist einzig und allein Durchsetzung der deutschen Herrschaft in unseren Ostprovinzen, entschiedene Durchkreuzung und Bekämpfung der Einflüsse, welche diese Herrschaft gefährden, — Einflüsse, die wir zwar genau kennen müssen, deren Schicksal uns aber nicht berühren kann. Es scheiden daher aus der Betrachtung aus alle Erwägungen, die sich in die Seele der Polen hineinzuversetzen suchen, die Frage, welchen Grad von Mitgefühl wir mit dem Schicksal der Polen haben, die weitere Frage, ob man vielleicht als Pole ebenso handeln und empfinden würde, wie es die Angehörigen dieses Volks heute tun, und ähnliches. Wir haben nur die eine Verpflichtung, das unsrige zu tun, daß der Staat, dem wir angehören, keine Einbuße an seinem Bestande, seiner Sicherheit und seinen Interessen erleide. Wenn Leute, die selbst das Staatsbürgerrecht in Anspruch nehmen, diesem Grundsatz entgegenhandeln, so muß ihnen so weit entschiedener Widerstand geleistet werden, daß sie das Nutzlose ihrer Handlungsweise erkennen und, falls sie die Gesetze verletzt haben, dafür Strafe leiden. Ob jene Leute im Recht zu sein glauben, und wie sie sich mit den Folgen abfinden, das geht uns nichts an.

Es kann nun weiter aber folgendes gesagt werden: Wie die Polen selbst sich im Fall der Erreichung unseres Ziels mit ihrem Schicksal abfinden werden, kann uns zwar gleichgültig sein; unser eigenes Schicksal aber ist uns nicht gleichgültig, und wir müssen daher wissen, ob unser Ziel überhaupt erreichbar ist und wir nicht vielmehr einer sicheren Niederlage entgegengehen.

Darauf ist erstens zu erwidern, daß wir uns durch eine pessimistische Auffassung in keinem Falle von unserer nationalen

Pflicht lösen können. Selbst wenn diese Meinung sich als richtig erwiesen, dürfte das Deutschtum aus seinen Ostprovinzen nur nach einem Kampfe sich zurückziehen. Die Überzeugung, unterliegen zu müssen, darf niemals die kampflose Preisgabe von Gut und Ehre rechtfertigen. Wer entgegengesetzter Ansicht ist, mag zusehen, wie er diesen traurigen Standpunkt vor seinem Gewissen vertreten kann; auf das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit wird er nie rechnen können. Und wenn der Schein gelegentlich etwas anderes beweisen will, so kann man mit der größten Sicherheit annehmen, daß deutschen Männern, die so handeln, einfach die wirkliche Lage nicht klar geworden ist. Mit Bewußtsein gibt kein Deutscher einen Kampf um solche Güter auf, aus bloßer Furcht unterliegen zu müssen. Der deutsche Michel läßt sich vielleicht lange Zeit von einem Schwächeren puffen und knuffen, weil er sich nicht denken kann, daß es Ernst ist; aber wenn er sieht, daß der Kampf notwendig ist, dann weicht er auch einem Stärkeren nicht, dann packt er nur desto kräftiger zu. Also mit solchen Gründen soll man uns nicht kommen.

Zweitens ist ein übermäßiger Pessimismus durch nichts gerechtfertigt. Die Polen haben nach dem Untergange ihres Reichs sich aufgerafft und gelernt; warum sollen wir Deutschen allein hoffnungslose Schüler sein? Wir haben ja doch 1870/71 das große Examen bestanden, das uns niemand zugetraut hatte, am wenigsten wir selber, — das Examen der politischen Einigkeit. Wir werden auch lernen, was wir brauchen, um uns gegen die polnische Flut zu behaupten, und sollten wir sogar bei dem polnischen Leichtsinn in die Schule gehen. Wir sind in der Sache viel zu sehr Grübler und Zauderer. Wir halten in dem Augenblick, wo wir auf den Wällen stehen sollten, im Rathause Kriegsrat und wundern uns dabei über den Feind, der die Sturmleitern ansetzt und den wir nun plötzlich als einen gefährlichen und unüberwindlichen erkennen. Nein, verehrte Herren, wenn Ihr jetzt auf den Wällen ständet, anstatt im Rathause überflüssigerweise die Köpfe zusammenzustecken, dann würde das, was der Feind tut, Leichtsinn und Tolldreistigkeit sein, und Ihr würdet ihn mit blutigen Köpfen heimschicken! Daß das sanguinische Temperament der Polen solche Erfolge erntet, ist die Schuld unserer falschen Auffassung.

Ich darf hier auf das verweisen, was in einem früheren Abschnitt über den Wert und die Kraft der beiden in Betracht kommenden Völker in kultureller Beziehung gesagt worden ist. Wir können und werden Garantien für den Erfolg haben, wenn wir unsere Kräfte gehörig einsetzen, was bisher eben noch niemals in genügendem Maße geschehen ist.

Nun hegen ja freilich sehr ernsthafte Leute Zweifel, daß es jemals geschehen könnte. Es wird vor allem öfter darauf hingewiesen, daß wir bei der nun einmal vorhandenen Eigentümlichkeit des deutschen Charakters niemals darauf zu rechnen haben, daß die Deutschen auch nur annähernd so zusammenhalten, wie die Polen. Dieser Meinung ist z. B. auch Prof. Dr. Hans Delbrück. Man kann dem zunächst einen soeben schon angeführten Hinweis entgegenhalten, nämlich daß die deutsche Nation in ihrer Einheitsbewegung schon einmal die schönsten, auf geschichtliche Erfahrung gestützten Theorien über den Haufen geworfen hat. Aber wir haben noch einen viel näher liegenden Beweis gegen die Meinung Delbrücks, daß sich Freisinnige und Klerikale schwerlich den nationalen Parteien gegen die Polen anschließen würden. Anfangs der neunziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts war dies wirklich nach allgemeiner Überzeugung eine Unmöglichkeit; heute stehen wir bereits der Tatsache gegenüber, daß ein sehr großer Bruchteil des freisinnigen Bürgertums in Wahlkämpfen und bei anderen Gelegenheiten treu zum Deutschtum steht und daß die polenfreundliche Minderheit langsam immer mehr abnimmt und zu Kompromissen mit der entschieden nationalen Richtung genötigt wird. Die freisinnigen Polenfreunde, die noch in der Presse und in Versammlungen ihr Wesen treiben, sind nur noch in verhältnismäßig geringer Zahl in den Landesteilen zu finden, wo man die Polen wirklich kennt und mit ihnen in Berührung steht; sie hausen vielmehr im Innern des Reichs und beurteilen die Verhältnisse nur nach vorgefaßten politischen Theorien. Noch auffallender ist die Bewegung der deutschen Katholiken, von der hier früher schon gesprochen ist. Die deutschen Katholiken stehen politisch zumeist auf dem Boden des Zentrums, aber zwischen ihrer Auffassung in nationalen Fragen und der etwa der „Kölnischen Volkszeitung" liegt ein wahrer Abgrund. Auch sie haben eben das Polentum in seiner wahren Gestalt erkannt und sind

treue Mitkämpfer ihrer deutschen Volksgenossen geworden.

Nun wird man einwenden, das könne wohl richtig sein, aber die Auffassungen dieser gegen das Polentum kämpfenden Freisinnigen und Klerikalen würden sich doch nicht so recht mit denen der nationalen Parteien decken, und das ergebe doch zuletzt niemals ein so geschlossenes Zusammenhalten, wie wir es bei den Polen sehen. In diesem Einwande liegt ein doppelter Irrtum. Wer den Abschnitt über das polnische Parteiwesen in diesem Buche gelesen hat, wird gesehen haben, daß auch das Zusammenhalten der Polen keine Uniformität der gesamten politischen Gesinnung bedeutet. Aber allerdings in der Existenzfrage ihrer Nationalität sind sie alle einig und lassen sich gegenseitig gelten; sie ordnen ihre politischen Meinungsverschiedenheiten der nationalen Frage unter. Das ist aber das, worauf es allein ankommt. Weder ist es also richtig, daß die polnische Einigkeit und Geschlossenheit sich auf alle Fragen von öffentlichem Interesse bezieht, noch ist es nötig, daß wir Deutschen eine solche Forderung stellen.

Es ist im Gegenteil sogar recht heilsam, wenn das innerpolitische Leben der deutschen Bevölkerung in sich seine mannigfache Gestalt und verschiedene Färbung behält, wenn sich nur alle Parteien darin einig sind, daß wir dem Polentum sein weiteres Vordringen unmöglich machen und es womöglich zurückdrängen müssen. Eine deutsche Bevölkerung würde sich niemals wohl fühlen, wo ihr zugemutet wird, ihre Meinungen ganz und gar nach einer Schablone zu gestalten. Aber die Einsicht in solche unbezweifelbare Realität, wie es die Polengefahr ist, verträgt sich mit jeder Parteianschauung; sie muß sich mit ihr vertragen, weil einfache Wahrheiten, die sich jedem, sozusagen, auf der Straße aufdrängen, von niemand ungestraft beiseite geschoben werden können. Wir müssen also dahin kommen, und schon jetzt läßt der Lauf der Dinge die sichere Erwartung zu, daß wir dahin kommen werden, daß alle Deutschen, ohne ihre politischen und religiösen Überzeugungen irgendwie aufzugeben, doch die Polengefahr in ihrer wahren Größe erkennen und in den Punkten, wo es auf ihre Abwehr ankommt, sich gegenseitig unterstützen. Der Vorteil dieser Form des Zusammenhaltens, wodurch undeutsche Gleichmacherei und Gesinnungstyrannei vermieden, politische Reife und Disziplin aber gefördert wird, liegt außerdem auch noch in der Vermeidung

eines Irrtums, der die Wirkung der besten Maßregeln zu stören geeignet ist. Es ist nämlich der Irrtum, daß die Polenfrage nur gelöst werden könne, wenn bestimmte Maßregeln angewendet werden, auf die sich der allgemeine Konsensus richtet. So wie ungebildete Leute vom Arzt vor allem eine Medizin verlangen, die sie nach geschriebenem Rezept aus der Apotheke holen können und von der allein sie die möglichst schleunige Wiederherstellung der Gesundheit erwarten, um im übrigen möglichst unvernünftig und gesundheitswidrig weiter zu leben, so verlangen auch in der Polenfrage viele Politiker von der Regierung, daß sie sich hinsetzt und ein Rezept schreibt. Wenn dann die große Apotheke, die man „preußischer Landtag" nennt, die Medizin geliefert hat, dann wird sie dem Kranken, der hübsch im Bett liegt und sich die Schlafmütze recht tief über die Ohren gezogen hat, löffelweise eingegeben und still die Wirkung abgewartet. Tritt sie nicht sofort ein, so ist nach der allgemeinen Überzeugung des Hauses der Arzt ein Esel. Unsere nationale Krankheit im Osten aber fordert einen Arzt, der mit den Vorurteilen der volkstümlichen Medizin energisch aufräumt, der zunächst in das Krankenzimmer frische Luft und Licht hereinläßt, der dem Kranken zwar auch kräftige Kost und ein heilkräftiges Tränklein verabreicht, ihm aber zugleich sagt: „Lieber Freund, ich allein kann Dich nicht gesund machen; Dein Körper selbst muß sich gesund machen, und dazu gehört, daß Du selbst Deine Kräfte wieder gebrauchen lernst und Deine Glieder regst."

Es besteht die große Gefahr, daß, wenn immer nur die Frage der besondern Maßregeln, der großen Mittel gegen das Polentum erörtert wird, das Bewußtsein ganz und gar verloren geht, daß die Wirkungen aller solcher Maßregeln nicht so umfassend sein können, um darüber alles andere zu vergessen. Diese großen Mittel sind eben nur Arbeitsprogramme, über die man sich in bestimmten Fragen des öffentlichen Lebens zu verständigen hat, wenn auf diesen Tätigkeitsgebieten das allgemeine Streben der deutschen Bevölkerung, sich gegen das Polentum zu behaupten, gestützt und gefördert und vor allen Dingen nicht durchkreuzt werden soll. Wenn die Sache so aufgefaßt wird, kann die Wirkung *mit der Zeit* nicht ausbleiben. Aber die Vorstellung, daß irgend eine Einrichtung, sei es die Ansiedlungskommission, oder sei es etwas

anderes, allein geeignet sei, uns in kurzer Zeit von allen Schmerzen zu befreien, ist ein offenbar ungereimtes Spiel der Einbildungskraft. Dergleichen gibt es nicht. Wir müssen immer wieder darauf zurückkommen, daß es sich bei der Polenfrage nicht um irgend einen akuten Übelstand in den Staatseinrichtungen, sondern um ein Ringen um Recht und Existenz zwischen zwei Völkern handelt. Von der Arbeit und den Lasten eines solchen Kampfes, ja auch von dem Moment der Ungewißheit des Ausgangs, das in jedem Kampf liegt, kann niemand befreit werden. Wir können nur durch Kampffreudigkeit und gute Waffen diese Ungewißheit so weit herabmindern, daß sie für uns zur Siegesgewißheit wird. Auch im wirklichen Kriege gibt es keine Methode, bei der der Feldherr etwa nur auf einen Knopf zu drücken brauchte, um die feindliche Armee mit allem Material unfehlbar in die Luft zu sprengen. Auch der genialste Feldherr, der über vorzügliches und reichliches Kriegsmaterial verfügt und die trefflichsten Dispositionen zu machen versteht, bedarf der Soldaten, von denen jeder einzelne bereit sein muß, an seiner Stelle alles für den Erfolg einzusetzen.

Das ist auch in der Polenfrage die Hauptsache. Nicht die Regierung als Feldherr allein, nicht das Kriegsmaterial der besonderen Mittel und Maßregeln entscheidet den Sieg, sondern jeder einzelne Deutsche, der dem Polentum gegenüber an seiner Stelle als Soldat steht. Hier können wir uns die Polen zum Muster nehmen, ohne daß wir unserer deutschen Eigenart im geringsten untreu zu werden brauchen. Man ist sogar versucht zu behaupten, ein individualistisch veranlagtes Volk müsse eine solche Rolle noch viel wirksamer durchführen können, als es slavischer Herdeninstinkt vermag. Die Art der Polen, sich jede Kleinigkeit im Alltagsleben daraufhin anzusehen, ob vielleicht eine Verleugnung des Polentums oder eine Förderung des Deutschtums dahinter stecken könnte, kann sehr wohl von deutscher Seite nachgeahmt werden, ohne daß dadurch die Empfindung entsteht, man handle seiner Art zuwider oder unter fremdem Druck. Es gibt die verschiedensten Spielarten dieser intimen und privaten Abwehr des Polentums, und jeder Deutsche würde sie seiner persönlichen Art und seiner Lebenslage nach mit Leichtigkeit finden können, wenn er nicht durch die bisherige Behandlung der Polenfrage systematisch daran gewöhnt worden wäre, beständig

über große Staatsaktionen zur Vertilgung der Polen vom Erdboden nachzudenken. Von der Regierung das rücksichtsloseste Einschreiten fordern, auf die Ansiedlungskommission schimpfen, und dann hingehen, um seine Bedürfnisse in polnischen Geschäften einzukaufen und bei jeder Gelegenheit ohne Not polnisch zu sprechen, — das ist in sehr vielen Fällen die Signatur des deutschen Verhaltens zum Polentum. Die Wachsamkeit im Kleinen, das ruhige, bestimmte Ablehnen jedes polnischen Einflusses ist das, was uns vor allem fehlt. Das bezieht sich aber nicht nur auf das häusliche, alltägliche Leben, sondern auch auf die Berufstätigkeit und alle dergleichen Beziehungen. Die Frage: „Wie kann ich in allen meinen Lebensbeziehungen, auf meiner besonderen Lebensbahn dem Polentum den Weg abschneiden?" — muß die Frage jedes Deutschen sein. Auf diesem Wege muß notwendig neben dem Kleinen auch das Große zu seinem Rechte kommen. Dann können auch abweichende Ansichten nicht dahin führen, den andern zu stören, wenn er auf *seine* Art, die nicht die unsrige ist, dem Polentum entgegentritt. Die Kritik kann alsdann hemmend nur auf diejenigen wirken, die dem Polentum Vorschub leisten, die Einsicht in die Gefahr verwischen; diese aber *sollen* auch gehindert und gestört werden. Für die großen, gemeinsamen Aktionen aber, die solchem individuellen Wirken voran- und nebenhergehen, kommt es darauf an, der Kritik das Entmutigende, Herabdrückende zu nehmen, das jetzt so oft aus Rechthaberei und übler Gewohnheit hineingelegt wird. So kann die Tätigkeit des Deutschtums auf ein Ziel gelenkt werden, ohne daß man uniformiert und schablonisiert.

In dem, was hier ausgeführt worden ist, liegt auch schon die Antwort auf die Frage, *wer* denn eigentlich den Kampf gegen das Polentum führen soll. „Wir alle wollen Hüter sein," so heißt es auch im Osten. Wir haben uns aber doch noch mit denen auseinanderzusetzen, die andrer Meinung sind.

Hören wir zunächst diejenigen, die die Meinung haben, der Kampf gegen schädliche Einflüsse im Staat, also auch der gegen das Polentum, sei ausschließlich eine Pflicht des Staats, an der der einzelne Bürger keinen Anteil habe. Der verstorbene Herr v. Treskow-Radojewo z. B. äußerte sich etwa in folgendem Sinne: „Es ist Sache der Regierung, die Polen zu regieren; wir Privatleute sollen die Polen ungeschoren lassen." Ganz abgesehen von

der sich zunächst aufdrängenden Frage, wie wir uns verhalten sollen, wenn die Polen uns nicht ungeschoren lassen, bleibt doch immer die Erfahrung, daß die Regierung keine Mittel hat, die stille Minierarbeit des Polentums zum Stillstand zu bringen, wenn sie sich nicht auf eine deutsche Bevölkerung stützt, die die Gefahr des Polentums erkannt hat und innerhalb ihrer Rechtssphäre das Polentum ablehnt. In einem modernen Staate ist es ein Unding, daß ein Bruchteil der Bevölkerung Frieden und Freundschaft mit einem andern proklamiert, der aus Gründen der Sicherheit des Staats von der Regierung in Schranken gehalten werden muß. Ferner vergessen die Vertreter dieser Anschauung, daß das Polentum selbst der angreifende, seinerseits auf Kosten des Deutschtums vordringende Teil ist, aber eben diese Angriffe auf die Bevölkerung, nicht direkt gegen die Regierung richtet. Daher ist die Abwehr zunächst Sache der Bevölkerung, aber allerdings hat die Regierung mitzuwirken. Wollten wir der Regierung allein den Kampf überlassen, so würden die von Feigheit, Bequemlichkeit und allerlei Sonderinteressen geleiteten Elemente ohne Zweifel das Deutschtum wehrlos der polnischen Propaganda ausliefern. Wir müssen die Polen mit ihren eigenen Waffen, mit einem entsprechenden Einsatz an Nationalkraft schlagen; das wird uns natürlich nicht gelingen, wenn wir aus falscher Friedensliebe nur die Regierung allein, d. h. mit andern Worten die Mittel des Polizeistaates gegen sie ins Feld schicken. Es fällt das zusammen mit einem völligen Gehenlassen, denn die Regierung kann in solcher Lage nur eingreifen, wenn die Gesetze übertreten werden. Die Polen aber werden nicht so töricht sein, das Gesetz zu verletzen, wenn sie infolge der Indolenz der deutschen Bevölkerung auf gesetzlichem Wege ebensoweit kommen.

Der Ansicht von der Alleinberechtigung der Regierung zur Führung des Kampfes gegen das Polentum steht nun das andere Extrem gegenüber, das die Regierung ganz ausscheiden möchte. Die Vertreter dieser andern Ansicht sagen: „Gerade das Ringen zweier Nationen auf demselben Boden kann nur durch die freie Konkurrenz, durch die freie Entfaltung der Kräfte auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet, sowie durch die physische Tüchtigkeit der Rasse entschieden werden. Der Staat kann nichts dazu tun; jedes Eingreifen kann nur schaden. Er hat nur dafür zu sorgen,

daß die Streitenden den Boden des Gesetzes und der staatlichen Ordnung nicht verlassen."

Diese weitgehende Anschauung bedarf gleichfalls der Einschränkung und Berichtigung. Eine solche vollständige Neutralität des Staates ist nur dann denkbar, wenn es für Bestand und Aufgaben des Staats vollkommen gleichgiltig ist, welche Nationalität die Oberhand gewinnt. So steht es aber hier nicht. Falls die Polen Sieger bleiben und die Deutschen zurückdrängen, sind wichtige preußische Landesteile unmittelbar gefährdet. Darum muß der preußische Staat mit für das Deutschtum eintreten. Bei einem solchen Konkurrenzkampf zweier Völker muß auch in Betracht gezogen werden, wie weit dasjenige Volk, dessen Sieg im Interesse des Staats liegt, hier also das deutsche Volk — seiner Natur und Anlage nach befähigt und gewöhnt ist, ohne Hilfe der Staatsgewalt vorwärts zu kommen. Nun wissen wir ja leider, daß das deutsche Volk einmal daran gewöhnt ist, stets getrieben, angeleitet, von oben her autorisiert zu werden. Wohl tritt auch bei den Deutschen einmal ein Moment ein, wo sie auch ohne Bevormundung ihre volle Tüchtigkeit entwickeln und ihre ganze Energie einsetzen. Doch ehe es so weit kommt, müßten wir dem Gegner schon zu viel Vorsprung lassen und eine zu schwere Gefahr heraufbeschwören. Diese Verantwortung kann niemand übernehmen, darum brauchen wir notwendig die Führung und Mitwirkung der Regierung.

Da tritt uns nun der Zweifel entgegen, ob das nicht verfassungswidrig ist. Die Polen sind doch auch preußische Staatsbürger und nach der Verfassung mit uns gleichberechtigt. Wie kann die Regierung, die doch das Interesse des Ganzen wahrzunehmen hat, in einen Kampf gegen das Polentum eintreten? Das Bedenken wäre berechtigt, wenn es sich bei diesem Kampf wirklich um die Existenz der polnischen Nationalität handelte. Die Regierung kann nicht, wie ihr von Polenfreunden in die Schuhe geschoben, aber in Wirklichkeit nur von wenigen Heißspornen gefordert wird, die Unterdrückung und Ausrottung des Polentums auf ihre Fahne schreiben und wird dies auch nicht tun. Die gutmütigen und friedfertigen Leute, die sich mit Entsetzen unter der notwendigen Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Polen ein plötzliches, brutales und rechtswidriges Knechten und Hinauswerfen des Schwächeren vorstellen, können sich beruhigen. Verhindert werden

sollen auf unserm Staatsgebiet nur diejenigen Lebensäußerungen und Bestrebungen der polnischen Nation, welche in ihren Folgen gegen den Bestand des Staats in seinem jetzigen Umfange gerichtet sind. Diese Bestrebungen sind ihrem Wesen nach verfassungswidrig und müssen also pflichtgemäß vom preußischen Staat bekämpft werden. Wenn die Polen selbst sich auf die preußische Verfassung berufen, so müssen sie auch im Sinne der fundamentalen Tendenz der preußischen Verfassung, nämlich der Integrität des Staatsgebiets und der daraus fließenden Rechte, handeln. Wenn sie aber unter formeller Beobachtung der Verfassung und unter ihrem Schutze trotzdem entgegengesetzte Tendenzen verfolgen, so hat der Staat auch seinerseits das Recht, bei selbstverständlicher Wahrung der gesetzlichen Form der Ausbreitung solchen staatsfeindlichen Treibens entgegenzutreten. Wie weit das Polentum in seiner Gesamtheit und in seiner Existenzmöglichkeit davon betroffen wird, das hängt von den Polen selbst ab. Falls sich die Dinge so entwickeln, daß jeder Pole glaubt, seine Nationalität nur in der erwähnten feindlichen Aktion gegen den preußischen Staat betätigen zu können, falls also polnische Nationalität und staatsfeindliche Tendenz identisch wird, dann allerdings richtet sich notgedrungen die Abwehrtätigkeit der Regierung gegen das gesamte Polentum, aber das ist Schuld der Polen selbst, die sich ihr verfassungsmäßiges Recht jeden Augenblick sichern können, wenn sie selbst sich auf den Boden der Verfassung stellen und jene verhängnisvolle Identifizierung aufheben. Können sie das nicht, ist das gegen ihr nationales Gewissen, nun so entfällt für die preußische Regierung jede Verpflichtung.

So würden die Dinge stehen, falls wir rein theoretisch die Rechtsfrage erörtern und den Begriff eines nationalen Staats ganz aus dem Spiel lassen. Es besteht aber kein Zweifel, daß der preußische Staat, der die ganze Summe geistiger Potenzen, die in ihm wirkt, das Kapital, mit dem er arbeitet, die Kultur, die er verwirklicht, sein Recht und seine Überlieferung allein deutschem Geist und deutscher Arbeit verdankt, der an erster Stelle die deutsche Nation vertritt, — daß dieser Staat auch die positive Aufgabe hat, innerhalb seiner Grenzen das Deutschtum zu fördern, mindestens aber nicht untergehen zu lassen. Und darum tut die Regierung ihre Pflicht, wenn sie diejenigen Mittel, die sie nicht gezwungen

ist allen Staatsbürgern ohne Unterschied zuzuwenden, dem Deutschtum zugute kommen läßt. Was darunter im einzelnen zu verstehen ist, davon wird weiter noch die Rede sein. Hier kommt es nur darauf an, den allgemeinen Charakter der Polenpolitik festzustellen.

Diese Erörterung führt schon zu der andern Frage hinüber, ob es sich empfiehlt, gegen die Polen Ausnahmegesetze zu erlassen. Man wird diese Frage mit einem runden Nein beantworten müssen, wobei freilich hinzuzufügen ist, daß wir das Wort „Ausnahmegesetz" nach seinem strengen Wortsinn auffassen; wir verstehen darunter ein Gesetz, das nur für eine bestimmte Kategorie von Staatsangehörigen erlassen ist. In der politischen Agitation wird nämlich sehr häufig der Sinn des Wortes willkürlich erweitert; es werden auch als Ausnahmegesetze solche Gesetze bezeichnet, die gewisse Kategorien nur insofern treffen, als diese eben die Träger und Urheber bestimmter Handlungen sind, die als strafbar gelten sollen. In solchem Sinne kann man jedes Strafgesetz für ein Ausnahmegesetz erklären, weil es sich natürlich nur gegen diejenigen richtet, die es übertreten. Ein Ausnahmegesetz gegen die Polen würde also nicht ein Gesetz sein, das bestimmte Handlungen, wie sie von Polen gegen den Bestand des preußischen Staats unternommen werden, unter Strafe stellt, sondern ein solches, das die polnische Bevölkerung an sich einem besonderen Rechte unterstellt. Mit dem Augenblick, wo ein solches Gesetz erlassen würde, hätten die Polen nicht nur den größten Teil des deutschen Volks auf ihrer Seite, — darüber dürfen wir uns vor allem nicht täuschen —, sondern sie hätten auch einen klaren Rechtsboden gewonnen, um Sonderrechte innerhalb des preußischen Staates anzustreben. Gibt man den Polen in Preußen überhaupt ein gesondertes Recht, so gesteht man ihnen auch zu, über den materiellen Inhalt dieses Rechts ihre eigenen Wünsche zu haben. Wir aber dürfen unsern eigenen Rechtsboden nicht verlassen und niemals zugestehen, daß es für den einen preußischen Staatsbbürger ein anderes Recht geben könne, als für den andern. Dazu kommt die praktische Schwierigkeit, sicher zu bestimmen, wer Pole ist und wer Deutscher. Es gibt Polen mit deutschen Namen und Deutsche mit polnischen Namen. Wir würden da zu ganz unmöglichen Situationen kommen.

Je mehr wir aber wirkliche Ausnahmegesetze ablehnen, um so weniger brauchen wir uns zu fürchten, allgemeine Gesetze zu erlassen, in denen Handlungen als strafbar bezeichnet werden, die nachgewiesenermaßen das Staatsinteresse gefährden, auch wenn diese Handlungen dem Nichteingeweihten keinegwegs als anfechtbar, sondern unter Umständen als wohlberechtigt erscheinen. An sich ist es so wenig unrecht, polnisch zu sprechen, wie französisch oder arabisch; aber ein deutscher Staat hat das Recht, in bestimmten Verhältnissen seinen Bürgern die Pflicht aufzuerlegen, deutsch zu sprechen. Hat der Staat diese Notwendigkeit erkannt, so soll er sich nicht durch allgemeine Theorien über Wert und Recht der Muttersprache darin beirren lassen. Dieses Beispiel mag hier vorläufig nur angedeutet werden.

Wir können nun die Untersuchung über die Wege und Ziele bei dem Kampf gegen die Polengefahr mit folgenden Sätzen abschließen:

1. Es ist notwendig, daß die Einsicht in das Wesen der Polengefahr immer mehr und immer weiter verbreitet wird und alle Kreise der deutschen Bevölkerung durchdringt. Darauf muß mit Energie hingearbeitet werden.

2. Alle Deutschen müssen, jeder in seinen besonderen Verhältnissen, in Beruf und häuslichem Leben bestrebt sein, polnische Einflüsse und Bestrebungen von sich fern zu halten und zu durchkreuzen.

3. Es kommt dabei nicht darauf an, daß jeder genau dasselbe tut wie der andere. Es ist im Gegenteil wünschenswert, daß persönliche und sogar Parteifärbungen erhalten bleiben, wofern sie nur in nationalen Fragen dem allgemeinen Ziel, das Vorwärtsdringen des Polentums zu hindern, untergeordnet werden. Wo dies geschieht, sind andre Ansichten und Methoden, die offenbar dasselbe Ziel anstreben, zu achten und möglichst wenig durch unnötige Kritik zu stören.

4. Die Regierung hat die Pflicht, sich an dem Kampf gegen das gefährliche Vordringen des Polentums energisch zu beteiligen. Dieser Kampf ist nicht durch Ausnahmegesetze zu führen, sondern muß auf dem Boden der Verfassung bleiben. Die Rücksichten auf die Verfassung hindern aber die Regierung nicht, sondern verpflichten sie sogar:

a) allen den Handlungen der Polen, die in ihren Folgen das Staatsinteresse bedrohen, durch gesetzgeberische Maßregeln und energische Wahrung ihrer Autorität scharf entgegenzutreten,

b) Maßregeln zu ergreifen, durch die im besondern das Deutschtum gestärkt und gestützt wird.

5. Man muß sich gegenwärtig halten, daß es für das Eintreten in den Kampf und für die Wahl der Mittel nicht entscheidend sein kann, ob wir schon jetzt den vollständigen Verlauf und Ausgang des Kampfs übersehen können oder nicht. Wir haben uns nicht um das künftige Schicksal der Polen zu beunruhigen, sondern lediglich unser Hausrecht zu wahren. Haben wir aber die Oberhand so weit gewonnen, daß die Bestrebungen der Polen jede Gefahr für unsern Staat verloren haben, so haben wir durchaus kein Interesse daran, diejenigen Polen, die dann unter uns bleiben wollen, mit irgend welchem Haß anzusehen oder ihnen ein Recht zu rauben, auf das wir selbst Wert legen. Sie mögen ruhig ihrer Nationalität anhängen, falls sie nur in Gegenwart und Zukunft treue preußische Staatsbürger und Angehörige des Deutschen Reichs sind.

Das ist die Grundlage unserer weiteren Betrachtungen.

Kapitel 11.

Die Organisation des Deutschtums.

Die eigentliche, treibende Kraft zur Unschädlichmachung des Polentums kann nicht vom Staate ausgehen; sie muß aus der Bevölkerung selbst kommen. Eine von der Staatsautorität unabhängige zielbewußte Wirksamkeit zu gunsten des Deutschtums bedarf aber einer Organisation. Man darf diese Arbeit nicht einem blinden Ungefähr überlassen. Das moderne Mittel, um eine freie, private und doch organisierte Tätigkeit zu schaffen, ist das Vereinsleben. Wir müssen also einen Verein haben, der die

Förderung des Deutschtums in den Ostmarken auf seine Fahne schreibt.

Ein solcher Verein besteht bekanntlich; wir verdanken ihn der Anregung des Fürsten Bismarck, der im Herbst 1894 die Huldigung einer stattlichen Anzahl von Deutschen aus der Provinz Posen entgegennahm und sie ermahnte, im Kampfe gegen das Polentum fest zusammenzustehen. Alsbald taten sich hervorragende Männer aus der Provinz Posen zusammen, um einen „Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken" zu gründen. An die Spitze traten drei angesehene Großgrundbesitzer der Provinz, die in allen Kreisen der deutschen Bevölkerung als entschieden nationalgesinnte Männer in hoher Geltung standen und überdies durch ihre Vermögensverhältnisse nach jeder Richtung hin unabhängig waren. Es waren dies der greise Landesökonomierat Kennemann auf Klenka, ein Altersgenosse des Fürsten Bismarck, ein Mann von seltener Frische und Regsamkeit, der in jungen Jahren in die Provinz Posen gekommen war und sich in rastloser Arbeit Schritt für Schritt eine große Stellung in der Provinz erworben hatte; ferner der Major a. D. von Tiedemann auf Seeheim, der Sprößling einer Familie, die zu allen Zeiten das Panier des Deutschtums gegen das Polentum hochgehalten hatte, er selbst ein ebenso unerschrockener und unbeugsamer, wie zugleich besonnener, ruhiger und politisch maßvoller Vorkämpfer des Deutschtums; endlich der noch in jungem Mannesalter stehende, leider im Sommer 1900 zu früh verstorbene Dr. Ferdinand von Hansemann auf Pempowo, ein Mann von reiner Begeisterung für die deutsche Sache, von edlem Streben und ernster Lebensauffassung, von Arbeitskraft, Arbeitslust und Hilfsbereitschaft, vielleicht hin und wieder etwas zu temperamentvoll vorwärts stürmend, aber doch dadurch anregend und andre mit sich fortreißend. Die Polen machten sich den Scherz, den Verein nach den Anfangsbuchstaben der so gleich auslautenden Namen der genannten drei Herren als „Towarzystwo H-K-T" (H-K-T-Verein) zu bezeichnen. Dieser Spottname wurde bei den Gegnern des Vereins und schließlich auch im Alltagsgebrauch befreundeter Kreise allmählich so gang und gäbe, daß die von der polnischen und klerikalen Presse gebrauchten Ausdrücke wie „Hakatismus" (hakatyzm) und „Hakatist"

(hakatyst) mit Bezug auf die Bestrebungen des Vereins schon allgemein verständlich geworden sind.

Für unsere Auffassung ergibt sich aus dem bisher Entwickelten schon klar genug die Notwendigkeit eines solchen Vereins. Ohne das Bestehen eines solchen würde alles, was außerhalb der staatlichen Maßregeln zu gunsten des Deutschtums geschehen kann, zu sehr dem Zufall überlassen bleiben. Ist überhaupt ohne eine Vereinsorganisation eine planmäßige Tätigkeit für das Deutschtum möglich? Ein vollkommen unbefangenes Urteil wird diese Frage verneinen müssen. Es wird aber notwendig sein, noch näher die Aufgaben zu bezeichnen, die *nur* auf diesem Wege gelöst werden können. Gewiß haben wir bereits die Forderung aufgestellt, jeder einzelne Deutsche, der mit Polen in Berührung kommt, müsse darauf bedacht sein, seine Nationalität zu wahren und zu verteidigen. Aber für die praktische Durchführung dieser Aufgabe genügt nicht der gute Wille allein, den jeder für sich selbst hat. Ohne eine gewisse Leitung und Verständigung mit anderen werden wir doch nicht erheblich vorwärts kommen können.

Es ist schon auseinandergesetzt worden, daß unter dem Zusammenhalten und Zusammenwirken der Deutschen nicht eine Uniformierung und Reglementierung ihres ganzen Verhaltens gegenüber den Polen verstanden sein soll. Es soll im Gegenteil möglichste Freiheit der Berufskreise und Persönlichkeiten herrschen. Aber das schließt nicht aus, daß die zusammenwirkenden Kräfte sich einer Disziplin unterwerfen. Notwendig ist das schon deshalb, weil das Polentum durch Charakter und Lage ohnehin eine *größere* Geschlossenheit gewinnt. Der Deutsche aber, vor allem der fern von jeder Berührung mit polnischer Bevölkerung lebende Deutsche, kommt von selbst gar nicht auf den Gedanken, daß ein politisch untergegangenes Volk, von dem er in der Regel nur weiß, daß es als unkultiviert und leichtsinnig gilt, jemals im Ernst deutsches Grenzgebiet, einen Teil des mächtigen Deutschen Reichs gefährden könnte. Das Bewußtsein, daß sich die Sache anders verhält, daß in der Tat wichtige Reichsinteressen auf dem Spiel stehen, darf nicht nur bei denen stehen bleiben, die aus Erfahrungen am eigenen Leibe zu dieser Überzeugung kommen, sondern es muß bei allen *verbreitet* werden, die es angeht, d. h. im *ganzen deutschen Volke*. Überall im Reiche muß

das deutsche Volk aus seinem Schlummer geweckt, es muß ihm die Gefahr im Osten gezeigt werden; es muß über Umfang und Art der Gefahr genügend unterrichtet und aufgeklärt und zur Teilnahme an ihrer Beseitigung herangezogen werden. Da es sich um einen mit friedlichen und gesetzlichen Mitteln zu führenden Kampf für deutsche Gesamtinteressen handelt, so müssen alle geeigneten Kräfte aus Deutschland wirtschaftlich dabei interessiert werden. Überall im Reich müssen Geldmittel und Arbeitskräfte geworben werden. Wie soll aber diese notwendige Arbeit der Werbung und Aufklärung, der Sammlung geistiger und wirtschaftlicher Kampfmittel geleistet werden ohne eine bestimmt darauf gerichtete Organisation?

Die Disziplin, der sich das Deutschtum notwendig zu unterwerfen hat, muß sich auch auf die Art und Weise erstrecken, wie man die vorliegenden Aufgaben praktisch lösen will. Es soll niemand gehindert werden, die Polen so zu bekämpfen, wie es seiner besonderen Persönlichkeit und Lage entspricht, wohl aber muß jeder möglichst gehindert werden, andere in ihrer Arbeit zu hindern. Das geht nicht ohne *Gelegenheit zur Verständigung und Aussprache*, wie sie eben das Vereinsleben bietet. Hier kann der Disziplinlosigkeit der Kritik gesteuert werden, ohne daß die Meinungen vergewaltigt werden. Es ist schon an anderer Stelle davon gesprochen worden, wie sich die Debatten der Presse und politischen Vereinigungen über die Polenfrage mit Vorliebe auf die Erörterungen einzelner großer Maßregeln stürzen, die von den einen als unfehlbare Heilmittel gepriesen, von den anderen als der Gipfel des Unsinns bekämpft werden. Man erschöpft sich förmlich in der Kritik dessen, was von anderer Seite geschieht. Was ist dagegen zu machen? Sollen die Leute etwa nicht gehört werden? Gewiß sollen sie gehört werden, aber sie sollen auch lernen, sich in einander zu schicken, mit einander zu arbeiten. Deshalb sagen wir: Sprecht Euch aus, und zwar ausgiebig, tauscht Eure Meinungen aus, und begründet sie, aber denkt daran, daß ein einheitliches, praktisch brauchbares Ergebnis herauskommen muß, und fragt Euch, ob es notwendig ist, sich zu bekämpfen, oder ob nicht vielmehr verschiedene Meinungen zu einem Ziel geleitet werden können! Mit einem Wort: Organisiert Euch und gebt Euch gegenseitig Rechen-

schaft über das, was Ihr tut und erreicht habt! Und das führt wieder zu dem ceterum censeo: Nur in einer Vereinstätigkeit kann die Frage, was der einzelne in seiner Lebenssphäre für das Deutschtum tun kann, praktisch wirksam gelöst werden.

Und endlich: Wenn nun ein solcher Verein die nötigen Erfolge in den schon bezeichneten Richtungen erringt, wenn ihm Geldmittel zufließen und über die Mittel und Wege zur Förderung des Deutschtums Klarheit verbreitet wird, so bleibt immer noch die wichtige praktische Frage, wie die vorhandenen Mittel und Kräfte im einzelnen zweckmäßig verwendet werden sollen. Da kann keine Behörde, keine gute Meinung einzelner helfen; da muß ein vollendet organisiertes System von Informationen in dem gefährdeten Gebiet selbst vorhanden sein, wie es wiederum nur ein gut organisierter, ausgebreiteter Verein zu schaffen vermag, dessen Leitung mit den Verhältnissen an Ort und Stelle wohl vertraut ist.

Das sind so durchschlagende Gründe für die Notwendigkeit einer solchen Organisation, wie der „Deutsche Ostmarkenverein" — diese kürzere und zweckmäßigere Bezeichnung hat der Verein bei Neuregelung seiner Satzungen im Jahre 1900 angenommen —, daß einzelne Bedenken und Einwände gegen das, was der Verein hier und da getan und unterlassen haben soll, eigentlich vollkommen hinfällig werden. Dennoch wird es gut sein, einzelne dieser Einwände etwas näher zu betrachten.

Zunächst wird mitunter behauptet, es sei überhaupt ein Fehler, sich ausdrücklich zur Bekämpfung der polnischen Gefahr zu organisieren, weil doch neben manchen immerhin möglichen guten Wirkungen notwendig der Übelstand herbeigeführt werde, daß sich das Polentum seinerseits gleichfalls zur Erhaltung seiner Nationalität organisiert. Diese Warnung fällt vollständig in sich zusammen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das Polentum, lange bevor an die Gründung des Ostmarkenvereins auch nur im entferntesten gedacht wurde, bereits über eine im nationalen Sinne tätige Organisation verfügte. Man möchte hier an folgenden Vergleich denken: Die Mitnahme einer Waffe auf die Reise kann unter Umständen unangebracht erscheinen und Bedenken wegen möglicher Unannehmlichkeiten erregen; wenn man aber bestimmt weiß, daß unterwegs bewaffnete Leute lauern, so

fallen jene Bedenken ohne weiteres weg. Die Polen haben eine organisierte Propaganda; wer die Organisation einer deutschen Propaganda bekämpft, liefert das Deutschtum wehrlos dem kampfgerüsteten Gegner aus. Um bei dem gewählten Gleichnis zu bleiben: es kann für die Frage der eigenen Bewaffnung nicht in Betracht kommen, ob der Gegner den Revolver in der Tasche und den Degen im Spazierstock trägt oder ob er beides offen führt; für uns ist die Hauptsache, daß der Gegner bewaffnet und bereit ist, die Waffe zu gebrauchen. Das heißt, auf unseren Fall übertragen: es kommt nur darauf an, daß die Polen wirklich eine deutschfeindlich arbeitende, nationale Propaganda haben, nicht aber darauf, ob sie diese öffentlich als das kennzeichnen, was sie ist. Allerdings, ein Verein, der offen und ehrlich Förderung des Polentums auf seine Fahne schreibt, besteht bisher noch nicht, wenn auch öfter teils in irreführender Absicht, teils in gelegentlichen Ausbrüchen unkluger Leidenschaft mit der Errichtung eines solchen gedroht worden ist. Tatsächlich aber haben die Polen sogar zwei Organisationen, die intensiv für sie arbeiten und somit eine organisierte Propaganda für das Polentum darstellen. Diese beiden Organisationen sind der sogenannte „Marcinkowski-Verein" und — die katholische Kirche.

Von dem Marcinkowski-Verein hätte in dieser Schrift schon die Rede sein können, als die polnische Propaganda in den Hauptzügen geschildert wurde. Es scheint mir aber die eigenartige Wirkung dieses Vereins eindringlicher hervorzutreten, wenn sie an dieser Stelle besprochen wird, wo es sich um die Beurteilung der Berechtigung und Notwendigkeit einer deutschnationalen Organisation handelt.

Die Polen bestreiten auf das Lebhafteste, daß der Marcinkowski-Verein der nationalen Propaganda dient. Es ist auch richtig, daß in den Statuten nichts darüber enthalten ist. Die Polen werden sich hüten, eine so plumpe Unvorsichtigkeit zu begehen. Was will und bedeutet nun aber dieser Verein? Er wurde im Frühjahr 1841 durch einen polnischen Patrioten, den Dr. Marcinkowski, der schon 10 Jahre vorher im Anschluß an die revolutionäre Bewegung in Polen den Plan dazu gefaßt hatte, gegründet. Nach dem Wortlaut seiner Satzungen stellt er Mittel zur Verfügung, um mittellosen, aber begabten jungen Leuten

zum Studium zu verhelfen und ihnen den Weg zu einem höhere Bildung voraussetzenden Berufszweige zu bahnen. Die Sache schien bei ihrer Begründung sogar einem Manne wie dem Oberpräsidenten v. Flottwell so harmlos und human, daß er kein Bedenken dagegen hatte. Da aber der Verein ganz und gar von Polen geleitet wird, so ist natürlich die unausgesprochene Voraussetzung des ganzen Unternehmens, daß es nur Polen zu gute kommt. Um die Sache unauffälliger zu machen, hatte die polnische Vereinsleitung früher unter starker Betonung des rein humanen, unpolitischen Zwecks auch Deutsche zu ihren Bestrebungen herangezogen. Glücken konnte das nur zu jener Zeit, als es noch zu entschuldigen war, wenn den Deutschen in der Provinz Posen der Gegensatz der Nationalitäten nicht in seiner eigentlichen Bedeutung klar wurde und die übeln Hintergedanken der Polen ihnen nicht vollkommen zum Bewußtsein kamen. Ließ sich damals doch sogar der Oberpräsident v. Flottwell über die Ziele des Vereins täuschen und zu seiner Protektion bewegen. Heute würde ein Deutscher in diesem Verein unmöglich sein. Vor einigen Jahren gehörte noch ein hochbetagter Herr, ein Posener Stadtrat, als einziger Nichtpole dem Verein an; er ist inzwischen gestorben, wahrscheinlich in dem guten Glauben, das lediglich humane Werk gefördert zu haben, als das ihm die Vereinssache in seinen jüngeren Jahren erschienen war. Heute aber beißt glücklicherweise kein Deutscher mehr auf solchen Köder an, und niemand, der den Verein überhaupt kennt, glaubt an seine Harmlosigkeit. Denn da der polnische Verein völlig freie Hand hat, so steht es ganz in seinem Belieben, die Mittel fast nur jungen Polen zufließen zu lassen. Das ist auch gar nicht weiter auffällig; denn wer könnte leugnen, daß die niedere und ärmere Bevölkerung im Osten überwiegend polnisch ist! Wer kann sich also darüber wundern, wenn der Verein fast nur Polen ausbilden läßt und den wenigen Deutschen, die ausnahmsweise hier und da zu einem Stipendium gelangen, die so harmlose Bedingung auferlegt, daß sie sich die polnische Sprache anzueignen haben?

Der Marcinkowski-Verein verfolgt und erreicht nun einen doppelten Zweck. Er sorgt erstens durch seine Ausbildungsbeihilfen für eine Befestigung und Gesundung der nationalpolnischen sozialen Verhältnisse. Es ist früher schon gezeigt worden, wie

der polnische Adel, zu einem großen Teile im Zustande wirtschaftlichen Verfalls, die zur Führung nötige Befähigung und Lebenskraft eingebüßt hat und daher bei dem Mangel eines selbständigen polnischen Nationalstaats der Gefahr ausgesetzt ist, international zu verlottern. Die Geistlichkeit, jetzt der in nationaler Beziehung führende Stand, bedarf der Zufuhr frischer Kräfte aus dem Volk. Der Marcinkowski-Verein führt ihr diese zu, und außerdem schafft er durch seine Tätigkeit aus den begabten Elementen der früher in Unbildung und Trägheit dahinlebenden Volksmasse jenen rührigen Mittelstand von Kaufleuten, Lehrern, Ärzten, Rechtsanwälten, Apothekern u. s. w., der einen ganz besonderen Charakterzug in diese neuen sozialen Verhältnisse hineinbringt. Alle diese Leute sind sich dessen vollbewußt, daß sie es nur der Opferwilligkeit ihrer polnischen Landsleute verdanken, wenn sie den Weg aus der Bauernhütte und der Kleinbürgerstube in eine relativ angesehene Lebensstellung gefunden haben. Es mischt sich in ihnen die ganze fanatische Leidenschaftlichkeit und der Herdeninstinkt der slavischen Volksmasse mit den Ergebnissen der neugewonnenen, freieren Bildung, und so ist es tatsächlich der Marcinkowski-Verein, der diese rührigste und opferwilligste Klasse der modernen polnischen Gesellschaft, die dem polnischen Nationalbewußtsein erst die Nachhaltigkeit und die Fähigkeit, Erfolge zu erringen, verliehen hat, wesentlich verstärkt und vermehrt hat.

Und weiter: Der Verein begnügt sich nicht mit der erwähnten Aufgabe; er *vermittelt auch Stellen*, d. h. er disponiert über die Verteilung aller der Kräfte, von denen er annehmen kann, daß das Bewußtsein ihres Volkstums in ihnen ganz besonders lebendig ist. Natürlich hat er es auch hier in der Hand, nur diejenigen zu berücksichtigen, die diese Bedingung am besten erfüllen, d. h. besonders energisch und zielbewußt für das Polentum arbeiten. Zu dieser Tätigkeit des Marcinkowski-Vereins bedarf es keiner besonderen Satzung; man versteht sich gegenseitig ohne Worte. Darum bleibt der Verein im wahren Sinne des Wortes ein „Verein zur Förderung des Polentums in den Ostmarken".

Es ist schon bemerkt, daß der Marcinkowski-Verein seit 1841 besteht, also 53 Jahre länger, als der Deutsche Ostmarken-Verein.

Wie man die Gründung und die Tätigkeit dieſes letzteren Vereins unter dem Geſichtspunkt tadeln kann, daß er eine ebenſolche Organiſation der Polen „hervorrufen" könne, das bleibt unter dieſen Umſtänden einfach unverſtändlich. Man könnte höchſtens tadeln, daß der deutſche Verein mit offenem Viſir ficht, während der polniſche ſein Ziel klug verbirgt, aber es liegt auf der Hand, daß das Deutſchtum ſeiner ganzen Lage nach, gar nicht anders verfahren kann. Seine Ehrlichkeit müßte ihm doch wenigſtens von den eigenen Landsleuten zur Ehre angerechnet werden.

Neben dem Marcinkowski-Verein wirkt als Organiſation zur Förderung des Polentums auch die katholiſche Kirche. Darüber iſt ſchon im 9. Kapitel das nähere ausgeführt worden. Es geht daraus hervor, in welchem Maße die Kirche ihre Machtmittel dem Polentum zur Verfügung ſtellt. Wenn man nun bedenkt, wie groß dieſe Machtmittel ſind, über die die Kirche bei einem Volk von der Eigenart der Polen verfügt, ſo iſt es doch geradezu eine Ungeheuerlichkeit von dem deutſchen Volke zu verlangen, daß es ſolcher ſtarken Organiſation gegenüber nicht wenigſtens auf Abwehrmittel bedacht iſt, wie ſie in einer eigenen Organiſation gegeben ſind. Damit ſoll natürlich nicht geſagt werden, daß ein Verein imſtande ſei, der geſchilderten Wirkſamkeit der katholiſchen Kirche die Spitze zu bieten. Aber es iſt notwendig, in allen Kreiſen, die es angeht, das deutſche Gewiſſen wachzurufen, und da kann man nicht dem Zufall überlaſſen, wer ſich darum bemühen ſoll. Mag man aber auch über die Wirkungen des „Hakatismus" noch ſo geringe Vorſtellungen haben — wir werden darauf noch zurückkommen —, ſo iſt doch jedenfalls der Einwand vollkommen hinfällig, eine Organiſation des Deutſchtums habe den Nachteil, ähnliche Organiſationen des Polentums hervorzurufen. Deſſen bedarf es nicht mehr; die Polen haben ſie bereits längſt.

Manche ſchelten den Oſtmarkenverein, weil er angeblich den nationalen „Fanatismus", den „Chauvinismus", den „Polenhaß", oder wie man ſich ſonſt mehr oder weniger geſchmackvoll ausdrücken mag, unter den Deutſchen hervorrufe und pflege. Wie immer bei allen Angelegenheiten des öffentlichen Wohles in Deutſchland, gibt es auch hier Leute, bei denen die Beſorgnis vor der Störung des öffentlichen Friedens jede andere Einſicht und Empfindung beherrſcht. Es wäre ungerecht, zu verkennen, daß dieſe

Friedfertigkeit in vielen Fällen edlen Beweggründen und idealen Anschauungen entspringt. In anderen Fällen handelt es sich freilich um einfachen Mangel an Mut, und wieder zu einer dritten Kategorie muß man diejenigen rechnen, die sich durch Berufs-Interessen zu einer solchen Stellungnahme gedrängt sehen.

Über die unverfälschte Feigheit, die auch einer offenkundigen Gefahr für das Vaterland gegenüber Ruhe für die erste Bürgerpflicht erklärt, dürfte wohl kaum ein Wort zu verlieren sein. Dagegen wird man über das Mitsprechen der Berufsinteressen bei den meisten Menschen, die hier in Frage kommen, nicht zu scharf urteilen dürfen. Es ist für den Handwerksmann, den Kleinkaufmann, den kleinen Grundbesitzer nicht leicht, sich einem geschäftlichen Boykott auszusetzen, noch dazu wenn die Zeiten ohnehin schlecht sind. Kann man es schlichten Leuten, die in saurer Arbeit für das tägliche Brot schaffen, so sehr verdenken, wenn sie es nicht wagen, in dem Kampf der Nationalitäten Partei zu ergreifen, sondern versuchen, sich zwischen den Klippen glücklich hindurchzuwinden? Und wenn sie das versuchen, so wird man von ihnen auch nicht ein offenes Geständnis der eigenen Schwäche erwarten dürfen. Einige von ihnen werden ja auch wohl ehrlich sagen: „Wir können nicht so, wie wir wohl gern wollten." Die meisten aber werden das ungern tun, aus Furcht, ihre wahre Meinung könnte dadurch unklug verraten werden. Darum ziehen sie es vor, ihre grundsätzliche Friedfertigkeit und Parteilosigkeit zu betonen, und damit ihnen das auch wirklich geglaubt werde, bezichtigen sie die mit ihrer nationalen Gesinnung stark Hervortretenden der Friedensstörung und des Fanatismus. Man braucht über solches Auftreten, wenn es auch nicht schön ist, nicht gleich allzu schroff den Stab zu brechen, aber unabhängige Leute sollten doch wenigstens für den wahren Grund dieser Friedfertigkeit ein offenes Auge haben. Daß die vielen Millionen unabhängiger Deutschen, die fern vom Kampfplatz sehr wohl die Not ihrer Volksgenossen durchschauen könnten, sich täuschen lassen, daß sie den Berichten und Anschuldigungen der Todfeinde unserer Nation Glauben schenken und jene kleinlaute Passivität, die einzelne unserer Landsleute aus Schwäche zur Schau tragen, für eine ernsthafte Überzeugung nehmen, darin, nur darin liegt das Bedauerliche. Der Kenner der Verhältnisse im Osten empfindet es förmlich als

blutigen Hohn, wenn er vernimmt, wie sich deutsche Landsleute mitten aus dem Reich, die mit ihren Mitteln wohl helfen könnten, auf das Zeugnis der bedrängten kleinen Geschäftsleute im Osten dafür berufen, daß eine Polengefahr, polnische Propaganda und Agitation nicht existiert und daß man von dem „Fanatismus der Hakatisten" nichts wissen will.

Wenn man die Schwäche der kleinen Geschäftsleute in vielen Fällen bis zu einem gewissen Grade entschuldigen kann, so gilt das natürlich nicht von den Elementen, die nicht materielle Not, sondern geschäftliche Gewissenlosigkeit von der Seite ihrer Landsleute ins feindliche Lager treibt. Es wäre z. B. nicht uninteressant, in der Stadt Posen festzustellen, wieviel Polenfreundschaft auf den Besitz von Aktien einzelner Unternehmungen, die auf das Wohlwollen der polnischen Mitbürger angewiesen sind, — man denke z. B. an den zoologischen Garten — zurückzuführen ist. Man wird also immer mit mächtigen Gegenwirkungen zu rechnen haben, und dem muß ein nationaler Verein, namentlich in seinen Anfängen, Rechnung tragen. Das geschieht aber nicht durch Leisetreterei und ängstliches Paktieren. Wenn man ein so schwer in Bewegung zu setzendes Volk wie die Deutschen unter einer Fahne versammeln will, müssen vor allem diejenigen laut und vernehmlich zu hören sein, die die Masse der Trägen und Ängstlichen mit sich fortreißen wollen. Das ist nun einmal nicht anders möglich, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Idealisten sich dadurch verletzt und abgestoßen fühlen. Auch solche müssen schließlich einmal einsehen — falls sie überhaupt für die Dinge dieser Welt zu haben sind und politische Arbeit tun wollen —, daß es über die Maßen kleinlich und verkehrt ist, sich etwa durch die Mißbilligung der Form jener ersten Agitation bestimmen zu lassen und deswegen eine Prüfung der Notwendigkeit und Berechtigung der Bewegung abzulehnen. Eine Sache, die vielleicht nach unserer augenblicklichen Meinung ungeschickt vertreten wird, braucht darum noch nicht schlecht zu sein. Finden wir aber, daß die Sache selbst gut und richtig ist und sie nur am verkehrten Ende angefaßt wird, dann ist es unsere Pflicht, nicht kritisierend daneben zu stehen, sondern mit Hand anzulegen. Die Meinungen müssen Gelegenheit haben, sich zu klären und aneinander abzuschleifen. Darum

ist das Mißfallen an einzelnen Äußerungen und Betätigungen, die man für Anzeichen eines Fanatismus oder Chauvinismus hält, noch immer keine Entschuldigung für das Versagen der Mitwirkung an einer notwendigen Organisation mit berechtigten Zielen.

Die nähere Kenntnis der Tätigkeit des Deutschen Ostmarkenvereins und die Beteiligung daran wird jedem Unbefangenen überdies den Beweis liefern, daß die Vorwürfe wegen des angeblichen Fanatismus nur aus dem Lager einseitiger und verbissener Gegner kommen, in den Tatsachen aber nicht begründet sind. Weder die Leitung des Vereins, noch sein Programm läßt das geringste von Fanatismus spüren. Je stärker also die Beteiligung verständiger Patrioten ist, desto weniger werden einzelne Hitzköpfe in der Lage sein, Leitung und Programm des Vereins zu stören und zu kompromittieren.

Es kann dem Verein auch nicht der Vorwurf gemacht werden, daß er sein Ziel zu weit gesteckt hat und etwas Unmögliches erstrebt. Wie über die Pessimisten zu denken ist, die geneigt sind, die Flinte ins Korn zu werfen, haben wir schon ausgesprochen. Wenn sie alle Bestrebungen, das Polentum seines staatsgefährlichen Charakters zu entkleiden, von vornherein für aussichtslos halten und darum meinen, es sei besser gar nichts zu tun, als etwas Wirkungsloses und Halbes, so glauben wir dessen sicher zu sein, daß eine solche Ansicht bei der Mehrzahl ernsthafter und gewissenhafter Vaterlandsfreunde keinen Boden finden wird. Ein Recht, die Mitwirkung an dem Schutz des Deutschtums zu versagen, würde auch im Fall der größten Hoffnungslosigkeit niemals anzuerkennen sein. Noch ist nicht einmal durch ernstlichen Versuch der unwiderlegliche Beweis geliefert worden, daß das Deutschtum dem vordringenden Polentum nicht widerstehen kann. Und wäre dieser Beweis geliefert, wir dürften eben nur kämpfend unterliegen, nicht kampflos zurückweichen. Dazu besteht doch auch bei allen Kennern der Verhältnisse zu viel Klarheit über die Folgen einer wie bisher weitergehenden polnischen Propaganda.

Erst nach längerer gemeinschaftlicher Arbeit und Erfahrung *aller* deutschen Volkskreise könnte über die Frage der Ausführbarkeit des Programms mit solcher Sicherheit geurteilt werden, wie es von den Gegnern schon heute geschieht. Erst dann wird man sagen können, ob es etwa hier eingeschränkt werden muß und

dort erweitert werden kann. Bis dahin werden wir Deutschen von unseren eigenen Landsleuten allermindestens erwarten können, daß sie sich an das Programm halten, wie es wirklich aufgestellt ist, nicht an das Zerrbild, das Torheit und Haß der Gegner davon entworfen. Wenn also behauptet wird, der „Hakatismus" habe die Ausrottung und Unterdrückung des Polentums auf seine Fahne geschrieben, so ist das eine offenkundige, boshafte oder törichte Unwahrheit, die, wenn sie aus dem Munde eines Deutschen kommt, eigentlich keine ernsthafte Erwiderung verdient, sondern höchstens die Aufforderung, in sich zu gehen und sich zu schämen. Von Ausrottung und Unterdrückung ist überhaupt nicht die Rede. Nur soweit sich die Polen auf keine Weise dazu verstehen, auf preußischem Staatsgebiet die nationale Propaganda und die vorbereitende Arbeit zu einer späteren Losreißung vom preußischen Staat zu unterlassen, sind wir zu einer möglichsten „Verdrängung" des polnischen Elements von dem gefährdeten Grund und Boden genötigt. Aber auch darunter ist nicht ein Gewaltakt zu verstehen, sondern genau dasselbe, was die Polen selbst gegenwärtig gegen uns unternehmen. Es ist der kurze Ausdruck für das Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses, der sich allmählich innerhalb gesetzlicher Formen vollzieht und der sich auch sonst in der Geschichte unzählige Male vollzogen hat, ohne daß darin auch nur etwas Auffälliges gefunden worden ist. Die Verdrängung braucht nicht einmal eine völlige zu sein; es genügt, die Entwickelung des Polentums soweit zum Stillstand zu bringen, daß sie den Bestand unseres Staates nicht gefährdet und unser eigenes Volk nicht an der Entwickelung hindert.

Es ist also auch nichts mit dem Vorwurf der „Maßlosigkeit", des „Fanatismus", des „Chauvinismus" und dergl., den man an die Adresse des Deutschen Ostmarkenvereins richtet. Freilich ist damit die Reihe der Einwürfe und Vorwürfe noch nicht erschöpft. Manche verschanzen sich hinter der Behauptung, der „Hakatismus" habe bisher noch keine Erfolge zu verzeichnen. Selbst wenn das richtig wäre, so würde damit noch nichts für die Meinung bewiesen sein, daß der deutsche Ostmarkenverein etwas Überflüssiges sei. Der Entwickelungsgang, der jetzt eingeleitet ist, kann zum völligen Erfolg im günstigsten Falle in zwei oder drei Menschenaltern geführt werden; das liegt in der Natur der Sache, sowie

es gleichfalls in Naturgesetzen begründet ist, daß man Getreide, das heute gesät worden ist, nicht morgen ernten kann. Was unsere schnelllebige, nervöse Zeit in dieser Beziehung an Torheit leistet, ist geradezu unglaublich. Mir kommt dabei unwillkürlich ein kleines persönliches Erlebnis in Erinnerung. Es war im Jahre 1889, also erst etwa 5 Jahre nach der Erwerbung unserer ersten Kolonien, als ich ein besonders abfälliges Urteil über den Wert dieser Kolonien hörte, das mich in der Form seiner Begründung und wegen des Mundes, aus dem es kam, besonders überraschte. Der Urteilende war ein Landwirt, und zwar ein anerkanntermaßen praktischer und nebenbei auch sonst als klug und verständig bekannter Mann. Aber wenn auch sein Verstand nur dazu ausgereicht hätte, daß er jedes Jahr auf das Reifen seiner Saaten zu warten wußte, wäre doch das Urteil über die Kolonien höchst merkwürdig gewesen. Denn er war weder unterrichtet über die Ertragfähigkeit dieser Kolonien selbst, noch kritisierte er die Methode der Ausnutzung, sondern er hielt sich ganz einfach an die Tatsache, daß dieser Besitz uns „noch nichts gebracht" habe. Er verlangte mit anderen Worten, daß wir schon in den ersten fünf Jahren seit der Besitznahme der Kolonien Gewinn herausgezogen haben sollten, die er an den Gewinnen der Engländer, Holländer, Portugiesen aus ihren seit Jahrhunderten bewirtschafteten Kolonien bemaß. Ich konnte mich nicht enthalten, dem Herrn den Vorschlag zu machen, in seinem Garten Eicheln zu säen; ich wollte mir im nächsten Jahre aus dem Holz der Eichen eine Zimmereinrichtung machen lassen. Der Mann sah mich zuerst befremdet an, aber er verstand mich.

Der scherzhafte Vergleich mag vielleicht manchem übertrieben erscheinen, aber richtig ist, daß in unserer Zeit ähnliche an Verrücktheit streifende Erwartungen kalten Blutes von Männern ausgesprochen, die nicht nur ihre fünf Sinne beisammen haben, sondern geistig sogar über dem Durchschnitt stehen. Solchen törichten Beurteilungen unterliegt auch der Deutsche Ostmarkenverein. Im Jahre 1894 wurde dieser erste Versuch unternommen, die Deutschen dem Polentum gegenüber aus dem Schlummer zu rütteln, und schon vor einigen Jahren, kaum vier oder fünf Jahre nach der Gründung des Vereins fing man schon an, darüber zu spotten, daß diese junge Organisation das Polentum noch

nicht fix und fertig überwunden habe, wie der Erzengel Michael den Drachen des Abgrunds. Weil eine Arbeit, die allein zu ihrer vollständigen Vorbereitung ein Jahrzehnt, unter Umständen ein Menschenalter, zu ihrer Durchführung aber viel längere Zeit braucht, nicht in wenigen Jahren vollständig getan ist, deshalb glaubt man sich berechtigt, über Erfolglosigkeit dieser Bestrebungen zu spotten. Das wäre schon falsch, wenn wirklich kein Erfolg erzielt worden wäre; es ist jedoch festzustellen, daß schon jetzt mehr Erfolge erreicht sind, als in dem kurzen Zeitraum von noch nicht einem Jahrzehnt erwartet werden konnten. So sehr war die endliche Organisation des Deutschtums gegen die drohende Gefahr des Polentums notwendig und zeitgemäß.

Der wider Erwarten bereits erreichte Erfolg ist das deutlich erkennbare Erwachen des deutschen Pflichtgefühls und des Bewußtseins der Gefahr in solchen Bevölkerungskreisen, auf die die Begründer des Vereins zunächst selbst wohl kaum gerechnet hatten. Es ist früher schon davon die Rede gewesen, wie die Anhänger der freisinnigen Partei und des Zentrums anfangen, die Unvermeidlichkeit des Nationalitätenkampfs einzusehen und sich an die Seite ihrer Landsleute zu stellen. Es mag hier noch einiges ergänzt und namentlich der Zusammenhang beleuchtet werden, in dem diese politische Erscheinung mit der Gründung des Ostmarkenvereins steht.

Es ist nun einmal Tatsache, daß früher die erwähnten Kreise den Polen näher standen, als den eigenen Landsleuten. Die deutschen Katholiken standen sehr stark unter dem Einfluß der bewußt polonisierenden Geistlichkeit und sahen daher in dem Polen vor allem den Glaubensgenossen, während es nicht zu einem vertrauensvollen Anschluß an den nichtkatholischen Landsmann kommen wollte. Und so überwog lange Zeit die Empfindung der Pflicht, sich mit dem fremdsprachigen Nachbar möglichst gut zu vertragen und über manche seiner Ungezogenheiten und Eigenheiten aus Mitgefühl mit seinem politischen Schicksal hinwegzusehen. Das freisinnige Bürgertum aber stand unter dem Einfluß der eigentümlichen sozialen Verhältnisse des Ostens; es fürchtete bei einem Zusammengehen aller deutschen Elemente von den Konservativen an die Wand gedrückt zu werden, während es in dem neuen polnischen Mittelstand mit seinen temperamentvollen

Führern einen wertvollen Zuwachs an liberal gesinnten Kräften sah. Auch scheute sich das unter ihnen stark vertretene jüdische Element aus geschäftlichen Gründen, die Verbindung mit den enger zusammenhängenden und national selbstbewußter auftretenden Polen preiszugeben, während bekanntlich die gutmütigen und indolenten Deutschen in dieser Beziehung keinerlei Bedingungen stellten, sondern sich vielmehr so ziemlich alles bieten ließen. So bewiesen sowohl die deutschen Katholiken als auch die Freisinnigen den Polen eine besondere Rücksicht und Nachgiebigkeit und nahmen eine vermittelnde Stellung ein. Die Polen nutzten diesen Vorteil nach Kräften aus, und sie waren so sehr durchdrungen von der absoluten Friedfertigkeit dieser Deutschen, daß sie sich immer dreistere Übergriffe erlaubten. Die Stimmung der bezeichneten deutschen Kreise war bereits stark gereizt, aber sie vermochten sich nicht aus dem Bann zu befreien, in dem sie politische Tradition gefangen hielt.

In diese Lage hinein erscholl der Alarmruf des Ostmarkenvereins, der in den mehrfach erwähnten deutschen Kreisen mit unverhohlenem Mißtrauen aufgenommen wurde. Aber dieser Alarmruf machte nun zunächst die Polen mobil. Sie mußten anfangen, mit einer Organisation des Deutschtums zu rechnen. Die Bestrebungen, die sie möglichst unauffällig in der Stille gepflegt und betrieben hatten, waren jetzt näher an das Licht gezogen worden. Den Polen blieb nun nichts weiter übrig, als ihre politische Minierarbeit offener und entschiedener aufzunehmen, und glücklicherweise riß sie ihr leidenschaftliches Temperament viel weiter fort, als es in ihrem wahren Interesse geboten war. Bei ihrem unterirdischen Treiben plötzlich mit dem Scheinwerfer beleuchtet, verloren sie jede Besonnenheit. Auch täuschten sie sich über die Dauerhaftigkeit der deutschen Sanftmut und Geduld, wie das nach den Erfahrungen, die sie bisher mit der politischen Blindheit der Deutschen gemacht hatten, wohl begreiflich war.

So erklärt sich zunächst die gesteigerte Rücksichtslosigkeit der polnischen kirchlichen Organe in ihrem deutschfeindlichen Auftreten. Nicht diese Feindseligkeit gegen das Deutschtum war an sich etwas Neues, wie manchen beliebten Entstellungen des Sachverhalts gegenüber immer wieder festgestellt werden muß, wohl

aber die hastigere, gewaltsamere, leidenschaftlichere Art, in der die Förderung des Polentums als eine Sache Gottes und der Kirche hingestellt wurde. Die längst unter den deutschen Katholiken in Posen und Westpreußen aufkeimende Erbitterung war immer wieder zurückgedrängt worden, so lange das Deutschtum im Ganzen zersplittert und passiv blieb. Als aber durch die Gründung des Ostmarkenvereins die Wendung eintrat, trieb es die polnische geistliche Propaganda bald so weit, daß eben der Punkt erreicht wurde, wo das Gewissen der deutschen Katholiken das Mitgehen versagte. Die Vergewaltigung der deutschen Sprache im Gottesdienst und im gesamten kirchlichen Leben stand doch schließlich in einem zu scharfen, schneidenden Widerspruch zu den Notschreien, die die Polen selbst wegen angeblicher Unterdrückung ihrer Muttersprache durch den Staat ertönen ließen. So mußte allmählich das Bewußtsein der durch die Nationalität gegebenen Pflichten auch bei den deutschen Katholiken immer mehr durchdringen. So hat also der Deutsche Ostmarkenverein direkt und indirekt allerdings sehr stark dazu beigetragen, daß unter den deutschen Katholiken jene Bewegung entstand, deren schon an früherer Stelle gedacht ist und deren Bedeutung sehr hoch anzuschlagen ist.

Aber auch die Freisinnigen haben längst begonnen, schüchtern, aber doch erkennbar den Übergang zur deutschen Sache zu vollziehen. Auch das wäre wohl nicht geschehen, wenn nicht die Polen dem Hakatismus gegenüber in so hohem Grade jedes Maß und jede Selbstbeherrschung verloren hätten. Die aufrichtigen und ehrenwerten Vertreter des entschiedenen Liberalismus, die ja sehr gern noch weiter an der ihrer ganzen Denkweise entsprechenden Illusion festgehalten hätten, daß man mit weltbürgerlicher Milde und Weitherzigkeit den Polen doch noch einmal den Vorteil der deutschen Herrschaft werde klar machen können, mußten einsehen, daß vor der Hand in dieser Beziehung nichts zu machen sei. Nachdem aber diese Überlegung einmal angestellt war, sprach ihr nationales Ehrgefühl doch so deutlich, daß ihnen die Pflicht klar wurde, zur Abwehr dieser unerhörten polnischen Anmaßungen und dieses aggressiven Übermuts auf die Seite ihrer Landsleute zu treten. Auch die Juden besaßen Witterung und Einsicht genug, um allmählich zu erkennen, daß jetzt, wo an Vermittelung und

Überbrückung der Gegensätze vorläufig nicht mehr gedacht werden konnte, ihr Platz auf deutscher Seite war. Denn der Pole ist nicht nur von Hause aus der schärfere Antisemit, sondern auch wirtschaftlich und geschäftlich weniger leistungsfähig, als der Deutsche. Freilich suchten die meisten Juden sich in dem neuen Kampf der Nationalitäten möglichst wenig zu exponieren; sie blieben daher dem Ostmarkenverein selbst zum größten Teil fern, aber ihre Stellung zum Polentum war doch eine andere geworden, als früher. So blieb als wirklich polenfreundlich im freisinnigen Lager nur ein Bruchteil zurück, der durch geschäftliche Interessen, Angstmeierei, oder unheilbare politische Verbohrtheit sich an das Polentum hatte fesseln lassen. Es vollzog sich nach einiger Zeit — damals zuerst zu allgemeiner Verblüffung — das Wunder, daß der Chefredakteur der „Posener Zeitung", des freisinnigen Hauptorgans der Provinz, ein Herr Wagner, — übrigens sehr bezeichnender Weise kein Kind der Provinz —, auf seinem Posten unmöglich wurde. Das Blatt fing an unter der Leitung des sehr entschieden liberal gesinnten, aber gut nationalen Schriftstellers Eduard Goldbeck unter Festhaltung seines freisinnigen Standpunkts sich an der maßvollen Verteidigung deutscher Interessen und der mutigen Abwehr polnischer Übergriffe zu beteiligen, während es früher mit heiligem Eifer für das Polentum durch Dick und Dünn gegangen war. Freilich wurden diese Kreise später wieder gestört. Das lag zum Teil daran, daß Herr Goldbeck, ein literarischer Schüler und begeisterter Freund von Maximilian Harden, die ihm zunächstliegende publizistische Art auf diesem Boden nicht recht betätigen konnte, in diesem rein politischen Wirken in der Provinz sich auf die Dauer nicht befriedigt fühlte und daher die erste Gelegenheit ergriff, in einen anderen Wirkungskreis überzugehen. Leider aber kam noch hinzu, daß ihm sein verdienstvolles Wirken in Posen durch unbegreifliche Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit der Regierungsbehörden erschwert und verbittert wurde. Davon wird noch an anderer Stelle zu reden sein. Immerhin aber war dem alten Schlendrian im liberalen Bürgertum, der charakterlosen Polenfreundschaft im deutschen Freisinn endgültig das Genick gebrochen, und mochten diese Freisinnigen sich auch äußerlich noch um die Mitgliedschaft des Ostmarkenvereins herumdrücken, es ist und bleibt doch das Verdienst und ein Erfolg des

vielgeschmähten Hakatismus, daß auch diese Leute jetzt zu den bewußten Deutschen zu zählen sind.

Der Verein hat also Erfolge zu verzeichnen, auch wenn sie zunächst nur den ersten und schwierigsten Teil der Arbeit betreffen, die Sammlung und Mobilmachung der deutschen Elemente. Dabei ist noch gar nicht einmal dessen gedacht, was an positiver Arbeit, an Unterstützung bedrängter Deutscher, an Gründung von Volksbibliotheken und dergl. geleistet worden ist. Das wird in anderem Zusammenhange noch zu erörtern sein. Hier soll nur festgestellt werden, daß nicht nur alle gegen die Ziele und Aussichten des Vereins gehegten Bedenken in sich zusammenfallen, sondern auch die Hoffnung gehegt werden darf, daß die weitere Tätigkeit des Deutschen Ostmarkenvereins gleichfalls Erfolge zeitigen wird.

Die deutsche Macht, die in der Bekämpfung der polnischen Gefahr zu vereinigen ist, kann sich nun freilich nicht allein und ausschließlich auf einen privaten Verein stützen; sie bedarf natürlich auch derjenigen Organisation, zu deren Schutz und Interesse das deutsche Volk sich eben aufraffen soll, nämlich der staatlichen Organisation selbst. Gewiß soll in dieser nicht der Schwerpunkt des Widerstandes liegen, der ohne den Einsatz der vollen deutschen Volkskraft zum Schutz ihrer gefährdeten Grenze vergeblich sein würde. Aber es ist selbstverständlich auch Aufgabe des Staats, selbst für seine Sicherheit zu sorgen, und vieles, was zum Schutze der Ostmark geschehen muß, kann nur auf dem Wege der Gesetzgebung, d. h. also unter Mitwirkung des Staats geschehen. Es bedarf aber einer ausführlicheren Erörterung, wie die Organe des Staats, Beamtentum und Heer, sich den Aufgaben der Polenpolitik gegenüberzustellen haben, und davon soll nun im folgenden zunächst die Rede sein.

Kapitel 12.

Die Beamten und das Heer in der Polenpolitik.

Wir werfen also die Frage auf, wie die staatlichen Organe beschaffen sein müssen, um ihren Aufgaben in der Polenpolitik gerecht zu werden. Da tritt uns zuerst die Erörterung entgegen, ob in der Art, wie der Schauplatz des Nationalitätenkampfes einzuteilen und der sonstigen Staatsverwaltung anzugliedern ist, das Nötige und Richtige geschehen ist.

Bekanntlich werden von Zeit zu Zeit Vorschläge gemacht, die dahin zielen, durch Änderungen in der bestehenden Verwaltungsorganisation den Bestrebungen der Polenpolitik zu Hilfe zu kommen. Diese Vorschläge bewegen sich in der Hauptsache in zwei verschiedenen Richtungen. Die einen wollen die gemischtsprachigen Gebietsteile im Osten unter eine gesonderte, mit größeren Befugnissen ausgestattete Zentralverwaltung stellen; die anderen wollen im Gegenteil die Provinz Posen aufteilen und sie anderen Provinzialverbänden angliedern.

Der erste Vorschlag läßt sich noch am ersten hören. Der Grundgedanke, das ganze Kampfgebiet einheitlich zu organisieren und dem an der Spitze stehenden Beamten besondere Vollmachten zu erteilen, wäre ja so übel nicht. Es bleibt freilich mit einer solchen zentralisierten Verwaltung die Gefahr verbunden, daß etwaige Mißgriffe viel weiter reichende Folgen haben. Ein Statthalter oder Gouverneur in einer exponierten Ausnahmestellung kann, wenn er einen falschen Weg beschreitet, sehr viel mehr Unheil anrichten, als es bei der jetzigen Organisation ein Oberpräsident vermag; die Möglichkeit zu Konflikten mit den Zentralstellen der Staatsregierung ist bei einem solchen, aus dem Rahmen der allgemeinen Verwaltungsorganisation herausfallenden Posten sehr viel näher gerückt, und ein Personenwechsel wird sehr leicht zu einem Systemwechsel, der mit Erschütterungen und Schwankungen verknüpft ist, unter denen die Sache schwer leiden muß. Das Streben, das ganze Werk womöglich in die Hände einer einzigen Person zu legen, würde ein Fehler sein. Man denke nur an entsprechende Erfahrungen im Westen. Der Generalfeldmarschall Freiherr v. Manteuffel war ein kluger, wohl-

meinender, dabei energischer und erfahrener Mann, und doch hat er großes Unheil angestiftet allein durch die falsche Beurteilung der reichsländischen Notabeln und die daraus entspringende unglückliche Idee, die Versöhnung dieser Elemente mit den neuen Verhältnissen nach einer den eigenen ritterlichen Anschauungen entnommenen, aber politisch vollkommen verkehrten Methode zu versuchen. Es ist ja nicht zu verkennen, daß eine Zentralisation des Kampfgebiets auch ihre Vorteile hat, aber ein anderer, meiner Ansicht nach durchschlagender Grund spricht entschieden dagegen. Die Voraussetzung einer solchen Zentralisation würde sein, daß das Verhältnis von Polentum und Deutschtum überall dasselbe ist. Aber das trifft nicht zu. Posen, Westpreußen und Schlesien sind Gebietsteile, die nicht über einen Kamm geschoren werden dürfen, wenn man nicht schwere Schäden herbeiführen will. Es kann hier an das schon in anderem Zusammenhange Dargestellte erinnert werden. Schlesien hat nie zum eigentlichen Königreich Polen gehört, wenn es auch einmal in alter Zeit ein Land gewesen ist, in dem polnische Herzöge regierten. Die polnischen Oberschlesier sind staatstreue Leute, in deren Mitte erst in jüngster Zeit die großpolnische Agitation künstlich hineingetragen ist. Sie müssen natürlich anders genommen werden, als die Polen der Provinz Posen, deren Adel mit dem Polentum in Galizien und Russisch-Polen eng zusammenhängt, deren Geistlichkeit eine Schutz- und Kerntruppe des bewußten, wildesten Deutschenhasses ist, deren polnische Landbevölkerung die Charakterzüge des Großpolentums rein bewahrt hat, während die Städte noch die Spuren der eigenartigen Entwickelung tragen, die sie in der alten polnischen Republik genommen hatten. Wieder anders liegen die Verhältnisse in Westpreußen, wo die Fäden einer alten deutschen Kultur, die während einer dreihundertjährigen polnischen Fremdherrschaft gewaltsam zerrissen worden waren, wieder angeknüpft werden konnten. In Ostpreußen endlich ist nur die polnisch-katholische Agitation im Ermlande zu bekämpfen; der schwache Versuch, die staatstreuen protestantischen Masuren für ihre Nationalität mobil zu machen, verdient kaum Beachtung. So sind also in jeder Provinz besondere Verhältnisse zu berücksichtigen, und eine einheitliche Verwaltung würde nur eine starke Versuchung für die Bureaukratie

bedeuten, durch Schablonisierung den Erfolg des Kampfes gegen die polnische Gefahr in Frage zu stellen.

Sehr gefährlich ist aber auch der andere Vorschlag, die Provinz Posen an die Nachbarprovinzen aufzuteilen. Richtig ist ja der Gedanke, daß Posen die einzige preußische Provinz ist, die historisch niemals als eine besondere Landschaft gegolten hat. Daß dieser preußische Teil des ehemaligen Königreichs Polen ein besonderes Verwaltungsgebiet bildet, hilft ja allerdings wohl etwas dazu mit, daß den polnischen Träumen Nahrung zugeführt wird. Aber was würde die Folge sein, wenn die Provinz geteilt würde? Zunächst würde ein Teil an Westpreußen fallen und in dieser Provinz das polnische Element verstärken. Einige westliche Teile kämen vielleicht zu Brandenburg und gäben den Polen Gelegenheit, ihre Agitation auf eine Provinz auszudehnen, deren Behörden bisher der polnischen Frage im allgemeinen als Unbeteiligte gegenübergestanden haben. Der südliche Teil von Posen käme dann wohl zu Schlesien. Die Provinz Schlesien würde dadurch so groß, daß sie notwendig geteilt werden müßte. Dann hätten wir an Stelle der heutigen Provinz Schlesien ein überwiegend polnisches Oberschlesien und eine Provinz Niederschlesien, in der das Polentum eine sehr viel bedeutendere Rolle spielen würde, als es in den niederschlesischen Kreisen der heutigen Provinz Schlesien möglich ist. Was für Vorteile würde also eine solche administrative Revolution, die auch noch aus andern Gründen ihre großen Schwierigkeiten haben würde, bieten können? Offenbar gar keine! Denn an den Befugnissen der Verwaltung gegenüber dem Polentum würde dadurch gar nichts geändert; wir würden nur einige Behörden mehr haben, die geneigt sein würden, die Polenfrage als lästige Beigabe, als unwesentliche Nebenfrage, als Sache einer unbedeutenden Minderheit zu behandeln, während die Polen selbst in ihrer Agitation ganz unabhängig von der administrativen Einteilung des preußischen Staatsgebiets sind.

Wir kommen also zu dem Schluß, daß die Veränderungsgelüste hinsichtlich der Organisation der preußischen Verwaltung um der Polenfrage willen am besten *abzulehnen* sind. Die Beibehaltung der geschichtlich gewordenen Verwaltungsgebiete bleibt offenbar die beste Lösung der Frage, die uns hier beschäftigt hat. Überflüssiges Experimentieren kann die Erfüllung der Haupt-

aufgaben nur erschweren und hindern, und es gibt wahrhaftig Wichtigeres zu tun.

Überhaupt ist die Aufgabe der Polenpolitik möglichst von der Erörterung solcher Formalien und Experimente freizuhalten. Auch bezüglich der Tätigkeit der Beamten bleibt die Hauptsache immer die Personenfrage. Es ist doch keine Täuschung darüber möglich, daß unter den gleichen Gesetzen und Verwaltungseinrichtungen die allerverschiedensten Kurse in der Polenpolitik verfolgt worden sind. Wie viele Einrichtungen und Gesetze, die auf die Verwaltung der Provinzen mit polnischer Bevölkerung im besonderen von Einfluß sind, könnte man wohl z. B. aus dem Jahre 1898 anführen, die nicht schon im Jahre 1888 in Geltung gewesen sind? Es werden sehr wenige sein. Und doch fällt in diese zehn Jahre noch die letzte Periode der straffen Bismarckschen Politik, dann die Caprivische Versöhnungsepoche und wiederum die Rückkehr zu der zielbewußten Polenpolitik, die man niemals hätte verlassen sollen. Also nicht die Satzungen der Verwaltungskunst machen die Politik, sondern die Männer, die sie handhaben.

Damit werden wir zu einer der wichtigsten Fragen hingeleitet: Was brauchen wir für Beamte im Osten? Für jemand, der zum erstenmal von Westen oder nach längerer Abwesenheit in den Osten kommt, fällt der Unterschied, der zwischen dem Osten und dem Westen des Staatsgebiets in der Stellung und dem Auftreten des Beamtentums herrscht, außerordentlich scharf in die Augen. Man erkennt sofort, daß die autoritative Stellung der Staatsgewalt im Osten viel sinnfälliger und unmittelbarer als anderswo zum Ausdruck gebracht wird und die sozialen Unterschiede schärfer sind. Die Leute, die solche Eigentümlichkeiten zum erstenmal gewahr werden oder auch im besonderen Falle als persönliche Erfahrung unangenehm empfinden, bilden natürlich schnell ihr Urteil danach. Sie schelten auf den Kastengeist und den Hochmut der Beamten und meinen kurzweg, daß die Beamten in den Ostmarken erst andre Auffassungen und Manieren dem Bürgertum gegenüber sich zu eigen machen müßten, ehe unabhängige Leute dort sich wohlfühlen könnten. Von mancher Seite wird dafür nach bekanntem Muster das Vorherrschen der Reserveoffiziere und ehemaligen Korpsstudenten in der Beamtenschaft verantwortlich gemacht; ihre Überhebung und Exklusivität wird dabei, um der

politischen Tendenz willen noch stark vergrößert, in den lebhaftesten Farben geschildert.

Mit dieser Betrachtungsweise ist uns hier freilich nicht geholfen. Trotz aller Klagen und Beschwerden wird doch auch von der gegnerischen Seite anerkannt, daß die höhere Beamtenschaft nicht nur aus pflichttreuen und persönlich ehrenwerten, sondern auch in der großen Mehrzahl tüchtigen und kenntnisreichen Männern besteht. Es sind also nicht so sehr zufällige persönliche Unarten, die zu den erwähnten Klagen Veranlassung geben, als vielmehr die allgemeinen sozialen Verhältnisse und Überlieferungen. Im Osten hat sich von jeher die Gesellschaft schärfer gegliedert. In den unteren und mittleren Schichten ist von alters her ein geringeres Selbstbewußtsein entwickelt, als wir es sonst in Deutschland vom Bürger- und Bauernstande gewohnt sind. Daraus entwickelten sich zwischen diesen Gesellschaftsklassen einerseits und dem Adel, dem höheren Beamtentum und dem Offizierkorps andrerseits Unterschiede im Gesichtskreise, in Sitten und Manieren, die weniger als anderswo durch Übergänge gemildert wurden und im beiderseitigen Verkehr Gefühle des Unbehagens hervorriefen, die eben bis in die heutige Zeit noch in der Form gegenseitigen Mißtrauens fortwirken. Es muß aber ausdrücklich betont werden, daß die Schuld auf beiden Seiten liegt. Denn es ist ein ungerechtes Vorurteil und eine Einseitigkeit, wenn man meint, die Beamten seien allein an dem Kastengeist schuld und brauchten ihn nur abzulegen, damit alles in Ordnung komme. In Wahrheit tun die bürgerlichen Kreisen auch ihrerseits den Beamten gegenüber nichts, um diese Verhältnisse zu ändern. Es sind in vielen dieser Kreise nicht genug Elemente vorhanden, die sich die feine und sichere Schulung in den Verkehrsformen erwerben, die überall in den ersten Gesellschaftskreisen ungern entbehrt werden. Es fehlen in den Landesteilen, die hier in Betracht kommen, sehr häufig dem geselligen Verkehr gewisse Persönlichkeiten in vermittelnder Stellung, denen bei aller Schlichtheit und Einfachheit der Sitten und des Auftretens doch ein geistiges Übergewicht und ein höheres Bildungsniveau eigen ist, das notwendig Beachtung und Wertschätzung fordert, oder auch solche Persönlichkeiten, die eine von Rang und Titel unabhängige Lebensstellung mit ungezwungener Gewandtheit und jenem natürlichen Selbstbewußtsein, das auf wirk-

licher Weltkenntnis und Erfahrung beruht, ausfüllen und behaupten. So lange in diesen Gegenden Gelehrte, Künstler, Industrielle, größere Kaufleute, Rentner und Pensionäre aus höheren Stellungen niemals heimisch werden, wird man gegen die Abgeschlossenheit des Beamtentums vergebens Sturm laufen. Wir kommen hier zum erstenmal auf die Bedeutung einer Forderung, auf die wir noch oft zurückkommen müssen. Es muß der Verkehr mit dem Westen, das geistige Leben dieser Landesteile geweckt und gehoben, die verhängnisvolle geistige und wirtschaftliche Isolierung des Ostens beseitigt werden. Das ist die Vorbedingung, daß auch in das Beamtentum ein neuer Geist kommt, ohne daß seine wertvollen Eigenschaften darunter leiden.

Das schließt aber nicht aus, daß dem Staat auch außerdem eine bedeutsame Pflicht erwächst, in die Beamtenschaft des Ostens das Bewußtsein einzupflanzen, daß sie eine besondere Mission zu erfüllen hat. Zwar sollen die Beamten ihr Amt in voller Gerechtigkeit und Unparteilichkeit führen; im übrigen aber sind sie keineswegs nationale Amphibien, neutrale Wesen, die über den Nationalitäten stehen. Sie müssen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen in ihrer Lebensführung, in Beispiel, Umgang und Art ihrer Auffassungen durchaus als Vertreter und Vorkämpfer des Deutschtums fühlen und bekennen. Daß dies nicht immer in wünschenswertem Maße geschehen ist, hat verschiedene Gründe. Erstens hat es an der nötigen Sicherheit gefehlt, daß ein etwaiges Auftreten der Beamten in diesem Sinne an den leitenden Stellen stets genügenden Rückhalt findet. Der Beamte kann und darf über solche Fragen nicht nach eigenem Sinne entscheiden. Wenn von ihm etwas verlangt wird, was gegen seine Überzeugung in dem Grade streitet, daß er durch diesen Widerspruch seine Ehre und seinen Charakter gefährdet sieht, so bleibt ihm nur das Mittel des Ausscheidens aus seiner Stellung, nicht aber der Ungehorsam. Doch der Entschluß zum Verzicht auf die Stellung kann vernünftigerweise nur gefaßt werden, wenn es sich um eine stetige oder grundsätzliche Meinungsverschiedenheit mit der vorgesetzten Behörde handelt. Was soll aber der Beamte machen, wenn an den leitenden Stellen infolge Personen- oder Kurswechsel der Wind alle Augenblicke umschlägt? Man würde Übermenschliches verlangen, wenn man unter solchen Verhältnissen von den

Beamten etwas anderes erwartete, als vorsichtige Neutralität. Die erste Hauptforderung ist also von seiten der Staatsregierung stetiges, unbeirrtes Festhalten an dem einmal genau festgelegten und durchdachten Programm, die Vermeidung nervöser Experimente und Kursänderungen infolge scheinbarer Mißerfolge oder des Einspruches von dieser oder jener Seite.

Zweitens hatten wir bisher immer noch mit der Tatsache zu rechnen, daß Versetzungen der Verwaltungsbeamten aus dem Westen nach dem Osten von den Betroffenen vielfach als eine Art von Strafversetzung aufgefaßt wurden. Sie fühlten sich dann verstimmt und gedrückt und bemühten sich darum, bald wieder zurückversetzt zu werden. Auch hier kommt man auf die schon einmal erwähnte und noch häufiger zu erhebende Forderung zurück, daß die geistige und wirtschaftliche Verbindung zwischen Ost und West lebendiger und enger werden muß; es muß auch in weiteren Kreisen die Vorstellung von der Provinz Posen als einem preußischen Sibirien gründlich beseitigt werden. Durch die Zusicherungen des am 13. Januar 1902 im preußischen Abgeordnetenhause vom Grafen Bülow verkündeten Programms wird für diese Übelstände Abhilfe versprochen. Die Staatsregierung hat Mittel genug, um den Beamten die Stellungen im Osten direkt als Auszeichnung erscheinen zu lassen, um derentwillen auch etwaige Unzuträglichkeiten in den Kauf genommen werden. Es wird sich sehr bald herumsprechen, wenn die Staatsregierung eine lange Zeit hindurch die anerkannt tüchtigsten, in ihrer Laufbahn bevorzugten Kräfte für einen gewissen Zeitraum regelmäßig im Osten verwendet. Wenn jeder Beamte weiß, daß eine solche Dienstzeit in den Ostmarken direkt die Bedeutung eines Empfehlungsbriefes für die ganze Laufbahn hat, so wird es sehr bald dort anders aussehen. Gegen direkte Gehaltszulagen für die Beamten im Osten wurden lange Zeit hindurch gewichtige Bedenken geltend gemacht. Jetzt sind diese gleichfalls fallen gelassen worden, und noch andere Mittel hat die Staatsregierung ins Auge gefaßt, um den Beamten über wirkliche und eingebildete Unannehmlichkeiten der Stellungen im Osten hinwegzuhelfen. Zu solchen Unannehmlichkeiten gehören z. B. die Wohnungsverhältnisse in den kleinen Städten des Ostens; die Wohnungen sind durchschnittlich schlechter als im Westen. Der Gedanke, in umfassender Weise für gute,

anständige Dienstwohnungen zu sorgen, ist von der Regierung bereits in Angriff genommen worden; hoffentlich wird er entsprechend durchgeführt. Sicherlich wird der erste und nächste Grund zum Unbehagen in neuen und fremden Verhältnissen dadurch beseitigt. Wohnt der Beamte, der vielleicht recht ungern nach dem Osten übersiedelt, in einer netten, ansehnlichen, gut eingerichteten Wohnung, so sieht er seine Lage bald ganz anders an, zumal das Leben im Osten bekanntlich im übrigen in materieller Beziehung gar nicht übel ist. Führt dann die Staatsregierung noch das System durch, grundsätzlich nur die intelligentesten, gewandtesten Beamten von erprobtem Nationalgefühl und dabei vorurteilsfreiem, gewinnendem Wesen in die gefährdeten Grenzprovinzen zu schicken, ohne Rücksicht darauf, ob die Herren dort zu Hause sind oder nicht, und ihnen nach entsprechender Zeit irgendwelche Vorteile für ihre Laufbahn zu gewähren, so wird sehr bald eine andere Meinung über das Beamtentum im Osten Platz greifen.

Nichts könnte natürlich törichter und falscher sein, als wenn man über das Verhalten und Verfahren der deutschen Beamten im Osten eine Art von Reglement aufstellen und bis in die Einzelheiten hinein erörtern wollte, auf welche Art dort die Beamten das Deutschtum fördern können, ohne der durch die Pflichten des Amts den Polen gegenüber gebotenen Gerechtigkeit das Geringste zu vergeben. Das ist offenbar Sache des besonderen Falls und des persönlichen Takts, und man braucht nur auf das Beispiel zahlreicher, vortrefflicher Beamten zu verweisen, denen die Lösung dieser allerdings nicht leichten Aufgabe schon jetzt recht gut gelungen ist.

Manches muß dabei auch erwähnt werden, was bisher nicht so geschehen ist, wie es zu wünschen gewesen wäre. Wie sehr erklärlich, macht sich der falsche Begriff von „Gerechtigkeit" in der Nationalitätenfrage, der in vielen Kreisen verwirrend wirkt, gelegentlich auch in den Beamtenkreisen bemerkbar. Im allgemeinen besitzen die Polen im Verkehr glatte Höflichkeit und eine bemerkenswerte Gewandtheit, namentlich wenn es sich um Erlangung eines Vorteils handelt. Der Deutsche in der gleichen Lage gibt sich im allgemeinen eckiger und weniger liebenswürdig. Es ist nur zu menschlich, daß Beamte sich mitunter dadurch verleiten lassen, auch ihrerseits den Polen liebenswürdiger und höf-

licher zu begegnen, als den Deutschen. Sie glauben dabei gerecht zu sein nach dem Grundsatz: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus. Aber genau besehen, entspricht dies durchaus nicht einer wahrhaft gerechten Würdigung der Menschen, mit denen sie zu tun und deren Interessen sie unparteiisch wahrzunehmen haben. Es ist sicher kein Unrecht, wenn der Beamte bei strenger Wahrung seiner Amtspflicht es sich doch zur Regel macht, dem glatten Polen grundsätzlich mit kühler Zurückhaltung, dem eckigen Deutschen mit freundlichem Entgegenkommen gegenüberzutreten. Das Gegenstück zu einer solchen Verhaltungsregel tritt in manchen Fällen recht unangenehm hervor, wenn z. B. der Landrat einmal einem Deutschen bürgerlichen Namens, ein anderes Mal einem reichen polnischen Edelmann gegenübersteht. Nicht selten wird der erstere mehr oder weniger von oben herab behandelt, der letztere mit einer höflichen Rücksichtnahme, die in Erstaunen setzen muß, wenn man die mühsam verhehlte Feindseligkeit kennt, die von den polnischen Magnaten durchweg dem preußischen Staat und seinen Organen entgegengebracht wird. Hier fehlt eben das durchaus nötige Bewußtsein, daß die gesetzliche Gleichberechtigung aller Staatsbürger nicht darunter leidet, wenn staatsfeindlichen Elementen gegenüber die nötige Reserve beobachtet wird.

Aus ähnlichen Gründen, wie soeben geschildert, unterliegen manche Beamte der Versuchung, die Staatstreue und vaterländische Gesinnung der Deutschen als selbstverständlichen Tribut, der keines Dankes bedarf, in Anspruch zu nehmen, dagegen das Wohlwollen der Polen durch freundliche Rücksichtnahme zu erringen. Die Herren halten das vielleicht für besondere Klugheit und sind stolz auf ihr diplomatisches Talent, das mit den Polen so gut fertig wird. In welchem Grade sie dadurch den Feinden des Staats Vorschub leisten, das machen sie sich nicht klar. Der Standpunkt einer völligen Nichtberücksichtigung der Nationalität ist nur theoretisch möglich. Er deckt sich auch durchaus nicht, wie das so gern alle Augenblicke behauptet wird, mit der Wahrung der Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetz. Auch die Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet nicht mechanische Gleichmacherei; der Staatsorganismus ist nicht eine Anhäufung von unterschiedslosen Individuen. Darum ist auch der Beamte nicht ein völliges

Abstraktum, eine fleischgewordene Sammlung von Gesetzen und Verordnungen, sondern Gott sei Dank! ein Mensch wie andere auch. Überall wirken rein menschliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen auch in der gewissenhaftesten Amtstätigkeit mit. Ein noch so objektiv denkender Beamter wird sich im Verkehr mit kleinen Leuten bei aller Leutseligkeit und gewissenhaftem Sich-Hineindenken in in ihren Interessenkreis anders geben als im Verkehr mit einem Manne, mit dem er gesellschaftliche Beziehungen unterhält. Wenn aber überhaupt solche Verschiedenheiten im Amtsverkehr gar nicht zu vermeiden sind, weil eben Menschen immer Menschen bleiben, so ist durchaus nicht einzusehen, warum unter den Unterschieden, die sich unwillkürlich geltend machen, gerade der eine unbeachtet bleiben soll, der in den Verhältnissen, von denen hier die Rede ist, die allergrößte Wichtigkeit hat, nämlich der Unterschied der Nationalitäten. Dieser Unterschied ist doch erheblich bedeutsamer als die sozialen Klassenunterschiede. Es ist also falsch, wenn sich manche Beamte auf den Grundsatz der Parität berufen, um eine ganz überflüssige persönliche Freundlichkeit gegen die Polen zu begründen. Wenn der Beamte kein Bedenken trägt, bei der gesetzlichen Wahrnehmung der Interessen von Privatpersonen den Grad der Herablassung in seinem Benehmen nach den sozialen Verhältnissen der betreffenden Personen abzustufen, so wird es auch möglich sein, ohne Beeinträchtigung der Amtspflicht die allgemeine Temperatur des amtlichen Auftretens den verschiedenen Nationalitäten gegenüber verschieden zu bemessen. So wie hoch und niedrig vor einem pflichttreuen Beamten sein Recht findet, so sollen auch Deutsche und Polen in gleicher Weise das Recht finden, das ihnen nach den Gesetzen zusteht, aber das schließt nicht aus, daß der Beamte in der Art, wie er sich menschlich gibt, niemals dem Polen als solchen entgegenkommt, sondern mit echtem Stolz — nicht Hochmut! — in seiner ganzen Haltung sein Deutschtum bekennt und betont.

Es erscheint nahezu unfaßlich, wie unter den gegebenen Verhältnissen der Gedanke vertreten werden kann, im Osten auch *polnische Beamte* anzustellen. Professor Delbrück hat sogar polnische Landräte empfohlen, und es hat — was noch schlimmer ist — einen Zeitpunkt gegeben, in dem es an einem Haare hing, daß Herr Josef v. Koscielski Oberpräsident der Provinz Posen

wurde. Daß solche Maßnahmen nichts anderes hießen als den Bock zum Gärtner machen, braucht wohl hier nicht näher begründet zu werden. Interessant ist aber doch eine Ausführung, die Professor Delbrück zu dieser Frage macht. Neben der in ihrem naiven Optimismus merkwürdigen, sonst aber ganz ungerechtfertigten Meinung, polnische Beamte würden schon durch ihre Amtspflicht in der wirksamsten Weise an der politischen Agitation behindert sein, ist Delbrück der Ansicht, daß die „Ausschließung" der Polen vom Staatsdienst für uns den Nachteil habe, daß sie die intelligentesten Polen zu privater Erwerbstätigkeit dränge und die Konkurrenz für die Deutschen im Geschäftsleben erschwere, zumal bei uns gerade das Umgekehrte geschehe, nämlich die intelligentesten Elemente sich den öffentlichen Ämtern und den gelehrten Berufsarten zuwendeten. Nun kann aber von einer „Ausschließung" der Polen von den Staatsämtern gar nicht die Rede sein; sie genießen in Wahrheit dieselben Rechte, wie jeder andere preußische Staatsbürger. Aber sie sind damit nicht zufrieden; sie verlangen ein Vorrecht, nämlich die Verwendung in ihrer engeren Heimat. Das ist eine Bedingung, die als Recht und Prinzip der Staat keinem seiner Offiziere und Beamten erfüllen kann. Garantiert werden kann dergleichen nicht einmal denen, bei denen grundsätzlich keine Bedenken obwalten, und zu diesen gehören die Polen sicher nicht. Wenn also die Polen den Staatsdienst meiden, weil der Staat keine Veranlassung hat, ihnen ein Vorrecht zu bewilligen, so ist daran nichts zu ändern. Außerdem verzichten die besten und tüchtigsten Polen, die sich wirklich noch als solche fühlen, auf den Staatsdienst aus einem Grunde, der ihnen zur Ehre gereicht. Sie scheuen sich aus anerkennenswertem Anstandsgefühl, einem Staat und einer Sache zu dienen, die sie nicht als die ihrige ansehen. Sie wollen nicht Pflichten übernehmen, die sie im Grunde ihres Herzens als widerrechtlichen Zwang verabscheuen. Das Fernbleiben der Polen vom Staatsdienst ist also nicht das Ergebnis äußerer Hindernisse, sondern ein Beweis für das Fortbestehen ihrer Zukunftsträume. Der Versuch, die Polen trotzdem in den Staatsdienst zu locken, hätte unter solchen Umständen keinen Sinn und wäre völlig zwecklos.

Ein Kennzeichen der Tätigkeit des deutschen Beamtentums im Osten wird hoffentlich jetzt die Stetigkeit werden. Es

ist schon wiederholt bemerkt worden, daß der Fluch unserer Polenpolitik bisher die Unstetigkeit gewesen ist. Zur Beseitigung dieses Fehlers gehört natürlich in erster Linie die Sicherheit, daß von der Zentralstelle aus ein klares Programm innegehalten wird, wie wir es jetzt durch Graf Bülow erhalten haben und hoffentlich festhalten werden; es gehört aber auch dazu, daß nach sorgfältiger Auswahl und Anweisung der mitwirkenden Persönlichkeiten die Verwaltung möglichst in ruhiger Bahn belassen wird. Nicht nur die Schwankungen in der Energie oder Nachsicht gegen die Polen, sondern auch die Schwankungen in dem Grade der Aufmerksamkeit, welche die Ostmarken bei der Staatsregierung finden, sind vom Übel. Nachdem man einmal erkannt hat, daß die polnische Gefahr groß und dringend ist, darf man sich nicht den Anschein geben, als ob nun jede einzelne polnische Aktion eine große, neue Entdeckung sei, die der Staatsregierung Veranlassung gibt, etwas ganz Neues und Besonderes dagegen zu tun. Als in den ersten Jahren nach der Gründung des Ostmarkenvereins die Erkenntnis der polnischen Gefahr durchzudringen anfing und die Anforderungen an die Regierung dringender wurden, kamen wir in eine Zeitperiode großer Ankündigungen und Anläufe, denen nichts Entsprechendes folgte. Der verstorbene Herr v. Hansemann verglich dies einmal treffend damit, daß immerfort getrommelt werde, aber keine Soldaten kämen. Nichts hat bei den Polen und ihren Freunden so sehr den Eindruck der Schwäche und Ratlosigkeit auf deutscher Seite hervorgerufen, als die feierlichen Ministerkonferenzen, die vor einigen Jahren in Posen abgehalten wurden. Man hätte die in den alten verrotteten Verhältnissen abgestumpften, für eine neue frische Tätigkeit nicht geeigneten Provinzialbeamten möglichst unauffällig entfernen und ihre sorgfältig ausgewählten Nachfolger in der Stille nach Berlin zitieren sollen, um alles, was zunächst geschehen konnte, mit möglichst wenig „aplomb" auszuführen. So aber machte das plötzlich so eifrige und geschäftige Erscheinen der Minister einen dem gewünschten ziemlich entgegengesetzten Eindruck, der durch die darauf folgenden unbedeutenden Bewilligungen nur verschärft werden konnte. Auch wurden diese an sich nützlichen Bewilligungen dadurch in eine vollständig falsche Perspektive gerückt. Mit Recht spottete damals die „Posener Zeitung", die noch

unter der Leitung des Herrn Goldbeck stand, über dieses plötzliche Interesse für die sonst so stiefmütterlich behandelte Provinz:

„Mahadö, der Herr der Erde,
„Stieg herab zum sechstenmal,
„Daß er unsersgleichen werde."

Wir können aber jetzt hoffen, daß die preußische Staatsregierung nicht mehr in dieser Weise die Rolle des Mahadö spielen wird.

Es wird sehr viel über den Bureaukratismus und Fiskalismus der preußischen Regierung geklagt, und gewiß nicht ganz mit Unrecht, obwohl auch dieser Vorwurf einer näheren Prüfung bedarf. Man darf nicht ganz vergessen, daß jeder Mensch, und darum auch jeder von Menschen versehene Verwaltungsbetrieb, die Fehler seiner Tugenden hat. Was wir Bureaukratismus nennen, ist nichts anderes als die Form, in der die unpersönliche und gewissenhafte Beachtung von Gesetz und Verordnung, die von der Beamtentätigkeit gefordert werden muß, bei Durchschnittsmenschen und natürlich erst recht bei geistig noch weniger begabten Menschen zum Ausdruck kommt. Auch der tüchtigste Beamtenstand kann sich nicht ganz von minderbegabten Individuen freihalten; es können nicht alle über dem Durchschnitt allgemeiner geistiger Begabung stehen. Darum wird man unter den Beamten immer und überall das Vorhandensein von Bureaukratismus feststellen können, wie auch jeder andre Berufsstand seine ihm eigentümlichen Schwächen hat. Man braucht sich ja nur auf dem Gebiet des Volkswitzes umzutun, um dafür Beispiele zu finden. Zu verlangen ist nur, daß die leitenden Stellen in jeder Berufstätigkeit von Männern versehen werden, die geistig so weit über dem Durchschnitt stehen, daß sie ein Auge für solche Schwächen haben und ihnen möglichst entgegenwirken. Vor allem aber muß von dem Beamtentum in den Ostmarken verlangt werden, daß sie nicht in der Beherrschung der Formen der Verwaltungstätigkeit aufgehen, sondern eine politische Ader haben, die sie mit dem richtigen Takt herausfinden läßt, wo ohne Gefährdung der Ordnung und Gesetzlichkeit das Menschliche und Persönliche in den Vordergrund zu treten und zu verhüten hat, daß Vernunft Unsinn und Wohltat Plage wird.

Und ebenso ist es mit dem Fiskalismus. Er ist Grundlage und Bedingung einer geordneten Finanzwirtschaft des Staats,

aber er darf nicht zum Selbstzweck in dem Grade werden, daß er, um scheinbar ein Finanzinteresse des Staats zu wahren, wichtige Lebensinteressen des Staats schädigt. Es ist freilich außerordentlich schwer, diese Grenze immer richtig zu treffen. In bezug auf die Ostmarken mag hier nur eine Auffassung hervorgehoben werden, die in der preußischen Politik wiederholt hervorgetreten ist, die aber als eine in schädlichem Sinne fiskalische gekennzeichnet werden muß. Die preußische Finanzpolitik hat sich wiederholt dagegen gesträubt, der Provinz Posen eine Ausnahmestellung einzuräumen. Es zeigt sich das in der Scheu, solche Ausgaben, die nach den allgemeinen Grundsätzen der preußischen Finanzverwaltung Sache der Provinzen sind, den Provinzen mit polnischer Bevölkerung abzunehmen und als Gesamtlast des Staates zu betrachten. Daß im allgemeinen die Parität der Provinzen festgehalten werden muß, ist ja durchaus richtig, und dieser Grundsatz darf vor allem da nicht durchbrochen werden, wo es sich um Zuwendungen handelt, die keine besondern nationalen Zwecke verfolgen. Aber man braucht auch da nicht zu weit zu gehen. Für die Zuwendungen des Staats an die Provinzen läßt sich kein so vollkommen einwandfreier Verteilungsmaßstab finden, daß er allen Ansprüchen und Erwartungen genügte. Das bisherige System der Provinzdotationen in Preußen, das scheinbar auf einem ganz gerechten Prinzip beruhte, hat doch tatsächlich so gewirkt, daß die östlichen Provinzen in ihrer Entwickelung benachteiligt wurden. So war der Staat in der Lage, bei der Neuregelung der Provinzdotationen einen Ausgleich zu schaffen, der jetzt nach den gemachten Erfahrungen vollständig berechtigt erscheint; hätte aber ein vorausschauender Staatsmann schon früher etwa dem Verkehrswesen und Wegebau in den östlichen Provinzen besondere Staatsmittel zuwenden wollen, so würde man damals sicherlich über ungerechte Bevorzugung des Ostens geschrieen haben. Man sieht aus diesem Beispiel, daß die rein paritätische Behandlung der verschiedenen Landesteile in Bezug auf die Zuwendung von Staatsmitteln sich doch nicht so ideal durchführen läßt, daß man engherzig fiskalische Grundsätze in dieser Beziehung ernsthaft daraus begründen könnte. Es ist deshalb ganz und gar ungerechtfertigt, wenn man sich hinter formalen Bedenken verschanzt, die gegen die angebliche Bevorzugung der Ostmarken durch den Staat vorzubringen sind. Es handelt sich

hier bei den meisten Maßregeln eben nicht um einige in der wirtschaftlichen Entwickelung zurückgebliebene Landesteile, sondern um eine Bedrohung des Gebietsbestandes des Gesamtstaats, und da ist auch die Mehrleistung des Staats für diese Provinzen ebenso begründet, wie etwa die Anlage einer Grenzfestung oder sonstiger Einrichtungen der Landesverteidigung.

Das gilt vorzugsweise von den Einrichtungen im Osten, von denen man sich den Hauptvorteil für das Deutschtum verspricht. Es bleibt ein unbegreiflicher Fehler des sonst um die Polenfrage so hoch verdienten Staatsmanns, des Herrn v. Miquel, daß er an den Kosten für die Kaiser Wilhelms-Bibliothek in Posen auch die Kommunalverbände beteiligen wollte, anstatt die Sache ganz auf Staatsmittel zu übernehmen und die Anstalt als geistige Trutzburg des preußischen Staats in das Land zu setzen. Durch die finanzielle Mitwirkung der Provinz wurde dieser Standpunkt verschoben, und es ist dadurch die Möglichkeit verloren gegangen, polnischen Einflüssen auf die Verwaltung und Bestimmung dieses wichtigen Unternehmens gänzlich und grundsätzlich den Weg zu versperren.

Fiskalisch zu verfahren, ist auch die preußische Eisenbahnverwaltung bis zu einem gewissen Grade gezwungen, aber sie hätte doch längst schon bei Regelung der Verkehrsverhältnisse im deutschen Osten erkennen müssen, daß hier der Verwaltung die Ehrenpflicht erwuchs, von der starren Auffassung der reinen Bedürfnisfrage abzusehen und politisch die Initiative in der Schaffung neuer Verkehrsmöglichkeiten zu ergreifen, um die Verbindung der Ostmarken mit andern deutschen Plätzen zu bereichern und zu erleichtern.

Die Klagen über Bureaukratismus und Fiskalismus sind also in mehrfachen Beziehungen nicht unberechtigt, aber es würde doch der größte Fehler sein, wenn man diese Übelstände auf dem Wege allgemeiner Bestimmungen und Verhaltungsmaßregeln bekämpfen wollte. Es zeigt sich nur, daß aus der Polenpolitik nur dann etwas werden kann, wenn wir dort eine Beamtenschaft haben, die, mit besonderem Takt und Geschick ausgestattet, über dem Durchschnitt des sonstigen allgemeinen Beamtentums steht. Wir brauchen im Osten Elite-Beamten, die ihre Aufgabe verstehen und Initiative und Selbständigkeit besitzen, die energisch sind ohne

übelberufene Schneidigkeit, menschlich liebenswürdig gegen jedermann ohne unnötige Nachgiebigkeit, die mit besonnenem Takt nationale Warmherzigkeit verbinden. Mit dem Durchschnittstypus des preußischen höheren Verwaltungsbeamten, wie er sich in den meisten ostelbischen Provinzen herausgebildet hat, kommen wir da nicht weiter.

Die wichtigsten Stellen sind natürlich die Oberpräsidenten und die Landräte. Bei Besetzung der Landratsstellen macht sich ganz besonders der Übelstand geltend, daß dieses Amt überall im Staat allmählich einen andern Charakter angenommen hat, als er dem überlieferten Wesen der Stellung entsprach. Das hat bekanntlich schon Fürst Bismarck wiederholt mit Bedauern festgestellt. Das Amt eines Landrats war früher eine Lebensstellung, deren Inhaber mit den Interessen des ihm anvertrauten Kreises bis an sein Lebensende verwuchs. Jetzt ist dieses Amt meist ein Durchgangsposten geworden, der besonders von solchen jungen Verwaltungsbeamten aufgesucht wird, deren Ehrgeiz durch die gewöhnliche Verwaltungslaufbahn nicht befriedigt wird. Wenn auch die meisten unter ihnen von einem durchaus achtungswerten Ehrgeiz beseelt und daher eifrig bestrebt sind, das Vertrauen ihrer Kreiseingesessenen zu gewinnen und zu rechtfertigen, so ist dies doch nicht mehr die erste und vornehmste Bedingung ihres Amts; wichtiger für sie ist es, wie sie und ihre Tätigkeit sich innerhalb des Beamtenstaates *von oben her* ausnehmen. Machen sie nach oben hin einen günstigen Eindruck, so ist es nur zu natürlich, daß man einen jungen, hoffnungsvollen Beamten, der sich in einem so hervorragend praktischen Wirkungskreise bewährt hat, auch gern befördert und in die Stellen bei den Zentralbehörden heranzieht. Die Möglichkeit, auf diesem Wege gut und schnell vorwärts zu kommen, wirkt dann wieder auf die Entschlüsse derjenigen zurück, die ihren ganzen Beruf nur unter dem Gesichtspunkt des „Carrieremachens" auffassen und ihren Weg nur mit Rücksicht darauf wählen. Daher birgt das Landratsamt eine gewisse Gefahr, dem Strebertum anheimzufallen, die noch erhöht wird durch die Verlockungen, die in Gestalt einer *parlamentarischen Laufbahn* an die Herren herantreten.

Im Osten ist man gewöhnlich sehr in Verlegenheit, Persönlichkeiten zu finden, die im Wahlkampf Aussicht haben, den Sieg

über den polnischen Kandidaten zu erringen. Da ist denn der Landrat gewöhnlich derjenige, der mit seiner Person aus der Not helfen muß. Unter allen solchen Verhältnissen leidet die ruhige, stetige Arbeit für das Wohl des Kreises, besonders hier, wo besondere Erfahrung und besondere persönliche Eigenschaften notwendig sind. Es ist daher begreiflich, daß viele meinen, hier müsse mehr als irgendwo anders dahin gestrebt werden, daß nur solche Persönlichkeiten in Landratsämter gelangen, die sich für einen längeren Zeitraum ganz und gar ihrem Kreise zu widmen entschlossen sind. Aber das widerstreitet wieder dem Prinzip, im Osten möglichst eine ausgesuchte Beamtenschaft zu verwenden, die für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit auch einen besondern äußern Lohn in einer entsprechenden Beförderung finden müsse. Leicht ist also auch die Aufgabe der Besetzung der Landratsstellen nicht zu lösen, indessen was sich an theoretischen Schwierigkeiten zu häufen scheint, läßt sich in der Praxis von Fall zu Fall doch leichter lösen, als es gewöhnlich scheint. Die rechte Einsicht bei den Zentral- und Provinzialbehörden, eine feste Direktive, die es verhindert, daß die Personenfrage zu leicht genommen wird, wird es bewerkstelligen können, daß man dem natürlichen Ehrgeiz, der sich an die Verwaltung eines Landratsamts knüpft, vollen Spielraum läßt, indessen mehr als bisher durch die Art und den Umfang der Anforderungen, die man an diese Beamten stellt, etwaigen national unzuträglichen Betätigungen ihres Ehrgeizes vorbeugt.

Viel wird dabei natürlich auf die Oberpräsidenten ankommen. In Westpreußen haben wir durch den unvergeßlichen Oberpräsidenten v. Goßler das glänzende Beispiel einer mustergültigen Verwaltungstätigkeit in den Ostmarken gehabt. Wie es hingegen die allgemeinen Eigenschaften eines tüchtigen Verwaltungsbeamten allein nicht tun, das zeigt die Verwaltungsgeschichte der Provinz Posen recht deutlich. Die Provinz ist in vieler Beziehung ausgezeichnet verwaltet worden, aber vom Standpunkt einer guten Polenpolitik aus ist sehr viel zu wünschen übrig geblieben. Die Wirksamkeit des Vorgängers des jetzigen Oberpräsidenten muß hier um deswillen etwas eingehender gewürdigt werden, weil darin eine typische Erscheinung zu sehen ist, die für die Beurteilung der Polenpolitik von Bedeutung ist. Herr v. Wila-

mowitz-Möllendorff trug unbeschadet der höchsten Achtung, die seine Eigenschaften als Mensch und Beamter vollauf verdienten, einen wesentlichen Teil der Schuld, daß die nationalpolitischen Verhältnisse in der Provinz Posen sich für das Deutschtum so unerquicklich gestalteten.

Das Ideal eines Beamten wird vielfach darin gesucht, daß die Persönlichkeit hinter dem Amte zurücktritt und möglichst neutral und kühl Gesetz und Verordnung handhabt. Der Beamte soll nach dieser Anschauung ganz über den Parteien stehen und aufmerksamen Auges, zwar wohlwollend, aber in strengster persönlicher Zurückhaltung, Übelstände behutsam zu bessern und zu beseitigen suchen. Er soll sich stets nur als Verkörperung der Staatsgewalt innerhalb seines Amtsbereichs betrachten. Daß auf diesem Wege viel Gutes geschaffen werden kann, ist sicher. Herr v. Wilamowitz, der einen solchen Beamtentypus vertrat, hat sich in gewisser Beziehung um die Provinz große Verdienste erworben. Wäre die Provinz Posen ein Arbeitsfeld gewesen, wie etwa Pommern oder Brandenburg, so würde seine Amtsführung das Gefühl ungetrübten Dankes hinterlassen haben. Auch ermöglichte diese Auffassung seines Amtes dem hochangesehenen Mann, seinen Weg unter so verschiedenen Systemen, wie es die Caprivische Versöhnungsepoche und die folgende Ära Hohenlohe-Miquel waren, unbeirrt zu gehen, ohne daß auch nur der Schatten eines Vorwurfs, wie er sich sonst aus der Anpassung an einen Systemwechsel leicht ergeben könnte, an ihn hinanreichte.

Aber dieses Beamten-Ideal ist nicht das einzig mögliche. Ein ganz entgegengesetztes steht ihm gegenüber, wie wir es in Herrn v. Goßler vor uns gehabt haben. Der Beamte kann seinen Amtsbereich gewissermaßen mit seiner Persönlichkeit durchdringen; die Handhabung der Gesetze erhält das Gepräge seiner Anschauungen, und die Empfindung, daß in den gemeinsamen Angelegenheiten nicht der kalte Buchstabe, sondern ein Wesen von Fleisch und Blut waltet, tritt als belebendes und förderndes Prinzip hervor. Allerdings sind mit einem solchen System gewisse Gefahren verbunden, falls der Beamte ein Parteimann oder eine kleinliche Natur von beschränktem Horizonte ist. Es kann nur da angewendet werden, wo die Persönlichkeit sorgfältig mit Berücksichtigung der ihr zu übertragenden Aufgaben ausgewählt werden kann. Es paßt

nur für ein gesundes Staatswesen und ein im Kern tüchtiges, sich vernünftiger Freiheiten erfreuendes Volk; daß es aber, wo es möglich ist, den Vorzug verdient, dürfte wohl kaum bezweifelt werden. Nur auf diesem Wege kann im strengeren Wortsinn etwas geschaffen werden; denn schöpferisch ist immer nur die Persönlichkeit, nie der trockene Rechtsbegriff. Das Gefühl, an leitender und maßgebender Stelle ein offenes Auge und Ohr zu wissen, wirkt belebend und ermutigend auf jede gemeinnützige Tätigkeit, und zwar muß sich das offene Auge und Ohr menschlich bemerkbar machen. Es muß als vertrauenerweckende Persönlichkeit hervor- und aus sich heraustreten und sich nicht nur in einem ganz allgemein als vorhanden vorausgesetzten Wohlwollen betätigen. Ganz zu eliminieren ist überdies die Persönlichkeit doch nicht. Wenn sie zurücktritt, so hat das weniger die Folge, daß der Raum für nützliche Kräfte frei bleibt, als vielmehr daß mancher edle und berechtigte persönliche Drang bei andern zurückgescheucht wird. Die allzustark betonte Form der Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit erscheint nicht als vertrauenerweckende Eigenschaft, sondern als Kälte und Gleichgültigkeit. Wenn aber doch einmal mit persönlichen Einwirkungen zu rechnen ist, so ist es besser, sie machen sich in positiv förderndem Sinne geltend, als daß sie durch übergroße Neutralität hemmen.

Solche Erwägungen sind zwar überall nützlich, für die Polenpolitik aber gewinnen sie besondere Bedeutung. Abstrakte Verwaltungsgrundsätze vermögen hier nicht die Aufgabe zu lösen, trotz gerechter und unparteiischer Verwaltung das vordringende Polentum einzudämmen und die Macht des Deutschtums im Lande zu befestigen. Das ist nur möglich durch eine von regem persönlichen Leben durchströmte und dabei in ihren Grundsätzen einheitliche Beamtentätigkeit, an deren Spitze eine sich überall durchsetzende, scharf ausgesprochene, mit hoher Initiative begabte, jeden Keim liebevoll pflegende Persönlichkeit gehört. Wo das nicht beachtet wird, kann es kommen, wie es in Posen fast ein Jahrzehnt hindurch gewesen ist, daß ein tüchtiger, gewissenhafter und sympathischer Mann als leitender Beamter doch eigentlich ganz und gar versagte, so weit es die aus dem Nationalitätenkampf entspringenden Verhältnisse zu beherrschen galt. Aus den Reihen der tüchtigsten Männer in der Provinz tönte damals häufig der

Ruf nach einem neuen Flottwell oder nach einem Manne, wie einst Freiherr v. Vincke in Westfalen. Letzteres war eben in dem Sinne gemeint, daß bei Vincke das Amt ganz Persönlichkeit war. Man darf im übrigen nicht vergessen, daß der knorrige Westfale, der im Bauernkittel selbst nach dem Rechten sah, eine wesentlich andere Aufgabe zu erfüllen hatte, als sie im Osten vorliegt. Für ihn galt es, die in der uralten westfälischen Bauernfreiheit enthaltenen Kräfte für die neue Zeit nutzbar zu machen und das alte in der rechten Weise zu erhalten, um es für die modernen Aufgaben zu gewinnen. Dazu gehörte ein Mann, der, mit freiem Blick und moderner Bildung ausgestattet, doch im Grunde selbst westfälischer Bauer war. In Posen aber ist mit dem alten einheimischen Deutschtum nicht allzuviel zu machen; hier ist frisches Blut von nöten, und ein Posener Vincke würde beinahe so etwas wie eine contradictio in adjecto sein. Es ist dies umsomehr zu beachten, als zu gunsten des Herrn v. Wilamowitz früher gern mit Nachdruck hervorgehoben wurde, daß er ein Sohn der Provinz und als solcher schon vermöge seiner von Kindesbeinen an vorhandenen Vertrautheit mit der Provinz eine besonders für seinen Posten geeignete Persönlichkeit sei. Vielleicht aber lag hierin gerade seine Hauptschwäche. Schon an früherer Stelle ist begründet worden, durch welche Verhältnisse die eigentümliche Indolenz und Passivität des in Posen seit längerer Zeit einheimischen Deutschtums hervorgerufen ist. Gerade unter den Leuten, die von Kindheit auf diese Verhältnisse von einer sozial und wirtschaftlich gut befestigten Stellung aus mitangesehen haben, gewinnt die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Änderung in Stellung und Charakter des Deutschtums schwer Raum. Und wo sie vorhanden ist, da fehlt leider noch häufiger der Glaube an die Möglichkeit einer Änderung, da man sich in das Bestehende — zumal unter dem Einfluß parteipolitischer Anschauungen — gar zu fest eingesponnen hat. Auch Herrn v. Wilamowitz fehlte bei aller Redlichkeit seiner deutschen Gesinnung jener wärmende und wirkende *Glaube an die deutsche Sache*. Er tat seine Pflicht als treuer Diener seines Königs, aber als es sich um ein festeres Auftreten in nationalpolitischer Beziehung handelte, da lag etwas in der Art seiner Wirksamkeit, das den Eindruck erweckte, als geschähe es eben *nur* um der Pflicht willen — unter heimlichem

Achselzucken. Selbst wenn man annimmt, daß dieser Eindruck zum Teil auf Täuschung beruhte, so blieb doch immer die Wirkung, daß der Tätigkeit des Oberpräsidenten ein Schein passiven Widerstandes anhaftete. Auch auf profanem Gebiet aber ist es der Glaube, der Berge versetzt. Wir wollen gewiß keinen flachen Optimismus, der alles auf die leichte Achsel nimmt, aber wir brauchen eine frische Zuversicht, die ihrer Kraft voll bewußt wird und nach sorgfältigem Wägen auch einmal wagt, aus den ausgefahrenen Geleisen heraus auf neuem Wege dem Ziel zuzustreben. Ein Mann, der ganz und gar in den hergebrachten Gewohnheiten und Anschauungen des Posener Großgrundbesitzers steckte, konnte eben nicht genügende Lust und Kraft verspüren, neues Streben zu entfesseln und anstelle des alten Schlendrians ein zielbewußtes Ringen zu setzen.

Neben der Beamtenschaft verdient auch die Armee in ihrer Beziehung zur Polenfrage eine besondere Aufmerksamkeit. Die Armee ist zwar als solche dem politischen Kampf d. h. dem Parteikampf entzogen. Daß sie aber ganz und gar unbeteiligt sein sollte, wo der Bestand des Staats, die Pflege der Königstreue und Staatsgesinnung ins Spiel kommt, ist damit natürlich nicht gesagt. Den Polen gegenüber hat das Heer sogar eine ganz besonders wichtige Aufgabe. Wenn es überhaupt möglich ist, wenigstens unter einzelnen Polen die Keime wirklicher Treue gegen den preußischen Staat zu pflanzen, so ist die Armee das Feld, das dabei vor allem zu bebauen ist. Auch die Schule vermag da nicht so intensiv zu wirken, wie es in der Armee möglich ist. Denn bei der Schule handelt es sich um allgemeine Erziehungszwecke, wobei auch die Mitwirkung der dem Deutschtum feindlichen katholischen Kirche in Rechnung zu ziehen ist. Die Armee aber ist in der glücklichen Lage, ihre ganze Tätigkeit ohne die geringsten Nebenrücksichten und Umwege auf ein bestimmtes, klar umschriebenes Ziel richten zu können. Gestützt auf ein Gesetz, das in seinem Hauptpunkt gar keine andere Deutung zuläßt, fordert sie aufgrund der Staatsangehörigkeit von jedem Bürger ohne Unterschied den Dienst zur Verteidigung des Staats und den feierlichen Eid der Treue für den Monarchen. Wer der Armee angehört und gleichwohl der Forderung von Eid und Gesetz nicht genügt, der ist Meineidiger und Verbrecher; kein Deuteln, keine Schliche können daran etwas än-

dern. In keinem andern Dienst- oder Vertragsverhältnis herrscht solche völlige Klarheit. Die Armee weiß daher genau, was gefordert wird; sie braucht niemand zu fürchten und kann durchsetzen, was zur Erfüllung ihres Zweckes und Ziels notwendig ist, auch wenn es tausendfach politischen Rücksichten und Gewohnheiten widerspricht. Es ist klar, daß ein zum Deutschen Reich gehöriger Staat nicht eine Armee haben kann, in der ein Teil seine politischen Ziele von denen des Deutschtums trennt. Selbst ein nicht auf nationaler Grundlage beruhender Staat wie Österreich ist gezwungen, an einer einheitlichen Kommandosprache in der Armee festzuhalten. Noch weniger kann es innerhalb der preußischen Armee irgend einen Sonderbestandteil geben. Der Pole, der im preußischen Heere des Königs Rock trägt, ist selbstverständlich ein deutscher Soldat, wie jeder andere seiner Kameraden; er muß Deutsch verstehen und sprechen lernen, weil der Dienst die Einheit der Sprache notwendig fordert. Selbst wer sonst im Prinzip sich für die Erhaltung der polnischen Muttersprache begeistert, wird zugeben müssen, daß auf militärischem Gebiet aus zwingenden Gründen darauf bestanden werden muß, daß die militärische Ausbildung in einheitlicher Sprache, und zwar selbstverständlich deutsch, erfolgt. Das Heer ist also unzweifelhaft berechtigt, seine Rekruten ganz und gar in deutsche Zucht zu nehmen. Kein wirklich Sachkundiger wird eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Muttersprache darin sehen, daß ein deutscher Staat von allen seinen Untertanen verlangt, daß sie sich während ihres Dienstes bei der Fahne die deutsche Sprache aneignen.

Die deutsche Gutmütigkeit und Indolenz hat natürlich auch an dieser einfachen Forderung gesündigt. Es ist vorgekommen, daß Truppenteile sich nicht damit begnügt haben, etwa nur in der ersten Zeit bei dem Unterricht der Rekruten die polnische Sprache zu Hilfe zu nehmen, wie dies ja innerhalb gewisser Grenzen zweckmäßig und notwendig ist, sondern daß sie weit darüber hinausgingen und diesen Bruchteil ihrer Mannschaften feststehend als „polnisch sprechende" ansahen. Das ging sogar bis zur Anstellung polnischer Verkäufer in den Kantinen, während es doch auf der Hand liegt, daß gerade die Stelle, wo für den jungen Soldaten die Bedürfnisse des täglichen Lebens zu haben sind, vor allem geeignet wäre, ihn an das Deutschsprechen zu gewöhnen.

Oder glaubt man wirklich, der Rekrut werde seine Schachtel Wichse oder sein Stück Wurst nicht erhalten, wenn er gezwungen ist, sich dem Verkäufer auf deutsch verständlich zu machen? Ein andrer Fall ist folgender: Ein westliches Bezirkskommando erkundigte sich vor Jahren bei der Posener Regierung nach einer königstreuen, in polnischer Sprache geschriebenen Zeitung; die militärische Behörde wollte dieses Blatt für die zur Übung eingezogenen Landwehrleute polnischer Nationalität halten, damit die Leute doch ja nicht etwa während dieser Zeit in Gefahr kämen, ihr geliebtes Polnisch zu vergessen. Solche Sachen dürfen natürlich nicht vorkommen. Die militärischen Behörden und Truppenteile müssen streng auf den Standpunkt verwiesen werden, in der Sprachenfrage innerhalb der Armee nicht die geringsten Zugeständnisse zu machen.

Dagegen dürfen die Unterschiede in der Nationalität der Rekruten durchaus nicht etwa einfach übersehen oder vernachlässigt werden. Im Gegenteil ist eine besondere Sorgfalt bei der Behandlung und Erziehung der polnischen Soldaten am Platz. Die militärischen Eigenschaften und Neigungen der Polen geben vielleicht den einzigen gangbaren Weg, um in ihren Herzen die Keime der Staats- und Untertanentreue zu pflanzen und aufhetzenden Einflüssen gegenüber zu erhalten. Die Polen sind bei richtiger Behandlung, fester Leitung und gutem Beispiel ausgezeichnete Soldaten, aber es kann auch durch falsche Behandlung viel an ihnen verdorben werden. Das unterwürfige Wesen, das in der slavischen Volkssitte begründet ist, die scheinbare Stumpfheit, die bei ungebildeten Leuten mit dem Gefühl des Fremdseins und der Unbehilflichkeit in der Sprache eng zusammenhängt, bei den Slaven auch zum Teil aus natürlichem Mißtrauen und Verschlagenheit entspringt, verleitet den deutschen Vorgesetzten leicht, den Leuten mit einer gewissen Geringschätzung zu begegnen, die bei der großen Empfindlichkeit der Polen sehr übel angebracht ist und nicht selten mit einem vorsichtigen und verschwiegenen, aber darum nicht minder tückischen und fanatischen Haß beantwortet wird. Die stille Erbitterung, die der geringschätzig und hochmütig behandelte „Polack" scheinbar unempfindlich in sich verschließt, trägt oft giftige Früchte, von denen der ahnungslose Urheber dieser Stimmung vielleicht nie etwas erfährt. Zu Tage

tritt das erst, wenn der Geistliche, an diese Empfindungen anknüpfend, das nationale Selbstbewußtsein geweckt und die etwa aufsteigenden Gewissensbedenken beschwichtigt hat. Wie anders könnte das manchmal sein, wenn der polnische Rekrut von Anfang an Geduld, aufrichtige Herzensgüte, menschliches Verständnis und strenge Gerechtigkeit erführe! Gerade die Verschiedenheit des Nationalcharakters legt die Verpflichtung auf, die Mittel wirken zu lassen, die unabhängig von aller Wesensverschiedenheit überall den Menschen an den Menschen knüpfen. Der polnischen Besonderheit wird daneben immer noch Rechnung getragen werden können und müssen. Aber nicht durch Nachgiebigkeit! Nichts würde verkehrter sein, als sentimentale Weichheit und Vertrauensseligkeit. Einen festen Willen, eine strenge Leitung, ein unerbittliches Gebot, eine unausgesetzte Kontrolle wird der Pole trotzdem immer über sich fühlen müssen; das fordert seine Natur. Aber das verträgt sich vollkommen mit Menschlichkeit und strenger Gerechtigkeit. Daß durch geschickte Behandlung während der Dienstzeit große Schichten der polnischen Volksmasse auf den Standpunkt einer aufrichtigen und unbefangenen Königstreue gebracht werden können, unterliegt keinem Zweifel. Es wäre wohl gut, die Gesichtspunkte für die Behandlung der polnischen Mannschaften nicht ausschließlich den persönlichen Erfahrungen der damit betrauten Offiziere und allerlei Zufällen zu überlassen, sondern besonders auf die Bedeutung und Tragweite dieser Sache hinzuweisen und das Nötige in allgemeinen Instruktionen einzuschärfen. Freilich müßte hierbei die Klippe des Schematisierens vermieden werden.

Wenn es nur auch möglich wäre, die Einflüsse lahm zu legen, die nach beendeter Dienstzeit an den durch die militärische Ausbildung gelegten Grundlagen rütteln! Der feindlichen Agitation glückt es nur zu leicht, die Gefühle der Leute mit falschen Vorstellungen so zu verquicken, daß die nationalen Masseninstinkte im gegebenen Fall die glimmenden Funken der Königstreue wieder ersticken. Den patriotischen Vereinen im Osten, namentlich den Kriegervereinen, ist so eine besonders schwierige Aufgabe gestellt. Leider besteht aber zugleich ein gewisser Mangel an Persönlichkeiten, die mit vollem Verständnis und kameradschaftlichem Takt ihre Arbeitskraft an diese Aufgabe setzen. Die Offiziere des Beurlaubtenstandes, die sich ihr widmen, sind meist durch ihren

bürgerlichen Beruf zu stark in Anspruch genommen, oder es sind Leute, die die Kriegervereine von oben herunter regieren. Man müßte zu diesem Zweck pensionierte Offiziere zur Verfügung haben, die ganz und gar an ihrem alten Beruf hängen und nun aus Herzensbedürfnis sich an dem Wirken der Kriegervereine beteiligen, um aus ihnen Pflanzstätten unerschütterlicher Königstreue zu machen. Aber wo gibt es solche Offiziere in der Provinz Posen? Es ist auch hier wieder die schon an anderer Stelle mehrfach erwähnte Klage zu erheben, daß unsere Ostmark überhaupt noch ein vom Westen losgelöstes Kulturgebiet ist, in dem der Deutsche nur bleibt, wenn er muß. Wir werden immer wieder auf die Forderung hingeleitet, auf deren Bedeutung noch besonders zurückzukommen sein wird, daß gewisse Kulturschranken zwischen Ost und West fallen müssen.

Im allgemeinen wird man sagen können, daß die Heeresleitung schon durch die Forderungen der militärischen Ausbildung veranlaßt wird, in einem das Deutschtum fördernden Sinne zu wirken. Es gibt aber einige Punkte, in denen das militärische Interesse und das politische Bedürfnis sich nicht ohne weiteres decken. Im Interesse der Kriegsbereitschaft ist es wünschenswert, daß die Rekruten, die in einem Armeekorpsbezirk ausgehoben werden, auch in die Regimenter des Armeekorps eingestellt werden. Dagegen fordern politische Rücksichten, daß mit den Rekruten polnischer Zunge eine Ausnahme gemacht wird. Innerhalb des polnischen Sprachgebiets müssen in die Standorte der Truppen deutsche Mannschaften gelegt werden, während die polnischen Rekruten in deutsche Gegenden gebracht werden. Es ist nicht zu leugnen, daß dadurch nicht nur für die Rekrutierung im Frieden und die Staatskasse — das würde bei einer so wichtigen Sache nicht in Betracht kommen —, sondern vor allem für die Mobilmachung manche Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten entstehen. Es wäre eine große Annehmlichkeit und Erleichterung für die Kommandobehörden im Osten, wenn die Polen schon im Frieden in ihrer Heimat eingestellt und ausgebildet werden könnten. Und doch müssen die erwähnten Schwierigkeiten in den Kauf genommen werden, weil es für den Geist der im Osten stehenden Truppenteile von geradezu unberechenbaren Folgen sein würde, wenn in ihnen das polnische Element überwöge und man andererseits darauf

verzichtete, den preußischen Soldaten polnischer Nationalität in deutscher Umgebung auszubilden. Der vortreffliche Organismus des preußischen Heeres hat, um einen möglichst hohen Grad der Kriegsbereitschaft zu erreichen, schon ganz andere Hemmnisse und Unbequemlichkeiten zu überwinden gelernt. Es wäre ganz gegen alle preußische Tradition, wenn man den Geist eines Teils des Heeres gefährden wollte, um sich in organisatorischer Beziehung etwas leichtere Arbeit zu machen.

Immerhin könnte bei diesem Punkte die Entscheidung einen Augenblick schwanken; denn die Rücksicht auf die Organisation der Mobilmachung ist wenigstens eine schwer ins Gewicht fallende Sache. Dagegen kann in einem zweiten Punkte, wo das rein militärische Fachinteresse und die Rücksichten der Politik gleichfalls auseinanderzugehen scheinen, die Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Es handelt sich um die Frage der Konzentrierung der Truppenteile in größeren Standorten. Es ist hier nicht nötig, auf die Gründe einzugehen, die von militärischer Seite immer mehr zum Aufgeben der kleinen Garnisonen geführt haben. Zum Teil sind es auch hier Gründe der Kriegsbereitschaft, die Notwendigkeit, im Fall einer Mobilmachung umfassende Neuformationen aufzustellen, die zu der erwähnten Konzentrierung Anlaß gegeben haben. Selbstverständlich sind diese schwierigen, den Kommandobehörden wie der Verwaltung eine große Verantwortung auferlegenden Maßregeln nicht unbedeutend erschwert, wenn die Truppen in einzelnen kleinen Verbänden über das ganze Land zerstreut sind. Man hat auch geglaubt, größere Vorteile in Bezug auf Unterbringung, Verpflegung und Ausbildung der Truppen durch ihre Zusammenlegung gewinnen zu können. Darüber können nun freilich verschiedene Meinungen bestehen. Namentlich bezüglich der Ausbildung ist es sehr fraglich, ob die großen Garnisonen wirkliche Vorteile gewähren. Tatenlustige Vorgesetzte, die der Meinung sind, alles, was nicht unter ihren Augen und unter ihrer unmittelbaren Leitung geschieht, sei nichts wert, werden freilich von der Verteilung der Truppen in kleine Garnisonen nichts wissen wollen. Indessen bei der heutigen Handhabung der Manöver und der größeren Übungen und bei der Einrichtung der Truppenübungsplätze dürfte in Bezug auf Übungen unter höherer Aufsicht und in größeren Verbänden vollkommen

genug geschehen. Wer andererseits die unsere ganze Armee durchdringende Pflichttreue und die Frische und Selbständigkeit, mit der in den Truppenverbänden der kleinen Garnisonen die Ausbildung geleistet wird, zu würdigen weiß, der wird sicher mindestens die Überzeugung gewinnen, daß in dem, worauf es für die Tüchtigkeit der Armee vor allem ankommt, keine durchschlagenden Einwände gegen das Fortbestehen kleiner Garnisonen zu erheben sind. Es steht sicher von militärischer Seite nichts dem entgegen, daß man in dieser Frage neben rein militärischen Erwägungen auch andere, seien es wirtschaftliche, seien es politische, zu Rate zieht. Für die Polenfrage kommt ohne Zweifel in Betracht, daß die kleinen Garnisonen eine vortreffliche Stütze des Deutschtums sind. Während im bürgerlichen Leben der Aufenthalt einer deutschen Minderheit innerhalb einer polnischen Mehrheit für das Deutschtum der ersteren oft verhängnisvoll wird, besteht für die deutschen Soldaten, die sich während ihrer Dienstzeit in einer Stadt mit überwiegend polnischer Bevölkerung aufhalten, nicht die geringste Gefahr, daß sie etwa polnischen Einflüssen verfallen könnten. Dagegen erhalten deutsche Handwerker und Gewerbtreibende durch die deutschen Garnisonen eine Stütze, die ihnen andere künstliche Mittel niemals gewähren können. Das zeigte sich, als einige kleine Garnisonen in überwiegend polnischen Gegenden aus militärischen Rücksichten aufgegeben wurden. In der kleinen Stadt Schrimm, in der Provinz Posen, folgte der Verlegung der Garnison der Zusammenbruch einer ganzen Anzahl deutscher Geschäfte; in wenigen Jahren erstarkte dort das Polentum in auffallender Weise. Es ist schon erwähnt, daß der Deutsche, der eine polnische Frau wählt, leicht zum Polen wird und seine Kinder polnisch erziehen läßt. Von dem deutschen Unteroffizier oder einem gedienten Soldaten, der in einem gewissen Zusammenhang mit seinem Truppenteil bleibt, ist das nicht so ohne weiteres zu befürchten; wenn etwas dazu beitragen kann, in polnischer Umgebung deutsche Familien zu erhalten, so ist es die Einwirkung, die von der Garnison ausgeht. Ja, in kleinen Garnisonen pflegt überhaupt nicht die schroffe Zurückhaltung von polnischer Seite zu bestehen, die sonst den Deutschen in polnischer Umgebung das Leben geradezu unerträglich machen kann. Namentlich die polnische Jugend, die sonst das deutsche „Hundeblut" mit Mißtrauen und Haß ansieht, vermag sich den

von dem „zweierlei Tuch" ausgehenden Eindrücken nicht so ganz zu entziehen, wie es der polnische Seelenhirte zu wünschen pflegt. Es kann daher gar nicht dankbar genug begrüßt werden, daß die preußische Regierung, wie der Ministerpräsident Graf v. Bülow in seiner großen Programmrede zur Polenpolitik im Januar 1902 auseinandergesetzt hat, zur Einrichtung der kleinen Garnisonen im Osten zurückkehren will. Vorbereitungen sind auch dazu schon getroffen. So kann auch auf militärischem Gebiet viel dazu beigetragen werden, daß das Deutschtum in der Ostmark wieder festen Fuß faßt.

Kapitel 13.

Die allgemeine Staatspolitik und das Polentum.

Zu der Erörterung über die allgemeinen Grundsätze der Polenpolitik gehört auch eine Betrachtung ihrer Beziehungen zur allgemeinen Staatspolitik. Die Lage des unter drei europäischen Großstaaten aufgeteilten ehemaligen Polenreichs bringt es mit sich, daß die Polenfrage in erster Linie die auswärtige Politik berührt. Wie die Polen selbst ihre Stellung zu den sogenannten Teilungsmächten auffassen und auf welche Entwickelung unter den vielen im Bereich der Möglichkeit liegenden sie ihre Hoffnungen setzen, das ist früher schon erörtert worden. Es würde aber nichts verkehrter sein, als wenn man nun von unserer Seite theoretisch erörtern wollte, wie die Leiter unserer auswärtigen Politik im besonderen Falle zu verfahren haben, um die von den Polen gewünschte Entwickelung der internationalen Lage zu verhindern. Das würde vollkommen zwecklos sein. Es genügt vollständig, wenn wir, wie es jetzt der Fall ist, die vertrauensvolle Überzeugung haben können, daß die verantwortlichen Stellen die wahre Natur der Polenfrage und den Gedankengang der polnischen Hoffnungen und Bestrebungen richtig erkannt haben und die Erfahrung und Fähigkeit besitzen, um das Staatsschiff dementsprechend zu steuern. Diese Überzeugung erübrigt vollständig die Aufstellung allgemeiner Regeln, die in einer Kunst, wie es die Führung der auswärtigen Politik ist, ohnehin wenig Wert haben Falls wir einmal wieder

das Unglück haben sollten, eine auf Irrwegen wandelnde, dilettantische auswärtige Politik zu besitzen, würde dann auch mit der Einzelkritik nicht viel geholfen sein, wenn nicht die Einsicht in das Wesen der Polengefahr bis dahin so stark und allgemein geworden ist, daß der von Parlament und Presse ausgehende Druck in Verbindung mit der hoffentlich dann vorhandenen Widerstandsfähigkeit des Deutschtums die Fehler einer solchen Regierungspolitik auszugleichen vermag.

Also Ratschläge für die Führung der auswärtigen Politik mit besonderer Beziehung auf die Polenfrage sind unnötig, überflüssig und sogar schädlich. Anders aber steht es mit der Zurückweisung der Kritik, die an einer energischen Staatspolitik in der Polenfrage mit der ausdrücklichen Absicht gübt wird, durch Hinweis auf internationale Schwierigkeiten oder durch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik liegende allgemeine Bedenken womöglich die Regierung irre zu machen oder doch wenigstens Stimmung gegen sie und Zweifel an ihrer Geschicklichkeit zu erwecken. Mit anderen Worten: wir haben die Frage zu erörtern, ob, wie von polenfreundlicher Seite behauptet wird, eine Polenpolitik, die in energischer Weise Schutz und Förderung des Deutschtums in der Ostmark auf ihr Programm geschrieben hat, den Interessen des Deutschen Reichs irgend welchen Schaden bringt, etwa unsere internationalen Beziehungen schädigt oder uns irgendwelcher wirksamen Kräfte beraubt.

Ein Lieblingsgedanke unserer Ultramontanen ist es, daß die angebliche Ungerechtigkeit, deren wir uns in der Behandlung der Polen schuldig machen sollen, nicht nur direkt unsere Beziehungen zu Österreich-Ungarn und Rußland unfreundlicher gestalten müßte, weil in beiden Staaten das slavische Element dadurch zu immer größerer Feindschaft gegen das Deutschtum und demgemäß auch gegen das Deutsche Reich angestachelt werde, sondern daß wir damit fremden Staaten auch das Beispiel geben, das zur Unterdrückung nationaler Minderheiten in jenen Ländern und so vor allem unserer deutschen Landsleute führt. Wir haben kein Recht — so sagen die Vertreter dieser Ansicht —, uns über die Unterdrückung des Deutschtums in Ungarn und in den baltischen Provinzen Rußlands zu beklagen, wenn wir selbst in unsern östlichen Provinzen die fremdsprachige nationale Minderheit unterdrücken.

Nicht nur ein sehr einleuchtender, sondern auch ein richtiger Gedanke, — d. h. wenn das Deutschtum in Ungarn und Rußland dieselbe Stellung einnehmen wollte, wie das Polentum bei uns! Aber da liegt eben der Unterschied. Wir wollen die Polen nicht bekämpfen, weil sie eine nationale Minderheit sind und wir um irgend eines politischen Prinzips willen, das wir uns in den Kopf gesetzt haben, alles deutsch machen und fremdsprachige Mitbürger bei uns nicht dulden wollen, sondern wir müssen gegen die Polen einen gewissen Kampf führen, weil ihre Bestrebungen mit der Anerkennung unseres staatlichen Besitzstandes und unserer historischen Rechte nicht vereinbar sind. Von dem Augenblick an, wo die preußischen Polen sich endgültig und mit allen Konsequenzen als preußische Untertanen bekennen und jeden Gedanken an Wiederherstellung ihres Reichs, so weit preußisches Gebiet in Frage kommt, aufgeben, wo sie ferner darauf verzichten, Deutsche zu polonisieren und ihre deutschen Mitbürger mit Feindseligkeiten und Anmaßungen zu verfolgen, — von diesem Augenblicke an würde die polnische Nationalität unter preußischem Szepter denselben Schutz und dieselbe Achtung finden, wie es z. B. bei den polnisch redenden ostpreußischen Masuren der Fall ist und wie es auch bei den polnischen Oberschlesiern der Fall war, bis die großpolnische Agitation in dieses Gebiet einbrach und den Frieden störte.

In Ungarn und Rußland verfährt man aber nach ganz entgegengesetztem Rezept. Die Deutschen in diesen Ländern sind vollkommen loyale Untertanen ihrer Regierungen und haben alle ihre Kräfte in den Dienst des Staates gestellt, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Unbefangene Russen haben stets offen anerkannt, daß die Deutschen aus den Ostseeprovinzen im Heere und in der Verwaltung Rußlands die wertvollsten Dienste geleistet haben. Gemeint sind hier nicht die Russen deutscher Abkunft, die eben vollständig russifiziert sind, sondern diejenigen Deutschen, die im russischen Untertanenverhältnis stehen und doch mit vollem Bewußtsein daran festhalten, daß sie deutscher Nationalität sind. Alle die Leute, die gelegentlich mit dem Gedanken einer Lostrennung der Ostseeprovinzen von Rußland gespielt haben, sind keine Balten gewesen mit verschwindend wenigen Ausnahmen, und doch ist das Bewußtsein der nationalen Zugehörigkeit zu Deutschland in Bezug auf Kultur und Geistesleben bei den Balten klar und unerschütterlich.

Viele ziehen vor, ihre alte Heimat zu verlassen und nach Deutschland zu gehen, wenn ihnen ihre nationale Existenz in Rußland verkümmert wird, aber sie werden nie die Pflicht ihrer Loyalität gegen das russische Herrscherhaus verletzen. Und ähnlich kämpfen die Deutschen in Ungarn gegen das Magyarentum für die Erhaltung ihrer Nationalität, ohne auch nur in Gedanken irgend ein Recht des ungarischen Staatsverbandes oder gar seinen Bestand in Zweifel zu ziehen.

Dabei ist der Hauptunterschied noch gar nicht einmal in Betracht gezogen. Die Deutschen sind in Rußland sowohl als in Ungarn ein wichtiger Kulturfaktor; als solcher besitzen sie große Verdienste um die Länder im Osten. Dem Deutschtum — nicht nur dem Besitz der Ostseeprovinzen — hat der russische Staat unendlich viel zu danken. Das kann selbst der überzeugteste Panslavist zugeben; denn auch wir brauchen uns nicht in unserm nationalen Bewußtsein durch den Gedanken herabdrücken zu lassen, daß wir anerkennen, was wir fremden Völkern und älteren Kulturen zu verdanken haben. Und ebenso bedarf es kaum eines Worts, um der geschichtlichen Tatsache zu gedenken, daß alles, was Ungarn an Kultur hat, von den westlichen Nachbarn übernommen ist. Wie weit die Magyaren einmal ihre heutige Kultur in eigenen nationalen Bahnen weiter entwickeln werden, ist eine Frage der Zukunft. Es kann ja sein, daß es einmal eine eigenartige magyarische Kultur geben wird; was die Magyaren heute haben, ist deutsche Kultur. Man kann sogar mit einem gewissen Recht sagen: nicht einmal der heutige ungarische Staat ist ein Werk der Magyaren oder eine wirkliche Fortsetzung des mittelalterlichen Magyarenreichs. Denn dieses ist in Wahrheit von der türkischen Sturmflut verschlungen worden, und nur weil die Habsburger einmal den Rechtstitel des apostolischen Königtums des heiligen Stephan besaßen, haben sie ihre auf dem römischen Kaisertum und dem Besitz ihrer deutschen Stammlande beruhende Macht, d. h. also mit andern Worten deutsche Kraft, eingesetzt, um das Magyarenland von den Türken zurückzuerobern. In diesem hauptsächlich durch deutsche Arbeit neugeschaffenen Ungarn haben dann die Magyaren erst allmählich die Herrschaft ihres Stammes und die Anknüpfung an die mittelalterlichen Traditionen wiedergewonnen. Diese Feststellung bedeutet nicht eine Verkleinerung des heutigen

magyarischen Staats oder eine Unterschätzung der historischen Entwickelung des Magyarentums, sondern nur die Erklärung dafür, daß das Deutschtum denn doch ein ganz anderes historisches Recht innerhalb des ungarischen Staats für sich in Anspruch nimmt, als das einer beliebigen nationalen Minderheit.

Nun vergleiche man damit, was das Polentum als solches etwa für Preußen und Deutschland bedeutet hat. Die Antwort „Nichts" ist auf diese Frage so selbstverständlich und unbestritten, daß man fast fürchten muß sich lächerlich zu machen, wenn man auch nur die Frage ernsthaft stellt. Was einzelne tüchtige Polen im Dienste deutscher Staaten geleistet haben, das haben sie nicht als Polen oder als Vertreter einer von Natur überlegenen Kultur zuwege gebracht, sondern unter dem unmittelbaren Einfluß und im Bereich der deutschen Bildung, des deutschen Staatslebens und der deutschen Disziplin. Eine polnische Kultur, Wissenschaft, Kunst oder Literatur, von der wir Deutschen etwas hätten lernen können, gibt es nicht. Es ist also gänzlich verkehrt, die Bedeutung des Polentums in Deutschland überhaupt in Parallele zu stellen mit der des Deutschtums in anderen Ländern.

Nun wird freilich eingewendet werden, auf diesen objektiv festzustellenden Parallelismus komme es nicht an; entscheidend sei nur die formell rechtliche Lage der nationalen Minderheiten im Staate. Ob mit Recht oder Unrecht, jedenfalls werde aus der Art, wie wir uns zu den in unserm Staat vorhandenen fremdnationalen Minderheiten stellen, von andern Staaten die Berechtigung entnommen, gegen die Deutschen innerhalb ihres Gebiets ebenso vorzugehen. Die theoretische Richtigkeit dieser Behauptung könnte vielleicht zugegeben werden, praktisch aber ist die Sache vollkommen bedeutungslos. Denn erstens ist die Behandlung fremdnationaler Minderheiten für jeden Staat eine interne Frage, bei der er sich nicht durch Hinweis auf fremde Beispiele zu rechtfertigen braucht, sondern die er lediglich nach Maßgabe des eigenen Interesses zu regeln hat, und zweitens stimmt die Behauptung nicht zu den tatsächlichen historischen Erfahrungen.

Was den ersten Punkt betrifft, so ist es für die praktische Politik völlig unmöglich, die Nationalitätenfrage anders zu behandeln als jede andre interne Frage eines fremden Staats, es sei denn, daß man aus sonstigen politischen Gründen einen

im eigenen Lande populären Vorwand sucht, um sich mit dem fremden Staat auseinanderzusetzen. Bismarck hatte gewiß vermöge seiner ganzen, von hochgespanntem Nationalstolz erfüllten Denkweise und überdies vermöge zahlreicher persönlichen Beziehungen in den russischen Ostseeprovinzen ein tiefes Verständnis für die Lage des Deutschtums in jenen Gegenden und ein lebhaftes Mitgefühl für die schwer um ihre nationale Existenz ringenden Landsleute. Dennoch hat er als Staatsmann diesen Regungen niemals auch nur das kleinste Zugeständnis gemacht, sondern wies jeden Versuch, in dieser Richtung auf ihn einzuwirken, unbeugsam zurück. Er hätte niemals eine Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland um der Balten willen gestattet, und er hat sich auch, als eine Verschlechterung dieser Beziehungen gegen seinen Willen aus andern Gründen dennoch eintrat, nicht dazu hinreißen lassen, seinen Standpunkt in der Baltenfrage irgendwie zu verändern. Er hielt daran fest, daß das eine innere russische Angelegenheit sei. Dadurch gewann er die volle Freiheit in der Behandlung der innerdeutschen Nationalitätenfragen. Das ist aber nicht nur Richtschnur für Deutschland allein, sondern es ist anerkannter Grundsatz der gesamten internationalen Politik. Die Prestige- und Interventionspolitik früherer Zeiten ist allgemein in Mißkredit gekommen, und wo dennoch davon Gebrauch gemacht wird, geschieht es mit der bewußten Absicht, kriegerische Verwickelungen, aus denen man sich bestimmte Vorteile verspricht, herbeizuführen. Hätte Rußland z. B. die Absicht, sich aus irgend einem Grunde kriegerisch mit uns auseinandersetzen, so müßte es irgend einen casus belli herbeiführen. Möglich, daß es dann die Polenfrage dazu benutzte; ginge das aber aus irgend einem Grunde nicht an, so müßte etwas anderes gefunden werden. Gefunden aber würde dann irgend eine Ursache der Verwicklung ganz sicher. Umgekehrt aber: Will Rußland mit uns in Frieden leben, so darf und wird es sich ebensowenig offiziell darum kümmern, wie wir unsre Polen behandeln, als wie wir uns darum kümmern können, was Rußland in seinen Ostseeprovinzen anordnet. Solange wir nicht die Ungeschicklichkeit begehen, Interventionspolitik in inneren Angelegenheiten fremder Staaten zu treiben, wird es dabei bleiben, daß jeder Staat die fremdnationalen Minderheiten unbekümmert um andere Mächte so behandelt, wie er glaubt, daß es seinem

eigenen Interesse entspricht. Nur wenn wir selbst zu unsrer Rechtfertigung vor unserm eigenen nationalen Gewissen fremde Beispiele heranziehen, dann tritt das ein, worauf vorhin schon hingewiesen ist: dann müssen wir — nicht um des Auslandes, sondern um der Richtigkeit unseres eigenen Urteils willen — auch ernstlich prüfen, inwieweit derselbe Fall vorliegt, und dann sehen wir eben sehr oft, daß die Parallele gar nicht stimmt.

Die historische Erfahrung beweist auch, daß die Mächte in der Frage der fremdnationalen Minderheiten sich niemals nach fremden Beispielen richten, sondern lediglich das eigene Interesse zu Rate ziehen. Wenn man mitunter in Zeitungen und politischen Streitschriften dem Gedanken begegnet, die Vergewaltigung deutscher Minderheiten in unsern Nachbarstaaten sei eine Folge der schärferen preußischen Polenpolitik, so ist das eine Behauptung ohne jeden tatsächlichen Untergrund, wenn es nicht sogar richtiger ist, von einer dreisten Fälschung geschichtlicher Tatsachen zu reden. Sowohl die schroffe Behandlung der Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen, als auch die Versuche in Ungarn, die Deutschen zu magyarisieren, sind älteren Datums, als die im Vergleich dazu höchst humanen und zahmen Maßregeln der preußischen Regierung, sich der staatsgefährlichen Machenschaften des Polentums zu erwehren, — Maßregeln, die man noch dazu böswillig falsch deutet, wenn man sie als „Germanisierungsbestrebungen" bezeichnet. Weder Rußland noch Ungarn werden sich auch jemals hindern lassen, ihre deutschen Untertanen schlecht zu behandeln, falls die preußische Staatsregierung wirklich die Ratschläge der Polenfreunde befolgen und zu einer neuen Versöhnungspolitik übergehen wollte. Denn sie wissen ja, daß wir keinen Rechtstitel haben, auf Grund dessen wir für die Deutschen in fremden Ländern eintreten könnten, und daß nur eine Machtpolitik uns zu einem solchen Schritt treiben könnte, der den Interessen des Deutschen Reiches durchaus entgegen ist. Also selbst wenn wir unsern Nachbarn das erhabene Beispiel nationaler Großmut geben wollten, um sie durch milde Nachsicht gegen die Polen zur Schonung unsrer deutschen Landsleute zu bewegen, so würde das ganz und gar seinen Eindruck verfehlen. Im Gegenteil wäre die Schwäche, die wir im eigenen Hause gegen eine uns feindlich gesinnte Minderheit zeigen, nur ein Ansporn, um so schneller mit den Deutschen aufzuräumen,

die auf fremdem Boden noch eine nationale Sonderexistenz führen. Welche Achtung könnten Slaven und Magyaren noch vor einem Volke haben, das selbst auf dem Boden, wo es Herr ist, dem Andringen einer slavischen Nationalität nicht einmal soviel Widerstand leisten kann, daß die Gefahr für die Erhaltung seiner Grenzen als beseitigt gelten darf? Die Lebenskraft und Energie, die das Deutschtum entfaltet, indem es sich gegen den Ansturm einer fremden Nationalität in seinen eigenen Grenzen behauptet, ist zugleich auch der beste Schutz des Deutschtums im Auslande.

Nun pflegen ja ängstliche Leute zu behaupten, daß die Stimmung, die unsere Politik unter den Polen erzeugt, in jedem Falle auch eine gewisse Wirkung nach außen ausübe. Ist es nicht nachteilig für uns, wenn sich die Meinung verbreitet, daß die Polen in Galizien und im Generalgouvernement Warschau es besser haben, als die Polen im preußischen Staat? Muß da nicht zuletzt die Solidarität der slavischen Nationen gegenüber den Germanen trotz des hergebrachten Hasses zwischen Polen und Russen zur Geltung kommen? Das kann ohne weiteres zugegeben werden; es ist unleugbar, daß die natürliche Entwickelung des Polentums es den Russen allmählich näher bringt und den Gegensatz zum Deutschtum verschärft. Darauf ist früher an anderer Stelle dieser Schrift schon mit großem Nachdruck hingewiesen worden, allerdings aber auch mit der Erinnerung, nicht etwa diese Entwickelung auf Rechnung der Behandlung zu setzen, die den Polen bei uns zu teil wird. Wir sind in der Tat gänzlich außerstande die geschilderte Entwickelung aufzuhalten. Wir müssen nur den Schaden, der uns daraus droht, möglichst zu verhindern und abzuwehren suchen. Das können wir aber nur, wenn wir das Polentum bei uns nicht zu mächtig werden lassen. Es ist klar, daß ein Gewährenlassen gerade diese Gefahr, von der hier die Rede ist, nur vergrößern kann. Wir brauchen uns in dieser notwendigen Abwehrpolitik um so weniger beirren zu lassen, als die offizielle russische Politik auf absehbare Zeit ihrerseits gar nicht in der Lage ist, aus der deutschfeindlichen Stimmung der Polen den vollen Nutzen zu ziehen. Gewiß werden Versuche dazu gemacht, die russische Volksstimmung in einem panslavistischen Sinne zu leiten. Es gibt zahlreiche russische Preßorgane, die davon leben, daß sie das den Russen eigentümliche Mißtrauen und ihre Anti-

pathie gegen gewisse nationale Eigenheiten der Deutschen — „Deutschenhaß" ist viel zu viel gesagt — beständig zu schüren suchen. Dazu müssen natürlich auch die Märchen herhalten, die von polnischer Seite in Rußland über die Unterdrückung der slavischen Brüder in Preußen verbreitet werden. Sind doch übrigens auch in den Redaktionen dieser russischen Blätter zahlreiche Polen tätig. Wir können uns aber zu unserm Trost klar machen, daß diese Tätigkeit der russischen Presse, die über den Zweck einer allgemeinen Stimmungsmache nicht hinausgeht, vollkommen unabhängig von jedem Zusammenhang mit einer konkreten Frage ist. Sind es nicht die Polen, so ist es irgend etwas anderes, was zu dem gleichen Zwecke herhalten muß: irgend eine wirtschaftliche Maßregel, ein Manöver der Berliner Börse, ein Grenzzwischenfall, irgend eine Frage der hohen Politik u. s. w. Dem Schicksal, daß in russischen Blättern der bezeichneten Art über uns geschimpft wird, entgehen wir jedenfalls nicht. Wenn also auch unsere Polenfrage benutzt wird, um uns den Russen gegenüber etwas anzuhängen, so beweist das an und für sich gar nichts. Es fragt sich nur, ob die Regierung und die Meinung der führenden Kreise in Rußland irgendwie dadurch beeinflußt werden könnte. Da stehen wir nun aber der Beobachtung gegenüber, daß die streng nationalrussischen Blätter sehr ernst davor gewarnt haben, die Partei der Polen zu ergreifen. Die ernsthaft zu beurteilenden Russen überlegen sich selbstverständlich sehr wohl, daß sie, was die polnische Frage betrifft, selbst im Glashause sitzen und daher gut daran tun, nicht mit Steinen zu werfen. Von russischer Seite weiß man sehr wohl, wie weit die polnisch-russische Brüderschaft höchstens reichen kann. Gelegentliche Versuche des menschlich wohlwollenden Kaisers oder auch mit seinem Einverständnis eines ideal angehauchten Generalgouverneurs, die Zügel etwas lockerer zu lassen, dürfen bei uns nicht überschätzt werden. Unsere deutsche Presse nimmt gewöhnlich alles für bare Münze, was dann in den Zeitungen über sogenannte Versöhnungspolitik in Russisch-Polen geschrieben wird, und natürlich quittiert man in Rußland schmunzelnd über das Lob, das ihr dann vorübergehend von polnischen und deutschen Polenfreunden gespendet wird. Unsere Presse vergißt dabei, daß die Dinge in Wirklichkeit erheblich anders aussehen, daß die Polen selbst jede scheinbare

Nachgiebigkeit der russischen Regierung nur deshalb laut ausschreien, um mehr zu erlangen und uns einzuschüchtern, daß aber die absolute russische Regierung trotz gelegentlicher Großmutsversuche in der Praxis über tausend kleine Mittel verfügt, um die Polen zu knebeln und ihnen eine Existenz zu bereiten, die nur mit Hilfe grober Unehrlichkeit für erträglicher als die in Preußen ausgegeben werden kann. Wenn die russische Regierung in Polen wirklich irgendwo das Polentum begünstigt, so geschieht es nur im Sinne eines wirtschaftlichen Notbehelfs, um gegen die sich ausbreitende, den Russen noch unbequemere deutsche Industrie einen Sturmbock zu haben. Wir täten also besser, uns durch die Behauptungen über die ungleich mildere Praxis der russischen Regierung im Generalgouvernement Warschau nicht einschüchtern zu lassen. Wirkliche Erfolge des Polentums in Preußen bedrohen die wirklichen Interessen des russischen Reichs ebenso wie die unsrigen, und die Zeit, wo diese reale Erkenntnis hinter etwaigen russisch-polnischen Verbrüderungsstimmungen zurücktritt, liegt noch in unberechenbarer Ferne.

Es darf auch daran erinnert werden, daß die Zeiten, in denen die preußische Politik mit den Polen liebäugelte, zusammenfallen mit den Perioden, in denen auch die offiziellen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg um einen oder mehrere Grade kühler waren, als gewöhnlich. Man mag sich in Rußland gelegentlich wohl so stellen, als ob man an einer schärferen Behandlung der polnischen Brüder in Preußen Anstoß nehme und einem Gefühl des Mitleids Raum gebe, das dem Russen ja überhaupt sehr nahe liegt, wo ihn nicht ein eigenes Interesse direkt zur Härte treibt; indessen die eigentliche Beunruhigung beginnt in den ernsthaften politischen und verantwortlichen Kreisen Rußlands erst dann, wenn sie fürchten müssen, daß wir den Polen die Zügel schießen lassen und ihren nationalen Träumen Nahrung geben.

Wie steht es nun aber mit Österreich-Ungarn? Hat nicht schon die Gerichtsverhandlung über die Wreschener Schulkrawalle dazu geführt, daß es in Galizien zu heftigen Demonstrationen gegen Deutschland und seine offiziellen Vertreter kam? Kann nicht die österreichische Regierung, die auf die Polen große

Rücksichten zu nehmen hat, durch unsere Polenpolitik in Lagen gebracht werden, die eine ungünstige Wirkung auf das bundesfreundliche Verhältnis zu Deutschland ausüben? Darauf ist Folgendes zu erwidern. Das deutsch-österreichische Bündnis beruht auf einer Interessengemeinschaft und realen Vorteilen; es ist selbstverständlich nur so lange zu halten, als diese gemeinsamen Interessen bestehen. Wie lange das der Fall sein wird, kann niemand wissen. Auch der weitschauendste und vorsichtigste Politiker kann zur Zeit nur feststellen, daß die realen Vorteile des Bündnisses noch auf lange hinaus für beide Teile von stärkerer Wirkung sein werden, als die nationalen Gegensätze, die die verbündeten Mächte im Innern zu überwinden haben. Damit müssen wir uns begnügen. So lange wir imstande sind, ein bundesfreundliches Verhältnis zu Österreich-Ungarn zu pflegen, obwohl das Magyarentum in Ungarn das Deutschtum gewaltsam unterdrückt und obwohl der österreichische Staat die alte historische Stellung der Deutsch-Österreicher den Tschechen, Polen und Slowenen, aufopfert, — so lange werden wir auch von Österreich-Ungarn erwarten und verlangen können, daß es sich nicht um unsere Polenfrage kümmert. Es würde von wenig Selbstbewußtsein zeugen, wenn wir Österreich das Recht zugestehen wollten, als Fürsprecher unserer Polen aufzutreten, während wir ruhig mitansehen, wie gegen das Deutschtum in Österreich ein Schlag nach dem andern geführt wird. Zöge Österreich aus der preußischen Polenpolitik irgendwelche Konsequenzen, so würde es uns selbst damit das Recht in die Hand geben, in seinen eigenen innern Nationalitätenkämpfen ein kräftiges Wort zu Gunsten des Deutschtums zu sprechen. Es ist aber gar nicht daran zu denken, daß in absehbarer Zeit die österreichische Politik einen solchen Fehler begehen könnte. Sollte er in Zukunft einmal wirklich begangen werden, so könnten wir daraus sehen, daß dann eine nationale Umgestaltung Österreichs so weit vollzogen wäre, daß der Dreibund überhaupt jeden Sinn und Wert verloren haben müßte. Wenn es einmal dahin kommt, wird unsre Diplomatie hoffentlich längst ihre Pflicht getan und eine andere Kombination der europäischen Politik vorbereitet haben. Für uns steht heute soviel fest: wenn sich Österreich-Ungarn durch das Bündnis mit uns nicht daran hindern läßt, eine antideutsche

innere Politik zu treiben, brauchen wir uns noch viel weniger hindern zu lassen, unser Hausrecht gegen die Polen zu wahren.

Im allgemeinen sind also die Einwände, die von der polenfreundlichen Presse erhoben zu werden pflegen, um eine entschiedene Polenpolitik vom Standpunkt der auswärtigen Politik als nicht ratsam erscheinen zu lassen, durchaus hinfällig. Schwieriger ist natürlich die Erörterung, wie sich die allgemeine Staatsraison vom Standpunkt der *inneren Politik* mit der Polenfrage abzufinden hat. Zu einem wesentlichen Teil ist diese Frage aber durch die bisherigen Untersuchungen bereits insofern beantwortet, als festgestellt worden ist, daß das Gewährenlassen der Polen eine offenbare Gefahr für den Bestand des Staats in sich trägt. Die Pflicht des Staats, seinen Bestand zu erhalten, muß allen andern vorangehen. In praktischer Hinsicht fragt sich nur, ob es glücken wird, die Mehrheit der politischen Parteien für ein Programm einer kräftigen Polenpolitik zusammenzufassen, und ob es möglich ist, die wünschenswerte gemeinsame Organisation des Deutschtums in den Ostmarken auch politisch lebenskräftig zu machen.

Wie die verschiedenen Parteien zur Polenfrage stehen, ist früher schon in anderem Zusammenhange erwähnt worden. Daß die Konservativen und gemäßigt Liberalen eine energische Polenpolitik zu unterstützen bereit sind, daß die Freisinnigen ihrer Parteidoktrin und ihren Bestrebungen nach weniger dazu geneigt sind, daß das Zentrum in seiner Gesamtheit polenfreundlich ist und daß die Stellung der Sozialdemokratie im allgemeinen durch ihren Internationalismus bestimmt ist, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Die Stellung der Gesamtparteien deckt sich aber nicht vollständig mit den besonderen Anschauungen der in den Ostmarken selbst lebenden Deutschen, die in der Polenfrage sich zu einem großen Teil ihre eigenen unabhängigen Meinungen bilden. Es ist schon geschildert worden, wie die sonst mit der Zentrumspartei gehenden deutschen Katholiken in den Ostmarken sich in der Polenfrage immer mehr von der allgemeinen Parteiparole emanzipieren und trotz der offiziellen Polenfreundschaft des Zentrums notgedrungen immer entschiedener der Fahne des „Hakatismus" folgen. Es ist ebenso schon erwähnt, daß auch viele Freisinnige immer mehr die Unmöglichkeit einsehen, den aggressiven Bestrebungen der Polen gegenüber den Standpunkt

ihrer Parteitheorie zu wahren; sie müssen sich eben als Deutsche ihrer Haut wehren, und die Nötigung der praktischen Verhältnisse, sowie der durch den Parteigeist noch nicht ganz verdorbene Rest ihres Nationalbewußtseins sind schließlich stärker, als die schönen Grundsätze aus Herrn Eugen Richters ABC-Buch. Was aber die Sozialdemokraten anbetrifft, so halten die internationalen Verbrüderungstheorien zwischen Deutschen und Polen noch weniger stand, als anderswo. Die polenfreundlichen Parteien haben also gerade da, wo die unmittelbare Berührung zwischen Deutschen und Polen stattfindet, mit starken Gegenströmungen zu kämpfen.

An solchen Gegenströmungen, nur hier natürlich im entgegengesetzten Sinne, fehlt es aber auch den nationalen Parteien nicht. In konservativen Kreisen strengster Observanz steht man dem Nationalitätsbegriff innerlich mit Unbehagen gegenüber, weil hier noch gewisse Erinnerungen und Überlieferungen aus der Zeit nachwirken, in der das Nationalitätsprinzip dem Legitimitätsprinzip gegenübergestellt wurde und daher einen Beigeschmack von Revolution hatte. In der Anschauung älterer konservativer Kreise gilt der Nationalitätsbegriff noch als ein Erzeugnis des Liberalismus und nationale Politik gleichbedeutend mit liberaler Politik. Neuere Erscheinungen einer gewissen Überspannung des Nationalismus haben das Unbehagen der erwähnten Kreise verstärkt. Diese sehen in dem Nationalgefühl nicht das Verständnis und die Pflege einer bestimmten Volkseigenart, die der natürliche Träger der Gesetze und Einrichtungen des Staats sein soll und bei den individualistischen Einflüssen der modernen politischen Entwickelung als zusammenfassendes Element sich immer unentbehrlicher erweist, sondern ihr Nationalgefühl ist im Grunde nur die für diese Kreise selbstverständliche patriotisch-monarchische Gesinnung, die eine gewisse Erweiterung zu einem etwas modernisierten Staatsgefühl erfahren hat. Diese Form des Nationalgefühls kennt nicht den Unterschied von nationalem Geist und fremdem Geist, sondern nur loyale und nichtloyale Staatsbürger. Das kann in vielen Fällen in der Praxis auf dieselbe Wirkung hinauslaufen. Denn wer selbst Stolz auf sein Vaterland besitzt und Hingabe an sein Vaterland übt — gleichviel, ob er sich dabei als Glied des deutschen Volks oder als preußischer Staatsbürger und Untertan der Hohenzollerndynastie fühlt, — der wird

auch erzieherisch auf seinen Wirkungskreis Einfluß haben; jede erzieherische Tätigkeit aber knüpft, und sei es auch nur unbewußt, immer an die angeborene Art an, sie wird im wahren Sinne des Worts „national" und treibt instinktiv den fremden Geist aus. So kann das dem bewußten Nationalismus abholde Nationalgefühl der geschilderten konservativen Kreise trotzdem nationale Wirkungen haben, aber es schützt nicht vor schädlichen Irrungen, da es trotz seiner hochachtbaren Tendenz den für unsere Zeit notwendigen Gesichtspunkt verschiebt. Unschädlich kann diese Form des Nationalgefühls nur sein, wo die Intelligenz vorhanden ist, um allezeit klar und sicher zu erkennen, wo staatsfeindliche Einflüsse in Wirksamkeit treten. Wo diese Intelligenz nicht ausreicht oder durch Befangenheit und Einflüsse der nächsten Umgebung und des Umgangskreises teilweise ausgeschaltet wird, da treten bedenkliche Schätzungsfehler auf, denen ein tiefer wurzelndes Nationalbewußtsein nicht so leicht anheim fallen würde.

Das tritt besonders bei der Polenfrage zu Tage. Die Gewohnheit, alles mit dem Maßstabe der hergebrachten sozialen Anschauungen zu messen, verleitet einen Teil der konservativen Großgrundbesitzer im Osten, die polnische Gefahr zu unterschätzen, weil sie bei ihren polnischen Standesgenossen eine Gemeinsamkeit der Lebensanschauungen voraussetzen, die in allen für den modernen Staat wichtigen Beziehungen nicht besteht, und weil sie einen so hohen Begriff von der Macht des Staats haben, daß sie glauben, nötigenfalls den Augenblick ruhig abwarten zu können, wo die Polen zu offener Empörung schreiten. Bis dahin gehen nach ihrer Meinung die etwaigen Wünsche und Hoffnungen der Polen den loyalen Privatmann nichts an. „Es ist Sache der Regierung, die Polen zu regieren; wir sollen sie in Ruhe lassen", das war die in anderm Zusammenhang schon erwähnte Quintessenz der politischen Weisheit eines persönlich hochehrenwerten, konservativen Großgrundbesitzers der Provinz Posen, einer angesehenen, eher noch über dem Durchschnittsniveau stehenden Persönlichkeit, des verstorbenen Herrn v. Treskow-Radojewo. Er stand mit seinen Ansichten unter seinen Standesgenossen keineswegs allein. Das zeigte sich auch darin, daß ein Vertreter des gleichen Typus, der frühere Oberpräsident der Provinz Posen, Herr v. Wilamowitz-Möllendorff, in seinen Kreisen großen Anklang fand. Die eigent-

liche Gefahr für den Staat suchen alle diese Herren in den modernen politischen Ideen und den feindlichen Strömungen gegen die heutige Gesellschaft, als deren Träger sie mehr die Deutschen als die Polen fürchten. Wozu germanisieren? Die Deutschen bringen uns nur die Sozialdemokratie, — das ist im Grunde die Meinung, und ein Freisinniger ist ihnen im wesentlichen nichts anderes als ein Sozialdemokrat. Ja, auch die gemäßigt Liberalen stehen nach ihrer Anschauung nur am Anfang der schiefen Ebene, die zur Sozialdemokratie führt. Ihnen ist deshalb ein Pole in Wahrheit viel lieber, als ein liberaler Deutscher. Es fehlt also auch von dieser Seite nicht an Hindernissen für den Zusammenschluß aller deutschen Parteien gegen die Polen. Aber eines läßt sich doch feststellen, was für die Zukunft Hoffnung gibt. Während bei den von Hause aus polenfreundlichen deutschen Parteien die antipolnische Gegenströmung immer stärker wird, nähert sich unter den jüngeren Konservativen die nationale Gleichgültigkeit, wie sie noch in der älteren Generation herrschte, immer mehr dem völligen Absterben, wenngleich nicht übersehen werden darf, daß der Bund der Landwirte in seinem Bemühen, alle politischen Gesichtspunkte den Interessen des landwirtschaftlichen Gewerbes unterzuordnen und jede nationale Bewegung vor seinen Karren zu spannen, eine gewisse Gefahr für die Einigungsbestrebungen der Deutschen auch fernerhin bedeutet. Die außerordentliche Rücksichtslosigkeit der Führer und Vertreter des Bundes, die sich an ihr allgemeines Prinzip halten, ohne der Bedeutung der nationalen Fragen im Osten irgendwelche ernsthafte Beachtung zu schenken, und die Organisationen wie den Ostmarkenverein heftig angreifen, wenn er mit den Interessen des Bundes irgendwie in Konflikt gerät und sich ihnen nicht bedingungslos unterwirft, hat der deutschen Sache im Osten schon manchen schweren Schaden getan. Aber es wird und muß auch das überwunden werden, in dem Maße als der wahre Charakter der Polenfrage von allen Seiten erkannt wird.

Am wichtigsten ist natürlich das Zusammenwirken der Deutschen bei den Wahlen, weil damit ein Maßstab gewonnen wird, wonach man das politische Gewicht der Nationalitäten in den einzelnen Kreisen beurteilen kann, und weil das Deutschtum aus einem Wahlerfolg die wirksamste Ermutigung

schöpfen kann. Aber gerade hierbei tritt natürlich der Parteigeist am eifrigsten und anspruchsvollsten auf, und keine Partei kann sich entschließen, der anderen irgend welche Zugeständnisse zu machen. Die Einsicht, daß die Parteiinteressen in den durch das Polentum gefährdeten Wahlkreisen hinter den nationalen Interessen zurückstehen müssen, steckt noch in den Anfängen. Aber sie ist vorhanden, und was noch wichtiger ist, sie wächst. Darum käme es darauf an, diesem Wachstum nachzuhelfen, indem Leute, die infolge der Erkenntnis der nationalen Gefahr über die engen Parteiauffassungen hinausgewachsen sind, die Führung in der praktischen Einigungsarbeit für die Wahl übernehmen. Der Gedanke eines deutschen Wahlkomitees zur Regelung der Kandidatenfrage in den Wahlkreisen mit polnischer Bevölkerung ist schon öfter aufgetaucht; er sollte nun aber endlich verwirklicht werden. Ein solches Komitee soll zwar seinerseits imstande sein, über die Parteiunterschiede weiter hinauszublicken, um den Kampf gegen die polnischen Kandidaten organisieren zu können, es darf aber nicht die Parteiinteressen geringschätzen und beiseite schieben. Denn alsdann wäre ihm ein Mißerfolg sicher. Vielleicht ist die Sache bisher eben deshalb nicht zustande gekommen, weil man eine Art von „Parteilosigkeit", ein „Über den Parteien stehen" konstruiert hat, das es in Wirklichkeit nicht gibt. Eine Arbeit dieser Art, die zum Ziel führen soll, muß im Gegenteil ganz und gar auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben und an das anknüpfen, was sie vorfindet. Sie muß daher durchaus mit den vorhandenen Parteien, ihren Wünschen und Vorurteilen rechnen und nur in den weiteren Konsequenzen, die sie daraus zieht, versuchen, durch Zusammenfassung der Interessen verschiedener Wahlkreise einen Ausgleich herzustellen, der die Aussichten der deutschen Kandidaten verbessert.

Ein deutsches Wahlkomitee muß schon durch seine Zusammensetzung das Vertrauen erwecken, daß die Interessen sämtlicher deutschen Parteien dabei vertreten sind. Dann aber muß das Komitee ein reiches Material sammeln, um einen Überblick über die Lage der Parteien in den einzelnen Wahlbezirken zu erhalten. Das ist eine Arbeit, deren Schwierigkeit allerdings nicht leicht zu hoch geschätzt werden kann, denn die gesamte Wahlagitation, die doch die Hauptarbeit der Parteien ist, besteht eben darin, über

die Aussichten der Parteien ein Bild zu entwerfen, das nicht der Wirklichkeit, sondern dem Parteiinteresse entspricht. Trotzdem wissen die Führer der Wahlbewegung, auch wenn sie sich in Wahlversammlungen und in der Presse auch nicht immer etwas davon merken lassen, in der Regel recht gut Bescheid über den Stand der Parteien in großen Umrissen. Auch die Statistik der früheren Wahlen bietet dazu meist genügende Unterlagen, und es fehlt daher nicht an Mitteln, die Aussichten der einzelnen Parteien ohne Verletzung ihrer besonderen Interessen soweit abzuschätzen, daß das gewonnene Bild einigermaßen die wirkliche Lage wiedergibt. Darauf könnten nun die Einigungsverhandlungen in der Kandidatenfrage wenigstens soweit fußen, daß keine der Parteien von dem Gefühl beherrscht werden kann, das Kartell der deutschen Parteien sei nur ein Mittel, um eine oder die andere von ihnen an die Wand zu drücken. Nicht immer wird es natürlich glücken, den Parteiegoismus vollständig in Schranken zu halten. Aber ein solcher Versuch böte doch immer mehr Aussichten, als der Parteikompromiß in einem einzelnen Wahlkreise. In einzelnen Kreisen werden vielleicht schon jetzt, wie Beispiele zeigen, auch die Liberalen zu überreden sein, etwa den Landrat des Kreises als Kandidaten aller Deutschen anzunehmen. Ist das aber in drei Kreisen geschehen, so werden, da die aufgestellten Kandidaten in der Regel konservativ sind, schon im vierten Kreise die Freisinnigen ungebärdig werden und sagen: Warum sollen gerade wir überall den Konservativen den Gefallen tun? Und bei den nächsten Wahlen werden auch die anderen Kreise auf den Standpunkt geraten, daß sie es lieber auf die Probe ankommen lassen wollen, als von vornherein auf Bekundung ihrer Parteiüberzeugung verzichten. Erheblich verbessert wird die Lage denn doch, wenn den Wählern von vertrauenswerter Seite gesagt werden kann: Ihr im Wahlkreis A gebt einem Konservativen Eure Stimme, dafür wird im Wahlkreis B ein Freisinniger aufgestellt. Und wenn die Konservativen im Wahlkreis B damit nicht einverstanden sind, so kann ihnen bei geschickter Regelung dieser Frage vielleicht geantwortet werden: Gut! Ihr könnt möglicherweise im Kreise B mehr Stimmen erhalten, als der Freisinnige, aber gewählt wird Euer Kandidat darum doch nicht, sondern der Pole. Darum überlaßt dem Freisinnigen den Wahlkreis B und

helft ihm dort zu einer absoluten Mehrheit, damit Ihr den Wahlkreis A desto sicherer habt!

So gibt eine auf mehrere Wahlkreise sich erstreckende Übereinkunft ein Mittel, allmählich die schädlichen Engherzigkeiten des Parteigeistes zu überwinden und die Gewohnheit eines Zusammengehens mehrerer Parteien bei den Wahlen zu erziehen, wobei man sich nur nicht abschrecken lassen darf, wenn in verschiedenen Fällen noch hier und da einzelne Parteien ausbrechen und ihre eigenen Wege gehen. Auch ein allgemeines deutsches Wahlkomitee würde nicht imstande sein, überall sofort und im Handumdrehen die Schwierigkeiten zu beseitigen. Da würde man z. B. hier und da mit dem Absonderungsbedürfnis der Katholiken zu rechnen haben; Konservative würden nach wie vor die möglicherweise drohende Sozialdemokratie für gefährlicher halten, als das vor den Toren stehende Polentum; endlich würde auch dann die Judenfrage als Zankapfel zwischen die Deutschen geworfen werden. Denn auch die antisemitische Partei, so töricht auch ihre Parole ist, daß ihnen im Osten der Pole lieber sei als der Jude — als ob es darauf ankäme! —, würde unter den deutschen Parteien ihren Platz an der Sonne verlangen, und das würde die jüdischen Elemente unter den Freisinnigen sogleich vollkommen störrisch machen. Also an Schwierigkeiten fehlt es nicht, aber der Versuch einer allgemeinen Wahlorganisation der deutschen Elemente muß trotzdem gemacht werden, weil bei einiger Geschicklichkeit die Aussichten der deutschen Wahlkandidaten sich doch ganz erheblich verbessern lassen.

Wenn wir aber von den Parteien selbst verlangen müssen, daß sie im Interesse des Zusammenschlusses aller Deutschen eine gewisse Selbstverleugnung üben, so muß es umsomehr die Aufgabe der Organe des Staats sein, diesen Bemühungen so weit die Wege zu ebnen, als es in ihrer Macht steht. Dabei kann natürlich nicht von Wahlbeeinflussungen die Rede sein; das wäre sogar ein schwerer Fehler, und nichts könnte der deutschen Sache mehr schaden, als wenn man den Polen Gelegenheit zu erfolgreichen Wahlprotesten gäbe. Es genügt vollständig, wenn die Regierungsorgane den Bemühungen, den deutschen Parteien in jeder nur möglichen Weise zur Einigung zu verhelfen, keine Hindernisse in den Weg legen, sondern selbst jederzeit daran denken,

daß die Regierung im Osten nur einen Feind hat, nämlich die staatsgefährliche polnische Propaganda. Die Aufstellung eines solchen Satzes mag bei dem Leser wohl einiges Erstaunen erregen. Er wird fragen: Ist denn das nicht etwas ganz Selbstverständliches? Ist es denn überhaupt denkbar, daß Regierungsorgane jemals nach andern Grundsätzen handeln können, als sie hier empfohlen sind?

Das Erstaunen ist berechtigt, aber der Kenner der Verhältnisse in unsern Ostmarken wird wissen, daß die Aufstellung der erwähnten Richtschnur, so selbstverständlich sie erscheinen mag, keineswegs überflüssig ist. Man darf nicht vergessen, daß der in den Traditionen des preußischen Beamtentums im Osten fest begründete Konservatismus nicht immer genau zu unterscheiden weiß zwischen einer konservativen Gesinnung, die vollständig vereinbar ist mit der notwendigen Objektivität eines Vertreters der Staatsautorität, und einer engherzigen Gefolgschaft der Partei. Es wäre sehr unrecht und verkehrt, anzunehmen, daß ein Inhaber irgend eines nennenswerten Verwaltungsamts im Osten bewußt parteiisch auftreten könne, denn die preußische Beamtenschaft ist glücklicherweise noch immer von einem Pflichtbewußtsein durchdrungen, das eine bewußte Pflichtverletzung auch nach dieser Richtung kaum dulden würde. Aber menschliche Beschränktheit findet natürlich auch hier ihre Stätte. Wo die ganze Beamtenschaft so fest in konservativen Anschauungen wurzelt, kann es nicht ausbleiben, daß es Beamte gibt, denen die konservative Partei schlechthin die einzige ist, die für die Staatsautorität als erhaltende in Betracht kommt, und die daher unbewußt insofern reine Parteimänner werden, als sie ihre volle Pflichterfüllung gegen den Staat nur in der Bekämpfung der vom Konservatismus abweichenden Parteimeinungen zu finden vermögen. In diesen Köpfen hat der Gedanke, um des allgemeinen Staatsinteresses willen auch einmal einem Freisinnigen durch die Wahl zu helfen, gar keinen Platz. Da diese Erscheinung im Osten vorläufig leider noch nicht so selten ist, wie man wohl wünschen sollte, so ist es oft genug wirklich die Autorität der Regierungsorgane, die den Zusammenschluß aller Deutschen verhindert. Denn es ist natürlich allgemein bekannt — auch ohne jede Wahlbeeinflussung —, wenn der Landrat in diesem und jenem polnischen Magnaten

trotz seiner Deutschenfeindschaft nur den vornehmen, konservativen Mann sieht, der ihm und der von ihm vertretenen Staatsautorität weniger gefährlich sei, als ein liberaler Deutscher. Was aber entschieden verlangt und nötigenfalls als bestimmte dauernde Direktive von oben her den Beamten aufgegeben werden muß, ist, daß sie ihre eigene politische Überzeugung, die sie innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen im übrigen betätigen können, wie sie nur wollen, darin zurückhalten, daß sie einer Einigung der deutschen Parteien einem Polen gegenüber und allen darauf hinzielenden Verabredungen niemals entgegenwirken.

Der Mangel an geeigneten Kandidaten bei den Wahlen wirkt hier gleichfalls oft störend mit. Man nimmt dann seine Zuflucht zu einem Beamten, und natürlich fällt es ins Gewicht, daß nach hergebrachter Anschauung die Wahrung eines bestimmten politischen Parteistandpunkts — namentlich wenn der Beamte, wie eben im Osten fast immer, konservativ ist — als gutes, unanfechtbares Recht gilt, während das Bekenntnis zum Deutschtum nicht selten unterbleibt oder ganz verschämt abgelegt wird, weil es den Polen gegenüber als „parteiisch" gelten könnte.

Das sind Verkehrtheiten und Unzuträglichkeiten, die unter dem Schein der Unparteilichkeit des Beamtentums das Verhältnis der Regierung zu den Parteien in einer Weise verschieben, die dem wahren Interesse des Staats der polnischen Gefahr gegenüber wenig entspricht. Darum ist die vorhin aufgestellte Forderung notwendig. Das wird auch der Staatsautorität insofern zu gute kommen, als die deutsch-nationale öffentliche Meinung, sofern sie entschieden Stellung gegen das Polentum nimmt, sich in ganz andrer Weise als bisher an die Regierung anlehnen kann, ohne daß die Regierung selbst dadurch irgendwie in den Parteikampf hineingezogen wird. Und diese allgemeine Stärkung der Staatsautorität und des Vertrauens zu ihr wird es auch möglich machen, daß die nationale Arbeit im Osten nicht durch böse nachwirkende Kleinlichkeiten gestört wird.

Es ist für die nationale Presse eine an und für sich schon recht unangenehme und peinliche Aufgabe, bei der Kritik der Verhältnisse im Osten gegen Staat und Regierung auftreten zu müssen, falls eben die laue und fehlerhafte Haltung einzelner Organe der Regierung das nötig macht. Noch unangenehmer

aber wirkt es nach außen hin, wenn selbst einer aus offenbar redlichen Absichten fließenden Kritik eine übermäßige Empfindlichkeit der Regierung begegnet, die kurzsichtige, persönliche Erwägungen an Stelle weiterer und größerer Anschauungen setzt. Wer in der Presse tätig ist und diese Dinge genauer verfolgt, kann von merkwürdigen Erfahrungen berichten. Es lassen sich leider Fälle genug verzeichnen, in denen Beamte, deren Verhalten dem Polentum gegenüber die Empfindungen der deutschen Bevölkerung stark verletzt hatte, der berechtigten Kritik der nationalen Presse dadurch zu begegnen versuchten, daß sie schon in der Erwähnung und Besprechung ihres Verhaltens eine Beleidigung und die Absicht, sie in der öffentlichen Achtung herabzusetzen, erblickten und die Hilfe des Staatsanwalts gegen solche Blätter in Anspruch nahmen. In solchen Fällen, die allerdings mehrfach nur Versuche blieben, zeigte sich verschiedentlich eine erschreckende Unfähigkeit, zwischen einer aus patriotischem Eifer entspringenden Kritik und einem gehässigen, gegen die Autorität als solche gerichteten und durch die Form entsprechend gekennzeichneten Angriff zu unterscheiden. Es fehlte die Einsicht, wie weit sich persönliche Rücksichten mit dem Staatsinteresse deckten. Auf diesem gefährdeten Boden aber sollten die höheren Behörden ein scharfes Auge darauf haben, daß deutsche Beamte nicht durch eine schwächliche und antinationale Haltung ihre Autorität selbst aufs Spiel setzen und sie hinterher in törichten Preßprozessen gegen die ohnehin in heißem Kampfe stehenden deutsch-nationalen Blätter wiederherzustellen suchen.

In diesem Zusammenhange kann auch der seinerzeit in Posen spielende „Fall Goldbeck" erwähnt werden. Es ist früher schon der Verhältnisse gedacht worden, unter denen es möglich geworden war, auch das bis dahin polenfreundlich geleitete Organ des Posener freisinnigen Bürgertums von der Notwendigkeit des nationalen Kampfes gegen das Polentum zu überzeugen. Der neue Leiter des Blattes, Herr Goldbeck, hatte die außerordentlich schwere Aufgabe, diese zarte Pflanze des offenen Bekenntnisses zum Deutschtum zu pflegen, ohne doch dem freisinnigen Parteistandpunkt und seiner Oppositionsstellung gegen die konservativ gefärbte Regierung Gewalt anzutun und dadurch diese Partei von der Neigung zur nationalen Mitarbeit endgültig zurückzu-

scheuchen. Wenn es dem neuen Chefredakteur gelang, den Beweis zu führen, daß man ein echter Freisinniger sein und dennoch im Kampfe gegen ungerechtfertigte und staatsgefährliche Ansprüche des Polentums an die Seite der andersgesinnten deutschen Mitbürger treten könne, so war so ziemlich das Wichtigste getan, was auf dem Gebiet der Preß- und Parteitätigkeit überhaupt geschehen konnte. Goldbeck hätte dann einen hohen Orden verdient. Jedenfalls wirkte er unter den eigenartigen Verhältnissen nützlicher, als der damalige Oberpräsident von Posen. Er erkannte sehr richtig, daß an dem eigentümlichen Indifferentismus und dem in den ausgefahrensten altkonservativen Geleisen sich bewegenden Schlendrian dieses Systems der Versuch, dem kaum aus dem tiefsten Schlaf emporgerüttelten Freisinn nationales Leben einzuhauchen, unrettbar scheitern mußte. Er war also genötigt, den Oberpräsidenten in der Posener Zeitung anzugreifen, aber er geriet dabei, wozu ihn seine schriftstellerische Art unglücklicherweise leicht disponierte, in eine Tonart hinein, die allerdings nicht geduldet werden konnte und daher gerichtliches Einschreiten zur Folge hatte. Niemand konnte dies tadeln; es war in einem straff geordneten Rechtsstaat die natürliche, unausbleibliche Folge eines gemachten Fehlers. Hätten nun aber die Posener Provinzialbehörden damals nur einen Funken von Verständnis für die eigenartigen politischen Erfordernisse gehabt, so mußten sie nach der gerichtlichen Verurteilung Goldbecks einen Strich unter das Ganze machen. Die Verfehlung war gesühnt, der Mann war gewarnt, um der Sache und um des Staatsinteresses willen aber mußte er gehalten werden. Aber da zeigte sich eben jene schon erwähnte betrübende Unfähigkeit, das Staatsinteresse und die Bedürfnisse des Deutschtums von einer etwas höher liegenden Warte aus zu erfassen. Die Posener Herren glaubten die Staatsautorität in erster Linie in der eigenen Person verteidigen zu müssen und suchten daher vor allem ihr persönliches Halbgöttertum dem unbequemen Mann gegenüber zur Geltung zu bringen. Sie eröffneten einen regelrechten Feldzug gegen Goldbeck in Gestalt kleinlicher Verfolgungen, um ihn zu verdrängen, sie bearbeiteten durch Entziehung der amtlichen Bekanntmachungen den Verlag der Zeitung, suchten letzteren durch materielle Schädigung mürbe zu machen, und angesehene Beamte gingen sogar so weit, persön-

lich auf die Besitzerin des Verlags einzuwirken, um die Entlassung Goldbecks durchzusetzen! Wer diese schimpfliche Episode parteiischer Kurzsichtigkeit in dem politischen Wirken höherer Beamten in Posen erlebt hat, kann es keinesfalls für überflüssig halten, wenn die nachdrückliche Forderung aufgestellt wird, daß die Beamten in der Ostmark gehalten sein sollen, die Polenpolitik als die erste und oberste Richtschnur ihres Verhaltens anzusehen, und daß sie verhindert werden müssen, durch parteipolitische Kleinlichkeit die Kreise der natürlichen Entwickelung des deutschen Nationalgefühls zu stören.

Unter den Momenten, die geeignet sind, die Bildung einer geschlossenen Phalanx gegen das Polentum zu verhindern, ist an andrer Stelle kurz der Judenfrage Erwähnung getan. Das bedarf noch einer näheren Erläuterung, zu der vielleicht an dieser Stelle der beste Ort ist. Die Juden nehmen in den Ostmarken eine eigentümliche Mittelstellung zwischen Deutschen und Polen ein. Sie werden dazu geführt sowohl durch die ihnen eigene Denkweise, als auch durch ihren Erwerb, der sich auf eine weniger produzierende als vermittelnde Geschäftstätigkeit gründet. Es darf ferner nicht übersehen werden, daß die Hauptmasse der Juden in den Ostmarken trotz deutscher Sprache und Namen eine noch viel ausgesprochenere Sonderstellung einnimmt, als im Innern des Deutschen Reichs. Von denjenigen Elementen dieser jüdischen Bevölkerung, die größeren Wohlstand, eine höhere Bildung und infolgedessen eine angesehenere soziale Stellung erworben haben, pflegt ein nicht unerheblicher Bruchteil nach dem Westen abzuwandern. Sie werden ersetzt durch jüdische Einwanderer aus Russisch-Polen, die in der Provinz Posen eine Art von Kulturveredelungsprozeß durchmachen und in der zweiten oder dritten Generation in der Regel dann so weit sind, daß sie in die traditionelle Stellung des Judentums in unsern östlichen Provinzen hineingewachsen sind, während die Intelligentesten unter ihnen bereits wieder nach Berlin und anderen deutschen Großstädten ziehen. Diese Strömung, die den Provinzen Westpreußen, Posen und Schlesien den Charakter von Etappen für die jüdische Bevölkerung auf dem Wege vom slavischen Osten nach den deutschen Großstädten gibt, ist natürlich nicht geeignet, das Kulturniveau des Judentums in den Ostmarken zu heben oder einen Anschluß an das Deutschtum

auch nur in dem Maße herbeizuführen, wie weiter im Westen. Es ist hiernach klar, daß die Gründe, die zu der Entwickelung der antisemitischen Bewegung geführt haben, hier in ganz besonderem Maße vorhanden sein müssen. Wenn die deutsch-soziale Reformpartei, hierauf gestützt, in der Ostmark durch Agitation ihren Bereich zu erweitern sucht, so ist das sehr natürlich, und es kann ihr nicht versagt werden, was für jede andere Partei selbstverständlich sein würde.

Nun geht aber die antisemitische Partei öfters einen Schritt weiter. Sie stellt die drei Elemente der Bevölkerung in den Ostmarken, Deutsche, Polen und Juden, nebeneinander und behauptet nun, von den Juden drohen zunächst die größten wirtschaftlichen Mißstände und Gefahren, sie seien daher der Hauptfeind, und da die Polen ihnen (den Antisemiten) sympathischer seien als die Juden, so sei nicht einzusehen, warum nicht zunächst Deutsche und Polen vereint die Juden bekämpfen sollten. Ein gefährlicher Irrtum! Schon die Erwägung, daß dieser Gedankengang ein Gefühlsmoment in sich schließt, muß ein gewisses Mißtrauen gegen seine Richtigkeit und seinen praktischen Wert erwecken. Denn eine vernünftige Polenpolitik gründet sich durchaus nicht auf die etwa vorhandene Abneigung gegen die Polen, sondern sie ist eine reale Abwehrpolitik gegen ganz bestimmte, in gewissen Handlungen und Erscheinungen zum Ausdruck kommende Bestrebungen der Polen, die nicht geduldet werden können, weil ein Gewährenlassen eine Gefahr für den Bestand des Staats und für wohlerworbene deutsche Rechte heraufbeschwören würde. Wenn dabei der Deutschenhaß der Polen zuletzt auch in dem gutmütigen und duldsamen Deutschen ein Gefühl der Erbitterung und des Widerwillens erzeugt, so ist das eine nicht zu vermeidende Begleiterscheinung des Kampfes, aber niemals ein Motiv dieser Politik. Wenn es also für die Polenpolitik selbst im Grunde vollkommen gleichgültig ist, ob wir Deutschen die Polen liebenswert oder hassenswert finden — sowie ja z. B. im Jahre 1870 in den Reihen der deutschen Heere viele ihre Schuldigkeit und mehr als ihre Schuldigkeit getan haben, die dem französischen Volke durchaus keinen Haß entgegentrugen, sondern im Herzen sogar sehr lebhaft wünschten, Deutsche und Franzosen möchten Freunde sein —, so kann es noch viel weniger in Betracht kommen,

ob neben den Polen noch ein Bevölkerungsbestandteil besteht, den ein Teil der Deutschen noch weniger leiden kann als die Polen. Diese Vergleichung, die das Nationalgefühl oder Rassenbewußtsein anzustellen versucht ist, gehört nicht in eine Politik hinein, die mit ernsthaften Tatsachen, nicht mit Gefühlen zu rechnen hat. Diese Betrachtungsweise muß daher sorgfältig ausgeschieden werden.

Gesetzt nun aber, das Judentum bedeutete wirklich die größere Gefahr im Vergleich zum Polentum, so würde der Gedanke, zunächst das Judentum im Bunde mit dem Polentum zu bekämpfen, gleichwohl vollständig schief und verkehrt sein. Denn die Polen würden ihrerseits niemals auf ein solches Bündnis mit dem Deutschtum eingehen. Sie sind trotz ihrer Leidenschaftlichkeit doch in allen diesen Fragen viel zu sehr Realpolitiker geworden. Die Polen sehen in dem Deutschtum ihren einzigen Feind und wissen, daß an dem Tage, wo sie das Deutschtum überwunden und zurückgedrängt haben, die jüdische Bevölkerung ihnen keine Schwierigkeiten bereiten wird. Die Deutschen würden also gegen Juden und Polen zu kämpfen haben, und den Vorteil würden die Polen daraus ziehen, da die antisemitischen Wünsche nur die Aufmerksamkeit von der wirklichen Gefahr ablenken. Weitere Erfolge der Polen aber würden auch die antisemitische Partei gar nicht einmal der Erfüllung ihrer besonderen Wünsche näher bringen. Denn die Herrschaft des polnischen Bevölkerungselements würde keineswegs eine Verminderung, sondern eine Vermehrung der jüdischen Bevölkerung mit sich bringen und den wirtschaftlichen Einfluß des Judentums nicht unwesentlich erhöhen. Wer die in Betracht kommenden Rassen kennt und auch die Verhältnisse Westrußlands und Galiziens zur Vergleichung heranzieht, kann darüber gar nicht im Zweifel sein. Die Parteigänger des Antisemitismus im Osten bekunden aber darin eine merkwürdige Unreife und Naivetät, daß sie glauben, weil die Polen beim Glase Ungarwein gern mit antisemitischen Redensarten um sich werfen, müßten sie auch fähig sein, wo sie unter sich sind, den geistigen und wirtschaftlichen Einfluß des Judentums zu beherrschen und zurückzuhalten. Davon ist aber gar keine Rede, und deshalb ist es eine unglaubliche Torheit, wenn Deutsche meinen, in dem Antisemitismus einen Berührungspunkt mit dem Polentum gefunden

zu haben. Auch vom antisemitischen Standpunkt ist der einzig mögliche und richtige Weg zunächst die Stärkung des Deutschtums; alles andere ist cura posterior.

Zu berücksichtigen ist auch, daß die Juden in den Ostmarken gegenwärtig das größere Interesse daran haben, sich den Deutschen anzuschließen, wenn sie auch nur zu einem sehr kleinen Teile geneigt sind, diesen Anschluß so weit zu vollziehen, daß sie sich deswegen mit den Polen verfeinden. Die Juden würden sich nötigenfalls auch mit einer polnischen Herrschaft abfinden und unter diesen, wie schon erwähnt, sogar voraussichtlich eine noch größere Rolle spielen als jetzt, aber der gegenwärtigen jüdischen Bevölkerung in den Ostmarken ist daran viel weniger gelegen, als daran, daß sie in einen höheren und umfassenderen Kulturbereich gelangen. Sie müssen daher wünschen, daß ihnen die nähere Berührung mit der deutschen Kultur nicht abgeschnitten wird. Sie werden sich daher zwar nur ungern direkt an der Zurückdrängung des Polentums beteiligen, aber sie wünschen das Überwiegen des Deutschtums, und je mehr dieser Wunsch in Erfüllung geht, desto mehr werden sie sich dem Deutschtum anschließen. Wenn man daher auch gut tun wird, auf das jüdische Element als Unterstützung des Deutschtums möglichst wenig zu rechnen, so wäre es doch bei der Lage der Sache sinnlose Torheit, diejenigen Juden, die sich der deutschen Sache anschließen wollen oder es schon getan haben, als Bundesgenossen zurückzuweisen. Auf diesem Kampfplatz muß jeder willkommen sein, der im Gegensatz zum Polentum deutsch sein *will*; ob er es im Sinne des Rassenbegriffs oder der Abstammung ist, kann dabei ganz gleichgültig sein. Ein Gewissenskonflikt kann aus dieser Praxis auch für den strammsten Antisemiten schon um deswillen gar nicht entstehen, als diejenigen Juden, die einem aufrichtig deutsch fühlenden und nicht nur theoretisch verbissenen Antisemiten Skrupel verursachen könnten, ohnehin dem Nationalitätenkampf in der Ostmark ängstlich fern bleiben.

Das sind im wesentlichen die Gründe, aus denen zu ersehen ist, daß auch die Judenfrage niemals den Anlaß geben kann und darf, in das Zusammenhalten aller deutschen Parteien gegenüber dem Polentum einen Keil zu treiben. Das muß man festhalten, auch wenn man sich nicht verhehlt, daß die Wahlpraxis darin

vorläufig noch manche Enttäuschung bringen wird. Man soll auch im Osten den Bestrebungen der deutsch-sozialen Reformpartei mit unbefangener Prüfung gegenübertreten, aber wo diese Partei nicht ganz klare Aussichten hat, da muß von der Einsicht und dem Patriotismus ihrer Führer erwartet werden, daß sie nicht gerade den gefährdeten Osten unseres Vaterlandes zum Versuchsfeld für den parlamentarischen Ehrgeiz eines Parteimitgliedes macht, wie es bei der letzten Ersatzwahl im Wahlkreise Meseritz-Bomst hoffentlich zum letztenmal geschah. Das Wachsen der polnischen Gefahr und die hoffentlich nun dauernde Energie der Regierung werden auch die Einsicht der Wähler immer mehr schärfen.

IV. Abschnitt.

Die wirtschaftlichen Maßregeln gegen das Polentum.

Kapitel 14.

Die kulturelle „Hebung" des Ostens.

Wiederholt ist schon angedeutet worden, daß eine große Schwierigkeit für die Bewältigung des staatsgefährlichen Polentums darin liegt, daß unsere Ostmark sich in dem Zustande einer geistigen und wirtschaftlichen Isolierung von dem Westen befindet und daß diesem Zustande vor allem abgeholfen werden muß. Um darüber ins klare zu kommen, was das zu bedeuten hat, muß man sich vor allem den großen historischen Zusammenhang vergegenwärtigen und daraus Fingerzeige für die Beurteilung der heutigen Lage zu gewinnen suchen.

Die Westslaven, zu denen die heutigen Polen gehören, sind einstmals in ein Gebiet eingerückt, das vor ihnen von germanischen Stämmen bewohnt war. Das ganze Weichselland war germanisch. Dann rückte das Germanentum immer weiter nach Westen, indem es seine östlichen Sitze allmählich preisgab und den slavischen Völkern einräumte. Als die germanischen Stämme, soweit sie nicht im Romanentum untergegangen waren, in dem großen Frankenreiche zu einem Staatsgebilde vereinigt wurden, waren Saale und Elbe die östliche Grenze Norddeutschlands. Eine der vornehmlichsten Kulturaufgaben der nun folgenden Blütezeit des deutschen Volks war die Kolonisation des ostelbischen Slavengebiets. Das treibende Motiv dieses geschichtlichen Prozesses war der Kraftüberschuß des deutschen Volks, namentlich des mächtigen, zähen Sachsenstamms. Freilich bedurfte nach der ganzen Veran-

lagung des deutschen Volks und gemäß den Eigentümlichkeiten der mittelalterlichen Kultur dieser Tatendrang, um in feste Bahnen geleitet und von Erfolg gekrönt zu werden, noch des Hinzutritts einer äußeren Veranlassung und eines allgemeinverständlichen sittlichen Motivs. Dies war gegeben in dem Gedanken der Ausbreitung des Christentums. Ein solches Ziel mußte aber nun wiederum zur Folge haben, daß die Bewegung zum Stillstand kam, als sie bis zu dem Gebiet eines mittlerweile entstandenen christlichen Reiches vorgedrungen war, und dieses war das Königreich Polen.

Die Entwickelung, die dieses Zurückfluten des Germanentums nach Osten herbeiführte, ist einmal von dem Leipziger Historiker Professor Lamprecht in einem Vortrage, den er in einer Berliner Versammlung des Ostmarkenvereins hielt, sehr treffend charakterisiert worden. Lamprecht führte aus, daß ein Kolonisationsgebiet sich immer anders entwickelt, als das Mutterland. Das Deutschtum mußte daher auch im ostelbischen Gebiet ganz andere Seiten seines Charakters entfalten, als in seinem Kernlande. Hier im Mutterlande eine reiche Entfaltung der Gaben des Geistes und Gemüts, eine innere Reichhaltigkeit der Entwickelung, aber auch die Neigung zum Auseinanderstreben, zum allzu starken Individualisieren, zur Zersplitterung der Kräfte, — dort im Kolonisationsgebiet ernste, nüchterne, straffe und planmäßige Zusammenfassung aller Arbeit und Kraftbetätigung. Im Mutterlande bei allem innern Reichtum ein Hinstreben auf Betätigung im engsten Raum; im Kolonisationsgebiet bei aller Straffheit des Zusammenwirkens ein breites Ausströmen, ein Arbeiten mit größeren Maßstäben, in größerem Stil. Während das alte Reich, das Mutterland des Deutschtums, sich in zahllose kleine Gebilde, Zerrbilder eines vernünftigen Staatslebens und doch voll regen geistigen Innenlebens, auflöste, zwang die eigentümliche Entwickelung des ostelbischen Gebiets zur Beibehaltung größerer staatlicher Organisationen, aus denen sich schließlich die Staaten Kursachsen und Kurbrandenburg entwickelten. Etwas stärkere Tendenz zu Teilungen nach dem Muster des deutschen Mutterlandes zeigten die Küstenstaaten, die unmittelbar aus slavischen Fürstentümern unter niedersächsischem Einfluß gebildet und germanisiert wurden, die pommerschen und mecklenburgischen Herzogtümer. Aber auch hier

überwog mit der Zeit der kolonialdeutsche Geist den mutterländisch-deutschen.

Dieses Verhältnis hatte zur Folge, daß sich östlich von der Elbe ganz andere Besitz- und Rechtsformen, ganz andere soziale Anschauungen herausbildeten. Man pflegt dies häufig auf eine Blutmischung der deutschen Bevölkerung mit dem Slaventum zurückzuführen; eine solche Mischung hat aber in sehr viel geringerem Umfange stattgefunden, als gewöhnlich angenommen wird. Die wirkliche Ursache der verschiedenen Entwickelung lag in den vollständig neuen Verhältnissen und Bedingungen, unter denen das Deutschtum in diesem Gebiet seine Herrschaft erkämpfte. So weit die sehr treffende Charakteristik, die Professor Lamprecht von dieser Entwickelung gegeben hat.

Wie sich dieser Prozeß nun weiter vollzogen hätte, wenn er ungestört geblieben wäre, das läßt sich freilich nur vermuten. So viel aber kann man wohl annehmen, daß, wenn genügende Gründe und Antriebe vorhanden gewesen wären, um im Osten eine weitere Einwanderung überschüssiger Kräfte aus dem Westen zu befördern, sich doch wohl das ostelbische Deutschtum mehr dem Charakter des westelbischen genähert hätte. Es hätte sich wahrscheinlich langsam ein Ausgleich zwischen den beiden Gebieten vollzogen. Aber bei der weitergehenden Zersplitterung des Reichs erlosch allmählich jeder Antrieb, sich nach außen hin im Gesamtinteresse des Reichs zu betätigen. Die einzelnen Reichsgebietsteile blieben immer mehr für sich, und so versagte und erlahmte auch die Einwirkung des Westens auf den Osten. Der Osten führte nach wie vor eine Sonderexistenz trotz seines verhältnismäßig guten wirtschaftlichen Gedeihens, und die Kolonisationsarbeit blieb somit eigentlich unvollendet.

Diese scheinbar so bedauerliche Unterbrechung des wichtigen Werks diente freilich der Vorsehung als Mittel zur Rettung und Erhaltung des deutschen Volks. Über unser Volk kam das schwere Schicksal des Dreißigjährigen Krieges. Geknickt und gebrochen wurde in dieser furchtbaren Zeit die Blüte der Gaben, die in der deutschen Kultur so Großes geschaffen hatten, geraubt wurde Deutschland sein Bestes, seine Ehre, seine Kraft und die Fähigkeit der Selbstachtung. In diesem Unglück kam dem Deutschtum aus dem ostelbischen Kolonisationsgebiet die Rettung. Aus dem hier noch

vorhandenen Rest nüchterner und doch groß angelegter, stiller, schlichter und doch weitblickender Arbeit, in deren straffer Zucht ein hartes und zugleich opferwilliges Geschlecht erwachsen war, schuf ein gottbegnadetes Fürstenhaus endlich wieder einen wirklichen deutschen Staat. Das besagte in solcher Zeit, wo Deutschland schwer und anscheinend unheilbar siech darniederlag, so unendlich viel, daß keine Empfindung möglicher Nachteile dieser Entwickelung dagegen aufkommen konnte. Wohl sträubte sich das alte Deutschland vielfach bewußt und unbewußt gegen die herrische, schroffe preußische Art, aber die preußische Staatszucht diente infolge ihrer sichtbaren Erfolge zuletzt doch fast allen deutschen Staaten unwillkürlich zum Vorbild. Wenig mehr als ein Jahrhundert nach dem westfälischen Frieden trat der preußische Staat bereits als europäische Großmacht neben den Träger der alten römischen Kaiserkrone, und wieder ein Jahrhundert später erwarb Preußen die erste Stelle unter den deutschen Staaten, um das geeinte Deutsche Reich in neuer Herrlichkeit unter seiner Führung erstehen zu lassen. Seine bewährten Einrichtungen wurden auf vielen Gebieten das Muster für ganz Deutschland. Es kann nicht wundernehmen, daß es nun als selbstverständlich galt, die Eigenschaften und Einrichtungen, die dem preußischen Staat seine Rolle bei der Gründung der deutschen Reichseinheit ermöglicht hatten, müßten erhalten bleiben, um auch die fernere Lebenskraft des Reichs auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu gewährleisten. Die wirtschaftliche und soziale Verschiedenheit des ostelbischen Gebiets von dem übrigen Deutschland war es ja doch gewesen, aus der die preußische Überlegenheit an Staatsgefühl, Mannszucht und Organisationstalent hervorging. Man war nun geneigt anzunehmen, die Erhaltung der bewährten und in ihrer Überlegenheit erkannten Eigenschaften sei notwendig an die alte Form gebunden, und so unterließ man es, die Frage aufzuwerfen, ob denn nicht die neuen Aufgaben des Reichs neben der alten Tüchtigkeit noch neue und besondere Anforderungen stellten. Aber was Preußen in der Zeit von 1648 bis 1870, wo das deutsche Volk als Ganzes unfähig war sich selbst politisch zu gestalten, an staatsbildenden und staatserhaltenden Eigenschaften erzeugt hat, das ist längst auf ganz Deutschland übertragen worden. Es ist daher wohlberechtigt, zu fragen, ob die preußischen Stammlande noch Ursache haben, fernerhin inner-

halb des Deutschen Reichs eine Art von Spezialkultur der Eigenheiten zu treiben, die ihnen die Erfüllung ihrer früheren Mission ermöglicht haben.

Wer nun etwa ernstlich überzeugt ist, daß die erwähnten Eigenschaften für jetzt und alle Zeit nur auf altpreußischem Boden mit Sicherheit erhalten werden können, der hat freilich ein Recht, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß an dieser Form des Preußentums nicht gerüttelt werden dürfe. Glaubt man, daß die Erhaltung der Staatsdisziplin, der Pflichttreue und des kriegerischen Geistes in Deutschland wesentlich von der unberührten Sonderstellung der alten preußischen Provinzen abhängig sei, so müßte man vom preußischen Staat mit einer kleinen Variation des berühmten Jesuitenspruchs sagen: „Sit ut est aut non erit!" Nur möge man sich genau prüfen, ob dies wirkliche Überzeugung ist und nicht vielmehr Befangenheit in gewissen Vorstellungen, die vom Standpunkt der Pietät sehr verständlich sind, aber vor der historischen Wirklichkeit keine Berechtigung haben. Hier gibt es eben nur eiserne Notwendigkeiten, und gerade wer die preußische Tradition hochhält, muß darin nicht eine noch so berechtigten Gefühlen schmeichelnde Theorie, sondern das nüchterne, strenge Pflichtgebot: „salus publica suprema lex" — als innersten Grundzug erkennen.

Bei einer unbefangenen Prüfung der heutigen Verhältnisse in Deutschland sehen wir, daß die Meinung, das deutsche Volk bedürfe auch ferner noch einer Art von Erziehung durch Preußen, und ohne diese werden sich die alten tüchtigen Eigenschaften des Preußentums nicht bewahren lassen, nicht aufrecht zu erhalten ist. Dann aber bleibt als fernere Mission Preußens nur eines übrig: die Kulturaufgabe wieder aufzunehmen, die einst unterbrochen wurde, als das deutsche Mutterland anfing der politischen Zersetzung und Ohnmacht anheimzufallen. Preußen muß also das nordöstliche Kolonisationsgebiet in deutsches Mutterland verwandeln. Es wäre aber natürlich vermessen, eine solche Aufgabe dem preußischen Staat zuzudiktieren, wenn nicht bestimmte Erscheinungen uns diese Sorge nahelegten. Solche Erscheinungen zeigen sich in dem Vordringen des Polentums, das die alten Provinzen der preußischen Monarchie schwer bedroht. Wenn es einer fremden Nationalität gelingt, einem festgefügten Staat in

solcher Weise Abbruch zu tun, so muß da irgend etwas nicht in Ordnung sein. Trotz der scheinbar vollständigen Erfüllung seiner geschichtlichen Mission muß dieser Staat irgendwo etwas versäumt haben, mit irgend einer seiner Aufgaben nicht fertig geworden sein. Nun finden wir aber auch in Wahrheit eine historische Aufgabe Preußens nur halb gelöst, und jede eingehendere Betrachtung weist uns zugleich darauf hin, daß dieser Mangel es ist, der dem Polentum die Zurückdrängung des Deutschtums ermöglicht. Über diesen Boden verfügt eben das Deutschtum noch nicht in dem Sinne, wie es über deutsches Mutterland verfügt. Jetzt aber gestattet es die politische Gestaltung Deutschlands vollkommen, daß die erwähnte historische Aufgabe wieder aufgenommen und zu Ende geführt wird. Denn so gut staatsbildende Eigenschaften des deutschen Nordostens Gemeingut des ganzen deutschen Volks werden konnten, so gut kann und darf jetzt auch der deutsche Nordosten sich dem alten Mutterlande so weit assimilieren, daß er imstande ist, die Oberhand über alles fremde Wesen zu gewinnen. In diesem Ausgleich, in dieser Heranziehung westlicher Kultur und Eigenart zur vollständigen Kolonisation des Ostens liegt nun eine sehr wichtige Aufgabe der Polenpolitik. Denn das Deutschtum muß sich auf dem strittigen Gebiet seiner vollen Art gemäß ausleben und heimisch fühlen können; es darf nicht in Kulturformen gebannt werden, die einstmals Berechtigung hatten, aber dem Wesen des modernen entwickelten Deutschtums nicht mehr entsprechen. Sonst werden wir der Polen schwerlich Herr werden können.

Freilich darf dieser leitende Gedanke nicht dahin verstanden werden, als ob eine Art von Uniformierungspolitik betrieben werden sollte, als ob die Ostmark aller ihrer berechtigten Eigenheiten in gewaltsamer und überhasteter Weise beraubt werden sollte. Davon ist nicht die Rede. Es soll nur auf das allmähliche Verschwinden solcher Eigentümlichkeiten hingewirkt werden, die den aus den Kernlanden des Deutschtums kommenden Leuten, sowie den rührigen, gewandten und welterfahrenen deutschen Elementen den Aufenthalt in der Ostmark auf die Dauer unerträglich machen, wie es z. B. der einseitige Zuschnitt des Lebens, der Kastengeist, die geistige Öde und Abgeschlossenheit mit sich bringen.

Leider wird die unbefangene, wahrheitsgemäße Besprechung

dieser Verhältnisse dadurch sehr erschwert, daß die Parteipolitik sie in ungerechter Weise ausbeutet. Sobald dieses Thema angeschlagen wird, fangen gewisse Kreise an, mit einem vollständig blinden Haß gegen das angeblich allein schuldige „ostelbische Junkertum" loszuziehen. Demgegenüber werden dann die Verdienste des sogenannten liberalen Bürgertums hervorgehoben. Daß die neuzeitliche Kultur in der Hauptsache ein Werk des Bürgerstandes ist, wird jeder Verständige zugeben. Denn die vielgestaltige Entfaltung des wirtschaftlichen und geistigen Lebens unserer Zeit konnte nur auf der Grundlage einer neuen Wirtschaftsform, der Geldwirtschaft, erblühen. Für ihre Entwickelung bot der alte Feudalstaat freilich keinen Raum; sie konnte nur gesondert von Adel und Bauern mittelst Handel und Gewerbe ausgestaltet werden. Auf demselben Boden ist dann auch der moderne Staatsbegriff erwachsen; er war für Fürsten und Bürger das gemeinsame Mittel, die Formen des alten Feudalstaates zu zerbrechen. Der Erfolg, der dabei errungen wurde, die Einführung eines neuen Staatsprinzips, aus dem sich der moderne individualistische Rechtsstaat entwickelt hat, ist unzweifelhaft ein Sieg des deutschen Bürgertums. Die von ihm bewirkte Umgestaltung des Staatsprinzips gibt dem Bürgertum aber nicht das Recht der alleinigen Repräsentation des Staatsinteresses. Deshalb sind andre Leute immer noch vorhanden und können innerhalb der neuen Ordnung ihr Recht verlangen. Menschlich begreiflich ist, daß der Bürgerstand von dem Bewußtsein seines Sieges über die mittelalterliche Staatsauffassung durchdrungen war, und ebenso begreiflich ist es infolgedessen, daß er die Idee, für die er gesiegt hatte, nur zu sehr mit seinem eigenen Interesse als dem des Siegers verwechselte. Für einen Staat ohne Stände und Privilegien wollte das Bürgertum ursprünglich kämpfen, aber unter der Hand gestaltete sich ihm das Ziel seines Strebens anders: die spezifisch städtischen Interessen sollten den Staat allein regieren, und der Kampf gegen den Adel ging nur scheinbar unter der Parole der allgemeinen Rechtsgleichheit vor sich, in Wahrheit aber unter dem Motto: „Ôte-toi que je m'y mette". Von dieser allgemeinen, durchaus keinen Vorwurf gegen das Bürgertum enthaltenden, wenn auch manche liberale Illusion zurückweisenden Betrachtung muß man ausgehen, wenn man die Stellung des sogenannten Junkertums im Nord-

osten unbefangen und gerecht beurteilen will. Denn es gehört eben zu der Eigentümlichkeit des deutschen Nordostens, daß hier zwar die Bedeutung des Bürgerstandes von den Fürsten des Landes richtig bewertet, ihm aber keineswegs die herrschende und privilegierte Stellung zugewiesen wurde, die bis dahin der Adel eingenommen hatte. Und zwar suchten besonders die Hohenzollern ihr Volk dadurch lebenskräftig zu organisieren, daß sie die alte Form der Gesellschaft nicht etwa mit künstlichen Mitteln so lange stützten, bis sie völlig zur Zerstörung reif war, sondern vielmehr sie neuen Bedürfnissen gemäß weiter zu entwickeln suchten. Zu einer Zeit, wo in den meisten Staaten der Adel nichts weiter mehr war, als eine privilegierte Kaste, mit deren Hilfe sich die absolute Fürstengewalt ihrer Macht versicherte, verstanden es die Hohenzollern, den Adel ihres Landes, wenn auch anfangs unter harten Kämpfen, in den Dienst der Staatsidee zu zwingen, bestimmte gemeinnützige Aufgaben abzugrenzen, deren Übertragung dem Adel eine feste, mit dem Gemeinwohl verträgliche Stellung innerhalb der neuen Staatsauffassung geben sollte. Während sonst das Bürgertum bei seinem Ansturm gegen die Privilegien des Adels nur die Schranken niederzulegen hatte, die in dem Urteil aller unbefangenen, gerechten und freidenkenden Leute längst als morsch galten, richtete sich der gleiche Ansturm in Preußen gegen einen Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft, der zwar in vielen seiner einzelnen Mitgliedern an dem Haß, der seine Angehörigen traf, mitschuldig sein mochte, auch in seiner Gesamtheit natürlich verdient oder unverdient dem Urteil mit unterlag, das sich in der Vorstellung des Bürgertums über ihn gebildet hatte, der aber trotzdem die unleugbare Tatsache für sich hatte, daß er nicht nur ein privilegierter, sondern auch ein um den Staat verdienter Stand war und einen wesentlichen Teil seiner materiellen Interessen bereits dem Gemeinwohl allmählich geopfert hatte. Bei einem solchen Verhältnis kann es nicht ohne langdauernde und schwer zu beseitigende Mißverständnisse von beiden Seiten abgehen. Daß der Adel nicht gewillt ist, sich lediglich um des Bürgertums willen widerstandslos ruinieren zu lassen, erscheint begreiflich, aber es muß daraus in vielen Fällen eine gegenseitige Verkennung entstehen, die aufs tiefste zu bedauern ist. Diese Entfremdung zwischen zwei sozialen Gruppen, die um des Gesamtinteresses willen zu-

sammengehen müßten, wird durch Ungeschick, Verblendung und Parteisucht immer noch geschürt. Ein Teil der Presse ergeht sich in ungeheuren Übertreibungen über die Macht und Gefährlichkeit des Junkertums und gebärdet sich, als ob hier der Hauptfeind unserer politischen Entwickelung zu suchen wäre. Dabei übersehen diese guten Leute in ihrer blinden Gehässigkeit ganz und gar, daß sie denjenigen Elementen im Junkertum, die wirklich in einem unversöhnlichen Gegensatz zu der neueren Entwickelung des Staats stehen, ganz unnötigerweise ein Relief geben. Diese rückständigen Elemente gelten unter ihresgleichen gar nicht besonders viel und werden mit der Zeit immer weniger gelten; denn es gehört schon die volle Blindheit des Hasses dazu, um zu verkennen, daß die ganze heutige Entwickelung, der Charakter unserer Gesetzgebung, unseres gesellschaftlichen und geistigen Lebens durchaus auf seiten des modernen Bürgertums steht und von einer ihre Sonderinteressen verfolgenden mächtigen Kaste — als solche wird ja das Junkertum geschildert — immer mehr abbröckeln muß. Gefährlich könnten nur solche Gruppen innerhalb des Junkertums werden, die — man beachte den Humor der Sache — bei dem Bürgertum so eifrig und erfolgreich in die Schule gegangen sind, daß sie sich kapitalistisch organisieren können. Indessen fehlt bei solchen Gruppen jeder prinzipielle Unterschied von dem Bürgertum, und man könnte sie kaum noch als „junkerlich" bezeichnen.

Es würde natürlich töricht sein, von dem liberalen Bürgertum zu verlangen, daß es den Kampf mit geistigen Waffen gegen solche Elemente im Staat, die ihm unbequem und von anderm Geiste erfüllt sind, schlechthin aufgeben solle. Hier ist nur versucht worden auf einen Weg hinzuweisen, wie man durch Würdigung des historischen Zusammenhangs zu einer etwas unbefangeneren Auffassung des Gegensatzes gelangen und sich von dem Einfluß vorurteilsvoller Übertreibung befreien kann. Die gegenseitige Erkenntnis, daß sich verschiedene Anschauungsweise über das dem Staat Ersprießliche sehr wohl mit der richtigen Schätzung anderer Interessenkreise als derjenigen, in die man zufällig durch die Geburt gestellt ist, verträgt, gehört durchaus nicht in den Bereich der Unmöglichkeiten. Schon jetzt wird sicher die Mehrzahl der vernünftigen und gebildeten Leute wissen, daß es eine unsägliche Albernheit ist, bestimmten Gruppen und Kreisen von Menschen

ausschließlich den Vorwurf des Egoismus zu machen. Der Egoismus ist überall und in jeder Gestalt zu finden, und darum gibt es in jeder Partei Leute, die aus ganz bestimmten Sonderinteressen handeln. Der erwähnte Vorwurf ist daher allerdings niemals zu widerlegen, denn er kann überall und zu jeder Zeit jeder Partei gemacht werden; um so dümmer und zweckloser ist es aber, überhaupt mit dem Werkzeug eines solchen Vorwurfs zu arbeiten. Er dient nur der Verhetzung und dem blinden Haß nicht dem ehrlichen Parteikampf. Gerade in der Ostmark aber sollte man alles tun, um zwischen den deutschen Parteien jede überflüssige Verschärfung der Gegensätze fernzuhalten, und mehr ist auch nicht nötig.

Es war notwendig, dies alles auseinanderzusetzen, weil die von mir vertretene Anschauung, daß hier im Osten ein großer, einstmals durch andre historische Aufgaben des brandenburgisch-preußischen Staats unterbrochener Kolonisationsprozeß wieder aufgenommen werden muß, leicht dahin mißverstanden werden kann, als sollte die altpreußische Tradition dieser Gegenden im Sinne der heutzutage unter den Liberalen und Nationalsozialen das große Wort führenden Junkerfresser zerstört werden. Nicht um Zerstörung handelt es sich, sondern um Ergänzung. Allerdings können die sozialen und wirtschaftlichen Zustände nicht so bleiben, wie sie sind; wir müssen neue Kräfte in dieses Land leiten. Aber nicht mit radikaler Gleichmacherei, sondern mit behutsamer und doch entschlossener Schaffung von Gelegenheiten, um die Wirkungen des Lebens im deutschen Mutterlande in diese neue Richtung zu lenken. Dazu gibt es Mittel, ohne daß wir die Verkehrtheit begehen, vorhandene brauchbare Kräfte und Einrichtungen ohne Not abzustoßen.

Die ganze Kolonisationsfrage, die hier aufgeworfen ist, ist zunächst eine Bevölkerungsfrage. Sie lautet: Kann es gelingen, allmählich eine stärkere Zunahme der deutschen Bevölkerung im Osten im Verhältnis zum Polentum zu schaffen? Da man bei der polnischen Bevölkerung auf eine stärkere natürliche Vermehrung zu rechnen hat, als bei der deutschen, so kann ein Einfluß auf die polnische Bevölkerung nur dadurch ausgeübt werden, daß man den Zuzug von außen nach Möglichkeit fernhält. Dagegen muß versucht werden, die natürliche Zunahme der deutschen Bevölke-

rung dadurch zu stärken, daß man eine genügend starke deutsche Einwanderung in das Land leitet. Diese beiden scheinbar so einfachen Forderungen aber erheischen bestimmte Vorbedingungen.

Zunächst die Sperrung der deutschen Grenze gegen polnischen Zuzug aus Rußland. Nichts erscheint auf den ersten Blick einfacher, als die Durchführung dieser Maßregel mit Hilfe eines einfachen Verbots. Aber die Folgen eines solchen Verbots würden höchst bedenkliche Zustände sein. Die in den Ostmarken auf dem platten Lande herrschende Arbeiternot würde dann einen Charakter annehmen, der eine vollständige wirtschaftliche Krisis bedeuten würde. Die ländliche Arbeiterbevölkerung im Osten drängt nun einmal mit Macht aus ihrer Heimat hinaus nach dem Westen. Scharenweise ziehen sie hinaus, um ihr Glück in der Provinz Sachsen, in Westfalen und am Rhein zu suchen. Diese Bewegung hindern zu wollen, würde ein schlimmer Mißgriff sein, denn die Freizügigkeit gilt der heutigen Zeit als ein unantastbares Recht, und ihre Beschränkung würde als eine gehässige, rückschrittliche Maßregel, als Verletzung einer wertvollen politischen Errungenschaft, als Eingriff in eines der wichtigsten persönlichen Rechte angesehen werden. Wenn also die ländlichen Besitzer ihrer Arbeiterschaft allmählich immer mehr beraubt werden, so würde die Schließung der Grenze gegen Zuzug aus Rußland und Galizien nur die Folge haben, daß die Besitzer in den Ostprovinzen überhaupt keine Arbeiter mehr erhalten können. Damit würde die ohnehin vorhandene landwirtschaftliche Krisis noch verschärft und der mittlere und große Grundbesitz geradezu dem Ruin preisgegeben. Unter solchen Umständen kann der Staat die Grenze für die fremden Arbeiter nicht ohne weiteres schließen. Er muß nur verhindern, daß diese fremden Elemente wirkliche Einwanderer werden und irgendwelche Heimatsrechte bei uns erlangen. In dieser Beziehung ist viel versehen worden. Der Staat hat Mittel genug, um eine wirksame Aufsicht darüber ausüben zu können; man brauchte nur die Erfahrungen erprobter Grenzbeamten mit den Vorschlägen tüchtiger, praktisch bewährter Verwaltungsbeamten zu vereinigen. Die jetzt angewendeten Vorschriften aber machen den Eindruck, als ob sie irgendwo am grünen Tisch zusammengeschrieben sind. Sie sind ganz danach angetan, daß ein guter Bruchteil dieser fremden Einwanderer auf deutschem

Boden hängen bleibt. Die Kontrolvorschriften müssen also nicht nur verschärft, sondern vor allem praktischer eingerichtet werden, so daß es möglich wird, die fremden Arbeiter in den Zeiten, in denen sie nicht dringend gebraucht werden, wieder über die Grenze in ihre Heimat abzuschieben. Dabei wird mit allen Mitteln darauf hinzustreben sein, daß dem Osten wieder ein seßhafter Stamm deutscher Arbeiter zugeführt wird, und erst wenn das geglückt ist, wird die Maßregel auszuführen sein, die als Ziel immer im Hintergrunde stehen muß, die Sperrung der Grenze für die slavischen Arbeiter.

Es ist gelegentlich im Ostmarkenverein der Vorschlag gemacht worden, man möge mit dem Verbot der Hereinziehung fremder Arbeiter zonenweise vorgehen, zuerst den Westen von ihnen räumen und später dieses Verbot auf eines nach dem andern von den östlichen Gebieten ausdehnen, damit Zeit gewonnen werde, die Arbeiterverhältnisse dementsprechend zu regulieren. Dieser Plan erscheint aber gleichfalls nicht ausführbar, da verschiedene landwirtschaftliche Betriebe ihre Arbeiterverhältnisse zur Zeit gar nicht anders regeln können, als durch Annahme von Saisonarbeitern, die unter den obwaltenden Umständen nur von jenseits der Grenze zu holen sind. Wenn es also überhaupt einmal geschehen kann, daß die Ostgrenze für diese ländlichen Wanderarbeiter gesperrt wird, so wird dies doch in jedem Falle nur dann möglich sein, wenn die andre Aufgabe *vorher* gelöst ist, d. h. ein Strom deutscher Einwanderer in die Ostmarken gelenkt werden konnte. Auf diese schwierige Aufgabe läuft also alles andre zunächst hinaus.

Eine solche Wanderung nach Osten wird mit bleibendem Erfolg nur dann stattfinden, wenn die neue Existenz, die der Kolonist sucht, erhebliche Vorteile vor seiner bisherigen Existenz bietet. Darin liegt aber die ungeheuere Schwierigkeit der Sache. Vorläufig werden immer mehr fremde Arbeiter in das Land gezogen und drücken den ganzen ländlichen Arbeiterverhältnissen ihren Stempel auf. Das soziale und kulturelle Niveau dieser Arbeiterschaft wird unwillkürlich zur Regel und zum Maßstab gemacht, und je mehr das geschieht, desto weniger wird ein deutscher Arbeiter geneigt sein, sich in solche Verhältnisse zu begeben; im Gegenteil, für die deutschen Arbeiter, die noch im Lande sind, wird der Reiz zur Auswanderung erhöht. Die abschreckende Wirkung,

die eine solche Lage nach außen hin ausüben muß, bedarf keiner näheren Erläuterung.

Es sind aber nicht nur die Arbeiter, die unter dieser abschreckenden Wirkung stehen. Wer die Verhältnisse im übrigen Deutschland kennt und nun nach dem Osten kommt, der empfindet in der Regel einen ungeheuren Abstand, der nicht durch die unabänderliche Natur des Landes, auch nicht durch den guten oder bösen Willen einzelner Persönlichkeiten verursacht ist, sondern mit dem Kulturstandpunkt und den sozialen Verhältnissen zusammenhängt. Die Leute, die aus den Ostmarken nach Westen auswandern, finden durchaus nicht immer eine absolute Verbesserung ihrer materiellen Lage. Aber die ganzen Verhältnisse ihrer Umgebung gestalten das Leben vielseitiger und mannigfaltiger. Besonders macht sich dieser Unterschied für die Gebildeten bemerkbar. Innerhalb der einzelnen Bildungsstufen finden sich im Westen leichter Gruppen aus verschiedenen Berufszweigen, von verschiedenem Vermögensstand und verschiedener Denkungsart zusammen. Im Osten findet man das bei der herkömmlichen kastenartigen Gruppierung der Menschen sehr selten. Daher wird im Westen das Zusammenleben der Menschen im allgemeinen von weiteren Gesichtspunkten beherrscht, und unter den Leuten, die ein Übergewicht in der Gesellschaft ausüben, ist die Zahl derer größer, die ein solches Ansehen nicht nur durch Geburt und Überlieferung, sondern auch durch geistige Eigenschaften behaupten. Im Osten findet man demgegenüber unter sonst gebildeten und keineswegs unbegabten Personen eine eigentümliche Enge des Horizonts namentlich in sozialer Beziehung, und auffallend ist das anscheinend völlig mangelnde Bedürfnis einer geistigen Berührung verschiedener Berufszweige und Volksklassen untereinander. Wo man ehrenvolle Ausnahmen findet, da gewinnt man oft den Eindruck, als ob die betreffenden Persönlichkeiten ängstlich zu verbergen strebten, daß sie einen weiteren Horizont haben, als ob sie fürchteten, andernfalls unangenehm aufzufallen. Der Deutsche, der den Osten verläßt, sieht sich dagegen meistens von Verhältnissen umgeben, die durchweg ein größeres Maß individueller Freiheit spüren lassen und daher auch in dem geringen Mann die Hoffnung wachhalten, daß er seine Lage verbessern kann. Und wenn ihm das auch nicht glückt, so erweckt doch die ganze Umgebung in ihm

ein stärkeres Bewußtsein der Menschenwürde. Mit diesen Tatsachen muß man rechnen und, statt darauf zu schelten, sich vielmehr fragen, ob denn nichts geschehen kann, die Verhältnisse im Osten vielseitiger und freier zu gestalten und sie denen des Westens näher zu bringen. So gelangen wir ganz naturgemäß zu der Forderung, das ganze Kulturniveau der Ostmarken auf eine höhere Stufe zu heben.

Dagegen erhebt sich zunächst ein grundsätzlicher Einwand. Es wird nämlich immer als eine sehr bedenkliche Seite dieser „Hebungspolitik" hingestellt, daß sie auch den Polen zu gute kommt. Mit offenbarem Hohn wird von den Polenfreunden darauf verwiesen, daß Maßregeln dieser Art, mit denen man das Polentum bekämpfen wolle, in Wahrheit den Polen mehr nützten als schadeten, ja ihnen vielleicht mehr nützten als den Deutschen.

Hier muß nun vor allen Dingen ein Mißverständnis zurückgewiesen werden. Die sogenannte „Hebungspolitik" richtet sich überhaupt nicht gegen die Polen, und es kann auch gar nicht beabsichtigt sein, irgend eine Wirkung zu ungunsten des Polentums damit direkt zu erzielen. Zu den Maßnahmen zur Bekämpfung des Polentums gehört sie überhaupt nicht. Dennoch gebührt ihr ein wichtiger Platz in dem Gefüge einer wirksamen Polenpolitik, weil die kulturelle Hebung der Ostmark die unentbehrliche Voraussetzung bildet, wenn das Deutschtum im Osten lebensfähig bleiben will. Man kann ein unfruchtbares, von Unkraut überwuchertes Stück Land nicht zu einer Stätte für Zier- und Nutzpflanzen machen, wenn man nicht den Boden vorbereitet. Unterläßt man diese Vorbereitung, so wächst eben dort nichts, auch wenn man sät und pflanzt, was nur irgend darauf Platz hat. Man wird also Gartenerde, Dünger und dergl. vorher hinschaffen müssen. Was würde man aber zu einem Menschen sagen, der den Gärtner bei dieser vorbereitenden Arbeit verhöhnt und ihm vordemonstrieren will, daß Dünger und Gartenerde allein noch keinen Garten schaffen und daß dabei unter Umständen das Unkraut noch besser gedeiht? Der Gärtner wird einen solchen Menschen einfach für verrückt halten, denn er selbst weiß, daß er seine erste Arbeit nur unternimmt, weil sie die Vorbedingung der folgenden ist, und daß dieser notwendigen Arbeit die weitere des Säens, Pflanzens, Begießens und Reinhaltens folgen muß, wenn ein Garten entstehen

soll. Wenn wir das Polentum in Schranken halten wollen, müssen wir vorerst dafür sorgen, daß auf dem Boden, den wir dafür gewinnen wollen, das Deutschtum überhaupt gedeihen kann, und darum müssen wir ihn für deutsche Kulturbedürfnisse herrichten, sonst bleibt alle weitere Mühe vergebens.

Daß unter solchen Verhältnissen das Polentum gedeihen kann und sogar besser gedeihen kann als vorher, ist ganz selbstverständlich, so wie in einem fruchtbaren, aber ungepflegten und verwilderten Erdreich auch das Unkraut besser wächst als auf dürrem Boden. Wir dürfen also nicht meinen, mit der kulturellen Hebung sei alles getan. Nein, dann beginnt erst die Hauptarbeit, aber eine Arbeit, die im Gegensatz zu dem andern Falle die Hoffnung auf Erfolg in sich trägt. Wenn wir hätten verhindern wollen, daß die Polen aus den Zuständen im preußischen Staat irgend welchen Nutzen ziehen und sich unter Umständen auch darin wohl fühlen können, ja dann hätten wir überhaupt niemals die Polen zu vollberechtigten preußischen Staatsbürgern machen dürfen. Eine solche Tendenz aber widerspricht ganz und gar dem deutschen Charakter und dem Wesen des preußischen Staats- Es ist auch jetzt nicht der Zweck einer vernünftigen Polenpolitik. Denn auch diese kann nichts anderes wollen, als die Staatspolitik überhaupt, indem sie von den Polen nur verlangt, daß sie ihre unabänderliche Zugehörigkeit zum Staat anerkennen und die Rechte ihrer deutschen Mitbürger achten, im übrigen aber durchaus ihre Pflicht bekennt, für die Wohlfahrt aller ihrer Staatsangehörigen zu sorgen. Abgesehen von allem andern wäre es eine lächerliche Inkonsequenz, auf der einen Seite die Polen durch allgemeine Schulpflicht, allgemeine Wehrpflicht und gesetzliche Gleichberechtigung an uns heranzuziehen und auf der andern Seite bei Maßnahmen, die für das Deutschtum im Osten dringend notwendig sind, ängstlich zu fragen, ob dabei vielleicht auch ein Nutzen für die Polen abfällt. Eine solche Kleinlichkeit bei einer Reihe von Maßregeln, die überhaupt gar nicht als Kampfmaßregeln gedacht und geeignet sind, sondern nur das Fundament dazu bilden sollen, ist überdies auch vollkommen überflüssig. Denn man kehre die Sache einmal um und frage sich, was etwa die Unterlassung der mehrfach erwähnten kulturellen Hebung für Folgen haben würde. Unkundige könnten vielleicht den Schluß ziehen, das sei für das Verhältnis

von Deutschtum und Polentum völlig belanglos; denn ob man nun die Hebung unterlasse oder nicht, immer würden doch die Zustände auf Deutsche und Polen gleichmäßig wirken. Darin liegt aber eben ein großer Irrtum. Von einer Verbesserung der Zustände mag vielleicht das Polentum wie das Deutschtum gleichen Nutzen haben, von einer Belassung oder Verschlechterung der jetzigen Zustände aber hat das Deutschtum den Schaden allein, und das Polentum bleibt unberührt. Das ist der Unterschied. Der Slave fühlt sich unter Kulturverhältnissen leidlich glücklich, die für den Deutschen einfach unerträglich sind. Welchen Weg wir unter solchen Umständen zu gehen haben, das kann doch eigentlich nicht zweifelhaft sein.

Worin sollen nun aber die Maßregeln bestehen, mit deren Hilfe wir die Kulturzustände unsrer Ostmarken denen der rein deutschen Gegenden unsers Vaterlandes näher bringen können? Wir scheiden an dieser Stelle eine Reihe von Einwirkungen aus, die auf geistigem Gebiet liegen und die sich später besser im Zusammenhang mit der Schulpolitik und Sprachenfrage erörtern lassen. Es bleiben aber noch Einwirkungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. In erster Linie ist dabei der *Verkehrsfragen* zu gedenken.

Man sollte eigentlich meinen, auf diesem Gebiet müßten sich alle Parteien leicht einigen, da die Nachteile ungünstiger Verkehrsverhältnisse sich für jedermann fühlbar machen. Dem ist aber nicht so. Die Erleichterung des Verkehrs wird von vielen Politikern als eine Verstärkung der Anreize zur Auswanderung oder wenigstens zum Wechsel des Aufenthaltsorts angesehen. Namentlich sind viele Landwirte der Meinung, die bösen Eisenbahnen seien es, die ihnen die Arbeiter fortführten. Sie sind auf den Verkehr ebenso schlecht zu sprechen wie auf die Freizügigkeit. Nun liegt ja in diesen Klagen etwas Wahres, aber wenn man auf Grund dieser Klagen die Verkehrsverhältnisse zurückrevidieren wollte, so müßte man die Eisenbahnen überhaupt abschaffen. Dann könnte man es vielleicht erreichen, daß jeder möglichst an dem Orte bleibt, wohin er schon durch seine Geburt gestellt ist. Aber das ist eine Lösung, die auch der ärgste Verkehrsfeind nicht wünschen würde, selbst wenn sie möglich wäre, und sie ist natürlich unmöglich. Dann aber sollte doch eine einfache Erwägung zeigen, daß die schlimmste

Möglichkeit von allen, die in Bezug auf die Regelung des Verkehrs überhaupt denkbar sind, eine ungleichmäßige, sich nur auf bevorzugte Gegenden erstreckende Entwickelung des Verkehrs ist. Überall gleichmäßig gute Fürsorge für den Verkehr — vortrefflich! Überall schlechter oder gar kein Verkehr — nun das ist wenigstens ein Standpunkt, wenn auch kein vernünftiger! Aber hier gute und dort schlechte Verkehrsmittel, das ist die größte Torheit vom Standpunkt gerade derjenigen, denen daran gelegen sein muß, ein wirtschaftlich und sozial schädliches Abströmen der Bevölkerung bestimmter Landesteile in bevorzugte Gegenden zu verhindern. Man darf wohl dreist behaupten, daß sich noch niemals jemand, der im Interesse einer Verbesserung seiner Lage seinen Wohnsitz verlassen wollte, durch schlechte Verkehrsverhältnisse davon hat abhalten lassen. Dagegen genügt in nicht seltenen Fällen die Möglichkeit, ohne erhebliche Kosten, Zeitverluste und Umständlichkeiten Zentralpunkte des Erwerbs- und Geschäftslebens erreichen zu können, um manche wirtschaftlich wertvolle Existenz in abgelegenen Orten und Gegenden festzuhalten. Auch in den gebildeten Kreisen, die außerhalb des eigentlichen Erwerbslebens stehen, kann man ähnliche Erfahrungen machen. Selbst wenn sich jemand in die Einsamkeit zurückziehen will, wird es ihm in der Regel nicht gleichgültig sein, ob ihm jede Möglichkeit eines raschen und bequemen Verkehrs mit der Hauptstadt, einem Seebade, einer von der Natur bevorzugten Gegend abgeschnitten ist, wenn er vielleicht auch in der Praxis selten oder nie Gebrauch davon macht. Wie oft hört man als Vorzug eines Wohnorts preisen: „Ich kann in einer oder zwei Stunden in Berlin sein.“ Forscht man nach, wie oft die Leute nach Berlin kommen, so zeigt sich, daß dieser gerühmte Vorzug praktisch ziemlich bedeutungslos ist. Aber sie empfinden die Rückwirkungen der guten Verbindung in kleinen Vorzügen des geschäftlichen Verkehrs am Orte selbst, bei Einkäufen, Bestellungen, Korrespondenzen u. dergl. und auch in gewissen Anregungen des gesellschaftlichen Verkehrs, die lediglich aus der Vorstellung entspringen, nicht ganz „aus der Welt“ zu sein. Ähnliche Vorstellungen übertragen sich leicht auf alle sozialen Schichten. Schließlich ist es nicht die Unzufriedenheit mit bestimmten Einzelheiten seiner Lage, sondern das unbestimmte Gefühl des Abgeschlossenseins von einer vielseitiger ausgestal-

teten Welt, was auch den ländlichen Arbeiter aus seinen heimatlichen Verhältnissen heraustreibt und ihn Verhältnisse vorziehen läßt, die ihm oft materiell durchaus nicht mehr bieten, ja mitunter ihn geradezu enttäuschen müssen. Gute Verbindungen werden den einmal erweckten Trieb des Hinausstrebens aus drückend gewordenen Verhältnissen natürlich nicht beseitigen können. Dieser Trieb pflegt in solcher Stärke vorhanden zu sein, daß, wenn nicht andere Gegengewichte geschaffen werden, daran nicht viel zu ändern ist. Aber durch mangelhafte Verkehrsverhältnisse beraubt man sich der Möglichkeit, auch nur die Bedingungen für wirksame Gegengewichte gegen den Wandertrieb herzustellen. Je schlechter die Verkehrsmittel sind, desto mehr wirken sie einseitig in dem Sinne, daß sie brauchbare Kräfte aus dem Lande herausziehen; je besser sie sind, desto mehr wirken sie ausgleichend. Auch dann werden sie manches aus dem Lande herausholen, aber dafür bringen sie auch etwas, denn dem Verkehr folgt stets die geschäftliche Unternehmungslust.

Die bisherige preußische Eisenbahnpolitik hat diesen Erwägungen im Osten wenig Rechnung getragen. Gewiß nicht aus Kurzsichtigkeit. Die erschwerenden Momente lagen darin, daß die preußische Staatsbahnverwaltung eine Verkehrspolitik im strengsten Wortsinne überhaupt nicht treiben konnte. Unter einer solchen Verkehrspolitik wäre eine Fürsorge für den Verkehr zu verstehen, die diese wichtige Erscheinung des Völkerlebens nach großen Gesichtspunkten zu beeinflussen und in den Dienst des allgemeinen Wohls durch zweckmäßige Verteilung wirtschaftlicher Kräfte zu stellen suchte. Eine solche Politik aber ist niemals versucht worden. Die preußische Eisenbahnverwaltung wurde lediglich durch die Rücksichten auf die Finanzverwaltung des Staats gebunden. Sie durfte gar nicht fragen: In welcher Art und Anordnung und mit Hilfe welcher Betriebsformen läßt sich durch die Eisenbahnen ein Einfluß ausüben auf die Beziehungen zwischen Bevölkerungsverteilung, wirtschaftlichen Hilfskräften des Landes und Güteraustausch? Sie konnte vielmehr das Verkehrsbedürfnis nur als gegebene Erscheinung in demselben Sinne nehmen, wie der Kaufmann das Bedürfnis des Kunden. Danach mußte sich die Verwaltung richten, um unter möglichst zweckmäßiger Befriedigung dieses Bedürfnisses so viel Geld zu verdienen, wie eben ein an-

ständiger und gewissenhafter Unternehmer füglich verdienen kann. Daß der Staat im Eisenbahnwesen nach den einmal angenommenen und natürlich nicht ohne triftige Gründe angenommenen Prinzipien im wesentlichen nur Unternehmer, nicht Politiker sein konnte — von den Rücksichten auf die Landesverteidigung können wir in diesem Zusammenhang absehen —, ist für die östlichen Provinzen recht verhängnisvoll geworden. Denn die Verwaltung mußte in der Hauptsache mit ihrem Betriebe dem zufällig sich entwickelnden Bedürfnis folgen. Sie mußte daher aus Rücksichten der Rentabilität verkehrs- und industriereiche Gegenden bevorzugen, arme und abgelegene Provinzen aber mit vorsichtiger Zurückhaltung behandeln. Es gab daher eine Zeit, in der auf die meisten Beschwerden und Gesuche um Verbesserung der mangelhaften Verkehrsverhältnisse die stereotype Antwort erteilt wurde: „Es kann ein Bedürfnis dafür nicht anerkannt werden." Der Nachteil dieser Behandlungsweise der Frage lag nicht nur in der unmittelbaren Schädigung der geschäftlichen Interessen der beteiligten Gegenden. Wenn eine Geschäftsreise, die in anderen bevorzugten Gegenden in einem Tage zu erledigen ist, bei gleicher Kilometerzahl im Osten zwei, ja unter Umständen drei Tage erforderte, lediglich infolge geringer Fahrgeschwindigkeiten und schlechter Anschlüsse, so werden unliebsame Vergleiche geradezu herausgefordert, und die Leiter geschäftlicher Unternehmungen werden, wenn sie ihre Dispositionen treffen, mehr an russische als an deutsche Zustände denken. Während sie aber dem wirklichen Rußland gegenüber ihr Urteil durch die Erwägung korrigieren, daß es vielleicht ein Land der Zukunft ist, das nur durch seine geschichtliche Entwickelung und ungünstige Gesetze zurückgehalten ist, werden sie eine solche Rückständigkeit auf deutschem Boden schwerer begreifen und leicht zu der Meinung gelangen, daß Land und Leute selbst die Schuld daran tragen. Man kann sich daher nicht wundern, wenn die östlichen Grenzprovinzen den Bewohnern des Westens kaum bekannt sind, trotzdem aber vom Hörensagen als ein preußisches Sibirien verschrieen werden, in dem, wie ein im Osten gebräuchlicher Scherzausdruck sagt, sich die Füchse und die Hasen gute Nacht sagen. Diese in jeder Beziehung grundfalsche Vorstellung, die dem vordringenden Polentum

gegenüber eine Gefahr bedeutet, kann nur durch eine sorgfältigere Ausgestaltung des Verkehrs überwunden werden.

Nachdem lange Jahre hindurch in dieser Beziehung arg gesündigt worden ist, hat in neuerer Zeit die wachsende Einsicht in die Grundlagen einer erfolgreichen Polenpolitik dahin geführt, daß die Verkehrsfrage eine weitherzigere und gründlichere Behandlung erfahren hat. Die Verkehrsverhältnisse in den Provinzen Posen und Westpreußen sind erheblich verbessert worden, und zwar unter dem Gesichtspunkt, der auch an dieser Stelle soeben als der richtige verfochten wurde, daß die Verwaltung in diesem Falle dahin streben muß, dem Bedürfnis voranzugehen, ja sogar Bedürfnisse zu schaffen, nicht jedoch dem Bedürfnis langsam zu folgen, um nicht zu sagen, sich auf Krücken ihm nachzuschleppen. Über Einzelheiten, die Prüfung und Kritik der besonderen Wünsche auf diesem Gebiete, kann man hier füglich hinweggehen; sie sind Sache der besonderen Erörterung in Parlament und Presse. Des alten, hoffentlich nunmehr verlassenen Systems mußte aber hier gedacht werden, weil das Eisenbahnnetz des Ostens und sein Verkehr immer noch unter den Nachwirkungen der früheren kurzsichtigen Prinzipien stehen. Dergleichen läßt sich nicht von heute zu morgen ändern. Nicht alle Wünsche in Verkehrsfragen können auf einmal befriedigt werden, und wenn sie befriedigt sind, bedarf es geraumer Zeit, bis die Bevölkerung den vollen Nutzen daraus gezogen hat und bis der neue Stand der Dinge auch von außen her genügend gewürdigt wird. In allen diesen Fragen heißt es Geduld haben. Ist jeder in seinem Wirkungskreise nur tätig und wachsam, so wird die Wirkung nicht ausbleiben. Vorzeitige Kritik aber entmutigt und stört die Entwickelung, von der wir nur die Richtung, nicht das Maß ihres Fortschritts zu überwachen haben.

Die Hebung des Verkehrs ist die einzige sichere Grundlage, auf der allmählich eine Neugestaltung der sozialen Verhältnisse in dem Sinne herbeigeführt werden kann, daß der aus dem Westen kommende Deutsche die Existenz innerhalb der Ostmarken erträglich finden kann. Wie viel eine einsichtige und vorurteilsfreie Beamtenschaft im einzelnen dazu tun kann, diese Entwickelung günstig zu beeinflussen, das braucht nach dem früher Gesagten hier nicht besonders begründet zu werden. Es fragt sich nur, ob daneben

noch große, allgemeine Maßregeln wirtschaftlicher Natur zu nennen sind, die in den Bereich der kulturellen Hebung fallen. Daß auf dem Gebiet der Landesmeliorationen jeder Art noch viel geschehen kann, liegt auf der Hand. Es kommt indessen vom Standpunkt der hier zu erörternden Fragen nicht so sehr darauf an, den Verwaltungsbehörden über alle möglichen Einzelheiten Ratschläge zu erteilen, als vielmehr darauf hinzuweisen, welches Hindernis der ersprießlichen Wirksamkeit einer so tüchtig geschulten und fürsorglichen Beamtenschaft wie der preußischen vornehmlich entgegensteht. Aber auch hier kann auf schon früher Gesagtes verwiesen und nur noch einmal festgestellt werden, daß die echt büreaukratische Abneigung, die Ausnahmestellung der Provinzen Posen und Westpreußen anzuerkennen, überwunden werden muß.

Eine besondere Betrachtung aber scheint noch die Frage zu erfordern, ob vielleicht durch Einwirkungen auf Bedürfnisse geistiger Art der allgemeine Kulturstandpunkt der Ostmarken gehoben werden kann. Es handelt sich hier um den Bau von Vereinshäusern, Bibliotheken, Errichtung von Fortbildungsanstalten, Hochschulen, Museen u. dergl. Soweit diese Maßregeln dazu beitragen können, in den Ostmarken das Bewußtsein einer besondern Fürsorge des Staats verstärken zu helfen oder das Interesse für gemeinnützige Anstalten zu erhöhen, wird man ihnen freudig zustimmen können. Nur darf man nicht zu viel davon erwarten. Der Wert derartiger Anstalten zeigt sich in vollem Maße erst da, wo sie einem bereits vorhandenen inneren Bedürfnis entsprechen. Nur in beschränktem Umfange werden sie solche Bedürfnisse selbst zu wecken vermögen, und ihre Hauptwirkung wird immer nur eine lokale sein. Aber sie können namentlich in Verbindung mit einer vernünftigen Schul- und Sprachenpolitik immerhin als nützliche Stützpunkte für Erweckung und Erhaltung deutscher Gesinnung betrachtet werden. Hier kommen zunächst die Anstalten in Betracht, von denen unmittelbar eine Einwirkung auf die Landeskultur ausgehen könnte. Es sind dies vornehmlich Fachschulen und technische Lehranstalten, deren Errichtung im Osten ja auch schon ins Auge gefaßt ist. Nicht genug gewarnt werden aber kann vor der Idee, das Gebäude dieser Fürsorge durch die Errichtung einer Universität in Posen zu krönen. Falls man nicht annehmen

will, daß dieser Gedanke von deutschfeindlicher Arglist eingegeben ist, kann man nur über die Naivität staunen, mit der die Urheber dieses Vorschlags das Wesen des Polentums beurteilen. Von einer kulturellen Hebung des Landes kann auf diesem Wege so lange nicht die Rede sein, als das Land selbst nicht auf irgend eine Weise das geistige Interesse des deutschen Mutterlandes fesselt. Niemand wird im Ernst glauben, die akademische Jugend des Reichs könne etwa aus denselben Empfindungen und Interessen heraus nach Posen eilen, wie sie aus Altdeutschland nach Straßburg zog. In Wahrheit würden wir uns eine neue Brutstätte polnischen Geistes und staatsfeindlicher Agitation schaffen. Vorläufig ist eine sehr viel näher liegende Aufgabe zu lösen. Es ist die Frage zu beantworten, ob die ganze Struktur der Gesellschaft in den Ostmarken der des Westens näher gebracht werden kann. Davon sollen die folgenden Betrachtungen handeln.

Kapitel 15.

Die Industrialisierung des Ostens.

Worin beruhen eigentlich die wesentlichen Unterschiede in dem Gesellschaftscharakter des Ostens und Westens? Es ist schon früher bemerkt worden, daß es im Osten an vermittelnden Elementen fehlt, die zwischen den einzelnen Klassen und Schichten die nötigen Übergänge herstellen. Infolgedessen verkehren die einzelnen Berufsklassen fast ganz unter sich, und das gibt dem Verkehr eine so drückende Einseitigkeit, daß hierin ein Hauptgrund zu erkennen ist, warum ausscheidende Beamte, Offiziere, Richter, Lehrer u. s. w. fast niemals in der Provinz bleiben, sondern ihr so bald als möglich den Rücken kehren. Innerhalb dieser einzelnen sich absondernden Gesellschaftsgruppen spielt wiederum als Folge dieser ganzen Verhältnisse die Beachtung der Rangunterschiede und des Vorgesetztenverhältnisses eine Rolle, die man anderswo gar nicht kennt. Daher liegt eine merkwürdige Unfreiheit, ein subalternes Gepräge des ganzen Lebens dort geradezu in der Luft und drückt auf jeden aus der Fremde Hinzukommenden mit uner-

träglicher Wucht. Das überträgt sich sogar auf Verhältnisse, die sonst ganz außerhalb derartiger Einwirkungen zu stehen pflegen. Selbst im Offizierkorps, dessen Anschauungen und Traditionen wesentliche Verschiedenheiten in Formen und Sitten, wie man meinen sollte, beinahe ausschließen, machen sich Einwirkungen der unnatürlichen und schädlichen Abgeschlossenheit unangenehm bemerkbar. Man stößt dort auf Absonderlichkeiten der Umgangsformen, die vielleicht von denjenigen, die einer höheren Pflicht folgend notgedrungen sich mit diesen Verhältnissen abfinden, eine Zeitlang lächelnd ertragen werden, die aber, sobald kein Zwang sie mehr bindet, nur einen Gedanken erzeugen können: Heraus aus dieser ganzen Atmosphäre! Diese Zustände sind nicht, wie auch wohl anderswo, eine Begleiterscheinung besonders kleiner und enger Verhältnisse; sie liegen vielmehr in der Luft und ergeben sich aus den gesellschaftlichen Anschauungen, von denen dort alles erfüllt ist. Das Charakteristische ist nämlich nicht, daß diese Kleinlichkeiten und Ungehörigkeiten gelegentlich vorkommen, sondern daß sie von denjenigen, die in diesen Verhältnissen groß geworden sind, als etwas Selbstverständliches und Richtiges empfunden werden.

Es ist nicht nötig, auf Einzelheiten und Beispiele einzugehen. Jeder, der von außen kommend als Beamter oder Offizier in den Ostmarken gewesen ist, wird die erwähnte Erscheinung bestätigen können. Es genügt, die Tatsache hervorzuheben, daß die Angehörigen dieser Berufsklassen, sobald der Zwang der Amts- und Dienstpflicht aufhört, nur in den allerseltensten Fällen in der alten Umgebung bleiben. Es fehlt daher zunächst allen denen, die auf irgend einem Berufsgebiete im Dienste der Allgemeinheit stehen, jede persönliche Berührung mit Elementen, die sich als ihre Berufsgenossen fühlen und doch äußerlich unabhängig sind. Daß diese Elemente vorzugsweise geeignet sind als Stamm eines Umgangskreises zu dienen, der gegenüber den wechselnden Kreisen der aktiven Offiziere und Beamten eine gewisse Beständigkeit freundschaftlicher Beziehungen erhält, bedarf keines besonderen Nachweises. Durch einen solchen stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt seßhafter und unabhängiger Familien würde in vielen Fällen verhindert werden, daß die Leute, die dem äußern Zwang entrückt sind, durch den sie in diese Verhältnisse gebannt wurden,

auch sofort dem Lande den Rücken kehren. Diese unabhängigen, gebildeten Elemente würden dann sehr bald auch ganz von selber das Bedürfnis entwickeln, mit Angehörigen anderer Berufskreise in Beziehung zu treten.

Sehr schwierig aber ist es, die Anfänge eines solchen, etwas vielseitigere Interessen verfolgenden Kreises von Gebildeten zu schaffen, wenn nicht in dem gebildeten Bürgerstande selbst gewisse Kristallisationspunkte vorhanden sind, um die sich die soeben geschilderten Elemente gruppieren können. Diese Schwierigkeit besteht allerdings in den meisten Gebietsteilen der östlichen preußischen Provinzen. Die Traditionen des alten Militär- und Beamtenstaates erschweren, wo nicht besondere Momente korrigierend einwirken, sehr leicht das Aufkommen eines geistig und gesellschaftlich einflußreichen Bürgerstandes. Die Folgen davon treten nicht überall so schwer und ernst hervor. Die nationale Einheitlichkeit der Bevölkerung mildert etwaige Mißstände, die engere Berührung des Beamten- und Offizierstandes mit einem fest in der Heimat wurzelnden Landadel hält die meisten dauernd in der Heimat oder doch in Beziehungen zu der Heimat zurück, und auch der in den Ruhestand Tretende schüttelt nicht den Staub der Provinz von den Füßen. In Posen und Westpreußen haben wir nicht so günstige Verhältnisse; darum müssen wir versuchen, ein Element in das dortige Leben einzuführen, das zu seiner vielseitigen Gestaltung beitragen kann und einen gesellschaftlich erstklassigen gebildeten Bürgerstand gründen hilft.

Wir haben im Osten einen blühenden, achtbaren Bürgerstand, der seine Söhne und Töchter in die besten Wirkungskreise hineinbringt, der aber mit seinen Mitteln und seiner Stellung selbst noch nicht die Fähigkeit erlangt hat, eine soziale Rolle zu spielen. Der Grund liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Im Osten beruht das ganze Erwerbsleben auf der Landwirtschaft, diese aber ist selbstverständlich nicht imstande, einen wirklichen Bürgerstand von Bedeutung zu schaffen. Der eigentliche Bürgerstand bleibt daher in kleinlichen Verhältnissen stecken, in denen auch den materiellen Erfolgen relativ enge Schranken gesetzt sind. Er kommt in der Hauptsache nicht über Handwerk und Kleinhandel hinaus. Glückliche und begabte Individuen machen selbstverständlich auch dabei ihr Glück und verstehen den Umfang ihres Erwerbes so zu

steigern, so daß sie nach dem Maß ihres Vermögens und nach der Erziehung, die sie ihren Kindern zu teil werden lassen, nicht selten auch durch ihre Persönlichkeit selbst weit über dem Durchschnitt dessen stehen, was man gewöhnlich mit dem Namen „Kleinbürgertum" begreift. Aber diese Einzelpersönlichkeiten sind nicht stark genug, die Gesamtlage zu reformieren und ihr ein Gepräge zu geben, das einen zwingenden Einfluß auf die überlieferten Anschauungen oder gar auf Vorurteile ausüben könnte.

Wer sich im Westen und in Mitteldeutschland umgesehen hat, weiß, daß ein Bürgerstand, der sich wirklich ebenbürtig neben eine Aristokratie stellen kann und der im städtischen Leben selbständig eine lebenskräftige, von vielseitiger Bildung getragene, geistig und gesellschaftlich befruchtend wirkende Schicht unabhängiger Elemente zu erzeugen vermag, nur auf dem Boden einer gesunden Industrie erwächst. Auch der Großhandel, das Geschäftsleben größeren Stils entwickelt sich nur im Gefolge der industriellen Produktion. Wenn man also sieht, wie kümmerlich sich der Bürgerstand im Osten entwickelt, wie dadurch direkt und indirekt jene Kleinlichkeit und drückende Enge der Verhältnisse bedingt wird, die zahllose nützliche Elemente, die besten Stützen des Deutschtums, aus dem Lande beharrlich hinaustreibt, — wenn man ferner sieht, wie die nationalen Verhältnisse und das Fehlen eines alteingesessenen, die Staatstradition pflegenden Adels diesen Landesteilen auch die Vorzüge rauben, die die alten ostelbischen Provinzen des preußischen Staats trotz ihrer agrarischen Einseitigkeit genießen, dann muß man eben dahin gelangen, daß man versucht, den wirtschaftlichen Zustand der östlichen Provinzen mit gemischtnationaler Bevölkerung mehr den westlichen Provinzen als den Nachbarprovinzen zu nähern. So kommen wir zu der Frage, ob nicht der Industrie eine Stätte im Osten bereitet werden kann.

Man hat für diesen Gedanken das Schlagwort „*Industrialisierung des Ostens*" geprägt, ein insofern wenig glücklicher Ausdruck, als er das Beabsichtigte keineswegs genau bezeichnet und sogar die ganz falsche Nebenvorstellung erweckt, als solle der Industrie im Osten eine *herrschende* Stellung gesichert werden. Davon ist natürlich nicht die Rede, und ebensowenig soll damit etwa gesagt sein, daß in der Schaffung einer Industrie im Osten ein Hauptmittel zur Abwehr der polnischen Gefahr ge-

funden sei. Der Gedanke, um den es sich hier handelt, bedeutet vielmehr nur, daß auch im Osten für die Industrie ein Raum geschaffen werden muß, wenn die Aufgabe einer stärkeren Einwanderung deutscher Bevölkerung oder auch nur ihrer Erhaltung im Lande gelöst werden soll.

Man wird hier auf die Frage geführt, wie weit überhaupt das städtische Element bei einer Besiedelungspolitik in Betracht kommt. Es ist gelegentlich darüber gestritten worden. Die einen sagen: der Bauernstand gibt dem Lande die Signatur; wir müssen das platte Land haben, dann ist das ganze Land deutsch. Die anderen sagen: die Städte sind das Bestimmende für die geistige Eigenart und Kultur; solange wir nicht deutsche Kulturmittelpunkte dieser Art im Lande haben, werden wir vergebens gegen das Polentum kämpfen. Ein solcher Streit ist eigentlich vollkommen überflüssig, denn es ist klar, daß beide Ansichten recht haben, und es wird daher darauf ankommen, an beiden Stellen den Hebel anzusetzen und beides in zweckmäßiger Weise zu vereinigen. Dazu ist es freilich gut, über die Wechselwirkung zwischen Stadt- und Landbevölkerung im klaren zu sein und sich ein Bild davon zu verschaffen, welchen Anteil diese beiden Bevölkerungskategorien an dem nationalen Gepräge der Gesamtheit haben.

Die Forscher, die mit statistischen Untersuchungen dieser Frage näher getreten sind, bestätigen, was schon die Beobachtung des täglichen Lebens und einiges Nachdenken vermuten läßt, nämlich daß das Menschenmaterial, das für die Zusammensetzung der Bevölkerung bestimmend ist, in der Hauptsache vom platten Lande, nicht aus den Städten stammt. Es findet ein natürliches Abströmen der Bevölkerung vom Lande nach den Städten statt. Das Tempo dieser Strömung ist örtlich und zeitlich sehr verschieden. In unsern heutigen Lebens- und Kulturverhältnissen erscheint diese Bewegung gesteigert, ja man muß sogar sagen, in bedenklicher Weise krankhaft gesteigert, und das gilt namentlich von den östlichen Provinzen des preußischen Staates, wo man schon nicht mehr von einem „*Zug* vom Lande" reden kann, sondern höchstens von einer „*Flucht* vom Lande". Abgesehen von dieser krankhaften Steigerung ist die Bewegung vom Lande nach der Stadt ein durchaus naturgemäßer Vorgang. Die ländlichen Besitz- und Arbeitsverhältnisse bringen es mit sich, daß der Vermehrung der den Boden unmittel-

bar bewirtschaftenden Bevölkerung natürliche Grenzen gezogen sind, während andererseits gerade auf dem Lande die einfachere und natürlichere Lebensweise und die größere Regelmäßigkeit und Wurzelfestigkeit aller Lebensgewohnheiten eine relativ größere Fruchtbarkeit der Ehen zur Folge hat. Im allgemeinen muß also das Land, soweit nicht besondere abnorme Verhältnisse eintreten, einen Überschuß an Bevölkerung erzeugen, der in der Landwirtschaft nicht mehr unterkommt und daher andere Erwerbszweige aufsuchen muß, die ihn vornehmlich in die Stadt treiben. So hat es also an sich nichts Bedenkliches, daß ein Teil der Landbevölkerung regelmäßig in die Städte zieht. Man könnte nun vielleicht glauben, daß diesem Abfluß vom Lande ein proportionales Anwachsen der Städte entspräche. Das ist aber nicht überall so, und gerade dieser Umstand ist für den Osten wichtig. Innerhalb der städtischen Bevölkerung eines Landes findet wieder eine weitere Bewegung statt, die ihre Entwickelung sehr wesentlich beeinflußt. Denn die geschilderte Bewegung vollzieht sich nicht so, daß der Überschuß der Landbevölkerung einfach in die nächste Provinzialstadt abgeschoben wird und dort eine stabile Existenz findet. Das gewerbliche Leben gibt der Existenz in der Stadt an sich schon größere Mannigfaltigkeit und Beweglichkeit, die unter den modernen Verhältnissen noch erhöht wird durch den gesteigerten Verkehr und die Freizügigkeit. In dem Prinzip der Freizügigkeit namentlich ist als wichtiger Grundsatz und bedeutsame Errungenschaft individueller Freiheit festgestellt, daß jedermann sich dort niederlassen darf, wo er die vorteilhaftesten Erwerbsbedingungen findet. Daher wandert sowohl ein Bruchteil der kleinstädtischen Bevölkerung, als auch ein Teil der Landbevölkerung direkt in die großen Städte und in die Verkehrs- und Arbeitszentren. Ein weiterer Umstand kommt hinzu, der es der kleinstädtischen Bevölkerung erschwert, sich einen stabilen Charakter zu bewahren. Dieser Umstand ist das Emporsteigen von Bruchteilen der Bevölkerung niederer Bildungsstufen zu höheren, wie es natürlich in der Stadt in größerem Umfange stattfindet als auf dem Lande. Innerhalb der städtischen Bevölkerung spielen sich also größere und folgenreichere Veränderungen in der sozialen Stellung ab. Das erwähnte Emporsteigen bedeutet aber in der Regel zugleich eine gewisse Loslösung von der Heimat im engsten Sinne des Wortes. Ein Teil der Gebildeten bleibt ja vielleicht in

der Heimat, namentlich wenn sie, wie die Aerzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Fabrikanten, Kaufleute, einen freien Beruf betreiben. Aber selten bleiben sie so ganz mit ihrer Vaterstadt verknüpft, daß diese Beziehungen auch auf ihre Kinder übertragen werden. Vollends der Offizier und Beamte wird hin- und hergeworfen; er ist mit seiner Familie gewissermaßen heimatlos, freilich nur sofern man dieses Wort im strengsten Sinne nimmt. Daher geschieht auch auf diesem Wege ein Abströmen des intelligentesten, begabtesten und strebsamsten Teils der klein- und mittelstädtischen Bevölkerung nach andern Stellen, woraus jedenfalls soviel folgt, daß auf einen stabilen Charakter der Bevölkerung der Provinzialstädte niemals zu rechnen ist. Es wird also alles darauf ankommen, welchen Zufluß die kleinen Städte von der Landbevölkerung erhalten. Niemals wird es gelingen, von den Städten aus ein Land in einem bestimmten Sinne zu nationalisieren; die Grundlage einer Besiedelung muß immer die ländliche Besiedelung sein. Die „Grenzboten" brachten vor einigen Jahren einmal einen Aufsatz, in dem auseinandergesetzt wurde, die Städte seien das eigentliche Kennzeichen nationaler Kultur; wer die Städte habe, habe das Land. Dabei wurde auf die Ostseeprovinzen Rußlands als Beispiel hingewiesen; diese Provinzen seien nur insofern ihrem Charakter nach deutsch, als ihre Städte deutsch seien, und das sei das Entscheidende. Gerade die Wahl dieses Beispiels zeigt aber auch den Einwand, der dagegen zu erheben ist. Wir erleben gegenwärtig das traurige Schauspiel, daß die deutsche Kultur der baltischen Provinzen durch die russische Verwaltung und Reichspolitik zerstört wird. Dieses Unternehmen wird nur dadurch möglich, daß dieses Gebiet, obwohl eine Pflanzstätte deutscher Kultur, doch eigentlich nicht deutsch ist. Wir sehen die Blüte und die Erfolge der deutschen Kultur in diesem Lande, wir sehen den Willen seiner deutschen Bewohner, deutsch zu sein und zu bleiben, und darum glauben wir gern der zuversichtlichen Behauptung, daß dort deutsches Land ist. Es ist trotzdem Täuschung; denn die Kultur allein kann nicht erhalten werden, wenn ihre Träger nicht des Erdreichs sicher sind, in dem sie wurzeln. Städtische Kultur mag noch so Erfreuliches vollbringen, sie kann auf die Dauer nicht bestehen, wenn nicht eine Landbevölkerung ihres Stammes und Geistes ihr immer wieder frische Kräfte zuführt.

Trotzdem ist der Gedanke richtig, daß durch die städtische Entwickelung das eigentliche Kulturniveau eines Landes bestimmt wird. Wie sehr sich die Bedeutung des platten Landes daneben würdigen läßt, geht aus dem Gesagten schon hervor. Gewiß ist auch unter Umständen eine rein bäuerliche Bevölkerung imstande eine hohe Kultur aus sich zu erzeugen. Im Grunde ist ja unsere Kultur und noch mehr die der alten Völker auf diesem Wege entstanden. Aber heute wäre das nur möglich, wenn man ein solches Volk ganz oder fast ganz sich selbst überlassen könnte. Wie aber sollte das innerhalb des modernen Verkehrs möglich sein? Ein modernes Bauernvolk, das in dieser Weise sich selbst überlassen wäre, würde auswandern. Deshalb muß den Städten im Lande selbst etwas geboten werden, was diesem Wanderungsprozeß natürliche Grenzen setzt und die überschüssigen Kräfte der Landbevölkerung in der Nähe zurückhält.

Da jede Entwickelung von unten herauf erfolgt und da man bei dem Besiedelungsprojekt auf dem Lande zu der richtigen Einsicht gekommen war, daß es darauf ankomme, einen neuen Stamm kleiner Bauern und Arbeiter zu schaffen, so übertrug man den gleichen Grundsatz auf die Maßregeln, die der Erhaltung des Deutschtums in den kleinen Provinzstädten dienen sollten, und suchte auch hier von unten aufzubauen. Der Gedanke ist natürlich an sich nicht falsch, aber es ist etwas dabei außer acht gelassen, und daher liegt die Gefahr eines Mißerfolges nahe. Erstens ist dabei der Zusammenhang des ganzen Prozesses, in dem sich die Entwickelung der Bevölkerung vollzieht, nicht genügend beachtet, und zweitens bedenkt man nicht genug, daß man es nicht mit einer isolierten Entwickelung zu tun hat, sondern mit einer solchen, die in engem Zusammenhang mit einer benachbarten, vielfach Einfluß auf sie ausübenden vor sich geht. Aus dem ersteren Umstande folgt, daß man nicht an beliebiger Stelle willkürlich in den Entwickelungsprozeß eingreifen darf. Geht dieser Prozeß so vor sich, daß zunächst ein neuer Stamm einer ländlichen Bevölkerung zu bilden ist, der dann seine überzähligen Kräfte an die Stadt abgibt, und daß wiederum vom Lande und den kleinen Städten ein Abfluß nach den großen Städten stattfindet, so ist es klar, daß man das Besiedelungswerk diesem Gang der Dinge anpassen muß. Wirft man planlos in einen Strom etwas hinein, so wird es selbst-

verständlich fortgeschwemmt. So darf man sich auch nicht wundern, wenn deutsche Handwerker, die man, einem augenblicklichen Bedürfnis folgend, hier und da in die kleinen Städte des Ostens gesetzt hat, sehr bald wieder den Polen Platz machen. Erst wenn in den ländlichen Verhältnissen alles soweit vorbereitet ist, daß die Einwirkungen eines neu befestigten Deutschtums in den kleinen Städten bemerkbar werden, ist es Zeit, auch an dieser Stelle helfend und stützend einzugreifen.

Der zweite Umstand aber, auf den vorhin verwiesen wurde, zeigt, daß es notwendig ist, der natürlichen Entwickelung auch noch in anderer Weise zu Hilfe zu kommen. Man könnte sie ruhig sich selbst überlassen, wenn es sich um ein isoliertes Gebiet handelte. Das ist aber nicht der Fall. Man kann es zu einem neuen Bauern- und Arbeiterstande auf dem Lande bringen, auch in den nächstgelegenen Städten vielleicht einen achtbaren kleinen Handwerkerstand in seiner Existenz neu befestigen; jeder intelligentere Arbeiter und Handwerker wird doch immer wieder aus dem Lande hinauszuwandern streben, da er hierin immer den einfacheren und vorteilhafteren Weg sehen wird, eine höhere Stufe der Gewerbtätigkeit zu erreichen. Er findet eben ringsherum die Dinge weiter entwickelt, während in der Heimat noch alles zu schaffen ist. Bei solchen Verhältnissen kann man die Dinge nicht sich selbst überlassen, denn in der Ostmark bedeutet ein Gehenlassen soviel, wie wenn man den Polen das Feld räumt. Ein Eingreifen ist also notwendig, nicht ein Eingreifen in die Entwickelung in dem Sinne, daß wir sie aufzuhalten oder abzuleiten suchen, sondern ihre Förderung, indem wir — gewissermaßen vom andern Ende des Weges aus — ein Ziel und eine Möglichkeit hinstellen, die jene Entwickelung in der gewünschten Bahn hält. Ein solches Ziel ist die Anbahnung einer Erwerbtätigkeit größeren Stils, die verschiedenen Bedürfnissen gerecht wird und Erfolge verbürgt, ohne die ihr Folgenden aus einer dem Lande nützlichen Bahn zu werfen. Und so kommen wir auch auf diesem Wege zu dem Ergebnis, daß wir in den Städten der Ostmark freiere, vielseitigere, umfangreichere und unabhängigere Formen der Erwerbtätigkeit haben müssen. Sie sind eben nur zu finden in der Industrie.

Es wird nun freilich von anderer Seite die Möglichkeit bestritten eine lebensfähige Industrie zu schaffen, wo sich eine solche

nicht schon von selber gebildet hat. Die Anhänger dieser Meinung bestehen zunächst aus denjenigen, die einem gewissen volkswirtschaftlichen Fatalismus huldigen, wie er jetzt im Schwange ist. Sie stehen auf dem Standpunkte, daß wir rettungslos in eine wirtschaftliche Entwickelung hineintreiben, der wir uns in keiner Weise entgegenstellen können. Wir müssen hiernach alles über uns ergehen lassen. Wenn die Landwirtschaft krachen will, so lasse man sie krachen! Wo keine Industrie ist, da ist eben keine Industrie! Das könnte wie eine Prämie auf Gedankenlosigkeit und Trägheit aussehen, wenn nicht anerkannt werden müßte, daß der erwähnten Meinung doch eine andere Anschauungsweise zu Grunde liegt. Diese Anschauungsweise entsteht aus einer Überschätzung des Individuums. Man sagt: es finden sich in einer größeren Masse von Menschen immer wenigstens einige wenige, die einsichtig genug sind, jedes mögliche Unternehmen auf seine Chancen prüfen zu können. Wenn Unternehmungen bestimmter Art nicht zuwege kommen, so ist das immer ein untrügliches Zeichen dafür, daß die Bedingungen dazu nicht vorhanden sind; sonst hätte sich sicher irgend jemand gefunden, der seinen Vorteil darin gesucht und gefunden hätte. Nachahmenswertes wird überall nachgeahmt, wo es überhaupt möglich ist; es bedarf da keiner künstlichen Hilfen. Diese Anschauung hat bis zu einem gewissen Grade und unter gewissen Verhältnissen sicherlich recht. Man darf sie aber nicht zu weit treiben und die bahnbrechende Intelligenz des Individuums nicht allgemein so hoch einschätzen. Neben der geschäftlichen Unternehmungslust steht auch die Bequemlichkeit und das Vorurteil der Masse. Wiederum dürfen wir nicht vergessen, daß wir nicht von der Entwickelung eines isolierten Gebiets sprechen. Die Unternehmungslust mag noch so groß sein; sie wird sich doch lieber dahin wenden, wo sie freiere Bahn hat und schon auf etwas Gegebenem weiter bauen kann. Wenn der Unternehmer hier die Konkurrenz, dort zwar weniger Konkurrenz, dafür aber Trägheit und Vorurteil zu besiegen hat, wird er das erstere wahrscheinlich vorziehen. Man versetze sich in die Lage eines intelligenten Ingenieurs oder Chemikers, der seine Gaben verwerten möchte. Ihn wird es doch wahrscheinlich zunächst in eines der großen Industriezentren ziehen. Oder aber, wenn er seinen Schaffensmut ausgiebiger befriedigen möchte, so wird er sich irgendwo im Aus-

lande in Verhältnisse begeben, wo er sich vollständig frei fühlt und ein großes Arbeitsfeld vor sich sieht. Aber er wird sich nicht so leicht in eine entlegene Gegend seines eigenen Vaterlandes setzen, wo er für Schwierigkeiten und Widerstände nicht ein Gegengewicht in größerer Unabhängigkeit oder in der Anerkennung von Fachgenossen findet, wo er sich im Gegenteil durch die Kleinlichkeit der Verhältnisse und gesellschaftliche Vorurteile eingeengt sieht. Die einmal herrschende Ansicht ist aber selbst dann schwer zu ändern, wenn die Umstände, die sie haben schaffen helfen, hinfällig geworden sind.

Man wird also ein Recht haben, die Meinung, das bisherige Nichtaufkommen einer Industrie im Osten beweise ihre Unmöglichkeit, stark einzuschränken. Weiter aber gibt es auch eine ganze Reihe von Umständen, die es sehr wohl erklären, daß der Gedanke einer stärkeren Förderung der Industrie im Osten bisher nicht aufgenommen werden konnte und auch nicht aufgenommen zu werden brauchte. Solange die Erkenntnis der polnischen Gefahr noch nicht durchgedrungen war, solange überdies der Getreidebau noch ein lohnendes Gewerbe war oder die Aussicht gewährte, es in absehbarer Zeit wieder zu werden, bestand auch keine rechte Veranlassung, für die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Provinzen neue Bahnen aufzusuchen. Aus bloßer Vorliebe für rauchende Schlöte baut eine rein agrarische Gegend keine Fabriken. Aber selbst wenn irgend solcher Antrieb vorhanden gewesen wäre, hätte die Mangelhaftigkeit der Verkehrseinrichtungen ein Wort mitgesprochen und das Unterbleiben aller solcher Schritte bewirkt. Die Sache sieht aber ganz anders aus, wenn der Staat ein Interesse daran hat, daß gewisse Unternehmungen zustande kommen, und durch Verbesserung des Eisenbahnverkehrs, Anlage und Regulierung von Wasserstraßen das Seinige dazu tut, daß die Vorbedingungen zur Ausführung der Unternehmungen geschaffen werden. Daß die Staatsregierung, so wie jetzt die Dinge liegen, ihr Möglichstes tun wird, um das Aufkommen einer lebensfähigen Industrie zu unterstützen, kann wohl angenommen werden. Diese Annahme ist um so eher berechtigt, als der Oberpräsident von Goßler in Westpreußen, der seiner Provinz leider zu früh durch den Tod entrissen worden ist, durch seine in dieser Provinz ergriffene Initiative bereits ein vortreffliches Beispiel nach dieser Richtung

hin gegeben hat. Neben der Fürsorge für die Verbesserung der Verkehrsanstalten kann die Staatsregierung den Industrieprojekten eine doppelte Förderung angedeihen lassen, einmal durch Vermittlung geeigneter Kräfte und Ideen und ferner durch Zuführung von Geldmitteln. Was das erste betrifft, so ist das insofern von Wichtigkeit, weil ohne besondere Ermunterung die Unternehmungslust nicht genügende Veranlassung findet, ihr Augenmerk gerade auf diese Gegenden zu richten, die nach einem nun einmal bestehenden Vorurteil für geeignete Unternehmer, soweit diese ihren eigenen Neigungen folgen, zunächst gar nicht in Betracht kommen. Amtliche Bemühungen, Anregungen, Auskünfte und Vermittlungen, die überall Verbindungen suchen und zuverlässiges Material schaffen können, werden es, falls die Sache mit Ernst und Eifer ergriffen wird, leicht dahin bringen, daß die Verhältnisse im Osten in bezug auf die Möglichkeit industrieller Unternehmungen einer schärferen Prüfung unterworfen werden. Von anderer Seite, vielleicht vom Ostmarkenverein, kann mit dazu geholfen werden, daß sachverständige und kapitalkräftige Unternehmer sich dieser national bedeutsamen Aufgabe zuwenden. Nächstdem könnte es sich auch darum handeln, den neuen Unternehmungen in der Frage der Kreditgewährung behilflich zu sein. Selbstverständlich kann der Staat für solche Zwecke keine Opfer bringen; industrielle Unternehmungen können nicht ein Faktor der nationalen Politik in dem Sinne sein, daß das Risiko, das mit diesen Unternehmungen verbunden ist, gewissermaßen von der Gesamtheit der Steuerzahler übernommen wird. Das würde nur zu ungesunden Schöpfungen ohne Lebenskraft und darum auch ohne nachhaltige Wirkungen führen. Wohl aber kann der Staat solche Unternehmungen durch Kreditgewährung von seiten der ihm zur Verfügung stehenden Einrichtungen in demselben Sinne unterstützen, wie andere dem gemeinen Nutzen dienende Unternehmungen Förderung erfahren. Es war durchaus gerechtfertigt, daß der jungen Danziger Industrie durch den von der Seehandlung gewährten Kredit über eine gefährliche Krisis hinweggeholfen wurde. Zwar ist gerade dieses Verfahren von den Gegnern der sogenannten „Industrialisierung des Ostens" zu einem Hauptangriffspunkt gemacht worden, aber das geschieht eben aus grundsätzlicher Gegnerschaft gegen die Industrie, und nebenbei ist man geschickt genug,

seine Einwände hauptsächlich gegen die einzelnen Unternehmungen zu richten, denen die Seehandlung zu Hilfe gekommen ist. Grundsätzlich aber wird von denen, die eine kräftige Entwickelung der Industrie im Osten wünschen, gegen den erwähnten Kredit schwerlich etwas eingewendet werden können.

Ernsthafter wird man die Bedenken zu beurteilen haben, die sich aus rein technischen Gründen gegen die Möglichkeit einer lebensfähigen Industrie im Osten aussprechen. Ein wirkliches Industrieland kann der Osten nicht werden, — so sagen die Vertreter dieser Meinung, — weil es dem Lande an Kohle und Eisen gebricht. Das ist ja richtig, aber ein Industrieland wie Rheinland und Westfalen brauchen die Provinzen, von denen wir hier sprechen, auch gar nicht zu werden. Folgt aber daraus, daß das Land auf gewerblichem Gebiete konkurrenzunfähig ist? Das scheint doch ein etwas zu schneller Schluß zu sein. Gewiß muß diese Frage mit der nötigen Vorsicht behandelt werden, und es wäre falsch, ohne genügende Unterlage Hoffnungen zu erwecken, die sich nachher nicht verwirklichen lassen. Aber die Prüfung der Möglichkeiten muß doch auf etwas weniger allgemeiner Basis vor sich gehen, als sie durch die hingeworfene Behauptung von Kohle und Eisen gegeben ist. Diese Behauptung kann um so weniger genügen, als in unserm Zeitalter die elektrische Triebkraft immer vielseitigere Anwendung findet und die Technik infolgedessen immer mehr auf die Ausnutzung natürlicher Wasserkräfte hinweist. Das Land ist reich genug an Erzeugnissen, die der gewerblichen Verarbeitung fähig sind; der Beweis, daß dies mit Hilfe einer einheimischen Industrie nicht in lohnender Weise gelingen könne, ist bisher nicht geführt worden. Technische und kaufmännische Geschicklichkeit mögen dieses Problem erst einmal ernsthaft anfassen; dann wird man urteilen können, ob eine Sache tatsächlich unmöglich ist, die bisher nicht aus triftigen sachlichen Gründen, sondern aus Gewohnheit, Schlendrian und Furcht vor Ärgernissen und Schwierigkeiten nicht unmittelbar technischer oder geschäftlicher Natur unterblieben ist.

Wir haben es aber nicht nur mit Bedenken und Zweifeln, sondern auch mit grundsätzlicher Gegnerschaft zu tun, mit Leuten, die im Osten keine Industrie haben *wollen*, selbst wenn sie möglich ist. Dieser Anschauung liegen verschiedene Motive zu

Gründe. Zunächst allgemeine politische. Das agrarische, in der Hauptsache konservative Element fürchtet eine Verstärkung der liberalen Anschauungen durch das Auftreten eines unabhängigeren und in der Regel von größerem Selbstbewußtsein erfüllten bürgerlichen Elements. Diese Besorgnis etwa durch Überredung zerstreuen oder als unbegründet hinstellen zu wollen, wäre ein verkehrtes Beginnen. Im Gegenteil, es soll und muß offen betont werden, daß allerdings in das naive kastenartige Selbstgefühl dieser besondern Spezies von Konservativen Bresche gelegt werden soll, und zwar deshalb weil es sich hier nicht um etwas Harmloses und Unschädliches handelt, vielmehr höhere Interessen auf dem Spiel stehen. Deshalb braucht man das nicht zu vertuschen und zu bemänteln, sondern soll sich vielmehr an die Einsicht und den Patriotismus der politisch denkenden Konservativen wenden und sie fragen, ob sie um eines Bruchteils ihrer Parteigenossen willen — denn es ist wirklich nur ein Bruchteil, der in diesen engherzigen Anschauungen befangen ist, — den Zustand der Rückständigkeit und Abgeschlossenheit erhalten wollen, in dem diese Provinzen immer mehr eine Beute des Polentums werden müssen. Wo es darauf ankommt, diese Provinzen für das Deutschtum zu retten und sie dadurch wieder zu einem sicheren Besitz des Staates zu machen, müssen die Erwägungen des kleinlichen Parteinutzens unbedingt zurückstehen. Die Annahme vermeintlicher Nachteile für die berechtigten Bestrebungen der konservativen Partei ist aber auch wenig begründet. Denn die jetzigen Zustände sind, vom Standpunkt der konservativen Partei gesehen, noch viel weniger erfreulich. Je entschiedener der lokal gefärbte Konservatismus der Agrarier im Osten in diesen Landesteilen die bisherigen Zustände zu erhalten wünscht, desto mehr erhält der Liberalismus der bürgerlichen Kreise eine stärkere und radikalere Färbung. Die Kleinheit und Engigkeit der Verhältnisse züchtet einerseits das räsonnierende Philistertum schlimmster Sorte, andererseits die Spielart des Liberalismus, die ihre Hauptvertretung in den jüdischen Kreisen findet. Ob diese Form des Liberalismus dem maßvollen, nationalen, sich mit der konservativen Anschauung in vielen Punkten eng berührenden Liberalismus, wie er den großindustriellen Kreisen eigen zu sein pflegt, vorzuziehen ist, dürfte

selbst bei einem starren Konservativen mindestens Gegenstand reiflicher Überlegung sein.

Nun steht allerdings das Hauptmotiv der Abneigung konservativer Kreise gegen die Industrie die Furcht vor der Sozialdemokratie im Hintergrunde. Es ist ja richtig, daß man damit zu rechnen hat, obwohl die Gefahr nicht so bedeutend ist, wie sie gern ausgemalt wird. Ein wirkliches Industrieland, etwa wie Rheinland und Westfalen, werden unsere Ostmarken nie werden; wenn in dieser Beziehung falsche Vorstellungen erweckt werden, so liegt dem eine irreführende Auslegung des Schlagworts „Industrialisierung des Ostens" zu Grunde. Eine herrschende Stellung wird die Industrie nicht einnehmen, und so wird man auch den Einfluß einer industriellen Arbeiterschaft nicht so stark einzuschätzen haben, daß man die zu erwartende Beimischung sozialdemokratischer Elemente als ausschlaggebenden Grund für die Fernhaltung deutscher Einwanderung gelten läßt. Denn tatsächlich würde die Furcht vor der Sozialdemokratie darauf hinauslaufen, daß man sich gegen eine deutsche Einwanderung in größerer Zahl absperrt. Nur dann würde man gewisse Erfolge der Sozialdemokratie verhindern oder verringern können. Aber was würde man dafür eintauschen? Eine fortschreitende Polonisierung der die Hauptmasse der Bevölkerung bildenden Schichten, und innerhalb dieser polnischen Volksmasse nicht etwa die Erhaltung der früheren Unterwürfigkeit und Indolenz, sondern die gewaltig gesteigerte Zunahme eines fanatischen Hasses gegen alles, was für die Interessen des preußischen Staats einzutreten bereit ist. Kann ein vernünftiger Konservativer, der die Augen offen hält, in Zweifel darüber sein, welches Übel hier an dieser Stelle das kleinere ist? Die deutsche Sozialdemokratie, die trotz des Hasses, den die Parteilehre gegen Vaterland und Gesellschaft predigt, in ihren Reihen zahllose Männer zählt, deren vaterländisches Pflichtgefühl keineswegs abgestorben ist, — oder das fanatische Polentum, das von einem zielbewußten und unversöhnlichen Haß gegen unsern Staat und unser Volkstum von Tag zu Tage mehr durchdrungen wird? Nur zwischen diesen beiden Möglichkeiten ist zu wählen; ein drittes gibt es nicht, wenn auch einige Kurzsichtige und Irregeleitete von der Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der alten patriarchalischen Verhältnisse auf dem Lande träumen. Die sind un-

wiederbringlich dahin. Die Frage ist nur, ob die Zukunft den Deutschen oder den Polen gehören soll. Wer die alten Verhältnisse aufrechterhalten will, wer jeden Eingriff in den gegenwärtigen Zustand als unmöglich oder unzweckmäßig abweist, der gibt indirekt seine Zustimmung dazu, daß das Wachstum des Polentums fortdauert und das Land in absehbarer Zeit polonisiert wird. Wer diese Folge aber nicht wünscht, der möge sich bei Zeiten klar machen, daß eine Abschließung des Landes gegen umgestaltende Einflüsse im Sinne einer größeren Annäherung an die Verhältnisse des Westens eben nicht mehr aufrechterhalten werden kann und daß etwas ernstliches geschehen muß, um den Anreiz zu einer neuen energischen deutschen Kolonisation des Ostens zu erhöhen. Da müssen eben Opfer an liebgewordenen Gewohnheiten und Anschauungen gebracht werden. Daß dabei jede Eigenart des Landes verwischt werden könnte, ist eine unbegründete Sorge. Wie leicht fremde Kolonisten-Elemente einer sich unwillkürlich nach der Natur des Landes und der Verhältnisse formenden Volksart assimiliert werden, sehen wir ja an der Mark Brandenburg. Es ist eine müßige Ausrede, wenn das Streben, nach einer bestimmten Richtung hin einen Fortschritt, eine Weiterentwickelung herbeizuführen, als Sucht nach Gleichmacherei verketzert wird. Aber selbst wenn dem so wäre, würde dieser Zustand immer noch dem moralischen und vielleicht auch politischen Verlust des Landes an das Polentum vorzuziehen sein.

Wenn die politischen Bedenken gegen die sogenannte Industrialisierung des Ostens sich nicht als stichhaltig erweisen, so versucht man es mit den wirtschaftlichen. Man knüpft an die bekannten Klagen über die Leutenot auf dem Lande an und äußert die Befürchtung, daß dieser Notstand durch die Entwickelung einer heimischen Industrie noch verschärft werden würde. Schwerlich wird man sich dieser Besorgnis ganz verschließen können. Ja, es kann sogar noch mehr zugegeben werden. Würde die sogenannte Industrialisierung in dem Sinne aufgefaßt und betrieben, daß sie als eine isolierte Maßregel anzusehen wäre, die kein entsprechendes Korrelat in einer Fürsorge für die ländliche Besiedelung fände, so würde man anerkennen müssen, daß die Landwirtschaft Recht hätte, sich über die Schädigung ihrer Interessen durch die Industrie zu beklagen, und daß diese Schädigung sogar mehr ins

Gewicht fallen würde, als die Vorteile, die dadurch für das Deutschtum zu erwarten wären.

Nun sind freilich die Besorgnisse der Landwirtschaft zunächst auf ein richtiges Maß zurückzuführen. Als vor einigen Jahren der Oberpräsident von Westpreußen, Herr v. Goßler, in der westpreußischen Landwirtskammer zum ersten Male seine Ideen über die Hebung der Industrie in der Provinz ausführlicher begründete, äußerte er sich auch über die Leutenot und wies darauf hin, daß die Industrie wenigstens den Nutzen habe, die Arbeiter im Lande zu halten. Darauf antwortete die „Deutsche Tageszeitung", das Organ des Bundes der Landwirte, ziemlich spitz: „Die Ausführungen, die Oberpräsident v. Goßler in der Tagung der westpreußischen Landwirtschaftskammer gemacht hat, lassen den Unterschied erkennen, der zwischen seiner und unserer Auffassung besteht. Dem Herrn Oberpräsidenten kommt es ausschließlich oder wenigstens in erster Linie darauf an, die abwandernden preußischen Arbeiter im Lande zu halten; uns kommt es in erster Linie darauf an, sie der Landwirtschaft zu erhalten, da diese ihrer dringend bedarf." Danach sieht es so aus, als ob es ein Mittel gebe, die Leute nicht nur im Lande, sondern auch der Landwirtschaft zu erhalten; es ist nur schade, daß bisher noch niemand dieses Mittel verraten hat. Das einzige Mittel, das bis jetzt gefunden und erörtert worden ist, ist die Aufhebung der Freizügigkeit, und die kommt aus schwerwiegenden politischen Gründen nicht in Betracht. Die „Deutsche Tageszeitung" hat also kein Mittel, die Leute der Landwirtschaft zu erhalten, während Herr von Goßler wenigstens ein Mittel hat, sie im Lande zu halten. In der Tat liegt die Sache so, daß die Arbeiter für die Landwirtschaft ohnehin verloren sind; es fragt sich nur, was für das Land und die Landwirtschaft besser ist, ob sie wenigstens im Lande bleiben oder ob sie das Land ganz und gar verlassen. Wie diese Frage zu entscheiden ist, darauf weist die Antwort hin, die damals die „Elbinger Zeitung" der „Deutschen Tageszeitung" gab. Sie schrieb aus den Erfahrungen heraus, die in der Elbinger Industrie festzustellen waren: „Es ist Tatsache, daß der Nachwuchs unserer hiesigen Industriebevölkerung aus Mangel an Arbeitsgelegenheit ebenfalls aus Westpreußen fortgeht. Wo wären alle die Töchter der Arbeiter von Schichau u. s. w., wenn sie nicht bei Löser und

Wolff in der Zigarrenfabrik und in anderen leichteren Industrien hier am Platze Arbeitsgelegenheit fänden? Nun, ganz sicher nicht in Elbing, sondern vielleicht in Berlin oder in Westdeutschland! Wäre das besser für die Familie, auf deren Zusammenhalt doch Wert zu legen ist? Daß der industrielle Nachwuchs sich aus Mangel an hiesiger industrieller Arbeitsgelegenheit der östlichen Landwirtschaft zuwenden würde, glaubt doch wohl die „Deutsche Tageszeitung" selbst nicht." Überdies kann es der Landwirtschaft gerade in Zeiten, wo der Getreidebau nicht lohnend ist, durchaus nicht gleichgültig sein, welchen Absatz sie für ihre sonstigen Produkte in den nächsten Städten findet. Daß Städte mit einer Arbeiterbevölkerung viel sicherere Abnehmer für dergleichen Produkte sind, als die gewöhnlichen Ackerbürgerstädte des Ostens mit ihren paar Handwerkern, ist kaum noch besonders hervorzuheben. Es ist also auch für die Landwirtschaft nicht unwichtig, wo die Leute bleiben, die bis dahin die ländliche Arbeit versehen haben, ob sie in der Nähe bleiben oder ob sie nach ganz andern Gegenden wandern, um nie wieder zurückzukehren. Ländliche Arbeiter freilich bleiben sie weder in dem einen, noch in dem andern Falle.

Der berechtigte Kern der Besorgnisse der Landwirtschaft liegt vielmehr darin, daß auf Stärke und Zeitmaß der Landflucht der Arbeiter ein gewisser Einfluß geübt werden könnte, wenn durch die in der Nähe befindliche Arbeitsgelegenheit der Wandertrieb auch in solchen Leuten geweckt wird, die den Entschluß zur Wanderung in die Ferne weniger leicht finden. Selbst wenn das in der Praxis auch nur eine verhältnismäßig geringfügige Steigerung der Landflucht bedeuten sollte, so muß doch zugegeben werden, daß dieses geringe Plus bereits von ruinöser Wirkung auf einen ziemlich großen Bruchteil der Landwirtschaft sein würde. Denn die Leutenot hat einen solchen Grad erreicht, daß die meisten Landwirte nichts mehr zuzusetzen haben und den Betrieb einstellen müßten. Daß aus ihren Kreisen heraus ein starker Widerstand gegen den Gedanken erhoben wird, durch neue Arbeitsgelegenheiten in nächster Nähe auch noch auf die wenigen auf dem Lande verbliebenen Arbeiter eine Versuchung ausüben zu lassen, ist menschlich begreiflich. Man würde daher diesen Einwand gelten lassen müssen, wenn es sich darum handelte, industrielle Unternehmungen urplötzlich wie Treibhauspflanzen aufschießen zu lassen,

während man für die Landarbeiterfrage nichts tut. Hier aber zeigt sich, daß die erwähnten Besorgnisse doch nicht so begründet sind, wie sie anfangs scheinen.

In Wirklichkeit handelt es sich um eine Entwickelung, die erst allmählich eintreten kann und auch dann sich in mäßigen Grenzen halten wird. Die Nachfrage nach Arbeitern würde nicht so bedeutend sein, daß sie der Landflucht größeren Vorschub leisten würde, als es jetzt schon geschieht, wo der ganze Westen Deutschlands einwirkt, um dem platten Land im Osten die Arbeiter zu entziehen. Es ist durchaus nicht vorauszusehen, ob die Nachfrage des Westens in gleichem Maße bestehen bleibt, wenn auch im Osten mehr Gelegenheit als jetzt zur Beschäftigung industrieller Arbeiter geboten wird. Der Mangel jeder solchen Gelegenheit ist es, der den ländlichen Arbeitern, falls sie sich in ihren ländlichen Verhältnissen nicht wohl fühlen, Veranlassung gibt, sich mit dem Wunsch nach Besserung ihrer Lage zugleich jedes Heimatsgefühls zu entäußern und als Feld, auf dem sie ihr Glück suchen wollen, das ganze Reich anzusehen. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, wenn auch natürlich nicht als sicher anzunehmen, daß die größere Nähe entsprechender Arbeitsgelegenheiten auf die ziellosen Wünsche der Landarbeiter einen gewissen mäßigenden und regulierenden Einfluß ausübt, den unbestimmten Antrieb, irgendwo anders bessere Verhältnisse aufzusuchen, auf ein bestimmtes Ziel richtet, zu kühlerer Abwägung der Vor- und Nachteile veranlaßt, der Nachahmungssucht eine andere Richtung gibt und so mit dazu beiträgt, daß die Landflucht mindestens nicht größere Dimensionen annimmt als jetzt. Darüber lassen sich freilich nur Vermutungen anstellen, und die Landwirte, die durch ihre jetzigen Erfahrungen verbittert sind und die Empfindungen ihrer Arbeiter nur durch eine schwarze Brille beurteilen, mögen den Hinweis auf die Einschränkung der Landflucht durch die eigene Einsicht der Arbeiter wohl für allzu optimistisch halten. Das mag sein, aber das ist doch sicher, daß das Gegenteil ebenso wenig bewiesen und nicht einmal wahrscheinlich ist. Unter diesem Gegenteil ist die pessimistische Berechnung der Landwirte zu verstehen, die Folgendes besagt: Wenn jetzt x Arbeiter aus dem Osten abwandern, so werden, wenn die künftige Industrie des Ostens y Arbeiter braucht, künftig $x+y$ Arbeiter der Landwirtschaft verloren gehen. So

einfach arithmetisch vollziehen sich dergleichen Entwickelungen nicht, und eine Berechnung dieser Art genügt nicht, um eine sonst als notwendig und nützlich erkannte Bestrebung von der Tagesordnung abzusetzen.

Doch ist das alles nebensächlich und nicht entscheidend — denn alle solche Berechnungen ruhen auf unsicherm Untergrunde — gegenüber einer Erwägung, auf die schon öfter verwiesen worden ist und die auch hier wieder in den Vordergrund gerückt werden muß. Gegen jede der Maßregeln, die bei unserer Polenpolitik in Frage kommen, läßt sich sehr Gewichtiges einwenden, sobald man sie losgelöst von andern betrachtet. Wirksam können sie nur werden, wenn sie ihren richtigen Platz erhalten in einer großen Gesamtaktion, an der das Deutschtum mit allen Kräften teilnimmt. So ist es auch mit der Begründung einer deutschen Industrie im Osten. Wenn jetzt plötzlich eine Industrie im Osten geschaffen würde, die eine große Zahl von Arbeitskräften aus dem Lande selbst an sich zieht, und damit allein eine Wirkung auf das Polentum ausgeübt werden sollte, so könnte man mit Recht sagen: hier sollte etwas Besseres getan werden. Anders steht die Sache, wenn diese Maßregel nur eine Ergänzung zu der Fürsorge bildet, die der Erhaltung des Deutschtums in wirtschaftlicher Beziehung sonst noch gewidmet wird. Die Industrialisierung des Ostens hat zur Voraussetzung, daß die Frage der ländlichen Besiedlung und der Verbesserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse gleichfalls befriedigend gelöst wird. Dadurch würde die Schädigung, die für die Landwirtschaft infolge der Entwickelung einer neuen Industrie befürchtet wird, wieder ausgeglichen. Vielleicht wird sogar etwas mehr geleistet; denn es fragt sich, ob nicht durch das Vorhandensein einer Industrie in der Nähe auch manche Schwierigkeit beseitigt wird, die sich der ländlichen Besiedelung entgegenstellt. Unzweifelhaft wird durch die Belebung des Gewerbfleißes in einer Gegend auch für andere der Anreiz erhöht, dort eine Tätigkeit zu suchen. Die Orte in dieser Gegend werden dann auch in der Ferne öfter genannt, und zwar nicht, wie sonst wohl, mit dem Ausdruck des Spotts über eine weltferne Gegend, sondern ernsthaft als Ursprungsorte guter Fabrikate; damit verliert manches Vorurteil seine Kraft, das jetzt von der Wanderung in jene Provinzen abschreckt. Welcher Arbeiter geht jetzt frei-

willig etwa aus der Provinz Sachsen oder Brandenburg nach Posen auf das Land? Anders aber liegen die Verhältnisse bei Fabrikarbeitern. Bestände in der Provinz Posen eine Industrie von einiger Bedeutung, so würde es, falls die Leiter der Fabriken Wert darauf legten, deutsche Arbeiter zu beschäftigen, gar keine Schwierigkeiten haben, Deutsche aus den benachbarten westlichen Provinzen heranzuziehen. Dann würden die Fabriken gar nicht einmal nötig haben, die Befürchtungen der Landwirte wahr zu zu machen, daß sie die Arbeiter vom Lande weglocken. Wohl aber würde manches Vorurteil schwinden, das einer Einwanderung deutscher Elemente nach dem Osten entgegensteht.

Das große Problem, der Leutenot auf dem Lande zu steuern, läuft auf die Frage hinaus, wie man die ländlichen Arbeiter seßhaft machen und durch ihr eigenes Interesse an das Land fesseln kann. Nun ist ja der Versuch gemacht worden, mit Hilfe genossenschaftlicher Unternehmungen den Arbeitern eignes Besitztum zu verschaffen; nur mußte man immer wieder darauf zurückkommen, den Arbeitern langjährige, drückende Verpflichtungen aufzuerlegen, die das ganze Werk nicht recht vorwärts brachten. Die staatliche Arbeit, die von der Ansiedlungskommission geleistet wird, kann sich dieser Aufgabe viel eher annehmen. Diese kleinen Anwesen aber werden einen wesentlichen Anteil an dem Nutzen haben, der, wie schon früher bemerkt, auch der Landwirtschaft aus dem gesteigerten Absatz der Markt- und Gartenprodukte in einer benachbarten Industriestadt erwächst. Es ist nicht undenkbar, daß die Steigerung der städtischen Erwerbstätigkeit die Bemühungen zur Seßhaftmachung der ländlichen Arbeiter indirekt unterstützt, wenn diese Bemühungen sachgemäß und umsichtig betrieben werden und den wirklichen Vorteil der Arbeiter im Auge behalten, sodaß die ländlichen Arbeiter aus der industriellen Nachbarschaft Nutzen ziehen können. Bei den jetzigen Zuständen aber wird es viel größere Mühe kosten, die Landarbeiter von den Vorteilen der Seßhaftigkeit zu überzeugen, da ihre Lage ihnen immer in erster Linie die Verpflichtung und kaum einen Vorteil und ein greifbares materielles Interesse zum Bewußtsein bringt.

Fassen wir das Ergebnis der Betrachtungen zusammen, so haben wir gesehen, daß eine gesunde Besiedelungspolitik jedenfalls auf dem Lande anfangen muß. Wenn hier aber das Nötige

geschieht, so ist es wünschenswert, daß man den Überschuß der gewonnenen Kräfte und deren weitere Entwickelung nicht sich selber überläßt und nicht abwartet, bis sie sich mühsam auf den Standpunkt hinaufarbeiten, auf dem das übrige Deutschland längst steht, sondern man soll die Intelligenz des deutschen Volkes darauf hinlenken, daß sie — selbstverständlich mit geschäftlicher Besonnenheit und Umsicht — die Anfänge einer gewerblichen Tätigkeit in größerem Umfang und moderner Art in den Städten zu organisieren sucht, sodaß auch die Industrie dem deutschen Leben im Osten einen Rückhalt zu geben vermag. Indem dadurch das gebildete deutsche Bürgertum im Osten einen größeren Rückhalt, eine Verstärkung und einen weiteren Gesichtskreis erhält, indem ferner eine neue Möglichkeit geschaffen wird, auch der Arbeiterklasse deutsche Elemente zuzuführen, werden wir das Leben im Osten dem Durschnittscharakter deutschen Lebens näher bringen und dem Deutschtum im Osten mit der Zeit auch solche Elemente zuführen und erhalten, die ihm jetzt noch beinah gänzlich fehlen, die aber gerade dem Polentum gegenüber die stärkste Widerstandskraft besitzen. Damit ist der Nutzen umgrenzt, den die sogenannte Industrialisierung des Ostens in Verbindung mit der allgemeinen Hebung der Kultur in den Ostmarken dem Deutschtum bringen kann.

Kapitel 16.

Die Ansiedlungspolitik.

Damit sind wir zu dem Punkt der Betrachtung gekommen, wo wir der wichtigsten und bedeutungsvollsten unter den wirtschaftlichen Maßregeln zur Polenpolitik näher treten müssen, derjenigen, in der überhaupt der Schwerpunkt des ganzen Werks zu suchen ist. Der Sieg des Deutschtums im Osten hängt in der Hauptsache davon ab, daß es uns gelingt, eine neue Einwanderung von Deutschen auf das Land zu lenken, und dazu dient vornehmlich die Tätigkeit der Ansiedlungskommission. Es wird hier nicht nötig sein, auf die technischen Einzelheiten dieser

Tätigkeit beschreibend, berichtend und kritisierend einzugehen; es kann in dieser Beziehung auf das kürzlich erschienene ausgezeichnete Werk von Dr. E. Stumpfe hingewiesen werden*), der uns hoffentlich bald auch die in Aussicht gestellte Darstellung der polnischen Kolonisationstätigkeit geben wird. Hier soll nur die Bedeutung des Ansiedlungswerks im allgemeinen Zusammenhange der Polenpolitik beleuchtet werden.

Knüpfen wir dabei an das an, was über die Bedeutung der Landbevölkerung für den Charakter der Gesamtbevölkerung schon früher ausgeführt worden ist. In den Ostmarken überwiegt auf dem Lande von Hause aus die polnische Bevölkerung; was die Formen des Besitzes betrifft, so überwiegt der Großgrundbesitz. Zwischen diesen beiden Tatsachen besteht insofern ein Zusammenhang, als der Großgrundbesitz nicht geeignet ist, eine Änderung in dem nationalen Charakter der Landbevölkerung herbeizuführen. Daher werden sich die Bemühungen, auf dem Lande die Einwanderung einer neuen deutschen Bevölkerung zu erreichen, wesentlich darauf zu erstrecken haben, den Großgrundbesitz teilweise durch deutschen Kleinbesitz zu ersetzen.

Man hat darin eine Wiederaufnahme der Ideen des ehemaligen Oberpräsidenten v. Flottwell gesehen. Das ist insoweit richtig, als Fürst Bismarck bei der Einbringung des Ansiedlungsgesetzes im Jahre 1886 eine Wiederaufnahme dieser Ideen im Sinne hatte. Auf diesen Umstand sind aber gerade die ersten Fehler zurückzuführen, die die Ansiedlungskommission gemacht hat. Zur Zeit der Oberpräsidentschaft Flottwells lagen die Dinge eben wesentlich anders. Damals bestand noch keine Freizügigkeit; die Landwirtschaft befand sich in günstigerer Lage oder wurde wenigstens nicht von einer so gefährlichen und vorläufig unabsehbaren Krisis bedroht, wie jetzt; die noch lebendige Erinnerung an die Schäden der alten polnischen Wirtschaft ließ die Möglichkeit einer dauernden Gewinnung, wenn nicht sogar Germanisierung des polnischen Bauernstandes offen; der polnische Klerus hatte noch nicht seine ausgesprochene Kampfstellung gegen das Deutschtum eingenommen. Als renitentes Element stand der preußischen Herrschaft in der Hauptsache nur der polnische Adel gegenüber.

*) Polenfrage und Ansiedlungskommission, Berlin 1902 Dietrich Reimer.

Es war also ein ganz richtiger Gedanke Flottwells, wenn er der preußischen Politik in diesen Provinzen den Vorschlag zu grunde legte, möglichst viel Großgrundbesitz durch Kauf aus polnischer Hand in deutsche zu bringen. Unter den damaligen Verhältnissen hätte die konsequente Durchführung der Gedanken des hochverdienten Staatsmannes den polnischen Bestrebungen den Lebensnerv durchschneiden können. Leider aber wurde die segensreiche Tätigkeit Flottwells durch die verkehrte, von ritterlichen Empfindungen und romantischen Ideen geleitete Polenpolitik Friedrich Wilhelms IV. früh unterbrochen, und es blieb nur die Wirkung, daß das Polentum sich besser zum Kampfe rüstete und die Gunst der Zeiten energisch für sich ausnutzte. So gingen allmählich die Grundlagen verloren, auf denen die Weiterführung des Flottwellschen Systems hätte von Nutzen sein können. Bedeutungslos ist heute insbesondere der Grundgedanke geworden, in dem Auskauf polnischer Großgrundbesitzer einen wesentlichen Vorteil für das Deutschtum zu finden. Seit der Neugestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse infolge der Ereignisse von 1848 hörte die früher schon unvollständige und vielfach ganz ungenügende germanisierende Wirksamkeit des deutschen Großgrundbesitzes in den polnischen Gegenden vollends auf; die Freizügigkeit zerstörte die letzten Reste. Gleichzeitig ging, wie früher gezeigt, die Bedeutung auch des polnischen Adels zurück; die Vertretung der polnischen Sache ging in andere Hände über. Noch wichtiger aber für die Änderung der Verhältnisse wurde der Zug vom Lande, der die Bevölkerung erfaßt hatte. Die neue politische Entwickelung veranlaßte den sozial am ungünstigsten gestellten Teil der ländlichen Bevölkerung, sich mehr und mehr den städtischen Arbeitsgelegenheiten zuzuwenden. Die tüchtigsten und intelligentesten Landarbeiter verließen das Land in immer größerer Zahl; diese Kategorie deckte sich aber so ziemlich mit der Masse der *deutschen* Landarbeiter. Die Großgrundbesitzer fingen ihrerseits an, die wachsende Selbständigkeit ihrer Leute und deren Wünsche zur Verbesserung ihrer Lage unbequem zu empfinden; sie gaben daher gern dem bedürfnisloseren und unterwürfigeren *polnischen* Arbeiter den Vorzug oder taten wenigstens nichts, um dem natürlichen Abströmen des deutschen Elements und dem Zuströmen der Polen Einhalt zu tun. Jetzt ist

es für den einzelnen zu spät, darin überhaupt noch etwas zu tun. Seit die Masse der polnischen Landarbeiterbevölkerung bewußt polnisch geworden und in der „Mache" ihres deutschfeindlichen Geistlichen ist, kann auch ein aufrichtig deutsch-national gesinnter Großgrundbesitzer nicht mehr viel an den Verhältnissen ändern. Er kann es um so weniger, je mehr die landwirtschaftliche Not ihn drückt und ihm das einzige Mittel abschneidet mit dem er vielleicht eine deutsche Arbeiterschaft sich erhalten könnte, nämlich den größeren Geldaufwand.

Als Fürst Bismarck im Jahre 1886 den Flottwellschen Gedanken eines Auskaufes des polnischen Grundbesitzes wieder aufnahm, war er über die Entwickelung der polnischen Verhältnisse augenscheinlich in einem Irrtum befangen. Er glaubte immer noch in dem polnischen Adel das treibende Element der polnischen Nationalbestrebungen zu sehen und hielt die von der Geistlichkeit fanatisierte polnische Volksmasse noch für ebenso loyal wie zu der Zeit, da er noch selbst gelegentlich mit Soldaten, Bauern und Arbeitern polnischer Nationalität zusammengekommen war. Den neu emporgekommenen, ebenso fanatischen polnischen Bürgerstand hielt er nicht für beachtenswert. Als nun die Ansiedlungskommission ihre Tätigkeit begann, konnte sie selbstverständlich zunächst nichts anderes tun, als in der Tat die Praxis Flottwells wieder aufnehmen; ihre ersten Schritte mußten daher ziemlich wirkungslos bleiben und der Kritik reichliche Angriffspunkte bieten, weil die ersten Ankäufe eben von einer falschen Grundanschauung ausgingen. Der große Staatsmann, dem wir die Inangriffnahme der energischeren Polenpolitik verdanken, ist freilich bei seiner Auffassung geblieben; Bismarck erklärte die anfänglich geringen Erfolge der Kommission damit, daß sie seine ursprüngliche Idee nicht klar genug zum Ausdruck gebracht habe. In Wahrheit war es in diesem Falle ein Glück, daß die Ansiedlungskommission allmählich durch Praxis und Kritik immer mehr von dem anfänglichen Wege abkam und zu dem einzig wirksamen Prinzip überging, nämlich überhaupt nicht danach zu fragen, wen und wieviele Polen sie durch ihre Ankäufe von Grundbesitz aus der Provinz Posen entfernte, sondern nur dafür zu sorgen, daß geeigneter Grund und Boden in der Provinz in die Hände mittlerer und kleinerer deutscher Besitzer kam. Die Behörde hat die Er-

fahrung gemacht, daß bei ihrer Namengebung ein richtiger politischer Instinkt waltete, als man sie nicht Auskaufskommission, sondern Ansiedlungskommission nannte. Der Schwerpunkt liegt nicht in dem Entfernen dieses oder jenes ungeeigneten oder schädlichen Elements, sondern in dem Schaffen von etwas Neuem.

Es ist bereits bemerkt worden, daß unter den heutigen Verhältnissen der Großgrundbesitz nicht die Form ist, von der man sich eine erhebliche Einwirkung auf die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung versprechen kann. Soweit eine solche Einwirkung überhaupt stattfindet, macht sie sich mehr in slavisierendem als in germanisierendem Sinne bemerkbar. Dem liegt nicht eine böse Absicht der Großgrundbesitzer oder ein frevelhafter Egoismus zu grunde, sondern es wirken da Ursachen mit, deren Beseitigung zum großen Teil gar nicht in der Hand der Besitzer liegt. Daraus könnte vielleicht gefolgert werden, man müsse dem Großgrundbesitz im Osten überhaupt im Interesse des Deutschtums den Krieg erklären. Das würde freilich über das Ziel hinausschießen. Aber zu einer Einschränkung des Großgrundbesitzes wird man sich allerdings entschließen müssen, wenn man dem Deutschtum zu einem entscheidenden Siege verhelfen will.

Es sind nicht die üblichen parteipolitischen Gedankengänge, die zu dieser Erwägung hinführen. Gegen den Großgrundbesitz im allgemeinen und den ostelbischen im besondern herrscht ja heute in vielen Kreisen aus parteipolitischen Gründen eine starke Gegnerschaft, die sich bei einem Teil der industriellen Interessenten im Westen, bei den Freisinnigen und Demokraten und fast noch mehr bei der Gruppe der Nationalsozialen zu einem förmlichen Haß gesteigert hat. Die Bestrebungen des Bundes der Landwirte haben die Gegensätze noch verschärft, sodaß dieser Haß nicht selten kindische Formen angenommen hat. Um so kühler wird man prüfen müssen, was etwa in dieser Gegnerschaft sachlich berechtigt ist. Wer eine Politik treiben will, die darauf bedacht ist von allem historisch Gewordenen das Brauchbare zu erhalten, der kann natürlich in einem blinden Haß, der den Begriff „Großgrundbesitz" einfach mit „Latifundienwirtschaft" gleichsetzt, keinen geeigneten Maßstab für ein zutreffendes Urteil finden. Jedem Gewerbe, jeder Form des Besitzverhältnisses kann die Mischung von Betrieben verschiedenen Umfangs nur günstig sein. Die

industriellen Betriebe haben die Neigung zum Wachsen ins Ungemessene, zur riesenhaften Kapitalansammlung; hier besteht die Gefahr, daß dadurch aufstrebende neue Kräfte, kleinere und mittlere Unternehmungen erdrückt werden. Es geht nicht an, die Erfahrungen der Industrie ohne weiteres auf den Landbesitz und den landwirtschaftlichen Betrieb zu übertragen. Die natürliche Entwickelungsfähigkeit des Bodens hat ihre Grenzen, und die Kapitalansammlung geschieht daher hier in einer wesentlich anderen Form. Aber das ist ja richtig, daß die übermäßige Ansammlung von Grundbesitz in wenigen Händen, also die richtige Latifundienwirtschaft, beinahe noch verhängnisvollere Folgen haben muß, als jede andere Kapitalansammlung. Doch ist es tendenziöse Übertreibung, um deswillen auch die Formen des Großgrundbesitzes zu verwerfen, aus denen die Landwirtschaft im ganzen denselben Nutzen zieht, wie jedes andere Gewerbe aus einem sachgemäß geleiteten und innerhalb der vernünftigen Grenzen des volkswirtschaftlichen Bedürfnisses gehaltenen Großbetriebe. Warum die Landwirtschaft allein, die doch auch den Forderungen der Zeit zu folgen hat, Maschinenbetrieb und Verknüpfung mit Nebengewerben braucht, den Großbetrieb ganz verbannen soll, ist nicht einzusehen. Gerade weil ein tüchtiger Bauernstand, ein Stand mittlerer und kleinerer Besitzer auf dem Lande erhalten bleiben soll, darf der landwirtschaftliche Betrieb nicht einseitig zur ausschließlichen Pflege dieser Betriebsstufe herabgedrückt werden. Das würde ihn in seiner sozialen Bedeutung noch mehr gegen die übermächtige Industrie zurücktreten lassen, als es ohnehin unter den gegenwärtigen Erwerbsverhältnissen geschieht. Es ist also nicht im geringsten grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Großgrundbesitz, die die Erwägungen diktiert, durch die wir schließlich doch zu der Forderung einer Einschränkung des Großgrundbesitzes in den national bedrohten Provinzen gelangen, wenn sich auch natürlich ein allgemein gültiges Schema für das räumliche Verhältnis der dem Großbesitz und dem Kleinbesitz gehörenden Bodenfläche nicht aufstellen läßt.

Weshalb aber kann der Großgrundbesitz heute nicht mehr germanisierend wirken? Zunächst ist der Großgrundbesitz in einer Zeit der landwirtschaftlichen Krisis, wie wir sie jetzt haben, so sehr auf billige Arbeitskräfte angewiesen, daß er fast gezwungen

ist, die von der landwirtschaftlichen Arbeit wegdrängenden deutschen Arbeiter durch die anspruchsloseren polnischen Arbeiter zu ersetzen. Er müßte sonst den Deutschen Löhne zahlen, die er wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen vermag und die seine Existenz in Frage stellen würden. Nun wird zwar freilich der Fall nicht immer so schlimm liegen. Bei etwas mehr wirtschaftlicher Tüchtigkeit und Voraussicht würde vielleicht mancher Besitzer noch ganz gut in der Lage sein, mehr für das Deutschtum zu tun. Es bildet sich auch in diesen Fragen in bestimmten Kreisen eine communis opinio, die sich unwillkürlich mehr nach dem Bedürfnis der Mittelmäßigen als der Tüchtigsten bildet und die den bequemsten Vorteil auch für den am besten berechtigten hält. Man spricht den lieben Nachbarn nach und tut es ihnen nach, um sich die Mühe des Nachdenkens zu ersparen, ob es wirklich nicht anders geht. Das ist menschlich. Wir müssen außerdem mit dem herkömmlichen Herrenbewußtsein des Grundbesitzers rechnen. Dieses Gefühl ist sehr natürlich; es beruht nicht, wie die politischen Gegner mit Vorliebe behaupten, auf besonderer Härte und Hochmut oder auf einem verbrecherischen Egoismus, sondern es ist ein Gefühl, das sich in allen Ständen und Kreisen überall da ausbildet, wo fremde Persönlichkeiten in den Bereich der Eigentumsrechte des Herrn treten. Das Bewußtsein des Eigentumsrechts ist nun einmal in jedem Menschen so stark entwickelt, daß nur Ausnahmenaturen es fertig bringen, das Mitbenutzungsrecht anderer Menschen an ihrem Eigentum in allen Fällen lediglich als ein Zugeständnis zu betrachten, das in irgend einer abgegrenzten Gegenleistung sein Äquivalent findet. Das Eigentumsbewußtsein drängt sich in den Vordergrund und erweckt die den meisten Menschen unwiderstehliche Neigung, in das Rechtsverhältnis noch etwas mehr hinzulegen und aus der Mitbenutzung des Eigentums ein persönliches Abhängigkeitsverhältnis abzuleiten. Diese tyrannischen Neigungen drängen sich auch in den bescheidensten Verhältnissen in einfache Rechtsabmachungen hinein; man erinnere sich nur, wie sich nicht selten das Verhältnis von Hausherr und Mieter gestaltet. Noch mehr kommt das zur Geltung in dem Verhältnis des Ernährers einer Familie zu den Familiengliedern, der Herrschaft zum Gesinde, des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer. Daß gerade der Grundbesitz derartiges Herrenbewußtsein besonders

hervorruft und begründet, ist psychologisch sehr begreiflich und braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Dies etwa, wie es oft geschieht, als ererbte Art der privilegierten Junkerkaste hinzustellen, ist durchaus unberechtigt; vergeblich würde die Hoffnung auf eine Änderung sein, wenn etwa nur die alten Familien aus ihrem Besitz herausgedrängt und neue bürgerliche Besitzer an ihre Stelle gesetzt würden. Die Erfahrung lehrt vielmehr, daß neben den Großbauern die härtesten Herren diejenigen zu sein pflegen, die sich aus kleinen Verhältnissen zu Großgrundbesitzern emporgearbeitet haben. Also nicht im Sinne eines tendenziösen Vorwurfs gegen eine bestimmte Klasse von Besitzern, sondern im Sinne der Feststellung einer aus den Verhältnissen sich ganz natürlich ergebenden Erscheinung müssen wir mit dem starken Herrenbewußtsein rechnen, das den Inhabern eines größeren Besitzes eignet. Diesem Bewußtsein kommt der Pole äußerlich bereitwilliger entgegen, als der Deutsche, und so ist es nicht zu verwundern, wenn der deutsche Großgrundbesitzer bei nicht sehr stark ausgeprägtem Nationalgefühl sogar geneigt ist, den unterwürfigeren Polen den Vorzug zu geben.

Dabei täuschen sich auch manche persönlich recht wackere Besitzer über die Verhältnisse und die Tragweite ihres persönlichen Einflusses. Sie glauben wirklich, daß in ihrem Machtbereich deutscher Geist herrscht und jede Gefahr ausgeschlossen ist, wenn sie selbst gute Deutsche sind. Das ist eine sehr gefährliche Täuschung. Das mochte allenfalls gehen, so lange die polnische Volksmasse kein nationales Bewußtsein hatte; heute können daraus nur schlimme Folgen entstehen. Die Aufsässigkeit der polnischen Arbeiter gegen deutsche Inspektoren und Verwalter, ihre Unverträglichkeit gegen deutsche Mitarbeiter zeigt, daß hier unhaltbare Verhältnisse sind, gegen die auch der redlichste Wille des deutschen Besitzers machtlos ist. Nur wenige aber sind in der Lage, wirklich durchzugreifen, d. h. die polnischen Leute zu entlassen und Deutsche anzustellen. Die Regel ist, daß die deutschen Leute, durch die Polen auf Schritt und Tritt geärgert, gereizt und bedroht, überhaupt ganz und gar weggehen, und daß der Besitzer vor der Wahl steht entweder Polen zu nehmen oder aus Mangel an Arbeitern alle Arbeit liegen zu lassen.

Alles in allem werden also die größeren Gutsbezirke in der Regel warme Nester für polnische Arbeiter, während die deutschen das Feld räumen. Anders steht die Sache, wenn wir es dahin bringen können, daß der mittlere und kleine Besitz in diesen Provinzen überwiegt. Namentlich der kleine Besitzer, soweit er überhaupt Arbeiter beschäftigt, steht diesen sozial näher und hat kein Interesse daran, Fremde heranzuziehen, deren Art und Gewohnheit er viel unmittelbarer als Störung seiner häuslichen Existenz empfindet. Er wird, wo er es irgend vermag, Deutschen den Vorzug geben. Wenn nun noch dafür gesorgt wird, daß auch solche Deutsche, die nicht die Mittel haben, eigentlichen Bauernbesitz zu erwerben, wenigstens ein kleines Anwesen erhalten können, das ihnen eine behagliche und menschenwürdige Existenz sichert, während sie nebenbei auf Arbeit gehen, mit anderen Worten, wenn Deutsche als ländliche Arbeiter seßhaft gemacht werden, so wird es mit der Zeit möglich sein, auch der Masse der ländlichen Bevölkerung deutschen Charakter aufzuprägen. Wenn man aber nicht dafür sorgt, daß die Deutschen, die nach dem Osten kommen, Besitzer werden können, wenn man vielmehr diese Deutschen nur auf ihre Arbeit anweist, so wird man eine stärkere Einwanderung deutscher Elemente auf das Land niemals erreichen. Es kommt also alles darauf an, ob es gelingt, einen genügenden lebensfähigen deutschen Kleinbesitz im Osten zu schaffen.

Pessimistische Beurteiler sagen nun, es werde niemals möglich sein, diese Arbeit in genügendem Umfange zu leisten. Das Kolonisationswerk werde immer ein Tropfen auf einem heißen Stein sein. Diese Beweisführung hat sich namentlich Professor Hans Delbrück zu eigen gemacht. Als er vor einigen Jahren zum erstenmale seine Einwände gegen die von allen Kennern der Verhältnisse für richtig gehaltene Polenpolitik formulierte, stellte er eine Rechnung auf, wieviel Deutsche voraussichtlich in einem bestimmten Zeitraum durch die Ansiedlungskommission in das Land gebracht werden würden; diese Zahl addiert er zu der Summe, der jetzt vorhandenen Deutschen, vergleicht die neue Zahl mit der vorhandenen polnischen Bevölkerung und schlägt so mit Hilfe der Arithmetik alle seine Gegner mit Leichtigkeit aus dem Felde! Es klingt sehr überzeugend, wenn er an einer

Stelle seiner Broschüre*) sagt: „Was wäre denn nun gewonnen, wenn es hieße, daß wir statt 700 000 720 000 Deutsche gegen 1 053 000 Polen in der Provinz hätten?" Er legt nämlich die Annahme zu grunde, daß die Ansiedlungskommission jährlich rund 1000 Köpfe ins Land bringt.

Nicht um Herrn Professor Delbrück zu widerlegen, sondern um eine Unrichtigkeit beiläufig abzutun, sei bemerkt, daß diese Annahme viel zu niedrig gegriffen ist. Zu der Zeit als Professor Delbrück bereits mit einer abschließenden Kritik über die Ansiedlungskommission fertig war, hatte diese kaum die ersten Schritte getan und war erst im Begriff die nötigen Erfahrungen für ihre schwierige Tätigkeit zu sammeln. Bei einem solchen Unternehmen, das so große Vorsicht, so viele Vorbereitungen und Versuche erfordert, ist es natürlich verkehrt, aus der Statistik der ersten Jahre oder auch sogar des ersten Jahrzehnts weitgehende Schlüsse zu ziehen, es müßte denn sein, daß man um des Prinzips willen nicht sachliche Kritik üben will und mit seinem Urteil schon vorher fertig ist. Das aber ist bei Professor Delbrück nicht anzunehmen; denn so wunderlich er es auch anfangen mag, an seiner aufrichtigen Absicht, der deutschen Sache zu nützen, ist nicht zu zweifeln. Er wird auch jetzt selbst zugeben, daß die zunehmende Sicherheit in dem Verfahren der Ansiedlungskommission und der wachsende Umfang ihrer Tätigkeit eine ganz andere Berechnung erfordert, als er damals nach einer aus den Jahren 1892 und 1893 gewonnenen Durchschnittsziffer als Norm für die nächsten 20 Jahre angenommen hat. Das mag, wie gesagt, beiläufig erwähnt sein; denn man muß sich dabei bewußt bleiben, daß auch der Nachweis dieser und ähnlicher Unrichtigkeiten den Kern der Beweisführung Delbrücks nicht trifft. Denn er wird natürlich darauf erwidern: Welchen wesentlichen Unterschied macht es denn, wenn wir auch statt der 20 000 Deutschen einen Zuwachs von 100 000 in den nächsten 20 Jahren annehmen? Und wir können es ruhig zugeben: Wenn man überhaupt diese Art der Beweisführung gelten lassen will, dann hat Professor Delbrück recht.

Aber so mechanisch und mit Hilfe der einfachen Algebra läßt

*) Die Polenfrage. Von Hans Delbrück. Berlin, Hermann Walther.

sich die Sache überhaupt nicht anfassen. Die Beweisführung ist allerdings charakteristisch für Delbrück. Seine ganze Behandlung der Polenfrage fußt auf ähnlichen Methoden. Ihr Geheimnis besteht darin, daß er Dinge, die organisch zusammengehören, zunächst einmal theoretisch auseinanderreißt und jedes für sich besonders, unter sorgfältiger Ausscheidung des psychologischen Moments und der aus der Erfahrung geschöpften Beobachtung unter die Lupe der abstrakten Logik nimmt. Diese Eigentümlichkeit führt den sonst so scharfsinnig urteilenden und warm national empfindenden Mann auf manchen seltsamen Irrweg. Er ist unerschütterlich überzeugt, daß ein polnischer Edelmann nicht etwa so handelt, wie er es nun einmal nach alter Erfahrung und der ihm vom Schöpfer verliehenen Eigentümlichkeit zu tun pflegt, sondern daß er, wenn man ihm nur die nötige Zeit läßt und das nötige Vertrauen schenkt, sicher so handeln wird, wie es nach der Logik eines deutschen Professors für ihn gut und vernünftig ist. Selbstverständlich finden sich Polen, die das ausnützen, die mit der schmiegsamen Liebenswürdigkeit, die sie in solchen Fällen entwickeln können, auf seinen Gedankengang eingehen, das alles sehr richtig und treffend finden und mit echt polnisch sentimental gefärbtem Biedersinn den Herrn Professor so kräftig anlügen, daß der Himmel sich verfinstern möchte. Dann findet Herr Professor Delbrück es höchst unrecht und unritterlich, an der Ehrlichkeit eines solchen Prachtmenschen begründete Zweifel zu hegen. Leider ist diese Vertrauensseligkeit, die aus einer theoretischen Überschätzung abstrakter Gedankengänge — namentlich wenn sie von der großen Heerstraße abführen — hervorgeht, eine verbreitete deutsche Eigentümlichkeit, die bei sonst geistig hochstehenden Männern mitunter noch durch eine förmliche Angst unterstützt wird, sie könnten einmal zufällig derselben Ansicht sein wie die Mehrheit. Sie suchen dann förmlich Zuflucht bei einer Minderheit, ohne zu bemerken, daß sie in der gesuchten Einsamkeit ihrer Gedankenspaziergänge die Neigung angenommen haben den Wert eines ihnen zufällig Begegnenden zu überschätzen. Gewiß ist die Weisheit nicht immer bei der Mehrheit, aber sie ist auch nicht von der Minderheit gepachtet. Es will daher gar nichts bedeuten, wenn Delbrück sich für seine sonderbaren Ansichten auf deutsche Gewährsmänner aus der Ostmark beruft; es sind eben wunderliche

Heilige, vielleicht solche, die in Verhältnissen, in denen sie sich eingewöhnt haben, jede Perspektive verlieren, vielleicht aber auch Leute von jener Art, die in Gefahr, von einem Raubtier angefallen zu werden, nicht nach der Büchse, sondern zuerst nach dem Konversationslexikon greifen, um erst einmal nachzulesen, ob die Bestie verbürgtermaßen auch wirklich Menschen frißt.

Die arithmetische Beurteilung des Ansiedlungsproblems ist an sich falsch, obwohl die statistische Prüfung des Verfahrens und seiner Fortschritte in anderm Sinne und zu andern Zwecken selbstverständlich notwendig ist. Niemand hat natürlich erwarten können, daß die Zahl der in den ersten Jahren von der Ansiedlungskommission angesiedelten Deutschen, wenn man sie als Ziffer für die jährliche Zunahme des Deutschtums in einem verhältnismäßig kurzem Zeitraum der Berechnung zu grunde legt, hinreichen werde, um aus der polnischen Mehrheit eine Minderheit zu machen. Es ist natürlich leicht, einen Gegner ad absurdum zu führen, wenn man ihm eine Torheit unterlegt, die er gar nicht begangen hat. In Wirklichkeit kommen doch noch andre Wirkungen in Betracht, als bloß die Zahl der Ansiedler, die unmittelbar mit Grund und Boden versehen werden. Ihre wirtschaftlich gesicherte Existenz, der Einfluß, der von ihnen ausgeht, ist von mindestens derselben Bedeutung.

Anfangs ist ja von der Ansiedlungskommission der Fehler gemacht worden, auf den schon hingewiesen ist, daß sie nämlich schon durch den Ankauf von Gütern das Polentum verdrängen zu können glaubte. Daher erhielten die ersten Ansiedlungen eine ungünstige Lage in rein polnischer Umgebung und konnten keine Wirkung irgendwelcher Art ausüben. Allmählich aber ist das anders geworden, seit die Kommission weiß, daß ihre eigentliche Aufgabe die planmäßige Besiedelung mit Deutschen ist. Jetzt werden eben keine isolierten Ansiedlungen in polnische Gegenden verstreut, wo schließlich — hier tritt die Delbrückschе Arithmetik in ihr Recht — 100 Deutsche umgeben von 1000 Polen sitzen. Jetzt weiß man, daß es darauf ankommt, die geschlossenen deutschen Kolonistengemeinden, die an Stelle größerer Gutsbezirke treten, auch unter sich in einen gewissen Zusammenhang zu bringen und ihnen Anlehnung zu verschaffen. Man sucht sie um geeignete Mittelpunkte zu gruppieren. Es sind vornehmlich die kleinen

Städte, die mit einem Kranz von deutschen Ansiedlungen umgeben werden müssen. Denn die Einwirkungen einzelner Landgemeinden auf einander sind nicht allzu hoch anzuschlagen, wo nicht, was doch bei neuen Ansiedlungen von vornherein ausgeschlossen ist, etwa schon ein alter historischer Zusammenhang besteht. Dagegen ist die nächste Stadt der natürliche Vereinigungspunkt der umliegenden ländlichen Ortschaften. Hier ergibt sich ganz von selber eine gemeinsame Beziehung und die Möglichkeit einer Wirkung nach außen. Ist eine solche kleine Landstadt überwiegend von rein deutschen Gemeinden umgeben, so findet auch das Deutschtum in der Stadt selbst einen ganz andern Rückhalt als sonst. Es kommt deutscher Zuzug; deutsche Geschäfte können betrieben und aufrechterhalten werden, die, falls die ländliche Bevölkerung der nächsten Umgebung polnisch bleibt, einfach zuschließen müßten. In Bezug auf die Voraussetzungen, die dabei allerdings zu beobachten sind, daß nämlich das deutsche Nationalbewußtsein stets gestärkt und rege erhalten wird und daß besser für den Verkehr mit dem Westen gesorgt wird, kann auf früher Gesagtes verwiesen werden. Daß auf diese Weise wirkliche Stützpunkte des Deutschtums im Lande entstehen, deren Bedeutung über die Kopfzahl der durch die Ansiedlungskommission unmittelbar ins Land gezogenen Personen weit hinausreicht, kann nur jemand leugnen wollen, der Wesen und Umfang der polnischen Propaganda, auf der die eigentliche Gefahr des Polentums beruht, gar nicht kennt. Hier sind allerdings wenige Tausende von Deutschen durch ihre wirtschaftlich starke Stellung vollkommen in der Lage, die polnische Agitation in einem bestimmten Teil des Landes so lahm zu legen, daß die einstweilige größere Kopfzahl der Polen an Bedeutung verliert und daß die Zunahme des deutschen Übergewichts nur eine Frage der Zeit ist. Damit wird das Bestreben der polnischen Führerschaft, die einstige Verwirklichung ihrer Pläne auf deutschem Boden vorzubereiten, vollkommen aussichtslos, und mehr brauchen wir nicht und wollen es auch nicht. Wir haben nichts gegen die Polen, die unter uns wohnen bleiben und ihre Sprache und Erinnerungen bewahren wollen, sobald das Polentum als Ganzes aufgehört hat, eine Gefahr und eine Macht zu sein. Wir müssen indessen so weit kommen, daß die Frage, wie sich in unsern östlichen Provinzen die Zahl der deutschen Bevölkerung zu den Be-

wohnern polnischer Abstammung verhält, in die Studierstube des Ethnologen verwiesen werden kann und nicht mehr den Politiker beschäftigt. Und für dieses Ziel liegt die außerordentliche Bedeutung des Ansiedlungswerks klar zu Tage.

Auf diese Weise ist es auch allein möglich, für eine etwaige private Einwanderung in die östlichen Provinzen außerhalb des Rahmens der staatlichen Ansiedlungen einen Antrieb zu schaffen. Das ist von größter Wichtigkeit in einer Zeit, wo sich jeder nach Belieben seinen Wohnsitz wählen kann und diese Freiheit bisher überwiegend in dem Sinne benutzt worden ist, um das platte Land im Osten zu entvölkern. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß doch vielleicht wieder die Lust erwacht, den Osten unseres Vaterlandes aufzusuchen, wenn eben die ländlichen Besitzverhältnisse dort in vortrefflicher und zeitgemäßer Weise neugestaltet werden. Die Ansiedlungen geben die einzige Gelegenheit, Versuche nach dieser Richtung hin zu ermutigen und der Gefahr vorzubeugen, daß diese neuen Kräfte planlos verzettelt werden oder gar Veranlassung finden, mißmutig wieder umzukehren und andre noch von dem gleichen Versuch abzuschrecken.

Das Gelingen des ganzen Werks hängt übrigens nicht nur davon ab, daß in der schon geschilderten Weise Stützpunkte für das Deutschtum geschaffen werden, sondern auch davon, daß sie im Lande richtig verteilt werden. Hier scheint es nun allerdings, als ob immer noch der alte Gedanke weiter spukt, daß man die Sache durch starke Vorstöße gegen das Polentum forcieren könne. Nachdem das anfänglich festgehaltene Prinzip, möglichst aus polnischer Hand zu kaufen, um den polnischen Adel aus seinem Besitz zu drängen, dahin geführt hatte, isoliert gelegene Ansiedlungen zu gründen, ist von dieser alten Praxis noch hin und wieder die Neigung geblieben, die Ansiedlungsoasen möglichst in rein polnisches Gebiet zu setzen. Andrerseits ist aber doch wohl mehr und mehr die Einsicht durchgedrungen, daß man mit den Gesamtdispositionen über die Kolonisation noch viel sorgfältiger und planmäßiger vorgehen muß. Man wird noch mehr bestrebt sein müssen, mit der Ansiedlung da anzuknüpfen, wo bereits vorhandenes Deutschtum bedroht oder im Rückgang begriffen ist, und auch da, wo das Polentum noch mit Aussicht auf vollen Erfolg zu einer bedeutungslosen Minderheit gemacht werden kann. Im allgemeinen

täte man wohl gut, von rein deutschen Gegenden im Westen ausgehend die Kolonien in die gemischtsprachigen Landesteile allmählich so vorzuschieben, daß die deutsche Bevölkerung in einem natürlichen Zusammenhange bleibt. Wenn dann gleichzeitig — aber wieder unter Wahrung des Zusammenhanges, etwa vom Netzedistrikt und von Schlesien her beginnend, — ein Gürtel von deutschen Grenzkolonien geschaffen würde, so würde dann die spätere Aufgabe sein, Verbindungslinien zwischen diesen Kolonisationssphären herzustellen. Bisher ist im ganzen noch zu wenig systematisch vorgegangen, aber man steht augenscheinlich im Begriff, diesen Fehler immer mehr zu verbessern.

Während so der anfangs sehr stichhaltig erscheinende Einwand, daß die Ansiedlungskommission zu wenig schaffen könne, sich immer mehr als Irrtum beweist, — obwohl er freilich trotzdem festgehalten wird, — flüchtet sich die Gegnerschaft dieser Kolonisationsarbeit hinter das weitere Bedenken, daß die Ansiedlung viel zu teuer sei. Vollständig absehen kann man dabei von den plumpen Verdrehungen eines Teils der Tagespresse, der seine Ausdrücke so zweideutig wählt, daß der flüchtige, unkundige oder urteilslose Leser denken muß, die der Ansiedlungskommission zur Verfügung gestellten Summen seien wirkliche Ausgaben des Staats in der angegebenen Höhe. Bekanntlich wurden im Jahre 1886 zuerst 100 Millionen bewilligt, im Jahre 1898 wiederum 100 Millionen und endlich 1902 weitere 150 Millionen. Daß diese 350 Millionen nicht Staatsaufwendungen sind, wird von der Opposition nach Möglichkeit verschleiert. In Wahrheit verliert der preußische Staat von dieser Summe nur einen Teil der Zinsen. Der Verlust ist ungefähr auf $^1/_2$ bis höchstens 1 v. H. jährlich berechnet worden, beträgt also jährlich allerhöchstens $3^1/_2$ Millionen. Das scheint ja nun freilich eine gewaltige Summe zu sein, die dem biedern Steuerzahler, der das gelegentlich in der Zeitung liest, ein starkes Gruseln verursachen muß. Nun sehe man sich aber die Sache einmal von der andern Seite an. Was würde wohl geschehen, wenn diese Summe, — die ja übrigens in Wirklichkeit nicht einmal diese Höhe erreicht, — gespart, d. h. ein Versuch, dem Deutschtum im Osten neue Stützpunkte zu verschaffen, nicht gemacht würde? Das stetig vordringende Polentum gefährdet nicht nur die Ostgrenze und einen Teil des Staatsgebiets, sondern damit

auch zugleich einen Teil des Nationalvermögens. Wäre durch irgend eine Naturgewalt ein Grenzland, auf das unser Volk lange Zeit hindurch Mühe und Arbeit verwendet und das es zu Wohlstand gebracht hat, bedroht und gälte es einen nur einigermaßen aussichtsreichen Versuch, diesen Bruchteil nationalen Kapitals zu retten, so würde ein Aufwand vieler Millionen als etwas ganz Selbstverständliches gelten. Die Summe, die wir vorläufig jährlich opfern müssen, um unsre Ostprovinzen gegen eine drohende Gefahr zu verteidigen, ist verschwindend gegen den Verlust, mit dem uns diese Gefahr bedroht. Wir müssen daher diesen Aufwand unter demselben Gesichtspunkt betrachten, wie die Summe, die wir alljährlich für die Landesverteidigung ausgeben. Was würde z. B. eine Erhöhung des Heeresbudgets um 5 Millionen oder auch mehr sagen, wenn nachgewiesen würde, daß diese Summe für die Landesverteidigung notwendig ist? Nun gut! hier handelt es sich auch um eine Landesverteidigung! Kann und will ein Staat wie Preußen ein solches Opfer nicht bringen, wo es sich um den Besitz blühender Provinzen handelt, in denen deutsche Ehre und deutsches Kapital engagiert ist, so verdiente er nicht zu existieren.

Was im übrigen noch gegen die Ansiedlungskommission eingewendet wird, läuft darauf hinaus, daß sie allerlei Fehler gemacht hat. Diese Kritik ist vielfach in sehr rücksichtsloser Form geübt worden. Es wurden dabei Übelstände und Mißgriffe so sehr aufgebauscht, daß die Wirkung der Kritik weit über das gerechtfertigte Maß hinausging. Es wurde mit Unrecht der Glaube erweckt, als ob die ganze Arbeit töricht und vergeblich sei. Ganz so schlimm kann es wohl schon deshalb nicht stehen, weil sonst wohl von polnischer Seite nicht so ungeheuere Anstrengungen und so erbitterte Anläufe gemacht würden, die Arbeit der Ansiedlungskommission zu hindern. Ein Teil der polnischen Schilderungen von der langsamen, aber sicheren Erdrückung des polnischen Volks durch die Ansiedlungskommission mag ja auf berechneter Übertreibung beruhen, aber die meisten Behauptungen zeigen, daß es sich bei diesen Schilderungen nicht nur um agitatorische Zwecke handelt, sondern daß ihnen die Erfolge der deutschen Kolonisation schwer auf der Seele lasten. Daß hin und wieder auch die entgegengesetzte Taktik eingeschlagen wird, daß einzelne Mißerfolge der Deutschen hervorgehoben, vergrößert und mit einer höhnischen

Kritik des ganzen Werks begrüßt werden, kann natürlich an der Auffassung der Lage nichts ändern und eine nüchterne Beurteilung nicht irre machen.

Wir haben schon gesehen daß infolge einer grundsätzlich falschen Direktive es der Ansiedlungskommission von Hause aus schwer gemacht worden ist, sogleich den richtigen Weg zu finden. Daß ihr auch eine gewisse bureaukratische Schwerfälligkeit anhaftete, wird man ihr gleichfalls nicht so sehr zum Vorwurf machen dürfen, wenn man bedenkt, daß sie sich nach ihrer Stellung und Zusammensetzung nicht allzu weit von den Formen und Normen entfernen durfte, die in der preußischen Staatsverwaltung gelten. Die Kommission konnte das umsoweniger, als sie eine große Verantwortung trug, politisch und finanziell heißen Boden unter den Füßen hatte und an ihre Arbeit gehen mußte, ohne sich an vorhandene Muster und Erfahrungen halten zu können. Nur ein ungerechtes Urteil kann bestreiten, daß die Ansiedlungskommission unter diesen schwierigen Verhältnissen den richtigen Weg merkwürdig schnell gefunden hat. Sie hat im ersten Jahrzehnt langsam, sehr langsam gearbeitet und manche Ansiedlung nach Grundsätzen geschaffen, die wieder fallen gelassen werden mußten. Einzelne solche Erfahrungen waren unvermeidlich, aber ernsthafte Fehlschläge sind eigentlich nicht zu verzeichnen, und im ganzen ist eine gute Grundlage gewonnen worden, auf der jetzt in beschleunigtem Tempo weitergearbeitet werden kann, nachdem das neue Gesetz von 1902 die Mittel des Ansiedlungsfonds noch vor seiner Erschöpfung erheblich verstärkt und auf lange Zeit hinaus sicher gestellt hat.

Wie schon an andrer Stelle bemerkt, kann hier in eine Einzelkritik des Wirkens der Ansiedlungskommission nicht eingetreten werden. Der nochmalige Hinweis auf das schon genannte Werk von Dr. Stumpfe mag genügen.*) Nur einiges mag hier noch berührt werden, weil es sich auf den Zusammenhang des Wirkens der Ansiedlungskommission mit andern Seiten der Polenpolitik bezieht. Es wird z. B. geklagt, daß die Kommission den Existenzfragen des städtischen Mittelstandes nicht genügend Rücksicht erweist. Es ist eine alte Erfahrung, daß gerade der Eifer, mit dem sich

* Ein lehrreiches Buch ist auch: Heinrich Sohnrey. Eine Wanderfahrt durch die deutschen Ansiedlungsgebiete in Posen und Westpreußen, (Berlin, Th. Schoenfeldt).

eine Behörde in die ihr zunächst zugewiesene Aufgabe vertieft, sehr leicht der Anlaß zu Einseitigkeiten und Fehlern wird. Bei der bisherigen Behandlung der Polenfrage, bei der man in der Regel jede einzelne Abwehrmaßregel möglichst für sich diskutierte, ist es nur zu begreiflich, daß auch die Ansiedlungskommission sich von solcher Einseitigkeit nicht ganz frei gehalten hat. In dem Wunsche, die Lage der Ansiedler recht vorteilhaft zu gestalten, hat die Kommission Einrichtungen getroffen, die als eine direkte Schädigung des deutschen Kleinbürgertums in eben den Städten wirken, für deren Deutschbleiben doch auch die Ansiedlungskommission eine gewisse Mitverantwortung trägt. Man mag zu der Frage der Zweckmäßigkeit oder Schädlichkeit von Warenhäusern, Konsumvereinen und ähnlichen Einrichtungen sonst stehen, wie man will, so ist doch kaum zu leugnen, daß hier im Osten noch ganz besondere Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind. Hier handelt es sich nicht um die grundsätzliche Entscheidung der Frage, ob dem Kleinkaufmann- und Handwerkerstand zu helfen ist oder nicht, sondern es handelt sich darum, dem infolge der nationalen Energie der Polen tatsächlich gedeihenden polnischen Mittelstand unter allen Umständen einen lebensfähigen deutschen entgegenzustellen. Während nun die Polen ihre eigenen selbständigen Kaufleute und Handwerker mit allen Kräften halten, schädigt die Behörde, die doch gerade die deutsche Einwanderung fördern soll, die wenigen deutschen Gewerbsleute in den kleinen Städten ihres Bereichs dadurch, daß sie die Ansiedler nicht an sie weist, sondern deren Bedürfnisse in eigenen Betrieb nimmt. Das geschieht natürlich nicht aus böser Absicht, sondern infolge einer einseitigen Berücksichtigung der zunächst liegenden Aufgabe. Im Eifer, der ländlichen Bevölkerung frisches Blut zuzuführen, hält die Behörde alles andre für nebensächlich und glaubt der guten Sache zu dienen, wenn sie die jetzt freilich vielfach national unzuverlässige und mürbe gewordene deutsche Bevölkerung der Kleinstädte ihrem Schicksal überläßt und zu den Toten wirft. Aber wenn auch die Tätigkeit der Ansiedlungskommission noch so sehr den Kernpunkt der ganzen Polenpolitik bildet, so darf sie doch andre wichtige Rücksichten einer nationalen Ostmarkenpolitik nicht durchkreuzen.

Fehler dieser und ähnlicher Art würden es sein, die vornehmlich von dem hier festgehaltenen Standpunkt aus zu rügen

sind, daß der Zusammenhang in allen Maßregeln der Polenpolitik gewahrt bleiben muß. Was die sonstige Kritik der Ansiedlungstätigkeit betrifft, so kann man wohl das Vertrauen hegen, daß die Aufmerksamkeit, die die Staatsregierung nach ihrem in der Rede des Grafen Bülow vom 13. Januar 1902 entwickelten Programm dieser Frage zuwendet, die Beachtung der von sachverständiger Seite gegebenen Ratschläge sichern wird. Der größte bisher gemachte Fehler liegt, wie auch Dr. Stumpfe meines Erachtens überzeugend nachweist, darin, daß die Ansiedlungskommission nicht für eine größere Menge von Kleinbauern und seßhaften Arbeitern gesorgt und nur größere Stellen geschaffen hat, die zum Teil schon wieder polnische Arbeiter beschäftigen. Hoffentlich ist diese Erfahrung gerade noch rechtzeitig gemacht, um diesem Übelstand entgegenzuarbeiten.

Welche Fehler aber auch im einzelnen gemacht worden sind, bisher hat noch keine Kritik nachweisen können, daß mit der Idee, den Osten durch innere Kolonisation für das Deutschtum wiederzugewinnen, ein falscher und nicht zum Ziel führender Weg betreten worden ist. Im großen und ganzen hat sich gezeigt, daß trotz der Verbesserungsbedürftigkeit des Verfahrens und trotz einzelner Fehlschläge ein Fortschritt auf diesem Wege zu erreichen ist. Darum heißt es daran festhalten. Man hat einzelne Fälle und Möglichkeiten theoretisch verallgemeinert, um die Erfolglosigkeit der Sache darzutun. Es besteht z. B. die Möglichkeit, daß die Ansiedler, anstatt der übernommenen Aufgabe treu zu bleiben, ihr Besitztum wieder verkaufen; das ist namentlich in der ersten Zeit öfter vorgekommen. Dergleichen Fälle sind aber später immer mehr Ausnahmen geworden, und sie werden immer mehr Ausnahmen werden, je weiter die Kolonisation fortschreitet. Im allgemeinen sind sich die Kolonisten durchaus ihrer Aufgabe bewußt und ihr treu geblieben. Wenn schon die Möglichkeit vereinzelter Fehlschläge und Mißstände genügte, um eine so bedeutungsvolle und weitgreifende Maßregel für verfehlt zu erklären, so müßten wir allerdings vor den Polen die Waffen strecken, und unser ganzes Volk wäre nicht einen Schuß Pulver wert. Wir brauchten dann nicht erst eine Polenfrage, um unsern politischen Bankerott auf allen Gebieten zu erweisen. Wenn ein

Rheder glaubt, daß eine Havarie eines einzelnen seiner Schiffe sein Geschäft unmöglich macht, dann soll er freilich nicht Rheder werden, sondern lieber schleunigst sein Geschäft liquidieren. Auch in der Politik gibt es keinen Erfolg ohne Risiko.

Man hat weiter höhnend hervorgehoben, daß die Kommission durch den Ankauf von Gütern verkrachter polnischer Großgrundbesitzer diesen aus der Klemme geholfen und ihnen eine vorteilhafte Neugestaltung ihrer Verhältnisse ermöglicht habe. Der Pole bekam das heruntergewirtschaftete Gut vortrefflich bezahlt und konnte, wenn das Glück gut war, seinerseits mit dem Gelde der Ansiedlungskommission einen deutschen Besitzer auskaufen. Diese Wirkung kann zunächst als eigentlicher Mißerfolg nur dann erscheinen, wenn man das Ziel, wie in den ersten Jahren, darin beschlossen sieht, polnische Besitzer auszukaufen. Dann allerdings ist es ein merkwürdiger „Erfolg", wenn man einem Manne, dessen mißliche Lage man benutzt, um ihn auf legale Art zu entfernen, nur dadurch Gelegenheit gibt, an einer andern Stelle, wo wir ihn ebenso wenig zu sehen wünschen, in vorteilhafter und gesicherter Lage wieder aufzutauchen. Die Sache verliert aber ihre Bedeutung, wenn man sich überzeugt hat, daß die planmäßige Besiedlung des Landes so sehr das Wesen und den allgemeinen Zweck des ganzen Werks ausmacht, daß das Schicksal des früheren Besitzers nur menschlich und privatrechtlich, aber nicht mehr politisch von Interesse ist. Es liegt sogar ein ideeller Vorteil darin, daß wir das Polentum nicht mit dem brutalen Mittel der Gewalt und der individuellen Schädigung überwinden, sondern auf dem gesetzlichen Wege des Kaufes, der diesem Gegner alle Aussichten auf die Wahrung seines Rechts und Eigentums ungeschmälert erhält und ihm auch ruhig den Vorteil gönnt, den ein Handelsgeschäft für ihn haben kann. Tatsache ist, daß der theoretisch so gern und so hübsch ausgemalte Fall, wo ein ausgekaufter Pole mit dem Gelde der Ansiedlungskommission seine Schulden los wird und nun ein deutsches Gut kauft, in der Wirklichkeit verhältnismäßig selten vorkommt. Die wenigen polnischen Besitzer, die jetzt noch an die Ansiedlungskommission verkaufen, fürchten sich meist viel zu sehr vor dem Zorn ihrer eigenen Volksgenossen, als daß sie sich so leicht wieder in ihrer Heimat ankaufen. Ein Teil von ihnen ist nach Galizien ausgewandert, ein anderer Teil hat einen andern

Beruf ergriffen. Warum sollen wir ihnen das nicht gönnen, wenn der Boden, auf dem sie uns geschadet haben, in Händen deutscher Bauern ist? Es ist eben ein falscher Standpunkt, daß wir ein besonderes Vergnügen darüber empfinden müßten, wenn es einem Polen recht schlecht geht. Von kindischem Haß ist ein vernünftiger Politiker fern. Wenn die Polen aufhören, uns mit politischen Bestrebungen zu bedrohen, die wir nicht dulden dürfen, so kann es uns sogar nur freuen, wenn es den einzelnen Polen so gut geht, wie es jeder nach dem Grade seiner moralischen und wirtschaftlichen Tüchtigkeit verdient.

Als eine Schwierigkeit bei der Arbeit der Ansiedlungs-Kommission wird mit Recht empfunden, daß die Behörde oft genötigt ist, die Güter über ihren Wert zu bezahlen, ja daß überhaupt die gesamten Kolonisationsbestrebungen steigernd auf die Güterpreise wirken. Das ist ein Übelstand, dem schwer entgegenzuwirken ist und den man wohl, so weit sich bis jetzt sehen läßt, in den Kauf nehmen muß. Indessen so begreiflich es ist, wenn man das bedauert, und so berechtigt das Bestreben ist, auf Abhilfe auch dieses Übelstandes zu sinnen, so darf man doch den ersten und wichtigsten Gesichtspunkt niemals aus dem Auge verlieren, nämlich daß wir diese innere Kolonisation nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen unternehmen und daß sie zunächst nichts anderes ist als ein Akt der Landesverteidigung. Auch jede andere Maßregel der Landesverteidigung legt uns Opfer auf, aber wir bringen diese Opfer, weil wir wissen, daß das Kapital an nationaler Macht, das wir dadurch schützen, schließlich doch erheblich mehr Zinsen trägt, als wir durch unsere Aufwendungen jetzt scheinbar verlieren. Ist es schon falsch, die Aufwendungen für das Heer und die Einrichtungen der Landesverteidigung schlechthin als Ausgaben zu unproduktiven Zwecken anzusehen, so ist es noch viel weniger gerechtfertigt, die innere Kolonisation, die wir zur Zurückdrängung des Polentums unternehmen, deswegen etwa als ein wirkliches Vermögensopfer anzusehen, weil die hohen Güterpreise sich nicht ganz mit den Gesichtspunkten vertragen, nach denen ein für möglichst schnellen und sichern Gewinn arbeitender Geschäftsmann ein Privatunternehmen ähnlicher Art beurteilen könnte. Mit der kleinlichen Mißgunst, die an der Höhe eines gezahlten Preises vor allem deshalb Anstoß nimmt, weil es entweder ein Pole oder

ein konservativer Agrarier ist, dem die Summe privatim zu gute kommt, kommen wir freilich nicht weiter. Selbstverständlich kommt jede Kaufsumme dem Verkäufer persönlich zu gute, es sei denn daß er von dem Käufer betrogen wird. Der Käufer ist der Staat, und diesem wird man nicht das Bestreben auferlegen können, die Verkäufer zu übervorteilen; im Gegenteil liegt es in der Natur seiner Aufgabe, zum Verkauf anzulocken. Er muß also dem Verkäufer Vorteile einräumen. Wer damit nicht einverstanden ist, der muß wenigstens konsequent sein und den Weg des Kaufgeschäfts zum Zweck der Besiedelung überhaupt verwerfen. Dann kommen wir auf den Weg der Gewalt, der Expropriation und der Ausnahmegesetzgebung. Niemand aber wird wagen können, dem deutschen Volke einen solchen Weg zu empfehlen, so lange ein Weg, der das Eigentumsrecht und die Gleichberechtigung der Staatsbürger achtet, noch irgend offen steht. Wollen wir diesen Standpunkt festhalten, so müssen wir auch die Kleinlichkeit fahren lassen, die ein nützliches und notwendiges Werk nur deshalb nicht fördern will, weil die persönlichen Vorteile, die einzelnen daraus erwachsen, sich der besondern Einflußnahme entziehen. So wie die Verhältnisse im Osten liegen, müssen wir sogar sagen: Jeder deutsche Besitzer im Osten muß sich darauf verlassen können, daß er in einer Zwangslage niemals auf einen polnischen Käufer angewiesen ist, sondern daß die Ansiedlungskommission sicher eintritt, sofern der Besitz irgend für ihre Zwecke in Betracht kommen kann.

Wichtiger als alle diese Sorgen ist die Frage, wie die Ansiedlungskommission den Maßregeln entgegentreten kann, mit denen von polnischer Seite ihre Wege durchkreuzt werden. Die Polen entwickeln ihrerseits eine eifrige Tätigkeit in der inneren Kolonisation. Schon sehr bald nachdem die Ansiedlungskommission in Wirksamkeit getreten war, wurde (1888) die „Bank Ziemski“ (Landbank) gegründet, um der Ansiedlungskommission entgegenzuwirken. Man hatte wohl anfangs im polnischen Lager den Wert dieser Arbeit noch nicht genügend begriffen, denn die Bank geriet schon nach wenigen Jahren aus Mangel an Mitteln in eine gefährliche Krisis, aus der sie, wie wir noch sehen werden, mit deutscher Hilfe gerettet wurde. Seit dieser Zeit hat das Geschäft der polnischen Landbank einen großen Aufschwung genommen. Sie arbeitet mit

kleineren Parzellierungsgenossenschaften, und neben ihr sind Unternehmungen gleicher Art entstanden (die „Bank parcelacyjny" und die „Spółka rolników parcelacyjna"). Die Beobachtung der Fortschritte der Ansiedlungskommission, die man dort an Ort und Stelle richtiger würdigte, als es in kritikluſtigen deutschen Zeitungen geschieht, außerdem die eifrige Tätigkeit einiger Polen, die die Bedeutung der Sache voll erkannt hatten — in erster Linie ist hier der Pfarrer Wawrzyniak zu nennen —, erweckte das Interesse der national gesinnten Polen für diese neue „Rettungstätigkeit" an ihrem Volk. Ihre Rührigkeit und ihr Wagemut fanden reichen Lohn in der Erlangung von umfangreichen Geldmitteln. Man hat sich bei uns den Kopf zerbrochen, woher die scheinbar arme Bevölkerung diese bedeutenden Mittel erhalten konnte. Dabei ist mancherlei zu erwägen. Erstens muß man bei uns mit dem Vorurteil aufräumen, das sich an den alten Begriff der „polnischen Wirtschaft" knüpft. Mag auch äußerlich im polnischen Haushalt noch vieles diesem Begriff entsprechen, tatsächlich sind die Polen doch heutzutage gut rechnende Finanzleute und tüchtige Wirtschafter geworden, die etwas zu erübrigen verstehen. Zweitens denke man an den nationalen Zusammenhalt und die Opferwilligkeit der Polen. Hinter den Posener Polen steht auch Russisch-Polen und Galizien, Länder, in denen noch große, von Jahrhunderten her angesammelte Nationalreichtümer stecken, die für die gemeinsame polnische Sache zur Verfügung stehen, während es bei uns kaum zu erreichen ist, daß selbst die benachbarten Provinzen erkennen, was auch für sie im Osten auf dem Spiele steht. Drittens werden durch ein sehr geschicktes System die Mittel der nationalen Vereine und der kleinen Sparer für die Ansiedlung nutzbar gemacht. Die polnischen Arbeiter, die nach dem Westen gehen, verdienen dort viel Geld. Während aber ihre deutschen Genossen, so weit sie das Geld überhaupt sparen, in der neuen Heimat bleiben und das Erworbene dort auf diese oder jene Art verwenden, ziehen die Polen mit nicht unbedeutenden Ersparnissen über kurz oder lang in ihre Heimat zurück. Hier spielen nun die nationalen Vereine die Rolle der Vermittlungsstellen, die dafür sorgen, daß alle diese Gelder der kleinen Leute in einer Weise zur Verwendung kommen, die ebenso den privaten Interessen dieser Leute wie der nationalen Sache dient. Auf

diesem Wege werden auch die Parzellierungsgenossenschaften in die Lage versetzt, stets ein genügendes Angebot von kleinen Ansiedlern zu haben, die innerhalb ausreichender Grenzen zahlungsfähig sind und ein vorzügliches Truppenmaterial in dem Feldzuge gegen die deutsche Kolonisation bilden. Noch ein Viertes würde wenigstens zu erwähnen sein. Es scheint, als ob außer den erwähnten Geldmitteln den Polen noch besondere umfangreiche Zuwendungen zufließen. Persönlichkeiten, die den Zusammenhang der Dinge gut zu überschauen vermögen, sind stets der Überzeugung gewesen, daß die katholische Kirche, namentlich der Jesuitenorden, die Quelle dieser Zuwendungen ist. Obwohl das möglich und sogar wahrscheinlich ist, weil verschiedene Zeichen darauf hindeuten, so wird man doch nicht viel mit dieser Annahme anfangen können, weil ein Nachweis dafür höchstens durch einen Zufall erbracht werden könnte. Mit der Erwähnung dieser Vermutung kann man daher die Sache abgetan sein lassen.

Nicht nur im Umfang, sondern auch in der Art der Kolonisation suchen die polnischen Unternehmungen der Ansiedlungskommission den Rang abzulaufen. Sie erwerben ihren Grundbesitz möglichst an den Stellen, wo es für die Pläne der Ansiedlungskommission recht unbequem ist; sie stützen polnische Besitzer in ihrer Existenz vor allem da, wo diese den Zusammenhang der deutschen Bevölkerung unterbrechen können. Sie umgeben die deutschen Kolonien mit einem Kranz polnischer Besitzungen, die wirtschaftlich möglichst befestigt werden, und schieben sich zwischen die Linien, mit deren Hilfe die Ansiedlungskommission Bresche in das Polentum zu legen sucht. Um diesen Übelständen wirksam zu begegnen, ist die Ansiedlungskommission ausschließlich auf ihre eigene Umsicht und die genaue Kenntnis aller Aussichten und Erfordernisse der Lage angewiesen. Es ist daher begreiflich, daß die Frage aufgeworfen worden ist, wie man der Kommission vielleicht noch gesetzliche Mittel an die Hand geben kann, um ihr die Verhinderung und Durchkreuzung der polnischen Besiedlungstätigkeit zu erleichtern. Nach einer Richtung hin wird es keines besonderen Apparates der Gesetzgebung bedürfen. Die Ansiedlungskommission wird künftig auch der Erwerbung kleineren Besitzes, dem Ankauf von Bauerngütern größere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Sie hat sich in dieser Beziehung noch zu

ängstlich an ihr ursprüngliches Programm gehalten. Jedenfalls aber müssen alle Beschränkungen fallen, die der Kommission in dem Erwerb geeigneten Besitzes durch das Gesetz selbst oder seine Auslegung noch auferlegt worden sind. Die Kommission muß noch viel freier arbeiten können, um die planmäßige Besiedelung zunächst der Provinzen Posen und Westpreußen wirklich zweckentsprechend durchzuführen.

Daneben werden als Mittel zur weiteren Förderung dieser Arbeit hauptsächlich zwei vorgeschlagen: ein *Verbot* oder eine *Einschränkung der Erwerbung von Grundbesitz für die Polen* und ein *Vorkaufsrecht der Ansiedlungskommission* in Bezug auf den gesamten Grundbesitz in den ihr als Arbeitsfeld zugewiesenen Provinzen. Die erste dieser beiden Maßregeln würde den ausgesprochenen Charakter eines Ausnahmegesetzes haben. Aber selbst wenn man dahingestellt sein läßt, was gegen Ausnahmegesetze prinzipiell einzuwenden ist, so wird man doch zugeben müssen, daß Ausnahmegesetze jedenfalls nur da möglich sind, wo klar erkennbare Merkmale gegeben sind, wer unter einem solchen Gesetz stehen soll und wer nicht. Es ist schon früher auf die Schwierigkeit verwiesen worden, wie man die Zugehörigkeit zu den Polen erkennen und nachweisen will. Der Name genügt nicht als Kennzeichen; das beweisen verschiedene bekannte Adelsgeschlechter. Wir brauchen nur die Namen v. Kalckstein und v. Dziembowski zu nennen; beide Geschlechter zählen Deutsche und Polen in ihren Reihen. Wer will es verhindern, daß ein Pole mit deutschem Namen heute unter Berufung auf die Nationalität seiner Vorfahren sich für einen Deutschen erklärt, Grundbesitz erwirbt und nun einfach sich an der polnischen Propaganda beteiligt? Man soll aber keine Gesetze geben, deren Unwirksamkeit, wie dieses einfache Beispiel zeigt, von vornherein feststeht. Außerdem wäre es bedenklich, die Polen mit Maßregeln zu bekämpfen, die, wie man gleichfalls von vornherein feststellen kann, dem deutschen Volksgeist zuwider sind.

Es bleibt also das *Vorkaufsrecht*, und dieses würde freilich eine sehr wirksame Waffe in der Hand der Ansiedlungskommission sein. Sie hätte dann in allen Fällen mindestens Gelegenheit, zu verhindern, daß deutscher Besitz in die Hände von

Polen fällt. Aber auf welchen Besitz soll der Kommission ein Vorkaufsrecht zustehen? Sinngemäß müßte die Antwort lauten: auf deutschen Besitz, denn den Polen gegenüber besitzt die Kommission kein grundsätzliches Interesse, einen Besitzwechsel in polnischer Hand zu verhindern, es sei denn, daß sie ohnehin entschlossen ist, ein zum Verkauf angebotenes Gut zu erwerben. Den deutschen Besitzern kann nun aber dieses Vorkaufsrecht der Ansiedlungskommission nicht auferlegt werden, ohne sie vor den Nachteilen zu sichern, die notwendig damit verbunden sind. Man kann den deutschen Besitz nicht in dieser Weise binden, ohne die Besitzer stark zu schädigen. Man würde also gerade das Gegenteil erreichen von dem, was man will. Und auch hier muß man wieder fragen: Was ist deutscher Besitz? Es gibt auch hier kein anderes Unterscheidungsmittel als die Willenserklärung des Besitzers, zu welcher Nationalität er gerechnet sein will. Will man ein Vorkaufsrecht einrichten, so bleibt also nichts anderes übrig, als, wie mehrfach vorgeschlagen ist, dieses Recht zum Gegenstand eines besonderen Kaufsgeschäfts zu machen. Wird das Vorkaufsrecht durch Zahlung einer entsprechenden Entschädigung erworben, so verliert es für den ländlichen Besitzer jeden drückenden Charakter; es gewährt ihm vielmehr einen augenblicklichen pekuniären Vorteil, der ihm eine Verpflichtung nur für den Fall auferlegt, daß er sich seines Besitzes entäußern will. Die Ansiedlungskommission kann aber die moralische Verpflichtung, in solchem Falle wirklich zu kaufen, insofern nicht als drückend ansehen, als sie das Vorkaufsrecht nur da zu verwerten braucht, wo der künftige Erwerb des Gutes in der Richtung ihrer planmäßigen Arbeit liegt. Die Aufwendungen, die die freien Übereinkünfte dieser Art mit sich bringen, werden durch den Nutzen für den sicheren Fortgang des nationalen Werks reichlich aufgewogen; es ist außerdem die volle Freiheit aller Beteiligten, in jedem besondern Einzelfall ihr Recht und ihren Nutzen zu wahren, nicht angetastet. Es wäre daher wohl zu empfehlen, diesem Gedanken näher zu treten.

Die schwerste Schädigung, die dem Werk der Ansiedlungskommission überhaupt widerfahren ist, kam merkwürdigerweise nicht von polnischer, sondern *von deutscher Seite*. Wenn die Sache auch glücklicherweise der Vergangenheit angehört, so muß doch die Erinnerung daran festgehalten werden, weil es in dieser

nationalen Frage von Wert ist zu wissen, welcher Ungeheuerlichkeiten unser Bureaukratismus fähig ist. Niemand würde derartiges zu glauben wagen, wenn nicht die Tatsache geschichtlich feststände. Bei der Bearbeitung und Beratung des preußischen Rentengütergesetzes und der Ausführungsbestimmungen dazu war es unterlassen worden, dieser Tätigkeit in den Ostprovinzen ein nationales Fundament zu geben. So konnte die Bromberger Generalkommission bis vor wenigen Jahren eine Rolle spielen, die wohl in den Annalen geordneter Staatswesen schwerlich ihresgleichen hat. Weil das Rentengütergesetz nicht ausdrücklich gebot, bei der Ansetzung von Rentengutsbesitzern die Nationalität zu berücksichtigen, hielt sich die Generalkommission jahrelang für berechtigt, durch Vergebung der Rentengüter an Polen die Tätigkeit der doch ebenfalls auf Grund eines Staatsgesetzes arbeitenden Ansiedlungskommission direkt lahmzulegen und zu nichte zu machen. Zur Abstellung dieser schmachvollen Zustände, die nichts anderes bedeuteten als die Verhöhnung der einen Staatsbehörde durch die andere zum Vorteil der Polen, wurde geraume Zeit hindurch trotz aller Klagen der nationalen Presse kein Finger gerührt, ein merkwürdiges Zeugnis dafür, welche Unkenntnis der Verhältnisse in den Provinzen unter Umständen sogar in unserm vortrefflich verwalteten Staat bei den Zentralbehörden möglich ist. Der Gipfel dieser bureaukratischen Schildbürgerei war, daß, wie schon an andrer Stelle kurz erwähnt, die polnische Landbank („Bank Ziemski"), die im Jahre 1891 dem Krach nahe war, von der Bromberger Generalkommission durch Kreditgewährung wieder flott gemacht wurde. Die bureaukratische Anschauung sah in den polnischen Parzellierungsgesellschaften nur Anstalten zur Gründung von Rentengütern; gegen jede andre Erwägung stellte man sich blind und taub und wies gegenüber den Klagen der Nationalgesinnten mit hochmütiger Geringschätzung auf den Buchstaben des Gesetzes hin, der dieses der Sache nach beinah landesverräterische Treiben nicht verbot. Und nun fuhr die Generalkommission munter fort, auf ihren Rentengütern mehr Polen anzusetzen, als die Ansiedlungskommission in der gleichen Zeit Deutsche ansiedeln konnte, bis denn doch endlich diese zum Himmel schreienden Zustände, nachdem ein kaum je wieder gut zu machender Schaden angerichtet war, das Einsehen der Zentralbehörden wach-

rüttelten. Nun wurde endlich das Übel auf dem Verordnungswege so weit eingeschränkt, daß die skandalöse Seite der Sache wenigstens beseitigt wurde. Die Notwendigkeit, daß die nationalen Kreise ihr Auge auf die Sache haben und stets gegen bureaukratischen Unverstand auf dem Posten sind, bleibt bestehen.

Von *ultramontaner* Seite werden nun dem Ansiedlungswerk hauptsächlich dadurch Steine in den Weg geworfen, daß es als ein Weg zur *Protestantisierung des Landes* bezeichnet wird. Wenn man jetzt überwiegend *evangelische* Ansiedler angesetzt hat, so ist der Grund darin zu suchen, daß es aus bekannten Gründen sehr viel schwerer ist, von katholischen Kolonistengemeinden polonisierende Einflüsse fern zu halten. Aber wo sich irgend Mittel und Wege ergeben, um die katholischen Kolonien vor dem Einfluß polnischer Geistlichen zu schützen, da sollte man allerdings *so viel Katholiken ansetzen, wie nur irgend möglich*, um das arglistige Gerede von dem konfessionellen Zweck der Kolonisation immer mehr zum Schweigen zu bringen. Je weiter das Werk vorschreitet, um so leichter wird es sein, nach diesem Grundsatz zu handeln. Es mag vielleicht manches evangelische Herz bedrücken, aber hier muß jede konfessionelle Engherzigkeit hinter dem vaterländischen Interesse zurücktreten. Allerdings aber muß man, mit den kirchlichen Behörden selbst so weit als möglich den Weg friedlicher Verständigung innehaltend, in der Öffentlichkeit viel schärfer und entschiedener als bisher die Vertreter des politischen Katholizismus auf ihrem eigenen Grundsatz festnageln, daß die Seelsorge in die Hände von Geistlichen der eigenen Nationalität gelegt wird, daß also polnische Geistliche in den neuen Ansiedlungsgemeinden nicht geduldet werden.

Auf den bisher gewonnenen Grundlinien wird das Werk der staatlichen Kolonisationstätigkeit unzweifelhaft in segensreicher Weise durchgeführt werden können. Die Meinungen gehen aber weit darüber auseinander, wie weit daneben noch *private Tätigkeit gleicher Art* wünschenswert ist. Private Unternehmungen haben den großen Vorteil, daß sie ohne den Hemmschuh amtlicher Verantwortung und bureaukratischer Überlieferungen lediglich nach kaufmännischen Grundsätzen verfahren können. Sie brauchen daher ein Risiko weniger zu scheuen und können, ohne von der gebotenen Solidität abzuweichen, schneller, praktischer und

billiger arbeiten als der Staat. Natürlich bringt das auch Nachteile mit sich, es können leichter Fehlschläge eintreten, und schließlich können diese Anstalten nur bestehen, wenn sie einen entsprechenden Unternehmergewinn abwerfen. Ohne Aussicht auf Gewinn ist selbstverständlich das private Kapital nicht zu haben. Daher sind die dem Kolonisationsgedanken freundlichen Kreise meist geneigt, den Unternehmern, die bei dem Parzellierungsgeschäft gute Dividende herauswirtschaften, den Vorwurf der Güterschlächterei zu machen. Bis jetzt hat eine einigermaßen nennenswerte Tätigkeit im Osten nur die „Landbank" entfaltet, und gegen sie ist dementsprechend auch der gleiche Vorwurf erhoben worden. Es scheint, daß sie wohl etwas zu früh gegründet wurde, ehe das Bedürfnis eines solchen Unternehmens und die Erkenntnis der wesentlichen Bedingungen seines Bestehens in den interessierten Kreisen genügend Wurzel gefaßt hatte. Daraus entstanden Übelstände, die von den Kritikern der Landbank vielfach übertrieben zu sein scheinen. Obwohl jetzt noch immer geklagt wird, daß die Landbank der Ansiedlungskommission die Güterpreise verdirbt, so ist etwas wirklich Stichhaltiges gegen die private Ergänzung der staatlichen Kolonisationstätigkeit bisher nirgends eingewendet worden. Wenn die mehr kaufmännische Rührigkeit eines solchen Unternehmens der bureaukratischen Umständlichkeit der staatlichen Kommission gelegentlich einen kleinen Sporn gibt, so schadet das nichts; es ist im Gegenteil recht heilsam. Die Bedeutung der staatlichen Kolonisation als Rückgrat aller ähnlichen Unternehmungen bleibt darum doch bestehen.

Ein Streitpunkt ist kürzlich auch noch die Frage gewesen, ob die Staatsregierung recht getan hat, als sie bei der letzten Auffüllung des Fonds der Ansiedlungskommission im Frühjahr 1902 einen besonderen Fonds von 100 Millionen für den Ankauf von Domänen und größeren Gütern bereitstellen ließ. Es ist Widerspruch dagegen erhoben worden, daß die Regierung hiernach auch etwas für die Erhaltung und Befestigung des Großgrundbesitzes im Osten tun will. Dieser Widerspruch ist berechtigt, so weit etwa die Meinung dadurch entstehen könnte, als solle damit direkt etwas für die Germanisierung dieser Provinzen getan werden. So ist die Sache freilich nicht aufzufassen, und der Wert dieser Maßregel für die deutsche Ein-

wanderung ist gleich Null. Dennoch darf aus andern Gründen auch diese Fürsorge nicht fehlen. Wir können den ländlichen Besitzverhältnissen im Osten nicht in dem Sinne Gewalt antun, daß wir womöglich dem Großgrundbesitz gar keinen Raum lassen. Es gibt Güter in der Provinz, die sich durchaus nicht zur Aufteilung und Besiedlung eignen. Was soll mit diesen werden? Soll man sie in polnischer Hand lassen, wo sie vielleicht gerade sehr wirksame Stützpunkte und Herde des Polentums werden? Es ist sehr richtig, daß man hier in keiner Weise schablonisiert, sondern jeden nur irgend möglichen Weg zur Stärkung des Deutschtums und zur Verhinderung der Ausbreitung des Polentums offen hält. Und schließlich können wir nicht gerade die Provinzen, die wir noch inniger mit dem preußischen Staat verschmelzen wollen, ganz aus dem Rahmen der historischen Entwickelung des Staats herausheben. Selbst radikale Politiker werden zugeben können, daß sich in Preußen die Beziehung des Großgrundbesitzes zu Beamtenschaft und Armee, seine politische Stellung im Herrenhause und ähnliches nicht mit einem Schlage wegwischen läßt. Der Radikalismus mag das als fernes Ziel wünschen, ausführen kann er es von heute zu morgen nicht. Wir müssen also auch in den Ostmarken mit den historisch gewordenen Zuständen und Begriffen rechnen. Dann darf man dort aber nicht einen Zustand herbeiführen, in dem schließlich *das Polentum allein das aristokratische Element vertritt*. So gern wir den Osten ganz zu deutschem Bauernland machen möchten, so wollen wir doch die Sache nicht so betreiben, daß die *deutschen* großen Herren allein *den Bauern Platz machen*, während die *polnischen* großen Herren als solche *im Lande sitzen bleiben*. Das geht nicht, so lange der preußische Staat seine jetzige Verfassung und Tradition hat. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, daß auch die polnische Aristokratie im Lande selbst *ein ihr sozial gleichstehendes Gegengewicht* findet. Wir müssen auch Mittel haben, um wirtschaftlich tüchtige Leute in einer ihren sozialen Ansprüchen angemessenen Lage im Lande zu behalten. Die Stellung der Domänenpächter ist dazu vorzugsweise geeignet; es ist also ganz richtig gedacht, daß der Staat seinen Domänenbesitz im Osten zu vermehren trachten muß. In der Provinz Posen ist das um so mehr ins Auge zu fassen, als dort ein verhältnismäßig großer

Bruchteil der größeren Besitzungen in den Händen von Persönlichkeiten ist, die sie nicht selbst bewirtschaften und in der Regel auch nicht einmal bewohnen. Die Beamten dieser Güterkomplexe haben in den seltensten Fällen den politischen Einfluß, dessen sich der Pächter einer Staatsdomäne erfreut, wenn er sich einigermaßen seine Stellung angelegen sein läßt. Da es auch wünschenswert ist, daß ein Teil des zur Besiedlung nicht geeigneten Landes durch Aufforstung nutzbar gemacht wird, so zeigt es sich, daß die Tätigkeit der Ansiedlungskommission nach den verschiedensten Seiten hin vielseitiger und umfangreicher werden muß. Deshalb ist es als ein richtiger Gedanke zu bezeichnen, daß ein besonderer Fonds bereit gestellt wird, der allen diesen Zwecken der Gewinnung des ländlichen Grundes und Bodens für deutsche Kultur dient, soweit sie außerhalb der eigentlichen Ansiedlung von Bauern und Arbeitern liegen. Wir werden so ohne Schablonenarbeit und unnötigen Formalismus dahin gelangen können, daß die deutsche Landbevölkerung über das Polentum Herr wird. Damit ist die wichtigste Arbeit für die ganze Polenpolitik getan.

V. Abschnitt.

Die Sprachenpolitik.

Kapitel 17.

Die polnische Sprache im Verkehr und öffentlichen Leben.

Die Sprachenpolitik ist eine besonders schwierige Seite der Polenpolitik, weil sich hierbei fast für jeden Standpunkt die gewichtigsten Beweisgründe anführen lassen. Es handelt sich da um Maßregeln, deren Wirkungen sehr viel schwerer abzuschätzen sind, als es auf andern Gebieten der Fall zu sein pflegt, um Rücksichten, die einander entgegenstehen und deren Grenzlinie ungemein schwer zu bestimmen ist. Betrachtet man die Frage von einem allgemeinen Standpunkt, so scheint sich die Wagschale zunächst zu Gunsten derjenigen zu senken, die eine möglichst milde Praxis empfehlen. Maßregeln, die darauf abzuzielen scheinen, den Menschen ihre Muttersprache zu rauben, empfinden wir als barbarisch und brutal. Die Muttersprache ist uns allen ein heiliges, unveräußerliches Recht; ein Eingriff in dieses Recht kennzeichnet sich nach unserer Empfindung als ein Frevel, eine Grausamkeit. Und was erreichen wir damit? Kann man annehmen, daß ein Mensch, dem man an Stelle seiner Muttersprache ein fremdes Idiom aufgezwungen hat, nun im Einklang mit der Nation denken und fühlen wird, die ihm diesen Zwang auferlegt hat? Wenn diese Frage so aufgeworfen wird, wird sie wohl ziemlich allgemein verneint werden. Hiernach scheint es, als ob die politische Natur der Sprachenfrage überhaupt überschätzt werde. Selbst wenn wir die Polen zwingen, deutsch zu sprechen, — so betonen immer wieder die Gegner des Sprachenzwanges, — so werden sie dadurch noch keine Deutschen, und wir sind dann in der Polenfrage noch immer genau auf demselben Punkte, auf dem wir vorher waren. Wozu

uns also in Unkosten stürzen und ohne Not einen grimmigen Haß gegen uns entfesseln?

Als Beispiel dafür, daß durch die Sprache allein die Gewinnung eines Volkes niemals bewirkt werden kann, wird mit Vorliebe das Verhältnis der Engländer zu den Iren angeführt. Die Iren haben allerdings ihre eigene Sprache zum größten Teil aufgegeben und bedienen sich der englischen Sprache; trotzdem sind sie grimmige, unversöhnliche Feinde der Engländer und kämpfen heftig und leidenschaftlich für eine autonome Stellung ihres Heimatlandes. Es kann hier natürlich nicht in eine eingehende Prüfung eingetreten werden, wie weit dieser Vergleich möglich und richtig ist. Obwohl die Führer der Iren offen den ausgesprochenen Landesverrat predigen, ist es doch noch einigermaßen zweifelhaft, wie weit eine wirkliche und vollständige politische Losreißung Irlands von England in der englisch sprechenden Volksmasse einen ernsthaften Rückhalt finden würde. Unsere festländischen Beurteiler lassen sich da vielleicht zu schnell von gewissen äußeren Eindrücken bestimmen, die bei dem Aufeinanderplatzen des heißblütigen irischen Naturells und des englischen Phlegmas erweckt werden, wenn wir an die Ereignisse unsern eigenen Maßstab anlegen. Außerdem hat seit der Besitzergreifung Irlands die englische Politik im wesentlichen darin bestanden, die politischen Rechte im Lande möglichst den Engländern zu sichern und die Iren auch durch eine soziale Sonderstellung in der Rolle des unterworfenen Volkes zu erhalten. Seit vielen Jahrhunderten ist zwischen Engländern und Iren eine soziale und wirtschaftliche Kluft aufgetan, die freilich durch die Sprache allein nicht überbrückt werden kann. Die Polen aber stehen in allen diesen Beziehungen zum preußischen Staat ganz anders. Den Polen sind von Anfang an die gleichen Rechte und Pflichten gegeben worden, wie den anderen preußischen Untertanen. Der polnische Adel hat noch heute seinen reichlichen Anteil am einflußreichen Großgrundbesitz; in den Städten konkurriert der polnische Gewerbtreibende frei mit dem Deutschen. Es gibt keine Pachtverhältnisse und Latifundien, wobei etwa der Deutsche als Herr und Eroberer, der Pole als zinspflichtiger Unterworfener erscheinen könnte. Die Polen würden sich auch niemals mit einer Autonomie der von ihrer Nationalität in Anspruch genommenen

Landesteile Preußens begnügen, sondern sie streben aus dem preußischen Staatsverbande hinaus zu einer politischen Vereinigung mit Landesteilen, die jetzt zu Österreich und Rußland gehören. Ihre Nationalitätsbestrebungen haben nicht den geringsten wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund, sondern sind rein politischer Natur. Der Vergleich mit Irland paßt also durchaus nicht. Darum hat die Sprachenfrage bei den Polen auch eine ganz andere Bedeutung. Wir können aus dem Hinweis auf die Iren nur das Eine entnehmen, daß es Verhältnisse geben kann, unter denen die Annahme einer fremden Sprache an der Festhaltung der ursprünglichen Gesinnung nicht das geringste ändert.

Dem stehen nun aber andere Beispiele gegenüber, in denen mit der Ablegung der Sprache auch die Entäußerung vom Nationalgefühl Hand in Hand geht. Die Beispiele für diese Erscheinung entnehmen wir leider am einfachsten — der Geschichte unseres eigenen Volks. Ich gehöre nicht zu denen, die es lieben, die oft gehörte Klage ohne Einschränkung zu wiederholen, daß der Deutsche in der Fremde an sich leichter geneigt ist als andre, seine Nationalität aufzugeben. Ich bestreite diese Behauptung in solcher Allgemeinheit sogar ganz entschieden. Aber das ist ja richtig: gegenüber einer stark ausgeprägten Volksart mit propagandistischen Neigungen bedarf der Deutsche durchaus des Bollwerks seiner Muttersprache. Ist dieses einmal wirklich erschüttert, so stürzt alles andre bald nach. Wir haben es hier mit einer in der Tat merkwürdigen Erscheinung zu tun. Selbst die vollständige Aneignung unsrer Sprache wird die große Mehrzahl der unter uns lebenden Fremden nicht so leicht ihrer ursprünglichen Heimat entfremden trotz mitunter sogar warmer und ehrlicher Begeisterung für deutsches Volkstum. Dasselbe beobachten wir an den Deutschen, die unter Romanen und Skandinaviern leben, weil von der Sitte und Art dieser Völker kein Druck auf die fremden Elemente in ihrer Mitte ausgeht. Dagegen erhalten die Deutschen unter Völkern wie den Magyaren und Polen ihre Nationalität nur so lange, als sie an der deutschen Sprache festhalten. Ohne ihre Sprache sind sie auch der nationalen Intoleranz gegenüber wehrlos.*)

*) Auch den Engländern gegenüber beweist das Deutschtum wenig Widerstandsfähigkeit. Das scheint der hier aufgestellten Ansicht zu wider-

Man mag nun vielleicht diesen Erscheinungen gegenüber wesentlich andrer Meinung sein, aber eins zeigt sich dabei doch sicher, nämlich daß sich die Völker zu den Einwirkungen fremden Nationalgeistes, so weit er ihnen durch die Sprache vermittelt wird, recht verschieden verhalten. Es ist daher nutzlos, die Aufgabe von allgemeinen Gesichtspunkten anzusehen und das Beispiel fremder Völker heranzuziehen. Die Sache liegt eben in jedem Falle anders. Manche Beurteiler machen es sich sehr bequem. Sie behandeln die Frage ganz äußerlich und sagen: Die Deutschen sind ein Volk, die Polen auch, die Russen und die Magyaren gleichfalls. Also verhalten sich die Preußen ebenso zu den Polen wie die Magyaren zu den ungarischen Deutschen und die Russen zu den baltischen Deutschen. Das stimmt aber durchaus nicht und auf diesem Wege kommt man überhaupt nicht weiter. Wir müssen uns vielmehr ganz darauf beschränken, die Lage ins Auge zu fassen, die wir in unsern Ostmarken vorfinden. Wir haben es nicht mit Theorien über die allgemeinen Beziehungen der Völker zu einander, sondern mit Deutschen und Polen zu tun.

Von den Polen können wir überzeugt sein, daß wir sie nicht dadurch zu guten Deutschen machen können, daß wir ihnen die deutsche Sprache aufzwingen. Direkte Germanisierungszwecke lassen sich auf dem Wege des Sprachenzwanges nicht verfolgen. Es muß wenigstens anderes hinzutreten. Erst wenn wir durch wirtschaftliche Mittel dem Deutschtum ein Übergewicht verschafft haben, können wir hoffen, daß Bequemlichkeit und Vorteile ein Wort mitsprechen, um dem freiwilligen Gebrauch der deutschen Sprache bei den Polen wieder ein Tor zu öffnen. Dann kommt vielleicht auch wieder eine Zeit, wo eine jüngere Generation unter den Polen anfängt, sich von der Vorstellung loszumachen, daß es sich um einen feindlichen Gegensatz zwischen den Sprachen handelt. Dann kann vielleicht die folgende Generation auch die nationale

sprechen. Ich rechne allerdings auch die Engländer zu den national intoleranten Völkern in dem hier besprochenen Sinne, obwohl das Leben in England auch dem Fremden soviel Freiheit gewährt, wie nirgends sonst in Europa. Das will besagen, daß die englische Eigenart und Sitte dem Fremden unbewußt so machtvoll und zwingend nahe tritt, daß der Deutsche sich demgegenüber in der nämlichen Lage befindet, wie gegenüber einer starken nationalen Propaganda.

Energie so weit verloren haben, daß sie die polnische Sprache freiwillig aufgibt. Aber das sind alles Entwickelungsmöglichkeiten, die uns vorläufig noch viel zu fern liegen. Wir bereiten uns jetzt nur Enttäuschungen und Niederlagen, wenn wir unsre Politik auf Hoffnungen solcher Art zuspitzen. Ergreifen wir die richtigen Maßregeln, so wird uns zu rechter Zeit schon einmal die reife Frucht zufallen. Jetzt aber kann von Erfolgen dieser Art noch lange nicht die Rede sein, und darum tun wir besser davon auszugehen, daß die Polen *nicht* zu germanisieren sind.

Daß aber die Deutschen zu polonisieren sind, dafür haben wir beständig die handgreiflichen Beweise vor Augen. So lange das möglich ist, gibt es für den Erfolg unsrer ganzen sonstigen Arbeit zur Abwehr der polnischen Gefahr keine Gewähr. Die Polen sind in der Lage, aus unzähligen Deutschen Polen zu machen, indem sie sie veranlassen, die polnische Sprache anzunehmen, und sie dann in das polnische Lager hinüberlocken. Wie sie das machen und aus welchen Ursachen und Verhältnissen die betrübliche Erscheinung hervorgeht, daß das Polentum eine propagandistische Kraft hat, die dem Deutschtum abgeht, das braucht hier nicht wiederholt zu werden, da es früher auseinandergesetzt ist. Die Einwirkung mit Hilfe der Sprache gibt den Polen die Möglichkeit, gerade die Maßregeln, in denen wir die sichersten Voraussetzungen unseres Erfolges erblicken — durch unsre wirtschaftliche und numerische Überlegenheit —, auf die einfachste Art zu parieren und ihre Wirksamkeit aufzuheben, indem sie die Träger des Deutschtums selbst durch ein geistiges Band zu sich herüberziehen.

Mit dieser Betrachtung gewinnen wir den Schlüssel zur Beantwortung der Frage, weshalb und in welchem Sinne wir Sprachenpolitik treiben müssen, und welche Stelle diese Politik in dem System einer wirksamen Polenpolitik einnehmen muß. Nicht zur Verdeutschung des Polentums dient sie, sondern *zum Schutz des Deutschtums*. Sie muß ganz und gar *Abwehrpolitik* sein. Es ist der Schild, den wir vorhalten, während wir mit dem Schwert der Ansiedlungspolitik uns holen, was uns gehört.

Aber auch in dieser bloßen Schutzpolitik, die die Sprachenpolitik immer nur sein kann, bedürfen wir der sichern Energie und der Fähigkeit zum Angriff. Indem wir uns auf der einen Seite

bescheiden und es vermeiden, brutale Gewalt an die Erreichung eine Ziels zu setzen, das auf diesem Wege nicht zu erreichen ist, müssen wir doch andererseits die Sentimentalität abschütteln, die uns Deutschen in der Behandlung dieser Fragen eigen ist. Es ist nun einmal nichts an der Tatsache zu ändern, daß Deutschtum und Polentum einen auf gegenseitige Verdrängung gerichteten Kampf gegeneinander führen müssen. Ganz ohne schädliche Nebenwirkungen kann es dabei nicht abgehen. Um der Form des Kampfes willen können wir das Ziel des Kampfes nicht aufgeben. Während die Ansiedlung sich auf Grund eines regelrechten Kaufgeschäftes vollzieht, also gerade unsre Hauptangriffswaffe gegen das Polentum durchaus friedlichen Charakter trägt, können wir auf sprachlichem Gebiet die Verteidigung nicht ohne gewisse Wirkungen führen, die ihr einen offensiven Charakter geben. Dadurch allein dürfen wir uns aber nicht zurückschrecken lassen. Jedes Ringen um Güter hohen Wertes legt auch dem Sieger Opfer auf; manches Gute scheint dabei zu Grunde zu gehen, manches Schlechte in den Vordergrund zu kommen. Die Früchte des guten und ehrlichen Kampfes stellen dann aber doch zuletzt das Gleichgewicht wieder her. Die Bereitwilligkeit, auch Verluste auf sich zu nehmen, ist eine der Voraussetzungen des Sieges. Erklärt man schon den möglichen Verlust als ein Hindernis für den Kampf, so bedeutet das zugleich einen Verzicht auf den Sieg, aber nicht einen notwendigen Verzicht, sondern einen solchen, der von der Bangshaftigkeit diktiert ist. Das gilt nicht nur im Kriege von dem physischen Kampf, sondern auch im Frieden von dem Ringen auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet. Auch hier kann nur der siegen, der etwas einsetzt und dransetzt und seine Kräfte mit Umsicht gebraucht, selbst auf die Gefahr hin, etwas einzubüßen. Die Polen haben im Nationalitätenkampf ohnehin das voraus, daß sie als eine ihrer Selbständigkeit beraubte Nation nach der ganzen Lage der Dinge mehr gewinnen als verlieren können. Wir haben also einen Grund mehr, nicht ausschließlich auf diejenigen zu hören, die uns von der notwendigsten Pflichterfüllung zurückhalten wollen mit der Warnung, es könnte uns hier und da etwas schaden.

Wenn wir uns auf der einen Seite durch sentimentale und zaghafte Erwägungen nicht irre machen lassen wollen, so können

wir auch auf der andren Seite durch den Vergleich des Nationalitätenkampfes mit einem Kriege auf etwas anderes hingewiesen werden. Ebensowenig wie man im Kriege den Gegner nur durch Manövrieren schlagen und jedes Blutvergießen vermeiden kann, so wenig tut es auch zweckloses „Bataillieren" allein. Der geschickte Führer wird dafür sorgen, daß verlustreiche Schläge nur da geführt werden, wo sie auch wirklich einen Erfolg bringen. Man muß zugeben, daß auch in der Polenpolitik mitunter zwecklos „batailliert" wird. Manche wackere Landsleute lassen sich eben durch an sich berechtigten Eifer auf falsche Wege locken, die auf diesem heiklen Gebiet zu einem ganz entgegengesetzten Ziele führen. Nirgends aber muß das warme deutsche Herz sich so sehr von einem kühlen Kopf führen lassen, wie auf dem Gebiete der Sprachenpolitik.

Nach welcher Richtung nun ein Schutz der deutschen Sprache gegen die Angriffe des Polentums nötig ist, das ergibt sich aus folgenden Betrachtungen. Die Polen suchen überall die Deutschen, die mit ihnen in Berührung kommen, zum Polnischsprechen zu veranlassen; sie tun das, um damit die Vorstellung zu erwecken und zu begründen, daß das Polnische in diesen Provinzen ebenso als *Landessprache* anzusehen sei, wie die deutsche Sprache. Ist erst einmal diese Vorstellung zur Geltung gekommen, so ist nur noch ein kleiner Schritt zu der ferneren, daß ein numerisches Übergewicht der polnischen Bevölkerung an einem Orte auch ein Recht begründe, der polnischen Sprache ein entsprechendes Übergewicht über die deutsche Sprache einzuräumen. Da die Polen, wo sie einmal ihre Sprache gegenüber der deutschen zur Geltung bringen, zugleich mit großer Energie die Anschauung vertreten, daß das Recht ihrer Sprache auch sonst das ältere und bessere sei, so ist der erste Erfolg in dieser Richtung immer zugleich der Anfang einer vollständigen *Alleinherrschaft des Polnischen*. Diese Handhabe dürfen wir also den Polen nicht lassen. Wir wollen sie nicht hindern, unter sich ihre Sprache zu pflegen, aber es darf niemals die Vorstellung aufkommen, als ob von einer zweiten gleichberechtigten Landessprache neben der deutschen die Rede sein könne.

Die Deutschen im Lande dürfen nicht in die Lage gebracht werden, daß die Polen mit irgend einem Recht die Kenntnis des

Polnischen von ihnen verlangen können, falls die Deutschen nicht freiwillig sich des Polnischen bedienen. Allerdings folgt daraus weiter für den Staat die Verpflichtung, seinen polnischen Untertanen die Landessprache — das ist eben nur die deutsche — soweit zu vermitteln, als es in den Grenzen des öffentlichen Unterrichtswesens möglich ist. Dann ergibt sich aus der ganzen Sachlage naturgemäß die letzte Folge, daß der Staat das Prinzip der einzigen Landessprache auch streng mit allen Konsequenzen festhält und das Polnische wirklich ganz und gar dem Privatgebrauch und allen den Beziehungen überläßt, in denen der Staat und die Öffentlichkeit kein Recht und kein Interesse hat, ein Wort mitzusprechen. Es ist kein Eingriff in das wirkliche Recht der Muttersprache, wenn ein deutscher Staat für alle gemeinsamen Angelegenheiten seiner Staatsbürger und ihre öffentlichen Interessen den Gebrauch einer gesetzlichen Landessprache verlangt, die für ihn selbstverständlich nur die deutsche sein kann. Da der Staat die deutsche Sprache in allen seinen Schulen lehren läßt, so hat er das volle Recht, im Verkehr mit Behörden und öffentlichen Einrichtungen den ausschließlichen Gebrauch dieser Sprache zu verlangen, und braucht keine Rücksicht darauf zu nehmen, wenn ihre Unkenntnis entsprechende Nachteile im Gefolge hat. Wie weit er von diesem Rechte im einzelnen Gebrauch macht oder hier und da Entgegenkommen walten läßt, ist eine Frage für sich. Man würde ja unter andern Verhältnissen ein weitgehendes Entgegenkommen befürworten können; hier aber haben wir zu bedenken, daß die Polen die erwähnte Rücksichtnahme selbst dadurch verwirkt haben, daß sie ihr Recht auf die Muttersprache in staatsfeindlichem Sinne mißbrauchen. Darum müssen wir im Sinne des Schutzes unsrer deutschen Muttersprache uns hüten, in diesem Sinne zu weich zu sein. Das Recht der alleinigen deutschen Landessprache muß so streng als möglich festgehalten werden.

Fassen wir noch einmal die bisher entwickelten Hauptgrundsätze der Sprachenpolitik zusammen, so ergeben sich die drei folgenden Leitsätze:

1. Kein im Lande wohnender Deutscher soll sich irgendwie gezwungen sehen, Polnisch zu lernen, wenn er es nicht aus irgend einem Grunde selbst für gut hält.

2. Für den Unterricht der Polen in der deutschen Sprache

muß so weit gesorgt sein, daß den Staat für Nachteile, die einem Polen aus der Unkenntnis der deutschen Sprache erwachsen, keine Verantwortung trifft.

3. Der Staat muß die Stellung der deutschen Sprache als alleiniger Landessprache für den Gebrauch aller Behörden und den öffentlichen Verkehr auf das entschiedenste wahren und muß jede Verantwortung für Rechtsnachteile, die den fremdsprachigen Staatsangehörigen daraus entstehen, grundsätzlich ablehnen.

Gegen die Forderung, daß die deutsche Sprache alleinige Landessprache sein soll, ist nun von Leuten, die die Verhältnisse nur von Hörensagen kennen und Wesen und Art der polnischen Propaganda ganz unrichtig einschätzen, ein wunderlicher Einwand erhoben worden. Er drückt sich in folgendem Gedankengang aus: „Es liegt gar nicht in unserm Interesse, daß die Polen Deutsch lernen; im Gegenteil sollten alle Deutschen Polnisch lernen. So wie die Dinge jetzt liegen, genießen die Polen den Vorteil der Zweisprachigkeit; sie beherrschen zwei Sprachen, während die Deutschen nur *eine* verstehen, und das bedeutet einen großen Vorteil im wirtschaftlichen Wettbewerb."

Die Theorie von dem *Vorteil der Zweisprachigkeit* hat sich auch Herr Professor Delbrück zu eigen gemacht, — oder hat er sie sogar erfunden? Wie steht es jedenfalls damit? Zunächst muß es auffallen, daß hier den verschiedenen Sprachen eine Bewertung zu teil wird, deren *Subjektivität* unter Umständen bei Untersuchungen philosophischer oder literarischer Natur am Platze sein mag, die aber bei der praktischen Beurteilung wirtschaftlicher Chancen ganz unbegreiflich erscheint. Hier kann doch allein eine *objektive* Beurteilungsweise in Betracht kommen. Von gewissen subjektiven Gesichtspunkten aus ist allerdings der Wert der Muttersprache für jeden Menschen derselbe, mag es sich um Deutsch, Französisch, Chinesisch oder Botokudisch handeln. Aber darum ist doch Sprache und Sprache noch lange nicht in jedem Fall dasselbe. Daß die deutsche Sprache von mehr als 60 Millionen Menschen als Muttersprache gesprochen wird, daß sie die Verkehrssprache eines mächtigen Staats ist, daß in ihr die bedeutendsten, bahnbrechenden Leistungen auf wissenschaftlichem Gebiet niedergelegt sind, daß sie in Bezug auf Bedeutung und Vielseitigkeit ihrer Literatur unter den Sprachen der Erde obenansteht, daß

sie mehr und mehr von den Gebildeten aller möglichen fremden Völker um ihres Kulturwerts willen erlernt wird, — das alles weist ihr doch auch in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung einen ganz anderen Rang an, als der von etwa 16 Millionen gesprochenen polnischen Sprache, deren Wert wir an andrer Stelle wohl gewürdigt haben, die aber in der Wissenschaft so gut wie nichts bedeutet und außerdem als Sprache eines Volks ohne politische Selbständigkeit außerhalb ihres Bereichs keine Geltung hat. Ihr Gebiet ist engbegrenzt und gehört nicht zu denen, die in volkswirtschaftlicher und kultureller Beziehung eine führende Rolle spielen. Kann man mit dieser Art von Zweisprachigkeit wirklich soviel anfangen? Ihr Vorteil reicht gerade so weit, als die herrschenden Nationen der polnischen Sprache auf ihrem Boden Geltung gestatten. Wenn man nun die Gewährung dieser Geltung gerade damit motiviert, daß man die Vorteile der polnischen Sprachkenntnis im geschäftlichen Wettbewerb hervorhebt, so ist das ein circulus vitiosus der schönsten Art.

Noch notwendiger aber wird es sein, die schöne Theorie von der Zweisprachigkeit der Polen und der Einsprachigkeit der Deutschen auf ihren tatsächlichen Hintergund zu prüfen. Es gibt natürlich in der Provinz Posen eine Menge Deutsche, für die die Kenntnis der polnischen Sprache nützlich und wünschenswert ist, sei es, daß sie als Vorgesetzte und Arbeitgeber es aus eigenem Ermessen heraus für gut halten, ihre Untergebenen und Arbeiter auch dann zu verstehen, wenn sie sich ihres heimischen Idioms bedienen, oder sei es, daß sie als Geschäftsleute Verbindungen mit polnischen Kreisen, auch außerhalb der deutschen Grenzen, haben, oder daß sie sonst in ihrer Stellung das Bedürfnis oder den Beruf fühlen, der polnischen Bevölkerung menschlich näher zu treten, oder endlich daß sie aus irgend einem wissenschaftlichen Interesse die polnische Sprache zu erlernen wünschen. Man wird nun in Wahrheit in der Provinz Posen kaum einen unter diese und ähnliche Kategorien zu rechnenden Deutschen finden, der *nicht* Polnisch versteht. Wo die Kenntnis des Polnischen aus vernünftigen Gründen notwendig und berechtigt ist, da besteht sie auch und wird auch weiter bestehen. Herr Professor Delbrück aber erklärt alle Deutschen, denen nicht *auf der Schule* oder von Staatswegen Polnisch beigebracht ist, schlankweg für *einsprachig*.

Tatsächlich beschränkt sich die angebliche Einsprachigkeit der Deutschen in der Ostmark auf diejenigen Persönlichkeiten, die es in der Tat nicht nötig haben, in deutschen Landen eine Fremdsprache zu gebrauchen, oder die ihren Gebrauch grundsätzlich vermeiden. Weshalb aber diese Leute nicht gegen die an sie herantretenden unbegründeten Zumutungen, das Polnische als vollberechtigte zweite Landessprache anzuerkennen, geschützt werden sollen — und weiter verlangen wir doch nichts —, das ist unverständlich, und es kann auch nicht durch die ausgeklügelten Theorien von den Vorteilen der Zweisprachigkeit, die auf diese Fälle gar nicht zutreffen, verständlich gemacht werden. So weit die Einsprachigkeit hier mit wirtschaftlichen Nachteilen wirklich behaftet ist, besteht sie auf deutscher Seite nur in der Phantasie. Im Orient z. B. beherrschen zahlreiche Deutsche, und zwar jedenfalls alle die, die es nötig haben, die arabische und türkische Sprache, sowie in China die chinesische, obwohl auf unseren Schulen weder Arabisch, noch Türkisch, noch Chinesisch gelehrt wird. Ich glaube, daß man unsern Landsleuten ruhig überlassen kann, sich für jeden einzelnen Fall die Sprachkenntnisse anzueignen, die sie zu ihren besonderen Zwecken für ersprießlich halten. Dann werden viele von ihnen auch Polnisch lernen, wie sie es bisher schon getan haben, aber das geht den Staat nichts an. Für diesen gibt es nur die Landessprache, und außerdem in den höheren Schulen diejenigen Fremdsprachen, die von berufener Seite als geeignete Bildungsmittel anerkannt werden; zu diesen gehört die polnische Sprache in keinem Falle. Die Kenntnis einer Fremdsprache nur darum amtlich zu fördern, weil ein kleiner Bruchteil daraus geschäftliche Vorteile auf engbegrenztem Gebiet ziehen kann, hat der Staat gar keine Veranlassung. Was schon in jedem andern Falle ein Fehler sein würde, wird hier in Bezug auf die polnische Sprache zum Verbrechen, weil der Staat damit einer gefährlichen Propaganda selbst die Tür öffnen würde.

Ein Umstand aber spricht besonders stark gegen die Befürworter der Zweisprachigkeit. Wie nämlich die ganze Theorie von einer Unkenntnis der Verhältnisse ausgeht, so stellen sie auch die mit dem Charakter der Polen in Widerspruch stehende Behauptung auf, die Polen würden bei freundlicher und entgegenkommender Behandlung von selbst Deutsch lernen. Das trifft in Wirklichkeit

ganz und gar nicht zu. Die Polen haben niemals die deutsche Sprache so leidenschaftlich abgelehnt und ihre Kenntnis so schroff verleugnet, wie in den Perioden der sogenannten „Versöhnungspolitik". Wir räumen, — so sagen unsre Kritiker — den Polen einen Vorteil ein, wenn wir sie veranlassen, neben ihrer polnischen Muttersprache auch noch Deutsch zu lernen. Nun gut! aber wie kommt es denn, daß die Polen selbst von diesem Vorteil gar nichts wissen wollen, daß sie ihm nicht nur freiwillig entsagen, sondern auch mit Leidenschaft dagegen ankämpfen? Wenn die Zweisprachigkeit wirklich ein Vorteil ist, der ins Gewicht fällt, so müssen die Gründe der Polen, gegen diesen Vorteil anzukämpfen, doch wohl noch stärker ins Gewicht fallen. Und allerdings bietet sich ihnen ein Vorteil von erheblich größerem Wert, wenn sie sich gegen die deutsche Sprache wehren. Ihnen muß ja doch daran gelegen sein, nicht sowohl die wirtschaftliche Existenz der einzelnen Volksgenossen vorteilhaft zu gestalten, als vielmehr den deutlichen Beweis vor der Welt zu führen, daß es trotz des Richterspruchs der Geschichte noch immer ein polnisches Land gibt, das von der geschlossenen und selbstbewußten polnischen Nation bewohnt wird. Darum wollen sie die Fremden, die mit ihnen zusammenwohnen, zum Polnischsprechen und dadurch zur Anerkennung der polnischen Nationalität als der im Lande herrschenden zwingen, auch wenn sie dadurch der geringen Vorteile verlustig gehen, die ihnen die Zweisprachigkeit im wirtschaftlichen Wettbewerb trotz des geringen Verkehrswerts der polnischen Sprache vielleicht bringen könnte. Sie sind ja ohnehin im geschäftlichen Verkehr darauf geschult, sich lieber benachteiligen zu lassen, als einen Nichtpolen zu unterstützen, wo ihnen nur irgend die Wahl bleibt. Wollen wir Deutschen daraus gar nichts lernen? Wollen wir durch einen angeblichen, noch dazu sehr zweifelhaften wirtschaftlichen Vorteil beschönigen, daß wir in Wahrheit vor der größeren Entsagungsfähigkeit und Prinzipientreue eines gefährlichen Gegners die Segel streichen? Es wäre doch wohl richtiger uns zu sagen, daß wir den Polen viel mehr Schaden tun und ihre Zirkel stören, wenn wir uns unter keiner Bedingung zum Verkehr in polnischer Sprache zwingen lassen, als wenn wir in einem Wettkampf um den Vorteil der Zweisprachigkeit eintreten. Und wer trägt denn schließlich die Verantwortung dafür, wenn wirklich aus solchen Gründen den Polen ein Vorteil ein-

geräumt wird? Doch nur die deutschen Arbeitgeber! Denn national geschädigt sind wir doch nur in dem Fall, daß ein Deutscher um seiner polnischen Kundschaft willen polnischen Hilfskräften wegen ihrer Sprachkenntnis vor deutschen den Vorzug gibt. Nur in diesem Falle erscheint die Kenntnis der polnischen Sprache, losgelöst von allen sonstigen Motiven, als reines Hilfsmittel der Konkurrenz. Warum aber tun deutsche Arbeitgeber dergleichen? Also nicht die Zweisprachigkeit, sondern wiederum nur deutsche Schlaffheit, Nachgiebigkeit und Krämergesinnung ist der wahre Bundesgenosse der Polen!

Die Reihe der Bedenken gegen das entschiedene Prinzip der Festhaltung der einen deutschen Landessprache ist mit der Zweisprachigkeitstheorie nicht erschöpft. Besorgten Gemütern erscheint selbst dieses bescheidene Maß von einem Druck, der auf die Polen in der Sprachenfrage ausgeübt werden soll, zu viel. Sie versenken sich liebevoll in eine Stimmung der Überempfindlichkeit in Bezug auf die Rechte der polnischen Sprache, die, wenn auch nicht Staats- und Landessprache, doch immerhin die Muttersprache eines Teils unsrer Mitbürger ist. Tatsächlich wird, so meinen sie, der Zwang, deutsch zu lernen, auch dann, wenn keine Unterdrückung der polnischen Sprache damit verbunden ist, den Haß gegen die deutsche Sprache und das Deutschtum zur verzehrenden Flamme entfachen, und daraus muß uns zuletzt doch mehr Schaden als Vorteil erwachsen. Einwände dieser Art sind gleichfalls aus einer allgemeinen theoretischen Erwägung geschöpft. Die praktische Erfahrung steht dem entgegen. Auch widmet der Pole in jedem Falle uns Deutschen einen grimmigen Haß, der durch Wohltaten und Nachgiebigkeit nicht zu mildern ist. Müssen wir einmal einen solchen Haß tragen, so können wir unsern Weg nicht nach einem Mehr oder Weniger der polnischen Empfindungen einrichten, sondern haben das zu tun, was unserm Volkstum am wenigsten Schaden bringt. Es kann auf das verwiesen werden, was früher über den polnischen Nationalcharakter gesagt worden ist. Selbstverständlich würde eine Kette wirklicher Ungerechtigkeiten und Übergriffe von deutscher Seite in der polnischen Bevölkerung noch ein besonderes Maß berechtigter Erbitterung hervorrufen; darin sind die Polen natürlich wie andere Menschen auch. Aber solche Mißbräuche würden von keiner Seite schärfer getadelt werden, als von deutscher Seite. Wir wollen weiter gar

nichts, als daß die Erfordernisse der Staatsraison mit zäher Beharrlichkeit und einem ruhigen, festen und überlegenen Willen durchgeführt werden. Unrecht geschieht damit niemand, und wir wissen eben, daß das slavische Temperament gegen diese ruhige, streng gerechte Willensstärke gar keine Widerstandsfähigkeit besitzt. Nichts könnte verkehrter sein, als die rührseligen Klagen der Polen über ihr Geschick für wirkliche Beweise deutscher Härte zu halten. Wir sind, selbst wenn wir härter werden, als wir es jetzt sind, immer noch erheblich milder, als andre Kulturvölker gegen nationale Minderheiten zu sein pflegen.

Schon aus Andeutungen, die hier und da gemacht worden sind, geht hervor, daß auch in den Beziehungen des privaten Erwerbslebens unsere deutsche Geschäftswelt viel mehr Rückgrat dem Polentum gegenüber zeigen müßte. Sie ist mit dem Inserieren und Korrespondieren in polnischer Sprache innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs sehr schnell, viel zu schnell bei der Hand. Es ist recht anerkennenswert, daß der Ostmarkenverein regelmäßig die Namen solcher Firmen veröffentlicht, die sich solcher Schwäche schuldig machen. Mit der Zeit wird das deutsche Publikum sich daran gewöhnen, auf solche Umstände zu achten und für diese Vertreter der Geschäftswelt daraus seine Konsequenzen zu ziehen. Wir sind tatsächlich die Stärkeren, wenn wir es sein wollen, und deshalb wäre darauf hinzuwirken, daß die Probe immer häufiger gemacht wird. Es wäre freilich falsch, nach einer Schablone zu verfahren oder gar die Meinung aufkommen zu lassen, als sei das Polnische um seiner selbst willen zu ächten. Nur soll die Bedeutung einer beharrlichen Tätigkeit und die Erweckung des Nachdenkens im Sinne größeren Selbstbewußtseins, Wagemuts und Rückgrats auch in der sprachlichen Seite des Geschäftsverkehrs hier hervorgehoben werden.

Man darf aber nicht den Geschäftsleuten *allein* die Schuld geben. Sie bedürfen der Unterstützung ihrer Kunden. Angesichts des Boykotts, den die Polen über die deutschen Geschäftsleute verhängen, sind die Deutschen viel zu lau in dem Grundsatz, *nur deutschen Geschäftsleuten ihre Kundschaft zuzuwenden*. Gewiß ist das ja mitunter mit Schwierigkeiten und Opfern verbunden, aber das Beispiel der Polen selbst zeigt, daß es trotzdem möglich ist. Dann wird auch für die deutschen

Ladeninhaber die Verlockung fortfallen, ihren Firmenschildern und öffentlichen Ankündigungen polnische Übersetzungen beizufügen. Durch polizeiliche Vorschriften muß dafür gesorgt werden, daß *öffentliche Ankündigungen jeder Art in deutscher Sprache* erfolgen. Will jemand die polnische Übersetzung hinzufügen, so mag er das tun, aber so, daß die Deutlichkeit der deutschen Ankündigung nicht dadurch beeinträchtigt wird und diese jedenfalls an erster Stelle bleibt. Alle Ankündigungen öffentlicher Behörden, öffentliche Inschriften, Straßennamen und dergleichen sind *nur* in deutscher Sprache zu gestatten.

Wenn so den Deutschen ihr Recht gewahrt und der Charakter des Deutschen als einziger Landessprache streng gewahrt wird, so ist doch darüber hinaus den polnischen Demonstrationen gegenüber möglichste Ruhe und Kälte zu bewahren. Wenn es sich nicht um strafbare Handlungen handelt, die nach den Landesgesetzen *notwendig* geahndet werden *müssen*, so soll man sie ruhig gewähren lassen. Wo es möglich ist, soll der Staatsanwalt zu Hause bleiben, *nicht* aber der *Berichterstatter der Presse und der Vertrauensmann des Ostmarkenvereins*! Vor einigen Jahren vertrieben polnische Geschäfte in der Provinz Schmuckstücke mit der Inschrift: „Boże zbaw Polskę“ (Gott errette Polen!). Gewiß war das eine revolutionäre Demonstration, und so dachte auch die Staatsanwaltschaft, als sie in mehreren Fällen dieser Art einschritt, nachdem auch die Polizei die öffentliche Auslegung solcher Schmuckstücke in den Läden verboten hatte. Aber es fehlte eine ausreichende Unterlage, um die Strafbarkeit dieser Demonstration zu begründen, und so half man sich mit dem berüchtigten „groben Unfugparagraphen“! Gegen eine solche Handhabung des Gesetzes erhob sich auch von deutschnationaler Seite berechtigter Widerspruch, und die Verhandlung hinterließ bei Deutschen von gesundem Rechtsgefühl einen peinlichen Eindruck. Um wieviel wirksamer ist es, wenn in Fällen dieser Art der Strafrichter aus dem Spiel bleibt und anstatt dessen das Notizbuch eines verständigen Deutschen dafür sorgt, daß der Fall als Beweisstück für die Ehrlichkeit, Harmlosigkeit und Staatstreue unserer polnischen Mitbürger an geeigneter Stelle gebucht wird! Es ist viel wichtiger, daß die Vertrauensseligkeit und Unkenntnis unserer deutschen Landsleute in der Polenfrage immer

wieder erschüttert wird, als daß ein Pole wegen einer Sache bestraft wird, in der nach deutschen Rechtsbegriffen keine klare Notwendigkeit einer Bestrafung vorliegt. Klare, strenge Vorschriften, die den polnischen Ansprüchen eine bestimmte Schranke setzen, aber darüber hinaus keine Verfolgungssucht, die als Kleinlichkeit und Gehässigkeit gedeutet werden kann!

In einer Beziehung erledigt sich die Frage des Sprachenrechts sehr einfach, da ein wirklicher Verkehr zwischen Deutschen und polnischen Kreisen nicht besteht. Wenn, was doch zu hoffen ist, die Tätigkeit des Ostmarkenvereins immer mehr richtiges Verständnis findet, so wird es weder nötig noch nützlich sein, Schablonen aufzustellen, nach denen das Verhalten der Deutschen und Polen bei ihren verschiedenen privaten Berührungen zu regeln ist; es ist das dem Takt des einzelnen zu überlassen. Es gibt aber doch Gebiete, auf denen es auch für die Organe des öffentlichen Lebens nicht leicht ist, immer das Richtige in der Behandlung der Sprachenfrage zu finden. Zunächst ist es eine schwierige Streitfrage, wie es mit der *Sprache vor Gericht* zu handhaben ist. Ginge es dabei von seiten der Polen immer ehrlich zu, so könnte man wohl denen recht geben, die der Meinung sind, bei der Entscheidung der Rechtsfragen müsse man jedem gestatten, seine Sache in der Muttersprache zu führen. Namentlich wo es sich um eidliche Aussagen handle, müsse man darauf Rücksicht nehmen, daß die Ermittelung der Wahrheit darunter leide, wenn man den Zeugen zwinge, seine Aussagen in einer ihm nicht ganz sicher geläufigen Sprache zu machen. Es sei menschlich wohl verständlich, wenn Zeugen in dieser Zwangslage die Kenntnis der deutschen Sprache ganz verleugneten, um nicht unter dem Eide etwas sagen zu müssen, für dessen Bedeutung und richtige, jedes Mißverständnis ausschließende Ausdrucksweise sie nicht glauben einstehen zu können. Das klingt sehr einleuchtend, aber es trägt nicht der Tatsache Rechnung, daß *die Unkenntnis des Deutschen in den meisten Fällen nur erheuchelt wird*, um die Verhandlung in polnischer Sprache zu erzwingen. Wir müssen aber aus Prinzip alles tun, um das Recht der deutschen Sprache als der eigentlichen Gerichtssprache festzuhalten. Das ist allerdings nur möglich, wenn wir unseres Richterstandes sicher sind. Das ist eine besondere Frage, die — als in das

Kapitel von der Auswahl der staatlichen Organe in den Ostmarken gehörig — hier als abgetan gelten kann. Man wird von dem Gerechtigkeitssinn und dem Verständnis dieses Richterpersonals erwarten können, daß sie die Fälle, in denen unverschuldete Unkenntnis der Sprache und natürliche Unbehilflichkeit in dieser Beziehung die Stellung eines Zeugen oder einer Partei vor Gericht erschweren, einigermaßen zu erkennen und zu unterscheiden wissen.

Man muß aber bedenken, daß solche Fälle außerordentlich selten sind. Sehr charakteristisch ist die Erzählung eines aus dem Rheinland stammenden katholischen Oberlehrers, der einmal in der „Kölnischen Zeitung" Erinnerungen an die Zeit mitteilte, in der er an einem katholischen Gymnasium der Provinz Posen tätig war. Er berichtet von seinen Unterhaltungen mit einem polnischen Kollegen, einem Dr. v. K., der ihm die Versicherung gab, daß fast alle Polen des Deutschen mächtig seien. Nun hatte aber der Erzähler bereits die Erfahrung gemacht, daß die Dienstboten seiner polnischen Kollegen und ebenso viele Zeugen bei einer Reihe von Verhandlungen des Geschworenengerichtes zu erkennen gegeben hätten, daß sie nicht Deutsch verständen. Als er dies dem Dr. v. K. entgegenhielt, erwiderte letzterer: „Lassen Sie sich keinen Sand in die Augen streuen, Herr Kollege! Ich kann ja natürlich nicht für jeden Fall gut sagen, doch bei meiner Kenntnis von Land und Leuten, die ich wohl eine sehr gute nennen darf, gibt es in der Provinz Posen äußerst wenige Männer sowohl wie Frauen, die das Deutsche nicht völlig verstehen und es nicht ausreichend sprechen." Der Erzähler fragte noch andere polnische Gewährsmänner nach derselben Sache; sie bestätigten ihm das Gleiche wie Dr. v. K. Er fand die polnischen Herren einig in der Begründung der Erscheinung, daß so viele Polen und namentlich Polinnen jede Kenntnis des Deutschen ableugneten. „Dahinter stecken," so erklärte einer von den Herren, „die Geistlichen, die in erster Reihe die Weiber beherrschen. Nicht nur arme Dienstmädchen behaupten auf höheren Befehl wahrheitswidrig, kein Deutsch zu verstehen, sondern auch Damen der gebildetsten Stände, die ihren Schiller und Goethe im Original gelesen haben, machen es unter Umständen gerade so!" Diese Mitteilungen stammen aus den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, aber sie können heute noch als richtig gelten. Nur

wird heutzutage ein Deutscher selten noch so viel Offenheit bei Polen finden, wie dieser deutsche Gymnasiallehrer damals bei seinen polnischen Kollegen.

Vielleicht ist auch jetzt infolge der Anstrengungen der Geistlichkeit der Prozentsatz der Polen, die wirklich kein Deutsch können, um ein Geringes gestiegen, aber darauf können wir doch unmöglich Rücksicht nehmen, wenn wir uns überzeugt haben, daß die Forderung an alle Polen in der Provinz Posen, sich die nötige Kenntnis des Deutschen anzueignen, bereits früher nahezu erfüllt gewesen ist, daß sie nichts Unmögliches verlangt, sondern daß nur böser Wille und Unwahrhaftigkeit den Schein ihrer Wirkungslosigkeit vorgetäuscht hat. Unsere nationale Würde und unser Staatsinteresse verlangen daher, daß wir in diesem Punkt keine unnötige Weichheit walten lassen. Die Erfahrung lehrt noch heute, daß die nötige Sprachkenntnis überall da ist, wo sie mit Entschiedenheit verlangt wird und wo aus ihrer Verleugnung Nachteile drohen. Die Zahl der Beispiele, in denen vor Gericht ein Zeuge zuerst behauptete kein Deutsch zu verstehen und zuletzt durch irgend einen Umstand veranlaßt, plötzlich fließend deutsch sprach, ist Legion. Darum muß vor Gericht der Gebrauch der deutschen Sprache mit Entschiedenheit verlangt werden. Dolmetscher dürfen nur in Ausnahmefällen auf eigene Kosten dessen, der einen solchen Beistand verlangt, gestellt werden, und diese Kosten dürfen nur nach der eingehendsten Prüfung in den wenigen Fällen, wo jeder böse Wille ausgeschlossen erscheint, erlassen werden. Die Härten, die vielleicht bei diesem Verfahren jetzt noch möglich erscheinen, werden sehr bald ganz verschwinden, wenn erst jeder Pole weiß, daß ihm vor Gericht Nachteile drohen, wenn er nicht deutsch spricht. Man kann überzeugt sein, daß dann sehr bald jeder Pole deutsch sprechen wird.

Im Postverkehr haben bekanntlich die Polen die Befriedigung ihrer Ansprüche dadurch zu erzwingen versucht, daß auf eine Anregung ihrer nationalen Presse hin die Postsendungen in plötzlich auffallend zunehmender Zahl polnisch adressiert wurden. Leider unterblieb die einzige Antwort der Reichspostverwaltung, die auf diese Herausforderung angemessen gewesen wäre. Statt eines Verbots der fremdsprachligen Adressen im Inlandsverkehr glaubte die Behörde den kecken Angriff der Polen dadurch

abwehren zu können, daß sie die so adressierten Sendungen an die bei den Oberpostdirektionen eingerichteten Übersetzungsbureaux sandte. Sie glaubte in der dadurch entstehenden Verzögerung der Bestellung ein Mittel gefunden zu haben, um die Absender solcher Postsachen durch einen Nachteil für die frivole Absicht zu strafen, ohne daß die Postverwaltung genötigt war, in der Nationalitätenfrage irgendwie Stellung zu nehmen.

Die Schwäche dieses Standpunkts liegt auf der Hand. Betrachtete sich die Postverwaltung als eine den allgemeinen Staatsinteressen neutral gegenüberstehende bloße Verkehrsbehörde, so durfte es ihr nicht entgehen, daß die grundsätzliche Anerkennung der Beförderungspflicht für dergleichen Postsachen auch die weitere Verpflichtung in sich schloß, jede nicht sachlich gebotene Verzögerung und Umständlichkeit zu vermeiden. Tatsächlich braucht eine polnische Adresse an sich einem Deutschen nicht unverständlich zu sein. Eine Deklinationsendung am Namen macht diesen nicht immer unkenntlich, und die polnischen Formen der Ortsnamen sind nicht alle so unverständlich wie Bydgość (Bromberg) und Wschowo (Fraustadt). Unsere durch Findigkeit berühmten Postbeamten wissen innerhalb der Provinz Posen sicher, daß Posen Poznań und Gnesen Gniezno heißt. Und wenn ein nach Poznan bestimmter Brief den Zusatz Plac Wilhelmowski oder ulica Bismarcka trägt, so wird es den Beamten nicht eben viel Kopfzerbrechen machen, um an dem ihnen wohlbekannten Ort herauszufinden, daß der Wilhelmsplatz oder die Bismarckstraße gemeint ist. Aber wo ist die Grenze zu ziehen zwischen verständlichen und unverständlichen Adressen in polnischer Sprache? Es müssen also *alle* derartigen Sendungen an die Übersetzungsstelle gehen. *Damit werden die Übersetzungsstellen direkt lächerlich gemacht*, und den polnischen Zeitungen wird der dankbarste Stoff geboten, um durch ihre Veröffentlichungen über „Posthakatismus" die deutsche Behörde ihren Lesern als eine Gesellschaft von Idioten hinzustellen. Manche Postbeamten fühlen natürlich die lächerliche Rolle, die ihnen da zugemutet wird; sie lassen hin und wieder eine leicht verständliche polnische Adresse durchschlüpfen, indem sie gleich selbst den deutschen Ausdruck hinzufügen. Damit wird aber wieder *das Prinzip durchbrochen*, und die Strafe für die polnische Herausforderung bleibt aus. Außerdem

fordert der lächerliche Charakter der ganzen Maßregel nicht nur im polnischen, sondern auch im deutschen Lager die Spaßvögel heraus, und der Behörde erwächst daraus eine überflüssige Belästigung, vor der die Verwaltung ihre Beamten lieber schützen sollte. Es wurden gute und schlechte Scherze der verschiedensten Art gemacht. So schrieb Jemand, um die Übersetzungsstellen anzuulken, einen Brief nach „Lać" und weidete sich in Gedanken an der Wirkung dieses überhaupt nicht existierenden polnischen Ortsnamens; gemeint war die gute Stadt Gießen, denn das deutsche Zeitwort „gießen" heißt auf polnisch „lać"! Nach diesem Muster wurde auch „Kąpać-Kąpać" geprägt; kąpać heißt „baden" Auf unzählige Weise wurde der deutschen Reichspost bewiesen, daß sie sich mit ihrer Verordnung bezüglich der Übersetzungsstellen, wie man in Berlin zu sagen pflegt, „zur Wachtel gemacht hatte". Die grundsätzliche Stellungnahme war eben falsch.

Die Postverwaltung hat das Recht, auf dem Verordnungswege, d. h. durch den Reichskanzler, die Bedingungen festzusetzen, unter denen sie Sendungen befördern will. Jeder der die Post in Anspruch nimmt, weiß ganz genau, welche Vorschriften er zu erfüllen hat, und unterwirft sich ihnen. Diese Vorschriften dienen in der Regel dazu, den Postbeamten ihren Betrieb zu erleichtern und Unzuträglichkeiten fernzuhalten. Die Post trifft Bestimmungen über Gewicht und Format der Briefe, Verschnürung der Pakete und dergl. Sie hat aber auch als Reichsbehörde das Recht, Bestimmungen zu treffen, wo irgendwelche staatlichen Interessen in Frage kommen. Wie viel mehr sind solche Bestimmungen am Platz, wo gleichzeitig Aufenthalt und Belästigungen für die expedierenden Beamten zu vermeiden sind! Warum bestimmt die Post nicht im übereinstimmenden Interesse des Staats und des Zeitaufwands der Beamten, daß Sendungen innerhalb des Deutschen Reichs ausschließlich in deutscher Sprache zu adressieren sind? Dann ist der polnischen Unart einfach der Weg versperrt; der Beamte weist jede nicht ausschließlich deutsch geschriebene Adresse zurück, nicht weil dabei irgend eine Erwägung bezüglich ihrer Verständlichkeit oder Unverständlichkeit anzustellen ist, sondern einfach weil die Annahme einer allgemeinen postalischen Vorschrift widerspricht. Der Reichspostverwaltung ist ent-

schieden ein Vorwurf daraus zu machen, daß sie diese Ergänzung der Postordnung noch nicht vorgenommen hat.*)

Als Anwalt der Polen ist auch in dieser Frage wiederum Professor Delbrück aufgetreten. Er gebraucht auch hier den bekannten Kunstgriff, diese Rechtsfrage nicht als eine Einzelheit innerhalb der allgemeinen Aufgabe der Bestimmung des Verhältnisses von Polentum und Deutschtum zu behandeln, sondern sie als eine Maßregel für sich zu betrachten, mit der angeblich die Polen germanisiert werden sollen. Mit diesem billigen Hilfsmittel fällt es ihm natürlich nicht schwer zu beweisen, daß seine Gegner unrecht haben; schwer aber muß es nach solcher Leistung diesen Gegnern selbst werden, Professor Delbrücks Beweisführungen auf diesem Gebiet überhaupt ernst zu nehmen. Er verstieg sich in den „Preußischen Jahrbüchern" sogar zu der Behauptung, eine Anordnung der Postverwaltung, wie wir sie wünschen, müsse uns vor dem Auslande bloßstellen und zu Repressalien führen! Inwiefern das Ausland an dieser Angelegenheit überhaupt interessiert ist, bleibt freilich völlig unverständlich, da der Postverkehr, der über die Grenze geht, von der hier besprochenen Bestimmung gar nicht berührt wird. Es lag also die Annahme nahe, daß Professor Delbrück in seiner Animosität gegen alles, was ihm als „hakatistisch" erscheint, gar nicht gewußt habe, was von seinen Gegnern eigentlich gewünscht und befürwortet worden war. Er schien geglaubt zu haben, man wolle im gesamten Postverkehr — auch dem Auslandsverkehr — ganz speziell die polnischen Adressen ausschließen. Nur unter dieser Voraussetzung waren seine Ausführungen überhaupt verständlich. Nun hat Herr Professor Delbrück aber in einer Auseinandersetzung mit mir in der „Täglichen Rundschau" entschieden bestritten, daß er dies gemeint habe; es sei ihm sehr wohl bekannt gewesen, daß es sich nur um die Forderung deutscher Adressen im Inlandverkehr handle. Nach dieser Erklärung sind die Ausführungen Delbrücks, wie schon bemerkt, unverständlich und vermöge dieser Unverständlichkeit allerdings auch unwiderlegbar.

Alle diese Fragen, die den geschäftlichen und den amtlichen

*) Näheres über die Rechtsfrage ist zu finden in der Schrift von Dr. Hans Paalzow: „Zur Polenfrage". Berlin 1902 bei Otto Liebmann.

Verkehr in der Landessprache betreffen, sind verhältnismäßig einfach im Vergleich mit der viel schwierigeren und heikleren Frage, wie es mit der Sprache in politischen Versammlungen zu halten ist. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird sehr gern — und zwar überall und ganz unabhängig von der Polenfrage — als die wesentlichste Garantie der politischen Freiheit angesehen; gerade hierin soll ja das Recht des Individuums gegenüber dem Interesse und der Autorität des Staats zum Ausdruck kommen. Wenn aber das Recht des Individuums auf diesem Felde gewahrt werden soll, dann — so argumentiert mit Vorliebe der politische Gemeinverstand — muß auch das Recht der Nationalität dabei gewahrt sein. Wo ich das Recht habe, frei meine Meinung zu sagen, da muß ich sie auch in meiner Muttersprache sagen können, gleichviel ob diese als Landessprache gilt oder nicht. Wenn nun obendrein durch Spruch des höchsten zuständigen Gerichtshofes wiederholt anerkannt worden ist, daß auch die formalen Bestimmungen des preußischen Versammlungsrechts keine Handhabe bieten, gegen den Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen einzuschreiten, so scheint der Rechtsstandpunkt der Polen in dieser Beziehung unerschütterlich zu sein. Die schon erwähnte Schrift von Dr. Paalzow beschäftigt sich eingehend auch mit dieser Rechtsfrage und kommt, was das geltende Recht betrifft, zu dem gleichen Resultat. Der Verfasser zieht daraus den Schluß, in dem er sich mit jedem nationalgesinnten Kenner der Verhältnisse im Osten begegnen wird, daß nämlich eine Abänderung der bestehenden Gesetzgebung in diesem Punkte notwendig ist. Da die politischen Versammlungen das wirksamste Mittel der nationalpolnischen Agitation sind, so kann der Staat unmöglich auf ihre Überwachung und auf die Bestimmung der Form ihrer Verhandlungen verzichten, es sei denn, daß er durch die Verfassung selbst gezwungen ist, sich dieser Einwirkung zu enthalten. Wenn nun auch viele preußische Staatsbürger der Meinung sind, die Verfassung lege allerdings den Staatsbehörden diese Pflicht der Enthaltsamkeit auf, und wenn auch andre zwar wissen, daß dem nicht so ist, aber doch wünschen, daß es so sein möchte, so kann doch hier nur der praktische Gesichtspunkt in Frage kommen, daß nach der durch die Vereinsgesetzgebung selbst anerkannten Befugnis des Staats eine gesetzliche Bestimmung durchaus

zulässig erscheint, die das *sachliche* Recht der freien Meinungsäußerung nicht berührt, aber die *Form* so weit Beschränkungen unterwirft, als es ein höheres Staatsinteresse gebietet. Aus den geltenden Grundsätzen und den bisherigen Auffassungen des verfassungsmäßigen Rechts begibt sich also der Staat nicht heraus, wenn er in das Gesetz die bisher noch nicht geltende Bestimmung einfügt, daß in politischen Versammlungen nur in deutscher Sprache verhandelt werden darf.

Ein *Unrecht* geschieht den Polen dadurch insofern *nicht*, als sie fast durchweg mit der deutschen Sprache genügend vertraut sind, um den Zweck der Versammlung erfüllt zu sehen. Es entspricht, wie wir schon früher sahen, dem Sinn der Verfassung, daß sie die Staatsbürgerrechte unter der stillschweigenden Voraussetzung der Staatsbürgerpflichten verleiht. Auch das Recht, politische Versammlungen abzuhalten, schließt die Pflicht in sich, die Verantwortung dem Staat gegenüber im Auge zu behalten. Diese Pflicht muß sich in dem Gebrauch der deutschen Sprache ausdrücken, wodurch dem Staat das Seinige gegeben und die Kontrolle ermöglicht wird. Eine politische Versammlung kann bei aller sonst zu gewährenden Freiheit nicht als ein Privatakt angesehen werden; es ist ein *Akt der Öffentlichkeit*, der das Staatsinteresse berührt. Die Forderung des Gebrauchs der deutschen Sprache ist aber nicht nur berechtigt, sie ist auch *Notwendigkeit*. Die polnische Sprache wird in Versammlungen tatsächlich in staatsfeindlichem Sinne mißbraucht. Wie kann sich der preußische Staat eine solche Verhöhnung bieten lassen, wo doch das Gesetz ausdrücklich eine Beaufsichtigung der Versammlungen durch die Polizeibehörde fordert! Soll der Staat nun zur Beaufsichtigung Beamte hinstellen, die der polnischen Sprache kundig sind? Das hieße ja förmlich eine Prämie auf die Erlernung der polnischen Sprache setzen. Wir wollen ja gerade verhindern, daß an den Deutschen im Osten irgend ein Druck zum Polnischlernen herantritt. Da ist eben der einzige Ausweg, daß den politischen Versammlungen die Verpflichtung auferlegt wird, deutsch zu verhandeln. Politische Versammlungen sind übrigens in diesem Sinne alle, die der nationalen Propaganda der Polen dienen, also vor allem auch die *Sokols*, obwohl diese heuchlerischerweise gern als unpolitische Turnvereine ausgegeben werden.

Im Anschluß an diese politische Überwachung der Versammlungen und Vereine ist nun auch die Frage aufgeworfen worden, ob nicht auch die polnische Presse sprachlichen Beschränkungen zu unterwerfen ist, um ihre Kontrolle zu erleichtern. Die meisten Vertreter einer entschiedenen Polenpolitik sind geneigt, die Forderung zu erheben, daß die polnischen Blätter zum zweisprachigen Erscheinen gezwungen werden sollen. Sie sollen also neben dem polnischen Text eine deutsche Übersetzung bringen, eine Einrichtung, die ja in Grenzlanden nicht unbekannt ist. Etwas Erhebliches wird freilich dadurch nicht erreicht werden. In einer Versammlung ist eine unmittelbare Kontrolle an Ort und Stelle, die Feststellung eines gesprochenen Worts notwendig. Es ist ein Beamter da, der verstehen können muß, was um ihn her vorgeht, und der unter Umständen in eine seine Autorität und die öffentliche Ordnung schädigende Situation gebracht wird, wenn bei einer solchen Gelegenheit polnisch gesprochen wird. Das Verlangen, die Verhandlungen deutsch zu führen, entspringt hier dem Gesichtspunkt des Schutzes der Staatsautorität und der Erwägung, daß man andernfalls den Beamten die Verpflichtung auferlegt, Polnisch zu lernen, womit dem Polnischen denn doch der Charakter einer zweiten Landessprache zugestanden würde. Bei dem gedruckten Wort liegt die Sache doch wesentlich anders. Durch die polnische Presse wird die deutsche Bevölkerung und die Stellung der Behörden nicht in Mitleidenschaft gezogen. Ist der Inhalt eines polnischen Blatts reif für den Strafrichter, so findet die Behörde von verschiedenen Seiten Hilfe genug, um innerhalb der gesetzlichen Frist die nötigen Feststellungen zu machen, und es wäre zu befürworten, daß den Behörden gegenüber den in fremder Sprache erscheinenden Zeitschriften besondere Befugnisse zum Erlaß eines Verbots beigelegt werden, wie sie in anderen Staaten (z. B. Frankreich!) längst bestehen. Hätten wir eine doppelsprachige polnische Presse, so läge ein Bedenken darin, daß sprachunkundige Beamte sich auf die deutsche Übersetzung verließen. Wo ist aber die Kontrolle, daß die Übersetzung richtig ist? Die Neigung der Polen, auf einem neuen Wege die Behörden zu verhöhnen, fände hier eine dankbare Gelegenheit. Im Grunde wären wir doch genau so weit, wie wir jetzt sind; nur müßten wir uns sagen, daß wir über die

notwendige Grenzlinie einer berechtigten Sprachenpolitik hinausgegangen sind und ein Gebiet betreten haben, wo die kleinliche Verfolgung und die Chicane beginnt. Darum dürfte die Zweisprachigkeit der polnischen Presse nicht zu empfehlen sein.

Wir können diesen Teil der Betrachtungen hier schließen. Aus dem Gesagten werden die Hauptlinien ersichtlich sein, nach denen wir unsere Stellung zur polnischen Sprache im öffentlichen Leben zu bestimmen haben, noch aber bleibt die schwierigste Erörterung: die Frage der Erziehung. Davon werden wir im Schlußkapitel zu handeln haben.

Kapitel 18.

Die Fürsorge für das Deutschtum in der Volkserziehung.

Die Aufgabe der hier anzustellenden Betrachtungen ist es nicht, die Einzelheiten festzustellen, nach denen unsere Schulpolitik im Osten einzurichten ist. Das mag den fachmännischen Erörterungen überlassen bleiben. Es kommt hier nur auf die Grundzüge an, die der Politiker dem Fachmanne an die Hand geben muß, damit auch der Unterricht sich in der richtigen Weise in das System einer umfassenden Polenpolitik einfügt. Der Ausgangspunkt ist auch hier durch die Regel gegeben, daß wir uns *nicht mit den Polen* zu beschäftigen haben, sondern mit den *Deutschen*. Es fehlt nicht an Stimmen, die in einem unter besonderen Umständen wohl verzeihlichen Eifer in der Schule und im Unterricht ein wirksames Mittel gefunden zu haben glauben, um die Polen womöglich zu germanisieren. Ein solches Streben schießt über das Ziel hinaus und hat den Nachteil, daß es über Enttäuschungen zur Mutlosigkeit führt. Stellen wir uns lieber einfach und klar vor das nächste, erreichbare Ziel, daß wir die Deutschen, die wir in den Ostmarken haben, und ebenso die Deutschen, die wir hoffentlich noch in recht großer Zahl in die Ostmarken hineinführen werden, bei ihrem Volkstum erhalten und darin schützen. Wenn wir in Erfüllung dieser Aufgabe die Polen behelligen müssen, so geschieht das nicht, um ihnen etwas Besonderes — Gutes oder

Schlimmes — anzutun, sondern weil bei der aggressiven und propagandistischen Natur des Polentums die Wahrung des Deutschtums auf anderm Wege nicht möglich ist. Ein solches Mittel zum Schutz des Deutschtums ist, wie wir gesehen haben, die unerbittlich konsequente Festhaltung der Stellung der deutschen Sprache als alleiniger Landessprache, und daraus folgt weiter, daß wir von den Polen die Kenntnis der deutschen Sprache verlangen müssen. Daraus ergibt sich für die Schule als erster Fundamentalsatz, daß auch die Unterrichtssprache nur die deutsche sein darf. Wir bilden uns, wie nicht oft genug betont werden kann, nicht ein, die Polen dadurch zu Deutschen zu machen; im Gegenteil — das ist ein Punkt, in dem man Professor Delbrück nicht ganz unrecht geben kann —, um der Polen allein willen möchte man eher geneigt sein, sie von unsrer Sprache abzusperren, aber wir müssen die entgegengesetzte Konsequenz ziehen, weil wir andernfalls der polnischen Sprache eine Stellung einräumen, die nach Lage der Dinge und nach alter Erfahrung den Bestand unseres Volkstums gefährdet.

Hier muß nun aber auch sogleich der Schwierigkeiten gedacht werden, die der Regelung unserer ganzen Unterrichtspolitik in den Ostmarken entgegenstehen. Die Sache wäre im Grunde gar nicht so verwickelt und bedenklich, wenn die Staatsregierung volle Freiheit hätte, das Unterrichtswesen im Osten so einzurichten, wie es für die besondere Lage erforderlich wäre. Diese Freiheit hat sie aber nicht. Um sie herzustellen, müßte die Verstaatlichung der Schule und ihre Loslösung von der Kirche möglich sein.

Nach der Verfassung sind die Schulen in Preußen grundsätzlich Gemeindeanstalten. Die umfangreichen Rechte, die der Staat in der Kontrolle der Unterrichtserteilung hat, und seine Befugnis, helfend und ergänzend für die Gemeinden einzutreten, reichen nicht für die Zwecke aus, um die es sich bei der Polenfrage handelt. Schon dadurch ist es ausgeschlossen, die Volksschulen als einen sichern Faktor der Germanisierungspolitik zu betrachten. Dazu würde eine ganz andre Form des staatlichen Einflusses gehören, volle Verfügungsfreiheit des Staats über alle Mittel der Schulverwaltung. In Wirklichkeit sind diese jedoch zu einem großen Bruchteil in polnischen Händen. Es ist begreiflich, daß die Regierung selbst sich sträubt, hier im Osten eine größere

Last zu übernehmen, die ihr verfassungsmäßig nicht einmal zusteht. Für eine grundsätzliche Änderung der Verfassung in diesem Punkte ist die Staatsregierung noch weniger zu haben, da dies geradezu unabsehbare Konsequenzen haben würde. Unter solchen Verhältnissen ist es natürlich schwer, zu einem Entschluß zu kommen.. Noch weiter erschwert wird die Bereitwilligkeit des Staats, helfend einzutreten, durch die allgemeine Rückständigkeit des Volksschulwesens im Osten. Da es sich hier überwiegend um ärmere Gemeinden handelt, oder um Gutsbezirke, deren Verhältnisse für die Entwickelung der Volksschulen nicht günstig sind, so haben sich schwere Übelstände herausgebildet, die von dem Kulturstandpunkt des Landes ein ungünstiges Zeugnis ablegen. Überfüllte Schulen in jämmerlichen Gebäuden sind, obwohl von Jahr zu Jahr eine langsame Besserung zu bemerken ist, noch immer die traurige Signatur dieser Zustände. Es werden Anstrengungen genug gemacht, aber bei den vorhandenen Mitteln kann eben nicht mehr geleistet werden. Auch hat man erst in der neuesten Zeit eingesehen, daß im Interesse des Deutschtums für den Osten mehr getan werden müsse; bis dahin stand man auf dem bequemen bureaukratischen Standpunkt, daß es nach der verfassungsrechtlichen Stellung des Volksschulwesens ganz selbstverständlich sei, wenn eine ärmere und abgelegene Provinz auch klägliche Schulen habe. Die Tüchtigkeit und Entsagungsfähigkeit der Lehrer hat dabei noch über das Allerschlimmste hinweggeholfen, aber für ein objektives Urteil liegt in diesem Umstande keine Beruhigung. Es erscheint vielmehr als ein doppeltes Unrecht, daß die Verhältnisse gerade den Lehrern, die die schwerste Aufgabe zu lösen haben, die ungünstigste Stellung anweisen.

Wenn man bedenkt, was hier auf dem Spiele steht, — und die allgemeinen Betrachtungen über den Zustand der Volksschulen im Osten berücksichtigen noch gar nicht einmal den Nationalitätenstreit — so wird die Staatsregierung schließlich an einem energischen Eingreifen nicht vorbeikommen. Es werden besondere Mittel zur Hebung des Volksschulwesens im Osten bereitgestellt werden müssen. Die Gewährung von Zulagen an die im Osten tätigen deutschen Lehrer ist ja schon ins Auge gefaßt worden; ein Teil der zu lösenden Aufgaben wird sich auch in Verbindung mit dem An-

siedlungswerk erledigen lassen, da in den neuen Ansiedlungsdörfern auch für die Schulen entsprechend gesorgt werden muß. Aber das genügt nicht, und da staatliche Subventionen für das Schulwesen wenigstens nicht verfassungswidrig sind, so sollte sich die Staatsregierung bald zu einem umfassenden Schritt in dieser Richtung entschließen. Es ist doch wohl anzunehmen, daß sie dabei die Unterstützung des Landtags findet. Freilich ist eine solche Maßnahme mit der Bereitstellung des Ansiedlungsfonds nicht direkt zu vergleichen, da es sich hier in viel größerem Maßstabe um unmittelbare Aufwendungen und Opfer des Staates handelt, wie sie einzelnen Provinzen ungern gebracht werden. Aber schließlich steht doch das, was in diesen Provinzen geleistet und erhalten werden soll, in zu engem Zusammenhange mit Existenzfragen des Gesamtstaats, als daß nicht bei der Mehrheit der Volksvertretung die Bereitwilligkeit vorausgesetzt werden könnte, für diese Verteidigung deutschen Bodens besondere Mittel zu bewilligen.

Wie die Verstaatlichung der Volksschule, so würde auch die Lostrennung des Volksschulwesens von kirchlichen Einflüssen das Werk der Erhaltung deutschen Volkstums im Osten für den Staat sehr viel einfacher gestalten. Aber wenn schon die Verstaatlichung der Schule bedenklich erscheinen muß, so zeigt sich der Weg der Loslösung der Schule von der Kirche vollends ungangbar. Vor allem aus rein praktischen, oder wenn man will, taktischen Gründen. Diesen Weg würde diejenige Partei *unter keinen Umständen* gehen, ohne die in Preußen eine nationale Politik nun einmal nicht zu machen ist, nämlich die *konservative* Partei. Es ist hier nicht der Ort, auf die Streitfrage, wie weit die konservative Auffassung von dem Verhältnis von Kirche und Schule berechtigt ist, einzugehen. Wir wollen hier nur die Tatsache verzeichnen, daß wir mit dieser Auffassung zu rechnen haben. Unter „konservativ" wird hier natürlich das Wort in seiner streng parteipolitischen Bedeutung verstanden, nicht etwa in dem allgemeineren Sinne, in dem sich mancher mit vollem Rechte „konservativ" nennt, auch wenn er das Parteiprogramm nicht in allen Stücken unterschreibt. Für die Polenfrage liegt in dem hier in Rede stehenden Teil des konservativen Programms zweifellos eine Erschwerung. Wir haben in einem früheren Abschnitte gesehen, wie der Ultramontanismus in dem Polentum ein willkommenes Werkzeug

findet und wie infolgedessen die katholische Geistlichkeit, die ja in den Ostmarken überwiegend polnischer Nationalität ist, bewußt für das Polentum tätig ist und namentlich ihren Einfluß auf die Familie und auf die Jugend benutzt, um polonisierend zu wirken. Diesen Einfluß auszuschalten, muß von deutscher Seite als ein vollkommen vergebliches Bemühen erkannt werden, so lange den kirchlichen Organen das legale Recht zusteht, in Unterrichtsfragen die staatlichen Interessen direkt zu durchkreuzen. Man könnte vielleicht einwenden, das liege im Wesen der katholischen Kirche, die ihre Rechte und Grundsätze niemals weltlichen Autoritäten unterordnen könne. In Wahrheit aber besitzt die katholische Kirche eine außerordentliche Anpassungsfähigkeit überall da, wo die weltlichen Autoritäten eine genügend starke Stellung besitzen und wo andre kirchliche Interessen auf dem Spiel stehen. Es sind also auch schließlich die Ansprüche der Kirche nicht so unabänderlich, wie sie gern hingestellt werden. Leider aber können wir nicht darauf rechnen, daß unsere staatserhaltenden Parteien der Regierung den nötigen Rückhalt geben, um mit voller Sicherheit des Erfolges ihr Interesse gegenüber dem Ultramontanismus zu wahren. Die Wünsche der konservativen Partei bewegen sich in der entgegengesetzten Richtung. Sie glaubt die religiöse Erziehung der Jugend gefährdet, wenn nicht den Organen der Kirche ein weitgehender Einfluß auf die Schule gesichert wird. Wie das im besonderen gedacht wird, davon hat seiner Zeit der Schulgesetzentwurf von 1892 Zeugnis gegeben. Die Wiederkehr eines Gesetzentwurfs dieser Art wird auch heute noch angestrebt, und so lange diesem Wunsch nicht Rechnung getragen wird, lehnt die konservative Partei jede Regelung der Einzelfragen des Volksschulwesens beharrlich mit der Begründung ab, daß sie gesetzgeberische Arbeiten dieser Art nur im Rahmen eines umfassenden Volksschulgesetzes erledigen könne. Die Sache liegt der Partei so sehr am Herzen, daß sie bereit ist, in dieser Frage mit dem Zentrum Hand in Hand zu gehen. Es ist also kaum eine Aussicht, daß eine Einschränkung des geistlichen, d. h. in diesem Falle des polonisierenden Einflusses auf die Schule durchgesetzt werden kann.

Wenn hier von einem schädlichen Einfluß der kirchlichen Organe auf die Schule die Rede ist, so ist damit nicht die legitime Kontrolle der Kirche über den Inhalt des religiösen Unter-

richtsstoffes gemeint, sondern die Einmischung der Kirche in *Form und Art* des Unterrichts, worüber dem Staat allein das Recht der Entscheidung zustehen sollte. Daß der Staat hierin sein Recht wahrt, ist für die Verhältnisse in den Provinzen mit polnischer Bevölkerung so wichtig und notwendig, daß wir zusehen müssen, was irgend davon gegen den konservativen Widerstand zu retten ist. Vor allem ist hierbei wünschenswert, daß die *Schulinspektionen in den Händen tüchtiger und energischer Fachleute* liegen. Das ist bezüglich der Kreisschulinspektionen im allgemeinen auch durchgeführt worden; doch hat es neuerdings auch nicht an Versuchen gefehlt, das schon Gewonnene wieder preiszugeben. Von konservativer Seite ist man gegen die weltlichen Schulinspektoren nicht freundlich gesinnt; man will diese Ämter ganz und gar in die Hände von Geistlichen legen, wie es bei den Ortsschulinspektionen ja schon die Regel ist. Es ist fraglich, ob im Kultusministerium die gehörige Widerstandskraft gegen diese Bestrebungen vorhanden ist; manche Erfahrungen der neuesten Zeit lassen auf das Gegenteil schließen. Hoffentlich aber werden solche Stimmungen überwunden, sodaß wir auf die größte Festigkeit der Staatsregierung in der straffen Handhabung einer fachmännisch erfahrenen und dem Ultramontanismus gegenüber rückgratfesten Schulaufsicht rechnen können. Wenn die Regierung in dieser keineswegs etwa kirchenfeindlichen, sondern nur politisch wohlbegründeten Maßregel den nötigen Ernst und Takt zeigt, so wird auch die Abneigung der Konservativen in diesem Punkte zu überwinden sein.

Man darf übrigens nicht glauben, daß *nur* die *konservativen* Parteianschauungen auf diesem Gebiete gewisse Schwierigkeiten bereiten. Auch der *Liberalismus* hat die praktischen Bedürfnisse des Ostens auf dem Gebiet der Schulpolitik seinen Parteitheorien aufgeopfert. Es ist das ein Zeichen, wie wenig die Polenpolitik nach einem bestimmten Parteischema betrieben werden kann. Dem Liberalismus verdanken wir *die für den Nationalitätenkampf im Osten ganz ungeeignete Simultanschule*. Es ist blasse Theorie, wenn man geglaubt hat, auf diesem Wege die Nationalitäten zusammenführen und die Polen deutschen Einflüssen unterwerfen zu können. Die Eigenart der Verhältnisse, wie wir sie mehrfach zu schildern versucht

haben, bringt es mit sich, daß die deutschen Kinder sehr bald unter eine polnische Mehrheit geraten, die unter dem Einfluß ihrer Familie und des dahinter stehenden Geistlichen an ihrer Nationalität bewußt festhalten, dem Lehrer die Tätigkeit erschweren und ihre deutschen Schulkameraden nötigen, bei den gemeinsamen Spielen und Unterhaltungen die polnische Sprache zu gebrauchen. Die schon einmal angeführte Schrift Delbrücks „Die Polenfrage" enthält in diesem Punkte, soweit die Berichte von Gewährsmännern aus dem Osten selbst angeführt und besprochen werden, durchaus Richtiges. Denn wir müssen, so wie die Dinge nun einmal liegen, darauf bedacht sein, das vorhandene deutsche Element vor polnischer Beeinflussung zu schützen. Deshalb müssen wir in den Schulen die deutschen Kinder von den polnischen nach Möglichkeit trennen. Die konfessionelle Schule gibt in den meisten Fällen zugleich die einfachste und natürlichste Sichtung. Die evangelischen Schulen werden im allgemeinen rein deutsch sein; die wenigen evangelischen Polen wirken dabei in keiner Weise störend, da der Bekundung ihrer Nationalität jede staatsfeindliche Spitze fehlt. In den katholischen Schulen wird man dann freilich auf eine weitere Sonderung nach Nationalitäten bedacht sein müssen, sodaß die deutschen Katholiken möglichst Gelegenheit erhalten, ihre Kinder getrennt von den Polen unterrichten zu lassen. Nur im Notfall wären deutsche Schulen verschiedener Konfession zu einer Simultanschule zusammenzulegen, deren deutscher Charakter dann aber auf das strengste festzuhalten wäre und die nur bestehen dürfte, wo eine polnische Schule am Ort ist.

Die Trennung der Nationalitäten in den Schulen dürfte nun aber nicht etwa zur Folge haben, daß in den polnischen Schulen in polnischem Geiste unterrichtet würde. Der Grundsatz, daß nur in der Landessprache d. h. in der deutschen Sprache unterrichtet wird, muß auch hier zur Geltung kommen, nur wird Methode und Art des Unterrichts dem Umstand anzupassen sein, daß der Lehrer hier ausschließlich mit Kindern zu tun hat, die zu Hause polnisch sprechen.

Hier setzt nun freilich der heftigste Widerstand der Polen selbst und auch aller derer ein, die sich ihre Ideen über Wert und Bedeutung der Muttersprache nicht nach den Erfahrungen praktischer Pädagogen, sondern nach ihren eigenen Empfindungen und

den darauf erbauten Theorien gebildet haben. Es darf doch aber nicht ganz in den Wind geschlagen werden, daß alle Erfahrungen der Lehrer selbst und der verantwortlichen Behörden darin gipfeln, daß ein von Anfang an konsequent und ausschließlich in fremder Sprache geleiteter Unterricht, wenn er in der Hand eines geschickten und darauf hin ausgebildeten Lehres liegt, vollkommen das Ziel erreichen kann, das dem Volksschulunterricht allgemein gesteckt ist. Es ist doch nicht anzunehmen, daß so viele Fachleute, die Jahre und Jahrzehnte hindurch in der praktischen Arbeit gestanden haben, eine solche Behauptung, für deren Richtigkeit sie jederzeit in ihrem Beruf selbst haften müssen, aus bloßer nationaler Verranntheit oder den Regierungsbehörden zuliebe aufstellen sollten, wenn ihre eigene Arbeit sie dann jederzeit Lügen strafen könnte. Wenn die erfahrensten und besten Lehrkräfte auf die Frage, ob auch die polnischen Kinder ohne Gefährdung des Unterrichtsziels von Hause aus in deutscher Sprache unterrichtet werden können, aus ihrer Praxis heraus immer und immer wieder einmütig bezeugen: ja, es geht! — dann könnten sich doch die klugen Herren, die mit psychologischen Gesetzen und fein differenzierten Empfindungen gegen diese Erfahrung ankämpfen, einigermaßen beruhigen! Wenigstens kann der Gedanke doch wohl nicht so grausam und unverständig sind. Die meisten unerfahrenen Beurteiler stellen sich dabei unbewußt Kinder aus ihrem eigenen Bildungskreise vor, die unter einer Fülle von Eindrücken von der frühesten Entwickelung an stehen und denen frühzeitig allerlei abstrakte Begriffe, wenn auch in unvollkommener Vorstellung vermittelt werden. Sie können sich nicht vorstellen, wie bescheiden der Vorrat an Worten und Begriffen ist, über den das polnische Landkind zu der Zeit verfügt, wo es in die Hand des Lehrers kommt, mit welcher Anstelligkeit und Anpassungsfähigkeit aber auch andrerseits gerade das Kind der slavischen Rasse neue Worte und Begriffe aufnimmt, wenn seine Auffassungsgabe geschickt und methodisch angeregt wird. Das polnische Kind übertrifft das deutsche im allgemeinen an Sprachtalent und in dem Tempo seiner geistigen Entwickelung. Dem Lehrer muß nur seine Aufgabe dadurch erleichtert werden, daß er lauter Kinder dieses Schlages vor sich hat und nicht etwa deutsche darunter gemischt; er muß nicht vor eine überfüllte Klasse gestellt und

persönlich bis zur Grenze menschlicher Leistungsfähigkeit überlastet sein.

Auf Überlastung des Lehrers, Überfüllung der Klassen und hin und wieder natürlich auch auf mangelnde Fähigkeit oder gar mangelnden guten Willen der Lehrkräfte ist es auch zurückzuführen, wenn hier und da Grund zu der beliebten Klage der Polen gegeben wird, daß die deutsche Schulbildung ihrer Kinder nichts anderes sei als eine Papageiendressur. Die Kinder lernten auf bestimmte Fragen deutsche Antworten nachplappern, ohne daß sie die Worte und Sätze verständen. Es wäre, wie gesagt, falsch, derartige Fälle leugnen zu wollen. Nur darf man einige wichtige Punkte dabei nicht übersehen. Man darf die Glaubwürdigkeit der Polen in Erzählungen dieser Art nicht zu hoch einschätzen. Bei uns ist es ja im politischen Meinungskampf leider Sitte, die Autorität des Feindes anzurufen, um den Nebenmann, der mit uns in Reihe und Glied kämpft, recht unfreundlich kritisieren zu können. Aber darum wird das, was uns von polnischer Seite vorerzählt wird, noch durchaus nicht immer zur Tatsache. Die behauptete Unfähigkeit der polnischen Jugend, deutsch zu verstehen, ist in vielen von den behaupteten Fällen entweder überhaupt nicht vorhanden, oder sie ist von dem Geistlichen oder Lehrer selbst — sei es direkt, sei es durch Vermittlung der Eltern — suggeriert. Auf solche Fälle kann aber der Staat nicht Rücksicht nehmen; er muß vielmehr die Verantwortung dafür denen zuschieben, die, entgegen den sittlichen Geboten, die sie selbst öffentlich predigen, in die Seele des Kindes die Keime des Ungehorsams gegen die rechtmäßige Obrigkeit und des Hasses gegen einen Teil ihrer Mitbürger pflanzen. Von dieser Verantwortung können jene nationalen Agitatoren um so weniger entlastet werden, als ihre Haltung, wie wir gesehen haben, nicht erst durch ein hartes oder unzweckmäßiges Vorgehen der preußischen Unterrichtsverwaltung hervorgerufen ist, sondern durch die bewußte Absicht der Propaganda für die polnische Sache diktiert wird. Deshalb würde auch der Versuch ganz verfehlt sein, den Widerstand gegen den deutschen Unterricht durch Milde und Nachgiebigkeit zu beseitigen. Man würde damit der Polonisierung direkt in die Hände arbeiten.

Von seiten des Staats kann nur folgende Überlegung angestellt werden: Wird der Unterricht in polnischer Sprache zuge-

ſtanden, ſo wird das von ſeiten der polniſchen Geiſtlichen und Lehrer nur in dem Sinne ausgenutzt, daß der Unterricht vollſtändig in polniſchem Geiſte erfolgt; der Staat erntet überdies alle Nachteile, die ſich aus der Anerkennung einer zweiten Landesſprache neben dem Deutſchen für das Deutſchtum in dieſen Landesteilen ergeben; denn als Unterrichtsſprache öffentlicher Schulen würde das Polniſche den Rang einer zweiten Landesſprache haben. Die deutſche Unterrichtsſprache dagegen gewährt den Kindern, die als preußiſche Untertanen eine deutſche Schulbildung haben müſſen, die volle Möglichkeit, die Stufe der Bildung zu erreichen, die der preußiſche Staat nach der Verfaſſung allen ſeinen Mitbürgern zu bieten hat; wenn ſich dabei Hinderniſſe ergeben, ſo entſpringen ſie faſt ausſchließlich dem freien Willen und der bewußten Abſicht dritter Perſonen, die hierbei in ſtaatsfeindlicher Abſicht und zum Teil unter Verletzung ihrer eigenen Berufs- und Staatsbürgerpflichten handeln. Es würde allen geſunden Grundſätzen der Staatsleitung widerſprechen, wenn eine ſolche Durchkreuzung loyaler und verfaſſungsmäßiger Beſtrebungen des Staats die Veranlaſſung geben ſollte, von wohlerwogenen Einrichtungen abzugehen. Alſo kann auch kein Zweifel darüber beſtehen, auf welche Seite ſich der Staat bei der Entſcheidung, ob polniſche oder deutſche Unterrichtsſprache in den polniſchen Schulen, zu ſtellen hat. Durch unbeirrtes Vorwärtsgehen auf dem einmal eingeſchlagenen Wege wird noch am erſten das Polentum zu der Erwägung gebracht, daß es zwecklos iſt, den Nationalhaß gegen das Deutſchtum unter den polniſchen Kindern durch äußeren Widerſtand gegen die Schulmethode zu ſchüren. Sie werden vielleicht doch noch einſehen, daß ſie ſich eigentlich in das eigene Fleiſch ſchneiden. Wir können freilich nicht mit Beſtimmtheit vorausſagen, daß dieſe Einſicht durchdringen wird, aber das eine weiß jeder, der Polen kennt, daß ſie nie zu ſolcher Einſicht auf dem Wege der Milde und der Zugeſtändniſſe der preußiſchen Regierung kommen werden. Es mag ſein, daß ſich bei unſerer Praxis auch einige unangenehme Folgen für das Deutſchtum ergeben; unſre ganze Lage gegenüber dem Polentum bringt eben Übelſtände mit ſich. Dann haben wir aber unter den vorhandenen Übeln das kleinſte zu wählen.

Nun wird freilich ſehr energiſch verſucht, wenigſtens den Religionsunterricht in polniſcher Sprache für die polniſchen

Schulkinder zu retten. Dieser Versuch geht nicht nur von polnischer Seite aus, sondern wird auch von deutscher Seite unterstützt, und zwar nicht bloß von dem Zentrum als berufsmäßiger Polenschutztruppe, sondern auch von andern Vertretern strenger Kirchlichkeit, die für den Religionsunterricht durchaus die Muttersprache fordern. Zugegeben muß ja werden, daß der Religionsunterricht nicht ganz auf eine Stufe mit andern Unterrichtsfächern zu stellen ist. Es soll doch hier noch eine besondere Einwirkung auf das Gemüt und das gesamte innere Leben des Kindes erreicht werden; darum ist es richtig, daß in dem Religionsunterricht ein besonderer Zusammenhang zwischen Schule und Haus hergestellt wird. Durch das Elternhaus tritt das Kind unter normalen Verhältnissen in die erste Beziehung zur Kirche; von der Mutter lernt es beten. Daher erscheint es vielen besonders unnatürlich, daß die Schule dem Kinde die religiösen Wahrheiten nicht in der Sprache vermittelt, in der es zu Hause beten gelernt hat und in der es die Richtschnuren für sein sittliches Leben von den Eltern empfängt.

Man würde sicherlich diesen Empfindungen gern Rechnung tragen können, wenn man nicht in den Schulen die schlimmsten Erfahrungen gemacht hätte. Gewissenhaft und sorgfältig hat die preußische Unterrichtsverwaltung dahin gestrebt, den polnischen Kindern den Übergang zur deutschen Sprache im Religionsunterricht so zu erleichtern, ihn so vorzubereiten, daß von irgend einer Härte und Unbilligkeit gar nicht die Rede sein kann. Man hat mit polnischem Religionsunterricht angefangen und erst auf der Oberstufe ihn durch den Unterricht in deutscher Sprache ersetzt, wo durch die übrigen Unterrichtsresultate der Nachweis erbracht war, daß die Kinder mit vollem Verständnis folgen konnten. Lange Zeit ist es auch wirklich so gegangen; dann begann auf ein von kirchlicher Seite gegebenes Signal die Aufhetzung und die Widersetzlichkeit. Wohlverstanden, nicht die Ratlosigkeit und der Widerwille der Kinder, denen eine Leistung auferlegt wird, die sie nicht bewältigen können, sondern der verbissene Trotz und die leidenschaftliche Widerspenstigkeit von Kindern, die unter dem Bann einer höheren Autorität ihre Seelen einem kaum recht verstandenen Haß geöffnet haben und nun mit dem echt kindlichen Behagen, einmal ganz frei den in ihnen angeregten bösen Trieben folgen

zu können, ganz in dem Gedanken aufgehen: „Ich kann, aber ich will nicht". Es ist vielleicht der häßlichste Zug in dem abstoßenden Bilde der bekannten Wreschener Vorgänge, daß diese künstlich zur Zuchtlosigkeit angestachelten Kinder, denen in Bezug auf ihre sittliche Führung schon vorher ein erschreckend schlechtes Zeugnis ausgestellt wurde, jetzt plötzlich öffentlich als religiöse Helden und Märtyrer gepriesen wurden. Unter dieser Jugend war beständig über Unbotmäßigkeit, Hang zu Diebereien, Roheiten Tierquälereien und Unsittlichkeiten zu klagen gewesen; jetzt aber paßte ihre freche Widersetzlichkeit gegen die ordnungsmäßige Autorität den geistlichen Führern in den Kram, und plötzlich wurden diese Kinder zu guten, frommen Geschöpfen, die in einer über ihr Alter weit hinausgehenden Charakterstärke bereit waren, um ihres Glaubens willen zu leiden! Wenn das nicht beinahe ekelerregend wäre, so könnte man darüber lachen, wie viele wohlmeinende und edeldenkende Menschen sich durch die unwürdige Komödie von Wreschen haben täuschen lassen und ihre ernstesten Bedenken gegen den Zwang im Religionsunterricht ausgesprochen haben. Angesichts solcher perfiden Mißbräuche des rücksichtsvollen Wohlwollens der Regierung muß man sich doch sehr reiflich überlegen, ob bei dem Widerstand, den der allmähliche Übergang vom polnischen zum deutschen Religionsunterricht gefunden hat, nicht kurzer Prozeß zu machen und der Religionsunterricht ausschließlich in deutscher Sprache zu erteilen ist.

Solchen Vorschlägen gegenüber berufen sich unsere Ultramontanen auf die Rede, die der Kaiser am 4. September 1902 im Landeshause zu Posen gehalten hat. In dieser Rede befindet sich folgende Stelle: „Wer behauptet, daß Meinen Untertanen katholischer Konfession Schwierigkeiten in der Ausübung ihres Glaubens gemacht oder sie gezwungen werden sollen, von demselben zu lassen, macht sich einer schweren Lüge schuldig. Meine ganze Regierungszeit und Meine Worte in Aachen beweisen, wie hoch Ich die Religion, das heißt das persönliche Verhältnis jedes Menschen zu seinem Gott, achte, und er beleidigt durch eine solche Verleumdung den Nachfolger des großen Königs, der erklärt hat, ein jeder solle auf seine Fasson selig werden".

Die ultramontane Deutungskunst versucht sich nun an den Kaiserworten in der Weise, daß sie den Religionsunterricht in der

Muttersprache als eine wesentliche Voraussetzung für die Religionsübung im Sinne des Kaisers ansieht. Deutscher Religionsunterricht — so sagen die klerikalen Polenfreunde — ist eben für ein polnisches Kind eine Erschwerung der Ausübung des Glaubens. Es liegt auf der Hand, daß auf diesem Wege *alles* bewiesen und gefordert werden kann. Auch die Austreibung aller Angehörigen evangelischen Glaubens könnte hiernach gefordert werden; denn unter Umständen ist es für einen gläubigen Katholiken nach dem Herzen unserer ultramontanen Kampfhähne auch eine Erschwerung der Ausübung seines Glaubens, mit Ketzern an einem Orte leben zu müssen und die Glocken evangelischer Kirchen klingen zu hören. Glücklicherweise aber ist nicht alles eine wirkliche Erschwerung der Glaubensübung, was von irgend welchen Fanatikern subjektiv als solche empfunden wird. Wenn unsere polnischen Mitbürger sich entschließen wollten, gute Preußen zu werden, so würden sie die Erfahrung machen, daß ihre Kinder auch bei deutschem Religionsunterricht gute Katholiken bleiben und auch nebenbei ihre polnische Muttersprache bewahren könnten. Erst durch die auf politischem Untergrunde ruhende künstliche Aufhetzung wird den Kindern beigebracht, daß, was ihnen in deutscher Sprache an religiösen Begriffen eingeimpft wird, im Widerspruch stehe mit dem, was ihnen das Elternhaus in der Muttersprache bietet. Die Vorstellung des Widerspruchs in ihrem religiösen Leben wird nicht durch ihr eigenes Empfinden, sondern durch *fremde Überredung* erweckt.

Immerhin können wir die Entscheidung der Frage, wie der Religionsunterricht den polnischen Kindern zu erteilen ist, den Fachleuten überlassen, wenn wir nur den Grundsatz festhalten, daß deutsche Kinder vor Polonisierung zu schützen und die polnischen Kinder in den öffentlichen Schulen eine in ihren Zielen sich als deutsch darstellende Bildung erhalten. Vielleicht wäre es gut, wenn der erste der beiden hier genannten Gesichtspunkte noch eine besondere Verstärkung erführe. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn in ein hoffentlich bald neu bearbeitetes Gesetz über die Landessprache, das an Stelle des preußischen Geschäftssprachengesetzes zu treten hätte, auch eine Bestimmung aufgenommen würde, die es mit Strafe belegt, wenn ein gesetzlich oder kirchlich vorgeschriebener Unterricht einer minderjährigen Person deutscher Muttersprache in einer fremden Sprache erteilt wird. Bekanntlich sind wiederholt eine ganze

Reihe von Fällen zur Sprache gebracht worden, in denen Geistliche einzelne deutsche Kinder gezwungen haben, an dem in polnischer Sprache erteilten Religions- oder Beichtunterricht teilzunehmen. Auf ihre Vorstellung wurde ihnen erklärt, man könne auf sie keine Rücksicht nehmen, sie würden den Unterricht schon verstehen. Die Ultramontanen erklären solche Berichte immer für unwahr; sie können also, da nach ihrer Meinung Fälle dieser Art nicht vorkommen, eigentlich nichts dagegen haben, daß sie theoretisch für strafbar erklärt werden. Außerdem entspricht eine solche Bestimmung ja durchaus dem kirchlichen Grundsatz, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werden müsse. Höchstens kann vom Standpunkt des Zentrums aus die erwähnte Bestimmung für unvollständig befunden werden, da sie natürlich auch den polnischen Kindern den polnischen Religionsunterricht werden sichern wollen. Darauf freilich kann sich der Staat seinerseits nicht einlassen, aber man könnte doch die eine Hälfte dieses Grundsatzes verwirklichen, in der sich das Staatsinteresse und das Prinzip der katholischen Kirche gänzlich zusammenfinden. Das Zentrum hätte hier auch die schönste Gelegenheit, den Beweis zu liefern, daß es ihm bei dieser Frage wirklich um das kirchliche Prinzip zu tun ist und nicht um die Unterstützung der polnischen staatsfeindlichen Machenschaften.

Von verschiedenen Seiten ist, namentlich auf Grund der Wreschener Vorfälle, die Sachlage so dargestellt worden, als ob speziell gegen die Polen eine besondere Prügelpraxis gehandhabt werden solle, um ihren Widerstand gegen die deutschen Anordnungen zu brechen. Das ist natürlich ein vollständig falscher und schiefer Gedanke. Die Frage des Züchtigungsrechts hat mit der Polenfrage durchaus gar nichts zu tun. Wir Deutschen, die wir hoffen, daß unser Nachwuchs in der Zucht und Ordnung erhalten wird, die unser Volk groß gemacht hat, und die wir glücklicherweise heute das Verständnis verloren haben für die Sentimentalität, die eine frühere Zeit den Theatermätzchen verlotterter polnischer Freiheitshelden entgegenbrachte, werden wohl noch überwiegend der gesunden Ansicht sein, daß ein deutscher Junge, der sich nach Art der polnischen Rangen gegen seine Lehrer benimmt und sich obendrein erfrecht, seine Bösartigkeit mit Kindespflichten und religiösen Geboten zu bemänteln, noch viel mehr Hiebe verdiente, als die Wreschener Kin-

der tatsächlich bekommen haben. Abgesehen davon, daß die abgeschmacktesten Übertreibungen der angeblichen „Kindermißhandlungen" allenthalben geglaubt wurden, lebt auch wohl heute noch unter uns die Vorstellung, als ob es sich um gutartige Kinder gehandelt hätte, die wirklich aus Gehorsam gegen die Eltern sich halsstarrig und verstockt gezeigt hätten. Es ist schade, daß man den guten Leuten, die das glauben, nicht eine wirksame Kur verordnen kann. Könnte man sie einmal selbst in die Schulen schicken, um den polnischen Charakter zu studieren, so würde sich ihnen wohl bald die Milch der frommen Denkungsart in gährend Drachengift verwandeln. Der Kenner wird selbst bei dem mildesten Urteil überzeugt sein, daß das Gebot der Eltern in den Seelen der Kinder einen mächtigen Bundesgenossen vorgefunden hat, nämlich die natürliche Neigung zu Unbotmäßigkeit, Tücke und Zuchtlosigkeit. Die sentimentale Auffassung, die diese Kinder als in einem schweren Konflikt begriffen hinstellte, befand sich wahrlich in einem starken Irrtum.

Die Schulverwaltung hat gegenüber der plötzlich epidemisch auftretenden Renitenz der Kinder eine fast übermenschliche Geduld bewiesen, und das war um des Eindrucks nach außen willen recht gut; denn wir müssen nun einmal mit der Torheit, Leichtgläubigkeit und Empfindsamkeit der Menschen rechnen und wollen den Feinden des Reichs nicht ohne Not Agitationsstoff zuführen. Hoffentlich wird damit nicht auf ein vernünftiges Züchtigungsrecht verzichtet. Da sich aber nun einmal selbst bei Leuten, die man für verständig halten sollte, die Vorstellung festgesetzt hat, es solle speziell den polnischen Kindern „die Religion eingebleut" werden, so ist es zu billigen, daß man sich möglichst auf andere Mittel besinnt, um die widerspenstigen Elemente zur Besinnung zu bringen. Das Wirksamste wird in diesem Falle immer sein, daß man *die renitenten Kinder nicht aus der Schule entläßt*, sondern sie zurückbehält, bis sie den guten Willen zeigen sich den Anforderungen der Schule zu unterwerfen. Diese Maßregel ist nach dem Gesetz einwandfrei, sie beruht auf einer gesunden Logik und einem gerechten Prinzip und ist am ersten geeignet, den Zweck zu erfüllen. Denn ohne Quälerei und Druck haben die Kinder und vor allem die Eltern als Urheber des Widerstandes den Nachteil zu fühlen, der die natürliche Folge ihres Verhaltens ist. Solche

Nachteile ertragen sich aber im bürgerlichen Leben sehr schwer, wenn keine dramatischen Szenen, von denen die Welt spricht, und kein Märtyrertum damit verbunden sind. Für geprügelte Kinder kann die öffentliche Mildtätigkeit aufgerufen werden, aber für sitzengebliebene Schüler ist schlecht sammeln. Damit ist der Schulbehörde jedenfalls der einfachste Weg vorgezeichnet.

Der Gedanke, mit Hilfe der Volksschule die Polen zu einem erheblichen Teil direkt germanisieren zu können, hat einerseits meist als Leitmotiv bei den Maßregeln der Schulpolitik in den Ostmarken vorgeschwebt, andererseits aber auch infolge der damit verbundenen Enttäuschungen viel Mutlosigkeit verschuldet. Es ist mir hoffentlich geglückt, hier zu zeigen, daß man die erwähnten Maßregeln doch anders ansehen muß, daß es *ein richtiges Gefühl* gewesen ist, *wenn man sie ergriffen hat*, und daß sie im Rahmen der gesamten Polenpolitik — d. h. nicht isoliert, sondern in Verbindung mit der Ansiedlungspolitik und den andern Maßnahmen — ihren sehr guten Zweck erfüllen, auch wenn sie dem Deutschtum vielleicht nur verschwindend wenige Proselyten unmittelbar zuführen. Ohne diese Maßregel wird man bei den Eigentümlichkeiten der Verhältnisse das deutsche Element nicht schützen, das Gewonnene nicht befestigen können. Allerdings aber trennt mich meine Auffassung der Sprachenpolitik folgerichtig von manchen Ansichten anderer, denen ich sonst in der wesentlichen Auffassung der Polenfrage von ganzem Herzen zustimme. Die natürliche Folge der hier entwickelten Ansicht ist nämlich, daß bei aller Entschiedenheit, mit der man die Sprachenfrage *in den öffentlichen Schulen* behandelt, — es versteht sich nach allem hier Gesagten eigentlich von selbst, daß die *höheren* Schulen *durchaus deutsch* geleitet werden müssen, — doch in allem übrigen die Polen in der legitimen Pflege ihrer Sprache und Nationalität nicht gestört zu werden brauchen. Man hat in jedem *privaten Unterricht in polnischer Sprache* eine Durchkreuzung der staatlichen Bemühungen gesehen. Das würde auch richtig sein, wenn der staatliche Unterricht im vollen Sinn des Wortes germanisiernde Tendenz hätte. Mit dieser Tendenz kommen wir aber nicht durch, und darum ist der Eifer, mit dem den Polen auch jede private Gelegenheit zur Pflege ihrer Sprache zu unterbinden versucht wird, zu einem guten Teil verfehlt. Und hier vergibt

man dem Deutschtum nichts, wenn man ruhig zugesteht, daß die Unterdrückung auch solcher Bestrebungen, die sich in den verfassungsmäßig gewährleisteten Formen halten, in diesem Falle wirklich nicht recht vereinbar ist mit den Worten, die der Kaiser am 4. September 1902 in Posen gesprochen hat. Denn in der Rede heißt es auch:

„Der zweite Irrtum ist der, daß die Besorgnis wach erhalten wird, daß die Stammeseigentümlichkeiten und Überlieferungen ausgelöscht werden sollen. Dem ist nicht so . . . . . Überlieferungen und Erinnerungen können ruhig bestehen; allein sie sind Geschichte, der Vergangenheit angehörig".

Wenn man sich nicht eines ungehörigen Drehens und Deutelns an den Kaiserworten schuldig machen will, wird man daraus nur entnehmen können, daß denjenigen unserer Mitbürger, die wirkliche Polen sind, in Bezug auf ihre Sprache und Nationalität keine Gewalt angetan werden soll. Auch die Regierung hat das anerkannt, und der Ostmarkenverein hat sich zu diesem Grundsatz in seinem Programm bekannt. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß in dem Eifer, jede Gegenwirkung des Polentums gegen deutsche Bestrebungen irgend welcher Art zu unterdrücken, mitunter die Grenze überschritten worden ist, die immerhin einzuhalten ist, wenn man nicht dem Polentum als solchem direkt die Existenzberechtigung abspricht. Die Verschlagenheit und Zähigkeit des Polentums, die bisher von dem deutschen Element in der Regel bewiesene Schwäche hat trotz der theoretischen Anerkennung, daß die polnische Sprache an sich unangetastet bleiben müsse, eine gewisse Ängstlichkeit gezüchtet. Ich glaube, daß die unabläßige Arbeit an der Stärkung des deutschen Selbstbewußtseins und nationalen Gemeingefühls uns bald der Notwendigkeit überheben wird, in den Maßregeln zur Überwachung der polnischen Bestrebungen eine überängstliche Empfindlichkeit zu zeigen, die auch dem loyal sein wollenden Polen das Gefühl geben müßte, daß nicht die nationalen Aspirationen der Polen, sondern die Nationalität selbst unterdrückt werden soll. Wir hoffen Fortschritte zu machen, indem jeder einzelne Deutsche in der Ostmark mehr und mehr seiner nationalen Pflicht eingedenk wird und aus seinem Wirkungskreise jeden ungehörigen Einfluß des Polentums fern hält. In demselben Maße aber, als wir darin vorwärts kommen, können wir milder und weitherziger werden in

dem, was die Polen unter sich lediglich zur Erhaltung ihrer Nationalität tun. Es entspringt einer guten Absicht und einer heute noch vielfach gerechtfertigten Besorgnis, wenn die Dinge so dargestellt werden, als ob nur die schärfste Unterdrückung jeder Betätigung des Polentums dem Deutschtum die nötige Lebensluft und Aktionsfreiheit verschaffen könnte. Wäre es so arg, dann müßten wir ehrlich gestehen, daß unser Kampf gegen das Polentum überhaupt aussichtslos wäre. Der ganzen hier gegebenen Darstellung wird man nicht den Vorwurf machen können, daß sie Blindheit gegen die vom Polentum drohenden Gefahren und gegen die Schwächen unserer Landsleute verrät. Aber wir haben doch nicht Ursache zu einem so weit gehenden Kleinmut. Nachdem klar abgegrenzt worden ist, was wir als Deutsche positiv zu tun haben und in welchen Punkten wir das Recht unserer Sprache entschieden zu vertreten und durchzusetzen haben, können wir im übrigen die Polen sich selbst überlassen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie mit ihrer Sprache und ihren Erinnerungen auch den alten Haß gegen uns zu bewahren und womöglich noch zu steigern suchen. Daran können wir sie ohnehin nicht hindern, und schon dadurch kennzeichnet sich ein über das Maß der notwendigen Abwehr hinausgehendes Verfahren gegen das Polentum als ein Fehler. Was wir gegen das Polentum tun, darf nicht ein Schlag ins Wasser sein, und was wir in keinem Falle verhindern können, wollen wir lieber überhaupt nicht sehen.

Unter solchen Gesichtspunkten wird es zu verstehen sein, wenn hier befürwortet wird, auf solche Dinge, wie z. B. Beschränkungen des polnischen Privatunterrichts, künftig kein Gewicht zu legen. Es kommt dabei in Wahrheit nichts heraus. Wer seiner Zeit beachtet hat, wie in Posen der Kampf gegen die polnischen Damen geführt wurde, die es übernommen hatten, armen polnischen Kindern unentgeltlichen Unterricht in der polnischen Sprache zu erteilen, der wird zugestehen müssen, daß die ganze Geschichte vom deutschen Standpunkt aus gesehen ein Mißgriff war. Nicht als ob den einzelnen Behörden in der Ausführung der Verordnungen eine Ungesetzlichkeit vorgeworfen werden könnte. Im Gegenteil dient gerade ihr in der Form durchaus korrektes Vorgehen zum Beweis, daß der Grundgedanke der Verordnung selbst verfehlt war, wenn solche

Wirkungen daraus entstehen konnten. Bekanntlich ließ sich eine der Damen, Fräulein Omankowska, wegen ihres Widerstandes gegen das Polizeiverbot, das ihr die Erteilung des Unterrichts untersagte, vom Gericht rite zu einer Geldstrafe verurteilen, bezahlte dann absichtlich die Strafe nicht, obwohl sie durchaus dazu in der Lage gewesen wäre, ihr die Summe auch durch Sammlungen im Kreise ihrer Landsleute zur Verfügung gestellt wurde, und trat die Haftstrafe an, die nach dem Gesetz an Stelle der nicht erlegten Geldstrafe treten mußte. Der „Dziennik Poznanski" aber konnte nach Ablauf dieser Haft triumphierend mitteilen: „Fräulein Johanna Omankowska hat gestern um 1 Uhr nachmittags das Polizeigefängnis verlassen, in dem sie fünf Tage gesessen hat, weil sie polnische Kinder — in der Muttersprache unterrichtet hat (przesiedziała 5 dni za to, że — uczyła dzieci polskie języka ojczystego)." Selbstverständlich ist dies das einzige, was sich dem polnischen Leser von dem Vorfall einprägt. Denn die Masse der Leser bildet sich ihr Urteil nicht unter Beobachtung der juristischen Korrektheit; sie behält nur im Gedächtnis, daß eine Dame im Gefängnis gesessen hat, weil sie armen polnischen Kindern eine Wohltat erwies. Das große Publikum unterscheidet nicht „Gefängnis" und „Haft"; es weiß nicht oder vergißt, daß die Haft in diesem Falle nur für eine Geldstrafe substituiert war und freiwillig übernommen wurde um der größeren Wirkung nach außen willen; es kümmert sich nicht um den feinen juristischen Unterschied, daß die Geldstrafe, die der Richter verhängt, in solchen Fällen nicht dem Inhalt der Handlung gilt, durch die eine Verordnung übertreten wurde, sondern der Tatsache, d a ß eine Verordnung übertreten wurde, und der Art, in der dies geschah. Denn nicht durch die Unterrichtserteilung an sich wurde Fräulein Omankowska in diesem Falle strafbar, sondern durch ihren fortgesetzten Widerstand gegen das Verbot. Aber wenn schon daraus allgemein zu folgern ist, daß man nicht Polizeiverbote und Verwaltungsverordnungen erlassen soll, die dem Rechtsverstande des Volkes als widersinnig und unnötig erscheinen müssen, so gilt das hier noch in ganz besonderem Maße. Es ist wirklich nicht nötig, auf diesem künstlichen Wege Märtyrerinnen zu schaffen. Man konnte ruhig die Damen ihren Privatunterricht erteilen lassen, solange sie sich auf dem Boden der allgemeinen Staatsgesetze hielten. Denn

wir fördern und stärken nicht das Deutschtum, indem wir, ohne das Geringste für uns selbst zu erreichen, den Polen bequemen Agitationsstoff liefern.

Daß mit dem hier empfohlenen Gewährenlassen in Dingen der erwähnten Art keine Zaghaftigkeit in der entschiedenen Handhabung der allgemeinen Landesgesetzgebung gemeint sein soll, bedarf wohl kaum besonderer Versicherung. Man hat von gewissen Seiten darüber gespottet, daß die Behörden mit voller Strenge gegen polnische Gymnasiasten vorgingen, die sich hochverräterischer Geheimbündelei schuldig gemacht hatten. Welchen Grund aber sollten die Behörden haben, anders zu verfahren? Das Mitleid mit einem oder dem andern der Beteiligten, die vielleicht in jugendlicher Übereilung gehandelt haben, kann doch nicht in Frage kommen, wenn es sich um eine Gesetzverletzung handelt, die noch dazu wohl kaum in den idealistischen Verirrungen der einzelnen jungen Leute ihren letzten Grund hat, sondern in einer systematischen Hetzarbeit von Männern, die sich ihrer Verantwortung wohl bewußt sein sollten. Dieser staatsgefährlichen Hetzarbeit würden die Behörden nur Vorschub leisten, wenn sie davor zurückscheuten, um weichherziger Erwägungen willen einer ihrer Folgeerscheinungen entgegenzutreten. Wo die Indizien einer Verletzung der allgemeinen Landesgesetze vorhanden sind, da muß selbstverständlich fest zugegriffen werden.

Obwohl man die germanisierenden Einflüsse der Schulbildung nicht überschätzen soll, so kann man doch mit einiger Berechtigung behaupten, daß die polnische Jugend dem deutschen Einfluß vielleicht doch etwas mehr zu öffnen wäre, wenn das stärkste Mittel dieser Art, der preußische Militärdienst, unmittelbarer an den Schulunterricht anknüpfen könnte. Zwischen der Entlassung aus der Volksschule und dem Eintritt in den Militärdienst liegen für den jungen Polen 6 bis 8 Jahre, in denen er im allgemeinen den Beziehungen zu allen Einrichtungen deutschnationalen Charakters völlig entrückt ist. Die Ausfüllung dieser Lücke wäre ein Ziel aufs innigste zu wünschen. Das Fortbildungsschulwesen ist bei uns noch nicht so entwickelt, um namentlich im Osten den Aufgaben gerecht zu werden, die dort seiner harren. Es muß auch hier einer besondern fachmännischen Untersuchung überlassen bleiben, was im einzelnen zu geschehen hätte. Nur der Hinweis darf an dieser Stelle nicht fehlen, daß wir mit der Volksschule allein

unsere Aufgabe im Osten nicht für abgeschlossen halten dürfen, sondern daß wir das gelegte Fundament wiederum im deutschen Geiste und unter strenger Betonung des deutschen Charakters unseres Staats ausbauen. Ist sonst durch die Hebung des kulturellen und gewerblichen Charakters der Provinz der Boden vorbereitet, so werden wir hierdurch einen Einfluß auf das Polentum gewinnen, der den der Volksschule um mindestens das Zehnfache übertrifft. So kann das Deutschtum auch in polnischen Kreisen Wurzel fassen.

Wir dürfen dabei noch ein wichtiges Volksbildungsmittel nicht vergessen, nämlich die Volksbibliotheken. Was solche Anstalten wirken können und bedeuten, das zeigt sich an den polnischen Bibliotheken. Auch in den deutschen Volkskreisen ist das Bedürfnis groß, und es gereicht dem Ostmarkenverein zur besondern Ehre, daß er sich gerade dieser Sache so eifrig angenommen hat. Er hat eine besondere Sammelstelle für dieses Werk eingerichtet und hat schon viele Ortschaften im Osten mit gut ausgestatteten Büchereien versorgt. Wer in diesem Punkte vielleicht skeptische Anschauungen hat und den Wert solcher Büchereien nicht besonders hoch anzuschlagen geneigt ist, der muß vor allem bedenken, daß wir im Osten in der Konkurrenz mit dem gleichen polnischen Unternehmen stehen. Wir dürfen uns nicht sagen lassen, daß in den kleinen Ortschaften die polnische Bevölkerung in Bezug auf ihr geistiges Unterhaltungsbedürfnis besser versorgt ist, als die deutsche. Wenn man derartigen Vorstellungen Rechnung trägt, so wirkt man oft mehr, als durch die größten Mittel.

Wir leiden im Osten überhaupt durch die Neigung, die Dinge allzu trocken, geschäftsmäßig, um nicht zu sagen materialistisch zu beurteilen. Es ist sehr zu bedauern, daß den vortrefflichen Anregungen des „Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande“ nicht mehr Teilnahme gewidmet wird.*) Die durch persönliche schlechte Erfahrungen verbitterten Gutsbesitzer behandeln diese Bestrebungen zum größten Teil mit Spott und Geringschätzung, weil sie bereits ganz verlernt haben, Ursache und Wirkung zu unterscheiden. Sie schelten über Eigensucht und Un-

*) Als Organ dieser Bestrebungen dient die Zeitschrift „Das Land“, herausgegeben von H. Sohnrey.

zufriedenheit ihrer Leute und geben sich keine Mühe, auch nur die Probe zu machen, ob nicht doch einzelnen Ursachen des Übels beizukommen ist. Es ist mit eine der Ursachen der Stärke des Polentums, daß die Polen, obwohl sie auf der einen Seite anspruchsloser sind als die Deutschen, sich doch das Leben mehr so zu gestalten wissen, daß es ihnen nach ihrer Art, Sitte und Geschmack Freude bereitet. Man sollte das in deutschen Kreisen beachten und den Bedürfnissen des Volks, die nicht der materiellen Förderung, sondern der Erziehung zur Heimatliebe und zu reiner, harmloser Lebensfreude dienen, mehr Fürsorge und Teilnahme widmen. Auch das ist ein nationaler Volksunterricht in der edelsten Bedeutung des Worts.

Die größte Schwierigkeit bei der Arbeit, die hier besprochen worden ist, wird immer in dem Widerstand liegen, den die Organe der katholischen Kirche ihr entgegensetzen werden. Man lasse sich dadurch aber weder entmutigen, noch zu Übereilungen hinreißen, wie sie durch staatliche Eingriffe in das wirkliche Recht der Kirche herbeigeführt werden können. Die unverdrossene, ruhige Arbeit auf den Wegen, die hier besprochen worden sind, wird dem Deutschtum auch unter den Bekennern der katholischen Konfession einen so starken Rückhalt geben, daß bei verständigem, taktvollem und festem Vorgehen der staatlichen Behörde innerhalb ihrer mit der Kirche vereinbarten Rechte auch unter dem Klerus diejenigen Elemente zu ihrem Rechte kommen, die dem Kaiser geben, was des Kaisers ist und die auch in den nationalen Wirren nicht vergessen, daß sie Christen sind. Es ist auch die von dem Ultramontanismus drohende Gefahr nicht unüberwindlich, so lange wir uns nur nicht wieder in der Weise einschläfern lassen, wie es früher im großen und ganzen die Regel war, sondern ein jeder auf seinem Posten ist.

Wir können hier die Betrachtungen über die Polenfrage schließen. Nicht als ob nicht noch zahlreiche Einzelheiten besprochen werden können, aber man würde sich überzeugen können, daß sie alle unter dieselben Gesichtspunkte fallen, die hier besprochen worden sind, und daß das weitere Zusammentragen von Beispielen und besonderen Fällen, wie sie jede nationale Zeitung reichlich bringt, das Gesamtbild nur verwirren und das Urteil trüben

könnte. Wir sind jetzt im allgemeinen so weit, daß an den führenden und verantwortlichen Stellen über die Bedeutung der Sache und über den Gesamtcharakter der Lage keine wesentliche Meinungsverschiedenheit mehr besteht. Nun kommt es darauf an, daß die gleiche Anschauung und die Bereitwilligkeit der einzelnen Deutschen, von ihrer Stelle aus mitzuarbeiten, immer weitere Kreise erfaßt, und ebenso notwendig ist es, daß unfruchtbarer Streit über die Zweckmäßigkeit und den Vorrang der einzelnen Mittel zur Erreichung des Ziels aufhört. Dazu möchte diese Betrachtung der Polenpolitik in ihrem großen Zusammenhange mithelfen. Die Beschäftigung mit der Polenfrage wendet sich an unser nationales Gewissen. Sie rüttelt es auf, indem sie uns unsre Pflicht in einer nationalen Gefahr zeigt; sie beruhigt es aber auch gegenüber den irreführenden Bemühungen, diese Pflicht als etwas Inhumanes und Ungerechtes hinzustellen. Je tiefer man in das Wesen dieser Frage eindringt, desto mehr überzeugt man sich, daß nicht Haß uns dabei zu leiten braucht, sondern ein Gebot der Selbsterhaltung für unser Volk und unsern Staat. Hart ist ein solches Gebot, das ist richtig, denn die Weltgeschichte spielt sich nicht ab, wie ein rührseliges Volksstück. Wir haben als Volk schwere und ernste Aufgaben zu lösen, und wenn wir uns ihnen nicht unverzagt und opferwillig unterziehen, so werden wir untergehen. In der Bereitwilligkeit, an der Erhaltung aller seiner Kräfte zu arbeiten, liegt für ein Volk die wahre Gerechtigkeit und Humanität. Daß der oberste Führer unsrer Nation an dieser Einsicht festhält, dafür haben wir eine Bürgschaft in den Worten, die gleichfalls in der herrlichen Rede unseres Kaisers vom 4. September 1902 enthalten sind:

„Ich bin es der Arbeit Meiner Vorfahren schuldig, dafür zu sorgen, daß diese Provinz unauflöslich mit der preußischen Monarchie verknüpft, daß sie stets gut preußisch und gut deutsch bleibe."

Inhaltsverzeichnis.

Erster Teil.

Die polnische Gefahr.

Seite.

Erster Abschnitt. Die Entwickelung der Polenfrage.

Kap. 1. Das polnische Reich und die Ursachen seines Unterganges . 3
„ 2. Das polnische Volkstum unter preußischer Herrschaft . . . 25
„ 3. Die Hoffnungen der Polen 40
„ 4. Die polnischen Parteien 62
„ 5. Die polnische Propaganda 88

Zweiter Abschnitt. Deutsche und Polen.

Kap. 6. Das Verhältnis der Polen zum preußischen Staat . . . 118
„ 7. Der polnische Volkscharakter 137
„ 8. Die wirtschaftlichen und kulturellen Gegensätze 159
„ 9. Die kirchlichen Verhältnisse 179

Zweiter Teil.

Die Abwehr der polnischen Gefahr.

Dritter Abschnitt. Die allgemeinen Grundsätze der Polenpolitik.

Kap. 10. Wege und Ziele 213
„ 11. Die Organisation des Deutschtums 236
„ 12. Die Beamten und das Heer in der Polenpolitik 255
„ 13. Die allgemeine Staatspolitik und das Polentum 282

Vierter Abschnitt. Die wirtschaftlichen Maßregeln gegen das Polentum.

Kap. 14. Die kulturelle Hebung des Ostens 309
„ 15. Die Industrialisierung des Ostens 339
„ 16. Die Ansiedlungspolitik 351

Fünfter Abschnitt. Die Sprachenpolitik.

Kap. 17. Die polnische Sprache im Verkehr und im öffentlichen Leben 382
„ 18. Die Fürsorge für das Deutschtum in der Volkserziehung . 406

Einladung zum Abonnement auf die

Nationale Hochwarte

für die edelsten Güter unseres Volkes
für die uns dauernd umgebenden Gefahren
für die Macht- und Weltstellung des Deutschen Reiches.

Die „Deutsche Monatsschrift" erscheint in Heften von 160 Seiten Umfang und ist zu beziehen durch die Buchhandlungen, die Post (Postzeitungsliste für 1903 No. 1980) oder den Verlag, Alexander Duncker, Berlin W. 35, Lützowstr. 43. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich M. 5,— (nach dem Auslande M. 6.25)

Deutsche Monatsschrift

Herausgegeben von Julius Lohmeyer

Ziele und Wege der „Deutschen Monatsschrift“

Ein Mitarbeiterkreis, wie er kaum je vorher eine Zeitschrift umgeben hat.

Seltene Vielseitigkeit und Gediegenheit der Darbietungen.

Vornehme Haltung und warmherzige nationale Gesinnung;

einigende nationale Arbeit, frei von verbitternder Nörgelsucht, aufbauende Richtung, über dem Tagesstreit der Parteien.

Pflege deutschen Gemüts- und Geisteslebens.

Ständige Monats-Berichte

Theodor Schiemann:
Über auswärtige Politik.

Wilhelm von Massow:
Über innere Politik.

Paul Dehn:
Weltwirtschaftliche Rundschau.
Das Deutschtum im Auslande.

Carl Busse:
Über neuere Literatur.

Fritz Lienhard:
Berichte über das Theater.

Leopold Schmidt:
Musikalische Rundschau.

Die „Leipziger Zeitung“ in Leipzig schreibt:

Was bei diesem reichen Inhalt der „Deutschen Monatsschrift“ ihr charakteristisches, in gewissem Sinne einzigartiges Gepräge verleiht, das ist ein gemeinsamer Zug von warmherzigem und dabei erleuchtetem Patriotismus, der uns aus ihren Blättern entgegenweht. Es zeigen sich überhaupt alle Mitarbeiter des Blattes von dem Bestreben durchdrungen, durch Dasjenige, was sie ihrer Leserwelt darbieten, dazu beizutragen, unser Volk zu veredeln, sein Ansehen zu erhöhen und seine Macht zu stärken.

Der „Hannoversche Courier“ in Hannover schreibt:

Die neue Monatsschrift füllt entschieden eine Lücke in unserer Zeitschriftenliteratur aus! Das wird so recht klar, nachdem jetzt der erste Band vollendet vorliegt. Kaum ein Gebiet des öffentlichen Lebens ist unberücksichtigt geblieben, und die Männer, die auf diesen Gebieten zum Worte gelangen, dürfen alle als Autoritäten in ihrem Fache gelten. Die Pflege des Deutschtums ist die streng durchgeführte, einheitliche Grundidee, welche uns diese Monatsschrift vor vielen anderen wertvoll macht und ihr allein schon Existenzberechtigung sichert.

Das Mitarbeiterverzeichnis auf nächster Seite wird der Beachtung empfohlen.

Deutsche Monatsschrift

Herausgegeben von Julius Lohmeyer

Mitarbeiter:

Prof. Dr. Th. Achelis-Bremen, Adolf Bartels-Weimar, Gymnasialdir. Dr. Alfred Biese-Neuwied, Victor Blüthgen-Berlin, Dr. Wilhelm Bode-Weimar, Wirkl. Geh. Rat Präsident Dr. C. Bödiker-Berlin, Generalleutnant H. von Boguslawski-Berlin, Geh. Justizrat Prof. Dr. Heinrich Brunner-Berlin, Dr. Houston Stewart Chamberlain-Wien, Generalsekretär Heinrich Dade, Geh. Justizrat Prof. Dr. Felix Dahn-Breslau, Dr. Wilhelm Dibelius-Gross-Lichterfelde, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Wilh. Dönitz-Charlottenburg, Prof. Dr. Karl Dove-Jena, Geh. Rat Prof. Dr. Rudolf Eucken-Jena, Dr. Otto Finsch-Leiden (Holland), Prof. Dr. Ernst Francke-Berlin, Reinhold Fuchs-Dresden, Prof. Dr. Wolfgang Golther-Rostock, Prof. Dr. Cornelius Gurlitt-Dresden, Dr. Ludwig Gurlitt-Steglitz, Prof. Dr. Konrad Haebler-Dresden, Dr. Erich Haenel-Dresden, Hermann Heiberg-Schleswig, Dr. Hans F. Helmolt-Leipzig, Diplom-Ingenieur Paul Heyck-Aachen, Prof. Dr. Otto Hintze-Berlin, Prof. Dr. Friedrich Hirth-München, Hans Hoffmann-Wernigerode, Wilhelm Jensen-München, Dr. Peter Jessen-Berlin, Wilhelm von Kardorff-Wabnitz-Nieder-Wabnitz, Prof. Dr. Georg Kaufmann-Breslau, Dr. Wolfgang Kirchbach-Steglitz, Prof. Dr. Alfred Kirchhoff-Halle, Karl Ernst Knodt-Oberklingen, Prof. Dr. Konrad Koch-Braunschweig, Pfarrer Karl König-Urspringen, Lutz Kurodi-Budapest, Dr. Felix Lampe-Berlin, Otto von Leixner-Gross-Lichterfelde, Prof. Dr. Theodor Lindner-Halle a. S., Königl. Baurat Otto March-Charlottenburg, Prof. Dr. Erich Marcks-Heidelberg, Prof. Dr. Hans Meyer-Leipzig, Dr. Herrmann Meyer-Leipzig, Dr. M. Wilhelm Meyer-Charlottenburg, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Wilh. Münch-Berlin, Landbauinspektor Dr. Hermann Muthesius-London, Georg Frhr. von Ompteda-Dresden, Privatdozent Dr. Hermann Oncken-Berlin, Prof. Dr. Eduard Paulus-Stuttgart, Dr. Alexander von Peez-Wien, Dr. Karl Peters-London, Graf Joachim von Pfeil-Friedersdorf, Wilhelm von Polenz-Obercunewalde, Geh. Rat Prof. Dr. Friedrich Ratzel-Leipzig, Prof. Dr. Johannes Reinke-Kiel, Dr. Wilhelm Rohmeder-München, Peter Rosegger-Graz, Prof. Dr. Paul Samassa-Grunewald, Frida Schanz-Berlin, Moritz Schanz-Chemnitz, Prof. Dr. Ludwig Schemann-Freiburg i. B., Landbauinspektor Hans Schliepmann, Prof. Dr. Gustav Schmoller-Berlin, Emil Prinz von Schönaich-Carolath-Haseldorf, Bernhardine Schulze-Smidt-Bremen, Prof. Dr. Max Sering-Wilmersdorf, Dr. Otto Siebert-Fermersleben, Geh. Rat Prof. Dr. Rudolf Sohm-Leipzig, Heinrich Seidel-Gross-Lichterfelde, Karl Freiherr von Stengel-München, Prof. Dr. Adolf Stern-Dresden, Julius Stinde-Berlin, Hauptmann a. D. Karl Tanera-Berlin, Johannes Trojan-Berlin, Major a. D. Otto Wachs-Charlottenburg, Geh. Rat Prof. Dr. Adolf Wagner-Berlin, Prof. Dr. Oskar Weissenfels-Gross-Lichterfelde, Prof. Dr. Carl Weitbrecht-Stuttgart, Pfarrer Dr. Richard Weitbrecht-Wimpfen, Prof. Anton von Werner-Berlin, Admiral Reinhold von Werner-Wiesbaden, Dr. Adolf Wilbrandt-Rostock, Kapitänleutnant Georg Wislicenus-Gross-Flottbeck, Dr. Hermann von Wissmann-Weissenbach, Hans von Wolzogen-Bayreuth, Frhr. O. von Zedlitz und Neukirch-Berlin, Ingenieur R. A. Ziese-St. Petersburg, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Philipp Zorn-Bonn, Prof. D. Dr. Zimmer-Berlin.

Deutsche Buch- und Kunstdruckerei, G. m. b. H., Zossen — Berlin SW. 48.

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

DD
337
M37

Massow, Wilhelm von
Die Polen-Not